Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Breslau

vom 6. bis 12. Oktober 1895.

Preis 30 Pfennig.



Berlin 1895.

Verlag der Expedition des „Vorwärts"

(Th. Glocke).

Protokoll

über die

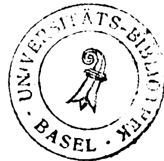
Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Breslau

vom 6. bis 12. Oktober 1895.



Berlin 1895.
Verlag der Expedition des „Vorwärts".
(Th. Glocke).

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich **eins** mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und dem Parteitage zu.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen nnd davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.

3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"
Berliner Volksblatt.
Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens ¾ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Sonntag, den 6. Oktober 1895, Abends 7 Uhr.

Vorversammlung.

Konstituirung des Parteitages.
Festsetzung der Geschäfts- und Tages-Ordnung.
Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Montag, den 7. Oktober 1895, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes. Berichterstatter: W. Pfannkuch.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
3. Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: E. Wurm.
4. Die Vorschläge der Agrarkommission zu dem Parteiprogramm. Berichterstatter: Dr. M. Quarck. Zweiter Berichterstatter: Max Schippel.
5. Die Maifeier 1896. Berichterstatter: A. Bebel.
6. Der internationale Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß in London 1896. Berichterstatter: A. Bebel.
7. Schwitzsystem, Hausindustrie und Arbeiterschutz. Berichterstatter: J. Timm.
8. Anträge zum Parteiprogramm und Organisation.
9. Sonstige Anträge.
10. Wahl der Parteileitung.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9—1 Uhr, Nachmittags 3—7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Segitz, Nürnberg. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Bruhns, Breslau.
Feldmann, Langenbielau.
Fischer, Dresden.
Frau Geiser, Breslau.
Koblenzer, Berlin.
Stolten, Hamburg.

Mandat-Prüfungs-Kommission:

Antrick, Berlin.
Bamberger, Berlin.
Gewehr, Elberfeld.
Haug, Freiburg.
Frau Kähler, Hamburg.
Kiesel, Berlin.
Kleemann, Leipzig.
Martikke, Hamburg.
Stolpe, Glogau.

Neuner-Kommission:

Antrick, Berlin.
Blos, Stuttgart.
Buchwald, Altenburg S.A.
Dahlen, Halberstadt.
Förster, Hamburg.
Fülle, Würzburg.
Herbert, Stettin.
Hülle, Erfurt.
Koenen, Hamburg.

Vorlagen an den Parteitag.

Anträge.

Tagesordnung.

1. Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: **Der Vorstand der polnischen Parteigenossen hat gleichfalls über seine Thätigkeit Rechenschaft zu geben.**

2. Genossin Löwenherz, Neuwied: Auf die Tagesordnung des Parteitages für 1896 ist ein Referat über die Frauenbewegung zu setzen.

3. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages den Punkt „Proportionalwahlen" zu stellen.

Geschäftsordnung.

4. Parteigenossen des 14. hannoverschen Kreises: Die Präsenzliste ist bei Eröffnung jeder Sitzung zu verlesen. Die Fehlenden sind im Protokoll zu verzeichnen.

5. Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: Bei allen Abstimmungen, bei denen Genossen persönlich interessirt sind, ruht deren Stimmrecht.

Betheiligung an den Parteitagen und den Abstimmungen dortselbst. Die einzelnen Wahlkreise können ohne Rücksicht auf die Stärke ihrer Wählerzahl vertreten sein, jedoch gelten bei allen wichtigen Abstimmungen folgende Beschränkungen: Kreise, die bei der letzten allgemeinen Reichstagswahl bis 4000 sozialdemokratische Stimmen aufgebracht, haben 1 Stimme, 4—10 000 haben 2 Stimmen, und jedes weitere 10 000 je 1 Stimme mehr auszuüben.

6. Genossin Löwenherz, Neuwied: Der diesjährige Parteitag enthält sich jeder Beschlußfassung von prinzipieller Bedeutung für die Frauenbewegung.

7. Parteigenossen in Barmen und Niederbarnim: Punkt 6 der Tagesordnung des Parteitages ist als Punkt 3 zu setzen.

8. Parteigenossen in Langenbielau: Den Punkt 6 der Tagesordnung als Punkt 4 zu setzen.

9. Parteigenossen in Kostheim:

1. Die Tagesordnung des Parteitages nicht in der Weise abzuändern, daß die Agrarfrage an erster Stelle gesetzt wird.
2. Der Agrarprogrammentwurf ist an einen Ausschuß zu verweisen, der Material zu sammeln und von Zeit zu Zeit zu veröffentlichen hat.

Programm.

10. Parteigenossen des 2. schleswig-holsteinischen Kreises: Dem Punkt 6 Absatz 2 des Parteiprogramms ist eine präzisere Fassung zu geben, damit jede verschiedenartige Auffassung darüber einfach unmöglich ist.

11. Parteigenosse Keye, Berlin, 4. Wahlkreis: Der Passus 6 des Erfurter Programms „Erklärung der Religion zur Privatsache" soll lauten: Die Sozialdemokratie bekämpft aufs Entschiedenste die Vertreter der verschiedensten Religionsgemeinschaften, sowie die Religion selbst, wo ihre Lehren sich dem Befreiungskampfe des Proletariats entgegenstellen.

12. Parteigenossen in **Lechhausen**: Das Programm statt wie bisher in zwei, in Zukunft in drei Theile zu formuliren. Den dritten Theil hätte unsere Forderung in Bezug auf die landwirthschaftlichen Verhältnisse zu bilden.

13. Genosse A. W., **Berlin N.**, 6. Wahlkreis: „Das sozialdemokratische Programm jede Woche einmal im „Vorwärts, Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands", gleich unter dem Titel, sozusagen mit als Titel, zu veröffentlichen, mit dem Vermerk: Um sich besser über den Inhalt des Programms zu informiren, ist Folgendes sehr zu empfehlen: 1. Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen, mit dem Eisenacher, Gothaer und Erfurter Programm von W. Liebknecht, Preis 25 Pf. 2. Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Erläuterungen zum Erfurter Programm von K. Kautsky und B. Schoenlank, Preis 10 Pf. 3. Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Theil, erläutert von K. Kautsky, Preis geh. 1,50 Mk. und geb. 2 Mk., welche in der Buchhandlung des „Vorwärts", sowie in allen Partei-Buchhandlungen zu haben sind.

14. Genosse **Walther, Berlin**, 6. Wahlkreis: Dem einwandsfreien § 4 der Arbeiterschutzforderungen folgende Schlußfassung zu geben: „sowie für Handels- und Bureau-Angestellte."

15. Parteigenossen des 17. **hannoverschen Wahlkreises**: Der Parteitag hat alle Anträge zum Programm an eine neu zu wählende Kommission zurückzuweisen, welche sie zu verarbeiten und danach einen neuen Entwurf vorzubereiten hat mit der Maßgabe, daß ein besonderes Agrarprogramm nicht geschaffen werde.

16. Genosse **Sabor** und 10 Genossen des **4. Berliner Wahlkreises**: In dem Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die Forderung eines achtstündigen Maximalarbeitstages durch folgenden Passus zu ersetzen: 1. Arbeit allen Arbeitern. 2. Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Arbeitstages für alle in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Beamten.

17. Parteigenossen des 1. **badischen Reichstagswahlkreises**: Wir erkennen die Wichtigkeit der Landarbeiter- und Bauernfrage für den gesunden Fortschritt unserer Bewegung auf dem flachen Lande an. Wir halten die Aufstellung eines einheitlichen Agrarprogramms im Sinne der Resolution des Frankfurter Parteitages für dringend geboten. Dem von der Agrarkommission vorgeschlagenen Entwurf können wir zwar nicht in allen Theilen unbedingt zustimmen, jedoch halten wir ihn für eine geeignete Grundlage zur weiteren Behandlung der Frage und hoffen, daß dieselbe zu einem befriedigenden Ergebniß führen werde.

Agrarisches.

18. Parteigenossen des Kreises **Niederbarnim**: Das Agrarprogramm in allen seinen Punkten abzulehnen, die Thätigkeit des Agrarausschusses für beendigt und die in Frankfurt a. M. gefaßte Agrarresolution (Nr. 118, S. 134/135 des Protokolls) für erledigt zu erklären.

19. Parteigenossen des Kreises **Teltow-Beeskow-Storkow**, in **Pirmasens**, **Aachen**, **Halle**, **Rinteln** und der Kreise **Prenzlau-Angermünde** und **Brandenburg**: Der Entwurf des Agrarprogramms ist in allen seinen Theilen abzulehnen.

20. Parteigenossen des Kreises **Prenzlau-Angermünde**: Es wird eine Kommission eingesetzt, die mit der Aufgabe zu betrauen ist, statistisches Material zu sammeln, das für die Landagitation verwandt werden kann.

21. Parteigenossen der beiden **Münchener Kreise**: den Agrarprogramm-Entwurf an einen Agrarausschuß zurück zu verweisen mit dem Auftrage, die thatsächlichsten ländlichen Verhältnisse der sorgfältigsten Prüfung zu unterziehen, die Genossen in angemessenen Zwischenräumen über ihre Thätigkeit auf dem Laufenden zu halten und das Ergebniß ihrer Arbeiten dem nächstfolgenden Parteitag zu unterbreiten.

22. Parteigenossen in **Brandenburg**: Die Hauptaufgabe der Agrarkommission soll darin bestehen, Untersuchung der landwirthschaftlichen Verhältnisse in ihrer großen Verschiedenheit vorzunehmen. Ein statistisches Material, mit den nöthigen Erläuterungen versehen, den Genossen als Leitfaden für die Agitation in die Hand zu geben.

23. Parteigenossen in **Mannheim**: Den Agrarausschuß zu beauftragen, die ländlichen Verhältnisse noch eingehender zu untersuchen und das Ergebniß seiner Thätigkeit durch rechtzeitige Veröffentlichung in der Presse der Gesammtpartei zu unterbreiten, so daß es die Grundlage für die Agrarberathungen auf dem nächstjährigen Parteitag bildet und es den Einzelorganisationen ermöglicht, ihre Delegirten mit genauer Instruktion über die Stellungnahme zu jedem einzelnen Punkte zu versehen.

24. Parteigenossen des Kreises **Hanau-Gelnhausen-Orb**: Die Agrarkommission ist zu beauftragen, unsere Prinzipien nebst den aus denselben sich ergebenden Forderungen zu den Tagesfragen mit Beziehung auf die landwirthschaftlichen Verhältnisse in einer besonderen Broschüre ausführlich zu erläutern. Hierzu sind die von der Agrarkommission zu den Forderungen 7, 10, 11, 16 und 17, sowie zu den speziellen Arbeiterforderungen gemachten Vorschläge zu verarbeiten. Die Vorschläge aber, welche sich auf das öffentliche Eigenthum, den Staatskredit und die Verstaatlichung der Grundschulden beziehen, sind gänzlich zu ändern und so zu gestalten, daß durch dieselben ein Mißverständniß nicht möglich ist, sowohl darüber, daß durch solche Mittel den Kleinbauern ihr Besitz auf die Dauer nicht erhalten werden kann, als auch darüber, daß diese Forderungen nur in einem wirklich demokratisch regierten Lande dem Volke zum Nutzen gereichen. Die von der Agrarkommission empfohlenen neuen Einleitungsworte sind einfach zu streichen.

25. Parteigenossen des **16. sächsischen Reichstags-Wahlkreises**: Den Agrar-Programm-Entwurf abzulehnen; die Agrarkommission bleibt mit der Maßgabe fortbestehen, daß sie weitere Untersuchungen der landwirthschaftlichen Verhältnisse vorzunehmen und neue Vorschläge auszuarbeiten hat.

26. Parteigenossen in **Lechhausen**: Die Agrarkommission wird beauftragt, unter Beiziehung von energischen Gegnern des vorliegenden Entwurfs, das gesammelte Material genauer zu prüfen und zu sichten, womöglich noch weiteres zu sammeln, damit bis zum nächsten Parteitage ein für unsere Partei nützlicher und für alle Genossen annehmbarer Entwurf geschaffen wird.

27. Parteigenossen in **Danzig**: Unter Verwerfung des Agrarprogramms wird die Agrarkommission mit der Abfassung eines Leitfadens betraut über die zweckmäßigste Art der Landagitation.

28. Parteigenossen des **Oberbarnimer** Kreises: Die Vorschläge der Agrarkommission sind als eine Verschleierung des sozialdemokratischen Prinzips abzulehnen.

29. Parteigenossen in **Lübeck**: Die Agrarkommission bestehen zu lassen mit dem Auftrag, alles statistische Material in Bezug auf die Agrarfrage zu sammeln und in Form von Broschüren herauszugeben.

30. Parteigenossen in **Leipzig**:

1. Die von der Agrarkommission dem Programm eingefügten Sätze werden abgelehnt. Ebenfalls der Programmentwurf der Agrarkommission.

Für den Fall der Ablehnung:

2. Die Forderung der Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältniß durch obligatorische Gewerbegerichte für Handlungsgehilfen wird aufrecht erhalten.

31. Parteigenossen in **Karlsruhe**: Der vorgelegte Entwurf des Agrarprogramms ist abzulehnen. Die Agrarkommission bleibt bestehen, um den Genossen geeignetes Material zur Landagitation zur Verfügung zu stellen. Das bisher gesammelte Material soll im Druck erscheinen.

Organisation.

Parteitag.

32. Parteigenossen in Halberstadt: **Den nächsten Parteitag in Halberstadt abzuhalten.**

33. Parteigenossen des 1. und 2. Hamburger Kreises: **Den nächsten Parteitag in Hamburg abzuhalten.**

34. Parteigenossen in Hannover und Verden: **Den nächsten Parteitag in Hannover abzuhalten.**

35. Parteigenossen des 1. und 3. Berliner, des Nieder-Barnimer Kreises und in Rinteln: **Den Parteitag künftig zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden zu lassen.**

36. Parteigenossen in Barmen: **Den Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes 3 Wochen vor dem Beginn des Parteitages zu veröffentlichen.**

37. Parteigenossen in Danzig: **Der Parteitag setzt die Diäten seiner Delegirten selbst fest.**

38. Parteigenossen in Eilbeck-Hamburg: **Den Parteitag stets in der Mitte des Reiches abzuhalten, weil hiermit der Partei bedeutende Kosten erspart würden.**

39. Parteigenossen in Leipzig: **Den nächsten Parteitag in Leipzig abzuhalten.**

40. Parteigenossen in Lübeck: **Den nächsten Parteitag in Lübeck abzuhalten.**

41. Parteigenossen in Rinteln: **Die Diäten für die Delegirten sind aus der Parteikasse zu bezahlen.**

42. Parteigenossen in Triberg: **Der Parteitag findet alle zwei Jahre statt.**

Parteibeamte.

43. Parteigenossen des 1., 2., 3., 4. und 6. Berliner sowie des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow: Parteibeamte und Redakteure, die Reichstagsabgeordnete sind und deren Gehalt 3000 Mk. und darüber beträgt, erhalten keine Diäten.

44. Parteigenossen in Altona: Personen, die in der Partei ein auskömmlich besoldetes Amt bekleiden, dürfen einen zweiten besoldeten Posten in der Partei nicht annehmen, und dürfen auch für weitere Geschäfte, die sie für die Partei besorgen, Ansprüche auf Extrahonorirung nicht machen.

Parteigeschäfte.

45. Parteigenossen in Halle: **Die Maifeier ist eine Demonstration für den Achtstundentag und nicht, wie von den Buchdruckern ausgelegt, tarifmäßiger Feiertag. Eine rechtmäßige Bezahlung auf Grund des Buchdruckertarifs kann nicht gefordert werden.**

46. Parteigenossen des 6. Berliner Kreises: **Den vorjährigen Parteitagsbeschluß, betreffend die Abschaffung der Akkordarbeit in Druckereien, in denen Arbeiterblätter hergestellt werden, hat der Vorstand zur Durchführung zu bringen.**

47. Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises: Der Parteitag wolle eine Fünfer-Kommission einsetzen und dieselbe beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und inwieweit die Druckarbeiten des „Vorwärts" und der sonstigen bei Bading gedruckten Parteiliteratur mit für die Partei größerem Nutzen als bisher hergestellt werden können. Die Kommission hat dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten.

48. Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: In den Parteigeschäften die Nacht- und Akkordarbeit abzuschaffen.

49. Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: Die Parteidrucksachen in einer Parteidruckerei anfertigen zu lassen. Die für Hamburg nothwendigen Protokolle müssen in Hamburg bei Auer & Co. gedruckt werden.

50. Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises: Die Parteiliteratur soll ausschließlich in Parteigeschäften hergestellt werden.

Allgemeines.

51. Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: Zu § 9 Ziffer 3 des Organisationsstatuts folgenden Nachsatz anzufügen: „Soweit diese die Kontroleure betrifft, haben drei Mitglieder davon, welche unter sich selbst gewählt sind, auf dem Parteitag zu erscheinen." — Zu § 13 Absatz 1 des Organisationsstatuts anzufügen: „Die Kontroleure sind aus Berliner und daran grenzenden Wahlkreisen zu entnehmen."

52. Parteigenossen des 2., 3. und 6. Berliner Kreises: Die Kontroleure sind möglichst von den Genossen der Umgegend, da wo der Partei-Vorstand seinen Sitz hat, zu wählen.

53. Parteigenossen des 2. Berliner Kreises: Es soll in Zukunft der § 13 des Organisationsstatuts lauten: Die Parteileitung besteht aus 14 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer, 2 Beisitzern und 7 Kontroleuren. Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel. Das Amt als Beisitzer darf Niemand länger als höchstens zwei Jahre hintereinander bekleiden ꝛc.

54. Parteigenossen des 14. hannoverschen Kreises: Dem § 4 Absatz 1 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Die Vertrauensleute werden alljährlich in öffentlichen Parteiversammlungen oder Parteikonferenzen gewählt.

55. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Dem § 9 unserer Parteisatzungen als Absatz 4 einzufügen: „Der Parteitag setzt die Diäten für die Theilnehmer fest und sind erstere aus der Parteikasse zu zahlen. Jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet, zur Deckung der den Parteitag erwachsenden Kosten beizutragen." — Den § 9 Absatz 1 des Organisationsstatuts dahin abzuändern, daß anstatt 3 Delegirte nur ein Vertreter von jedem Wahlkreis zum Parteitage entsendet werden darf.

56. Parteigenossen in Königsberg: Der Parteitag hält es für die Pflicht der Parteigenossen, überall da, wo es die materiellen Mittel erlauben und die nöthigen Personen vorhanden sind, Rechtsbureaus zu errichten.

57. Die Parteigenossen Elberfelds: Der Beschluß des Frankfurter Parteitags, wonach die Abgeordneten als Delegirte nicht wählbar sind, wird durch folgende Bestimmung ersetzt: die Abgeordneten, welche an den Berathungen des Parteitages theilnehmen, müssen mit einem Mandat versehen sein, sofern sie nicht der Partei-Vorstand besonders nach dem Parteitag berufen hat.

58. Parteigenossen des 1. badischen Reichstags-Wahlkreises: Aus finanziellen Gründen sind wir nicht im Stande, einen eigenen Delegirten zu entsenden, müssen deshalb auf eine Beschickung des Breslauer Parteitages verzichten, fordern aber, daß derselbe Mittel und Wege findet, in Zukunft diesen Zustand zu ändern.

Presse.

Zentral-Organ.

59. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Der Abonnementspreis des „Vorwärts" ist zu erniedrigen.

60. Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: „Der Parteitag wolle seinen Einfluß dahin geltend machen, daß in Zukunft im „Vorwärts" die politischen und gewerkschaftlichen Versammlungs-Anzeigen übersichtlicher, von den sonstigen Geschäfts-Annonzen getrennt gebracht werden, da bei dem gegenwärtigen Kuddelmuddel jede schnelle Information unmöglich wird.

61. Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow: Die Redaktion des „Vorwärts" wird beauftragt, alljährlich, sobald das Material über die Alters- und Invaliditätsversicherung vorliegt, ausführlich darüber Bericht zu erstatten.

62. Genosse **O. Vieth, Berlin**: **Das Zentralorgan, der „Vorwärts“, hat seinen Nachrichtendienst bezüglich des Auslandes zu vervollkommnen und zu diesem Zwecke nicht allein in allen Hauptstädten, sondern auch in den größten Städten der außerdeutschen Länder Korrespondenten sich zu halten, die ihm über alle wichtigen Ereignisse, besonders über diejenigen, an denen die Partei betheiligt oder interessirt ist, telegraphisch Nachricht geben.**

63. Die **Parteileitung** (Vorstand und Kontroleure): **Das Erscheinen des Wochenblattes „Der Sozialdemokrat“ vom 1. Januar 1896 ab einzustellen.**

Protokoll.

64. **Parteigenossen des Oberbarnimer Kreises: Die Protokolle über die Parteitage derartig zusammenzustellen, daß am Ende derselben sämmtliche angenommenen Beschlüsse und Resolutionen übersichtlich geordnet angefügt werden.**

Unterhaltungs-Literatur.

65. **Parteigenossen in Stuttgart: Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, für die Herausgabe eines guten Familienblattes zu sorgen.**

66. Parteigenossen des 17. **hannoverschen Wahlkreises**: 1. Die „Neue Welt“ möge textlich mehr dem Verständniß der Proletarierfrauen angepaßt und mit Illustrationen versehen werden, die dem Charakter eines Unterhaltungsblattes für klassenbewußte Arbeiter besser als bisher entsprechen. Wenn irgend möglich, ist auch eine Vergrößerung desselben von acht auf zwölf Seiten für denselben Preis anzustreben oder aber der Preis herabzusetzen. Dadurch würde es vermieden werden, daß andere Unterhaltungsblätter politisch farblosen Inhalts als Beilagen zu Parteiorganen benutzt werden. 2. Nachdem bereits der Erfurter Parteitag eine Resolution annahm, welche die Schaffung einer sozialdemokratischen Jugendliteratur empfahl, den Partei-Vorstand zu beauftragen, nunmehr Schritte zu thun, durch welche diesem tiefgefühlten Bedürfniß abgeholfen werden kann.

67. Parteigenossen in **Dortmund**: Die flachen und pikanten Schriften, insbesondere die Jugendschriften des Wiest'schen Verlages, sowie die „Gekrönten Häupter“, sind als sozialdemokratische Schriften nicht anzuerkennen.

Korrespondenz-Bureau.

68. Genosse **Thiel in Harburg**: **Der Parteitag möge erwägen, ob es nicht möglich sei, ein Korrespondenz-Bureau zu schaffen, welches die Parteipresse auf schnellstem Wege mit jenen aktuellen Neuigkeiten parteipolitischen Charakters versorgt, die jetzt erst von einem oder dem andern Parteiorgan aufgegriffen werden, häufig ziemlich langsam durchsickern und so erst weit später zur Kenntniß der Allgemeinheit kommen.**

In dringenden Fällen hätte dieses Korrespondenz-Bureau, das im engsten Konnex mit dem Partei-Vorstande stehen müßte, auch Depeschen zu versenden.

Broschüren.

69. Parteigenossen des **Kreises Niederbarnim**: Den im Verlage des „Vorwärts“ erscheinenden Broschüren, insbesondere den Protokollen der Parteitage ein einheitliches Format zu geben, damit sie besser zusammengehörig eingebunden werden können.

70. Genosse **Leyendecker in Höchst**: Dem Partei-Vorstand aufzugeben, alljährlich eine Broschüre zum Selbstkostenpreis herauszugeben, welche nach alphabetischer Reihe geordnet und sämmtliche Lokale in den Städten und Dörfern verzeichnet, worin die sozialdemokratische Presse „offen“ liegt. Diejenigen Lokale, welche zu Versammlungen zur Verfügung stehen, sind durch Fettdruck hervorzuheben. — **Ferner der Broschüre die Adressen sämmtlicher Vertrauensmänner zuzufügen.**

71. Von deutschen Genossen in London: Der Parteitag wird ersucht, den Partei-Vorstand zu ermächtigen, sich mit dem Verlag Dietz ins Einvernehmen zu setzen, um Kautsky's „Erfurter Programm" zum Massenvertrieb als billige Volksausgabe erscheinen zu lassen; die Lokalpresse hat event. auf eine derartige Volksausgabe mit allem Nachdruck die Aufmerksamkeit der Genossen zu lenken.

72. Parteigenossen des 2. Nassauer Wahlkreises: Nach Schluß einer jeden Reichstagssession ist eine Broschüre herauszugeben unter dem Titel: Was hat der Reichstag in der vergangenen Session geleistet, für die Land- und Industriebevölkerung, und welche Partei ist am meisten für die Interessen der obengenannten Bevölkerung eingetreten? — Die Broschüre soll den Genossen behufs Agitation unentgeltlich abgelassen werden.

73. Parteigenossen in Karlsruhe: Der Partei-Vorstand wird beauftragt, nach Schluß jeder Session eine billige Broschüre über die Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag herauszugeben, in der auch das Verhalten unserer Gegner gekennzeichnet wird.

Allgemeines.

74. Die Parteigenossen des 17. hannoverschen Wahlkreises sprechen den Wunsch aus, daß die Delegirten aus jenen Wahlkreisen bezw. Orten, von welchen bisher speziell für die Landagitation berechnete Flugblätter und ähnliche Preßerzeugnisse hergestellt resp. verbreitet worden sind, auf dem Parteitage zu Breslau Probeexemplare dieser Flugblätter an sämmtliche Delegirten vertheilen mögen. Dadurch wird ein gegenseitiger Austausch von Preßerzeugnissen angebahnt, welcher für die Landagitation und die Beurtheilung der Verschiedenheit der Agrarverhältnisse in den einzelnen Landesstrichen von nicht zu unterschätzendem Vortheil ist.

75. Parteigenossen in Jüterbogk: Dem Kreisvertrauensmann sowie den Vertrauensleuten am Ort wird ein Exemplar des „Vorwärts" gratis zugestellt.

76. Von den Kontroleuren: Der Beschluß des Frankfurter Parteitages: „den Vertrauenspersonen ist auf ihr Gesuch hin der „Vorwärts" gratis auf Parteikosten zu liefern" wird aufgehoben.

77. Genosse Schneider in Damm-Jüterbogk: Ein Blatt um möglichst billigen Preis herauszugeben, das in kurzgefaßtem Sinn, einfachem Stil und leicht verständlichem Ausdruck auf die Landbewohner, Kleinbauern und Landarbeiter berechnet ist.

78. Parteigenossen in Königsberg: Der Vorstand wird beauftragt, in alle Orte Ost- und Westpreußens stenographische Reichstagsberichte hinzuschicken.

79. Genosse B. Heymann in Berlin und 27 Genossen: Die Halbmonatsschrift „Der sozialistische Akademiker" ist als Parteiorgan anzusehen und regelmäßig in der Liste derselben zu führen. Die Parteipresse sowie die Vertrauenspersonen sind verpflichtet, ihr Möglichstes zur Verbreitung des „Sozialistischen Akademikers" beizutragen.

Agitation.

80. Parteigenossen in Langenbielau: Vom Partei-Vorstand sind an geeignete Orte auf Kosten der Partei Genossen zu setzen, welche befähigt sind, an dem betreffenden Ort eine rege Agitation für die Sache des Proletariats zu entfalten. Die Genossen sind so lange zu unterstützen, bis sie ihr Auskommen durch eigene Kraft erlangen können. Um die Landagitation mehr zu fördern, ist die Agrarkommission resp. der Partei-Vorstand verpflichtet, aus amtlichen Statistiken, Nachweisen, Zeitungsberichten 2c. dasjenige Material zu sammeln, welches zeigt, wie der Kleingrundbesitzer vom Großgrundbesitzer aus-

genutzt wird (bei Wegebau, Steuern, Vertretung, Renten 2c.) und welches überhaupt ein Bild von der Lage der ländlichen Bevölkerung giebt. Dieses Material ist kurz gefaßt den Vertrauensleuten, Redaktionen zugänglich zu machen, damit bei der Landagitation in Reden und Flugblättern mehr praktische Gedanken als die bloße Theorie zur Anwendung kommen.

81. Genosse Leyendecker in Höchst: Der Partei-Vorstand hat für die ländlichen Kreise noch mehr Fürsorge zu treffen und die bewährtesten und bekanntesten Redner mehr aufs Land hinauszusenden und endlich einmal eine Verringerung der vielen Versammlungen in den großen Städten eintreten zu lassen; ferner zu erwägen, ob es nicht für die Landagitation zweckmäßig sei, seßhafte, mit den ländlichen Verhältnissen betraute Genossen zur Agitation heranzubilden und dieselben als Redner zu verwenden.

82. Parteigenossen in Danzig: Den Partei-Vorstand zu beauftragen, mehr rednerische Kräfte nach Ost- und Westpreußen mit Agitationstouren zu betrauen.

83. Parteigenossen in Ulm: Die Verleger der Witzblätter „Wahrer Jakob", „Südd. Postillon" und ähnlicher Blätter zu veranlassen, jeder Nummer dieser Blätter regelmäßig ein Exemplar des Parteiprogramms beizufügen.

Taktik.

84. Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: Gegen die immer bestimmter auftretenden Vorschläge der reaktionären Parteien, das für das Deutsche Reich geltende allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, insbesondere das Koalitionsrecht einzuschränken, eine energische Agitation einzuleiten, die darauf hinausgeht, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auch für die einzelnen Landtage und Kommunen auszudehnen, und unumschränktes Koalitionsrecht zu erringen. Es gilt unter allen Umständen zu verhindern, daß die herrschenden Klassen in ihrer unheilvollen Verblendung die wichtigsten Pfeiler einer gesunden Entwicklung gefährden, damit einem Konflikt der Machthabenden der Boden entzogen wird.

85. Parteigenossen in Triberg: In München oder Stuttgart ist eine Schule zur Ausbildung von Agitatoren zu errichten. In erster Linie hat die Schule die Aufgabe zu erfüllen, befähigte Landagitatoren heranzubilden.

Maifeier.

86. Siebzehn Leipziger Genossen: Den Zusatzabsatz des Züricher Kongreßbeschlusses, betreffend die Maifeier: „Die Sozialdemokratie jedes Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten und von einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird", in die Kölner Resolution einzuschalten.

87. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Am 1. Mai haben sämmtliche Referenten unentgeltlich zu referiren.

Parlamentarisches.

88. Parteigenossen des Kreises Lyck-Oletzko-Johannisburg: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Antrag folgenden Inhalts im Reichstag einzubringen: Das Halten von Ammen ist, da sterilisirte Kuhmilch ein vollständiger und billigerer Ersatz von Ammenmilch ist, von Staats wegen zu verbieten und nur dann zu gestatten, wenn ein ärztliches Physikats-Attest für die Nothwendigkeit dazu vorliegt und wenn die Amme ihr Kind bereits verloren hat.

89. Parteigenossen in Pirmasens: Die Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Antrag einzubringen auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte und deren Ausdehnung in der Zuständigkeit auf Dienstboten und ländliche Arbeiter.

90. Die Parteigenossen in **Aachen:** Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, jedes Jahr im Reichstage den Antrag zu erneuern auf gesetzliche Einführung des Achtstundentages und eines Minimallohnes.

91. Die Parteigenossen des **Kreises Teltow=Beeskow=Storkow:** Die Reichstagsfraktion hat im Reichstage einen Antrag einzubringen, in dem der gesetzliche achtstündige Arbeitstag und die Erklärung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag gefordert wird.

92. Die Genossinnen **Gerndt=Berlin und Zetkin=Stuttgart:**

1. Die Reichstags=Fraktion wird beauftragt, bei den bevorstehenden Berathungen über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs mit aller Energie die Initiative zu ergreifen für die Beseitigung aller gesetzlichen Bestimmungen, welche die Frau dem Manne gegenüber benachtheiligen.

2. Bei den bevorstehenden Berathungen über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs mit aller Energie einzutreten für die Rechte der unverheiratheten Frauen als Mütter, sowie für die Rechte ihrer Kinder.

93. Parteigenossen des **14. hannoverschen Kreises:** Die Reichstags=Fraktion hat darauf hinzuwirken, daß die Kranken=, Alters= und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter ausgedehnt wird.

94. Parteigenossen in **Mannheim:** Die sozialdemokratische Reichstags=Fraktion zu beauftragen, in der nächsten Session einen Antrag auf Vereinheitlichung der ganzen Sozialgesetzgebung (Kranken=, Unfall=, Alters= und Invaliditätsversicherung) einzubringen.

95. Die Parteigenossen des **Kreises Teltow==Beeskow=Storkow,** sowie die Genossen in **Schweidnitz:** Die Reichstagsfraktion hat zu veranlassen, daß die Karenzzeit bei der Altersversicherung von 70 auf 60 Jahre herabgesetzt, und über die Alters= und Invalidenversicherung alljährlich eine Statistik veröffentlicht wird. — Die Fraktion hat einen Antrag einzubringen, in welchem gefordert wird, daß die Arbeiter und Handwerker ihre Lohn= und Forderungen über gelieferte Arbeiten auch bei den Grundstück= und Hypothekenbesitzern geltend machen können.

96. Vom Genossen **Rohrlack=Berlin:** Die Reichstagsfraktion hat, wenn möglich, noch in der bevorstehenden Session des Reichstags folgende Fassung für den § 139b der Gewerbeordnung zu beantragen:

§ 139b. Die Bestimmungen der §§ 134—139b finden auf alle Fabrik=, gewerblichen und hausindustriellen Anlagen Anwendung. Die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen der §§ 105—120e, 126—128, 134—139a ist besonderen Gewerbe=Aufsichtsbeamten zu übertragen, welche für eine zweijährige Amtsdauer je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch direkte und geheime Wahl ernannt werden. Wiederwahl ist zuläßig. Der dritte Theil dieser Beamten muß weiblichen Geschlechts sein. Die Zahl der Gewerbe=Aufsichtsbeamten wird alle zwei Jahre vom Reichstag festgesetzt, doch muß dieselbe mindestens so hoch sein, daß jeder Betrieb dreimal im Jahre besichtigt werden kann. Die Besoldung der Beamten geschieht aus Reichsmitteln. Kesselrevisionen dürfen den Beamten nicht übertragen werden. Die Gewerbe=Aufsichtsbeamten sind verpflichtet, jede Gesetzwidrigkeit zur Anzeige zu bringen. Sie sind ferner verpflichtet, die gelegentlich der Revision amtlich zu ihrer Kenntniß kommenden Geschäfts= und Betriebsverhältnisse und Einrichtungen, welche den gesetzlichen Vorschriften nicht unterliegen, geheim zu halten.

Die Zuständigkeit der Gewerbe=Aufsichtsbeamten erstreckt sich auf alle für den jeweilig zu revidirenden Betrieb geltenden Bestimmungen der obengenannten Paragraphen der Gewerbeordnung. Alle von den Beamten auf Grund solcher Bestimmungen getroffenen Anordnungen müssen von den Betheiligten ausgeführt werden und können die Gewerbe=Aufsichtsbeamten zur Hilfeleistung die ordentlichen Polizeibehörden heranziehen.

Die erwähnten Beamten haben Jahresberichte über ihre amtliche Thätigkeit zu erstatten, welche dem Bundesrath und dem Reichstag unverkürzt vorzulegen sind.

Die auf Grund der vorstehenden Bestimmungen auszuführenden amtlichen Revisionen müssen die Arbeitgeber zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während des Betriebes, gestatten. Es ist den Gewerbe-Aufsichtsbeamten verboten, eine vorzunehmende Revision den Gewerbetreibenden vorher anzuzeigen.

Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten haben alle zwei Jahre eine Statistik über die Zahl der Anlagen und der darin beschäftigten Arbeiter, sowie über Geschlecht und Alter derselben, und deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzunehmen. Arbeiter und Arbeitgeber sind verpflichtet, alle zu diesem Zweck erforderlichen Angaben zu machen. Dasselbe gilt von denjenigen statistischen Mittheilungen, welche auf Grund besonderer Verfügungen des Bundesraths, des Reichstags oder der Verwaltungsbehörden verlangt werden.

Alle in den §§ 105c, d, e, f und 138a, 139, 139a vorgesehenen Ausnahmebestimmungen sind nur nach Begutachtung und unter Zustimmung derjenigen Gewerbe-Aufsichtsbeamten zulässig, in deren Bezirk die Anlage sich befindet, für welche die Ausnahme nachgesucht ist.

Die Absätze 2 bis 5 des § 154 treten, als hiernach überflüssig, außer Kraft.

97. Parteigenossen in Niederbarnim und Brandenburg: Der Reichstagsfraktion aufzugeben, einen Antrag auf Abänderung des § 7 des Reichstagswahlgesetzes im Reichstage einzubringen, dahingehend, daß Reichstagswählern, wie Schiffern, Schnittern, Flößern, Hausirern, Handelsleuten, Ziegeleiarbeitern, Bauarbeitern u. s. w., die durch Erwerbsverhältnisse verhindert sind, ihr Wahlrecht an ihren Wohnorten auszuüben, gestattet ist, an demjenigen Orte zu wählen, an welchem sie sich zur Zeit der Wahl befinden resp. in Arbeit stehen. — Den Vertretern der sozialdemokratischen Partei wird im Interesse der Landagitation empfohlen, auf dem Parteitag dafür zu stimmen, daß die Fraktion ersucht werde, bei geeigneter Gelegenheit im Reichstage Gesetzesvorschläge etwa folgenden Inhalts einzubringen:

1. Gesetz, betreffend die Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen ländliche Arbeiter und gegen das Gesinde. § 1. Sämmtliche landesgesetzlichen Sonderbestimmungen über das Rechtsverhältniß ländlicher Arbeiter, der Schiffer und des Gesindes zu ihren Arbeitgebern werden aufgehoben. Insbesondere werden hiermit die sogenannten Gesinde-Ordnungen, sowie Gesetze und Verordnungen, welche Strafbestimmungen wegen Ungehorsam und Widerspenstigkeit der ländlichen Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes betreffen, oder das Koalitionsrecht ländlicher Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes beschränken, oder die Zuführung oder Zurückführung des Arbeiters zum Arbeitgeber gestatten, aufgehoben. § 2. Die Verträge zwischen ländlichen Arbeitern, Schiffern oder dem Gesinde und ihren Arbeitgebern sind Gegenstand freier Vereinbarung und unterliegen lediglich den allgemeinen Vorschriften über Dienstverträge (Verträge über Handlungen, Lohnverträge, Arbeitsverträge). § 3. Streitigkeiten zwischen den vorgenannten Arbeiterkategorien und deren Arbeitgebern sind durch aus öffentlichen Wahlen hervorgegangene Gerichte unentgeltlich zu entscheiden. Die Gerichte haben zu zwei Dritteln aus Arbeitern und zu einem Drittel aus Arbeitgebern zu bestehen. § 4. Dieselben Gerichte treffen zu Beginn des Jahres ortsstatutarische Bestimmungen über die höchste Länge der täglichen Arbeitszeit und über die Sonntagsruhe der vorgedachten Arbeiterkategorien.

2. Beamte und Mitglieder der bewaffneten Macht, welche Verwaltungsorganen unterstellt sind, sind für ihre Handlungen und Unterlassungen strafrechtlich und zivilrechtlich, ohne Rücksicht darauf, ob ihnen ein Verschulden zur Last fällt, verantwortlich. Anträge auf Bestrafung von Beamten und Mitgliedern der bewaffneten Macht ꝛc. oder Verurtheilung zur Schadenersatzleistung können von Jedem gestellt werden, der sich geschädigt fühlt. Ueber diese

Anträge haben Laiengerichte, die aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammenzusetzen sind, zu entscheiden.

3. In die Gewerbeordnung ist eine Bestimmung aufzunehmen, durch welche außer Zweifel gesetzt wird, daß weder der Landesgesetzgebung, noch irgend einem Beamten das Recht zusteht, das Schankgewerbe durch Verbote zu beschränken, zu einer bestimmten Zeit auszuschänken oder öffentliche Lustbarkeiten zu dulden.

4. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sofort nach Zusammentritt des Reichstags einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen der Artikel 4, Punkt 16 der Reichsverfassung, nach Maßgabe des Punkt 4 des Parteiprogramms zur Durchführung gelangt.

98. Parteigenossen in Halle: Der Breslauer Parteitag wolle beschließen, daß die Fraktion im Reichstage diejenige Stelle im Präsidium einnimmt, auf welche sie geschäftsordnungsmäßig Anspruch zu erheben hat.

99. Genosse Doppler in Mülhausen i. E.: Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, baldigst einen Antrag auf Abänderung des sog. Krankenversicherungs-Gesetzes einzureichen, da in dem jetzt geltenden eine Reihe von Paragraphen enthalten sind, welche eine wirkliche Versicherung gegen Krankheit vollständig unmöglich machen.

100. Genosse Wohlers in Hamburg-Eilbeck: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Gesetzentwurf einzubringen, in welchem die gänzliche Aufhebung aller freien Hilfskassen, sowie der Fabrik-Krankenkassen verlangt wird.

Resolutionen.

101. Genossinnen und Genossen in Breslau: Die Unterzeichneten beantragen: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wolle beschließen: In Erwägung, daß die Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse der zur Erwerbsarbeit gezwungenen Mädchen und Frauen immer jämmerlicher werden; daß die Zahl der weiblichen Arbeiterschaft beständig wächst und durch die Konkurrenz der Frauen auch die Lohnverhältnisse der männlichen Arbeiter fortschreitend verschlechtert, sowie die Männer aus weiten Kreisen der Industrie immer mehr verdrängt werden, fordert der sozialdemokratische Parteitag die Genossen, insbesondere die Vertrauenspersonen und die Agitatoren der Partei auf, durch möglichst vielseitige Feststellungen über die unausgesetzte Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit und über die für das kommende Geschlecht so verhängnißvolle Lage der Arbeiterinnen in den einzelnen Industriezweigen und Gewerbebetrieben die helle Beleuchtung und die scharfe Kritik allseitiger Oeffentlichkeit zu verbreiten.

102. Parteigenossen des 11. sächsischen Wahlkreises: In der Erwägung, daß der endliche Sieg des Proletariats um so eher eintreten wird, je rascher die sozialistischen Ideen und Lehren allgemeinste Verbreitung gefunden haben, in Erwägung ferner, daß unsere Propaganda immer wieder von Neuem anfangen muß, so lange die Kindererziehung nicht im sozialistischen Sinne betrieben, sondern gänzlich vernachlässigt oder unbewußt in direkt nachtheiliger Weis' gehandhabt wird, erklärt der Parteitag es als Pflicht jedes Parteigenossen, für die sozialdemokratische Erziehung seiner Kinder Sorge zu tragen und beauftragt den Partei-Vorstand, für Herausgabe und event. unentgeltliche Verbreitung einer volksthümlich und gemeinverständlich geschriebenen Erziehungslehre für Arbeiter zu sorgen, da von einer planmäßigen Kindererziehung in der Mehrzahl der Arbeiterfamilien bis jetzt nicht die Rede ist und eine solche nur dann eintreten kann, wenn den Eltern angemessene Anregung gegeben wird.

103. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Die Parteiversammlung erklärt sich mit der Thätigkeit der Provinzialkonferenz der Provinz Brandenburg einverstanden mit Ausnahme ihrer Stellung zum Agrarprogramm,

wie sie in der Stadthagen'schen Resolution ihren Ausdruck findet. Die Parteigenossen des fünften Kreises wünschen vielmehr das Weiterbestehen der Agrarkommission zum Studium der ländlichen Verhältnisse und erwarten von dem Parteitage Stellungnahme in diesem Sinne.

104. Parteigenossen in Weilburg: In Erwägung, daß der weitaus größte Theil des ländlichen Proletariats nicht die Mittel besitzt, sich durch Zeitungen und dergleichen Aufklärung über die parlamentarische Thätigkeit unserer Partei im Reichstage zu verschaffen; in fernerer Erwägung, daß von den gegnerischen Parteien diese Unkenntniß benutzt wird, unsere Partei und ihre parlamentarische Thätigkeit zu diskreditiren und die Bekanntgabe derselben, sowohl der unserigen wie der gegnerischen Parteien, ein wirksames Kampfmittel der ländlichen Agitation bieten würde, bitten wir, nach Ablauf einer Session sowohl des Reichstags wie des Landtags einen kurzen Ueberblick über die Berathungen und Beschlüsse der beiden Körperschaften, sowie über die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu denselben, in Broschürenform zu veröffentlichen.

105. Von den Genossen des 1. badischen Reichstags-Wahlkreises: Wir sind überzeugt, daß die Agrarkommission ihre Aufgabe, Vorschläge zum Bauernschutz zu machen, erfüllt hat, wir sind zur Ansicht gelangt, daß gründliche Prüfung und Beurtheilung des Agrarprogramms nur dann möglich ist, wenn die Agrarkommission diejenigen Materialien, welche sie zur Aufstellung der einzelnen Forderungen bestimmten, ausführlich bekannt giebt. Wir sind ferner zur festesten Ueberzeugung gekommen, daß die Gewinnung der landwirthschaftlichen Tagelöhner, der kleinen und mittleren Landwirthe nicht nur möglich, sondern zur Erreichung unserer Ziele absolut nothwendig ist. Aus eben diesem Grunde muß die Agitation auf dem Lande energischer und systematischer betrieben werden. Um dieses erreichen zu können, beantragen wir, daß die Agrarkommission zu einer dauernden Einrichtung wird, welche als eine Art Zentrale mit den einzelnen Bezirken in steter Fühlung stehen muß. Sie hat etwaige Vorkommnisse zu sammeln und die Eigenartigkeit der Verhältnisse zu prüfen und zu Agitationszwecken in Form von Flugschriften u. s. w. zu verwerthen. Die Mitglieder der Agrarkommission haben ihre Bezirke periodisch zu bereisen und mit erfahrenen Genossen, namentlich auch auf dem Lande, den Stand der Agitation und die vorhandenen Wünsche zu besprechen. Wir beantragen des Ferneren die Fertigung besonderer Bauernagitations-Broschüren und zwar sowohl für den Norden, den Süden und Mitteldeutschland. Nur dadurch ist es möglich, daß die mit der Agitation betrauten Personen eine richtige Direktive erhalten und Stegmüllereien verhütet werden. Die Ausgabe einer derartigen Broschüre halten wir schon deshalb geboten, weil die Bauern z. B. des badischen Oberlandes zum größten Theile im Besitze der allerdings verschuldeten Produktionsmittel sind, die dem Fabrikarbeiter schon längst entwunden sind. Hier muß also eine ganz andere Agitation als in der Stadt Platz greifen.

106. Parteigenossen in Bremerhaven: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, an die Reichsregierung die Forderung zu stellen, eine Statistik von den Seemannsämtern über die Zahl der in den drei letzten Jahren wirklich angemusterten Seeleute, im Gegensatz zu den im Handbuch für die Handelsmarine angegebenen Zahlen, herauszugeben, indem sich dann herausstellen wird, daß die Besatzung in keinem Verhältniß zu der Größe der Schiffe steht.



Bericht des Partei-Vorstandes.

Allgemeines. Die Kunde von der jähen Unterbrechung des „neuen Kurses", von dem Sturze Caprivi's und Eulenburg's, traf am Vorabend des Schlusses des Parteitags in Frankfurt ein. Wie wenig unsere Partei von derartigen Wandlungen berührt wird, spiegelte sich in der Thatsache ab, daß des Vorgangs auf dem Parteitag mit keinem Wort Erwähnung geschah. Erst in seinem Schlußwort fand Genosse Singer Gelegenheit, unter der einmüthigen begeisternden Zustimmung der Delegirten zu betonen: „Wir fürchten auch nicht den allerneuesten Kurs, wir stehen ihm gewaffnet gegenüber".

Die erste Episode des Thatendranges des neuesten Kurses uns gegenüber, die Umsturzvorlage hat jammervoll Schiffbruch gelitten. Das Steuer versagte, weil jede Interessengruppe der alten Gesellschaft Steuermann spielen wollte, eine Gruppe die andere im Verdacht des Freibeuterthums hatte.

Nach einiger Zeit politischer Windstille ertönen abermals die Unkenrufe nach einem gegen uns gerichteten Ausnahmegesetz. Auch dieses läßt uns kalt. Was auch in Zukunft noch für Pläne zur Lahmlegung unserer Propaganda ausgeheckt werden mögen, die Partei wird jeden gegen sie geführten Streich zu pariren wissen.

Wir sind auf Alles vorbereitet.

Nach Schluß des Frankfurter Parteitages trat die neugewählte Parteileitung sofort zu ihrer konstituirenden Sitzung zusammen. Die in derselben gefaßten, auf die formale Geschäftsführung Bezug habenden Beschlüsse, sind den Genossen in Nummer 256 des „Vorwärts" vom 2. November v. J. zur Kenntniß gebracht.

Ehe das Jahr 1894 zur Rüste ging hat die Partei noch 2 größere Kämpfe beendigt.

Am 2. November wurde von den Dresdener Genossen der Boykott gegen die Waldschlößchen-Brauerei aufgehoben. Nach halbjährigem, zähe und energisch seitens der Genossen geführten Kampf, kapitulirte die Brauerei fast bedingungslos.

In Berlin gelangte die Arbeiterschaft nach achtmonatlichem opferreichen Kampf zu einem ehrenvollen Vergleich in Sachen des Bierboykotts. Den Herren vom Berliner Bierring dürfte nicht danach gelüsten, zum zweiten Mal der Arbeiterschaft den Fehdehandschuh hinzuwerfen.

Außerordentlichen Schwierigkeiten begegnet die Agitation für die Arbeiterinnenbewegung. Die Einheitlichkeit der Bewegung wurde zerstört durch die Auflösung der in Berlin domizilirenden Agitations-Kommission seitens der Polizeibehörde am 19. Februar d. J.; durch Erkenntniß vom 31. Mai d. J. erhielt die polizeiliche Anordnung gerichtliche Sanktion. Auch anderweit, so in Altona und Nürnberg, verfielen Frauen-Bildungsvereine der Auflösung, indem der politische Charakter derselben als erwiesen erachtet wurde. Nach dem Fall der Umsturzvorlage verfällt in Bayern jede Versammlung der Auflösung, an der Frauen theilzunehmen beabsichtigen. Doch Druck erzeugt Gegen-

druck. Wir können mit Genugthuung feststellen, daß gerade in diesem Jahre eine so rege Agitation unter den Arbeiterinnen in allen Theilen Deutschlands entfaltet wurde, wie kaum zuvor.

Der Förderung der Agitation unter den Arbeiterinnen hat auch der Vorstand seine Aufmerksamkeit gewidmet. Ein Flugblatt, in dem die sozialpolitische Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann gefordert und die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts als das Mittel zur Erreichung des Zweckes bezeichnet wird, hat in einer Auflage von 180 000 Exemplaren Verbreitung gefunden.

Die von dem Frankfurter Parteitag gewählte Agrarkommission konstituirte sich am 10. Februar in Berlin. Als Ergebniß der Berathungen derselben liegen die vom Vorstand am 16. Juli d. J. in Nummer 163 des „Vorwärts" bekanntgegebenen Erweiterungen des Programms dem Parteitag zur Berathung und Beschlußfassung vor.

Oefter wird von den Genossen über mangelhaften Versammlungsbesuch geklagt. Die Klagen würden verstummen, wenn die Arbeiter den Versammlungen die gleiche Wichtigkeit beilegen wollten, die denselben von der Regierung beigelegt wird. So wurde in einem von dem Regierungspräsidenten in Potsdam am 22. Dezember v. J. erlassenen Rundschreiben den Landräthen die peinlichste Ueberwachung und Berichterstattung über die gegen die Umsturzvorlage arrangirten Protestversammlungen empfohlen. Es ist anzunehmen, daß gleiche Verfügungen in allen Regierungsbezirken erlassen wurden.

Die frühere Praxis, unsere Parteiorganisation zu einem Verein umzustempeln, ist in Sachsen bereits in Aufnahme gekommen. So in Chemnitz, Zwickau und neuerdings in Limbach. Schaden ist damit der Partei nicht zugefügt worden. Es geht auch so.

Eine weitere Verfügung des sächsischen Ministeriums des Innern und des Kultus geht dahin, die Kinder von den Festen kirchlicher oder politischer Parteien fern zu halten. Die Verordnung ist zwar im allgemeinen Rahmen gehalten und trägt den Anstrich des gemeinen Rechts, in der Praxis charakterisirt sie sich jedoch als eine Ausnahmebestimmung schlimmster Art, da nur allein die von den Genossen ausgehenden Veranstaltungen getroffen werden.

Eine Anzahl Beschlüsse des Frankfurter Parteitags wurden dem Vorstand zur Ausführung bezw. Erwägung überwiesen. Der Beschluß, den darum ansuchenden Vertrauensleuten den „Vorwärts" gratis auf Kosten der Parteikasse zu liefern, ist vom 1. Januar d. J. ab zur Ausführung gelangt. Mit der Ausführung des bezüglichen Beschlusses sind viele Unzuträglichkeiten verknüpft. Die Parteileitung ist deßhalb der einmüthigen Ansicht, daß die Aufhebung des angezogenen Beschlusses den Interessen der Partei entspricht. Ein diesbezüglicher Antrag ist von den Kontrolleuren gestellt.

„Neugründungen von Parteigeschäften haben zu unterbleiben", so beschloß der Frankfurter Parteitag, was jedoch nicht verhinderte, daß der Vorstand in die Zwangslage kam, Genossen den bezüglichen Beschluß in Erinnerung bringen zu müssen. Die Herausgabe eines elsaß-lothringischen Parteiorgans scheiterte an den eigenartigen, ausnahmegesetzlichen Einrichtungen der Reichslande. Desgleichen die Herausgabe eines in französischer Sprache erscheinenden Wochenblattes für Lothringen. Dagegen ist das gewünschte Korrespondenzbureau in Mülhausen eingerichtet, über dessen Kostenpunkt an anderer Stelle berichtet wird.

Die Agitation unter den Seeleuten hat durch die Herausgabe der Broschüre „Seemanns Leben und Leiden" wesentliche Förderung erfahren.

Neben und mit der allgemeinen Agitation wandten die Genossen der Bekämpfung der Tabakfabrikatsteuer ihre volle Kraft zu. Der steigende Unwille des Volkes, hervorgerufen durch die stetige Beunruhigung einer umfangreichen Industrie, fegte den verhaßten Gesetzentwurf hinweg.

Bezüglich des Beschlusses „Die Abschaffung der Akkordarbeit in denjenigen Druckereien, in denen Parteiblätter hergestellt werden" konnte sich der Parteivorstand zur Durchführung einer so einschneidenden Maßregel nicht verstehen, ohne in Fühlung mit den zunächst Betheiligten zu treten.

Aus den Setzerkreisen wurde allgemein der Wunsch geäußert, die Angelegenheit so lange auf sich beruhen zu lassen, bis über dieselbe ein Beschluß der Generalversammlung des Deutschen Buchdruckerverbandes vorliege. Der Verbandstag der Buchdrucker, der vom 17. Juni d. J. ab in Breslau tagte, erklärte sich mit allen gegen 3 Stimmen gegen die Abschaffung der Akkordarbeit. Der Beschluß lautet: „In der Einführung des gewissen Geldes vermag die Generalversammlung eine Förderung der Gehilfen-Interessen erst dann zu erblicken, wenn die für diesen Entlohnungsmodus nothwendigen Voraussetzungen vorhanden sind. Bei der jetzt üblichen Gepflogenheit, das gewisse Geld immer mehr auf das Minimum herabzudrücken, bei möglichst hohen Leistungen, würde diese Entlohnungsweise zur Zeit nur das Herabsinken des Lohnes wie die Beschränkung der persönlichen Freiheit herbeiführen."

Nach Ansicht des Vorstandes bleibt die Beseitigung der Akkordarbeit erstrebenswerthes Ziel. Jedoch ist derselbe nach reiflicher Erwägung aller einschlägigen Momente der Meinung, daß die Beseitigung der Akkordarbeit im Buchdruckergewerbe im jetzigen Entwicklungsstadium der wirthschaftlichen Verhältnisse der Gesammtheit der Arbeiter keine nennenswerthen Vortheile, einem großen Bruchtheil der Buchdrucker aber erhebliche Nachtheile bringt.

Aus diesen Erwägungen glaubte der Vorstand den Arbeiterinteressen damit am besten dienen zu sollen, die Ausführung des Frankfurter Beschlusses vorläufig auf sich beruhen zu lassen, um den Parteitag Gelegenheit zu geben, sich nochmals über die Sache zu äußern.

In einer Reihe von Parteiorten waren seit geraumer Zeit Differenzen der Genossen untereinander vorhanden, zu deren Beilegung mehrmals die Mitwirkung des Vorstandes beansprucht wurde. Erfreulicherweise wurde allenthalben das gute Einvernehmen wieder hergestellt. Allerorten arbeiten die Genossen einmüthig in geschlossener Phalanx.

An der felsenfesten Ueberzeugung, Träger und Vollzieher einer großen Kulturmission zu sein, und dem damit verbundenen Pflichtbewußtsein der Genossen, zerschellen alle Machinationen unserer Gegner.

* * *

Agitation. Eine rege Agitation wurde nach dem Schluß des Frankfurter Parteitages von den heimkehrenden Delegirten entfaltet. Die Genossen von Frankfurt und dessen Umgebung hatten die Tagung des Parteitages nach Möglichkeit ausgenutzt, Delegirte zu Referaten heranzuziehen.

Im Uebrigen ist dem Wunsche der Genossen in Bezug auf Zuwendung von Rednern seitens des Vorstandes in weitgehendem Maße entsprochen worden. Wie in den voraufgegangenen Jahren sind auch im verflossenen Sommer größere Agitationstouren von dem Vorstand zur Ausführung gebracht. Daß nicht alle Wünsche, die die Genossen hegten, befriedigt werden konnten, fällt dem Vorstand nicht zur Last. Die Genossen müssen sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß Unmögliches nicht geleistet werden kann, und daß die Kräfte Einzelner nicht hinreichen, die Anforderungen zu befriedigen, die an sie gestellt werden. Mußte hier und da eine ablehnende Antwort ertheilt werden, so lagen stets triftige Gründe vor.

Mit dem Wachsthum und der Ausbreitung der Partei fällt die Ausführung der Agitation in ihren Einzelnheiten immer mehr den Provinzial- und Kreis-Agitationskomitees zu. Ihnen ist die lobende Anerkennung nicht zu versagen, daß sie sich ihrer Aufgabe mit Eifer und Hingebung gewidmet haben.

Ueberall haben im Anschluß an den Parteitag Kreiskonferenzen, Provinzial- und Landesparteitage stattgefunden. Hauptaufgabe derselben war, sowohl die mündliche Agitation zu unterhalten, und wie auch der Presse eine weitere Verbreitung zu schaffen. Im Großen und Ganzen ist Beides den Genossen gelungen. Wo die eigene Kraft der Genossen nicht ausreichte und das berechtigte Bedürfniß vorlag, hat der Vorstand nach Kräften Beihilfe geleistet.

Doch muß auch ein Uebelstand erwähnt werden, der sich durch die Thätigkeit der Kreis- und Provinzialkomitees herausgebildet hat. Zahlreiche Parteiorte haben die Verbindung mit dem Vorstand vernachlässigt. Absatz 2 des § 4 und § 5 des Organisationsstatuts existirt für eine große Anzahl Parteiorte nicht. Diese Nichtbeachtung kann unter Umständen zu großen Unzuträglichkeiten führen. Ungeachtet dieses Umstandes ist bei der Ausdehnung der Partei und der außerordentlichen Rührigkeit der Genossen die Korrespondenz mit dem Vorstand konstant geblieben ist.

In der Zeit vom 1. Oktober 1894 bis zum 31. August d. J. gingen bei dem Vorstand ein: 4361 Briefe und Karten. Zum Versandt kamen in dem gleichen Zeitraum 4109 Briefe und Karten, worin die Zirkulare, Kreuzbandsendungen und Packete nicht mit einbegriffen sind.

Im Allgemeinen hatte die Agitation unter dem Druck des geschäftlichen Niedergangs und der damit in Verbindung stehenden Arbeitslosigkeit zu leiden.

Die Führung schwarzer Listen ist vielfach konstante Praxis der Unternehmerverbände geworden. Auch sonst ist von der Unternehmerklasse und von den Behörden alles Mögliche aufgeboten worden, die Agitation unserer Genossen lahmzulegen. In Berücksichtigung aller dieser Umstände verdient der Agitationseifer und die Opferfreudigkeit der Genossen, die alle Hindernisse überwinden, die vollste Anerkennung.

Wurde auch der Einzelne hier oder dort durch behördliche oder private Maßregelung schwer geschädigt, so hat dieselbe fast niemals den beabsichtigten Zweck erreicht. Im Gegentheil! Viele der Agitation bis dahin fern Gestandene wurden der Agitation durch die über sie verhängte Maßregelung zugeführt. Jeder gemaßregelte Genosse wurde Agitator. Da, wo die eigene Kraft nicht ausreichte, sich der Knute der wirthschaftlichen Abhängigkeit zu entziehen, trat die Partei helfend ein. Allen Maßregelungen zum Trotz ist der Vormarsch der Sozialdemokratie ein unaufhaltsamer.

Wahlen zu den verschiedensten Körperschaften boten reichlich Gelegenheit, die Agitation zu fördern. Im Laufe des Jahres fanden zahlreiche Nachwahlen zum Reichstag statt. So in Osterburg-Stendal, Bernburg, Lyk-Oletzo, Eschwege-Schmalkalden, Eisenach, Hofgeismar-Rinteln, Lennep-Mettmann, Weimar-Apolda, Dresden-Land, Erstein-Molsheim, Geislingen-Heidenheim, Köln-Stadt, Aschaffenburg, Kolberg-Köslin und Waldeck. Wir verloren Lennep-Mettmann und eroberten Dresden-Land. Mit dem Letzteren gelangten wir in einem Kreis zum Sieg, der längst schon für uns reif war, und bisher nur durch die gewaltthätige Agitation der vereinigten Gegner uns vorenthalten wurde. Der Verlust des eben erst eroberten Wahlkreises Lennep-Mettmann ist hauptsächlich dem Umstande geschuldet, daß insbesondere bei der engeren Wahl die Gegner sich insgesammt vereinigten und mit einem bisher nicht gekannten Hochdruck arbeiteten. Demgegenüber ist die Mehrung der sozialdemokratischen Stimmen bei der Stichwahl um nahezu 2000 gegen die Wahl von 1893 ein hochanzuschlagender Erfolg zu nennen.

Aehnliche Erscheinungen boten die Wahlen in Erstein-Molsheim, in Bernburg, in Weimar-Apolda und Eschwege-Schmalkalden. In letzterem Kreise betheiligte sich die Sozialdemokratie vor 8 Jahren zum ersten Mal an den Wahlen. Heute ist sie stärkste Partei des Kreises.

Die Sozialdemokratie hat ferner keine Gelegenheit versäumt, ihre Sitze in den Landtagen der Einzelstaaten zu vermehren. Die Sozialdemokratie hat in dem sächsischen Landtag 14, in dem bayerischen 5, dem württembergischen 2, dem badischen 3, dem hessischen 3, dem altenburgischen 4, und dem weimarischen, dem gothaischen, dem meiningischen, dem reußischen j. L. und schwarzburgischen Landtag je ein Mandat inne.

Umfangreiche Vorbereitungen für die im Herbst stattfindenden Ergänzungswahlen haben die Genossen in Sachsen und Baden getroffen.

Die Betheiligung der Genossen an den Gemeindewahlen wird immer stärker. In fast allen deutschen Staaten sind die Genossen in die Gemeindevertretungen eingedrungen. Am hervorragendsten jedoch im Königreich Sachsen. Obgleich dort wie in den meisten anderen Staaten das Gemeindewahlrecht auf die Wahrung der Klassenvorrechte der bürgerlichen Gesellschaft zugeschnitten ist.

Sozialdemokratie und Arbeiterklasse werden immer mehr identische Begriffe, das geht namentlich aus der Betreibung der Wahlen zu den Gewerbegerichten unzweideutig hervor. Außer drei uns bekannt gewordenen Ausnahmen haben allenthalben in der Klasse der Arbeiter die Kandidaten der klassenbewußten Arbeiterschaft den Sieg davongetragen; in mehreren Fällen auch in der Klasse der Unternehmer. In Frankfurt a. M. sind sämmtliche Beisitzer Genossen. In Offenburg erhielt z. B. die sozialdemokratische Liste 264 von 270 abgegebenen Stimmen, in Pforzheim 1648 gegen 160 Stimmen. Das glänzendste Resultat erzielte Chemnitz. Trotz der gewaltigsten Anstrengungen brachten es die Gegner auf nur 99 Stimmen, denen 3679 sozialdemokratische Stimmen gegenüber standen. Als ein schwerer taktischer Fehler muß es aber bezeichnet werden, wenn Genossen, durch voraufgegangene Siege in Sicherheit gewiegt, in Lauheit verfallen, weil der Sieg nicht streitig sei. So siegte z. B. am 16. Dezember v. J. in Remscheid zwar die sozialdemokratische Liste mit 632 Stimmen, doch waren die Stimmen um mehr als die Hälfte im Vergleich zu der Wahl vor 3 Jahren zurückgegangen, und obgleich die Wahl an einem Sonntag stattfand. Der fakultative Charakter des Gesetzes über die Errichtung der Gewerbegerichte wird von den Arbeitern schwer empfunden. Häufig kommt es vor, daß Orte mit zahlreicher industrieeller Bevölkerung sich vergeblich um die Errichtung eines Gewerbegerichts bemühen. Wir nennen z. B. Meißen und Luckenwalde. In dem für Meißen ergangenen ablehnenden Bescheid der Amtshauptmannschaft heißt es sehr charakteristisch: „Durch Beibehaltung der seitherigen Einrichtungen würden verschiedene mit der Einrichtung eines Gewerbegerichts verbundene Nachtheile vermieden". Und als solche wurden bezeichnet: „Anreiz zum unnützen, ja frivolen Prozessiren, Ausbeutung der Beisitzerwahlen zu politischen Zwecken und Aufwendung nicht geringer Kosten durch die Gemeinden". Ob sich die betreffende sächsische Behörde klar geworden ist, was für ein Urtheil sie mit dem Erlaß über ein Reichsgesetz fällte?

Das Verhalten der Behörden in den angezogenen Fällen ist die beste Beackerung des Bodens, auf dem die Sozialdemokratie gedeiht.

* * *

Die Feier des 1. Mai trug in diesem Jahre, dem Parteitagsbeschluß entsprechend, den gleichen Charakter wie im vorigen Jahre. Die würdigste Form der Feier, das Ruhenlassen der Arbeit, kam in stärkerem Maße wie früher zur Anwendung.

Die Demonstration am 1. Mai für die internationale Verbrüderung, den Weltfrieden und die Klassenforderungen der Arbeiter sichert dem 1. Mai die Bedeutung als Feiertag des klassenbewußten Proletariats aller Länder.

Gleich der Feier des 1. Mai hat sich die Feier des 18. März einen dauernden Platz in den Herzen der deutschen Arbeiter erobert.

* * *

Der Bestand der **Parteipresse** ist im abgelaufenen Berichtsjahr fast unverändert geblieben. Neu hinzugekommen ist das seit dem 1. November v. J. von den Genossen in Harburg herausgegebene Volksblatt, das 6mal wöchentlich erscheint, und das in gleicher Erscheinungsform seit dem 1. April d. J. herausgegebene Lüneburger Volksblatt. Im übrigen ist sowohl bei den politischen wie bei den gewerkschaftlichen Blättern nur eine unwesentliche Aenderung in der Erscheinungsweise zu verzeichnen.

Die folgende vergleichende Tabelle giebt ziffernmäßigen Aufschluß über den Stand der Parteipresse:

Es erschienen:

a) Politische Blätter:

			1891	1892	1893	1894	1895
wöchentlich	6	Mal	27	32	32	37	39
„	3	„	23	20	25	20	20
„	2	„	7	6	7	9	8
„	1	„	10	12	11	8	9
alle 14 Tage	1	„	1	—	—	—	—
			68	70	73	74	76

b) Gewerkschaftsblätter:

			1891	1892	1893	1894	1895
wöchentlich	3	Mal	1	1	1	1	1
„	2	„	—	1	—	—	—
„	1	„	24	28	28	27	27
monatlich	3	„	3	3	2	2	2
alle 14 Tage			22	20	19	19	18
monatlich	1	„	4	3	5	4	5
			54	56	55	53	53

Um das Bild der Parteipresse vollständig zu zeichnen, sei noch auf die bei J. H. W. Dietz in Stuttgart erscheinende wissenschaftliche Revue, die „Neue Zeit" verwiesen.

Als Witzblätter erscheinen der „Wahre Jacob" in Stuttgart und der „Süddeutsche Postillon" in München.

Ferner wird die „Neue Welt" einer Reihe von Parteiblättern als Unterhaltungs-Beilage beigelegt.

Für den im Parteiverlag erscheinenden „Neue Welt-Kalender" kommt für die Ausgabe 1896 der reduzirte Preis von 40 Pfg. zur Anwendung, der hoffentlich auf die Steigerung der Auflage von Einfluß sein wird.

Neben dem allgemeinen Parteikalender bürgern sich immer mehr die billigen Landes- und Provinzialkalender ein, die ihre Aufgabe nach Kräften erfüllen, so in Schleswig-Holstein, der Mark Brandenburg, in Württemberg und der Rheinpfalz.

* * *

Die angefügte Abrechnung unseres Zentralorgans „Vorwärts", die das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1894 bis einschließlich den 30. Juni d. J. umfaßt,

weist einen Ueberschuß von 55 536,45 Mk. nach. Derselbe hat gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 8031,96 Mk. erfahren. Die gesteigerten Erträgnisse des „Vorwärts" entfallen sowohl auf den vermehrten Abonnentenstand, als wie auf die Einnahmen aus dem Inseratenwesen, ein greifbarer Beweis der Wechselwirkung der Zunahme des politischen und wirthschaftlichen Einflusses unserer Parteientwicklung.

Seit dem 2. September ist ein weiteres erfreuliches Steigen der Auflage des „Vorwärts" zu verzeichnen. Inwieweit mit dieser Thatsache der bekannt gewordene und von der „gesinnungstüchtigen Presse" so viel kommentirte Aufruf an „das gesammte Volk" in Verbindung zu bringen ist, wollen wir dahingestellt lassen.

Sprach der vorjährige Vorwärtsbericht von einer gewaltigen Steigerung des Ausgabepostens für Gerichtskosten und Strafen, so können wir von einer Wendung zum Besseren nicht berichten. Auch in diesem Jahre verschlang der Justizfiskus 5630,60 Mk.

Soweit die Berliner Genossen durch ihr dazu berufenes Organ, die Preßkommission, Wünsche anzubringen und Ausstellungen an den lokalen und Inseratentheil zu machen hatten, ist nach beiden Richtungen hin von der Expedition und Redaktion im Einverständniß mit dem Vorstand entsprochen worden.

Die zu diesem Behufe nothwendigen Konferenzen der Betheiligten fanden am ersten Mittwoch jeden Monats statt.

* * *

Der Abonnentenstand des „Sozialdemokrat" beträgt zur Zeit 4300 gegen 5700 am Schlusse des vorigen Berichtsjahres.

Im Letzteren erforderte das Blatt einen Zuschuß aus der Parteikasse in Höhe von 14 144,20 Mk., worin freilich 4081,74 Mk. für Gerichts-, Haft- und Stellvertretungskosten der Redaktion einbegriffen sind. Bei dem derzeitigen Abonnentenstand würde das Blatt pro Quartal eine Einnahme von Mk. 4200 aufweisen, dem eine Ausgabe von 6700 Mk. gegenübersteht. Somit wäre ein Zuschuß von 2500 Mk. pro Quartal erforderlich, der sich aber nothwendigerweise um den Betrag erhöhen muß, der sich aus dem Ausfall nicht einbringlicher Abonnementsbeträge und etwaiger Prozeß- und Stellvertretungskosten ergeben wird.

Die Außenstände betrugen am Schluß des II. Quartals d. J. rund 3300 Mk. Davon entfallen auf das I. Quartal 1894 82,90 Mk., das II. 276,35 Mk., das III. 254,00 Mk., das IV. 124,10 Mk., auf das I. Quartal 1895 439,05 Mk. und das II. 2123,92 Mk.

Der Vorstand hielt es für seine Pflicht, am Schluß des Jahres 1894 die ihren Zahlungsverpflichtungen lässig nachkommenden Filial-Expedienten des „Sozialdemokrat" durch unsere Vertrauensleute zu mahnen; der Erfolg entsprach nicht den gehegten Erwartungen.

Auf das Ausland entfielen 780 Abonnenten, die sich wie folgt vertheilten: Nord-Amerika 300, Süd-Amerika 20, England 135, Schweiz 125, Frankreich 90, Oesterreich-Ungarn 45, Rumänien 30, Holland 5, Portugal 10, Belgien 10, Afrika, Italien, Rußland, Schweden und Norwegen, Ost- und Niederländisch-Indien je 2 Abonnenten.

Ungeachtet aller Bemühungen der Redaktion, der Expedition und des Parteivorstandes ist die erhoffte Steigerung des Abonnements nicht eingetreten. Im Gegentheil, dasselbe ist von Quartal zu Quartal zurückgegangen. Demgemäß sind die Zuschüsse, relativ gemessen, gestiegen. Eine Besserung ist nicht abzusehen.

Unter so bewandten Umständen muß die Schaffensfreudigkeit jeder Redaktion erlahmen. Die Gesammtparteileitung erachtet es deshalb im Interesse der Partei liegend, dem Parteitag den Antrag zu unterbreiten: **Das Erscheinen des „Sozialdemokrat" mit dem 31. Dezember 1895 einzustellen.**

	Juli-September 1894		Oktober-Dezember 1894		Januar-März 1895		April-Juni 1895	
A. Eingänge:								
Abonnementsgelder durch die Expedition	95829	85	94282	30	93925	40	93541	40
Abonnementsgelder durch die Post . .	7825	30	8469	50	9992	05	9272	60
Inseraten-Einnahme	21779	40	28182	35	24688	15	32603	60
Gewinn aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition			1276	—				
Gesammt-Einnahme Mk.	125434	55	132210	15	128605	60	135417	60
B. Ausgänge:								
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren f. Ueberweisungen, Porto u. Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Heizung, Laufbursche der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher u. Formulare, Flugblätter 2c.	3688	15	5915	40	3809	80	4966	55
Zeitungs-Abonnement	296	60	304	35	320	80	300	85
Berichterstatter-Honorar	6739	75	7103	50	5023	05	6594	10
Feuilleton	640	40	493	90	690	30	750	40
Redaktion und angestellte Mitarbeiter	10046	25	11133	50	11320	60	11211	30
Depeschen und Parlamentsberichte . .	450	20	3105	10	1110	30	1080	30
Neue Welt	6818	10	6733	80	6763	50	6687	60
Gehälter der Expedition	2254	—	2330	—	2397	-	2597	—
Miethe	1012	50	1012	50	1012	50	1125	—
Gerichtskosten und Strafen	403	60	730	85	2570	15	1926	—
Redaktionsbibliothek	92	70	65	55	47	10	438	80
Druckrechnung	79195	50	83217	15	82496	75	77108	35
Gesammt-Ausgabe Mk.	111637	75	122145	60	117561	85	114786	25
Gewinn . . . . . "	13796	80	10064	55	11043	75	20631	35
wie oben unter A Mk.	125434	55	132210	15	128605	60	135417	60

Berlin, den 18. September 1895.

Revidirt und für richtig befunden.

H. Meister. C. Meist. Aug. Kaden. Karl Oertel.
H. Koenen. W. Klees. Theodor Metzner.

Die Abrechnung unseres Zentral-Wochenblattes „Der Sozialdemokrat“ pro Juli 1894 bis 30. Juni 1895 stellt sich wie folgt:

	Juli-Sept. 1894		Okt.-Dez. 1894		Jan.-März 1895		April-Juni 1895	
A. Eingänge:								
Abonnementsgelder	4708	42	5889	11	4914	07	3746	35
Parteizuschuß	3604	70	2367	35	3962	45	4209	70
Gesammt-Einnahme Mk.	8313	12	8256	46	8877	42	7956	05
B. Ausgänge:								
Druckrechnung	3175	95	2898	20	2193	40	2475	65
Redaktion	1650	60	2125	40	3150	80	2550	30
Expedition	654	86	665	40	693	04	695	50
Mitarbeiter	1567	93	833	18	1150	70	617	36
Diverse Unkosten: Bureau-Utensilien, Miethe, Beleuchtung, Bibliothek und Zeitungsabonnement	268	51	279	62	238	25	353	15
Porto: Versand der Zeitungen, sowie Korrespondenz der Redaktion u. Exped.	995	27	957	58	868	73	836	93
Gerichts- und Haftkosten	—	—	497	08	282	50	427	16
Gesammt-Ausgabe Mk.	8313	12	8256	46	8877	42	7956	05

Die **Buchhandlung des „Vorwärts“** kann auf ihren Abschluß für das verflossene Geschäftsjahr — vom 1. Juli 1894 bis 30. Juni 1995 — mit Befriedigung zurückblicken. Sowohl Jahresumsatz wie Geschäftsgewinn und Vermögensstand haben sich gehoben. Im Vorjahre betrug der Jahresumsatz 136 389,02 Mk., im abgelaufenen war er gestiegen auf 148 444,01 Mk. Auch der Lagerbestand hielt sich durch Neuzugänge auf ziemlich gleicher Höhe, obgleich wir bei der diesjährigen Inventur zum ersten Mal auf die vorhandenen Waarenbestände eine Abschrift von 10 % = 3275,78 Mk. vornahmen; er betrug am 30. Juni 29 490 Mk. gegen 30 763 Mk., das Vermögen der Buchhandlung war am Schlusse des Geschäftsjahres gestiegen auf 52 723,70 Mk. gegen 48 247,93 Mk. Demnach beziffert sich der Reingewinn des Geschäftes auf 18 448,72 Mk. gegen 9 274,93 Mk. des Vorjahres. Aus diesem Geschäftsgewinn wurden bis 30. Juni an die Parteikasse 14 000 Mk. (gegen 6000 Mk. im Vorjahre) abgeführt, doch konnten bereits auf das neue Jahr seither abermals 9000 Mk. der Parteikasse überwiesen werden.

Dem regen Leben der Partei entsprach auch die Thätigkeit der Buchhandlung. Der im Vorjahre zur Lieferungsausgabe gebrachte Leipziger Hochverraths-Prozeß wurde zu Ende geführt und in der Höhe von 8000 Exemplaren abgesetzt. Das drohende Umsturzgesetz und die daraus bedingte politische Unsicherheit der nächsten Zukunft ließen die Buchhandlung davon absehen, den Verlag durch Inangriffnahme größerer literarischer Pläne auf längere Zeit hinaus zu binden. Doch vernachlässigte sie deshalb keineswegs ihre Aufgabe: durch Herausgabe billiger und zeitgemäßer Schriften an der Verbreitung unserer Ideen in den Massen und an deren Vertiefung in den Reihen der Genossen zu arbeiten.

Im Laufe des Jahres sind neu erschienen: Bebel: Das allgemeine Stimmrecht (20 000 Exemplare), Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich (3000 Exemplare), Keßler: Die Ziele der Sozialdemokratie (20 000 Exemplare), Mehring: Gustav Adolf (32 000 Exemplare), C. O. Schmidt: Die Arbeitslosigkeit (10 000 Exemplare). Von den Heften der Umsturz-Debatte im Reichstag sind 173 000 Hefte ins Land gegangen, worüber die Väter dieser blamablen Vorschläge kaum sonderlich erfreut sein dürften. Die vom Verlage im letzten Jahre ins Leben gerufene Sammlung sozialistischer Theaterstücke wurde um einen neuer Schwank vermehrt: Scävola: Der entlarvte Spitzel.

Von der Maifestzeitung wurde bekanntlich auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft am 26. April ein Theil der Auflage konfiszirt; mußte sie auch bereits am 2. Mai wieder freigegeben werden, so bedeutete sie für die Buchhandlung im Augenblicke doch eine finanzielle Schädigung, die allerdings seitens der Genossen durch vermehrte Nachfrage in ihr Gegentheil verwandelt wurde.

In Bezug auf die Parteitags-Protokolle wurde auf dem Frankfurter Parteitag der Wunsch nach Verbilligung ausgesprochen. Sollte dieser Wunsch erfüllt werden, ohne daß durch Kürzung des Umfanges die ausführliche Wiedergabe der Verhandlung beeinträchtigt wurde, dann mußte der Verlag zu einer Aenderung des Formates schreiten — ein Uebelstand, dem dadurch wieder abgeholfen werden kann, daß alle künftigen Protokolle in gleichem Format erscheinen. Neben dem regen Interesse, das den Verhandlungen dieses Parteitags seitens der Genossen entgegengebracht wurde, ist wohl auch diese Verbilligung die Ursache, daß von dem Protokoll mehrere Auflagen bis zur Gesammthöhe von 40 000 Exemplaren abgesetzt wurden.

Neben diesen Neuausgaben, die seit 1. Juli abermals um mehrere Broschüren vermehrt sind, schritt die Buchhandlung zu einer Reihe von Neuauflagen früher erschienener Parteischriften: Marx-Engels: Das kommunistische Manifest erlebte innerhalb Jahresfrist drei Auflagen von je

2000 Exemplaren; Bracke: Nieder mit den Sozialdemokraten vier Auflagen von je 10000 Exemplaren; von Kautsky-Schoenlank: Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie wurden 10000 Exemplare neu abgesetzt, von Liebknecht: Wissen ist Macht 17000 Exemplare, vom Parteiprogramm 20000 Exemplare, vom Organisationsstatut 12000 Exemplare. Desgleichen wurden Neuauflagen nöthig von Dietzgen: Zukunft der Sozialdemokratie, Lafargue: Kapitalismus und Kommunismus, Braun: Die Kartelle, Fischer: Ostende von London, Krause: Entwicklung der Geschichtsauffassung und Müller: Preußische Volksschulzustände. Die zu der Gewerbeordnung von dem Bundesrath erlassenen verschiedenen Ausführungsbestimmungen, u. A. über die Ausnahmen von der Sonntagsruhe, veranlaßten eine neue und vermehrte Ausgabe der unserer billigen Gesetzessammlung einverleibten Gewerbeordnung, ebenso mußte von dem Gewerbegerichtsgesetze eine neue Auflage hergestellt werden.

Auch dem so oft geäußerten Wunsche der Parteigenossen, für die Proletarier-Jugend ein Buch zu schaffen, das neben dem Bildungsbedürfnisse auch unserer Weltanschauung entspreche, hat die Buchhandlung zu erfüllen sich bestrebt. Auf den diesjährigen Weihnachtsmarkt wird sie in vornehmer Ausstattung ein von Frau Emma Adler in Wien herausgegebenes Buch der Jugend bringen und hofft bei den Genossen damit allseitige Zustimmung zu finden.

Vergleicht man also das Ergebniß dieses Jahres mit denen der früheren Geschäftsjahre, so zeigt sich, daß die Buchhandlung seit ihrer Gründung sich von Jahr zu Jahr günstiger entwickelt hat. Am 1. November 1890 trat sie ins Leben mit einem Brochürenbestande im Werthe von 2522,07 Mk. Ohne von der Partei finanziellen Zuschuß erfordert zu haben, verfügt sie heute über einen Vermögensbestand von 52,723,70 Mk. und war außerdem noch in der Lage, im Laufe dieser Jahre aus ihren Geschäftsüberschüssen 20,000 Mk. an die Parteikasse abzuführen. Auch ihrer propagandistischen Aufgabe wurde sie gerecht. Tausende und Abertausende von Flugblättern und Broschüren wurden auf Anweisung des Parteivorstandes zur Gratisvertheilung den Genossen zur Verfügung gestellt, ebenso erhielten zahlreiche Vereine, deren Mittel beschränkt waren und die mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, kleinere und größere Büchersendungen zur Gründung und Vergrößerung ihrer Bibliotheken, um den in der Agitation thätigen Genossen die Waffe der Bildung reichen zu können

* * *

Das Archiv hat im verflossenen Jahre eine wesentliche Bereicherung erfahren, indem eine Anzahl der im letzten Jahre erschienenen sozialpolitischen Schriften angeschafft und auch sonst vorhandene Lücken ausgefüllt wurden.

* * *

Kassenbericht. Da der diesjährige Parteitag, nicht wie in den letzten Jahren üblich, in der zweiten Hälfte des Oktobers, sondern bereits im Anfang des gleichen Monats zusammentritt, mußte der Abschluß der Kassenbücher mit dem Monat August erfolgen. Der vorliegende Kassenbericht wie der gesammte Vorstandsbericht überhaupt, umfaßt daher, was bei Vergleichen mit den Einnahmen und Ausgaben des Vorjahres zu berücksichtigen ist, nur einen Zeitraum von 11 Monaten. Aus diesem Umstande erklärt sich auch die gegen das Vorjahr eingetretene Minder-Einnahme der Allgemeinen Einnahmen in Höhe von 14,314,48 Mk., der eine Minder-Ausgabe in Höhe von 18,249,81 Mk. gegenübersteht. Die Gesammteinnahme, nach Abzug der zurückgezahlten Darlehen, ist gegen das Vorjahr um 5429,43 Mk. gestiegen, und konnten die infolge der Wahlagitation im Jahre 1893 der Reserve entnommenen Gelder nunmehr wieder vollständig abgestoßen werden.

Im einzelnen vertheilten sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. Oktober 1894 bis 31. August 1895.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:											
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Ueberschuß der „Vorwärts"-Buchhandlung		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1894														
Oktober	18384	—	4587	20	—	—	—	—	13796	80	—	—	—	—
November	4994	86	4764	86	200	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	13701	66	8327	41	2000	—	3374	25	—	—	—	—	—	—
1895														
Januar	28737	10	14464	55	3800	—	400	—	10064	55	—	—	8	—
Februar	8535	86	6335	86	2200	—	—	—	—	—	—	—	—	—
März	33465	24	33386	49	—	—	78	75	—	—	—	—	—	—
April	27015	96	10676	36	1145	85	150	—	11043	75	4000	—	—	—
Mai	13769	02	7361	84	1400	—	—	—	—	—	—	—	5007	18
Juni	7917	10	6917	10	1000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Juli	44059	60	10830	60	4000	—	3594	25	20631	35	5000	—	3	40
August	46900	30	38749	50	30	—	—	—	—	—	8000	—	120	80
	247450	70	146401	77	15775	85	7597	25	55536	45	17000	—	5139	38

247 450,70 Mk.
Hierzu Bestand vom 1. Oktober 1894 2 463,03 Mk.
249 913,73 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt		Von den genannten Ausgaben entfielen auf:																					
			Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Reichstagskosten		Agrar-Kommission		Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Archiv		Vermischte Ausgaben	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1894																								
Oktober . . .	16488	80	363	—	702	20	4612	85	2279	20	—	—	—	—	1747	65	1300	— [5]	5425	45	58	45	—	—
November . .	15354	81	591	50	2232	42	5240	—	2444	57	—	—	—	—	999	30	3300	— [6]	538	70	8	14	—	—
Dezember . . .	20350	09	1865	—	1434	37	2783	80	609	—	4000	—	—	—	1302	92	50	—	8300	—	5	—	—	—
1895																								
Januar . . .	13171	60	155	—	577	05	2433	95	700	—	3100	—	—	—	1845	20	1500	— [7]	2667	35	93	05	100	—
Februar . . .	7818	25	520	—	236	50	192	60	810	—	4060	—	326	60	961	55	400	— [8]	300	—	11	—	—	—
März	28293	73	1365	—	390	—	2938	85	6117	80	6500	—	—	—	1182	08	5000	— [9]	4800	—	—	—	—	—
April	17300	75	1210	—	840	—	1636	05	2743	85	1500	—	466	30	1243	50	1300	— [10]	5662	45	64	44	634	16
Mai	17096	89	1684	—	217	45	1802	05	2816	40	5100	—	85	—	926	76	—	—	4465	23	—	—	—	—
Juni	12901	90	410	15	1325	65	2824	20	885	—	—	—	799	65	1227	25	3000	— [11]	2430	—	—	—	—	—
Juli	20149	05	1584	50	6544	55	3380	10	886	—	—	—	1136	20	1255	50	—	—	5362	20	—	—	—	—
August	11428	42	1400	—	585	—	4048	21	480	—	—	—	—	—	920	50	—	—	3292	80	701	91 [12]	—	—
	180354	29	11148	15 [1]	15085	19 [2]	31892	66	20772	—	24260	— [3]	2813	75	13612	21 [4]	15850	—	43244	18	941	99	734	16

	180 354,29 Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	62 857,30 Mk.
Kassenbestand am 31. August 1895	6 702,14 Mk.
	249 913,73 Mk.

Berlin, den 17. September 1895.

Revidirt und für richtig befunden.

Die Kontroleure: H. Meißler. C. Meist. Aug. Kaden. Carl Oertel. H. Koenen. W. Klees. Theodor Meßner.

Bemerkungen zu A. Einnahmen:

Die Zahl der Orte bezw. Wahlkreise, welche Gelder an die Parteikasse abgeliefert haben, ist gegen das Vorjahr um 65 gestiegen, doch sind in der auf Seite 35—41 veröffentlichten Tabelle eine Reihe der namhaftesten Parteiorte entweder garnicht oder nur mit sehr geringen Beiträgen vertreten.

Bemerkungen zu B. Ausgaben:

¹) Unterstützungen wurden nur gezahlt an Genossen oder Angehörige von Genossen, die wegen ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

²) Obgleich, wie bereits an anderer Stelle bemerkt, der Kassenbericht sich nur auf einen Zeitraum von 11 Monaten erstreckt, sind doch die Ausgaben für Prozeß- und Gefängnißkosten um 4108,76 Mk. höher als im Vorjahre. Ein Beweis dafür, daß Behörden und Gerichte der Partei „von Rechts wegen" das Leben möglichst sauer gemacht haben.

³) Die Reichstagskosten weisen gegen das Vorjahr eine nicht unerhebliche Steigerung von 5517,50 Mk. auf. Dieselbe wurde verursacht durch den Umstand, daß in der letzten Session die Fraktion wegen Berathung der Umsturzvorlage u. s. w. längere Zeit vollzählig am Platze sein mußte.

⁴) Unter dieser Rubrik befinden sich die Ausgaben für Gehälter, Miethe, Heizungs- und Beleuchtungskosten der Bureau- und Archivräume, die Telephon-, Telegramm- und Portogebühren, die Druckkosten für Zirkulare u. s. w., die Zeit- und Reise-Entschädigungen für die Revisionen der Kasse und für die Konferenzen der Parteivertretung.

⁵) Von diesem Betrage erhielten die Berliner Genossen zur Unterstützung der durch den Bier-Boykott gemaßregelten Arbeiter 1000 Mk.

⁶) Den Bielefelder Genossen, denen bereits im Jahre 1893 zur Errichtnng und inneren Einrichtung eines Hauses ein Darlehen von 6000 Mk. gegeben wurde, mußte im Berichtsjahr abermals ein Darlehen von 3000 Mk. gewährt werden, um Arbeiten, die mit dem Hausbau in Zusammenhang standen, auszuführen. Von diesen Darlehen sind nach Schluß des Berichtes 500 Mk. zurückgezahlt worden.

⁷) Von diesem Betrage wurden 1000 Mk. einem alten bewährten Genossen zur Schaffung einer Existenz und 500 Mk. einem Buchdruckereibesitzer und Herausgeber einer Parteizeitung geliehen.

⁸) und ¹⁰) Von diesen beiden Summen erhielt ebenfalls ein in vorübergehende geschäftliche Verlegenheiten gerathener Buchdruckereibesitzer und Verleger einer Parteizeitung 1200 Mk., 500 Mk. erhielten die Berliner Genossen.

⁹) Diese Summe wurde gestellt als Kaution für den Redakteur einer Parteizeitung.

¹¹) Auch dieser Betrag wurde als Kaution gestellt. Derselbe ist bereits nach einem Monat in die Parteikasse zurückgeflossen.

¹²) Diese Summe wurde gezahlt für Bücher, die für das Archiv erworben wurden.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im Einzelnen nachgewiesen.

„Augsburger Volkszeitung"	Mk.	225,—
„Apoldaer Freie Presse"	„	1142,—¹)
„Bielefelder Volkswacht"	„	300,—
„Breslauer Volkswacht"	„	5000,—
„Elsaß-Lothring. Volkszeitung" und „Volksfreund"	„	3335,68²)
„Königsberger Volkstribüne"	„	500,—
„Mainzer Volkszeitung"	„	2326,55
„Neue Wurzener Zeitung"	„	770,75
„Niederrheinische Volkstribüne"	„	300,—
„Rheinische Zeitung"	„	11500,—³)
„Saalfelder Volksblatt"	„	300,—
„Sozialdemokrat"	„	14144,20
„Volksblatt für Teltow"	„	1200,—
„Zeitzer Volksbote"	„	2200,—
	Mk.	43244,18

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

¹) Als die seiner Zeit entgegen den Rathschlägen des Parteivorstandes gegründete „A. Fr. Pr." ihr Erscheinen einstellen mußte, waren noch eine Reihe von Verbindlichkeiten vorhanden, für die einige Apoldaer Genossen persönlich hafteten. Die Letzteren machten nun im Laufe des Sommers den Parteivorstand die Mittheilung, daß ihnen die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen nur unter den größten Opfern möglich sei, und sah sich der Parteivorstand daher genöthigt, nachdem er sich von der Richtigkeit der gegebenen Darstellung überzeugt hatte, helfend einzugreifen.

²) Für die „Els.-Lothr. Volks-Ztg." ist nur noch eine ältere Forderung in Höhe von 35,68 Mk. bezahlt worden. Der übrige Betrag kommt auf die elsaß-lothringische Ausgabe des „Volksfreundes".

³) Der Zuschuß, den die „Rheinische Ztg." erforderte, ist zwar, was die Gesammtsumme anbelangt, immer noch hoch, doch ist eine Besserung insofern eingetreten, als die in diesem Jahre von Quartal zu Quartal geleisteten Zuschüsse wesentlich niedriger waren als die des Vorjahres. Die „Rheinische Ztg." hat seit ihrem Bestehen erhalten 5000 Mk., 5000 Mk., 3000 Mk., 3000 Mk., 3000 Mk., 2500 Mk. Nach Mittheilungen des Verlages des „Rheinischen Ztg." ist begründete Aussicht vorhanden, daß im kommenden Jahr das Defizit sich weiter verringern wird.

Tabellarische Uebersicht
der
seit dem Frankfurter Parteitage eingegangenen Partei-Beiträge
1. Oktober 1894 bis 31. August 1895.

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Summa
Aachen . .	—	3,40	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	8,40
Achim . . .	—	—	—	1,55	—	—	—	—	—	—	—	1,55
Adorf . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	1,10	—	—	1,10
Aken . . .	—	—	—	—	10,00	25,00	—	50,00	—	—	—	85,00
Alexandrette	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Altenburg .	300,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00
Altona . .	—	—	—	1000,00	—	—	—	—	—	—	1500,00	2500,00
Angermünde	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	1,50
Annen. . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,15	—	10,15
Annweiler .	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50
Apolda . .	10,00	15,00	20,00	3,80	—	—	—	—	—	10,00	10,00	68,80
Arnstadt . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00	25,00
Aschersleben	—	—	—	—	20,00	—	—	50,00	—	—	—	70,00
Atzendorf. .	—	—	—	—	—	—	—	—	8,05	—	—	8,05
Auerbach i. V.	—	—	—	10,00	—	—	—	4,00	—	—	—	14,00
Augsburg .	—	—	50,00	—	5,01	—	—	—	—	40,00	—	95,01
Bant, 2. Oldb. Wahlkreis .	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—	—	300,00
Barmbeck. .	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	100,00
Barmen . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	110,00	—	110,00
Bayreuth .	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	10,00
Beckum . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,05	—	15,05
Belzig . . .	—	—	4,40	—	—	—	—	—	—	—	—	4,40
Berlin II. .	536,50	610,00	300,00	500,00	400,00	200,00	300,00	550,00	600,00	800,00	200,00	5016,50
" III. .	—	—	500,00	250,00	—	—	2000,00	—	1000,00	—	—	3750,00
" IV. .	800,00	1000,00	1700,00	700,00	600,00	—	2013,65	543,00	—	3835,00	1416,00	12607,65
" V. .	—	—	—	500,00	—	—	—	500,00	—	400,00	—	1400,00
" VI. .	1100,00	150,00	500,00	1350,00	1000,00	850,00	2200,00	2000,00	450,00	2200,00	1450,00	13250,00
Berlin, div. .	722,84	638,75	436,82	5963,05	409,20	686,46	1068,60	715,07	501,05	588,50	437,15	12167,29
Bernau . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9,25	—	9,25
Bernburg, 2. anh. Wahlkr.	—	—	—	75,00	—	—	—	—	100,00	—	—	175,00
Bieber. . .	—	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	1,00	2,00
Bochum . .	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00
Bockenheim .	—	—	1,20	—	—	—	—	—	—	—	—	1,20
Boppard . .	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	—	30,00
Borne . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00	—	6,00
Brandenburg	—	—	—	—	102,05	2,00	9,20	7,00	107,00	12,40	—	239,65
Braunschwg.	—	210,00	—	—	—	5,08	—	10,00	200,00	—	—	425,08
Bremen . .	7,85	7,50	2,70	10,10	—	—	—	—	—	—	—	28,15
Bremerhaven	—	—	—	—	—	—	53,00	—	—	8,00	—	61,00
Breslau . .	1,65	4,15	—	2,00	—	—	1,50	15,75	—	2,00	—	27,05
Brieg . . .	—	—	—	—	—	20,60	—	—	—	—	—	20,60
Brüssel . .	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	1,20	—	21,20
Bulach . .	—	—	—	—	—	—	—	9,00	—	—	—	9,00
Bunzlau . .	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Bürgel . .	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	5,00
Burkhardtsdf.	—	—	—	—	—	—	—	41,82	—	—	—	41,82
Burscheid. .	—	—	—	5,30	—	—	—	—	—	—	—	5,30
Cassel . . .	5,00	—	5,00	—	—	—	—	104,50	10,50	—	—	125,00

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Summa
Chemnitz, 16. sächs. Wahlkreis	—	3,50	—	503,50	—	—	6,00	5,00	—	—	500,00	1018,00
Coblenz	—	—	—	—	—	—	—	7,00	—	—	—	7,00
Coburg	—	—	—	—	—	11,05	—	—	—	—	—	11,05
Conradsthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	2,00
Cossebaude	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	50,00
Coswig	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Cotta	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	50,00
Cottbus	10,00	10,00	110,00	18,40	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	218,40
Crefeld	5,00	5,00	5,00	5,00	12,81	5,00	—	51,05	3,10	—	—	91,96
Crimmitschau	—	2,00	2,00	150,00	—	—	—	200,00	—	—	201,00	555,00
Danzig	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	10,00
Darmstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	50,00
Delitzsch	—	—	—	—	—	—	3,85	—	—	—	—	3,85
Delmenhorst	—	—	—	—	—	—	—	2,00	2,40	—	—	4,40
Dessau	21,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21,00
Döbeln	—	—	—	10,00	70,00	—	—	—	—	—	—	80,00
Dölau	1,40	—	5,05	—	—	—	—	—	—	—	—	6,45
Dortmund	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	50,00
Dresden, 6. sächs. Wahlkreis	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—	300,00
Dresden	—	3,00	—	—	38,50	—	—	—	—	1,00	—	42,50
Drossen	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00
Düsseldorf	—	—	—	—	—	—	—	11,00	—	—	—	11,00
Durlach	—	—	—	—	—	—	—	110,00	—	—	—	110,00
Eilbeck	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	20,00
Eisleben	30,55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,55
Elberfeld	—	—	2,50	—	—	—	300,00	—	—	300,00	400,00	1002,50
Eldena	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Elmshorn	—	20,00	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	120,00
Elsterberg	—	—	—	—	8,00	—	—	—	—	—	—	8,00
Erfurt	—	50,00	—	50,00	—	50,00	57,00	—	—	—	—	207,00
Erlangen	—	—	—	—	—	3,35	—	—	—	—	—	3,35
Ernstthal	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	15,00
Essen	—	—	—	—	—	—	—	75,00	—	—	—	75,00
Estebrügge	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00
Eupen	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	14,00	—	34,00
Eving	6,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,80
Falkenberg O.-Schl.	2,00	—	2,00	2,00	—	—	2,00	—	2,00	2,00	—	12,00
Falkenstein	—	—	—	—	—	—	14,55	—	—	—	—	14,55
Fechenheim	—	—	—	—	—	—	—	—	28,00	—	—	28,00
Finsterwalde	—	—	10,00	—	100,00	—	—	—	—	20,00	—	130,00
Finthen	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Firenzoa	20,08	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,08
Flensburg	—	—	50,00	—	35,75	—	—	30,00	—	—	30,00	145,75
Forchheim	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Forst i. L.	—	150,00	—	230,00	—	—	25,00	200,00	—	—	200,00	805,00
Frankfurt a. M.	—	635,40	—	—	—	200,00	—	213,30	5,00	0,30	—	1054,00
Frankfurt a. O., Lebuser Wahlkreis	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	125,00
Frankenhausen	—	—	—	10,00	—	3,83	—	10,00	—	—	—	23,83
Frankenthal	—	1,72	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,72
Freiburg i. B.	2,00	11,50	5,00	10,00	15,00	—	—	—	—	—	—	43,50
Freiwaldau	—	—	8,00	—	—	—	—	5,00	—	—	—	13,00
Friedrichsberg	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	10,00
Friedrichshagen	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	2,00

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Summa
Frohburg	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Fürstenwalde	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	25,00	—	50,00
Fürth	5,95	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	105,95
Fulda	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	5,00
Furtwangen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14,95	—	14,95
Gablenz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	3,00
Gassen	—	—	—	50,00	—	16,00	—	—	—	—	—	66,00
Geestemünde	—	2,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,40
Gelsenkirchen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	20,00
Genthin	—	—	—	—	2,55	—	2,40	4,20	—	—	—	9,15
Gera (Reuß)	50,50	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	—	200,00	50,00	50,00	50,00	650,00
Gersdorf	—	—	—	0,85	10,00	—	—	—	—	—	—	10,85
Glauchau	—	1,50	—	—	8,00	—	—	—	—	—	—	9,50
Glückstadt	—	—	—	18,00	—	—	—	—	25,00	—	—	43,00
Görlitz	50,50	—	10,00	—	—	—	—	2,00	—	—	50,00	112,00
Goldberg	50,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,05
Goldlauter	—	—	—	35,00	—	—	—	—	—	—	—	35,00
Goslar a. H.	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	50,00
Gotha	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Grabow i. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	20,00
Gräfrath	—	2,00	30,00	—	—	—	—	—	—	110,00	—	142,00
Greiz	—	100,00	—	300,00	—	—	—	—	—	—	100,00	500,00
Großenhain	—	—	—	—	52,18	—	—	—	—	—	—	52,18
Grötzingen	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	5,00
Güstrow	—	—	—	—	—	—	—	1,60	—	—	50,00	51,60
Guben	—	—	—	—	—	1,60	—	—	—	—	—	1,60
Gesau	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Gießen	—	—	10,00	—	—	—	—	10,00	—	—	—	20,00
Haan	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	20,00
Hagen-Schwelm	—	—	100,00	200,00	—	—	—	—	—	—	—	300,00
Hainichen	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	50,00
Halbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,30	6,30
Halberstadt	—	50,00	—	100,00	—	—	—	—	50,00	—	—	200,00
Halle a. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	5,00	—	505,00
Hamburg I.	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	775,05	—	1000,00	2775,05
„ Diverse	195,75	52,85	139,25	31,55	488,45	—	490,81	1,10	213,81	122,25	24,00	1759,81
Hameln 1. hann. R.-Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	15,00
Hanau (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	100,00	—	200,00
Hannover	—	500,00	—	4,05	500,00	—	500,00	—	501,50	—	1500,00	3505,55
Harburg	20,05	3,00	—	—	—	—	15,20	—	—	—	—	38,25
Hartha	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	25,00
Hartmannsdorf	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	10,00
Hastedt	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	30,00	—	80,00
Haynau	—	—	—	11,30	10,00	—	—	—	50,00	—	—	71,30
Heide	—	—	—	—	—	—	—	2,90	—	—	—	2,90
Heidelberg	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	10,00
Hemmoor	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00	—	—	6,00
Hildesheim, 10. hann. R.-Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	100,00
Höchst-Usingen (Wahlkr.)	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	15,00
Hof	—	—	—	—	—	5,00	—	—	10,00	—	—	15,00
Hohenstein-E.	—	—	4,05	—	—	—	—	—	—	—	—	4,05
Hüningen i. E.	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	2,00	—	17,00
Hüttengrund	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	2,00

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Summa
Hüttensteinach	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	5,00
Hundshübel	—	—	—	—	—	—	—	4,50	—	—	—	4,50
Jauer	—	—	—	—	—	—	11,50	—	—	—	—	11,50
Jena	—	—	—	22,00	—	—	—	—	—	—	—	22,00
Ilmenau	10,00	—	—	20,25	—	—	5,50	—	15,00	—	—	50,75
Ingolstadt	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	20,00
Johanngeorgenstadt	—	3,20	—	5,50	21,00	—	—	—	—	—	—	29,70
Kalk b. Köln	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Kappel b. Chemnitz	—	—	14,14	—	—	—	—	—	—	—	—	14,14
Karlsruhe	—	—	9,00	—	—	—	—	—	—	—	—	9,00
Kellinghusen	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Kiel	—	—	—	1,00	—	—	—	—	100,00	—	—	101,00
Klotsche	—	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—	3,50
Köln-Ehrenfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50	1,50
Königsberg i. Pr.	30,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	10,00	20,00	—	10,00	190,00
Königsbrück	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	1,00
Köpenick	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	2,00
Köppelsdorf	—	—	7,05	—	6,00	—	—	—	—	—	—	13,05
Konstanz	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	100,00
Kostheim	—	—	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	3,30
Lambrecht	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Lampzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00	—	1,00
Landeshut	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00
Langenbielau	50,00	—	—	—	—	100,00	—	—	—	100,00	—	250,00
Langensalza	—	—	—	—	—	—	—	3,20	—	—	—	3,20
Lauenburg a. E.	3,05	5,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,65
Lausengrün	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Lautenburg a. H.	—	—	—	—	—	—	—	—	3,30	—	—	3,30
Lechhausen	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Lehe	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	10,00
Leipzig	—	—	—	2,40	—	—	—	3,00	—	5,50	—	10,90
Lengenfeld	—	—	15,00	—	—	—	6,00	—	1,10	—	—	22,10
Leutsch	—	—	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	4,00
Lichtenstein	—	1,50	—	4,00	—	—	10,00	—	—	—	—	15,50
Liebschwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,30	—	10,30
Liegnitz	—	—	—	—	1,20	—	—	—	—	—	—	1,20
Limbach-Burgstädt, 15. sächsischer Wahlkreis	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	200,00
Linden (Westf.)	—	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	3,30
Löbau	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00
Löbtau	—	—	7,00	—	—	—	—	—	—	—	—	7,00
Löderburg	—	—	—	—	—	—	2,50	—	—	—	—	2,50
Lörrach	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	50,00
Lößnitz	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	—	3,30
Lohmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,30	4,30
Lübeck	200,00	—	—	—	13,00	—	300,00	—	—	—	200,00	713,00
Ludwigshafen	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	100,00	—	200,00
Luckenwalde	—	—	—	—	—	7,50	—	100,00	—	—	100,00	207,50
Luxemburg	—	—	—	—	100,00	—	—	200,00	200,00	—	—	500,00
Magdeburg	—	—	—	—	—	—	418,00	—	—	—	—	418,00
Malchow	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	5,00
Mannheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	50,00
Marburg	2,63	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,25	22,88
Masuren	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00
Maxdorf	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Summa
Meerane	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	10,00
Mehlis	—	—	—	3,30	—	—	3,30	—	—	—	—	6,60
Memel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00
Meißen a. E.	—	—	—	—	—	—	—	—	1,70	—	—	1,70
Meseritz	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—	1,90
Mettmann	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00
Metz	—	15,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,50
Minden-Lübbecke (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	50,00
Molteritz	—	—	—	—	—	—	—	—	20,55	—	—	20,55
Mühlheim a. Rh.	—	—	—	—	—	2,00	—	3,40	—	—	—	5,40
Mülhausen i. E.	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Mülsen-St. Jakob	—	—	—	—	—	3,01	—	—	—	—	—	3,01
Mülsen-St. Michel	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	3,00
München	3,00	—	—	—	500,00	—	—	300,00	—	—	—	803,00
Münster	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Muskau-Weißwasser	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Mylau	—	5,95	—	3,00	—	—	10,25	—	—	—	—	19,20
Nauen	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00
Neisse	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Neudamm	5,70	4,00	7,40	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	49,10
Neuendorf	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	—	2,00	1,00	1,00	1,00	1,00	11,00
Neustadt i. Schl.	15,00	—	5,60	—	—	—	—	—	—	—	—	20,60
Neustettin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	2,00
Neustrelitz	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Niederschönweide	—	—	—	—	—	—	—	13,55	—	—	—	13,55
Niederzwönitz	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	5,00
Norden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,75	—	8,75
Nordhausen	—	—	—	—	10,00	—	—	—	18,55	—	—	28,55
Nowawes	—	—	2,70	3,00	—	—	—	—	—	—	—	5,70
Nürnberg	—	—	—	500,00	—	—	—	—	300,00	—	—	800,00
Nüxhausen	—	—	—	—	18,10	—	—	—	—	—	—	18,10
Oberhausen	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Obergrochlitz	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	30,00
Oberlungwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	20,00
Oberstein	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	3,00
Oerlinghausen	—	6,15	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	31,15
Oespel	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Oelsnitz	—	—	—	8,00	—	7,00	—	1,20	—	—	—	16,20
Offenbach-Dieburg (Wahlkreis)	—	—	—	200,00	—	—	—	50,00	—	400,00	—	650,00
Offenburg i. B.	10,00	—	11,00	6,00	20,75	—	10,00	11,50	17,00	3,00	10,00	99,25
Ohlau	—	—	20,00	3,30	—	3,30	—	—	—	—	—	26,60
Ohligs	—	—	30,00	—	—	—	4,40	30,00	—	—	—	64,40
Oldesloe	—	—	—	2,60	—	—	—	—	—	—	—	2,60
Osnabrück	—	—	—	—	—	—	—	25,00	13,60	10,00	—	48,60
Osterwick a. H.	—	—	—	3,30	—	—	3,30	—	—	3,30	—	9,90
Ostpriegnitz	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Ostrowo	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	—	3,30
Ottendorf b. H.	—	—	—	—	—	—	—	9,80	—	—	—	9,80
Ottendorf-Okrilla	—	—	—	—	—	—	—	5,40	—	—	—	5,40
Ottensen	12,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	1012,70
Paris	—	—	—	80,00	—	—	40,00	—	—	—	—	120,00
Penig	—	—	18,00	—	—	—	—	—	—	—	—	18,00
Pforzheim	10,00	10,00	10,00	16,50	—	30,00	—	—	25,00	—	—	101,50
Pilghausen	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	30,00

Ort bezw. Kreis.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Summa
Pinneberg	—	—	8,40	—	—	—	—	—	10,00	—	—	18,40
Pirna	—	—	—	—	3,10	—	1,10	4,50	50,00	—	—	58,70
Pirschen	4,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,50
Plauen i. V.	—	9,11	—	—	—	—	2,00	2,50	—	—	—	13,61
Potsdam	—	—	—	—	1,90	—	7,30	—	—	100,00	—	109,20
Pressen	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	6,00
Quedlinburg	—	—	—	—	2,50	—	—	—	—	250,00	—	252,50
Raschau b. Oe.	—	—	—	—	—	—	—	3,30	—	—	—	3,30
Rathenow	—	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—	2,50
Ratibor	—	—	—	3,30	—	3,30	—	—	—	—	—	6,60
Rawitsch	—	—	—	10,50	—	—	—	—	—	—	20,00	30,50
Regensburg	—	—	—	—	—	—	—	—	8,00	—	—	8,00
Reichenbach i. V.	19,00	—	—	6,00	—	51,00	—	—	53,15	—	—	129,15
Reichenhall	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Reuth b. N.-M.	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	5,00
Rheine	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	2,00
Richrath	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	10,00
Richzenhain	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	30,00
Rixdorf	—	—	—	—	—	—	4,50	—	—	—	—	4,50
Ronsdorf	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Rosenthal	—	—	—	11,20	—	—	—	—	—	—	—	11,20
Rostock	—	2,85	—	1,75	—	—	—	100,00	—	—	—	104,60
Roswein	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Rudolstadt	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	15,00
Saarburg	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Saargemünd	—	—	—	—	—	—	6,50	—	—	—	—	6,50
Sachswitz b. Greiz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	3,00
Sagan	5,00	—	6,60	—	—	—	—	—	—	—	—	11,60
Salzungen	—	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	4,00
Springe	—	—	—	—	—	—	—	—	6,60	—	—	6,60
Schalke	—	—	3,00	—	—	—	—	11,20	—	—	—	14,20
Schiltigheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	10,00
Schmiedeberg	—	—	—	—	—	—	2,70	—	—	—	10,00	12,70
Schöneberg	—	—	—	—	—	—	2,15	—	—	—	100,00	102,15
Schöneck i. V.	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	2,00
Schönlanke	13,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,30
Schwedt	—	—	—	100,05	—	—	—	—	—	—	—	100,05
Schweinfurt	—	—	—	20,00	—	—	—	20,00	—	—	—	40,00
Schwiebus	—	—	—	3,30	—	—	5,65	—	—	—	—	8,95
Schüren	—	—	6,30	—	—	—	—	—	—	—	—	6,30
Sodingen	—	—	0,60	—	—	—	—	—	—	—	—	0,60
Solingen	65,00	—	—	—	15,56	—	—	—	—	—	—	80,56
Sonneberg	—	—	6,60	—	12,15	—	—	—	—	—	5,00	23,75
Sonnenburg	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00
Soran	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	25,00
Spandau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	50,00
Speyer (Rheinpfalz)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	15,00
Stade	—	—	—	2,40	—	—	—	—	—	—	—	2,40
Stadtilm	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	—	3,30
Staßfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,15	2,15
St. Cruz Teneriffa	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	30,00
St. Gallen	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
St. Ilgen	—	—	—	—	23,00	—	—	—	—	—	—	23,00
St. Ludwig	—	1,00	—	—	—	16,88	—	0,40	—	—	—	18,28
Steglitz	—	30,00	—	—	30,00	—	—	—	30,00	—	30,00	120,00
Steinach	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—	—	2,10	6,10

Ort bezw. Kreis	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Summa.
Steinbach Sonneberg	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—	—	—	4,00
Sternbg.i.M.	—	—	—	3,30	—	—	—	1,80	—	—	—	5,10
Stettin. . . .	—	100,00	—	100,00	—	—	—	—	—	100,00	100,00	400,00
Stollberg i E.	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	2,00
Straßbrg.i.E.	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Striegau. . .	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	20,00
St.H. b.Heidelb.	—	—	—	9,00	—	—	—	—	—	—	—	9,00
Tannenberg .	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	8,00	13,00
Teltower Kr.	—	—	—	100,00	—	100,00	—	100,00	—	—	—	300,00
Tempelhof. .	—	—	14,15	—	—	—	—	—	—	—	—	14,15
Teuchern . .	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	15,00
Thomaswald.	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Tiefenfurt. .	12,00	—	—	1,00	—	10,93	—	—	—	—	6,45	30,38
Troisdorf . .	—	—	—	3,10	—	—	—	—	—	—	—	3,10
Ulm	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Vegesack . . .	—	1,10	—	—	—	—	1,70	—	—	—	—	2,80
Velbert . . .	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Vetschau . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	10,00
Vlotho	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	25,00
Vogtsberg . .	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	1,00
Waldenb.i.S.	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Waldenburg i. Schl. . .	—	10,00	—	150,00	—	—	—	—	—	—	—	160,00
Wandsbeck .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	502,80	—	502,80
Wanzleben .	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	500,00
Warthau . .	—	—	—	—	4,20	—	—	—	—	—	—	4,20
Wattenscheid	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	6,00
Weida	—	—	—	—	—	3,30	—	—	—	12,10	—	15,40
Weimar . . .	—	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	3,30
Weißensee . .	—	—	—	—	—	—	1,45	—	—	—	—	1,45
Werdau . . .	—	—	—	—	—	—	8,50	10,00	—	3,50	16,50	38,50
Werder . . .	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	5,00
Wetzlar . . .	—	—	—	30,00	—	—	—	3,30	—	3,30	—	36,60
Wiesbaden .	—	1,75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,75
Wilmersdorf	—	—	—	—	—	—	2,50	50,00	—	—	—	52,50
Winsen . . .	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—	—	3,50
Witten	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,50
Wittenberg .	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	—	3,30
Wittenberge .	3,25	—	—	3,00	—	3,00	—	—	15,00	—	—	24,25
Woltersdorf .	—	—	—	2,40	—	—	—	—	—	—	—	2,40
Woltershauſ.	—	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	3,30
Worms . . .	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Württemberg	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—	—	500,00	1000,00
Zeulenroda .	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	50,00
Zittau	—	—	—	4,80	—	—	—	—	—	—	—	4,80
Zwickau . . .	—	—	—	100,00	—	100,00	—	—	—	—	—	200,00
Zürich	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	2,00
Mann im Mond	—	—	—	—	—	375,00	—	—	—	—	2200,00	2575,00
Nordische Wasserkante	—	—	—	—	—	30000,00	—	—	—	—	20000,00	50000,00
„Vorwärts"	13796,80	—	—	10064,55	—	—	11043,75	—	—	20631,35	—	55536,45
Vorwärts-Buchhandl.	—	—	—	—	—	—	4000,00	—	—	5000,00	8000,00	17000,00
Werther . . .	—	—	—	3000,00	—	—	—	—	—	—	5000,00	8000,00
Div. Beiträge	1,60	10,00	274,00	5,00	5,00	115,00	105,00	102,00	125,00	100,00	—	842,60

Die außerordentliche Rührigkeit und Bethätigung der Genossen in Ausübung der Agitation, der Betreibung der Wahlen, der Verbreitung der Flugblätter, sowie der Führung des wirthschaftlichen Kampfes, brachte die Genossen wiederholt in Konflikt mit den Strafgesetzen.

Seit dem Umsturz der Umsturzvorlage weht ein scharfer Wind. Die Anklagen mehren sich und die Strafen werden drakonischer. Die Rechtsprechung wird von einem Geiste getragen, der dem Rechtsbewußtsein des Volkes immer fremder wird, sich mit demselben in immer größerem Widerspruch setzt. Die findigen Interpretationen bezüglich des „groben Unfugs“ und des „dolus enventualis“ zeigen, welcher Ausdehnungsfähigkeit unsere Rechtsprechung fähig ist.

Die folgende Strafliste, die auf 11 Monate sich erstreckt, weist auch 18½ Jahr Zuchthausstrafe auf, die gegen Schröder und Genossen in dem Essener Meineidsprozeß erkannt ist.

Die bürgerliche Gesellschaft ächtet die Zuchthaussträflinge, erklärt sie für ehrlos. In den Augen unserer Genossen und dem rechtlich denkenden Theile des Volkes sind sie es nicht.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft fühlt sich in dem Verdikt der Essener Geschworenen mitgetroffen, anders wäre die opferfreudige Solidarität nicht zu erklären, die sich in so glänzender Weise in der Unterstützung der Angehörigen der Essener Verurtheilten bethätigt.

Die sonstigen erkannten Freiheitsstrafen haben die des Vorjahres weit überholt. — Es erfolgten Verurtheilungen im:

Monat	Zuchthausstrafen		Gefängnißstrafen				Geldbuße
	Jahre	Monate	Jahre	Monate	Wochen	Tage	Mark
Oktober	—	—	4	8	2	1	5228
November	—	—	6	2	2	1	3355
Dezember	—	—	4	10	4	3	2530
Januar	—	—	4	6	2	3	2643
Februar	—	—	13	6	3	1	3618
März	—	—	7	5	3	2	3686
April	—	—	2	9	3	1	3448
Mai	—	—	3	8	3	—	2372
Juni	—	—	8	9	3	1	2613
Juli	—	—	3	6	4	—	3151
August	18	6	4	5	3	2	1476
Zusammen	18	6	64	10	—	1	34120

Die Gesammtsumme der Geldstrafen bleibt hinter der des Vorjahres zurück.

Gerügt muß werden, daß die Genossen noch vielfach durch Berufungen und Revisionen in Fällen, wo die Erfolglosigkeit sogar für den Laien auf der Hand liegt, das Konto der Gerichtskosten unnützer Weise vergrößern. Dies ist, was wir den Genossen zu berichten haben.

Ueberall Kampf, überall Opfer! Freudig bringen die Genossen die Opfer, denn Kampf ist allerdings das Lebenselement der Sozialdemokratie.

Vorwärts zu neuem Kampf! Vorwärts zu neuem Sieg!

Berlin, im September 1895.

Der Partei-Vorstand.

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit
der Reichstags-Fraktion.

Der Klassengegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen, der durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugt und unablässig gesteigert wird, führt auch im Deutschen Reichstag zu stets schärferen Konflikten. Die besitzende herrschende Klasse will die Besitzlosen politisch rechtlos machen, um gefügige Arbeiter zu erhalten, die mit dem niedrigsten Lohn wie der höchsten Steuerbelastung zufrieden sein müssen, und besonders die Einflußreichsten der Besitzenden, Großgrundbesitzer und Großindustrielle, waren abermals bemüht, die Gesetzgebung zu Gunsten der profiterhaltenden Kreise auszubeuten. Abermals! Der erste Beutezug begann 1878 und damit er ungestört durchgeführt werden könne, benützten Bismarck und die Kapitalistenklasse die Attentate der Nicht-Sozialdemokraten Hödel und Nobiling, um die sozialdemokratische Partei und damit die Arbeiterbewegung zu knebeln. Zwar gelang ihnen letzteres nicht, aber Schutzzölle und Liebesgaben brachte jedes neue Jahr. Hatten die ordentlichen Einnahmen aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Reichsstempelabgaben im Jahre 1878/79 nur 242 Millionen Mark betragen, so sind sie 1895/96 auf 682 Millionen Mark gestiegen; im Ganzen sind in diesen 18 Jahren 8552 Millionen Mark Einnahmen gewesen, während dieselben, wenn die Steuern und Zölle auf der Höhe von 1878 geblieben wären, entsprechend der Bevölkerungszunahme etwa 5150 Millionen Mark betragen hätten. Dabei stieg die Schuldenlast von 102 Millionen Mark Reichsanleihen (und 208 Millionen Mark unverzinsliche Schatzanweisungen und Kassenscheine) am 31. März 1878 auf 1916 Millionen Mark Reichsanleihen (und 170 Millionen Mark Schatzanweisungen und Reichskassenscheine) am 31. März 1894 und die jährlich zu zahlenden Zinsen für die Reichsschuld von 2,9 Millionen Mark (1878) auf 73,7 Millionen Mark (1895).

Auch in der vergangenen Session wollten Reich und Großkapitalisten der arbeitenden Bevölkerung neue Steuerlasten auferlegen, und um unsere Opposition mundtodt zu machen, ihr gesetzmäßiges Vordringen in den Parlamenten des Reichs wie der Bundesstaaten zu verhindern, wühlte und hetzte die kapitalistische Presse nach dem Attentat des Anarchisten Caserio in Frankreich, um neue Ausnahmegesetze gegen uns, die wir die schärfsten Gegner des Anarchismus und der „Propaganda der That“ sind, zu erreichen. Anscheinend nicht vergeblich! Zwar stürzte Graf Caprivi durch die Intriguen der Junker, deren patriotische Gefühle er auf das tiefste durch die Handelsverträge gekränkt hatte — 1,50 Mk. Zollerniedrigung für den Doppelzentner Roggen! —, aber sein Nachfolger, Fürst Hohenlohe, der aus dem Lande der Diktatur kam, übernahm gern seine Hinterlassenschaft: die Umsturzvorlage. Als der deutsche Kaiser am 6. September 1894 in Königsberg dem Adel zugerufen hatte: „Auf zum Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes!“ erklärten die Junker anfänglich, besonders in der „Kreuz-Zeitung“, in welcher

der jetzt abgewelkte Epheu Wilhelm von Hammerstein den „Eichenstamm des preußischen Königthums" schmückte und schützte, daß sie nur für entsprechende Bezahlung durch agrarische Zuwendungen diesem Rufe Folge leisten könnten, doch bald übernahmen sie gemeinsam mit den Großindustriellen (Freikonservativen und Nationalliberalen) die Führung im Kampfe gegen uns.

Die Eröffnung des Reichstags, die am 23. Oktober auf den 14. November 1894 festgesetzt war, wurde durch den Sturz Caprivi's verzögert; eine neue Verordnung des Kaisers mit der Gegenzeichnung des Fürsten Hohenlohe berief das Parlament auf den 5. Dezember.

Die Thronrede verkündete als „vornehmste Aufgabe des Staates, die schwächeren Klassen der Gesellschaft zu schützen" und illustrirte diesen Vorsatz durch den Wunsch nach einer „Ergänzung des gemeinen Rechts zum Schutz der Staatsordnung" und die „Erschließung neuer Steuerquellen".

Der Kampf gegen uns begann mit einer Reihe von Zwischenfällen, welche scharf und klar die ganze Situation kennzeichneten.

Die Schlußsteinlegung zum neuen Geschäftshause des Reichstags hatte am 5. Dezember unter militärischem Prunk stattgefunden, die Reichstagsabgeordneten waren dabei durch einen Strick von den Mitgliedern des Hofes getrennt. Selbstverständlich hatte sich unsere Fraktion an dieser militärisch-dynastischen Feier nicht betheiligt, und sie wollte auch, wie stets, dem Beginn der ersten Sitzung im neuen Hause am 6. Dezember fernbleiben, da diese der Präsident mit einem Hoch auf den Kaiser zu eröffnen pflegt. Durch Zufall waren jedoch einige unserer Abgeordneten im Sitzungssaal, ehe das Hurrahrufen vorüber war und blieben während desselben sitzen. Nun konnten unsere Gegner ihrem angeblichen Patriotismus, d. h. ihrem Haß gegen die Vertreter der klassenbewußten Arbeiter Luft machen. Der Präsident v. Levetzow erklärte, daß das Sitzenbleiben „nicht der Sitte deutscher Männer, nicht der Gewohnheit des Hauses entspräche und die Gefühle der Mitglieder beleidige; er bedaure, daß er kein Mittel habe, um ein derartiges Verfahren zu rügen." Die von unserer Seite erfolgte energische Gegenerklärung steigerte die angeblich patriotische Entrüstung. Daß der Gewissenszwang, der gegen uns ausgeübt wird, wenn wir beim Kaiserhoch aufstehen sollen, moralisch verwerflich ist, darauf nehmen unsere für „Religion und Sitte" kämpfenden Gegner keine Rücksicht. Schon in der nächsten Sitzung (11. Dezember) wurde von der Staatsanwaltschaft beim Königl. Landgericht I. Berlin die strafrechtliche Verfolgung des Reichstagsabgeordneten Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung beantragt. Der Antrag wurde der Geschäftsordnungskommission überwiesen; die überwiegende Mehrheit derselben ertheilte die Genehmigung zu dieser Strafverfolgung nicht, „weil sie der Ansicht war, daß das Sitzenbleiben als eine „Aeußerung in Ausübung des Berufs" auf Grund des Artikel 30 der Reichsverfassung straflos bleiben müsse; die Immunität des Hauses sei zu wahren, die Disziplin gegenüber den Mitgliedern dem Reichstage zu überlassen". Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe erklärte demgegenüber, daß die Hilfe der Gerichte in Anspruch genommen werden müsse. Unsere Redner geißelten die Heuchelei, mit der gerade von konservativer und nationalliberaler Seite die Königstreue als Deckmantel für selbstsüchtige Zwecke benützt werde, während z. B. die „Köln. Ztg." noch 1893 eingestand: „Wir müssen es als das größte Verdienst des Fürsten Bismarck ansehen, daß er, der große Staatsmann, uns Idealrepublikaner zu Vernunftmonarchisten gemacht hat." Uebrigens sei es durchaus nicht das erste Mal, daß die Opposition sich bei einem Hoch auf den König oder Kaiser nicht erhebe; im preußischen Abgeordnetenhause hätten bürgerliche Oppositionelle wie Ultramontane in dieser Weise demonstrirt, im Reichstage in früheren Jahren wiederholt sozialdemokratische Abgeordnete, ohne daß es je der Regierung eingefallen wäre, strafrechtliche Verfolgung zu

verlangen oder sich „über die verletzte Würde des Reichstags“ zu entrüsten. In namentlicher Abstimmung wurde mit 168 gegen 58 Stimmen beschlossen, die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung Liebknecht's nicht zu ertheilen; dagegen wurde eine nationalliberale Resolution angenommen, die Disziplinargewalt des Reichstags und des Präsidenten gegen die Mitglieder während der Ausübung ihres Berufs in angemessener Weise zu verstärken. Die Geschäftsordnungskommission lehnte alle Vorschläge auf Verschärfung der Präsidialbefugnisse ab und berichtete dementsprechend an den Reichstag. Bei der Berathung im Plenum beantragten nun Zentrum, Nationalliberale, Freikonservative und Konservative, die Disziplinargewalt des Präsidenten dahin zu erweitern, daß er, falls ein Mitglied die Ordnung gröblich verletzt, dieses von der Sitzung ausschließen kann. Der Präsident v. Levetzow erklärte, daß er sein Amt niederlegen würde, wenn der Antrag keine Annahme fände. Der Antrag wurde angenommen und damit wieder ein Stück Volksrecht — die Redefreiheit im Reichstage — der Reaktion preisgegeben. Eine strafrechtliche Verfolgung Liebknecht's nach Schluß der Session, wie sie von konservativen und nationalliberalen Blättern verlangt wurde, erfolgte aber nicht; die Regierung hatte an den im Laufe der Session erlittenen Niederlagen vorläufig genug.

Ein zweiter Zwischenfall trat ein, als wir den Antrag stellten, das Strafverfahren gegen einen unserer Fraktionsgenossen während der Sessionsdauer einzustellen. Diesem Antrage, dem sonst von allen Parteien ohne jede Debatte bei jeder politischen Anklage Folge gegeben wurde, widersprachen diesmal die Konservativen, weil es sich um eine Majestätsbeleidigung handle. Der freikonservative Herr v. Stumm benützte die Gelegenheit, um zu bedauern, daß wir im Reichstage als eine gleichberechtigte politische Partei behandelt würden; außerhalb desselben seien wir das selbstverständlich für ihn nicht.

Der Antrag der Konservativen wurde zwar abgelehnt, das Vorspiel hatte aber geoffenbart, wie unsere Gegner garnicht den Augenblick erwarten konnten, wo sie uns außerhalb des bestehenden Rechts brächten.

Dies zeigte sich auch noch in derselben Sitzung bei der Schriftführerwahl. Unsere Fraktion hatte beschlossen, diesmal von dem ihr zustehenden Rechte Gebrauch zu machen, und ein Fraktionsmitglied zum Schriftführer vorzuschlagen. Es war bisher im Reichstage üblich, die 8 Schriftführer je nach der Stärke der Fraktionen zu wählen; von 323 Wählenden erhielt jedoch das von uns vorgeschlagene Fraktionsmitglied nur 63 Stimmen, weil die Fraktion auf private Anfrage hatte erklären lassen, ihr Vertreter werde sich nicht an der höfischen Repräsentation betheiligen, zu der auch weder Verfassung noch Geschäftsordnung verpflichten. — Aus diesem Grunde verzichteten wir auch auf die zweite Vicepräsidentenstelle, als das bisherige Reichstagspräsidium umstürzte. Am 23. März 1895 ersuchte der Präsident v. Levetzow den Reichstag um die Ermächtigung, zum bevorstehenden achtzigsten Geburtstag Bismarck's diesem „den Geburtstagsglückwunsch des Reichstags ausdrücken zu dürfen“. Unsere Fraktion gab folgende Erklärung ab:

„Die durch den Fürsten Bismarck zum ausschließlichen Vortheil der besitzenden Klasse verfolgte Zoll- und Steuerpolitik hat schwere Schädigungen über das deutsche Volk gebracht und in ihren unheilvollen Wirkungen der Arbeiterklasse die nothwendigsten Lebensmittel vertheuert. Fürst Bismarck hat stets nur die Politik der Sonderinteressen und der nationalen und internationalen Gegensätzlichkeit betrieben; er hat seine Gegner, insbesondere die sozialdemokratische Partei, bis zur Aechtung mit Ausnahmegesetzen verfolgt und vergewaltigt. Er besitzt daher keinen Anspruch auf den Dank und die Anerkennung des gerade von ihm so oft mit Hohn behandelten Reichstags. Als Vertreter der stärksten politischen Partei Deutschlands lehnen wir den Vorschlag des Herrn Präsidenten ab.“

Die Rechte machte während und nach dieser Erklärung einen patriotischen Entrüstungslärm, der um so lächerlicher war, als damals — und mehr noch jetzt — bekannt war, wie gerade die um Stöcker und Hammerstein am Sturze Bismarck's gearbeitet hatten.

Auch Zentrum, freisinnige und süddeutsche Volkspartei, Polen und Welfen erklärten sich gegen den Wunsch des Präsidenten, dessen Antrag mit 163 gegen 146 Stimmen abgelehnt wurde. Darauf legte Präsident v. Levetzow das Präsidium nieder, der nationalliberale Vizepräsident folgte ihm. Der Vizepräsident Freiherr v. Buol-Berenberg, Mitglied des Zentrums, führte die Geschäfte weiter; er wurde aber nur mit 183 Stimmen zum Präsidenten gewählt; 105 Gegner von der Rechten gaben weiße Zettel ab. Vizepräsidenten wurden noch ein Zentrumsabgeordneter und ein Freisinniger.

Da der Kaiser über den Beschluß des Reichstages vom 23. März ein Entrüstungs-Telegramm an Bismarck sendete, brachte unsere Fraktion einen Antrag ein, den wir mit Fortlassung des eine Kritik jener Kundgebung enthaltenen Satzes nachstehend folgen lassen.

Antrag.

Der Reichstag wolle beschließen:

Mit Bezug auf das Telegramm des Kaisers an den Fürsten Bismarck vom 23. d. M., in welchem über einen Beschluß des Reichstags die „tiefste Entrüstung" ausgesprochen und behauptet wird, daß der Reichstag „in vollstem Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und ihrer Völker steht",

zu erklären:

Die angeführte Meinungsäußerung des Kaisers ist nach den begleitendem Umständen ein politischer Akt.

Eine öffentliche Zensur legaler Beschlüsse des Reichstages — — — —
— —
— —

Die verfassungsmäßige Unverantwortlichkeit des Reichsoberhaupts, sowie die seitherige Gepflogenheit des Reichstages, die Person des Kaisers nicht der Kritik zu unterziehen, haben zur Voraussetzung, daß das Reichsoberhaupt seinen Einfluß auf die Reichsangelegenheiten ausschließlich durch den verantwortlichen Reichskanzler ausübt.

Die Vertretung der Gefühle und Bestrebungen des deutschen Volkes ist Aufgabe des Reichstages, der **Niemandem verantwortlich ist als dem Volke.**

Hierauf erhielt die Fraktion folgendes **Präsidialschreiben:**

„Der angeschlossene Antrag steht in keiner Beziehung zu irgend einem Titel der Ausgabe und Einnahme des Reichstags auf das Etatsjahr 1895/96 und müßte schon aus diesem Grunde zurückgewiesen werden.

Die in demselben angezogene telegraphische Mittheilung Sr. Majestät des deutschen Kaisers an den Fürsten v. Bismarck ist von dem Herrn Reichskanzler nicht kontrasignirt und unterliegt deshalb als eine in die Außenwelt getretene Kundgebung Sr. Majestät des Kaisers keineswegs der Beschlußfassung des Reichstages.

Es wird deshalb abgelehnt, den Antrag dem Reichstage zu unterbreiten.

Der Präsident des Reichstages.
gez. R. Frhr. v. Buol."

Alle diese Zwischenfälle zeigten die Gegensätze zwischen unseren Anschauungen und denen der herrschenden Klasse; bei der Berathung der Gesetzentwürfe und Anträge kamen dieselben noch schärfer zum Ausdruck.

Die Berathungen begannen mit der Diskussion des **Reichshaushaltsetat für 1895/96.** Derselbe wies zwar gegen 1894/95 eine Minderforderung von 53 Millionen Mark auf, die aber nicht durch Verminderung

der fortdauernden Ausgaben verursacht wurde — diese wiesen im Gegentheil eine Steigerung von 23 Millionen Mk. auf —, sondern dadurch, daß an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats 84 Millionen Mk. weniger angesetzt waren, da die Ratenzahlung für Erbauung des Reichstagsgebäudes und Nordostseekanals wie für Vermehrung der Artillerie und Ausbau der Festungen und der strategischen Bahnlinie nach Saargemünd wegfielen. Der Etat wurde, nachdem 14 Millionen Mk. von der Regierungsforderung gestrichen waren, mit **1 233 547 979 Mk.** festgestellt, davon 1106 Mill. Mk. fortdauernde, 84,3 Mill. Mk. ordentliche einmalige und 46,4 Mill. Mk. außerordentliche einmalige Ausgaben. Dazu kam noch der Haushaltsetat für die **Schutzgebiete** mit 8 989 140 Mk., davon 5,8 Mill. Mk. für die ostafrikanischen, 1,7 Mill. Mk. für die südwestafrikanischen, 1,2 Mill. Mk. für Kamerun und 265 000 Mk. für Togo. Ferner kam hinzu: a) ein I. Nachtrag zum Reichhaushaltsetat mit 1,7 Mill. Mk. zur Deckung der Unkosten für die Feierlichkeiten bei Eröffnung des Nordostseekanals; die Ausgaben werden durch entsprechende Erhöhung der Matrikularbeiträge gedeckt; b) ein II. Nachtrag zum Reichshaushaltsetat mit 4 Mill. Mk. für Zuschüsse der Verwaltung des Reichsheeres und Besoldung der Beamten des Nordostseekanals; c) ein Nachtrag zum Etat der Schutzgebiete mit 70 000 Mk. Insgesammt sind demnach gefordert worden:

für den Reichshaushaltsetat	1 239 250 441	Mk.
für die Schutzgebiete	9 059 140	„
Summa . .	1 248 309 581	Mk.

Unsere Fraktion hat, getreu ihren alten Grundsätzen, dem herrschenden System, insbesondere dem Militarismus jegliche Mittel zu verweigern und keinem Etat zuzustimmen, dessen Einnahmen hauptsächlich auf indirekten Steuern beruhen, welche die ärmere Bevölkerung am allerschwersten belasten, keinen Mann und keinen Groschen bewilligt.

Wie sich die Reichsausgaben vertheilen, zeigt folgende Uebersicht:

		Ordentlicher Etat. Ausgaben. Fortlaufende Mk.	Ordentlicher Etat. Ausgaben. Einmalige Mk.	Außerordentl. Etat. Ausgaben. Einmalige. Mk.
I.	Bundesrath	—	—	—
II.	Reichstag	650 990	—	—
III.	Reichskanzler u. Reichskanzlei	153 780	—	—
IV.	Auswärtiges Amt	10 556 487	6 848 240	—
V.	Reichsamt des Innern . . .	29 725 645	5 313 860	1 565 174
VI.	Verwaltung des Reichsheeres	472 212 385	44 139 934	34 167 892
VII.	do. der Kaiserl. Marine .	55 261 493	20 553 350	5 864 500
VIII.	Reichs-Justizverwaltung . .	2 085 366	541 339	—
IX.	Reichsschatzamt	378 909 990	195 800	—
X.	Reichs-Eisenbahnamt . . .	346 900	—	4 781 000
XI.	Reichsschuld	73 967 300	170 000	—
XII.	Rechnungshof	735 503	—	—
XIII.	Allgemeiner Pensionsfonds .	55 034 754	—	—
XIV.	Reichs-Invalidenfonds . . .	26 393 714	—	—
XV.	Dienstaltersstufen-Zuschuß . .	49 950	—	—
XVI.	Post- u. Telegr.-Verwaltung .	—	9 025 095	—
		1 106 084 257	86 787 618	46 378 566
		Summa:	1 239 250 441 Mk.	

Die Einnahmen des Reichs wurden im Etat und den Nachtragsetats für 1895/96 wie folgt veranschlagt:

Zölle und Verbrauchssteuern	627 003 420	Mk.
Reichsstempelabgaben	54 629 000	„
Post- und Telegraphen-Verwaltung	29 778 903	„
Reichsdruckerei	1 474 155	„
Eisenbahnverwaltung	23 173 000	„
Bankwesen	7 182 100	„
Verschiedene Verwaltungs-Einnahmen	11 950 497	„
Aus dem Reichs-Invalidenfonds	26 393 714	„
Zinsen aus belegten Reichsgeldern	10 000	„
Veräußerung ehemaliger Festungsterrains	800 039	„
Ueberschüsse aus früheren Jahren	14 476 980	„
Matrikularbeiträge	396 000 067	„
Außerordentl. Deckungsmittel (Anleihen)	46 378 566	„
Summa	1 239 250 441	Mk.

Zu den vorstehenden Summen ist zu bemerken: Wie bei Erörterung der Finanzreform näher auseinandergesetzt ist, entsprechen die Matrikularbeiträge den aus den Einnahmen der Zölle und Verbrauchssteuern an die Bundesstaaten gezahlten Ueberweisungen, welche unter den fortlaufenden Ausgaben des Reichsschatzamtes in Anrechnung gebracht sind. Soweit die Matrikularbeiträge durch die Ueberweisungen ausgeglichen werden — nach diesem Etatanschlag sind letztere um 22 Mill. Mk. niedriger als erstere — stellen die Matrikularbeiträge keine wirkliche, sondern nur eine rechnerische Einnahme dar, da ihnen eine entsprechende Ausgabe im Ausgaben-Etat gegenübersteht, und zwar im Etat für 1895/96 373,8 Mill. Mk. Ueberweisungen gegenüber 396 Mill. Mk. Matrikularbeiträgen. Von letzteren sind also nur 22,2 Mill. Mk. wirkliche neue Einnahmen, so daß diese im Ganzen nicht 1239,25 Mill. Mk. betragen, sondern nur 865,5 Mill. Mk.

Von diesen kommen 682 Mill. Mk. aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Reichsstempelabgaben, das heißt: Vier Fünftel der Einnahmen werden durch indirekte Besteuerung aufgebracht und fallen in Folge dessen am schwersten der ärmeren Bevölkerung zur Last; eine Arbeiterfamilie wird mit 8—10 pCt. ihres Einkommens durch die indirekten Steuern getroffen, eine Familie des Mittelstands mit 5—6 pCt., die reichste Schicht mit 1—3 pCt.

Die Reichseinnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern für 1895/96 wurden im Einzelnen wie folgt veranschlagt:

Zölle	348 572 000	Mk.
Tabaksteuer	11 331 000	„
Zuckersteuer	80 000 000	„
Salzsteuer	43 657 000	„
Branntweinsteuer:		
a) Maischbottich- u. Branntweinmaterialsteuer	18 820 000	„
b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag zu derselben	98 957 000	„
Brausteuer u. Uebergangsabgabe an Bier	25 603 000	„
Aversa für Zölle und Verbrauchssteuern	63 420	„
Summa	627 003 420	Mk.

Durch die Tabaksteuer wird jedes Kilogramm inländischen Tabaks mit 44 Pf. belastet, jedes Kilogramm Zucker mit 18 Pf., jedes Kilogramm Salz mit 12 Pf., jeder Liter 100grädiger Spiritus mit 85 Pf., mithin jeder Liter Branntwein mit ca. 28 Pf. (bis 1887 nur 5 Pf.!), jeder Liter Bier im norddeutschen Brausteuergebiet mit 0,8 Pf.

Die Zölle hatten nach Begründung des Reichs 1871 eine Brutto-Einnahme von 95,8 Mill. Mk. ergeben, durchschnittlich auf den Kopf der

Bevölkerung 2 Mk. 45 Pf., 1894 ergaben sie 364,4 Mill. Mk. und 7 Mk. 13 Pf. auf den Kopf! — 1893/94 lieferten die größten Zolleinnahmen die Einfuhr von Getreide (nebst Hülsenfrüchten und Malz) mit 99,6 Mill. Mark (3 Mk. 50 Pf. pro Hektoliter Roggen und Weizen, 2 Mk. 80 Pf. pro Hektoliter Hafer und Malz, 2 Mk. pro Hektoliter Gerste und Hülsenfrüchte); die Einfuhr von Petroleum brachte 54 Mill. Mk. (6 Pf. pro Liter), die von Kaffe 49 Mill. Mk. (40 Pf. pro Kilogramm), von Tabak 44,5 Mill. Mk. (85 Pf. pro Kilogramm), Wein 15,5 Mill. Mk., Schmalz 7,9 Mill. Mk. (10 Pf. pro Kilogramm), Heringe, gesalzen, 4 Mill. Mk. (je nach der Größe ½—1 Pf. das Stück), Reis 4 Mill. Mk. (4 Pf. pro Kilogramm), Gewürze 3,7 Mill. Mk. (50 Pf. pro Kilogramm), Thee 2,8 Mill. Mk. (100 Pf. pro Kilogramm), Eier 2 Mill. Mk. (3 Pf. pro Kilogramm = ca. 20 Stück), Käse 1,6 Mill. Mk. (20 Pf. pro Kilogramm), Butter 1,2 Mill. Mk. (20 Pf. pro Kilogramm).

Die Steigerung der Zölle steht mit der des Militarismus in engem Zusammenhange. Seit Begründung des Reichs veranlaßte das Wachsthum der Friedenspräsenzstärke folgende Steigerung der Ausgaben (in Millionen Mark):

Jahr	Mann	Laufende Ausgaben				Einmalige Ausgaben	Summa der Ausgaben
		Armee	Marine	Pension	Summa		
1872	359 000	250	12	47	309	244	553
1875	401 659	319	18	49	386	198	584
1881	427 274	344	27	49	420	65	485
1887	468 419	359	39	52	450	182	632
1890	486 983	400	41	63	504	350	854
1893	570 877	450	48	68	566	227	793

Seit 18. Januar 1872 bis zum 1. April 1896 (die letzten Jahre nach den Voranschlägen der Etats berechnet), betrugen die Gesammt-Ausgaben für Heer, Flotte und Pensionen zusammen **13 967 Mill. Mark** und zwar laufende Ausgaben für die Armee 8597, Marine 759, Pensionen 1821, zusammen 10 677 Mill. Mk., und einmalige Ausgaben 3290 Mill. Mk.

Dazu kommt noch die Verzinsung der Reichsschuld, welche seit 1876/77 bis 1895/96 an 566,5 Mill. Mk. gekostet hat und zum größeren Theil für Zwecke des Militarismus verwendet wurde.

Diese Ziffern beweisen, daß unsere Fraktion im Interesse des Volkes handelte, wenn sie, wie es von je geschah, den gesammten Etat ablehnte.

An den einzelnen Forderungen desselben übte die Fraktion wie in den Vorjahren eingehende und scharfe Kritik und vertrat die Forderungen der besitzlosen Klasse. Daß es uns in diesem Reichstage nicht möglich ist, Beschlüsse zu deren Gunsten zu erwirken, ergiebt sich schon allein aus dem Ziffernverhältniß der Parteien. Von den 397 Sitzen des Reichstags eroberten wir 1893 44, erhielten durch Nachwahl 1894/95 2 neue Sitze und verloren einen, so daß wir mit 45 Mandaten eine leicht zu überstimmende Minorität bilden, da, sobald es sich um ernstliche Reformen zu Gunsten der besitzlosen Klasse handelt, alle andern Parteien stets gegen uns stimmen, bis auf wenige Ausnahmen, wo sie, um ihre Gegner in Verlegenheit zu bringen, sich aus Zweckmäßigkeitsgründen zu uns schlagen. Wir standen daher wechselnden Parteigruppirungen gegenüber, die aber stark genug waren, um unsere Anträge niederzustimmen; zu widerlegen vermochten sie unsere Kritik nicht.

Bei der ersten Lesung des Etats erklärte der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, daß er kein Programm entwickeln werde, da ein Systemwechsel nicht eingetreten sei. Und unter dem Beifall der Unternehmerparteien kennzeichnete er es als eine Aufgabe des neuesten Kurses, den Arbeiterschutzgesetzen eine Ergänzung zu geben, „bei welcher der Gesichtspunkt der Schonung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie im eigenen Interesse der Arbeiter nicht außer Acht gelassen werden darf".

Unser Etatsredner nagelte fest, daß die Sozialreform, die 1890 mit so großem Pomp angekündigt wurde, nach den wenigen ungenügenden Gesetzen, die sie zeitigte, völlig eingefroren ist, ja, wie die Durchlöcherung der Sonntagsruhe beweist, wurde sie bereits rückwärts revidirt. In ihrem eigenen Interesse fordern die Arbeiter Ausdehnung des gesetzlichen Schutzes, nur im Interesse des Unternehmerthums werde er ihnen verweigert. Und um die Arbeiter am Ausdruck ihrer Unzufriedenheit zu verhindern, soll ihnen ein Knebel in den Mund gestopft werden. Es ist eine unehrliche Praxis, daß man den Sozialismus mit dem Anarchismus zusammenwirft, die sich in der Taktik wie im Ziel grade entgegengesetzt sind. — Unserm zweiten Fraktionsredner, der die Angriffe der Gegner auf diese Rede widerlegen wollte, schnitt die Majorität das Wort ab, indem sie die Diskussion schloß.

In den vielen und langen Kommissionsberathungen des Etats suchten die Vertreter unserer Fraktion nach Möglichkeit Abhilfe der obwaltenden Mißstände zu schaffen; bei der zweiten und dritten Lesung des Etats im Plenum nahm ein großer Theil der Fraktion daran theil. Hier ist ja die oft einzige Möglichkeit gegeben, an den dem Reich unterstehenden Verwaltungen, dem Militarismus und dem Besteuerungssystem eine gebührend scharfe Kritik zu üben, und so die einzige Stätte, an der im Deutschen Reiche noch eine gewisse Redefreiheit herrscht, zur Gerichtsstätte zu machen, wo die arbeitende und besitzlose Klasse ihr Urtheil spricht über die Opfer, die Staat und Gesellschaft ihr auferlegen. Die sozialdemokratische Partei hat sich dabei mit gleicher Fürsorge aller Schichten der besitzlosen Klasse angenommen, ohne Rücksicht darauf, ob diese sich bereits der Sozialdemokratie angeschlossen haben oder ihr noch gleichgiltig gegenüberstehen, oder sie, wie es bei vielen Kategorien der Subalternbeamten noch der Fall ist, aufs Heftigste bekämpfen. Wir buhlen nicht um Stimmen, sondern wollen das Recht.

Beim Etat des **Reichstags** trat unser Fraktionsredner dafür ein, daß die Hilfskanzleidiener des Reichstages kürzere Arbeitszeit (anstatt der oft 14—15stündigen), bessere Bezahlung, Krankengelder und Pension erhielten. Ferner machte er auf den skandalösen Zustand aufmerksam, daß die Kellner in den Restaurationsräumen des Reichstages keinen Lohn erhalten, sondern auf die Trinkgelder der Abgeordneten angewiesen sind, obwohl der Wirth keine Pacht zahlt und Heizung, Licht, Einrichtung und Reinigung der Räume auf Reichskosten geliefert werden. — Beiden Uebelständen ist übrigens bis jetzt noch nicht abgeholfen.

Beim Etat für den **Reichskanzler** fragte unser Mitglied der Kommission für Arbeiterstatistik an, ob denn die Reichsregierung nicht endlich, ensprechend dem dritten Absatz des § 120e der Gewerbeordnung, der seit 1. April 1892 geltendes Recht ist, die übermäßige, gesundheitschädigende Dauer der täglichen Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien einschränken will. Die Kommission für Arbeiterstatistik hat die grauenvollen Zustände im Bäckereigewerbe klargelegt und empfohlen, die Arbeitszeit auf 12 Stunden einzuschränken, mindestens 8=stündige Ruhe und 16=stündige Sonntagsruhe zu gewähren, und für die Lehrlinge verlangt, daß sie im ersten Jahre 2 Stunden, im zweiten 1 Stunde weniger als die Gesellen arbeiten. Minister v. Bötticher wies den Verdacht unseres Redners, die Arbeiten der

Kommission würden in den Papierkorb wandern, mit Entrüstung zurück; der § 120e der Gewerbeordnung sei nicht begraben, die Entscheidung werde demnächst getroffen. Thatsächlich ist jedoch bis jetzt von Seiten des Bundesraths keine Bestimmung zum Schutz der Bäckereiarbeiter getroffen worden, vielmehr offiziös gegenüber dem Ansturm der in ihrem Ausbeutungsrecht Beschränkung fürchtenden Meister erklärt worden, sie sollten sich beruhigen, es werde ihnen nichts geschehen.

Der Etat des **Auswärtigen Amts** in Verbindung mit dem des **Haushalts der Schutzgebiete** veranlaßte unsere Fraktion wieder in energischer Weise gegen die Vergeudung von Staatsgeldern Front zu machen, die durch die von Bismarck eingebrockte **Kolonialpolitik** jedes Jahr in steigendem Maße verursacht wird. Der Luxus überseeischer Abenteuer, der Millionen verschlingt, zu einer Zeit, wo das Volk durch Steuern aller Art schon für den europäischen Militarismus erdrückt wird, kommt nur einigen Großrhedern und Großkaufleuten zu Gute, nicht der Gesammtheit, zumal unsere Kolonien, an und für sich fast werthlos, durch eine ungeschickte, und, wie im Falle Leist, Wehlau, die Eingebornen brutalisirende Verwaltung nicht vorwärts, sondern rückwärts sich entwickeln. Selbstverständlich lehnten wir jede Geldbewilligung auch für den Haushalt der Schutzgebiete und einen späteren Nachtragsetat ab.

Beim Etat des **Reichsamts des Innern** kritisirten wir, so wie in jedem Jahre, die Berichte der deutschen Gewerbeinspektoren und die in der Produktion herrschenden, zu immer weiterer Verelendung der Arbeiter führenden Zustände. Die Verbindung der Kesselrevision mit der Fabrikinspektion, wie sie nach schlechtem sächsischem Beispiel seit 1893 in Preußen eingeführt wurde, lähmt die ohnehin nicht genügende Leistungsfähigkeit der Aufsichtsbeamten und bringt es dahin, daß dieselben noch weniger Betriebe revidiren können als sonst, so daß das bischen Arbeitsschutz, das durch die Gewerbeordnung versprochen wurde, auf dem Papier stehen bleibt. Dabei müssen die Arbeiter, die dem Fabrikinspektor Mittheilungen machen, Entlassung aus der Fabrik fürchten, und wenn ein Fabrikinspektor sich, wie es allein zweckmäßig ist, mit den Gewerkschaften und Fachvereinen in Verbindung setzt, treten ihm die Unternehmer feindselig entgegen. Wir forderten: Vermehrung der Zahl der Inspektoren, Entlastung derselben von der Kesselrevision, Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, Hinzuziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen zum Inspektorat, Ausdehnung desselben und des Arbeiterschutzes auf Flößerei und Schifferei, Handwerk und Hausindustrie, Einführung der Arbeitsämter und Arbeitskammern, wie sie unser Gesetzentwurf von 1890 vorschlage. Die Unzulänglichkeit mancher Berichte wurde eingehend nachgewiesen und Abhilfe verlangt. Die Regierung gab keine Antwort; an eine Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Gewerbeinspektion denkt sie ja nicht.

Beim Etat der Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen kam der Untergang der Elbe, bei dem Hunderte von Menschen zu Grunde gingen, abermals zur Sprache, nachdem bereits einige Tage vorher eine konservative, offenbar mit der Regierung verabredete Interpellation, betreffend die Verhütung des Verlustes von Menschenleben bei Seegefahr, der Regierung Gelegenheit gegeben hatte, in das Loblied des Abgeordneten und Rheders Jebsen auf die deutsche Schiffsrhederei einzustimmen, die ohne die „Belästigungen und Schikanen", welche ihr eine Reichsaufsicht schaffen würde, ihre volle Schuldigkeit thue. — Wir verlangten Reichskontrolle des Schiffsbaues und Schutz der Seeleute durch eine Seemannsordnung, wie wir eine solche schon 1892/93 vollständig vorgelegt hatten. Der Minister erklärte, daß eine Revision der Seemannsordnung durch die Regierungen berathen werde.

Zum Etat des **Reichsversicherungsamtes** hatte unsere Fraktion die Resolution gestellt:

„Den § 157 des Gesetzes betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung dahin abzuändern, daß jeder Versicherte, der das 70. Lebensjahr vollendet hat, einen Rechtsanspruch auf Altersrente erhält, und die §§ 9 Abs. 3 und 156 dahin abgeändert werden, daß diejenigen Versicherten, die infolge ihres geistigen oder köperlichen Zustandes nicht mehr im Stande sind, sich in ihrem Berufe die Hälfte ihres bisherigen, nach dem Durchschnitt der letzten 3 Jahre zu berechnenden Jahresarbeitsverdienstes zu erwerben, Invalidenrente erhalten."

Unser Redner wies nach, wie die Verwaltungskosten sehr hohe seien, dagegen die Zahl der Invalidenrentner weit hinter dem Voranschlag zurückbleibe und daher die Zahl der Rentenempfänger im Sinne unserer Anträge vermehrt werden müsse. Ein anderer Fraktionsredner wies auf das schleppende Verfahren vor den Schiedsgerichten der Berufsgenossenschaften und deren für die Arbeiter ungünstige Entscheidungen hin und fragte, wo denn die vom Minister seit 1890 ausdrücklich versprochene Neugestaltung des Unfallversicherungsgesetzes bliebe; noch im vergangenen Jahre habe der Minister uns veranlaßt, die von uns gestellten Anträge zurückzuziehen, und jetzt biete man uns anstatt des versprochenen Arbeiterschutzes den Arbeitertrutz. In eingehender Weise zeigt ein anderer Fraktionsredner an einer Fülle von Beispielen, wie die Schiedsgerichte oft die einseitigsten Interessen der Berufsgenossenschaften wahrnehmen und 49 pCt. aller Aussprüche der Schiedsgerichte vom Reichsversicherungsamt zu Gunsten der Arbeiter umgeändert werden mußten. Wir verlangen Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk, Verschmelzung der ganzen Arbeiterversicherung für Krankheit, Invalidität und Alter in eine einzige zentralisirte Versicherung, mit gerechter Vertheilung der Steuern, Extrazuschlägen für besondere Gefahrenklassen, und Handhabung durch ein selbständiges Reichsarbeitsamt unter Hinzuziehung der Versicherten zur Verwaltung. Noch von zwei anderen Rednern unserer Fraktion wurden bei diesem für die Arbeiterschaft so wichtigen Punkte berechtigte Beschwerden vorgebracht: Verweigerungen der Renten und Unterschlagungen, die von Arbeitgebern an Krankenkassengeldern verübt werden. Minister v. Bötticher wehrte sich lebhaft gegen den „weit verbreiteten Irrthum, als ob die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung ins Stagniren gerathen sei", erklärte, daß dieselbe sehr verbesserungsbedürftig ist, gab aber zu, daß die Entwürfe, die von der Regierung gemacht wurden, wegen der laut gewordenen Bedenken, besonders gegen die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk, zurückgezogen seien; im nächsten Jahre werden dem Reichstag neue Vorschläge gemacht werden. Nachdem noch besonders die Nationalliberalen die Unfall-Berufsgenossenschaften und den Opfermuth der Unternehmer hochgepriesen hatten, wurde auf Antrag des Zentrums unsere Resolution abgelehnt und nur das Ersuchen ausgesprochen, die Vorlage der in Aussicht gestellten „Novelle zur Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes" möglichst zu beschleunigen.

Beim **Marine-Etat** geißelte ein Fraktionsredner, daß auf den Kaiserlichen Werften, anstatt die Arbeitszeit zu verkürzen, 500—600 Arbeiter im Frühjahr entlassen wurden. Gegen die geforderten 7 Millionen Mark erster Rate für den Bau neuer Kreuzer stimmten wir wie gegen den gesammten Marine-Etat.

Zum **Militär-Etat** hatte unsere Fraktion folgende Resolution eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und die Umwandlung der jetzigen Heeresorganisation in eine Miliz-Wehrordung angebahnt wird."

Unser Fraktionsredner hatte die Berechtigung unseres Antrags durch Hinweis auf das Milizheer der Schweiz bewiesen und dargelegt, daß erst durch ein Milizheer ein wirkliches Volk in Waffen entstehe, das sich aber auch nie zu einem Angriffskriege, nie gegen das Volk gebrauchen lassen werde, und Soldatenmißhandlungen unmöglich mache. „Der größte Theil aller Mißhandlungen entsteht durch die Ungeschicklichkeit der Leute in Bezug auf die einfachsten Körperübungen, die Jedem geläufig sind, der von Jugend auf das Turnen gelernt hat.“ Unser zweiter Fraktionsredner wies auf die in unserer Parteipresse zuerst in die Oeffentlichkeit gebrachten Erlasse von 1878, 1879 und 1890 hin, die sich gegen die Beschäftigung sozialdemokratischer Arbeiter in Militärwerkstätten richten; damit werde nur Erbitterung und Heuchelei erzeugt, die Gesinnung der Arbeiter aber nicht geändert. Die Militärverwaltung habe aber sogar, wie ein Vertrag von 1894 zeige, von Lieferanten verlangt, daß diese keine sozialdemokratischen Arbeiter beschäftigen oder dieselben sofort entlassen solle.

Der Kriegsminister erklärte, „die Lieferanten der Militärarbeiten können Arbeiter einstellen, welche sie wollen“; an dem Erlaß, der sich gegen die Beschäftigung sozialdemokratischer Arbeiter in Militärwerkstätten richtet, müsse er festhalten und „sogar in Erwäung nehmen, ob es nicht nothwendig ist, in diesen Erlaß noch andere Arbeiterkategorien (Bureauarbeiter) mit einzubeziehen“. Die von unsern Rednern gebührend beleuchteten Duelle in der Armee suchte er zu vertheidigen. Das Vorgehen gegen verschiedene unserer Parteigenossen in der Armee (Wendtlandt, Dr. Hirschfeld) fand er in den militärischen Einrichtungen begründet, und auch die anderen Parteien hatten nichts dagegen einzuwenden. Eine große Anzahl von Soldatenmißhandlungen, die von unserm Redner wie in jedem Jahre gerügt wurden, veranlaßten unsere abermalige Forderung, daß die seit 25 Jahren vom Reichstage verlangte Militärstrafprozeßordnung endlich vorgelegt werde. Auch die massenhafte Verwendung von Soldaten bei Erntearbeiten wurde gerügt; der Kriegsminister mußte zugeben, daß allein in Preußen an 3331 Landwirthen 12 054 Mann auf durchschnittlich je 7 Tage abgegeben wurden. Abhilfe wurde nicht versprochen.

Beim Etat des **Reichsjustizamts** wurde wie im vorhergehenden Jahre das Vorgehen sächsischer Justizbehörden gegenüber unserer Partei gekennzeichnet. Damals erklärte der Staatssekretär Nieberding, daß die Verbreitung von Wahlzetteln und Druckschriften deshalb noch nicht unzulässig ist, weil der Vertheiler sie offensichtlich trägt, oder daß er sie Jedermann, ohne Rücksicht auf politische oder religiöse Anschauung anbietet. 14 Tage nach dieser Erklärung hat das Schöffengericht zu Chemnitz und später das Landesgericht und Oberlandesgericht solche Flugblattvertheiler wegen groben Unfugs verurtheilt. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts erwiderte auf unsere Beschwerden — nichts, und die Praxis des „groben Unfugs“ greift immer weiter um sich.

Beim **Etat der Reichsschuld** forderten wir, daß die 450 Millionen mit 4 pCt. und die 778 Millionen Mark mit $3^1/_2$ pCt. verzinsten Reichsschulden in Anleihen umgewandelt würden, welche, entsprechend dem allgemein gesunkenen Zinsfuß nur 3 pCt. Zinsen zu zahlen haben, wodurch eine Zinsersparniß von 8 Millionen Mark entstehe. Auch die Einzelstaaten könnten dann die 4prozentigen Anleihen konvertiren, was bei Preußen, Bayern, Baden, Württemberg und Hessen, die zusammen 5583 Millionen Mark 4prozentige Schuldverschreibungen ausgegeben haben, bei Konvertirung auf 3prozentige eine jährliche Ersparniß von 55 Millionen Mark ergeben würde. Dem widersprachen der Abg. Rintelen (Zentrum) im Interesse der Kirchen und Stiftungen, deren Einkommen durch die Konvertirung verringert werde, und der konserv. Abg. v. Frege vom agrarischen Standpunkte aus: der Staatssekretär des Reichs-

schatzamts erklärte, Deutschland werde noch öfter borgen, wie es schon so oft gethan, und, wenn es seine Anleihen konvertire, keine Geldgeber mehr finden.

Beim **Etat des Reichseisenbahnamts** brachte ein Redner der Fraktion u. a. die überlange Arbeitszeit und ungenügende Bezahlung der Unterbeamten zur Sprache, worauf der Präsident des Reichseisenbahnamts erklärte, daß er seit mehreren Jahren in dieser Beziehung keine einzige Beschwerde bekommen habe, folglich Alles befriedigend sei, — eine Schlußfolgerung, die außer Acht läßt, daß die Furcht vor Entlassung oder Zurücksetzung im Avancement die Beamten wie die Arbeiter — leider nicht ohne Grund — am Vorbringen von Beschwerden hindert.

Beim **Post-Etat** geißelte unser Redner das System der sozialen Politik in der Postverwaltung, das jetzt wie früher seine Ersparnisse auf Kosten der Tagelöhner und Subalternbeamten mache, so z. B. die Zahl der geringer bezahlten Assistenten gegenüber den etatsmäßigen Stellen nicht in genügender Weise vermindere, so daß ein Drittel der Unterbeamten und zwei Fünftel der Landbriefträger nicht etatmäßig angestellt sind. Posthilfsboten müssen erklären, daß, falls sie vor Erlangung einer gesicherten Lebensstellung heirathen und infolge dessen in Noth gerathen, sie auf Hilfe aus der Postunterstützungskasse verzichten werden; dabei kommt der Posthilfsbote in „gesicherte", d. h. unkündbare Stellung erst nach 24jähriger Dienstzeit. Auch die hohen Zinsen, welche die Post-Spar- und -Vorschußvereine nehmen, die lange, für die Briefträger oft 13—14stündige Arbeitszeit, das Strafgelderunwesen, der Mangel an Pensionsberechtigung für Postillone und die ungenügende Besoldung aller unteren Beamtenstufen wurde unter Beibringung unwiderleglichen Materials gerügt. Ferner forderten wir, daß für Hilfsleistungen bei der Post, besonders zu Weihnachten und Neujahr, nicht Soldaten, sondern stellenlose Zivilpersonen zugezogen würden; die Postverwaltung gab aber keine zusagende Antwort. Das kapitalistische Wirthschaftssystem ist in Privat- wie in Staatsbetrieben nur auf die Erzeugung von Profit, von Mehrwerth, bedacht und läßt sich nur nothgedrungen darin stören, wenn die politisch-soziale Macht der Arbeiter dazu zwingt. Auch die Postangestellten werden nur dann bessere Zustände erringen, wenn die Sozialdemokratie mächtig genug geworden ist, um für die gesammte Arbeiterklasse Fortschritte zu erkämpfen. Daß aber unsere offene und scharfe Kritik schon jetzt nicht einflußlos ist, zeigten verschiedene Maßnahmen, die auf Anregung derselben gerade bei der Postverwaltung getroffen wurden. Und wenn nun endlich nach jahrelangem Andrängen der Reichstag beschlossen hat, das Dienstalterstufensystem bei den Postbeamten einzuführen, so ist das mit in erster Linie dem jahrelangen Ansturm unserer Fraktion zu verdanken.

Beim Etat der Zölle und Verbrauchsabgaben beantragte die Fraktion, das **Brausteuergesetz** dahin abzuändern, daß bei der Bierbereitung nur Wasser, Malz, Hopfen und Hefe (nicht wie jetzt auch Surrogate) verwendet werden dürfen; dieser Antrag wurde fast einstimmig angenommen, von der Regierung aber keine bindende Zusage gemacht.

Den von der Regierung vorgelegten **Nachtragsetat** von 1,7 Mill. Mk. zur Deckung der Unkosten für die **Eröffnungsfeier des Nord-Ostsee-Kanals** lehnten wir ab, da wir uns nicht für berechtigt halten, militärisch-dynastische Prunkfeste auf Kosten der Steuerzahler zu bewilligen. Wir machten auch von den an die Reichstagsmitglieder gerichteten Einladungen, sich an dem Fest zu betheiligen, keinen Gebrauch.

Ebenso stimmten wir gegen das **Anleihegesetz**, durch das die am 31. März 1894 1 915 714 500 Mk. betragende Reichsschuld um 43 997 692 Mark vermehrt werden sollte, um einmalige Ausgaben für die Verwaltung des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen zu decken und den Etat ins Gleichgewicht zu bringen.

Die sogenannte **Finanzreform**, die bereits im vorhergegangenen Jahre vom Reichsfinanzkünstler Dr. Miquel vorgeschlagen und vom Reichstage abgelehnt worden war, kam in dieser Session in kleinerer Ausgabe wieder. Die Annahme der Militärvorlage von 1893 fordert ihre Opfer. Anstatt 100 Millionen neuer Steuern wurden zwar diesmal nur etwa 32 Mill. Mk. gefordert, welche durch eine neue **Tabaksteuer** gedeckt werden sollten. Aber die Beschaffung neuer Einnahmen in der Höhe von etwa 100 Millionen Mark wurde als „unbedingte Nothwendigkeit" bezeichnet. So wie im Vorjahre bezweckte das „Gesetz betr. die anderweite Ordnung des Finanzwesens im Reich" in erster Linie, die Einzelstaaten unabhängig von den mehr oder minder großen Einnahmen, die das Reich an Zöllen und Verbrauchssteuern hat, zu machen. Nach Artikel 70 der Verfassung haben die Einzelstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung ein Defizit zwischen Einnahmen und Ausgaben des Reichs durch Matrikularbeiträge zu decken. Dafür erhalten sie jährliche Ueberweisungen, nämlich auf Grund des vom Abgeordneten von Frankenstein 1879 gestellten und zum Gesetz erhobenen Antrags, der sogen. Klausula Frankenstein, diejenigen Erträge der Zölle, der Tabaksteuer und (seit 1887) der Branntweinverbrauchsabgabe, welche die Summe von 130 Mill. Mk. in einem Jahre übersteigen. Die unablässig und außerordentlich wachsenden Mehrausgaben des Reichs für den Militarismus hatten von Jahr zu Jahr die Ansprüche an die Einzelstaaten gesteigert, so daß die bis 1892/93 die Matrikularbeiträge bedeutend übersteigenden Ueberweisungen allmälig immer geringer wurden und schließlich zu steigenden Mehrzahlungen der Einzelstaaten an das Reich führen. Indem das Finanzreformgesetz die Einzelstaaten nur verpflichten will, denjenigen Betrag ans Reich zu zahlen, den sie überwiesen erhalten, macht es dieselben unabhängig von der Steigerung der Reichsausgaben, Ein Defizit im Reichshaushaltsetat wird dann nicht mehr von den Einzelstaaten gedeckt; diese aber bringen ihre Einnahmen zumeist durch direkte Besteuerung zusammen, welche die ärmere Bevölkerung nicht so drückend belastet als die grade auf die unbemittelten Schichten am schwersten drückenden indirekten Steuern, durch welche das Reich seine Einnahmen sich schafft. Die Finanzreform würde also zum Erfolg haben, daß jedes Defizit im Reichshaushalt durch Vermehrung der Reichssteuern gedeckt werden muß. Da aber eine progressive Reichseinkommensteuer den hartnäckigsten Widerstand bei der Reichsfinanzleitung wie bei den Parteien des Großkapitals findet, deren Patriotismus stets nur bis zum Geldbeutel reicht, so würde jedes Reichsdefizit, jede Vermehrung der Ausgaben, nur durch neue indirekte Steuern gedeckt werden, welche am allerschwersten die besitzlose Klasse belasten. Eine Probe solcher Finanzkünste bot die **Tabaksteuer-Vorlage.** War dieselbe auch gegen die des Vorjahres von 45 auf 32 Mill. Mk Mehrerträge zurückgeschraubt, so bot sie doch nichts weiter als eine außerordentlich hohe und drückende Belastung derjenigen Zigarren, die von der ärmeren, d. h. also arbeitenden Bevölkerung geraucht werden. Die Steuer, welche für alle Zigarrensorten ohne Unterschied der Qualität, 25 pCt., für Rauch-, Schnupf- und Kautabak 40 pCt. des Fabrikpreises betragen sollte, muß ja, grade wegen ihrer gleichmäßigen Höhe, denjenigen am schwersten treffen, dessen Einnahmen nach Pfennigen zählen. Die 4 Pfennig-Zigarre, deren Preis auf 5 Pf. gesteigert worden wäre, hätte gar nicht mehr hergestellt werden können, die bisherige 5 Pfennig-Zigarre wäre auf 6 Pf. gestiegen, der Konsum dadurch vermindert und, wie selbst die Tabakfabrikanten erklärten, in Folge dessen ein Heer von dreißigtausend Zigarrenarbeitern brodlos gemacht worden. Graf Posadowsky hatte den Tabak als einen reinen Luxusartikel bezeichnet; mit Recht wurde ihm vom einem unserer Fraktionsredner entgegnet: „Es muß im Lande peinlich berühren, wenn man hört, wie hier über einen so bescheidenen

Genuß der erwerbsthätigen und arbeitenden Bevölkerung, die in Feierabendstunden eine Zigarre oder ein Pfeifchen raucht, oder des Sonntags diesen bescheidenen Genuß sich gönnt, verhandelt wird." Daß das Tabaksmonopol die Folge der Annahme dieser Vorlage sein würde, durch die außerdem alle die vielen kleinen Fabrikanten, die grade in der Zigarren-Industrie existiren, ruinirt würden, ja, daß die Vorlage dies bezwecke, um das Monopol vorzubereiten, wurde ebenfalls von unsern Fraktionsrednern dargelegt. Die rege Agitation, welche die Tabakarbeiter in ganz Deutschland entfalteten, rüttelte die Bevölkerung auf; Petitionen gegen die Tabaksteuer mit mehr als 1 Million Unterschriften gingen dem Reichstage zu, und da sich auch die Fabrikanten, die eine Einbuße ihres Einkommen befürchten mußten, regten und die ihnen nahe stehenden Parteien bearbeiteten, wurde die Tabaksteuer-Vorlage in der Kommission wie im Reichstage bei der zweiten Lesung in allen ihren Theilen abgelehnt; dafür stimmten nur die Konservativen, Freikonservativen und ein Theil des Zentrums wie der Nationalliberalen. Daß die Hoffnungen der Regierung nicht für immer begraben zu sein brauchen und daß zur Auferstehung einer solchen Volksbelastung der „nationale Patriotismus" dienen soll, sprach der konservative Abgeordnete v. Kardorff offen aus, indem er beim Begräbniß der Tabaksteuer-Vorlage erklärte:

> „So zerrissen in Parteien, wie dieser Reichstag ist, wird sich, glaube ich, kaum jemals ein anderer Reichstag zusammenfinden. Dazu habe ich ein zu gutes Zutrauen zum deutschen Volk; es wird sich darauf besinnen, daß das das Schlimmste ist, was einer Nation passiren kann; und es wird dahin drängen, daß diejenigen Parteien, welche den nationalen Gedanken vertreten, mal wieder eine Majorität im Reichstag erhalten; und dann wird vielleicht auch die Tabaksteuer-Erhöhung kommen, mögen Sie wollen oder nicht."

Das arbeitende Volk möge dafür sorgen, daß diese Hoffnung der „Patrioten", die Ausgaben des Reichs den Aermsten im Lande aufzuhalsen, zu schanden wird!

Die Finanzreform war schon in der Kommission begraben worden und kam nicht mehr vor den Reichstag.

Einige Volksbelastungen zu Gunsten der „Patrioten" durchzudrücken, gelang diesen aber doch. Gleich bei Beginn der Session hatte der Abgeordnete Paasche in Verbindung mit anderen nationalliberalen Abgeordneten, denen die Interessen der Zuckerfabrikanten am Herzen liegen, die Regierung interpellirt, welche Maßregeln die Regierung in Bezug auf eine Abänderung des **Zuckersteuergesetzes** zu ergreifen gedenke. 1891 hatte der Reichstag mit Ach und Krach ein Gesetz zu Stande gebracht, durch das die auf Kosten der deutschen Bevölkerung und der Reichskasse den Zuckerfabriken zugewendeten Ausfuhrprämien etwas und allmählig vermindert und die bisherige indirekte in eine direkte Prämie verwandelt wurde, die am 1. August 1895 von 1,25 Mk. auf 1 Mk. sinken, dann aber ganz aufgehoben werden sollte. Bis dahin würden selbst bei diesem Steuersatz die etwa 400 in Deutschland bestehenden Zuckerfabriken eine Exportprämie von 530 Millionen Mk. erhalten, eine Prämie, die es bekanntlich zu wege gebracht hat, daß einige Fabriken 30, ja 50 und 60 Prozent Dividende vertheilen konnten. Eine natürliche Folge der kapitalistischen Produktion war es, daß sich, angelockt durch diese auf Kosten des Volkes gezahlten Zuschüsse die Zuckerfabrikation und der Rübenbau so ausdehnten, daß der Markt überfüllt wurde, infolge dessen der Preis des Zuckers sank, zumal das Ausland die Prämienwirthschaft nachmachte. Graf Posadowsky, der zugab, daß diese „rein sachlich betrachtet etwas weltwirthschaftlich Verkehrtes ist", erklärte bereitwilligst seine Hilfsbereitschaft, um **den Nothstand der Zuckerbarone zu beseitigen, natürlich im Interesse der „noth-**

leidenden Landwirthschaft oder des Kleinbauern". **Unsere Fraktionsredner** wiesen nach, wie gerade der kleine Bauer von den Zuckerfabriken miserable Preise erhält und sich oft ganz bedeutende Abzüge gefallen lassen muß, die an Prellerei grenzen, dabei sind die Löhne der Arbeiter in den Zuckerfabriken sehr niedrig, die Arbeitszeit lang, die Behandlung eine menschenunwürdige wie auch die Berichte der Gewerbeinspektoren zugeben. In den Provinzen, in denen die Zuckerrübenkultur ihre angeblich segensreiche Thätigkeit entfaltet hat, ist eine Verelendung der Bevölkerung eingetreten; polnische Arbeiter mit leider noch so geringen Lebensansprüchen werden in Schaaren herbeigeholt, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen in einer Weise ausgebeutet, daß erst das Gesetz einschreiten mußte, um sie wenigstens etwas zu schützen. Der Zucker, der ein Volksnahrungsmittel sein sollte, wird der ärmeren Bevölkerung durch die jetzt auf ihm lastenden 18 Pfg. per Kilogramm so vertheuert, daß er als Luxus gilt, während auf unsere Kosten das Ausland, besonders England, den steuerfreien und noch durch die Exportprämie verbilligten Zucker erhält. — Im Mai 1895 brachte, entsprechend den Wünschen der Zuckerindustriellen, die Regierung einen Gesetzentwurf ein, durch den die Prämien in der alten Höhe von 1,25 Mk. per 100 Kilogramm bis 31. Juli 1897 belassen wurden. Abermals kämpfte unsere Fraktion dagegen an; unser Redner wies nach, daß wir damit den Standpunkt vertreten, den die Reichsregierung 1891 einnahm, daß diese damals sogar sofort auf 1 Mk. Prämie herabgehen wollte, das Ausland in der Zwischenzeit ebenfalls seine Prämien indirekt herabgesetzt und der Kleinbauer gar keinen Nutzen von der ganzen Industrie ziehe. Der jetzige preußische Landwirthschaftsminister von Hammerstein-Loxten, habe, als er noch im Landwirthschaftsrath saß, offen erklärt: „Da, wo die Zuckerrübenindustrie herrscht, wird kaum der Bauernstand dauernd zu erhalten sein, wenigstens nicht der Kleinbauer". Half nichts! Das Gesetz wurde mit 191 gegen 45 Stimmen angenommen! Die Profitpatrioten hatten gesiegt!

Auch eine **Branntweinsteuervorlage** wurde angenommen, vorgeblich im Interesse der kleinen Brenner, in Wirklichkeit in dem der Großbrenner, zu denen die ostelbischen Junker hauptsächlich gehören. Die kleinen Brenner bekamen einen Brocken neuer Liebesgaben, damit sie nicht dagegen murren, daß die Junker die Millionen einstecken. Die 40 Millionen Mk. Liebesgabe, welche den Brennereien seit dem Gesetz von 1877 jährlich zufließt, und zwar mit 37 Millionen Mk. an 3876 große Brennereien und mit 3 Millionen Mk. an 19 257 kleine, sowie die indirekte Exportprämie, welche die deutschen Brennereien erhalten, haben, wie die Zuckerprämie nur bewirkt, daß die Produktion den Verbrauch überstieg, zumal auch hier, wie beim Zucker, das Ausland selbst immer mehr produzirte, so daß Deutschlands einst bedeutender Export an Spiritus fast gänzlich verschwunden ist. Die Vorlage wollte durch eine neue, offene Exportprämie helfen, diese aber nicht von der Liebesgabe nehmen, sondern eine neue Brennsteuer von 6 Mk. per Hektoliter einführen, die allerdings den kleinen Brenner weniger als den großen, den Branntweintrinker aber in ganzer Höhe trifft. Zu den 136 Millionen Mk. Branntweinsteuer und 40 Millionen Mk. Liebesgabe, die jetzt schon von der ärmsten Bevölkerung — denn nur diese trinkt Branntwein — gezahlt werden, kommen nun noch an 12 Millionen Mk. Brennsteuer, um die der Branntwein vertheuert wird. Unser Fraktionsredner wies nach, wie gemeinschädlich diese Besteuerung wirke und nur der Großbrenner Nutzen von ihr ziehe, daß ferner die süddeutschen genossenschaftlichen Brennereien, die gerade kleinen Landwirthen gehören, schwerer davon betroffen werden als die Großbrennereien der Junker, auch der Preis des denaturirten Spiritus zu Brenn- und technischen Zwecken vertheuert wird, aber es gelang uns nur, die Essigfabrikation gegen diese neue Steuer zu schützen. Die „nationalen Patrioten" Ostelbiens und ein Theil des

Centrums nahmen diese neue Belastung der ärmeren Volksschichten in der letzten Sitzung des Reichstags „als Abschlagszahlung“ an.

Auch eine Novelle zum Zolltarif war den Agrariern zu Liebe eingebracht. Den „nationalen“ Waldbesitzern ward durch Beschränkung der zollfreien Holzeinfuhr im Grenzverkehr eine Liebesgabe gewährt, der ausländische Honig, der in der Pfefferküchlerei verbraucht wird, vertheuert, in der trügerischen Hoffnung, dem deutschen Bienenhonig höhere Preise zu sichern, obwohl dieser gar nicht zu diesen Zwecken verarbeitet werden kann, und das amerikanische Baumwollsamenöl mit 10 Mk. per 100 Kilogramm Zoll belastet, wodurch die Margarine und das Speisefett, die Nahrungsmittel der ärmsten Bevölkerung, die sich Butter nicht kaufen kann, vertheuert wird. Auch hier kämpften unsere Fraktionsredner bei jeder Position gegen die nationale Profitwuth, die selbst vor den Nahrungsmitteln der Aermsten nicht halt macht; aber auch hier vergebens.

In Verbindung mit der Zolltarifnovelle war eine Kaiserliche Verordnung berathen und gegen unsere Stimmen angenommen worden, durch welche ein hoher **Zollzuschlag** für die aus **Spanien** und den spanischen Kolonien kommenden Waaren gefordert wurde, eine Folge des Zollkrieges, der von deutscher Seite besonders lebhaft geführt wird, seit Spanien den deutschen Spiritus unserer ostelbischen Junker nicht mehr ins Land läßt, sondern seinen Bedarf an Spiritus zum Verschneiden der Weine theils selbst, theils aus Schweden deckt.

Ferner war mit der Berathung dieser Zollnovelle diejenige eines Antrages verbunden, welchen Freiherr v. Stumm zwar erst am 18. Januar 1895 stellte, so daß der Antrag nach der Geschäftsordnung auch erst an allerletzter Stelle sämmtlicher Anträge, d. h. also gar nicht zur Berathung hätte kommen können; der Präsident v. Levetzow aber meinte, daß der Antrag als eine Resolution zur Zolltarifnovelle zu betrachten sei und stellte ihn sofort zur Verhandlung. Der Antrag Stumm forderte die Einführung eines angemessenen Schutzzolles auf **Quebrachoholz** und die daraus hergestellten Extrakte und Präparate, sowie auf andere überseeische Gerbstoffe. Ein früherer antisemitischer Antrag hatte bereits einen Zoll von 10 Mk. pro 100 Kilogramm Quebrachoholz verlangt. Durch diesen Zoll sollen die Interessen der deutschen Eichenschälwaldbesitzer gewahrt werden, indem diesen das billige Quebracho ein unbequemer Gerbstoffkonkurrent ist. Thatsächlich ist aber unsere deutsche Lederindustrie nur durch diesen billigen Gerbstoff groß geworden und würde zum Theil vernichtet, besonders in Bezug auf ihre Exportfähigkeit, wenn wir durch einen Zoll die Benutzung vertheuerten und so verhinderten. Unsere Fraktionsredner wiesen dies mit aller Schärfe nach, die Lederarbeiter aller Berufe schlossen sich unseren Protesten an, in allen Centren der Leder- und Lederverarbeitungs-Industrie hielten wir Protestversammlungen gegen diesen geplanten Zoll ab; die Mehrheit des Reichstages aber nahm im Interesse einer kleinen Kapitalistengruppe die Resolution an und schloß nur die zur Färberei verwendeten überseeischen Gerbstoffe aus.

An den Debatten im Plenum wie in den Kommissionen und an den Artikeln der „nationalen, patriotischen“ Presse konnte man merken, wie unbequem den Gegnern unsere Opposition war, durch welche dem Volke gezeigt wurde, daß dieser angebliche Patriotismus nichts ist als ein Deckmantel für die Ausplünderung der Besitzlosen durch Steuern, Zölle und Liebesgaben.

Und da diese Opposition der Sozialdemokratie seit Jahren mit sachkundiger Schärfe geführt wird, lauerten die Vertreter kapitalistischer Interessen nur auf die Gelegenheit, um uns den Knebel in den Mund zu stecken.

Dazu sollte behilflich sein eine Umänderung der **Strafprozeßordnung.** Dieser Gesetzentwurf brachte zwar die von uns von jeher geforderte

Entschädigung unschuldig Verurtheilter, sowie die Einführung der Berufung in Strafsachen, aber außerdem eine lange Reihe reaktionärer Vorschläge, wie Beschränkung des Beweisverfahrens vor den Strafkammern, Vermehrung der Gründe zur Untersuchungshaft u. a. Der Entwurf, den unsere Fraktionsredner bei der ersten Lesung wie in der Kommissionsberathung auf das entschiedenste bekämpften und umzugestalten suchten, kam nicht mehr zur zweiten Lesung.

Einen brutalen Knebel bot der Gesetzentwurf, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse. Diese **Umsturzvorlage** plante, unter Umsturz der bis jetzt mindestens im Gesetzbuch für alle Staatsangehörigen bestehenden Rechtsgleichheit ein Ausnahmegesetz gegen die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter.

Die Auslegungskunst unserer Staatsanwälte und Gerichte hätte sich nicht erst sehr anzustrengen brauchen, um jede Organisation und Agitation gegen die kapitalistische Ausbeutung zu vernichten. Denn der Entwurf bedrohte mit Zuchthausstrafe nicht nur diejenigen, „welche auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinwirken oder darauf gerichtete Bestrebungen fördern" und verlangte zur Strafwürdigkeit nicht erst eine gewaltsame That, sondern öffnete im § 129a der willkürlichsten Auslegung Thür und Thor, indem schwere Bestrafung eintreten sollte: „auch ohne daß der Entschluß der Verübung des Verbrechens durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung enthalten, bethätigt worden ist." Dazu kam Verschärfung des § 111 (Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung), erweitert durch einen neuen § 111a, der den § 110 außerordentlich ausdehnte; im § 112 war die Aufforderung von Soldaten zum Ungehorsam gegen Befehle der Oberen, im § 130 derjenige mit hoher Strafe bedroht, „welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigenthum durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift". Und § 131 sollte den Rest von noch übrig gebliebener Möglichkeit einer Kritik vernichten, indem als Verleumder nicht mehr wie bisher derjenige, der wissentlich erdichtete oder entstellte Thatsachen verbreitet, gelten sollte, sondern „wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, von denen er weiß, oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie erdichtet oder entstellt sind". Dazu kam noch eine Verschärfung des § 42, 2 des Militärstrafgesetzbuchs und eine außerordentliche Erweiterung des Rechts einer Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung.

Die Verhandlungen über dieses erzreaktionäre Machwerk, das dazu bestimmt war, die öffentliche Agitation durch Wort und Schrift für unsere Partei lahm zu legen, haben wir durch die im Verlage der Buchhandlung des „Vorwärts" erschienenen stenographischen Berichte bis in jede Einzelheit den weitesten Kreisen bekannt gemacht, und die bei den Debatten von unsern Gegnern zu Tage geförderten Anschauungen haben nicht gegen uns, sondern für uns agitirt. — Die mit so viel Pomp in Scene gesetzte Umsturz-Vorlage wurde am 11. Mai begraben.

Die Gesetzentwürfe betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der **Binnenschifffahrt** und der **Flößerei** gaben unseren Fraktionsrednern, die in enger Fühlung mit den Kleinschiffern, Schiffsmannschaften und Flößern standen, Gelegenheit, deren Forderungen entgegen den Ansprüchen der Rheder und Holztransportgesellschaften energisch zu vertreten. Die Entwürfe brachten neben wenigen Besserungen der, wie der Staatssekretär zugegeben hatte, bestehenden Rechtsunsicherheit im Schifffahrtsbetrieb, grobe Verschlechterungen der bisher üblichen Zustände, so daß in vielen Fällen eine Rechtslosigkeit der Kleinschiffer und Schiffsmannschaften wie der Flößer gegenüber dem kapitalistischen Unternehmer entstand; Schutzbestimmungen für die Flößereiarbeiter fehlten gänzlich.

In der Kommission wie bei den Lesungen im Plenum kämpften eine Reihe unserer Fraktionsgenossen bei jedem Paragraphen für eine Umgestaltung der Gesetzentwürfe zu Gunsten der wirthschaftlich schwächeren Kleinschiffer und der Schiffsarbeiter. Einige unserer Anträge, welche wesentliche Verbesserungen schufen, fanden zwar Annahme, aber noch blieb zu viel des Arbeitertrutzes in den Gesetzen, weder eine Sonntagsruhe noch eine sechsstündige (!) Nachtruhe wurden gewährt, und so stimmten wir gegen beide Gesetze, welche die Mehrheit annahm. Auch dem Gesetzentwurf betreffend die Bestrafung des **Sklavenraubes** und **Sklavenhandels** konnten wir unsere Zustimmung nicht geben, weil er durchaus keine wirksamen Maßregeln enthielt, sondern nichts als ein Dekorationsstück war, das sich zur Bekämpfung des Sklavenhandels durchaus nicht eignete, weil dieser sich unter Formen vollziehen kann, welche durch dieses Gesetz in keiner Weise getroffen werden. Unsere wiederholten Anträge, den Gesetzentwurf einer Kommission zur sorgfältigen Prüfung zu überweisen, wurden abgelehnt, der Entwurf in zwei Sitzungen kurz vor Schluß der Session durchgejagt und jeder Verbesserungsantrag, den wir stellten, abgelehnt.

Der Gesetzentwurf, betreffend die **Fürsorge für die Wittwen und Waisen** der Personen des Soldatenstandes des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine vom Feldwebel abwärts fand im Prinzip unsere Zustimmung, doch traten wir für Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen ein, was abgelehnt wurde, für Streichung der Worte „ohne eigne Verschuldung" bei Todesfall im Dienst, was Annahme fand, für Erhöhung der an die Wittwen zu gewährenden jährlichen Pension von 160 Mk. auf 450 Mk., des Waisengeldes von 32 resp. 54 Mk. auf 150 resp. 225 Mk., was abgelehnt wurde. Dem gesammten Entwurf gaben wir unsere Zustimmung, da er, wenn auch unvollkommen, dem Staat die Erfüllung einer sozialen Pflicht überweist.

Auch dem Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Gründung und Verwaltung des **Reichs-Invalidenfonds**, durch den Mittel für Invaliden aus dem Kriege von 1870/71 flüssig gemacht wurden, gaben wir unsere Zustimmung. Wir hatten beantragt, im Absatz 3 die Bestimmung zu streichen, daß nur an solche, die an den Kriegen „ehrenvollen" Antheil genommen haben, Pensionen gewährt werden, damit nicht etwa parteipolitische Erwägungen bei der Pensionszahlung Platz greifen. Da der Kriegsminister erklärte: „daß nur diejenigen ausgeschlossen bleiben, die sich während des Feldzugs des Plünderns, des Marodirens, der Vergewaltigung oder der Feigheit und Fahnenflucht schuldig gemacht haben, alle anderen haben ehrenvoll am Feldzuge theilgenommen", zogen wir unseren Antrag zurück und stimmten für den Entwurf.

Ein Gesetzentwurf betr. die Gewerbeordnung brachte verschiedene Bestimmungen, die für uns unannehmbar waren; er forderte eine völlig ungerechtfertigte Einschränkung des **Hausirhandels**, der **Wanderlager**, ferner daß die Detailreisenden unter die Bestimmungen des Hausir- und Wandergewerbes gebracht werden, so daß tausende von Leuten um ihren ehrlichen Lebenserwerb kämen. Gleichzeitig gelangte ein Zentrumsantrag zur Berathung, der noch weitergehende Beschränkungen der Gewerbefreiheit in Bezug auf Hausir- und Wandergewerbe enthielt. Unser Fraktionsredner wies die Gemeinschädlichkeit all dieser Vorschläge nach und stellte in der Kommission den Antrag, eine Reihe von Bestimmungen, welche das Engagementsverhältniß zwischen den Bühnenangestellten (Schauspieler, Sänger, Artisten) und ihren Unternehmern regeln, in die Gewerbeordnung aufzunehmen. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, da er nach der Ansicht mehrerer Kommissionsmitglieder in einem besonderen Gesetzentwurf, jedenfalls aber an einer andern Stelle der Gewerbeordnung zu verfolgen sei, aber den verbündeten Regierungen

zur Kenntnißnahme mitgetheilt. Die Kommission nahm einen Entwurf an, der über die reaktionären Tendenzen der Regierungsvorlage noch hinausging und im Wesentlichen dem Zentrumsantrag entsprach. Mehrere Fraktionsvertreter stimmten dagegen; zur Berathung im Hause kam die Vorlage der Kommission nicht mehr.

Dem Gesetzentwurf, welcher eine **Berufs- und Gewerbezählung** für 1895 fordert, ertheilten wir unsere Zustimmung, nicht ohne daß von unserm Redner eine einschneidende Kritik an dem Mangel sozialstatistischer Untersuchungen durch das Reich geübt wurde. Daß die Arbeitslosenzählung, die zum ersten Mal vorgenommen werden sollte, kein richtiges Resultat geben könne, da die Zählung zu einer Zeit (14. Juni) stattfinden sollte, in der die Arbeitslosigkeit stets gering ist, wies unser Redner ebenfalls durchschlagend nach und trug so dazu bei, daß mit der Volkszählung am 1. Dezember 1895 eine zweite Arbeitslosenzählung verbunden werden wird.

Von Seiten der Agrarier waren einige Anträge gestellt, welche das gemeinschädliche selbstsüchtige Streben des Großgrundbesitzes zum krassen Ausdruck brachten. Schon in der vergangenen Session hatten die Junker durch den Grafen Kanitz einen Antrag einbringen lassen; sie wiederholten ihn in abgeänderter Form am 13. März 1895, und unter Zustimmung des Reichstags, der allseitig eine offene Aussprache auch von Seiten der Regierung wünschte, kam er schon am 29. und 30. März zur Verhandlung.

Der **Antrag Kanitz** verlangte von der Regierung einen Gesetzentwurf, wonach:

1. Der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides, mit Einschluß der Mühlenfabrikate, ausschließlich für Rechnung des Reichs erfolgt,
2. die Verkaufspreise des Getreides nach den inländischen Durchschnittspreisen der Periode 1850—90, die Verkaufspreise der Mühlenfabrikate nach dem wirklichen Ausbeuteverhältniß, den Getreidepreisen entsprechend, bemessen werden, so lange hierdurch die Einkaufspreise gedeckt sind, während bei höheren Einkaufspreisen auch die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen sind,
3. über die Verwendung der aus dem Verkauf des Getreides und der Mühlenfabrikate zu erzielenden Ueberschüsse derart Bestimmung getroffen wird, daß:
   a) alljährlich eine den jetzigen Getreidezoll-Einnahmen mindestens gleichkommende Summe an die Reichskasse abgeführt wird,
   b) zur Ansammlung von Vorräthen für außerordentliche Bedürfnisse (Kriegsfälle), die nöthigen Mittel bereit gestellt werden,
   c) ein Reservefonds gebildet wird, um in Zeiten hoher in- und ausländischer Preise die Zahlung der an die Reichskasse jährlich abzuführenden Summe a sicherzustellen.

Unser Fraktionsredner wies zunächst die Behauptung zurück, daß die soziale Schicht, welche sich zur Führerin der agrarischen Bewegung aufgeworfen hat und am lautesten vom Nothstand redet, wirklich sich im Nothstande befinde, obwohl zuzugeben sei, daß eine sich immer schärfer zuspitzende Agrarkrise besteht, die in ihrem weiteren Verlaufe von der einschneidendsten Bedeutung für die ökonomische wie politische Entwicklung Deutschlands werden wird. Die Getreidepreise sind fortgesetzt gefallen, die Produktionskosten sind, namentlich durch die fortgeschrittene Verschuldung, sowie durch das unausgesetzte Anwachsen des Steuerdrucks und der Militärlasten, erheblich gestiegen. Die Agrarier-Grafen schlagen Staatshilfe vor, wie sie sie bisher gewohnt waren; hat ihnen doch das Reich seit Jahren Getreidezölle, Fleischzölle, Holzzölle, Liebesgaben für den Schnaps und den Zucker bewilligt.

Selbst der Reichskanzler hat zugegeben, daß höchstens 4 Millionen von 19 Millionen der landwirthschaftlichen Bevölkerung einen Nutzen von einer

Preissteigerung des Getreides hätten; in Wirklichkeit würden kaum 300 000 Landwirthe einen Gewinn haben. Allerdings verfügen diese über den größten Theil des Bodens; sämmtliche Betriebe unter 50 Hektar, gleich $98^3/_4$ pCt. aller Betriebe, theilen sich in $3^3/_4$ Mill. Hektar Getreideland, während die Betriebe über 50 Hektar, gleich $1^1/_4$ pCt. aller, über $9^2/_3$ Mill. Hektar Getreideboden verfügen. Millionen von Landwirthen, die Getreide zukaufen müssen, hätten zusammen mit dem übrigen Volk große Lasten auf sich zu nehmen, um Profite für eine Minderheit von Großgrundbesitzern zu verschaffen. Diese sind aber nicht Landbebauer, wie die Bauern, sondern Agrarkapitalisten, und wir haben kein Interesse, Parasiten, wie den adeligen und bürgerlichen Bodenspekulanten, durch Annahme des Antrags Kanitz zu einer neuen Riesenspekulation auf Kosten des Volkes zu verhelfen. Auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsordnung giebt es kein Mittel, das die landwirthschaftliche Nothlage wirklich beseitigt.

Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen, in der unsere Vertreter noch ausführlich die Gemeinschädlichkeit des Antrags Kanitz klarlegten; eine Beschlußfassung der Kommission wurde durch Schluß des Reichstags verhindert.

Der zweite von den Agrariern gestellte Antrag betraf die **Währungsfrage**; sie verlangten eine internationale Regelung derselben durch eine Münzkonferenz, zu welcher die verbündeten Regierungen baldthunlichst einladen sollten. Zu diesem Antrag wie zu dem vorigen hatten sich Konservative, Freikonservative, Antisemiten und ein Theil des Zentrums und der Nationalliberalen vereinigt. Unser Fraktionsredner nahm gegen die Einführung des Bimetallismus entschieden Stellung, zeigte, daß derselbe nur den Großgrundbesitzern zu Gute käme, die als Schuldner der Banken und Großkapitalisten ein Interesse daran haben, daß sie weniger an Schuld in Silber bezahlen, als sie in Gold geborgt haben, und daß als Folge der Geldentwerthung die Lebenshaltung der Arbeiter sinken müsse, da bei der naturnothwendig eintretenden Preissteigerung durch den Bimetallismus sich am langsamsten Gehälter und Löhne erhöhen. — Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen; der Reichskanzler gab eine zweideutige, den Bimetallisten entgegenkommende Erklärung ab.

Ein weiterer Antrag der Agrarier, der aber von deren Hörigen bei den Nationalliberalen ausging, forderte, daß der **Handelsvertrag mit Argentinien** gekündigt werde. Ursache dazu ist die stetig steigende Einfuhr von billigem und gutem argentinischen Weizen, welche verhindert werden soll; dadurch würden aber nicht nur die deutschen Weizenkonsumenten geschädigt, sondern auch die deutsche Industrie, die einen lebhaften Export nach Argentinien hat. Auch die deutsche Gerberei, die auf Argentiniens Häute und Quebrachoholz angewiesen ist, erlitte großen Schaden, so daß hunderttausende von Arbeitern brotlos würden, wenn der Antrag Gesetz wird. In namentlicher Abstimmung wurde er mit 146 gegen 78 Stimmen einer Kommission überwiesen, die den Antrag annahm, zur weiteren Verhandlung im Hause kam er nicht mehr.

Zum angeblichen Schutze des **Handwerks** waren vom Zentrum, Konservativen, Antisemiten und Nationalliberalen Anträge resp. Interpellationen auf Einrichtung von Handwerkerkammern, Einführung des Befähigungsnachweises und Verbot der Gefangenenarbeit gestellt; unsere Fraktionsredner wiesen nach, daß eine wirkliche Durchführung des Befähigungsnachweises unmöglich und für die Handwerker nutzlos sein würde. Das Großkapital, das mit Maschinen arbeitet und das Rohmaterial engros billiger einkauft, richtet mit und ohne Befähigungsnachweis das kleinkapitalistische Handwerk zu Grunde. Auch eine Einschränkung des Wirkens

der Konsumvereine forderten die konservativ-nationalliberalen-ultramontan-antisemitischen Rückwärtsler — derselben Konsumvereine, welche zur Zeit Lassalle's als Universalmittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie so hoch gepriesen worden waren! Die Antisemiten brachten auch einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, nach welchem Israeliten, welche nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Grenzen des Reichs untersagt wird, und die verkappten Antisemiten des Zentrums und der Nationalliberalen kamen dabei zu Hilfe.

All diesen reaktionären, meist von engherzigster Selbstsucht diktirten Forderungen trat unsere Fraktion entgegen, stimmte aber dem auch in diesem Jahre wieder vom Zentrum gestellten Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes aus Gründen der Gerechtigkeit zu.

Von den **Anträgen unserer Fraktion** kamen nur wenige zur Verhandlung, zunächst einige von denen, die sich auf **Elsaß-Lothringen** bezogen, die wir entsprechend dem Beschluß des vorigen Parteitages in erster Reihe gestellt hatten. Wir beantragten: Aufhebung des Diktaturparagraphen, Einführung des Reichsgesetzes für die Presse, für die Gewerbeordnung, und betr. die Volksvertretung in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen, dem Artikel 3 der Verfassung folgenden Zusatz zu geben:

„In jedem Bundesstaat und in Elsaß-Lothringen muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts, stets erforderlich".

Letzterer Antrag wurde abgelehnt, der auf Aufhebung der Diktatur in drei Lesungen angenommen, so daß jetzt der Bundesrath zu entscheiden hat. Konnten wir uns auch nicht der Hoffnung hingeben, daß der Ausnahmezustand beseitigt wird, unter dem der „wiedergewonnene Bruderstamm" sich jetzt 25 Jahre lang auch die wenigen Rechte entziehen lassen muß, welche im übrigen Deutschen Reich vorhanden sind, so boten doch die Verhandlungen unseren beiden elsasser Abgeordneten beste Gelegenheit, all die Beschwerden der Elsasser zur Sprache zu bringen, unter denen sie so sehr zu leiden haben. Von den andern elsässischen Abgeordneten sprach sich nur einer gegen das von uns für Elsaß-Lothringen geforderte „Recht auf Gerechtigkeit" aus: Der Prinz zu Hohenlohe, Sohn des Reichskanzlers. Vater und Sohn meinten, der Diktaturparagraph sei vorläufig noch nöthig, um die Elsaß-Lothringer vor Verführung zu hüten.

Die übrigen Anträge von uns in Bezug auf Elsaß-Lothringen kamen nicht zur Verhandlung, und von den andern Anträgen der Fraktion nur noch der betr. das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition. Bei Berathung dieses Antrages brachten unsere Redner die Verfolgungen zur Sprache, mit denen politische wie gewerkschaftliche Vereinigungen und Versammlungen der Arbeiter, besonders in Sachsen, bedacht werden, worauf der sächsische Bundesrathsbevollmächtigte Graf Hohenthal zugab, „daß ab und zu eine Polizeibehörde etwas über den Strang geschlagen hat"; das sächsische Vereinsgesetz aber sei ein „Juwel" der sächsischen Gesetzgebung. Auch die elsaß-lothringischen Vereinsverfolgungen wurden gebührend an den Pranger gestellt. Unser Antrag wurde abgelehnt. Alle übrigen Anträge der Fraktion kamen nicht erst zur Verhandlung, weil die für Anträge aus dem Hause festgesetzte Zeit, die Schwerinstage, mit der Berathung der Anträge anderer Fraktionen ausgefüllt wurde.

Wir hatten noch beantragt:

Ausdehnung der Immunität der Reichstagsmitglieder für die Dauer der Sitzungsperiode auch auf die Strafhaft.

Vorlegung eines Reichs-Berggesetzes.

Zuständigkeit der Gewerbegerichte für Handlungsgehilfen und Zulassung weiblicher Personen zum aktiven und passiven Wahlrecht.

Ferner hatten 31 Mitglieder der Fraktion den Antrag auf Aufhebung des Impfgesetzes wieder eingebracht.

Die vom vorigen Parteitage beschlossenen Anträge wurden, wie der vorliegende Bericht zeigt, bei jeder passenden Gelegenheit, besonders bei der Etatberathung zur Sprache gebracht und ausführlich begründet. An eine Annahme derselben durch die kapitalistische Reichstagsmehrheit ist nicht zu denken. Der Reichstag ist jetzt für die Arbeiterklasse nur die Stätte, wo offen scharfe und im ganzen Lande vernehmliche Kritik an der herrschenden Mißwirthschaft geübt werden kann, und daß die Fraktion nach besten Kräften und in wirkungsvollster Weise dieser Aufgabe nachgekommen ist, beweist das Wühlen der besitzenden Klassen gegen das bestehende Reichstagswahlrecht, das den Besitzlosen die Möglichkeit giebt, Vertreter der von den herrschenden Klassen so tief gehaßten Sozialdemokratie in den Reichstag zu entsenden.

Mögen sie uns hassen, wenn sie uns nur fürchten! Gerade ihre Verfolgungen werden nur die Schaaren derjenigen vermehren, die mit uns das gemeinsame Ziel verfolgen.

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag, den 6. Oktober 1895, im Saale des Lokales zum „Deutschen Kronprinzen“ zu Breslau.

In dem festlich geschmückten Saale zum „Deutschen Kronprinzen“ traten nach 7 Uhr Abends die Delegirten zur Vorversammlung zusammen. Etwa 200 Delegirte sind erschienen. Der für die Zuhörer zur Verfügung stehende Raum erweist sich als viel zu klein. Podium, Rednertribüne und Gallerie sind mit rothem Tuch ausgeschlagen und mit Guirlanden geschmückt. Die Büsten von Lassalle und Marx und das von einem Lorbeerkranze umrahmte Bildniß Friedrich Engels' blicken auf die Delegirten herab. Die beiden Büsten der großen Vorkämpfer verbindet eine breite Schleife mit dem alten Kampfwort: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Darüber weht die rothe Fahne der „sozialdemokratischen Arbeiter zu Breslau“ aus dem Jahre 1873 mit der Inschrift: Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! Einigkeit macht stark.

Von den zahlreichen Sinnsprüchen, die die Wände schmücken, seien folgende hervorgehoben: „Freiheit und Wahrheit, das sind die Stützen der Gesellschaft.“ (Ibsen). — „Von allen Beschuldigungen, die man gegen den Sozialismus anführt, ist nicht eine, die man nicht auch gegen das Christenthum erhoben hätte.“ (St. Mill). — „Die Sache der Arbeiter ist in Wahrheit die Sache der gesammten Menschheit.“ (Lassalle). — „Jede große Reform hat nicht darin bestanden, etwas Neues zu thun, sondern das Alte abzuschaffen.“ (Buckle). — „Mag es oder nicht gefallen, jedes wahre freie Wort — eine Wohlthat ist es allen, und so wirkt und lebt es fort.“ (Lingg). — „Die deutsche Arbeiterbewegung ist die Erbin der deutschen klassischen Philosophie.“ (Engels). — „Gleichheit ist immer der Probstein der Gerechtigkeit, und beide machen das Wesen der Freiheit.“ (Seume). — „Ohne Leidenschaft ist keine einzige jener gewaltigen Befreiungen ausgeführt worden, deren Aufeinanderfolge die Weltgeschichte bildet.“ (Lassalle). — „Die Frage nach der Länge des Arbeitstages ist die Frage nach dem Stand der Civilisation.“ (Brentano). — „Gefährlich ist nur das unterdrückte Wort; das verachtete rächt sich, das ausgesprochene ist nie vergebens.“ (Börne).

Der Arbeiter-Sängerbund begrüßt die Erschienenen mit einem schwungvoll vorgetragenen Liede. Dann heißt im Namen des Lokalkomitees Genosse Bruhns den Parteitag willkommen: Wir wissen die Ehre zu würdigen, den Parteitag in unseren Mauern zu haben und werden mit Eifer bemüht sein, unseren Freunden und Gästen ihre schwere Arbeit nach Kräften zu erleichtern. Dieser Parteitag wird uns ein kräftiger Ansporn zu erneuter Thätigkeit sein. Wir in Breslau sind nicht weich gebettet. Harte Verfolgungen haben wir zu bestehen, aber unermüdlich sind wir thätig, und bald wird der Tag gekommen sein, wo die gesammte Arbeiterschaft Breslaus der Fahne der Sozialdemokratie folgt. — Mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, das begeisterten Wiederhall findet, schließt der Redner.

Das Wort nimmt hierauf zur Begrüßung Liebknecht: Als ich vor einem Jahre in Frankfurt den Parteitag eröffnete, wurde von mir darauf hingewiesen, daß wir auf geschichtlichem Boden tagten. Aber soweit die

Parteigeschichte ins Spiel kommt, ist Breslau für uns noch denkwürdiger, als es Frankfurt gewesen ist. Heute tagen wir in der Stadt, wo Ferdinand Lassalle geboren wurde, der Mann, von dem die moderne organisirte deutsche Arbeiterbewegung ihren Ausgang genommen hat. Wir tagen in der Stadt, welche die Gebeine Ferdinand Lassalle's birgt, welche die Gebeine anderer Vorkämpfer unserer Partei, eines Reinders, eines Kayser, eines Kräcker birgt. Und wir tagen in der Hauptstadt derjenigen deutschen Provinz, welche den ersten Klassenkampf erlebt hat, die Provinz, in welcher der Gegensatz der Klassen früher als in irgend einem Theile Deutschlands scharf zu Tage getreten ist, in welcher vor mehr als einem halben Jahrhundert ein Kampf gekämpft wurde, ähnlich wie er 10 Jahre vorher in Lyon getobt hatte — Kampf der Armen gegen die Reichen. Es sind jetzt 51 Jahre und einige Monate her, es war im Sommer 1844, da brach in Schlesien der Weberaufstand aus, der so blutig unterdrückt wurde. Der Weberaufstand führte der modernen Gesellschaft ihre Sünden vor Augen, und noch heute läßt er das Gewissen dieser kapitalistischen Gesellschaft im Angesicht ihrer ungesühnten Sünden so stark schlagen, daß sie es, fast überall in Deutschland, nicht einmal gewagt hat, das blasse Abbild, welches von jenem Aufstand für die Bühne geschaffen wurde, öffentlich aufführen zu lassen. Es war das die Tragödie des Elends, die einen Heinrich Heine zu dem vielleicht größten Revolutionslied der deutschen Nation, zu seinem Weberliede, begeistert hat. Und die herzzerreißende Noth in dieser Provinz, beispiellose Noth an der Seite des größten Reichthums hat einem Ferdinand Freiligrath sein unsterbliches Gedicht von Rübezahl eingegeben. Der Rübezahl, den das arme Proletarierkind anrief, das war ein Geist der Vergangenheit; der hat das Kind nicht retten können von dem Hungertode.

Aber es ist ein neuer Geist gekommen, der die Rettung, die Erlösung bringen wird: der Sozialismus. Anknüpfend an jene Bewegung hat der Sozialismus in Schlesien Boden gefaßt. Schlesien ist noch früher als selbst das Rheinland zur kapitalistischen Entwicklung und zum Bewußtsein der Klassengegensätze gelangt, und in Schlesien ist auf deutschem Boden zuerst, ohne von Frankreich oder England importirt, durch das Aufeinanderstoßen der Gegensätze der kommunistische Gedanke herausgebildet worden und hat Wurzel gefaßt. Schon in den vierziger Jahren hatten wir in Schlesien kommunistische Bestrebungen, die an den modernen Sozialismus erinnern. Hier trieb der berüchtigte Stieber als Maler Schmidt sein Wesen und entdeckte kommunistische Verschwörungen. Hier spielten sich die Prozesse gegen Schlöffel, den Lehrer Wander und andere ab. Und seitdem ist hier niemals der Quell des Sozialismus versiegt. Hier in Breslau wurde am 19. Juli 1848 von einer Volksversammlung der Beschluß gefaßt, an der Universität Breslau einen Lehrstuhl des Sozialismus zu errichten; und der Mann, der hier am thätigsten war für die Sache des Sozialismus, Nees von Esenbeck, ein Mann der Wissenschaft, war der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Kongresses, der im Herbst 1848 in Berlin tagte. Niemals ist die Saat des Sozialismus hier erstickt worden und daß Ferdinand Lassalle auf dieser historischen Stätte des Sozialismus Der wurde, der er geworden ist, ein Bahnbrecher des Sozialismus, — das war nicht ein Zufall. Was Lassalle war, habe ich hier nicht hervorzuheben; wir sind keine Partei des Personenkultus. Lassalle hat Fehler begangen in seinen politischen Berechnungen, sich getäuscht, aber das Verdienst bleibt ihm, daß er die deutsche organisirte Arbeiterbewegung in Fluß gebracht hat. Er war ein Schüler von Marx und Engels, deren Bilder ich neben dem seinen vor mir sehe. Auch sie sind nicht mehr unter uns. Engels ist erst vor zwei Monaten gestorben. Diese drei Männer, Marx, Engels, Lassalle sind es, denen das Proletariat vor allen anderen Dank schuldet.

Als Lassalle, der Denker und Kämpfer, starb, war die deutsche Sozialdemokratie noch schwach, sie zählte kaum mehr Tausende, als heute die Partei Millionen zählt. Wenn wir zurückblicken auf die Geschichte der Partei, dann sehen wir so recht, daß die Sozialdemokratie nicht wurzelt in einzelnen Persönlichkeiten von Talent, von Genie, sondern daß sie wurzelt in den Verhältnissen. Als Agitator in Wort und Schrift, wird keiner der heutigen Agitatoren mit Lassalle sich vergleichen wollen. Und wir haben Millionen von Anhängern gewonnen, während Lassalle deren nur wenige gewinnen konnte. Warum? Weil damals die wirthschaftlichen Verhältnisse noch nicht genügend entwickelt waren und folgedessen die Massen damals noch an das Evangelium eines Schultze-Delitzsch's glauben konnten: Jeder fleißige und sparsame Mensch kann zu wirthschaftlicher Selbständigkeit gelangen. Heute glaubt das Niemand mehr. Es ist nicht die sozialdemokratische Agitation allein — es sind die **Verhältnisse**, es ist die Logik der Thatsachen, und das Entwickelungsgesetz der Gesellschaft, was den Kapitalismus gezwungen hat, das Privateigenthum an den **Produkten**, den Erzeugnissen, die Arbeit zu zerstören, die Mittelschichten und das kleine Eigenthum zu vernichten und so die Masse des Volkes zu proletarisiren. Die Sozialdemokratie hat in die Furchen gesät, welche der Kapitalismus in die Gesellschaft gerissen hat. Die Machthaber haben alles versucht, die Bewegung niederzuschlagen. Trotz aller Verfolgungen von den Zeiten Lassalle's ab bis heute, ist die Sozialdemokratie gewachsen; hat die Partei nur um so festere Wurzeln geschlagen in den Stürmen.

Als wir vor einem Jahre in Frankfurt zusammentraten, war uns ein Umsturzgesetz angekündigt. Wir sagten: möge ein solches Gesetz kommen, es wird vielleicht Manches und Manchen umstürzen, aber niemals die Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall). Und was ist aus dieser Umsturz-Bewegung geworden? Der Mann, der die Hand dazu lieh, das Gesetz vor dem Reichstag zu bringen, **Caprivi**, er wurde gestürzt, und sein Nachfolger, Herr **von Hohenlohe**, der die Erbschaft übernahm und das Gesetz durchzubringen versuchte, mußte die Erfahrung machen, daß man, um die Sozialdemokratie zu vernichten, die **Wissenschaft** und Kunst und damit die Grundlagen der Kultur umstürzen müßte. Damit ist anerkannt worden, daß die Sozialdemokratie, die stolz ist, auf dem Boden der Wissenschaft zu stehen, die Partei ist, welche die Errungenschaften unserer Kultur zu vertheidigen und zu wehren hat in dieser Zeit des Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft, die, wenn ihre Herrschaft nicht gebrochen wird, uns der **Barbarei** zuführen würde. Denn sie kann nicht bestehen mit den Gesetzen der Civilisation; sie fühlt sich dazu gedrängt, die mächtigste, das arbeitende Volk umfassende Partei Deutschlands außerhab des Gesetzes zu erklären; sie muß ihre eigenen Gesetze doppelt anwenden, anders gegen Sozialdemokraten, anders gegen die kapitalistischen Parteien; sie muß bekennen, daß die Grundgesetze des heutigen Staates sich mit ihren Interessen nicht vertragen, obgleich sie selbst diese Gesetze gemacht hat. Um die Sozialdemokratie niederzuwerfen, will sie die Reichsverfassung zerstören und das allgemeine Wahlrecht vernichten. Nun, die Herren mögen es versuchen! Das allgemeine Stimmrecht wird von der Sozialdemokratie vertheidigt werden. Der Denker und Kämpfer, der in Breslau begraben liegt, Lassalle, hat das unsterbliche Verdienst, die deutsche Arbeiterklasse den Werth des allgemeinen Wahlrechts gelehrt zu haben. Die Sozialdemokratie war von allen Parteien die erste, die diese Waffe methodisch benutzt hat; sie hat dies gethan, ehe die kapitalistischen Parteien ein Verständniß des allgemeinen Wahlrechts hatten; und die Taktik der deutschen Arbeiterpartei in der Benutzung des Wahlrechts hat sich so trefflich bewährt, daß sie von den Arbeiter-Parteien aller übrigen Länder: Belgiens, Frankreichs, Italiens und so weiter übernommen wurde. Wir haben die Waffe des allgemeinen Wahlrechts so gut

zu schwingen gewußt, daß alle übrigen Parteien zusammen sich uns nicht mehr gewachsen halten.

Die Umsturzbewegung des vorigen Jahres hat in jammervoller Weise Schiffbruch gelitten. Jetzt fängt wieder eine neue Bewegung gegen uns an. Man beleidigt die Sozialdemokratie und hat ihr den Fehdehandschuh hingeworfen zum Kampf auf Leben und Tod. Wohlan, was die Beleidigungen unserer Partei betrifft — sie berühren uns nicht. Was die Verleumdungen betrifft, mit denen wir überschüttet werden, so stehen wir zu hoch, als daß Kothwürfe an uns hinanreichen könnten. (Lebhafter Beifall.) Und wenn man uns den Kampf anbietet, gut, so kämpfen wir. (Beifall.) Wir werden kämpfen auf dem Boden der alten Taktik, an der unsere Feinde zu Schanden geworden sind. Und wir lassen uns nicht aus unserer alten Taktik herauslocken. Die Dinge sind heute, wie dies auch Engels nachgewiesen hat, soweit gediehen, daß der Kapitalismus mit seinen eigenen Gesetzen die Herrschaft nicht mehr behaupten kann, und daß diese Gesetze zum Theil gegen ihre Urheber von der Sozialdemokratie vertheidigt werden müssen. Das Grundgesetz des Deutschen Reiches, das allgemeine Wahlrecht, hat thatsächlich keinen anderen ernsthaften Vertheidiger als die deutsche Sozialdemokratie.

Was nun den Kongreß betrifft, so habe ich nicht nöthig, Sie zu mahnen, den Gegenständen, die wir zu verhandeln haben, Ihre strengste Aufmerksamkeit zu widmen. Der Gegenstand, der uns am meisten beschäftigen wird, ist in der Presse in der gründlichsten Debatte monatelang vorher diskutirt und behandelt worden. Wenn in solchen theoretischen Kämpfen die Geister heftig aufeinander platzen, glauben unsere Gegner, daß die Partei auseinander geht. O wie schlecht sie die Partei kennen! Durch die rückhaltlose und manchmal auch rücksichtslose Kritik, die wir üben — beiläufig nach dem Beispiel aller wirklich freien Völker —, haben wir den doppelten Vortheil, Mißverständnisse zu beseitigen und uns im Kampf zu üben. Wir schaffen Klarheit und Kraft für die Partei, und das persönliche Moment, welches in der Hitze der Debatte vielleicht manchmal hervortritt, verschwindet sehr bald, und diejenigen, die eben noch wild aufeinander losschlugen, reichen sich nachher wieder die Bruderhand. Auch auf diesem Kongreß werden die Geister aufeinander platzen, aber die Prinzipienklarheit wird dadurch nur gewinnen.

Ich schließe mit dem Wunsche, daß dieser Kongreß so wie die früheren die Partei stärken möge nach innen wie nach außen, und sie vorbereiten helfe zu den neuen Kämpfen, die uns erwarten. Für uns ist die Logik der Thatsachen, welche über der Kraft jedes einzelnen Menschen steht, und habe er Millionen von Bajonnetten. Der Kampf schreckt uns nicht. Je wilder, je heftiger der Kampf geführt wird, desto kürzer ist er, desto rascher verläuft er. Daß wir siegen, das wissen wir. Der Sieg liegt in unserer Hand, wenn wir nicht selbst uns preisgeben! (Stürmischer Beifall.)

Ich ersuche Sie nun um Vorschläge für die Wahl der Präsidenten.

Es wird zur Wahl des Bureaus geschritten.

Zu Vorsitzenden werden auf Vorschlag Buchwald's-Altenburg Singer und Segitz-Nürnberg durch Zuruf gewählt.

Singer nimmt die Wahl dankend an.

Singer: Ich danke für die Ehre, die mir nun schon mehrere Male erwiesen worden ist, die Geschäfte des Parteitages zu führen, und ich kann meinen Dank nicht besser ausdrücken, als indem ich Sie versichere, daß ich mit Eifer mich bemühen werde, meine Pflicht zu thun. Ich weiß mich der Unterstützung aller Genossen hierbei sicher, und ich wünsche, daß die Hoffnung, welche Liebknecht auf den Parteitag setzt, in Erfüllung gehen mögen.

Der Parteitag wird auch dem Schmerz und der Trauer, die die internationale Sozialdemokratie und im Besonderen die deutsche Sozialdemokratie

am 5. August d. J. betroffen hat, Ausdruck geben wollen. Friedrich Engels ist gestorben. Seine Leistungen für die Partei, seine bahnbrechenden Arbeiten in wissenschaftlicher Beziehung sind bereits gewürdigt worden. Die Partei hat da, wo sie auf Provinzial-Parteitagen zusammenkam, bereits dem Gefühl der Dankbarkeit und Verehrung Ausdruck gegeben, aber ich weiß, daß ich aus dem Herzen jedes Delegirten spreche, wenn ich sage, daß beim ersten Zusammensein der Vertreter der Gesammtpartei kein höherer Wunsch existirt, als auch unserseits dem Gefühl des Schmerzes um den großen Dahingegangenen Ausdruck zu geben. Ich bitte Sie, daß Sie sich zur Ehre und zum Andenken von Friedrich Engels von Ihren Plätzen erheben. (Geschieht.)

Ich schlage vor, daß wir zur völligen Konstituirung des Bureaus 6 Schriftführer wählen. Auf Vorschlag von Vogenitz-Altenburg werden durch Zuruf gewählt: Bruhns-Breslau, Feldmann-Langenbielau, Fischer-Dresden, Koblenzer-Berlin, Frau Geiser-Breslau und Stolten-Hamburg.

Für die Mandatsprüfungs-Kommission werden vorgeschlagen: Antrick-Berlin, Berger-Danzig, Bamberger-Hameln, Gewehr-Elberfeld, Haug-Freiburg, Kleemann-Leipzig, Martikke-Hamburg, Michaelis-Waldenburg und Frau Zetkin-Stuttgart.

Da Berger, Frau Zetkin und Michaelis nicht anwesend sind, werden Kiesel-Berlin, Stolpe-Glogau und Frau Kähler-Wandsbeck vorgeschlagen und die so vervollständigte Liste durch Zuruf angenommen.

Der Geschäftsordnungs-Entwurf ist der gleiche wie in den Vorjahren geblieben.

Hug-Bant beantragt dazu, die Redezeit auf 20 Minuten statt auf 10 festzusetzen, zieht den Antrag aber, nachdem Metzner-Berlin dagegen gesprochen hat, zurück.

Vogenitz-Altenburg beantragt, die Redezeit des Referenten der Agrar-Kommission auf 2 Stunden statt einer festzusetzen. (Widerspruch.)

Singer: Darüber zu reden ist Zeit, wenn wir zu dem Punkte kommen.

Zu Punkt 7 des Geschäftsordnungs-Entwurfs bringt Dr. Arons-Berlin den Antrag der Parteigenossen des ersten Berliner Wahlkreises ein:

> Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die Abstimmung nach Wahlkreisen stattfinden. Hierbei geben die vertretenen Wahlkreise 1 Stimme ab, wenn die sozialdemokratische Stimmenzahl bei der letzten Hauptwahl zum Reichstag unter 4000 betrug, 2 Stimmen, wenn die sozialdemokratische Stimmenzahl bei der letzten Hauptwahl zum Reichstag 4 000 — 10 000 betrug, 3 Stimmen, wenn die sozialdemokratische Stimmenzahl bei der letzten Hauptwahl zum Reichstag 10 000 — 20 000 betrug, u. s. f. für je 10 000 weitere Stimmen bei der Reichstagswahl eine Stimme mehr. Die Stimmabgabe erfolgt durch den stimmführenden Delegirten, über dessen Person sich im Falle der Vertretung eines Kreises durch mehrere Delegirte diese zu einigen haben. Ist bei einer graden Zahl von Delegirten eine Einigung bis zum Aufruf des Kreises nicht erfolgt, so wird Stimmenthaltung des betreffenden Kreises angenommen. Kein Delegirter darf für mehr als einen Wahlkreis stimmen.

Oertel-Nürnberg: Auf 5 Parteitagen sind wir mit dem bisherigen Modus ausgekommen. Ich bitte den Antrag der Berliner abzulehnen.

Dr. Arons-Berlin: Es handelt sich um eine bescheidene Forderung der Berliner. Berlin könnte gegenwärtig 18 Delegirten entsenden, drei auf jeden Wahlkreis. Durch unseren Vorschlag würde Berlin 24 Stimmen erhalten. Berlin hat eine Bevölkerung von 1 700 000. Es müßte also eigentlich aus 17 Wahlkreisen bestehen. Wir fordern ja beständig die Neuregulirung der Wahlkreise, und wir wissen, weshalb sie uns verweigert wird. Wir würden dann auf unsere Kongresse von Berlin 51 Delegirte senden können. Der

Vorschlag, den wir bringen, ändert wenig. Er ist nur dazu bestimmt, eine gerechtere Art der Abstimmung anzubahnen.

Molkenbuhr bittet den Antrag abzulehnen; ob die Berliner mit ihren Forderungen bescheiden oder unbescheiden seien, kommt nicht in Betracht, sondern nur der Umstand, daß durch Annahme des Antrages mit dem bisherigen System gebrochen wird. Außerdem würden dadurch Unzuträglichkeiten hervorgerufen. Wie werde es, wenn der eine Delegirte des Wahlkreises für einen Antrag, der zweite dagegen stimme? Der Delegirte würde einfach dazu herabgedrückt, seine Stimme abzugeben, eine Aussprache wäre dann überflüssig, man könnte dann ja auch schriftlich abstimmen. Die Wahlkreise seien jetzt nach ihrer Stärke vertreten.

Stadthagen betont, daß der Antrag in Berlin in keiner einzigen Versammlung vorgebracht, sondern nur von den Delegirten gestellt sei. Der Antrag müsse aus Gründen der Gerechtigkeit abgelehnt werden. Jeder Delegirte habe die Interessen der Gesammtpartei, nicht die eines bestimmten Wahlkreises zu vertreten. (Beifall.) Hinter jedem der Delegirten stehe die Gesammtpartei. Auf dem Parteitag darf nicht ausschlaggebend sein, von wie Vielen der Einzelne gewählt ist, sondern welche Gründe er vorzubringen habe.

Hoffmann-Bielefeld hält den Antrag geschäftsordnungsmäßig nicht für zulässig, da der jetzige Parteitag noch auf Grund der alten Geschäftsordnung gewählt sei, und beantragt deshalb Uebergang zur Tagesordnung.

Nachdem Timm-Berlin den Uebergang zur Tagesordnung bekämpft hat, beschließt der Parteitag, über den Antrag Arons und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Zu Punkt 8 des Geschäftsordnungs-Entwurfs liegt ein Antrag der Parteigenossen des 14. hannoverschen Kreises vor, welcher eine Verlesung der Präsenzliste zu Beginn jeder Sitzung und eine Namhaftmachung der Fehlenden im Protokoll bezweckt. Nach kurzer Debatte, an welcher sich Hoch-Berlin, Metzner-Berlin, Fülle-Würzburg, Görke-Charlottenburg betheiligen, wird der Antrag abgelehnt und Punkt 8 des Entwurfs, sowie der Entwurf in seiner Gesammtheit angenommen.

Nunmehr wird die Tagesordnung festgestellt. Punkt 1: Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes, 2. Bericht der Kontrolleure, 3. Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit, werden an ihrer Stelle belassen. Dagegen entsteht eine längere Debatte darüber, Punkt 6, die Vorschläge der Agrarkommission, an vierter Stelle zu behandeln, damit nicht die Behandlung dieser so wichtigen Frage, ähnlich wie im vorigen Jahre in Frankfurt a. M., übers Knie gebrochen oder doch nicht so vollständig wie nöthig erörtert werde. Nach einem Antrage auf Schluß der Diskussion wird beschlossen, Punkt 6 der provisorischen Tagesordnung als 4. Punkt zu behandeln. Alle übrigen Punkte folgen in der vorgeschlagenen Reihenfolge.

Die Arbeitszeit des Kongresses ist die übliche: 9—1 und 3—7 Uhr.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Schluß 8¾ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 7. Oktober 1895. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Als Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie ist Dr. Ellenbogen aus Wien, für die rumänische Partei ist Dr. Stinça aus Bukarest erschienen. Singer heißt sie herzlich willkommen.

Begrüßungsschreiben und Telegramme sind zahlreich aus dem In- und Auslande eingetroffen. (Dieselben werden am Schluß des Protokolls einzeln registrirt.)

Dr. Ellenbogen-Wien: Von der österreichischen Parteileitung wurde ich beauftragt, Ihren Parteitag herzlich zu begrüßen. Nicht eine leere Formsache, sondern der Ausdruck der regsten Antheilnahme an den Fortschritten der Partei ist es, der uns hierher führt. Wir nehmen den regsten Antheil an Deutschland, ja es ist uns nicht einmal gleichgültig, welcher Kurs in Deutschland herrscht, weil unser politisch armes Land sich darnach richtet. Wie jetzt bei Ihnen wieder Verfolgungen an der Tagesordnung sind, so wird auch bei uns von dem Ministerpräsidenten ein scharfes Vorgehen gegen die extremeren Parteien in Aussicht gestellt. Die österreichische Koalition ist lächerlich geworden, sie ist zusammengebrochen und dieses ihr Schicksal ist ihr geworden durch die österreichischen Sozialdemokratie, durch diejenigen ihrer Eigenschaften, die sie von der deutschen Sozialdemokratie gelernt hat. Ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in ein dreimaliges Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag tritt sodann in die Tagesordnung ein. Punkt 1 derselben bildet der **Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes.** Hierzu liegen die Anträge 36, 43, 44 und 46 bis 50 vor.

Berichterstatter Pfannkuch-Berlin will sich mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen über die Agrarfrage auf wenige Erläuterungen des gedruckt vorliegenden Berichts beschränken. Die Agitation ist im abgelaufenen Jahre durch die Partei wesentlich gefördert worden; wenn sie auch jetzt nicht mehr wie früher ausschließlich von der Parteilung aus besorgt wird, so erwächst dem Vorstande doch noch immer eine große Arbeit, um überall helfend einzugreifen. Es sind 52 000 Mk. für die Agitation ausgegeben, wovon ein ein wesentlicher Theil in Folge der nothwendigen Nachwahlen auf die Wahlagitation kommt. Erfreulicherweise ist es der Partei gelungen, den Wahlkreis Dresden-Land zu erobern, der, heiß umstritten, bisher im Besitz der Antisemiten sich befand. Leider ist ein Wahlkreis, Lennep-Mettmann, verloren gegangen, doch hatten wir die Genugthuung, einen erheblichen Stimmenzuwachs verzeichnen zu können. Die vereinigten Kapitalistenparteien haben uns besiegt.

An Agitation haben wir viel geleistet; es wäre aber zu wünschen, daß die Parteigenossen in der Nachfrage nach Agitatoren bescheidener werden; überall wird der Wunsch nach Reichstagsabgeordneten erhoben. Freilich sind die Forderungen nach Agitatoren ein gutes Zeichen unseres Wachsthums, überall will man durch Beihülfe der „Autoritäten" die gemachten Fortschritte vergrößern. Mehr als bisher hat die Partei in organisatorischer Beziehung zu leisten; wo man meint, die Bewegung stehe still, muß man in stiller Arbeit die Organisation der Genossen fördern. Die mündliche Agitation kann nur von Einzelnen geleistet werden; an der organisatorischen Arbeit kann sich jeder betheiligen. Somit fällt unserer Presse die Hauptarbeit in der Agitation zu. Dementsprechend ist auch die Unterstützung, welche aus der Parteikasse der Presse zugeflossen ist. 43 000 Mk. haben wir an Preßunterstützung gezahlt. Pflicht der Genossen ist, mit ihren Blättern sich auf eigene Füße zu stellen. Im großen Ganzen ist die Warnung vor Neugründungen beherzigt worden; die gegenwärtige Situation ist nicht dazu angethan, zu Neugründungen zu begeistern. Wir müssen heute unsere Mittel flüssig haben, um die Schläge, die gegen uns geführt werden, zu pariren. Wir müssen im gegenwärtigen Augenblicke alles vermeiden, was Anlaß geben könnte, Parteieigenthum durch Konfiskation in die Hände der Polizei gelangen zu lassen.

Die Genossen werden sich vermuthlich darüber wundern, daß „Der Sozialdemokrat", der erst vor zwei Jahren ins Leben gerufen ist, jetzt wieder von der Bildfläche verschwinden soll. Aber die an die Gründung dieses Organs geknüpften Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, und wir sind nicht gesonnen, uns fernerhin in das eigene Fleisch zu schneiden. Wenn wir die Ueberzeugung gewonnen haben, daß eine derartige Position unhaltbar ist, so können wir

getrost, pochend auf unsere sonstige Stärke, den überflüssigen Ballast von uns abschütteln. Die Partei wird auch auf anderer Weise ihre Aufgaben erfüllen.

Die Presse im Allgemeinen ist sowohl an Umfang wie im Inhalt besser geworden. Unsere Preßorgane werden von unseren Gegnern gefürchtet, weil ihnen ihr Spiegel vorgehalten und ihnen die Maske vom Gesicht gerissen wird.

Aus den eingelaufenen Anträgen ist zu schließen, daß die Genossen mit der entfalteten Agitation im Allgemeinen zufrieden sind. Befassen sich doch nur wenige Anträge mit der Agitation. Ein alter Bekannter unter ihnen ist nun der, der die Agitatoren im Lande, in den kleinen Städten, seßhaft machen und sie so lange unterstützt sehen will, bis sie sich aus eigener Kraft erhalten können. Es ist richtig, daß diejenigen Genossen, die ihre Kraft der Partei in vollem Umfange zur Verfügung stellen, sich in den seltensten Fällen eine wirthschaftlich selbständige Stellung erringen können. Ich rathe deshalb, daß an die Parteigenossen an leitender Stellung nicht Forderungen gestellt werden, die über ihre Kräfte hinausgehen. Wenn sie nicht alle Obliegenheiten ausfüllen können, so muß durch Zusammenfassung der andern vorhandenen Kräfte Abhilfe geschaffen werden. Auf diesem Wege wird jene Nörgelei vermieden, die an einzelnen Parteiorten zu unerquicklichen Gegensätzen der Genossen führt.

Auf einen Antrag möchte ich noch mit ein paar Worten zu sprechen kommen. Es ist der Antrag aus Berlin I., der eine besondere Agitation für das allgemeine, gleiche Wahlrecht für alle Vertretungen im Reiche, den Einzellandtagen und den Gemeinden in Staat, Land und Gemeinde wünscht. Ich erinnere Sie an die gestrigen Worte Liebknecht's: Unsere Partei ist die einzige Schützerin des allgemeinen Wahlrechts! Aber diese Pflicht erfüllen wir im vollen Umfang. Jederzeit sind unsere Genossen auf der Wacht, um das allgemeine Wahlrecht zu vertheidigen. Dieser Gedanke ist uns in Fleisch und Blut übergegangen, er gehört zum eisernen Bestandtheil unseres Arsenals. Durch einen besonderen Antrag brauchen wir daher wohl kaum darauf hinzuweisen. Ueberall ist die klassenbewußte Arbeiterschaft in rüstiger Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht begriffen. Die Wirkung der Agitation ist eine wechselseitige. Die Agitation der österreichischen Genossen für das allgemeine Wahlrecht wird auch rückwirkend auch uns Deutsche zu neuer Thätigkeit anregen.

Der im vorigen Jahre gestellte Antrag auf Gratislieferung des „Vorwärts" an die Vertrauensmänner giebt zu recht unerquicklichen Verhältnissen Anlaß. Die entstehenden Schwierigkeiten würde man am besten dadurch beseitigen, daß an Orten, wo jene Gratislieferung wirklich nöthig ist, die Parteigenossen dieser Orte selbst den Vertrauensleuten das Zentralorgan liefern.

Die Agitation unter den Seeleuten ist durch die von uns herausgegebene Broschüre „Seemanns Leben und Leiden" gefördert worden. Leider ist aber der Genosse, der uns das Material zu unserer Agitation lieferte, Genosse Steiner, weil er Oesterreicher war, ausgewiesen worden. Wir haben ihn schmerzlich von uns scheiden sehen; er wird sicher in der österreichischen Bruderpartei sein Werk fortsetzen, es trifft hier wieder zu, was oft gesagt worden ist, daß durch Maßregeln unserer Behörden die Bewegung nur gefördert wird.

Welche Bedeutung man dem Parlamentarismus innerhalb unserer Partei als ein die Agitation förderndes Moment beilegt, das beweisen die zahlreichen zu diesem Punkte vorliegenden Anträge. Wir betrachten die Parlamentstribüne als den geeignetsten Ort, von dem aus man die Agitation im Lande betreiben kann. Ohne auf die einzelnen Anträge, die in das Gebiet fallen, einzugehen, will ich nur darauf hinweisen, ein wie großes Interesse unsere Freunde im Lande an dem Parlamentarismus nehmen. Aber es ist ein Verkennen der thatsächlichen Verhältnisse, wenn die Genossen glauben, daß die Reichstagsfraktion durch Stellung von Initiativanträgen alles möglich machen

und alle Wünsche und Forderungen auf diesem Wege zur Geltung bringen können. Geben Sie die eingereichten Anträge als gute Rathschläge der Fraktion mit auf den Weg, und Sie können versichert sein, daß diese überall, wo es thunlich ist, das, was unser Programm vorschreibt, zur Durchführung zu bringen versucht. Die Anträge wären nur dann angebracht, wenn die Fraktion nach der einen oder anderen Richtung hin ihre Pflicht versäumt hätte. Aber Sie werden wohl alle überzeugt sein, daß die Reichstagsfraktion sich Ihnen präsentiren kann mit dem Bewußtsein, ihre Schuldigkeit gethan zu haben. Der Bericht der Fraktion liegt gedruckt vor, und wir wünschen, daß Sie freie Kritik üben. Rede und Gegenrede ist es, was unsere Partei auszeichnet. Die Aufdeckung gemachter Fehler verhindert deren Wiederholung und fördert den Meinungsaustausch, belebt das innige Verhältniß zwischen Wähler und Gewählten, ein Vorzug unserer Partei, der einen wesentlichen Bestandtheil ihrer Stärke ausmacht.

Namens der Kontroleure berichtet

Meister-Hannover: Wir haben im verflossenen Jahre vier Revisionen vorgenommen, sowohl im Parteibureau, wie beim „Vorwärts", bei der Buchhandlung und beim „Sozialdemokrat". Die rechnerischen Resultate, die Ueberschüsse, welche der „Vorwärts" und die Buchhandlung ergeben haben, sind gewiß erfreulich. Bezüglich des „Sozialdemokrat" liegt die Sache leider etwas anders. Der „Sozialdemokrat" hat sowohl im Inlande, wie im Auslande die Erwartungen nicht erfüllt, die man auf ihn gesetzt hat; besonders das Ausland hat uns ganz im Stiche gelassen. Die Opfer der Partei für das Blatt sind so hoch, daß sie den gewonnenen Resultaten nicht entsprechen, und daß wir dieses Blatt werden eingehen lassen müssen.

Bei dieser Gelegenheit will ich noch erklären, daß wir den Beamten der Partei-Buchhandlung, des „Vorwärts" und des „Sozialdemokrat" das Zeugniß ausstellen können, daß sie ihre Schuldigkeit vollkommen gethan haben.

Der Gesammtvorstand hat 2 gemeinsame Sitzungen, die Kontrolleure haben 5 Extrasitzungen abgehalten.

Drei Beschwerden liegen vor: aus Görlitz, Kassel und Karlsruhe. Die Görlitzer und Kasseler Angelegenheiten sind rein lokaler Natur und mußten wir dieselbe zurückweisen. Anders liegt es mit der Beschwerde aus Karlsruhe. Zunächst haben die dortigen Parteigenossen sich darüber beschwert, daß ihnen der Vorstand die Mittel zur Gründung eines neuen Blattes und zur Anschaffung einer eigenen Druckerei nicht zur Verfügung gestellt hat. Hierüber sind wir freilich anderer Ansicht als die Karlsruher Genossen und treten dem ablehnenden Beschlusse des Vorstandes voll und ganz bei. Was aber den zweiten Punkt der Beschwerde betrifft, so stehen wir völlig auf dem Boden der Beschwerdeführer. Es handelt sich um den beleidigenden Ton, in dem Auer, der die Korrespondenz in dieser Angelegenheit geführt hat, geglaubt hat, antworten zu sollen. Die Kontrolleure mißbilligen diesen Ton; zur Entschuldigung Auer's müssen freilich die Parteizustände berücksichtigt werden, wie sie sich in Baden seit längerer Zeit uns darstellen. Der dritte Punkt der Beschwerde konnte nicht erledigt werden, weil Auer infolge einer Agitationsreise noch nicht anwesend sein konnte.

Außerdem ist noch eine Beschwerde des Berliner Agitationskomitees für den Stralsunder Wahlkreis eingelaufen; sie konnte ebenfalls nicht erledigt werden, weil sie den Kontrolleuren überhaupt nicht vorgelegen hat.

Im Namen der Kontrolleure ersuche ich Sie um Decharge für den Partei-Vorstand.

Singer schlägt vor, auch die Anträge 63 und 76 bei diesem Punkt zu erledigen. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Antrag 36 wird unterstützt, ebenso die Anträge 43, 44, 47, 48, 48, 49, 50, 63 und 76. Antrag 46 findet nicht die nöthige Unterstützung. Die Debatte wird eröffnet.

Antrag 36 wird von Eberle-Barmen begründet. Der Antrag ist in Frankfurt a. M. und in Köln abgelehnt worden, weil ihn der Vorstand aus geschäftlichen Gründen nicht gebilligt hat. In diesem Jahre ist es aber ganz gut gegangen, nach elf Monaten schon das Geschäftsjahr zu schließen. Damit ist der Grund widerlegt, der bisher gegen den Antrag geltend gemacht wurde.

Kräcker-Berlin führt zur Begründung des Antrages 43 aus, daß die Genossen, die einen Durchschnittslohn von 18—20 Mk. beziehen, ihre Opfer für die Partei ohne Entgelt bringen. Umsomehr könnten Beamte mit hohem Gehalt auf Diäten verzichten.

Lesche-Altona begründet den Antrag 44, der sich direkt gegen die Honorirung des Genossen Auer richtet. Persönlich könne er den Antrag nicht befürworten, dennoch aber bitte er, denselben zu berücksichtigen. (Heiterkeit.)

Stadthagen-Berlin betont bei der Begründung des Antrages 47, daß dadurch der Frage, ob eigene Regie oder nicht, nicht vorgegriffen werden solle. Er sei ein entschiedener Gegner des Gedankens, die Drucksachen in eigene Regie zu nehmen, stimme aber trotzdem für den vorliegenden Antrag, weil dadurch Klarheit geschaffen und die Frage erörtert wird, ob nicht vielleicht ein größerer Nutzen zu erzielen sei. Es werde vollkommen freie Hand gelassen. Auch in Hamburg scheine, wie aus dem Antrage 49 hervorgeht, derselbe Gedanke lebendig zu sein. Es wird sich lediglich darum handeln, wie am besten unter Berücksichtigung der bestehenden Parteidruckereien ein größerer Vortheil erzielt werden kann.

Kölle-Hamburg II begründet den Antrag 48: Da wir in unserem Programm zum Schutze der Arbeiterklasse die Beseitigung der Nachtarbeit fordern, so ist es nothwendig, diese Forderung zunächst in unseren Parteigeschäften durchzuführen. Dies ist aber nicht überall der Fall, so z. B. nicht in der Hamburger Druckerei. Auch die Abschaffung der Akkordarbeit wird sich wohl ermöglichen lassen, ohne daß dadurch eine Kürzung des Lohnes eintritt.

Grünwaldt-Hamburg: Wir haben in Hamburg ein großes Parteigeschäft, und da ist es doch nicht richtig, daß Drucksachen in anderen Druckereien hergestellt werden. Das Geld für die Arbeit soll nicht privaten Taschen, sondern der Partei zufließen.

Antrag 50 begründet Kölle-Hamburg: Wir wollen, daß die Parteiliteratur ausschließlich in Parteigeschäften hergestellt werden.

Zum Antrag 76 spricht Klees-Magdeburg im Namen der Kontrolleure: Wir gehen von der Annahme aus, daß durch die Versendung des „Vorwärts" der Parteikasse zu viel Portis auferlegt werden. So viel Opfermuth muß vorhanden sein, daß die Parteigenossen der einzelnen Kreise die Kosten des Abonnements aufbringen. In anbetracht der hohen Summe der Portis bitte ich Sie, dem Antrage der Kontrolleure zuzustimmen.

Zu Antrag 63 ist von Landé-Elberfeld das Amendement gestellt worden: Entweder die „Neue Zeit" in eine wissenschaftliche Monatsschrift umzuwandeln und daneben den „Sozialdemokrat" als Wochenblatt zu erhalten, oder das Erscheinen des „Sozialdemokrat" einzustellen.

An Stelle des Antrages 43 stellen Timm u. Gen. folgenden Antrag (108): Ein Anspruch auf Diäten haben nur diejenigen Mitglieder der Reichstagsfraktion, die ein jährliches Einkommen von weniger als 3000 Mk. versteuern. Zwecks Erlangung der Diäten haben die berechtigten Mitglieder bei Beginn der Session eine diesbezügliche Erklärung dem Fraktionsvorstand abzugeben.

Zu Antrag 43 und 47 beantragt Hülle-Erfurt Uebergang zur Tagesordnung.

Die Unterstützung reicht aus.

Hülle-Erfurt: Beide Anträge sind von früheren Parteitagen abgelehnt worden. Geben wir nicht wieder der Welt das Schauspiel, daß ein sozialdemokratischer Parteitag zwei Tage lang über Lohnreduktionen beräth. (Beifall)

Timm-Berlin (gegen den Uebergang zur Tagesordnung): Ein Ausgleich muß gefunden werden. Ich will keine einzelnen Personen nennen, aber wer ein Einkommen von 5000 Mk. und mehr hat, kann auf die Diäten verzichten. Um Zeit zu sparen, können wir die Frage ja in einer Kommission besprechen.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes, den Bericht der Kontrolleure und die Anträge wird eröffnet.

Bérard-Hamburg: In meiner doppelten Eigenschaft als Parteigenosse und Buchdrucker möchte ich zu dem Antrag 48 meine Ansicht äußern. Die Abschaffung der Akkordarbeit ist zur Doktorfrage geworden. Die Fachleute sind nicht einig. Der letzte Buchdruckertag in Breslau hat die Frage als noch nicht spruchreif bezeichnet. Ein großer Theil der Buchdrucker ist gegen die Abschaffung der Akkordarbeit, weil er eine Herabsetzung der Lebenshaltung dadurch befürchtet. Unsere Erfahrungen in Hamburg, wo auf Beschluß der drei Wahlkreise die Akkordarbeit in der Parteidruckerei abgeschafft wurde, haben Folgendes ergeben. Es konnten statt 24 Setzer allerdings 30 beschäftigt werden. Nunmehr mußten aber diese 30 Setzer sich in die frühere Gesammtlohnsumme theilen; so kommt es, daß einzelne besonders leistungsfähige Setzer, die früher bis zu 50 Mk. verdienen konnten, jetzt auch nur noch 38 Mk. erhalten, also eine Einbuße von 5—600 Mk. jährlich erleiden. Nun wird eingewandt, viele Arbeiter hätten ein viel geringeres Einkommen als die Buchdrucker, die im festen Gelde stehen. Das ist gewiß richtig und bedauerlich. Allein, wenn die Buchdrucker es fertig bekommen haben, eine bessere Lebenshaltung zu erringen und festzuhalten, so sollten wir sie in diesem Bestreben unterstützen und nicht sie herabdrücken. Weiter hat sich herausgestellt, daß die Einführung des gewissen Geldes dem Geschäft 10 000 Mk. jährlich Mehrausgaben verursacht hat. Eigentlichen Vortheil hat von der Einführung des gewissen Geldes also Niemand, außer daß 6 neue Setzer eingestellt wurden. Ich glaube, wir können die Sache ruhen lassen. Anders läge es, wenn die Buchdrucker in ihrer Gesammtheit die Akkordarbeit abschaffen wollten, dann müßten wir sie natürlich unterstützen.

Rietz-Berlin: Zu dem Parteibericht habe ich nur zu sagen, daß ich mich dem Wunsche des Referenten, die Genossen mögen in der Forderung von Rednern etwas bescheidener sein, vollkommen anschließen. — Was die Frage der Akkordarbeit betrifft, so ist die von dem Verbandstag der Buchdrucker gefaßte Resolution doch nur eine Verlegenheitsresolution. Ja, ein Redner hat sogar betont, daß die Versammlung in dieser Frage garnicht kompetent sei. Ich bedauere überhaupt, daß diese Frage heute erörtert wird, aber das liegt nur daran, daß der vorjährige Beschluß nicht durchgeführt wurde. Wenn mehr guter Wille seitens der Geschäftsleitung und etwas weniger Egoismus auf Seiten der Kollegen vorhanden gewesen, so wäre die Frage aus der Welt geschafft worden. Durch Berechnung wird heute, wenn man von wenigen Zeitungsdruckereien absieht, kein hoher Lohn mehr erreicht, ja es giebt sogar Setzer, die nur 12—15 Mk. verdienen. Ich bitte deshalb den Antrag 48 und 50 anzunehmen. Was den Antrag 43 betrifft, so haben wir uns nur aus Sparsamkeitsrücksichten zur Einbringung desselben verleiten lassen. Ueber kurz oder lang muß diese Frage geregelt werden.

Inzwischen sind folgende Anträge bezw. Amendements eingegangen: Antrag 43 und 44 zur Berathung einer Kommission zu überweisen. — In Antrag 49 hinter „Parteidrucksachen" das Wort „möglichst" einzuschalten. — Antrag 49 und 50 der durch Antrag 47 geforderten Fünfer-Kommission zu überweisen. — Antrag 76 so zu fassen: „Den Vertrauensmännern ist das Zentralorgan „Vorwärts" auf Kosten der Genossen am Orte gratis zu gewähren."

Sonnenburg-Niederbarnim: Der Antrag 63, den „Sozialdemokrat" eingehen zu lassen, ist recht bedauerlich. Auf dem Berliner und Kölner Parteitag hat man sich mit diesem Organ beschäftigt, und noch der Geschäftsbericht des vorigen Jahres sagt, daß der „Sozialdemokrat" berufen ist, eine empfindliche Lücke auszufüllen. Der Berichterstatter der Kontrolleure sprach sich ebenfalls rühmend über das Blatt aus. Es war zu hoffen, daß die Zuschüsse mit der Zeit geringer werden würden. Nun hat aber der gegenwärtige Bericht festgestellt, daß die Abonnentenzahl von 5700 auf 4300 gesunken ist. Die Zahl der ausländischen Abonnenten ist dagegen nicht, wie Meister sagte, gesunken, sondern von 529 auf 780 gestiegen. Ich arbeite selbst als Setzer an dem Blatte (Zuruf: Aha!), und ich weiß daher genau, daß nur einmal im vorigen Jahre eine Agitation für dasselbe durch eine größere Auflage vorgenommen worden ist. Vielleicht ist auch der Rückgang des „Sozialdemokrat" durch die Verminderung des Umfanges von 8 auf 6 Seiten bewirkt worden. In Betreff der Gehälter der Parteibeamten stehe ich auf dem Standpunkte, daß ein Parteibeamter, der 3000 Mk. Gehalt bezieht und in Berlin wohnt, nicht noch Extradiäten beziehen soll. Auf dem Lande ist der Opfermuth der Genossen größer als bei den Parteibeamten, von denen ich sprach. Bezüglich des Druckes der Parteiliteratur meine ich, der Unternehmergewinn soll doch nicht so hoch sein, über diesen wollen die Parteigenossen Aufklärung haben. — Mit dem Antrag auf Abschaffung der Akkordarbeit in Parteigeschäften erkläre ich mich einverstanden.

Timm-Berlin: Ich möchte die Stellung des „Vorwärts" in prinzipiellen Fragen etwas kritisiren. Im Streit Bebel-Vollmar hat sich der „Vorwärts" offiziell nicht entschieden ausgesprochen; eine sogenannte objektive Stellungnahme ist ja gelegentlich sehr gut, war aber hier nicht am Platze. Ebenso liegt es mit der Agrarfrage; auch hier hat der „Vorwärts" keinerlei selbständige Stellung genommen. Ueberhaupt hat der „Vorwärts" oft nachgehinkt oder am unrichtigen Platze geschwiegen. — Der finanzielle Stand des „Sozialdemokrat" ist ja bedauernswerth, aber das Eingehenlassen dieses Blattes ist damit noch nicht begründet. Man sollte das Blatt heben und erhalten; die Genossen im Auslande wollen ein Bild von unserer Bewegung haben. Es muß eine große Agitation für den „Sozialdemokrat" entfaltet werden. — Ferner ist zu wünschen, daß uns die Genossen aus Polen öfter als jetzt Nachricht von ihrer Bewegung geben. — Bezüglich der Diäten wünsche ich, daß eine Kommission gewählt wird, welche die dazu gehörigen Anträge behandelt; sie wird hoffentlich einen gerechten Ausgleich finden.

Baerer-Harburg: Es ist eine Schmach, daß wir uns wieder mit dem Berliner Antrag befassen sollen, der von den Gegnern wieder als „Berliner Mist" bezeichnet werden wird. Wo bleibt die Gerechtigkeit bei diesem Antrage? Wer ein Einkommen von 3200 Mk. z. B. hat, müßte aus seinem eigenen Einkommen zulegen, wenn er in den Reichstag geht. Die Berliner thäten besser, nicht immer leeres Stroh zu dreschen. Wir wollen uns nicht immer mit ihren Phrasen befassen. (Oho! und Unruhe.) Ich ersuche Sie, mit großer Majorität den Antrag abzulehnen.

Singer: Ich habe den Redner nicht unterbrochen, weil wir an harte Worte gewöhnt sind. Ich bitte aber die nächsten Redner, sich in ihren Ausdrücken zu mäßigen. Ein Wort des Genossen Baerer, das Wort „Schmach", muß ich aber entschieden als ungehörig bezeichnen. (Beifall.)

Geck-Offenburg: Ich habe über die Karlsruher Angelegenheit zu sprechen. Genosse Auer hat sich in einem Briefe schwerer Beleidigungen eines Karlsruher Parteigenossen zu Schulden kommen lassen. Mit dem sachlichen Inhalt des Briefes hat sich der Partei-Vorstand in rührender Uebereinstimmung solidarisch erklärt, nachdem es uns zuerst so erschienen war, als sei der Brief

eine rein persönliche Leistung Auer's. Wir erhoffen vom Parteitag einige Genugthuung. Als Schwarzwälder können wir ja etwas vertragen (Heiterkeit), aber der Ton, der diesmal von dem Grunewald nach dem Schwarzwald drang, paßt uns doch nicht. Auf diese Weise trägt man in die badischen Parteiverhältnisse, die Sie ja kennen, von außen her neuen Zündstoff. Das ist um so bedauerlicher, als sich der Karlsruher Wahlkreis bisher von dem Bazillus des herrlichen badischen Dioskurenstreites freigehalten hat. Wir erwarten die Abhilfe natürlich nicht dadurch, daß wir dem Genossen Auer der „ethischen Gesellschaft" überweisen (Heiterkeit); aber wir fordern vom Partei-Vorstand, daß er die Briefe, die vom Sekretariat ausgehen, durchliest und unterzeichnet. Er ist mitverantwortlich dafür.

Koenen-Hamburg: Der Antrag 36, so sympathisch er erscheint, ist unannehmbar. Die Kontrolleure müßten dann schon 5 Wochen vor dem Parteitag revidiren und das muß zu Unzuträglichkeiten führen. Was kann in fünf Wochen in unserer raschlebigen Zeit nicht geschehen? Eine Reichstagsauflösung oder andere wichtige politische Aktionen können erfolgen und würden im Bericht dann nicht berührt werden können. Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Ebenso ist das Amendement überflüssig, wonach die Fünferkommission, die da gewählt werden soll, auch das Hamburger Geschäft zu kontrolliren habe. Das Hamburger Geschäft wird von den Hamburger Genossen kontrollirt und eine Prüfung durch auswärtige Genossen ist überflüssig und unnütze Zeitvergeudung. Was die Abschaffung der Nachtarbeit anlangt, so haben wir sie in Hamburg abgelehnt, weil sonst das „Echo" zum Abendblatt werden und mit den Parlamentsberichten nachhinken müßte. Es empfiehlt sich, den „Sozialdemokrat" eingehen zu lassen. Das Blatt hätte mehr ein Kampfblatt sein müssen. Das ist dem Redakteur auch gesagt worden, aber der Ton ist der alte geblieben.

Thomas-Rixdorf: Wenn auch heute ein Antrag vorliegt, die Gratislieferung des „Vorwärts" an Vertrauensmänner einzustellen, so ist der Vorstand doch nicht berechtigt gewesen, die Vertrauensleute abzuweisen und ihnen zu empfehlen, sie mögen sich das Blatt von den Parteigenossen an ihrem Orte bezahlen lassen. So lange ein Beschluß besteht, muß er auch ausgeführt werden. Zu der Diätenfrage haben wir das Amendement gestellt, daß diejenigen Parteibeamten, die Reichstagsabgeordneten sind, ihren Wohnsitz in Berlin haben und 3000 M. beziehen, keine Diäten bekommen. Wir sprechen ferner den Wunsch aus, daß auch auswärtigen Genossen, die hohe Gehälter beziehen, im Interesse der Partei auf die Diäten verzichten mögen. Trotzdem ich also den Antrag der Berliner mit unterschrieben habe, empfehle ich Ihnen doch, statt dessen lieber das von uns gestellte Amendement anzunehmen. Was die Akkordarbeit betrifft, so haben wir als Arbeitgeber die Verpflichtung, für die Abschaffung derselben einzutreten, um nicht die Löhne herabzudrücken und die Reservearmee zu vergrößern. Mit dem Antrag 49 II kann ich mich aus Sparsamkeitsgründen nicht einverstanden erklären, den ersten Theil desselben halte ich für überflüssig, da die darin gestellte Forderung ja heute schon erfüllt wird. Dem Antrage auf Einstellung des „Sozialdemokrat" stimme ich zu, da uns das Blatt ungeheuere Opfer auferlegt und seinen Zweck verfehlt hat.

Förster-Hamburg: Ich wende mich zu Antrag 43; die Antragsteller scheinen von den Parteiverhältnissen nicht viel Kenntniß zu haben. Ich persönlich muß in meiner Eigenschaft als Firmeninhaber des Hamburger Geschäfts ein Einkommen von 17 300 Mark besteuern; dieses Einkommen fließt aber doch größentheils der Partei zu, wie soll da der Antrag auf mich angewendet werden? — Sollte das „Echo" ein Abendblatt werden, dann würden wir von unserer Agitationskraft gegenüber den anderen Blättern viel verlieren.

Moos-Leipzig ersucht um Annahme des Antrags Barmen. Die Anträge 43, 44 bitte ich einer Kommission zu überweisen. Thatsächlich ist eine doppelte Remunerirung von Parteibeamten vorhanden; diese Angelegenheit muß endlich erledigt werden.

Politz-Berlin: Der „Sozialdemokrat" kann erhalten bleiben. Bisher hat man zu wenig für ihn gewirkt. Die „Neue Zeit" monatlich als wissenschaftliches Organ erscheinen zu lassen und den „Sozialdemokrat" auszugestalten, wird nichts nützen.

Fischer-Berlin: Unter den Anträgen befinden sich einige, bezüglich deren ich meine Meinung als Leiter der Parteibuchhandlung Ihnen zur Erwägung anheimstellen möchte. Sie haben zunächst einen Antrag aus Hamburg II, die Parteiliteratur ausschließlich in Parteigeschäften herzustellen, und sodann einen Antrag aus Hamburg I, die Parteidrucksachen möglichst in einer Parteidruckerei anfertigen zu lassen. Ich bitte, beide Anträge abzulehnen, da sie an dem gegenwärtigen Zustand der Dinge nichts ändern. Der Antrag 50 besonders ist absolut undurchführbar, wenn Sie nicht in Berlin ein Parteigeschäft errichten wollen. Denken Sie z. B. an die Broschüre über die Umsturzdebatte. Solche Schriften müssen in kürzester Frist erscheinen; da kann man nicht erst Manuskripte nach Hamburg schicken, dann wieder Korrekturen hin und her senden, um schließlich, ehe man zur Ausgabe schreiten kann, warten zu müssen, bis die Ballen hier ankommen. Dazu kommt, daß Format und Buchbinderei Schwierigkeiten verursachen. Wer bei der Stellung des Antrages von dem Gedanken ausgegangen ist, daß die Partei dabei finanziell besser fährt, der irrt sich. Die Forderung des anderen Antrages, Parteidrucksachen möglichst in Parteidruckereien anzufertigen, wird heute schon erfüllt. Alle im letzten Jahre erschienenen Broschüren, soweit nicht obige Gesichtspunkte in Frage kamen, sind bei Auer in Hamburg hergestellt worden. Redner führt dies im Einzelnen näher aus. Bezüglich des Protokolls soll diesmal der Versuch gemacht werden, dasselbe schon im Laufe der übernächsten Woche erscheinen zu lassen. Würden wir es in Hamburg drucken lassen, so ginge zuviel Zeit verloren. Es kommt ferner in Betracht, daß die Matrizen für die Maschinen in Hamburg nicht passend sind. Soll aber statt Rotations- gewöhnlicher Maschinendruck gewählt werden, so stellt sich der Preis viel zu hoch. Wenn Sie immer verlangen, daß die Literatur verbilligt werde, so ziehen Sie doch auch die Konsequenzen!

Wir haben gar kein Interesse daran, Privatgeschäften viel zuzuschanzen. Ich habe deshalb gegen den Antrag 47 gar nichts, glaube aber, daß das eine der ersten Aufgaben der neuzuwählenden Kontrolleure sein müßte. — Wenn der Antrag 48 angenommen würde, so würde durch die Abschaffung der Nachtarbeit der „Vorwärts" z. B. einfach ruinirt werden; er würde ein Abendblatt werden müssen und die Berichterstattung vom Reichstag und dergleichen käme um 24 Stunden später als in bürgerlichen Blättern. Das würden sich die Arbeiter nicht gefallen lassen, sondern einfach ein anderes Blatt abonniren, das ihrem Lesebedürfniß rascher entgegenkommt. Von der verlangten Abschaffung der Akkordarbeit wollen aber die Buchdrucker, die Sie damit beglücken wollen, gar nichts wissen; sie haben es besonders in Hamburg am eigenen Leibe gespürt, wie die Abschaffung der Akkordarbeit wirkte. Bedenken Sie, welche Folgen ein Ausfall von 500 Mk. auf die Wohnung, Lebensweise, Kindererziehung einer Arbeiterfamilie haben muß. Ihr Antrag kostet auch dem Geschäfte Tausende von Mark, ohne dem Arbeiter was zu nützen. Im Gegentheil, Sie schädigen den Arbeiter. In Bourgeoisgeschäften freilich wird die Akkordarbeit für den Unternehmer sehr rentabel. In der Zeit des heutigen Ueberangebots an Arbeitskräften zwingt der Unternehmer durch Aufseher, Kontrolle und sonstige Praktiken, daß die Durchschnittsleistung des Akkordsetzers, die nur unter Anspannung aller Kräfte erreicht werden kann, zur

Normalleistung des Setzers wird. Während er früher dafür das Maximum des Lohnes zahlen mußte, zahlt er jetzt das Minimum. Das geht aber in Parteigeschäften nicht, da schädigt der Antrag nach beiden Seiten. Wir sind aber nicht dazu da, angebliche Grundsätze der Partei unter allen Umständen durchzuführen. Noch eins: Die bürgerliche Gesellschaft beruht mit auf dem Gesetze der Entfaltung der freien Kräfte, dem Wettbewerb derselben, es geht nicht an, für eine einzelne Betriebsart der kapitalistischen Produktion dieses Grundgesetz aufzuheben.

Was die Anträge 43, 44 betrifft, so gehöre ich ja auch zu den Parteikulis, bezüglich deren es allmälig Mode zu werden scheint, ihnen ihre Armuth vorzuwerfen, und gegen die sie sich richten. Ja, wenn ich Rothschild's Sohn wäre (Heiterkeit), dann könnte ich meine Arbeitskraft der Partei unentgeltlich zur Verfügung stellen; ich wäre dann vielleicht auch angesehener in der Partei, denn der Respekt vor dem vermeintlichen oder wirklichen großen Geldsack ist ja auch unter den Parteigenossen noch ein sehr gewaltiger. (Sehr richtig!) Immerhin freut es mich, daß hier am Parteitage von den Berliner Genossen ein ganz anderer Ton angeschlagen worden ist, als von Einzelnen in Berliner Versammlungen. Dort hagelten die Schlagwörter; man sprach davon: die Parteibeamten hängen mehr an ihrem Gehalte als an der Sache; sie handelten nicht aus Interesse an der Partei, sondern aus Interesse an Parteigeldern. Vielleicht darf man darnach hoffen, daß solche ehrlose Beschuldigungen künftig auch in Berlin unterbleiben. Man sagte hier: Andere Parteigenossen bringen Opfer, die Arbeiter arbeiten alle unentgeltlich für die Partei. Ich hätte gemeint, daß solche Arbeit für die Partei auch von uns geleistet wird. Keinem von uns fällt es ein, bei Vorträgen, Versammlungen, Kommissionssitzungen u. s. w. in Berlin und Umgegend irgend welchen Ersatz für die baaren Auslagen an Fahrten u. s. w. zu verlangen oder zu nehmen. Was also die anderen Parteigenossen thun, thun auch die Abgeordneten. Allmälig ist es auch Mode geworden, die geschmackvolle Redensart zu wiederholen: die Abgeordneten und Parteibeamten „leben von Arbeitergroschen". Ich lehne das für meine Person ab; ich thue meine Arbeit und erhalte meinen Lohn, weil meine Arbeit ihren Lohn werth ist. Da hat Niemand ein Recht, von Arbeitergroschen zu sprechen, so wenig als Sie es Prinzipalsgeschenk nennen, wenn Sie am Sonnabend den Lohn für Ihre Arbeit erhalten. Mein Lohn ist nicht ein Geschenk von Arbeitern, die Sache liegt so: entweder hat meine Arbeit Werth, und dann muß sie entsprechend entlohnt werden, oder sie hat nicht den Werth, den Sie dafür angesetzt haben, dann jage man mich zum Teufel! Man lasse also derartige Argumente anstands- und geschmackshalber aus der Diskussion heraus.

Anders wäre es, wenn die Partei nicht in der Lage wäre, Diäten zu zahlen, dann wäre nicht einer unter uns, der das Maß seiner persönlichen Opfer nicht noch weiter anspannen und auf die Diäten verzichten würde. Aber sie ist in der Lage. Die Ueberschüsse des „Vorwärts", des „Echo" und der Buchhandlung sind allein viel höher, als die Summe der Diäten überhaupt. Soll denn blos der Einzelne, den Sie ein Mandat übertragen haben, Opfer bringen, oder nicht vielmehr die Gesammtpartei, die er repräsentirt. Eine Konsequenz dieser Widersinnigkeit wäre, daß jeder Parteigenosse, der ein Einkommen von über 3000 Mk. hat, alles, was über 3000 Mk. ist, an die Parteikasse abzuliefern hat. (Heiterkeit.) Eine andere Konsequenz dieser Anträge ist, daß das Mandat zu einer Art Geldstrafe wird. Der Redakteur oder Parteibeamte, der kein Mandat hat, kann sein volles Gehalt für sich und seine Familie verwenden, sein Kollege aber, der Abgeordneter ist, muß deshalb gleichsam ein paar hundert Mark Strafe zahlen. Aber nicht eine Geldfrage ist es, sondern es wird schließlich eine persönliche Ehrenfrage. Wenn wir

jedes Jahr solche Debatten, Anschuldigungen, Insinuationen über uns ergehen lassen sollen, dann danke ich für die Ehre, Abgeordneter zu sein, dann stelle ich mich wieder in die Reihe derjenigen Genossen, die blos das Recht auf Räsonniren haben (Heiterkeit) und höre auf, Stichblatt für jede dumme Bemerkung zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Keil-Mannheim: Die Bemerkung des Berichtes über die friedlichen Beziehungen der Genossen trifft auf Baden leider nicht zu. Sie wissen, daß der letzte Parteitag Dr. Rüdt verurtheilt hat, aber dieser fügte sich nicht, er trat aus der Partei aus, und kein ehrlicher Genosse hat ihm eine Thräne nachgeweint. Aber bald darauf erschien er wieder in einer Versammlung mit dem Rufe: „Das Volk hat mich gerufen!" Es waren nämlich zwei Mitglieder des Vereins in Heidelberg auf seine Bestellung des Morgens zu ihm gekommen und hatten ihn eingeladen. (Heiterkeit.) Auf unserem badischen Parteitage wurde ein Antrag gestellt, Dr. Rüdt aus der Partei auszuschließen, aber der Antrag wurde abgelehnt. Bei den badischen Wahlen hat sodann eine große Versammlung beschlossen, Dr. Rüdt nicht wieder als Kandidaten aufzustellen. Infolge dessen agitiren Dr. Rüdt und seine wenigen Anhänger dafür, daß keiner unserer Genossen gewählt werden soll. Auch in anderer Weise wird von Rüdt intriguirt und den Genossen gewerbsmäßig die Ehre abgeschnitten. Der Verdacht liegt wenigstens nahe, daß auch die gemeinen Verdächtigungen der nationalliberalen „Badischen Landeszeitung" von ihm stammen. Dr. Rüdt ist zum Delegirten gewählt, aber er verzichtet darauf zu erscheinen, weil er gesagt hat, er habe schon längst mit dieser Gesellschaft gebrochen. Jetzt sollten wir endlich mit Dr. Rüdt aufräumen, und wenn der Parteitag selbst sich nicht mit der Frage beschäftigen und nicht über einen Abwesenden zu Gericht sitzen will, so soll wenigstens der Vorstand die Sache reiflich erwägen, sobald durch die von Dreesbach gegen die „Badische Landeszeitung" angestrengte Klage Rüdt's Handlungsweise auch gerichtlich klar gestellt ist. Wir haben keinen Grund, länger Nachsicht zu üben.

Deppe-Langenfelde bekämpft die Anträge 43 und 44. Auch die Abschaffung der Nachtarbeit in den Druckereien werde sich nicht durchführen lassen. Es empfehle sich nicht, wie die Anträge 47 und 48 wollen, die Frage der Herstellung der Parteiliteratur in Parteidruckereien generell zu regeln; das müsse dem Vorstand in jedem einzelnen Falle überlassen bleiben. Das Eingehen des „Sozialdemokrat" sei zur Nothwendigkeit geworden.

Nachdem einige Begrüßungsschreiben verlesen, tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Namens der Mandatprüfungs-Kommission berichtet Antrick. Vertreten sind 219 Kreise durch 190 Delegirte und Delegirtinen. Zwei Mandate werden beanstandet. Goebel-Mainz ist in einer Vereinsversammlung, nicht in einer öffentlichen Versammlung gewählt. Ein Protest, der gegen ihn aus Mainz eingelaufen ist, hebt dies hervor. Es wird beantragt, das Mandat für ungiltig zu erklären. Weiter wird das Mandat für Hansen-Berlin aus Friedeberg-Arnswalde beanstandet. Das Mandat ist nur von einzelnen Genossen ausgestellt, mit denen Hansen auf dem Brandenburger Parteitag Rücksprache wegen der Vertretung des Kreises auf dem Breslauer Parteitage genommen hat. Eine Wahlversammlung hat im Kreise Friedeberg-Arnswalde überhaupt nicht stattgefunden. Einstimmig beantragt die Kommission, das Mandat für ungiltig zu erklären, und ersucht gleichzeitig den Kongreß, gegen das Verfahren, das im Friedeberg-Arnswalder Kreise schon einige Male vorgekommen ist, scharf zu protestiren. Drei weitere Proteste lagen gegen die Mandate von Rösle-

Brandenburg, Haubold-Chemnitz und Wolny-Breslau vor. Die Kommission hält die Bedenken gegen die Mandate nicht für stichhaltig, räth aber in Bezug auf das dritte Mandat den polnischen Genossen Breslaus, sich bei der Wahl zum Parteitage enger an die deutschen Parteigenossen anzuschließen. Das Mandat des Dr. Rüdt beantragt die Kommission als nicht vorhanden zu betrachten. Dr. Rüdt ist regelrecht gewählt, wird aber, wie er schreibt, durch Gesundheitsrücksichten (Heiterkeit) am Erscheinen verhindert. Er schreibt, daß er sein Mandat dem Genossen Geck übertragen wolle. Die Kommission hält dies Verfahren für gänzlich unzulässig.

Die Diskussion wird eröffnet.

Der Parteitag erklärt die 188 unbeanstandeten Mandate debattelos für giltig.

Müller-Darmstadt: In Mainz ist die Partei verkörpert als organisirter sozialdemokratischer Verein, nach dessen Statuten Jeder das Wahlrecht verliert, der drei Monate mit seinem Beitrag im Rückstande ist, ohne Stundung nachgesucht zu haben. Dieser Verein nimmt alle Wahlen vor, auch der Genosse Goebel ist in einer solchen Sitzung gewählt worden. Auf seine Veranlassung wird noch heute Abend eine Volksversammlung in Mainz stattfinden, in der er unzweifelhaft gewählt wird. Ich bitte deshalb, sein Mandat nicht zu beanstanden. Wenn wir so rigoros vorgehen, so müssen viele Mandate für ungiltig erklärt werden. (Na! na!) Wir in Hessen sind alle nicht in öffentlicher Versammlung gewählt, weil wir mit dem Vereinsgesetz deswegen nicht in Konflikt kommen können. Im Organisationsentwurf steht nichts davon, daß die Wahl in öffentlicher Versammlung vorgenommen werden soll. Wenn Sie die Wahl von Goebel nicht für giltig erklären wollen, so warten Sie mit der Abstimmung wenigstens bis morgen, bis der Bescheid aus Mainz da ist.

Goebel-Mainz schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Antrick begründet nochmals den Protest der Kommission.

Die Abstimmung über den Antrag der Kommission wird bis morgen vertagt.

Kiesel-Berlin spricht gegen das Mandat für Hansen-Berlin und meint, daß dieses Mandat entschieden ungiltig sei. Durch Beschluß des Parteitages wird es als ungiltig erklärt.

Geck-Offenburg spricht zur Aberkennung des Mandats des Dr. Rüdt. Er ist der Ansicht, daß die Uebertragung des Mandats an ihn unanstößig sei, überläßt aber dem Parteitage die Entscheidung.

Stubenreich-Oggersheim meint, es wäre richtiger gewesen, wenn Dr. Rüdt bereits vorher erklärt hätte, daß er das Mandat nicht ausüben werde. Um Präzedenzfälle zu vermeiden, werden wir die Uebertragung des Mandats an Geck als ungiltig erklären müssen.

Nach einem Schlußworte Antrick's wird das von Rüdt an Geck übertragene Mandat für ungiltig erklärt und damit prinzipiell ausgesprochen, daß derartige Mandatsübertragungen unzulässig sind.

Die übrigen Proteste werden ohne Debatte gemäß dem Antrage der Kommission für erledigt erklärt.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten und die Berathung über den Geschäftsbericht fortgesetzt.

Meister verliest zur Ergänzung seines Berichts folgende Erklärung: „Nach eingehender Untersuchung erklären die Kontrolleure zu Punkt 3 der Beschwerde der Karlsruher Parteigenossen Folgendes: Genosse Auer hat die beanstandeten Mittheilungen über den Genossen Kallenbach in gutem Glauben an die Richtigkeit seiner Informationen gemacht. Da sich die letzteren als unzutreffend herausstellten, sprach Genosse Auer dem Genossen Kallenbach bereits sein Bedauern über den Vorfall aus und wiederholt den Kontrolleuren unter dem Ausdruck des Bedauerns, das Opfer falscher Informationen gewesen zu sein."

Fülle-Würzburg: Wir mußten den Partei-Vorstand um ein geringes Darlehn, um 2000 Mk. (Heiterkeit), angehen. Die Antwort war, wie ich das voraussah, da ich die Leute kenne (Heiterkeit), abschlägig; trotz wiederholter Vorstellungen erhielten wir dieselbe Antwort zwei- oder dreimal, auch nachdem wir die Garantie durch die Würzburger Gewerkschaften angeboten hatten. Wenn nun auch die Parteigelder nicht alle aus Würzburg kommen, so hätten wir doch in unserer Bedrängniß diese 2000 Mk. erhalten sollen; auch wir haben Geld nach manchen Gegenden geschickt. Heute prosperirt das Unternehmen. Die Aufregung zu schildern, die bei uns über die Berliner Antworten herrschte, will ich unterlassen; aber es gereicht dem Partei-Vorstande entschieden nicht zum Vortheile, solche Aufregungen durch seine rein geschäftliche Rücksichten zu verursachen. Wie falsch es ist, sich ausschließlich auf den geschäftlichen Standpunkt zu stellen, hat Ihnen doch der amerikanische Genosse Hepner in der „Neuen Zeit" durch seine anschauliche Schilderung der ehemaligen Leipziger Verhältnisse bewiesen.

Kern-Schweinfurt: Vom Unterfränkischen Agitationskomité habe er den Auftrag, dafür zu sorgen, daß der Mißgriff des Partei-Vorstandes wieder gut gemacht werde. Seit zwei Jahren mache die Bewegung im schwarzen Unterfranken außerordentliche Fortschritte. Die ganze Bewegung hänge vom Bestehen des Würzburger Parteiblattes ab, das zu Grunde gehen müsse, wenn der papierne Beschluß des Frankfurter Kongresses bestehen bleibe. Das Würzburger Parteigeschäft, das zu gründen Zwangslage gewesen sei, dürfe nicht fallen gelassen, sondern müsse unterstützt werden.

Bebel: Nachdem zwei Redner den Vorstand so heftig angegriffen haben, muß ich die gegen uns erhobenen Vorwürfe zurückweisen. In erster Linie muß ich Verwahrung gegen einige Aeußerungen des Genossen Fülle einlegen, die so geklungen haben, als hätte dieser schon von vornherein gewußt, daß sein Gesuch abgelehnt würde, weil er ja, wie er sagt, die Leute kenne. Zu einer solchen Auffassung liegt für Fülle wirklich keine Ursache vor. Wir handeln im Interesse der Partei, niemals aus persönlichem Interesse. Wir haben vor allen Dingen den Eindruck gehabt, daß die Genossen in Würzburg es auf eine Art Provokation ihres bisherigen Druckers abgesehen hatten; das war bestimmend für die Ablehnung des Gesuches. Nun hatte aber der Partei-Vorstand bereits früher den Würzburgern Geld bewilligt, einmal 500 Mk., ein anderes mal 600 Mk. Alles half nichts, genügte nicht. Da kamen wir schließlich zur Ueberzeugung, daß wir nicht weiter helfen durften. Wir fürchteten, daß ein neues Druckerei-Geschäft entstehen würde, das uns dann zu immer weiteren Unterstützungen zwingen würde. Fülle hat erklärt, er sei nach Berlin gereist, um durch persönliche Intervention beim Partei-Vorstande einen besseren Bescheid zu erwirken. Auer habe ihm aber eine Antwort gegeben, nach der er völlig den Muth verloren habe. Auer ist aber doch nicht der ganze Partei-Vorstand, und außerdem hat Auer ihm noch den Rath gegeben, eine Gesammtsitzung des Partei-Vorstandes abzuwarten. Freilich hat Auer hinzugefügt, daß das wohl auch nicht viel nützen würde. Aber war Fülle nun einmal in Berlin, so hatte er auch die Pflicht, alles zu versuchen und den offiziellen Bescheid des Partei-Vorstandes abzuwarten. Uebrigens haben die Würzburger die Kontrolleure mit ihrer Angelegenheit nicht behelligt, sie haben sofort eine fulminante Beschwerde gegen den Partei-Vorstand an den Parteitag losgelassen. Wollen die Würzburger jetzt noch einmal an den Partei-Vorstand herantreten, dann werden wir sachlich, wie immer, die Angelegenheit nochmals prüfen. Kommen wir zu einem anderen Bescheide als bisher, gut, wenn nicht, so müssen sich die Würzburger bescheiden.

Von vielen Rednern ist nachdrücklich gegen den Antrag der Parteileitung, den „Sozialdemokrat" eingehen zu lassen, gekämpft worden. Ich bin mit aller Macht für die Gründung des „Sozialdemokrat" eingetreten und habe ihm die größte Bedeutung beigemessen. Hätte man das Blatt zwei Jahre früher gegründet,

dann wäre es besser gewesen. Nun aber haben sich unsere Hoffnungen nicht erfüllt. Von vornherein hatten wir allerdings die Anschauung, daß uns das Blatt jährlich 5—6000 Mk. kosten würde; diese Summe ist indeß weit überschritten worden. Zwar hat der „Sozialdemokrat“ anfangs eine bedeutende Abonnentenzahl gehabt, aber diese ist fortgesetzt zurückgegangen, erst rapide, dann langsamer. Es ist jetzt keine Aussicht mehr dazu, daß sich das Defizit verringern wird. Da wäre es Thorheit, wenn wir bei den gehörten Klagen noch weiter viel Geld hinauswerfen wollten. Der Antrag Landé will eine Art Vermittelung mit der „Neuen Zeit“. Wie man die „Neue Zeit“ verbessern will dadurch, daß man sie in eine Monatsschrift verwandelt, verstehe ich nicht.

Betreffs des Antrages 46 hat ja bereits Fischer eine gründliche Widerlegung vorgebracht. Glauben Sie aber übrigens doch ja nicht, daß wir die Parteiinstitute zum Experimentirfeld unserer Grundsätze machen könnten. Wenn wir die Akkordarbeit abschaffen könnten, dann würden wir es thun. Die Beschwerden, die von allen Seiten kommen, sind daher unberechtigt. Ja, in Hamburg kann man wohl die Akkordarbeit abschaffen; dieses Geschäft ist sehr groß und kann trotz höherer Betriebskosten weiter existiren. Andere Geschäfte können das aber nicht. Die Abschaffung der Akkord- und Nachtarbeit vertheuert auf der einen Seite die Druckerzeugnisse, auf der andern Seite aber will man billigere Preise für die Blätter. Die Ausführung derartiger neuer Einrichtungen, wie die Anträge sie wollen, würde unsere Geschäfte alle bankerott machen. Ich bitte Sie daher dringend, diesen Antrag abzulehnen.

Ich komme nun auf den unglückseligen Antrag betreffs der Diäten. Es ist recht bedauerlich, daß die Berliner in den letzten Jahren keine besseren Anträge gestellt haben. Wenn man einmal gerecht sein will, dann sei man auch ganz gerecht! Das ist aber hier nicht der Fall, denn der Antrag ruft die größte Ungerechtigkeit unter dem Schein der Gerechtigkeit hervor. Der Antrag kann sich, obgleich das nicht darin steht, nur auf Berlin beziehen. Aber wie immer Sie auch den Antrag gestalten, mit jeder Verbesserung schaffen Sie auf der anderen Seite eine Verschlechterung. Sie verlangen, daß die Berliner Redakteure und Parteibeamten, die doch nur für ihre Thätigkeit bezahlt werden, ein erhebliches Opfer bringen, das andere nicht zu tragen haben. Sie vergessen dabei, daß wir auch Reichstagsabgeordnete haben, die aus ihrer Arbeit in der Partei erheblich mehr als 3000 Mk. verdienen. Diese sollen aber nicht von dem Antrage getroffen werden. (Sehr richtig!) Wenn der Antrag gerecht wäre, so müßten Sie auch bestimmen, daß jeder, der in der glücklichen Lage ist, ein Privateinkommen von 3000 Mk. und mehr zu beziehen, seine Diäten selbst zu tragen hat. Leute mit hohem Privateinkommen sollen Diäten beziehen, aber die armen Parteibeamten nicht. Eine fernere Ungerechtigkeit liegt darin, daß Jemand, der 3, 4 oder 5 Kinder hat und zufällig Abgeordneter wird, Opfer bringen soll, während ein Anderer, der keine Kinder hat, diese Opfer nicht zu tragen hat. Und unbedeutend sind diese Opfer nicht. Die Berliner Abgeordneten sind es ja in erster Reihe, die in den Kommissionen arbeiten müssen. Es entstehen große Ausgaben, wenn man 6 Monate hindurch täglich 2 bis 4mal Pferdebahn zu fahren, im Reichstage zu Mittag zu speisen hat und dergl. Ich komme ja hierbei glücklicherweise nicht in Betracht. Nun ich habe als ordnungsliebender Mensch über alle Ausgaben, auch über die Ausgaben infolge meiner Thätigkeit als Reichtagsabgeordneter, genau Buch geführt, und gefunden, daß jede Session mich mehrere hundert Mark kostet. Lehnen Sie den Antrag ab und überlassen Sie alles der Opferwilligkeit und Opferfähigkeit des Einzelnen! (Beifall.)

Martikke-Hamburg erklärt sich gegen die Anträge 43 und 44, weil sich doch kein gerechter Ausgleich dadurch schaffen lasse. Die Akkordarbeit und die Nachtarbeit läßt sich von uns in der bürgerlichen Weltordnung nicht abschaffen. Dagegen müssen die Anträge 49/50 angenommen werden. Die

Hamburger Parteidruckerei ist nicht genügend beschäftigt; das große Kapital, das dort investirt ist, darf nicht brach liegen.

Peus-Dessau: Der Antrag 36 ist möglich und besonders für die Parteipresse praktisch. Mit den Anträgen 43 und 44 ist man dagegen offenbar auf falschem Wege. Für uns allein können wir in der gegenwärtigen Gesellschaft nicht eine Gleichheit des Einkommens herstellen. Wir müssen gegen unsere Arbeiter bürgerlich anständig verfahren, auch gegen die, die gewohnheitsmäßig besser entlohnt werden. Aus diesem Grunde sind auch die Anträge über Akkord- und Nachtarbeit verkehrt. Die Gründung des „Sozialdemokrat" hielt ich für verkehrt; ich stimme seinem Eingehen zu.

Landé-Elberfeld: Die Gründe des Mißerfolges des „Sozialdemokrat" liegen darin, daß er die Konkurrenz der „Neuen Zeit" nicht aushalten kann. Die „Neue Zeit" hat wesentlich den gleichen Inhalt, wie der „Sozialdemokrat". Naturgemäß können in der „Neuen Zeit", die viel mehr Raum hat, alle Fragen eingehender und tiefer behandelt werden. Aber auch die „Neue Zeit" prosperirt nicht. Die Zuschüsse würden viel geringer werden, wenn sie wieder Monatsblatt würde. Das würde auch ihren Artikeln zu Gute kommen, die früher bleibenderen Werth hatten. Der „Sozialdemokrat" würde dann gediegenere Artikel über die Tagesfragen erhalten können. Bei alledem kommen Gesichtspunkte in Betracht, die sich hier nicht abmessen lassen. Ich habe deshalb beantragt, dem Vorstande die Entscheidung anheim zu stellen.

Schneider-Berlin wendet sich gegen die Ausartung in der Gründung von landsmannschaftlichen Vereinen und billigt die Haltung des „Vorwärts" in dieser Frage. Redner vertheidigt den Antrag 36. Die Aeußerung Baerer's lasse die Berliner kalt, eine Beleidigung sei keine Widerlegung. Die Nachtarbeit könne in den Parteidruckereien nicht abgeschafft werden. Die Opfer, die der „Sozialdemokrat" koste, könnten nicht länger gebracht werden, wohl aber verdiene Landé's Amendement Beachtung.

Hering-Flensburg: Bedeutendes habe der „Sozialdemokrat" besonders dadurch geleistet, daß er wichtige Fragen erörtert habe, für die sonst kostspieligere Broschüren nöthig gewesen wären. Man möge sehen, ob es nicht doch möglich sei, den „Sozialdemokrat" zu halten, zumal da die Artikel in der „Neuen Zeit" oft schwer verständlich seien.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte, nachdem Thiele-Halle dafür, Drescher-Berlin dagegen gesprochen hat, abgelehnt.

Schall-Solingen macht die Mittheilung, daß die Streitigkeiten in Solingen so gut wie beigelegt sind. (Beifall.) Was die vorliegenden Anträge betrifft, so sei das Eingehen des „Sozialdemokrat" zu bedauern.

Stolten-Hamburg: Die Anträge auf Abschaffung der Akkord- und Nachtarbeit und die Anträge auf Herstellung der Parteiliteratur in Parteidruckereien haben einen Zusammenhang, der noch nicht beleuchtet worden ist. Einerseits zeigte sich, daß man von der Partei immer Neues verlangt, andererseits aber kommen Klagen über die theuren Preise in Parteidruckereien. Ich empfehle Ihnen, auf die genannten Anträge nicht einzugehen. Wir können Nacht- und Akkordarbeit nicht abschaffen, ohne uns kampfunfähig zu machen. Wir verlangen eine gewisse Opferwilligkeit von den Genossen und so müssen sich die in Parteigeschäften thätigen Personen auch manche Unannehmlichkeiten gefallen lassen. Weil wir in Hamburg mit der Abschaffung der Akkordarbeit üble Erfahrungen gemacht haben, deshalb sind dort alle diese Anträge abgelehnt worden. Dort war der Beschluß gefaßt worden, das „Echo" als Abendblatt erscheinen zu lassen; aber dieser Beschluß ist wieder umgestoßen worden. Was die Akkordarbeit betrifft, so ist das gar keine prinzipielle Frage. Unsere Feindschaft gegen dieses Arbeitssystem besteht nur darin, daß wir die ungehörige Anspornung der Kräfte und die darauf folgende Herabsetzung der Löhne

bekämpfen. Davon kann in Parteigeschäften keine Rede sein; es wird ja dort nach dem Tarif gearbeitet. Es handelt sich darum, ob die Abschaffung der Akkordarbeit praktisch ist. Wir Hamburger haben darin Erfahrungen. Für die Herstellung großer Zeitungen ist die Abschaffung der Akkordarbeit nicht als praktisch anzusehen; wir haben jetzt viel größere Schwierigkeiten in der Herstellung des Blattes; wir haben 6 Setzer mehr, aber diese kosten uns ca. 10 000 Mk. jährlich, und die Frage wäre nicht unberechtigt gewesen, ob man, um die 6 Leute unterzubringen, nicht besser gethan hätten, ihnen die 10 000 Mk. direkt zu geben.

Mit der künstlerischen Ausgestaltung der alljährlich wiederkehrenden Maifestzeitung ist man in Hamburg nicht sonderlich zufrieden gewesen, und das gerade bei jenen Genossen, die darüber ein Urtheil haben. Es ist der Gedanke angeregt worden, den Parteivorstand zu ermahnen und für die künstlerische Ausstattung der Maifestzeitung ein Preisausschreiben zu veranstalten.

Der „Sozialdemokrat" ist leider unhaltbar. Wenn es wahr ist, daß die „Neue Zeit", seitdem sie Wochenschrift ist, nicht mehr auf der wissenschaftlichen Höhe wie früher steht, so liegt das in der Veränderung der Verhältnisse. Zur Zeit des Sozialistengesetzes mußte auch die wissenschaftliche Diskussion einen anderen Charakter haben. Mit dem Wachsen der Partei sind auch die politischen Tagesfragen mehr als früher in den Vordergrund getreten. Im Uebrigen verdient doch die „Neue Zeit" gewiß das Zeugniß, daß sie auf der Höhe der Situation bisher gestanden hat und heute noch steht.

Block-Dortmund beschwert sich darüber, daß in dem gedruckten Bericht nicht verzeichnet ist, welche Summen die früher unterstützten Parteiorgane an die Partei zurückgezahlt haben. Es sei doch wichtig, zu erfahren, ob die Zuschüsse sich rentiren oder ob sie in ein Danaidenfaß fließen.

Gewehr-Elberfeld befürwortet den Antrag 36; die Delegirten müßten Zeit haben, sich eingehend mit dem Bericht zu beschäftigen. Was den Diätenantrag betrifft, so thäten die Antragsteller besser daran, sich einmal mit den Gehältern derjenigen Beamten zu beschäftigen, die weniger als 2000 Mk. beziehen. Die Frage, ob der „Sozialdemokrat" beseitigt werden solle, hänge nicht mit der Umwandlung der „Neue Zeit" zusammen, beide Anträge müßten getrennt behandelt werden. Der Vorstand möge einmal genau prüfen, ob das, was für die „Rheinische Zeitung" geleistet wird, im Einklang mit den Leistungen dieses Blattes steht, damit nicht unnütz Geld verschwendet wird. Ueberhaupt sollen bei solchen Unterstützungsfragen nicht ausschließlich die Genossen des betreffenden Ortes gefragt und gehört werden.

Ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem Börner-Berlin denselben bekämpft hat, angenommen.

Hülle zieht seinen Antrag auf Kommissionsberathung der Anträge 43 und 44 zurück; er habe damit nur bezweckt, daß der Antrag in der Kommission abgemurkst werde. (Heiterkeit.) Dieser Zweck sei nicht erreicht worden, denn es habe eine lange Diskussion stattgefunden.

Hoch-Berlin nimmt den Antrag wieder auf.

Das Schlußwort wird ertheilt.

Meister verzichtet.

Pfannkuch: Ich habe nur noch Einzelheiten zu berühren. Genosse Gewehr räth der Parteileitung, bei der Unterstützung von Blättern nicht nur die Genossen des Ortes, sondern die des Kreises zu fragen. Das hat der Vorstand stets gethan. Ich finde, Genosse Gewehr sieht in der Unterstützung der „Rheinischen Zeitung" ein klein wenig die Unterstützung eines Konkurrenz-Unternehmens. Die Unterstützung der „Rheinischen Zeitung" erfolgt auf Grund eines Beschlusses des Kölner Parteitages, selbst wenn sie noch höher wäre, müßte sie geleistet werden. Wir haben die Genugthuung, daß die Zu-

schüsse wesentlich zurückgegangen sind und sich, wie uns versichert wird, in nächster Zeit noch wesentlich verringern werden. Füße meinte, daß er die Aufregung der Würzburger Genossen garnicht schildern könne — er selbst war von ihr ergriffen. Nun haben wir gerade im Falle Würzburg in der Umgegend von Würzburg genaue Erkundigungen eingezogen, nicht nur in einem größerem Umkreise, sondern auch in einem Orte mit dem die Würzburger Genossen eng verbunden sind. Es wurde uns hierbei nahe gelegt, unter keinen Umständen die 2000 Mk. zu bewilligen. Bei dieser Sachlage hat der Vorstand sich veranlaßt gesehen, daß Gesuch abzuschlagen. Uebrigens wären die Würzburger Genossen mit 2000 Mk. noch lange nicht über alle Berge gewesen; es mußten neue Verlegenheiten entstehen. Wir als Partei können mit Gewerkschaftsorganisationen auch garnicht in Verbindung treten. Aber davon abgesehen; wenn auch eine Gewerkschaft eine Garantie übernehmen wollte, wer bürgt dafür, daß nicht morgen diese Gewerkschaft in eine Lohnbewegung eintreten muß, in der sie nicht nur ihre Mittel aufbraucht, sondern sogar auf die Solidarität der Genossen angewiesen ist?

Den Wünschen der Dortmunder Genossen werden wir entsprechen. In Dortmund steht das Geschäft jetzt auf der Grundlage, die ihr es ermöglicht, Rückzahlungen zu machen. Leider stehen die Dinge nicht überall so wie in Dortmund, vor allem wohl nicht in Würzburg.

Was die Diätenfrage betrifft, so hat Bebel es dem Einzelnen anheimstellen wollen, wie er sich dazu verhalten will. Er selbst giebt jährlich mehrere Hundert Mark zu, aber Andere sind dazu nicht wie er in der Lage und können auf Diäten nicht verzichten. Wohl aber kann durch die vorliegenden Anträge bewirkt werden, daß vermeintlich sehr reiche Genossen aus Solidaritätsgefühl ebenfalls nicht auf Diäten verzichten. Das giebt zum Nachdenken Anlaß. Im allgemeinen, glaube ich aus der Debatte schließen zu dürfen, sind gegen die Thätigkeit des Vorstandes wesentliche Vorwürfe nicht erhoben worden. Die Frage Auer ist ja schon geregelt, er hat die Gewohnheit, eine Form zu wählen, die manchem nicht genehm ist, aber sein Herz ist gut. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Die nunmehr vorgenommene Abstimmung erzielt die **Annahme** des Antrages der Kontrolleure, **dem Vorstande Decharge zu ertheilen.** Ebenso wird der Antrag 36 angenommen. Die Anträge 43 und 44 sowie die hierzu gestellten Amendements werden abgelehnt.

Antrag 47 wird auf Antrag von Fischer-Berlin den neugewählten Kontrolleuren zur Ausführung und eventuellen Berichterstattung an den nächsten Parteitag überwiesen.

Antrag 48 und Theil II des Antrages 49 werden abgelehnt, Theil I des Antrages 49 mit dem Amendement „möglichst" hinter dem Wort „Parteidrucksachen" angenommen. Dadurch ist Antrag 50 hinfällig. Das Amendement, Antrag 49 einer Kommission zu überweisen, wird abgelehnt.

Zu Antrag 63 hat Oertel-Nürnberg in Folge des oben mitgetheilten Amendements Landé beantragt, die Frage, ob die „Neue Zeit" in eine Monatsschrift verwandelt werden soll, dem Partei-Vorstande zur Erledigung zu überweisen, da ein solcher Beschluß nicht ohne Weiteres gefaßt, sondern erst nach Einvernehmen mit Redaktion und Verlag der „Neuen Zeit" definitiv entschieden werden kann. Da Antrag 63 in der von der Parteileitung gestellten Fassung angenommen wird, zieht Landé sein Amendement zurück, wodurch das Amendement Oertel hinfällig wird.

Antrag 76 wird unter Ablehnung des hierzu vorliegenden Amendements angenommen.

Singer: Ich bitte, im Anschluß hieran noch einige Anträge zu entscheiden, die im Falle ihrer Annahme Kommissions-Berathung nöthig machen.

Die Genossen Berger und Lipinski stellen folgenden Antrag:

In Erwägung, daß in Danzig die Parteistreitigkeiten sich stets mehren, eine Aussicht auf Ruhe in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, bei eventueller Reichstagswahl eine Doppelkandidatur leicht möglich ist, ferner in Erwägung, daß eine Regelung seitens des Partei-Vorstandes vorgenommen wurde, dieselbe aber vom Vertrauensmann gebrochen ist, eine Kommission einzusetzen, welche diese Angelegenheit prüft, und dem Parteitage geeignete Schritte vorschlägt, welche den Danziger Genossen Ruhe und gedeihliche Entwicklung verschaffen.

Die Genossen Berger-Danzig, Braun-Königsberg und Lipinski-Danzig stellen diese Danziger Zustände als sehr mißliche da. Sie betonen insbesondere, daß durch die Danziger Zustände nicht in Danzig allein, sondern in ganz Westpreußen die politische und gewerkschaftliche Agitation lahm gelegt wird. Nach dieser Darstellung ist Genosse Jochem-Danzig an der ganzen Verwirrung Schuld.

Der Vorschlag, diese Angelegenheit der Mandatsprüfungs-Kommission zu überweisen, wird abgelehnt, die Angelegenheit geht an eine morgen zu wählende Neunerkommission.

Es folgt die Besprechung des Antrages 114 der Genossen Keil, Böhle, Emmel:

In Erwägung, daß Dr. Rüdt kurz nach dem Frankfurter Parteitage in gegnerischen Blättern seinen Austritt aus der Partei öffentlich ankündigte, mit der Motivirung, daß er sich den Beschlüssen des Frankfurter Parteitages nicht füge, daß zwar Dr. Rüdt später wieder in die Partei eintrat, diese widerspruchsvolle Handlungsweise aber eine Herabwürdigung der Partei ist, die sich diese nicht bieten lassen darf, erklärt der Parteitag: Dr. Rüdt hat aufgehört, Parteigenosse zu sein.

Dazu ist ein Amendement von Heidelberger Genossen gestellt worden, die beantragen, daß die badische Angelegenheit hier nicht verhandelt, sondern den badischen Genossen selbst zur Entscheidung überlassen wird.

Keil-Mannheim giebt eine gedrängte Schilderung der Fälle Rüdt und Stegmüller. Dr. Rüdt habe, abgesehen von allem andern, sich den Beschlüssen der Partei nicht gefügt und schon deshalb müsse der vorliegende Antrag angenommen werden. Eine Ueberweisung an eine Kommission sei nicht nöthig, da es sich ja nicht mehr darum handelt, zu prüfen, ob die Gründe richtig sind, sondern nur, ob sie ausreichen.

Geck-Offenbach bekämpft den Antrag, weil man den Angeklagten erst hören müsse.

Emmel-Saarbrücken: Es handelt sich garnicht um eine Verurtheilung; Rüdt hat aufgehört, Parteigenosse zu sein mit dem Augenblick, wo er erklärt hat, sich den Beschlüssen der Partei nicht zu fügen.

Damit schließt die Debatte. Antrag 114 wird mit großer Mehrheit angenommen unter Ablehnung aller übrigen Abänderungsanträge. Rüdt hat danach aufgehört, Parteigenosse zu sein.

Eine umfangreiche Beschwerde aus Verden gegen den Partei-Vorstand wird der Neuner-Kommission überwiesen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Zahlreiche Zustimmungsadressen sind eingetroffen.

Schluß 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 8. Oktober 1895. — Vormittags-Sitzung.

9¾ Uhr. Den Vorsitz führt Segitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Antrick Namens der Mandatprüfungs-Kommission, das Mandat von Dr. Rüdt infolge seines Ausschlusses aus der Partei für erloschen zu erklären.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Die Versammlung tritt sodann in die Tagesordnung ein.

Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit. In Verbindung damit stehen die Anträge 88—100 und 106 zur Debatte.

Berichterstatter Wurm: Ich kann mich zur Ergänzung des Ihnen gedruckt vorliegenden Berichtes auf wenige Worte beschränken. Die große Frage, die immer wiederkehren wird, so lange wir noch die Minorität bilden, die Frage, ob der Kapitalismus alle Mittel in Bewegung setzen darf, um sich das arbeitende Volk politisch und wirthschaftlich dienstbar zu machen, spielte auch in der letzten Session eine Hauptrolle. Auch der große Kampf gegen die Umsturzvorlage war nur eine Wiederholung der Vorkommnisse von 1878, eine Wiederholung des Beutezuges, den damals der Kapitalismus auf Kosten der arbeitenden Klassen unternommen hatte. Die Gehässigkeit der Gegner zeigte sich in einigen Zwischenfällen. Als wir z. B. den Antrag stellten, daß einer unserer Abgeordneten, gegen den ein Strafverfahren schwebte, während der Dauer der Session seine Rechte als Abgeordneter vollziehen dürfe, da versuchten die Konservativen zum ersten Male, unserem Genossen, der noch garnicht verurtheilt war und auch später garnicht verurtheilt wurde, seine Rechte zu nehmen. Besonders Freiherr von Stumm, der klassischste Vertreter des Großkapitalismus, war der rücksichtsloseste. Er sagte ja: „von einem Kampf mit geistigen Waffen mit Ihnen kann keine Rede sein", und er machte den geistreichen Vorschlag zu folgendem Gesetz: § 1. Den Sozialdemokraten und Anarchisten wird das Wahlrecht entzogen; § 2. Die Agitatoren werden ausgewiesen oder internirt. Auch der Kriegsminister zeigte sich als gewaltiger Gegner; er meinte zwar, daß er es für eine angenehme Pflicht halte, den Kampf gegen uns der Polizei und der Feuerwehr zu überlassen, aber er gab doch deutlich zu verstehen, wie der Militarismus gegen den Sozialismus in einem schneidenden Gegensatze steht. Es zeigt sich immer mehr, daß Engels recht gehabt hat mit den Worten: an unserem gesetzlichen Vorgehen soll das Treiben der Gegner zu Schanden werden.

Bei unseren Anträgen wurden wir nicht durch Gründe, sondern durch die Macht der Majorität besiegt. Durch die Einbringung der Umsturzvorlage sind wir verhindert worden, viele Initiativanträge zu stellen. Im Kampfe gegen uns sind alle Gegner untereinander einig; auch der Freisinn scheidet sich jedesmal kraß von uns, wenn es sich darum handelt, der besitzlosen Klasse Rechte zu gewähren, so auch, als es sich um die Einrichtung von Volksvertretungen in den Bundesstaaten handelte; da konnten sich die Freisinnigen nicht dazu aufschwingen, für die Wahl einer Volksvertretung in Mecklenburg das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu verlangen. Wir haben damals für den Antrag Pachnicke gestimmt und das ist uns von unseren mecklenburgischen Genossen verübelt worden. Wir stimmten für den freisinnigen Antrag Pachnicke, da unser Antrag abgelehnt wurde und wir nunmehr nur, wenn der freisinnige Antrag in zweiter Lesung angenommen wurde, Gelegenheit hatten, in dritter Lesung unsere Forderung des geheimen, gleichen, allgemeinen und direkten Wahlrechts als Unterantrag zur Abstimmung zu bringen. Der Antrag Pachnicke erhielt nicht die Majorität, sonst hätten die Freisinnigen Farbe bekennen müssen.

Alle vom vorigen Parteitag beschlossenen Anträge konnten wir nicht zur

Verhandlung bringen, so weit es möglich war, haben wir es gethan. Die Hauptsache bleibt ja für uns immer, die Meinung der Gegner zu provoziren, und das geschieht am besten da, wo wir die beste Gelegenheit dazu haben, bei der Etatsberathung. Schließlich muß ich noch erwähnen, daß ein Fraktionsmitglied, der einzige Vertreter der Bergarbeiter im Reichstage, im Interesse dieser Arbeitergruppe eine scharfe Kritik an der Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1890 geübt hat, eine Kritik, deren Wiedergabe die deutsche Redefreiheit verbietet. Die Uebereinstimmung zwischen Wählern und Fraktion hat sich in den Versammlungen gezeigt, in denen wir den Wählern Rechenschaft über unsere Thätigkeit ablegten. Ebenso in den praktischen Anregungen, die in Gestalt von Anträgen aus der Mitte der Parteigenossen vorliegen und die parlamentarische Thätigkeit der Partei betreffen. Sie zeigen uns, auf welchem Wege wir weiterschreiten müssen zum Wohle der arbeitenden Klasse und der Partei. (Bravo!)

Die mit zur Debatte gestellten Anträge erhalten, mit Ausnahme des Antrages 88, sämmtlich die genügende Unterstützung.

Ebenso wird der folgende, verspätet eingegangene Antrag 118 der Genossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow genügend unterstützt:

„Um das verschiedene Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten bei den Schlußabstimmungen über die Gesammtbudgets in Zukunft zu vermeiden, empfehlen die Genossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow dem Parteitage, die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten sowie die Gemeindevertreter zu veranlassen, sich bei Schlußabstimmungen über die Annahme oder Verwerfung des Gesammtbudgets der Abstimmung zu enthalten, sofern sie nicht sämmtliche Posten verwerfen."

Antrag 89 findet keine Begründung; ebensowenig die Anträge 90 und 91. Antrag 92 wird von Frau Zetkin-Stuttgart begründet: Wie in politischer, so wird auch in privatrechtlicher Beziehung die Frau als unmündig betrachtet. Die bürgerlichen Frauen haben keine Erklärung hierfür, wohl aber die Sozialisten, die auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen. Sie betrachten die Rechtsbestimmungen nicht als etwas Abstraktes, das als Geist über den Wassern schwebt. Millionen von Frauen sind heute wirthschaftlich nicht mehr abhängig von der Familie und vom Manne, rechtlich aber sind sie abhängig. Das ist ein Anachronismus, der von dem Entwurfe des neuen bürgerlichen Gesetzentwurfes nicht beseitigt ist. Zwei Jahrzehnte lang hat die Kommission an dem Entwurfe gearbeitet, aber es hieße Trauben von den Dornen und Feigen von den Disteln ernten wollen, wenn man von ihr eine freiheitliche und fortschrittliche Regelung des Rechtswesens im verpreußten Deutschland erwartete. Im verpreußten Deutschland, das heißt in einem kapitalistischen Staat, der durch Militarismus und Bureaukratie verbösert ist. Auch das neue bürgerliche Gesetzbuch trägt den veränderten wirthschaftlichen Verhältnissen keine Rechnung. Die Eheschließung, die Ehescheidung, die Stellung der Frau im Güterrecht, die rechtliche Stellung der Mutter zu ihren Kindern, alle die Bestimmungen darüber sind zugeschnitten nach dem Grundsatze: Und er soll dein Herr sein! (Heiterkeit). Dieser Standpunkt verträgt sich nicht mehr mit unseren heutigen wirthschaftlichen Zuständen, in denen Hunderttausende von Frauen ihr eignes Brot essen. Was die Ausdehnung der Frauenarbeit betrifft, so will ich nur an die Thatsache erinnern, die ich den Berichten der Fabrikinspektoren für 1893 entnehme. Hiernach hat sich die Zahl der in der Großindustrie beschäftigten erwachsenen Frauen um 40 187 vermehrt. Tausende von Frauen sind außerdem in der Hausindustrie, im Kleingewerbe, im Handel thätig. Die Loslösung der Frau von der Familie vollzieht sich in immer größerem Umfange, und deshalb muß die Frau auch in privatrechtlicher Beziehung von der Vormundschaft des Mannes losgelöst werden. Eine Reihe

von Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches, die sich auf die Stellung der Frau im Güterrecht beziehen, sind für die Proletarierin praktisch von geringer Bedeutung, weil sie nichts besitzt. Daher ist denn auch beim Proletariat die Gefahr für die Frau nicht so groß, daß der Mann ihr Hunderte und Tausende verhammersteinern kann (Beifall und Heiterkeit), bei dem Proletariat besteht eine andere Gefahr, die Gefahr, daß das Elend den Mann dem Schnapsteufel überliefert, und darunter hat die Frau zu leiden. Deshalb müssen wir auch bei der rechtlichen Regelung der Besitzverhältnisse für die Proletarierfrau entreten. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist nicht eine spezifisch sozialdemokratische Forderung, sondern nur eine Konsequenz des bürgerlichen Liberalismus', der sich aus Furcht vor dem klassenbewußten Proletariat in Deutschland besonders reaktionär gegenüber der sogenannten Frauenfrage verhält. Während in anderen Ländern Vertreter der verschiedensten Parteien für die Gleichberechtigung der Geschlechter eintreten, ist in Deutschland diese von unserer feigen Bourgeoisie nicht gelöste Aufgabe ebenfalls dem Proletariat zugefallen. Dazu werden wir schon aus eigenem Interesse getrieben, denn die Gleichstellung der Frau auf privatrechtlichem Gebiete ist der este Schritt zur Gleichstellung auf öffentlichem Gebiete. Sind erst die Fesseln in dieser Beziehung gelöst, so ist die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts nur noch eine Frage der Zeit. Dann wird die Frau widerstandsfähiger sein im Kampfe gegen kapitalistische Raubgier, die Kampfstüchtigkeit der Arbeiterin wird erhöht.

Was den zweiten Antrag betrifft, so kommt auch in der Stellung der unehelichen Kinder sehr deutlich der Charakter der Klassengesetzgebung zum Ausdruck. In der Bestimmung, daß die Unterhaltspflicht nach den Vermögensverhältnissen der Mutter und nicht nach denen des Vaters geregelt wird, haben wir eine Begünstigung der reichen Wüstlinge, die gelegentlich geruhen, zum Volke herunterzusteigen, wenn das Volk rothe Wangen, hübsche Augen hat und schön gewachsen ist. (Sehr gut!) Darunter leiden daher am meisten die Töchter des Proletariats, nicht etwa, weil sie die Geliebten der Männer geworden sind, sondern weil sie sich den Unterdrückern und Verführern haben preisgeben müssen. Wie viel Elend entsteht aus diesen Verhältnissen! Man braucht nur an die vielen Kindesmorde zu denken. Denken Sie ferner an die hohe Sterblichkeit der außerehelichen Kinder, an die Engelmacherei u. s. w.! Wie sehr unter diesen Zuständen gerade die Proletarierfrau leidet, zeigt unter anderem die Thatsache, daß oft die sogenannten gefallenen Dienstmädchen, an denen meist der Herr oder der Sohn des Hauses das Recht der ersten Nacht geübt hat, in das Lumpenproletariat gestürzt und der Prostitution überliefert werden. Wenn es nun auch selbstverständlich ist, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der Berathung des bürgerlichen Gesetzbuches in dem Sinne für unsere Anträge eintritt, so ist es doch ein Unterschied, ob sie dies aus eigener Initiative thut oder in Folge des ausdrücklichen Willens der stärksten Partei des Deutschen Reiches. Nehmen Sie also, schon um der Reichstagsfraktion den nöthigen Nachdruck zu verleihen, beide Anträge an! (Lebhafter Beifall).

Antrag 94 begründet Keil-Mannheim: Es ist ein starker Fehler in unserer Sozialgesetzgebung, daß sich die Arbeiter die Einrichtungen zu ihrem Schutze selbst schaffen und selbst auch deren Kosten tragen müssen. Die Vielfältigkeit der Einrichtungen in dieser Beziehung erzeugt Verwirrung; selbst der Jurist kennt sich in den vielerlei Bestimmungen nicht mehr aus. Hoffentlich erlangen wir wenigstens einen Theil dessen, was wir verlangen; es wird auch der Agitation dienen.

Thomas-Rixdorf spricht zur Begründung des Antrages 95: Die Rixdorfer Genossen ziehen den 2. Theil dieses Antrages zurück; es handelt

sich also nur um die Herabsetzung der Karenzzeit von 70 auf 60 Jahre. Die Berechtigung dieses Antrages ist klar; in Staatsbetrieben werden Arbeiter über 40 Jahre nicht eingestellt, der private Unternehmer aber will von alten Arbeitern überhaupt nichts wissen. Uebrigens erreichen ja nur die wenigsten Arbeiter ein Alter von 70 Jahren.

Rohrlack-Berlin begründet in längerer Rede den Antrag 96. Es handelt sich um eine von Gewerkschafts- und Parteipressen stets vertretene Forderung; bereits 4 Parteitage haben zustimmende Beschlüsse gefaßt. Aber die Durchführung scheitert, weil die Materie den Landes-Regierungen zur Durchführung untersteht. Deshalb muß durch Aenderung der Gewerbeordnung die Angelegenheit zur Reichssache gemacht worden. Erweiterung der Befugnisse der Aufsichtsbeamte, Ausdehnung des Arbeiterschutzes, Vermehrung der Fabrikinspektoren, Einstellung von weiblichen Inspektoren und Wahl durch die Arbeiterschaft sowie Veröffentlichung der unverkürzten Originalberichte der Inspektoren und regelmäßige statistische Aufnahme — diese Forderungen des Antrags erheischen dringend unverzügliche Verwirklichung. Das Referat des Genossen Timm wird eine treffliche Illustration der Dinge liefern, die Anlaß dazu gegeben haben, die in Antrag 96 steckenden Zusätze zur Gewerbe-Ordnung aufzustellen.

Stadthagen-Berlin begründet unter Hinweis auf frühere Parteitagsverhandlungen kurz den Antrag 97.

Antrag 98 wird von Thiele-Halle begründet. Wenn der Antrag angenommen wird, braucht sich Genosse Singer noch lange keine Eskarpins anmessen zu lassen. (Heiterkeit.)

Antrag 99 wird nicht begründet.

Antrag 100 begründet Martikke-Hamburg. In Hamburg beschäftigt kein Unternehmer einen Arbeiter, für den er das Ortskrankenkassengeld bezahlen muß. Mancher Arbeiter, der arbeitslos war, hat das Letzte versetzen müssen, um das Eintrittsgeld in eine freie Hilfskasse aufzubringen. Um diesem Mißstand abzuhelfen und die Unternehmer — besonders die Hamburger — zu zwingen, an den Kosten der Versicherung theilzunehmen, ist der Antrag von dem Genossen Wohlers in Hamburg eingebracht worden. Es ist zu überlegen, ob man ihm folgen soll, da er hauptsächlich nur durch die Hamburger Zustände veranlaßt ist.

Antrag 106 begründet Gehr-Bremerhaven: Die von uns verlangte Statistik wird am besten die schwere Ueberarbeit zeigen, der die Seeleute in ihrem anstrengenden Beruf ausgesetzt sind. Vom Reichsamt des Innern wird bekanntlich ein Handbuch für die deutsche Handels-Marine herausgegeben. Trotz seines amtlichen Charakters sind die Angaben des Buches unrichtig. Schiffe, die 65 Mann Besatzung haben sollten, haben faktisch nur 35, Schiffe mit angeblich 107 Mann haben nur 71, Schiffe mit angeblich 115 gar nur 77 Mann Besatzung gehabt. Dabei reicht die vorgeschriebene Besatzung, die die Schiffe haben sollten, kaum hin, um die Arbeiten ordnungsmäßig zu verrichten. Die Folge davon ist, daß es bei Unglücksfällen an Händen, vor allem an geübten Händen fehlt, um das Leben von Hunderten zu schützen. Wir brauchen dringend eine Statistik über die thatsächliche Besatzung der Schiffe. Die Ausbeutung der deutschen Seeleute ist genau so groß, wenn nicht noch größer wie in anderen Ländern. Infolge der Ueberarbeit, der schlechten Kost und der schlechten Behandlung rücken zahlreiche deutsche Seeleute in New-York aus. Um die leeren Stellen zu besetzen, werden Leute in Amerika angemustert, die keine Ahnung von der Seefahrt haben und der Arbeit, die zum Theil in einer Temperatur von 56—60 Grad Celsius verrichtet werden muß, nicht gewachsen sind. Wenn sie nicht arbeiten können, sind grausame Mißhandlungen ihr Loos, so daß sie den Tod in den Wellen suchen. Wenn der Arzt des

Schiffes gewissenhaft sein und die Leute krank schreiben wollte, würde er seine Stellung sofort verlieren. Auch die Heizer und Kohlenzieher betheiligen sich an den Mißhandlungen, weil sie ja die Arbeit des schwach werdenden Mannes mit verrichten müssen. Die Frage der Behandlung der Seeleute muß im Reichstage immer und immer wieder angeschnitten werden. Wir hofften, daß schon in der vorigen Session die von den Bremerhavener und Hamburger Seeleuten in Verbindung mit der Fraktion ausgearbeitete Seemanns-Ordnung zur Verhandlung gelangen würde. So gut wie der Bergmann muß auch der Seemann besonders geschützt werden.

Zur Geschäftsordnung begründet Timm-Berlin seinen Antrag, zunächst den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit zu erledigen und sodann die eingegangenen Anträge der Reihe nach zu diskutiren.

Der Antrag wird ohne weitere Debatte angenommen. Es findet also zunächst die Besprechung des Berichts über die parlamentarische Thätigkeit statt.

Groth-Rostock: Unser Antrag im Reichstage, daß in jedem deutschen Staate eine Volksvertretung bestehen sollte, die aus gleichen direkten Wahlen hervorgegangen ist, wurde seiner Zeit zusammen mit dem Antrag Pachnicke debattirt, daß in jedem deutschen Staate eine aus Wahlen hervorgegangene Vertretung bestehen sollte. Wir Mecklenburger waren durch die Erklärung des Abgeordneten Pachnicke, daß die sozialdemokratische Fraktion für seinen Antrag stimmen würde, sehr beunruhigt. Wir sagten uns, es kann doch gar nicht unsere Aufgabe sein, die Liberalen zu unterstützen, damit sie dann gemeinsam mit den Junkern ihre Interessen gegen uns vertreten. Wir müssen doch den Liberalen begreiflich machen, daß sie nimmermehr einen Antheil an der Regierung Mecklenburgs erhalten werden, wenn sie nicht mit uns dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechte zum Siege verhelfen. In der Rostocker Versammlung, in der Pachnicke sprach, sollte in einer Resolution die Zustimmung zur liberalen Volksvertretungsbewegung zum Ausdruck gebracht werden. Da stellten wir den Unterantrag, in dem die Anerkennung des allgemeinen gleichen Wahlrechts ausgesprochen war. Pachnicke persönlich war damit einverstanden, aber seine liberalen Freunde ließen ihn im Stich; nur wenige von ihnen unterstützten unseren Unterantrag. Man will eben das preußische Dreiklassenwahlsystem. Dazu aber den Liberalen zu verhelfen, haben wir nicht den mindesten Anlaß.

Frau Lutz-Berlin: Die Ausführungen des Genossen Wurm bezogen sich nur auf die männlichen Proletarier. Auch die Fraktion ist im Reichstage nicht mit genügender Energie für die Gewährung des Wahlrechts an die Frauen eingetreten. Im Uebrigen sei sie mit der Fraktionsthätigkeit einverstanden. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß die Ausbeutung der weiblichen Arbeiter vielfach eine noch größere sei, als die der männlichen. Sie beruft sich dafür auf einen größeren Artikel eines medizinischen Fachblattes.

Hiermit schließt die Debatte. In seinem Schlußwort stellt

Wurm fest, daß die Thätigkeit der Fraktion nicht bemängelt ist, und verspricht im Sinne der hier vorgebrachten Wünsche fernerhin im Reichstage zu wirken. Redner begründet ferner seinen Antrag, den gedruckten Bericht über die parlamentarische Thätigkeit spätestens 4 Wochen nach Schluß jeder Session zu veröffentlichen. Technisch sei dies leicht durchführbar, der praktische Werth liege auf der Hand. Unsere Parteiorgane sind ja bemüht, gute Parlamentsberichte zu bringen und dadurch agitatorisch zu wirken. Noch mehr wird das durch Annahme meines Antrages der Fall sein. Der einzige Grund dagegen wäre der Umstand, daß wir die endgiltige Zusammenstellung des Etats nicht vor Mitte September bringen können. Aber hier läßt sich schon ein Ausweg finden. Wir müssen den Bericht agitatorisch verwerthen. Dem arbeitenden Volke wird sein Recht nur dann zu Theil, wenn man es fürchtet, und man fürchtet es, wenn es klassenbewußt und organisirt ist. (Beifall.)

Der Antrag Wurm wird ohne Debatte angenommen.

Antrag 118 der Genossen aus Beeskow-Storkow wird zur Debatte gestellt. Zur Begründung dieses Antrages spricht Görke-Charlottenburg. Es ist bedauerlich, daß überhaupt ein solcher Antrag gestellt werden mußte; der Antragsteller ist davon ausgegangen, daß der Parteitag als höchste Instanz sich darüber aussprechen soll, wie die Fraktionsgenossen bei Gesammtabstimmungen über die Budgets sich verhalten sollen. Nicht in letzter Linie richtet sich der Antrag gegen die Gemeindevertreter, die in dieser Beziehung oft grobe Fehler machen. Denn nicht selten wählen die Genossen als Gemeindevertreter Leute, die Hausbesitzer sind — das ist zu ihrer Wahl erforderlich —, die aber oft sich gegen die Prinzipien vergehen.

Gegen den Antrag spricht Bebel: Dieser Antrag ist unannehmbar. Er muthet der Partei etwas zu, was gegenüber der gegenwärtigen Taktik einen Rückschritt bedeutet. Weder in Gemeindevertretungen, noch in Landesvertretungen ist es vorgekommen, daß die Vertreter unserer Partei gegen sämmtliche Budgetposten gestimmt haben. Wenn unsere Genossen sich bei der Schlußabstimmung über das Budget der Abstimmung enthalten, dann erklären sie sich für unfähig, ein Urtheil abzugeben. Wir im Reichstage haben bisher immer gegen das Budget gestimmt und damit unserer Stellung gegen den heutigen Staat klaren Ausdruck gegeben. Wie ich zu der Sache stehe, wissen Sie aus den vorjährigen Frankfurter Verhandlungen. Hier liegt ein unmöglicher Antrag vor, besonders angesichts der Thatsache, daß diejenigen, die damals in die Debatte verflochten waren, durch ihre Landtagsthätigkeit am Erscheinen verhindert sind. Ich bitte Sie daher, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag 118 wird einstimmig abgelehnt. (Große Heiterkeit.)

Zu einer Mittheilung erhält Singer das Wort: Die hiesige Polizeibehörde hat dem Genossen Ellenbogen von Wien die Ehre erwiesen, ihn als „lästigen Ausländer“ zu betrachten. (Zurufe.) Er ist ausgewiesen worden und zwar, wie mir mitgetheilt wird, aus dem Grunde, weil er die internationale Sozialdemokratie hat hochleben lassen und weil er angeblich keine Legitimationspapiere hat. (Heiterkeit.) Genosse Ellenbogen hat mich beauftragt, dem Parteitage seine Abschiedsgrüße zu überbringen. Wir unsererseits können der Breslauer Polizeibehörde nicht verwehren, sich in den Augen der Welt zu diskreditiren. (Sehr richtig!) Wir wollen aber Protest dagegen erheben, daß die Verhandlungen dieses Parteitages durch die Ausweisung eines Genossen gestört werden. Wir wissen, daß die österreichischen Genossen auch ohne die Anwesenheit ihres Vertreters im Geiste bei uns weilen. Die internationale Sozialdemokratie kann durch Polizeimaßregeln nicht beseitigt werden. (Lebhafter Beifall.) Indem ich dem Parteitage Kenntniß von dieser Thatsache gebe, bin ich sicher, daß der Parteitag sich dem Sinne meiner Ausführungen anschließt und mit mir dem scheidenden Genossen unsere Grüße an die österreichische Partei übermittelt und ihn ersucht, den österreichischen Genossen die Versicherung zu geben, daß wir nach wie vor Schulter an Schulter mit ihnen in dem internationalen Kampfe für die Befreiung des Proletariats stehen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Anträge 89—100 und 106 werden einzeln zur Debatte gestellt.

Antrag 89 wird angenommen.

Zu Antrag 90 spricht Bebel; er beantragt, daß im Antrag 90 die Forderung des Minimallohnes vom übrigen Antrage getrennt werde. Er beantragt ferner, bei jedem Antrage zugleich darüber abzustimmen, ob er der Reichstagsfraktion überwiesen werden soll oder nicht.

Der Theil des Antrages 90, der die Forderung eines Minimallohnes enthält, wird abgelehnt; im übrigen wird der Antrag 90 angenommen und der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 91 spricht Görke-Charlottenburg: Da wir Delegirte Gegner des Antrages waren und kein gebundenes Mandat haben, können wir auf jede Diskussion verzichten und ihn ablehnen.

Auf Antrag Bebel's wird der Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Frau Rohrlack (zu Antrag 92): Die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches sind von großer Bedeutung für die Proletarierin. Darauf hat schon Frau Zetkin mit großem Nachdruck aufmerksam gemacht. Ich will nur noch auf eins hinweisen. Nach dem Entwurfe sollen die Alimente für uneheliche Kinder nach der sozialen Stellung der Frau bezahlt werden und nicht nach dem Vermögen des Mannes, der sich an ihr vergangen hat. Ebenso sind die unehelichen Kinder in den Bestimmungen über das Erbrecht benachtheiligt. Ich halte es für angebracht, daß die Genossen Versammlungen für die Arbeiterinnen veranstalten, sobald das bürgerliche Gesetzbuch das Parlament beschäftigt, damit sie über die Wichtigkeit des Gegenstandes aufgeklärt werden.

Antrag 92 wird der Reichstags-Fraktion einstimmig zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 93 bemerkt Frau Lutz, daß bei Annahme dieses Antrages die freien Hilfskassen nicht genügend berücksichtigt werden.

Stadthagen: Für die Heimarbeiter, die nur für einen einzigen Arbeitgeber arbeiten, ist durch Beschluß des Reichsversicherungsamtes und des Oberverwaltungsgerichts für ganz Deutschland entschieden worden, daß sie der Krankenversicherung unterliegen. Gegen die Annahme des vorliegenden Antrages habe ich nichts, er sagt ja wesentlich dasselbe, was die Fraktion stets gewollt hat.

Antrag 93 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Antrag 94 befürwortet Frohme: Der Antrag will die Vereinheitlichung der Versicherung. Auf diesem Standpunkt hat die Fraktion immer gestanden. Wenn er nicht schärfer betont wurde, als geschehen, so lag es an den Umständen. Inzwischen hat sich die Erkenntniß von der Nothwendigkeit der Vereinheitlichung auch in Regierungskreisen und andern Parteien Bahn gebrochen. Dabei wird auch die Frage der Fortexistenz der freien Hilfskassen aufgerollt werden müssen. Ich stehe nicht an zu erklären, daß die freien Hilfskassen eine Anomalie sind, die auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Wir wissen, was die freien Hilfskassen uns gewesen sind und was sie uns unter gegebenen Umständen sein können. Das darf uns aber in unserem Urtheil nicht berühren. Jedenfalls ist die Frage brennend und kann nicht übergangen werden.

Keil-Mannheim stellt folgendes Amendement: „Die Kosten der Versicherung sind aufzubringen durch eine stufenweis steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer aller Staatsangehörigen."

Stadthagen: Ich bitte das Amendement abzulehnen, da ich nicht willens bin, der Unternehmerklasse das zu schenken, was sie sich theilweise schon geraubt hat. Die Kosten seines Betriebs hat der Unternehmer selbst zu tragen. Wenn ihm eine Maschine zerbricht, so muß er den Schaden tragen, und ebenso hat er auch den Schaden zu tragen, der ihn durch Schädigung der Arbeitskraft einer menschlichen Maschine erwächst. Wir sollten nicht die Hand dazu bieten, daß der Unternehmer die Kosten auf die Arbeiter abwälzt.

Grünwaldt-Hamburg: Im Interesse der Arbeiter ist eine größere Einheitlichkeit in der sozialen Gesetzgebung dringend zu wünschen. Andererseits liegt dann allerdings die Gefahr nahe, daß der Arbeiter durch die Vereinigung nichts erzielt, daß dann im Gegentheil noch ein größerer Bureaukratismus obwaltet. Wenn der Antrag der Fraktion überwiesen wird, so muß

auch ausgesprochen werden, daß die arbeiterfeindlichen Bestimmungen ausgemerzt werden. Gegen das Amendement werde ich stimmen, den Antrag selbst nehme ich an.

Damit schließt die Debatte.

Das Amendement wird abgelehnt, Antrag 94 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 95 bemerkt Molkenbuhr, daß die größte Schwäche der Alters- und Invaliditätsversicherung darin liege, daß die Altersgrenze von den Industriearbeitern so gut wie garnicht erreicht werden kann; daß die in Antrag 95 geforderte Statistik schon längst eingerichtet sei und deshalb nicht noch gefordert werden könne.

Dieser Passus von der Statistik wird zurückgezogen.

Frau Lutz beantragt, die Forderung nach der Erhöhung der Rente in den Antrag 95 aufzunehmen.

Thierbach nimmt den zweiten Theil des Antrages 95 wieder auf und behandelt in längeren Ausführungen die Schäden, die durch den modernen Bauschwindel in großen Städten, besonders in Berlin, durch das Strohmännersystem u. s. w. die Arbeiter und Handwerker erleiden. Auf diese beziehe sich im besonderen dieser 2. Theil des Antrages 95.

Grünwaldt-Hamburg: Der Antrag 95 ist nicht weit genug; auf dem vorigen Parteitage wurde ein weitgehender und besserer Antrag angenommen.

Stadthagen: Es ist irrthümlich, daß wir dem Bauschwindel durch durch die Durchsetzung der in Antrag 95 enthaltenen Forderung entgegentreten könnten. Der hier eingeschlagene Weg ist nicht gangbar. Durch die Gewerbegerichte haben wir eine ganze Anzahl Bauschwindler fassen können, und doch blüht der Bauschwindel nach wie vor.

Dr. Arons-Berlin beantragt, den zweiten Theil des Antrages 95 durch die Worte zu ersetzen: „Bei dem Kauf eines bebauten Grundstückes sind die beim Bau betheiligt gewesenen Lieferanten, Handwerker und Arbeiter für die bis dato gelieferten Materialien und gelieferte Arbeit in baar zu bezahlen. Die genannten Forderungen haben den Vorrang vor jeder Hypothek".

Boerner-Berlin hält den Antrag für überflüssig, da bereits auf dem vorjährigen Parteitage ein Antrag gleichen Inhalts angenommen ist.

Infolge dessen ziehen Dr. Arons und Thierbach ihre Anträge zurück. Damit ist Antrag 95 erledigt.

Zu Antrag 96 bemerkt Stolten-Hamburg, daß die Form eine schlechte sei, wenn man sich auch mit dem Inhalt einverstanden erklären kann. Er beantragt deshalb, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, eine dem Sinne des Antrages Rohrlack möglichst gerecht werdende Reorganisation der Gewerbeaufsicht zu beantragen.

Rohrlack beantragt, in seinem Antrage vor das Wort „folgende" das Wort „etwa" zu setzen.

Quarck-Nassau: Der Antrag Rohrlack ist gut gemeint, aber er leidet daran, daß zu viel in ihm enthalten ist. Ueberweisen Sie ihn der Fraktion einfach zur Berücksichtigung! Die Wichtigkeit der Fabrikinspektion wird ja auch von den herrschenden Klassen immer mehr anerkannt.

Der Antrag Stolten wird der der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen, wodurch der Antrag Rohrlack hinfällig wird.

Antrag 97 befürwortet Förster-Hamburg mit dem Hinweis, daß dadurch einer großen Anzahl Männern das Wahlrecht gesichert werde, das sie heute nicht haben.

Antrag 97 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Im Antrag 98 ist das Wort „einnimmt" durch „beansprucht" ersetzt worden.

Wurm erklärt sich gegen den Antrag 98: Mit der Annahme dieses Antrages kommen wir keinen Schritt weiter. Als wir Genossen Fischer zum Schriftführer vorschlugen, stimmten ganze 16 Abgeordnete anderer Parteien dafür. Ob wir solche Demonstrationen, wie die damalige, wiederholen sollen, muß fraglich sein; wir würden uns nur wieder von neuem bescheinigen lassen, daß wir mit den andern Parteien nun einmal nichts gemein haben.

Der Antrag erledigt sich durch Uebergang zur Tagesordnung.

Antrag 99 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 100 spricht **Schneider**-Berlin: Unsere heutige Krankenversicherung ist so mangelhaft, daß, wenn wir den Antrag annehmen und dann infolge davon die freien Hilfskassen von der Bildfläche verschwinden, ein Theil der Genossen noch weiter ins Elend kommt. Die 13 Wochen lang gezahlten Unterstützungen sind so dürftig, daß eine Familie davon unmöglich leben kann. Der Arbeiter fällt nach 13 Wochen der Armenpflege anheim und verliert seine bürgerlichen Ehrenrechte. Lassen Sie die freien Hilfskassen bestehen, die jetzt dazu dienen, den Arbeitern einen Zuschuß zu gewähren.

Der Antrag wird erledigt durch Uebergang zur Tagesordnung.

Zu Antrag 106 bemerkt **Gehr**-Bremerhaven, daß er nicht der Fraktion zur Beachtung überwiesen werden, sondern daß die Fraktion geradezu beauftragt werden soll, sich dieses Antrages anzunehmen.

Nach einer Ermahnung, die **Jöst**-Heidelberg an die Fraktion richtet und worin er tadelt, daß sie sich zu wenig um die Seeleute gekümmert habe, weist

Stadthagen diese Angriffe zurück: Seit Jahren hat sich die Fraktion mit dieser Sache beschäftigt. Erst in der letzten Session haben wir über die Binnenschifffahrt viel unterhandelt und in dem vorgelegten Gesetzentwurfe manche Verbesserungen angebracht. Wir werden uns auch ferner der Seeleute annehmen.

Nachdem noch **Metzger**-Hamburg sich den Ausführungen Stadthagen's angeschlossen hat, bemerkt

Schwartz-Lübeck, daß gerade er es gewesen, der für die Seeleute thätig war; die gehörten Vorwürfe seien völlig unbegründet.

Molkenbuhr: Durch Annahme des Antrages wird noch keine Revision der Seemannsordnung geschaffen, es wird nur eine Statistik verlangt, die übersichtlicher ist als die jetzige. Das, was hier verlangt wird, ist aber durch die Statistik sehr schwer auszudrücken. Der Antrag in seinem jetzigen Wortlaut hat keinen praktischen Werth.

Gehr: Der praktische Werth des Antrages liegt darin, daß statistisch die mangelhafte Besatzung der Schiffe nachgewiesen werden soll, damit endlich Abhilfe geschaffen wird.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen von **Wurm**, **Metzger**, **Gehr**, **Molkenbuhr** und **Jöst** schließt die Debatte. Der Antrag 106 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Inzwischen ist nachstehender Antrag **Kimmel**-Hamburg eingegangen:

„Die Fraktion zu beauftragen, im Reichstage dahin zu wirken, daß alle in Gärtnereien beschäftigten Personen der Gewerbeordnung und mithin auch dem Gewerbegericht unterstellt werden."

Nach einer kurzen Begründung durch den Antragsteller wird der Antrag Kimmel der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Es sind eine Reihe von Telegrammen und Zuschriften eingegangen, die vom Vorsitzenden zur Kenntniß der Versammlung gebracht werden.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Namens der Mandatsprüfungskommission theilt Antrick-Berlin mit, daß Goebel-Mainz gestern in öffentlicher Versammlung einstimmig zum Delegirten gewählt worden ist. Sein Mandat ist demnach giltig. Gleichzeitig bittet die Mandatskommission, daß im Protokoll vermerkt werde: in Zukunft sind die Delegirten nicht mehr in Vereins-Versammlungen zu wählen. Der Partei-Vorstand möge außerdem bei Einberufung des nächsten Parteitages ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen.

Kloß-Stuttgart: Der eben gemachte Vorschlag dürfte für die weitesten Kreise zutreffen, nicht aber für Württemberg. Unsere Wahlen finden nur statt in geschlossenen Versammlungen von denjenigen, die als Mitglieder der Partei bekannt sind und ihre Schuldigkeit der Partei gegenüber gethan haben. Wenn wir in öffentlicher Versammlung wählen, so laufen wir Gefahr, daß sich Personen daran betheiligen, die wir nicht als Parteigenossen anerkennen können. Ich kann mich deshalb nicht für den Antrag der Mandatsprüfungskommission erklären.

Auer: Es handelt sich hier um einen allgemeinen deutschen, nicht um einen württembergischen Parteitag und da müssen die Württemberger sich nach den vereinsgesetzlichen Verhältnissen im übrigen Deutschland richten. Was die Genossen im übrigen Deutschland können, müssen die Schwaben doch auch fertig bekommen. (Heiterkeit.) Wenn wir die Bestimmungen der Vereinsgesetze nicht sehr korrekt innehalten, so kann uns wieder passiren, was uns schon einmal passirt ist, daß nämlich die Partei als Verein erklärt wird. Wir wollen nichts thun, wodurch wir Material für die Auflösung bieten. Das aber würde der Fall sein, wenn wir den Vorschlag von Kloß befolgen.

David-Gießen: In unserem Organisationsstatut steht nicht, daß die Delegirten in öffentlicher Versammlung gewählt werden müssen. Sind unsere hessischen Kreiskonferenzen öffentliche Versammlungen oder nicht?

Nach einem Schlußwort Antricks' wird der Vorschlag der Mandatsprüfungskommission angenommen. Delegirte dürfen künftig nicht in Vereinsversammlungen gewählt werden. Das Mandat Goebel's wird für giltig erklärt.

Vor der Tagesordnung theilt Bruhns Namens des Lokalkomités mit, daß aus der Mitte der Delegirten der Wunsch hervorgegangen ist, die Gräber unserer hier begrabenen Genossen zu besuchen. Das Komité schlägt vor, morgen die Vormittagssitzung bis um 2 Uhr auszudehnen und nach dem Mittagessen einen Spaziergang in zwanglosen Gruppen zu den Gräbern unserer Toten zu veranstalten.

Timm-Berlin ist der Ansicht, daß man morgen Nachmittag die Arbeit nicht aussetzen könne, da wir noch zu viel zu erledigen haben.

Es wird beschlossen, morgen die Nachmittagssitzung ausfallen zu lassen und den vom Lokalkomité angeregten Spaziergang zu veranstalten.

Singer theilt mit: An den Genossen, der das Arrangement des für morgen Abend in Aussicht gestellten Kommerses zu Ehren der Delegirten in der Hand hatte, ist von der Polizei der Bescheid ergangen, daß die Abhaltung des Kommerses genehmigt ist, aber nur unter der Bedingung, daß das Absingen des Liedes „Das höchste Gut", der Vortrag des Prologgedichtes „Seid gegrüßt, ihr frohen Freunde" u. a. unterbleibe. (Heiterkeit.) Als ich das hörte, da hatte ich das Gefühl, als ob wir uns in Vordersibirien befänden. (Heiterkeit.) Ich mache den Vorschlag, daß wir den Breslauer Genossen für die gehabte Mühe und für ihre gute Absicht, uns einen frohen Abend zu bereiten, unseren Dank aussprechen, aber angesichts dieses polizeilichen Verlangens auf den Kommers verzichten. Wir wollen unsere Feste nicht in Anwesenheit der Polizei feiern und uns von ihr nicht bevormunden lassen. (Sehr richtig!)

Der Parteitag stimmt diesem Vorschlage zu.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung steht Punkt 4: **Die Vorschläge der Agrarkommission zum Parteiprogramm.***) Verhandelt werden dabei die Anträge 9², 18—31, 103, 110.

Auf Vorschlag Singer's wird die Beschränkung der Redezeit für die Verhandlung dieses Punktes außer Kraft gesetzt. Das Wort erhält auf Anregung Molkenbuhr's in der Diskussion abwechselnd ein Redner für und ein Redner gegen die Vorschläge. Zunächst soll eine Generaldebatte stattfinden.

Berichterstatter der Agrarkommission Dr. Quarck: Das Interesse an der Frage nach der besten Landagitation ist in der Partei ein außerordentlich hohes. Wir in der Agrarkommission sind natürlich nicht so blind, daß wir nicht auch den „Dolch im Gewande" sähen, den Mancher bei diesem Vorwärtsdrängen schon meuchlerisch hat blitzen lassen. Aber Agrarier wie wir nun einmal sind, ist es für uns in der Kommission doch schon eine rechte Genugthuung, zu sehen, daß wir im Eifer für die Sache einig gehen. Und das gehört sich auch so für die deutsche Sozialdemokratie. Sehen Sie doch nur, mit welcher Aengstlichkeit sich unsere geschworenen Feinde, die echten Agrarier, um das Landprogramm herumdrücken seit seiner Veröffentlichung. Nur der deutsche Landwirthschaftsrath, die Spitze aller Agrarierorganisationen Deutschlands, hat in seiner Sitzung vom 8. März d. J. sehr ernsthaft unserer Agrarkommission gedacht und ausgesprochen, daß er nunmehr in eine „vielseitige und gründliche" Prüfung der Landarbeiterfrage eintreten müsse. Es stimmt also nicht, daß sich die Kapitalisten mit Ar und Halm über unsere Thätigkeit im Ernst freuten, weil wir ihnen in die Hände arbeiteten, wie manche Genossen behaupten. Nein, unseren Gegnern wurde recht unheimlich zu Muthe. Noch nie sind soviel Anläufe zu „Reformen" auf allen bürgerlichen Seiten für den kleinen Mann auf dem Lande gemacht worden, als seit unserm Frankfurter Parteitage. Und weiter: Wenn uns auch die politische Reaktion gerade in der letzten Zeit immer finsterer droht, wir haben eine kleine Probe davon ja erst heute erlebt, auch daran trägt meines Erachtens unser neuerliches Hinüberdringen auf das Gebiet der ländlichen Machthaber ihr gutgemessen Theil. Was jedoch unsern Gegnern ein Gegenstand des Schreckens war, bei uns im eigenen Lager war es Gegenstand lebhaftester und ungenirtester Kritik. Ein Glück, daß wir ihrer fünfzehn in die Agrarkommission gewählt wurden. Die gesammte Rückenfläche, die wir fünfzehn den kritischen Hieben unserer Genossen bieten konnten, war eine sehr ansehnliche Breite, wenn sich auch einige Schmale und ein nicht gerade sehr Standhafter unter uns befanden. Sachlich war die Aufgabe der Agrarkommission äußerst schwierig. Und doch blieb die Kommission ein schlecht behandeltes Adoptivkind für die Genossen. Die Berliner November- und Dezember-Versammlungen, in denen so wie anderswo uns eine Art Schwindsuchtsbazillus einzuimpfen versucht wurde, zeigten das. Andererseits erweckte der erste Schritt von der Theorie zur Praxis in Frankfurt allzu lebhafte Hoffnungen.

Bekanntlich hat sich die Kommission am 10. und 11. Februar d. J. in drei Unterausschüsse getheilt. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Methode und das Ziel unserer Arbeiten haben nie bestanden. Nie ist eine Minorität von den Anderen majorisirt worden. Wir haben stets die Mittellinie gesucht und kein Mitglied hat ein Opfer des Intellektes bringen müssen, um die Einigkeit zu wahren. Wer allerdings seine Meinung für sich behielt, konnte nicht widerlegt werden; wir sollten aber doch auch nicht Obstruktionspolitik treiben. Ich schicke dies voraus, weil in der letzten Zeit in Parteiblättern falsche Darstellungen davon gegeben worden sind.

---

*) In einem Anhang bringen wir die der Diskussion zu Grunde liegenden Entwürfe und Vorschläge der Agrarkommission im Wortlaut zum Abdruck.

Im einzelnen führten die Verhandlungen vom 10. und 11. Februar nach einer Generaldiskussion zur Festsetzung der beiden Aufgaben: 1. Sammlung des bereits vorhandenen, event. neuen Materials, 2. Entwurf von Ergänzungsvorschlägen zum Programm. Daß diese Beschlüsse gefaßt waren, wurde sofort im „Vorwärts" vom 12. Februar kundgegeben. Es konnte also keins der Mitglieder davon „überrascht" sein, daß die Unterausschüsse nach den Beschlüssen der ersten Sitzung Ergänzungsvorschläge zum Programm ausarbeiteten.

Bebel, Liebknecht, Molkenbuhr, Schippel und Schoenlank bildeten den Unterausschuß für Norddeutschland; Bock, Hug, Katzenstein, Schulze und ich für Mitteldeutschland; Baßler, Birk, David, Geck und Vollmar den für Süddeutschland. Wir glaubten damit nicht nur geographisch, sondern auch sachlich abzutheilen: der norddeutsche Ausschuß hatte Ostelbien als Gegend mit vorwiegendem Großgrundbesitz zu bearbeiten, der mitteldeutsche Sachsen, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Westfalen, Hannover mit mittelbäuerlichem Besitz, der süddeutsche wurde namentlich auf das Studium des zersplitterten Kleingrundbesitzes hingewiesen. Die Verbindung zwischen den Unterausschüssen sollte ich als Sekretär der Kommission aufrecht erhalten. Ich habe in dieser Frage über 100 Schriftstücke versandt, eine Bibliothek landwirthschaftlicher Literatur zusammengestellt und den Mitgliedern auf Wunsch übersandt. Die erste Separatsitzung hielt der süddeutsche Ausschuß am 21. und 22. Mai in Mainz unter Hinzuziehung von noch sechs Genossen, denen sämmtliche Materialien zugänglich gemacht wurden. In zweitägiger Verhandlung wurde der süddeutsche Programmentwurf angenommen und ein Fragebogen zur Erforschung der sozialen Verhältnisse typischer Landgemeinden formulirt. Von etwa 800 ausgegebenen Fragebogen wurden bis August dieses Jahres 250 aus 250 Gemeinden beantwortet. Ueber das Ergebniß derselben wird Genosse David berichten. Der mitteldeutsche Ausschuß erließ im Februar Aufrufe in den benachbarten Parteiblättern mit der Bitte, alles Material über ländliche Verhältnisse einzuschicken. Es liefen einige Briefe und ländliche Arbeitsverträge ein. Am 12. Mai trat er zu einer Sitzung in Gotha zusammen, zu der noch acht Sachverständige zugezogen waren. Die Vornahme einer Enquete wurde abgelehnt, dagegen ein Programmentwurf eingehend berathen und in der Ihnen bekannten Weise formulirt. Der norddeutsche Ausschuß konstituirte sich am 25. April und hielt am 19. Mai in Berlin eine Sitzung unter Zuziehung von drei Sachverständigen aus Ostpreußen ab und formulirte Vorschläge zur Ergänzung des Programms. Die drei Entwürfe wurden allen Mitgliedern der Kommission zugeschickt. Am 27. und 28. Juni hielt die Kommission ihre zweite Plenarsitzung in Berlin ab. Vollmar und Geck waren am Erscheinen verhindert. Es wurde in der Debatte jede einzelne Forderung eingehend begründet; am ersten Tage wurden die fünf ersten Punkte des Programmentwurfs der Gesammtkommission bis auf einen, gegen den Schoenlank stimmte, angenommen. Es waren dies die Vermehrung des öffentlichen Grundeigenthums, Bewirthschaftung desselben durch Genossenschaften oder Selbstbewirthschafter, Staatskredit für Gemeinden und Genossenschaften zur Bodenverbesserung, Hebung des ländlichen Bildungswesens und Hypothekenverstaatlichung. Bei dieser Abstimmung fehlten nur Vollmar und Geck. Am zweiten Tage bei der Gesammtabstimmung, bei der freilich Schippel fehlte, erfolgte die Annahme einstimmig. Mit Vollmar wurde eine Verständigung durch eine persönliche Besprechung gesucht und gefunden, sodaß der Partei-Vorstand am 16. Juli den Entwurf der Gesammtkommission zusammen mit der Einladung zum jetzigen Parteitage veröffentlichen konnte. Im September erfolgte die Veröffentlichung der drei Vorentwürfe, die Vollmar schon im Juli gewünscht hatte. Unsere letzte Sitzung haben wir dann am vergangenen Samstage hier in Breslau gehabt und unsere Anträge nunmehr so abgeändert und formulirt, wie sie Ihnen

als II. und III. vorliegen. Diese Darstellung unseres Arbeitens widerlegt doch genügend die Aeußerungen über die „Geheim- und Wichtigthuerei" und über die „Hast", etwas fertig zu bringen.

Wir zogen auch zahlreiche Genossen zu unseren Arbeiten zu und hielten ihnen auch nicht einen Buchstaben von dem geheim, was uns vorlag. Und gerade die Süddeutschen, die am meisten gehastet haben sollen, haben in der zweiten Hälfte unserer Arbeiten wegen Vollmar's Erkrankung umgekehrt eine Verlangsamung und Hinausschiebung der Beschlußfassung gewünscht.

Nach dieser Erledigung der Aeußerlichkeiten kommen wir zur Agrarfrage in Verbindung mit unseren Vorschlägen. Wir haben eine Generaldiskussion und ein Spezialdiskussion; in der letzteren habe ich eine eingehende Begründung für jeden Punkt zu geben. Jetzt will ich Ihnen die Gesammtanschauung darlegen, von der wir ausgegangen sind. Ich glaube in Ihrem Sinne, auch in dem des grimmigsten Kritikers, des Genossen Kautsky, zu handeln, wenn ich zunächst Klarheit schaffe über die Grundsätze in unserer Partei über die Landfrage. Da ist uns nun als Hauptfrage die folgende entgegengeworfen worden: Revolution oder Reform?

Auf diese Frage erwidere ich folgendes: Die Fülle von revolutionärer Kraft und und Gesinnung, welche so zahlreiche Resolutionen der Genossen zum Agrarprogramm bekunden, ist auch von uns mit Genugthuung begrüßt worden. Unsere Daseinsberechtigung als sozialdemokratische Partei steht und fällt damit, ob wir unerschütterlich daran festhalten: die wirthschaftliche Entwicklung drängt von selbst zur Abschaffung des Privateigenthums an jeder Art ausbeutenden Kapitals, das Fortschreiten der Kultur kann nur verbürgt werden dadurch, daß wir jene Entwickelung unterstützen, daß wir auf die Schaffung einer neuen Wirthschaftsordnung mit hinarbeiten helfen, welche keine kapitalistische Ausbeutung mehr kennt, weil Besitzer der Produktionsmittel und Arbeitende dieselben geworden sind: das freie Volk! Darin sind wir alle einig. Aber der Weg zu diesem schönen Ziele ist schwierig, er führt mitten durch das Elend der heutigen Wirthschaft. Auf ihrem Boden müssen wir dem Endziel vorarbeiten, wir können sie nicht überspringen. Und darin liegt das Zwiespaltige jeder Art unserer Thätigkeit, nicht blos der landagitatorischen: daß wir ein riesenhaftes Kulturziel deutlich sichtbar vor unseren Augen haben, eine Umwälzung der Eigenthumsbegriffe sicher kommen sehen und vorbereiten, dabei aber mit den überlieferten bestehenden Verhältnissen rechnen und uns an diesen fortwährend reiben müssen. Die Frage steht also nicht so: Revolution oder Reform, Umwälzung oder Verbesserung der bestehenden Verhältnisse, sondern: Umwälzung und Reform, Revolution und auch Verbesserung der bestehenden Verhältnisse, aber nur diejenige Verbesserung, welche die spätere Umwälzung vorarbeitet, sie nicht etwa vertagt oder hemmt. Wir formen fortwährend an der wirthschaftlichen Entwicklung mit, wie wir an der politischen mitarbeiten. Es giebt unter den bestehenden Verhältnissen zweierlei revolutionäre Thätigkeit für uns: das Revolutioniren der Köpfe und das Revolutioniren der Dinge, d. h die allmälige Beeinflussung und Umformung der wirthschaftlichen und politischen Einrichtungen durch unsere Theilnahme an der praktischen Politik. Daß wir uns jetzt darüber streiten, ob dasselbe auch für die Landwirthschaft zu thun sei, rührt unter Anderem mit gewissen Eindrücken des Augenblicks zusammen, unter denen wir jetzt stehen. Die Fürsorge für die Landwirthschaft ist im preußisch-deutschen Junkerstaat heute lediglich ein demagogisches Schlagwort der reaktionären Parteien geworden, hinter dem sich die krasseste Interessenpolitik der herrschenden Großgrundbesitzerklasse versteckt. Aus dieser politischen Konstellation hat die ganze Agrarpolitik — auch diejenige im Sinne der Kulturentwicklung — einen so üblen Geruch abbekommen, daß sich heute ein anständiger Mensch beinahe schämt, Agrarpolitiker zu heißen. Demgegenüber haben wir Sozialdemokraten nun die hohe

und bedeutsame geschichtliche Aufgabe, eine von lauteren und weitsichtigen Kulturabsichten geleitete Agrarpolitik wieder zu Ehren zu bringen. Mitte dieses Jahrhunderts, als Thaer, Liebig wirkten, gab es noch eine Zeit, wo Agrarier und Reaktionäre, Landeskultur und junkerliche Interessenwirthschaft und Wahltaktik noch nicht zwei Worte für denselben Begriff waren. An diese Ueberlieferung haben wir wieder anzuknüpfen. Es wäre traurig um den Sozialismus als Weltanschauung und politische Richtung bestellt, wenn er nicht auch auf dem Gebiete des Landbaus und der Ackerbaupolitik sich schöpferisch und kulturfördernd bethätigte, oder wenn die Frage entscheidend wäre, ob wir auf dem Lande augenblicklich Wahlerfolge erzielen oder nicht. Wir arbeiten doch nicht um die Gewinnung von ein paar hunderttausend Stimmen mit allen Mitteln wie die Junker, sondern um der Zukunft der Menschheit willen, die doch auch ein bischen von der Zukunft der Landwirthschaft abhängt. Das haben z. B. jene Genossen eines in der Umgegend von Berlin liegenden Wahlkreises vergessen bei folgender sonderbaren Agrarenquete. Sie zählten in bestimmten Ortschaften die Stimmen, auf die wir seitens der Landleute rechnen konnten, und daneben diejenigen der Beamten, Handwerker, Arbeiter. Und da die letzteren in der Mehrheit waren, sagten sie: Wir brauchen kein Agrarprogramm. (Heiterkeit.) Ich meine zwar nicht wie Vollmar, daß wir die Industriearbeiter bereits vollkommen gewonnen hätten, aber ich kann auch nicht in den Ruf einstimmen: Bleiben wir hübsch in den städtischen Versammlungssälen! Noch eins kommt hinzu, es handelt sich um denjenigen Zweig der Volkswirthschaft, der so entscheidend bei der Beantwortung der Magenfrage mitspricht. Es kann uns als Sozialisten durchaus nicht gleichgiltig sein, ob die Produktion von Brot in zurückgebliebenen Betriebsformen geschieht oder nicht.

Hierher gehören diejenigen unserer Forderungen, die Staatsmittel für Gemeinden oder Verbände zur Bodenverbesserung, Wasserkultur und dergleichen verlangen. Dagegen wurde uns vorgeworfen, wir verlangten Mittel aus dem allgemeinen Säckel zur Erhöhung des Grundwerthes. Ja, wer Landeskultur treibt, der giebt Mittel für die Erhöhung des Grundwerthes, ebenso wie derjenige, welcher Mittel zu Eisenbahnen, Kanälen und ähnliches bewilligt, Tausende von städtischen Anwesen rapid im Werthe steigern hilft. Läßt sich aber das unter den bestehenden Verhältnissen überhaupt vermeiden? Müßten wir uns dann nicht von jeder Art positiver Arbeit unter dem Regime des Kapitalismus zurückziehen? In Wirklichkeit verlangen wir von jeher vom heutigen Staate, daß er Kulturaufgaben erfüllt. Wir halten beständig dem Militärstaat vor, was er für unproduktive Zwecke zum Fenster hinauswirft, und was er für produktive thun sollte. Unsere Abgeordneten haben im Reichstage wiederholt davon gesprochen, daß die Aufwirthschaftung der Moore, der Haidestrecken u. s. w. durch Staatsmittel eine Aufgabe des heutigen Staates sei. In Uebereinstimmung damit sagt Engels, daß die materiellen Opfer, die in diesem Sinne im Interesse der Bauern aus öffentlichen Mitteln zu bringen sind, eine vortreffliche Anlage seien. Daß wir solche Mittel nur für die Landwirthschaft verlangen, erklärt sich daraus, daß wir es zunächst nur mit einem Landprogramm zu thun haben. Unsere Thätigkeit auf anderen Gebieten wird nicht gehemmt, sondern angespornt. Wenn wir jetzt für Landeskultur im Interesse der Sache eintreten und Staatsmittel bewilligt haben wollen für das, was bis jetzt vielfach zurückgestellt ist, weil es nicht gleich in greifbaren Summen in die Taschen der Großgrundbesitzer fließt, weil es Vorlagen sind, welche die Gesellschaft zu Gunsten der besseren technischen und sozialen Entwicklung des Landwirthschaftsbetriebes machen soll, dann sind wir doch nicht reaktionär, sondern kulturfördernd und revolutionär. Wir verhindern, daß diejenigen Mittel zu kulturfeindlichen Zwecken verwendet werden, die wir für die friedliche Landeskultur festlegen. Deshalb sind ja die jetzigen Machthaber meist so schwer für wirkliche Kulturaufgaben zu

haben, weil sie fürchten, daß ihnen etwas entgeht, wodurch sie ihre Gewaltmittel stärken könnten.

Ich komme nun zu der Frage, wie unsere Landeskulturvorschläge beschaffen sein müssen, um als sozialistisch zu gelten. Bei der Vorberathung des Erfurter Programms verlangte Kautsky, daß die Sozialdemokratie nichts unterstütze, was im Gegensatz zu den Interessen des Proletariats als Klasse steht. Er fügte hinzu, daß als revolutionäre Klasse in der heutigen Gesellschaft die Arbeiterklasse die einzige ist, deren Interessen überall zusammenfallen mit denen des Fortschrittes der Gesellschaft. Auch die Schlußsätze der bekannten beiden Artikel von Bebel im „Vorwärts", die unsere Absichten bei Abfassung des Agrarprogramms vorzüglich erläutern und die von jedem Mitglied der Agrarkommission unterschrieben werden, stimmen mit den Forderungen von Kautsky überein. Wir sind also von ganz denselben Absichten geleitet worden, wie unsere schärfsten Kritiker. Sollte also wirklich eine Verständigung unmöglich sein?

Bereits Vollmar und Schoenlank haben in ihren Referaten für den Frankfurter Parteitag werthvolles Material zur thatsächlichen Orientirung über die Geschichte und jetzige Lage der sozialen Verhältnisse auf dem Lande beigebracht. Wäre dies während der Agrardebatten der letzten Monate von manchem der lautesten Rufer im Streit im stillen Kämmerlein studirt worden, so ständen wir uns jetzt schon in unseren Ansichten über die Landagitation näher. Die Entstehung und die soziale Gliederung der deutschen landwirthschaftlichen Bevölkerung sowie ihre Eigenthümlichkeiten sind dort statistisch anschaulich geschildert. Nur nach zwei Richtungen will ich die Darstellungen ergänzen; viele von uns wissen noch nicht genau, was sie unter einem Kleinbauern zu verstehen haben und dann ist in der bisherigen Debatte ganz unerörtert geblieben, wie sich die herrschende Agrarpolitik eigentlich zum Kleinbauern stellt.

Nach der letzen deutschen Berufszählung von 1882 entfallen auf den Beruf der Landwirthschaft, Forstwirthschaft, Thierzucht und Fischerei einschließlich der Dienenden und Familienangehörigen 19,2 Millionen Köpfe oder 42,5 Prozent der Bevölkerung. Von den 5,2 Millionen Betrieben aber mit 31,8 Millionen Hectar Land, auf die sich jene Personen vertheilen, waren bekanntlich 3 Millionen oder 58 Prozent unter 2 Hectar, ferner nicht ganz 1 Million oder 18,6 Prozent 2—5 Hektar groß. Wir haben von 5,2 Millionen landwirthschaftlichen Betrieben überhaupt ca. 4 Millionen oder 76 Prozent echt kleinbäuerliche Besitzungen. Nun enfällt auf diese Betriebe allerdings nur 16 Prozent der landwirthschaftlich benutzten Fläche. Aber wir haben es doch in der Politik mit den Menschen und ihren sozialen Verhältnissen zu thun; etwa drei Viertel der landwirthschaftlich beschäftigten Menschen sind kleinbäuerliche oder direkt für Lohn arbeitende Landproletarier.

Dieser Kleinbauer kommt nicht nur als süddeutsche Merkwürdigkeit vor, er ist eine auch in Norddeutschland für den Agrarpolitiker nicht ganz unbekannte Erscheinung. In beiden Mecklenburg sind ca 80 pCt. aller Betriebe nur bis 2 Hektar groß, in Rheinland und Westfalen ca. 70 pCt., in Provinz Sachsen 66 pCt., in Pommern 65 pCt. in Brandenburg 63 pCt., in Westpreußen 60 pCt. Steht nun dieser recht zahlreich vorhandene Kleinbauer uns so nahe, daß wir als proletarische Partei auf ihn einwirken können? Der deutsche Kleinbauer ist kein einheitlicher Typus. Hier in Oberschlesien haben Sie den verkommenen oder doch verkommenden Kleinbauern, der erdrückt wird von dem Latifundien-Besitzer. Etwas höher noch steht der mitteldeutsche Kleinbauer, der in Sachsen, Thüringen, auch in Nordwestdeutschland sitzt. Seine Wirthschaft ist noch relativ sauber, aber es fehlt ihm an Geld und Geschäftsgewandtheit. Dann folgt der süddeutsche Kleinbauer, dort wo er als Viehzüchter oder als Züchter von Handelsgewächsen oder als Weinbauer arbeitet, ist er gerissener als der mitteldeutsche Kleinbauer, hat höhere Lebensansprüche und trägt den Kopf höher. Sollen wir nun den noch

höher stehenden Bauern ganz proletarisiren lassen, daß er von selbst zu uns kommt? Das geschieht aber nicht. Umgekehrt, gerade der geweckte Bauer, der noch nicht ganz verelendete, wäre am ehesten für uns zu haben, hätten wir nicht bisher selbst dazu geholfen, ihm das Zutrauen zu uns als Kulturpartei beinahe künstlich zu nehmen. Wir bethätigen uns in jeder städtischen und gewerblichen Frage als die Partei des Fortschritts, aber für den Fortschritt auf dem Lande haben wir keine Richtschnur. Und doch warten unserer auch auf dem Lande tausend Schmerzen der Kleinen und Unterdrückten. Die ganze herrschende Politik der Landeskultur ist zugeschnitten in Gesetzgebung und Verwaltung auf die Besitzenden auch in ländlichen Bezirken. Bei der Gestaltung des Gemeindebesitzes und der Bezüge aus ihm, bei der Erwerbung oder dem Verkauf von Gemeindeländereien ist das Interesse des „fetten" Bauern, der im Gemeinderath und im Kreisausschuß das große Wort führt, maßgebend. Bei den Flurbereinigungen, Zusammenlegungen und Verkuppelungen ist die Stimmvertheilung für alle Anträge so eingerichtet, daß der große Besitz alles machen und alles verhindern kann. Bei Be- und Entwässerungsanlagen wird in dem Geldbeutel des Protzenbauern gewirthschaftet, die Kleinen haben das Nachsehen. Das ganze Arbeiterrecht auf dem Lande ist mit Gesindeordnungen, polizeilichem Rückkehrzwang und Aehnlichem auf das brutale Unternehmer-Interesse des Großbauern und Großgrundbesitzers zugeschnitten, während der Kleinbauer nicht das geringste Interesse an die Erhaltung dieser Feudalreste hat; tagelöhnert er doch stellenweise und in nicht geringem Umfange selber. Der Bodenkredit ist so organisirt, daß der große Besitz noch geborgt erhält, und wenn er in Schulden bis über die Ohren sitzt, während sich der Bauer die Füße wund laufen kann, wenn er einmal ein paar Pfennige braucht. Die landwirthschaftliche Versicherung kommt selbst dort, wo sie bereits staatlich ist, dem Großen entgegen, den kleinen Grundbesitzer „überläßt sie seiner Pein". Die Feld- und Thierpolizei wird von Organen ausgeübt, die den reichen Herren Gemeinderäthen nahestehen und ihnen durch die Finger sehen, beim Kleinen aber unnachsichtlich einschreiten. Also wie in der Zollpolitik des Reiches, so in der Gemeindepolitik des flachen Landes. Und die Unsumme von Verbitterung, die sich aus diesen Verhältnissen bei den Bauern ergiebt, sollten wir nicht ausnutzen für das Hineintragen sozialistischer Gedanken, womit wir gleichzeitig große Kulturzwecke fördern können?

Auf diese Frage giebt es nur ein Ja. Wenn wir dabei manches unterstützen, was der jetzige Staat theilweise auch unterstützt, so thun wir dasselbe auf gewerblichem Gebiete ja auch alle Tage. Es kommt nur auf die Absicht und auf das klare Endziel an, das wir im Auge behalten müssen. Die Sozialdemokratie vertritt hierbei diejenige Kulturpolitik, die für das Wohl aller eintritt. Nicht des Bauernfanges wegen haben wir die Unterdrückten auf dem Lande zu unterstützen, aber wir können nicht ruhig zusehen, wie sie in jeder Hinsicht vergewaltigt werden. Wir werden dabei nicht so utopistisch sein, den Fortschritt des Großkapitals auf dem Lande künstlich aufhalten zu wollen; aber wir brauchen durch unsere Unthätigkeit auch nicht mithelfen, daß sich das ländliche Großkapital eine Unsumme von Extravortheilen verschafft. In seinem letzten Aufsatz über die Agrarfrage stellt unser größter Taktiker Engels die Frage: „Was ist denn unsere Stellung zur Kleinbauernschaft; wie stellen wir uns schon heute zu ihr?" Und in seiner Antwort steht Engels unzweifelhaft auf Seiten der Gedanken, aus welchen unser Agrarprogramm-Entwurf entsprungen ist.

Die Agrarkommission ist gern bereit, der berechtigten Kritik der Parteigenossen Rechnung tragen. Als berechtigt haben wir vor Allem die Einwände gegen die Verbindung unsrer neuen Vorschläge mit dem Erfurter Programm anerkannt. Wir haben deshalb alles, was sich nicht zwanglos zu den schon bestehenden Punkten des Erfurter Programms hinzufügen läßt, herausgenommen und der Kritik folgend abgeändert. Beim Arbeiterschutz haben wir sehr gern

auch einige Vorschläge der Parteikritik beachtet. Vom Landarbeiterschutz spreche ich deshalb so wenig, weil nicht der geringste Streit ist, daß der Landproletarier mindestens ebenso eifrig und kräftig von uns zu schützen ist gegen seine Ausbeuter, als der städtische Proletarier. Die Zusammenstellung der Agitationsforderungen für sie war der weniger schwierige Theil der Arbeit. Viel schwieriger war die Festsetzung von allgemeinen Landforderungen im Interesse der Landeskultur. Die Verbindung mit dem Erfurter Programm nahmen wir zuerst vor, um den Genossen zu zeigen, daß wir hohen Werth auf die Mitbenutzung des Erfurter Programms bei der Landagitation legen.

Hätten wir unsere Vorschläge als gesondertes Landprogramm vorgelegt, als Grundsätze für unsere Thätigkeit auf dem Lande, so wäre ein guter Theil der grundsätzlichen Einwendungen nicht gemacht worden, die in den Debatten auftauchten. Formulirt werden müssen solche Forderungen für die praktische Thätigkeit unserer Partei auf dem Lande, wenn wir nicht die nationale und internationale Einheit der Bewegung gefährden wollen. Redner verweist auf das französische Agrarprogramm, auf das belgische, italienische, dänische. Hätten die Gegner unserer Anträge Recht, dann gäbe es beinahe in der ganzen internationalen Sozialdemokratie keine Prinzipientreue mehr, ausgenommen natürlich unsere deutschen Agrarmanchestergenossen. Mit dem Radikalismus allein in Worten ist nichts gethan. Noch mehr: in zahlreichen Flugblättern, die deutsche Genossen seit Jahren in ländlichen Bezirken für Wahlen verbreitet haben, werden ähnliche Forderungen wie jetzt von uns aufgestellt. Redner erinnert an eine hessische Parteibroschüre, an die badischen, bayerischen, württembergischen Landtagsprogramme der Sozialdemokratie. Auch zahlreiche norddeutsche und preußische Genossen sind uns mit gutem Beispiel vorangegangen. Aus dem sächsischen Landtage hoffe ich in der Debatte einige recht artige Proben sozialistischer Agrarpolitik vorzulegen. Die Nothwendigkeit, positive Agrarpolitik zu treiben, hat sich eben längst praktisch durchgebohrt. Das ist aber wieder ein Beweis dafür, daß wir eine allgemeine Richtschnur brauchen. Unser Thun und Lassen soll ein bewußtes sein. Wir müssen unsere Genossen in den Landtagen und Gemeindevertretungen gewisse Anhaltspunkte für ihre agrarpolitische Thätigkeit bieten. Die Einheitlichkeit unserer Partei verlangt gebieterisch die Festlegung agrarpolitischer Grundlinien. Gerade wir wollen „Stegmüllereien" in den kleineren Vertretungskörpern vermieden wissen; die Gegner eines einheitlichen Agrarprogramms aber öffnen ihnen Thür und Thor. Der Agrarkommission liegt nichts ferner als Rechthaberei oder Enttäuschtsein über die Aufnahme ihrer Vorschläge. Wir sind sicher mit Ihnen darin völlig einig: ein Landprogramm, das gegen den Willen auch nur einer erheblichen Minderheit der Partei durchgesetzt würde, hätte gar keinen Werth für unsere Sache. Wer aber nicht hinzulernen will, stößt diejenigen, welche lernen wollen, von sich ab und gefährdet die Einigkeit. Wir sind überzeugt, so gut wie wir hierher gekommen sind, um zu lernen, werden auch Sie sich unseren Gründen, wo sie sich als gut erweisen, nicht verschließen. Möge sich die Urkraft der Mutter Erde auch an unserer Partei bewähren, wie an jenem sagenhaften Riesen, der so oft neue Kraft gewann, als er den Boden berührte. Das ist unser aller Wunsch. Durch unsere Arbeiten in der Agrarfrage und für die Landagitation soll unsere Partei nicht matter und unentschiedener, sondern immer mehr kampffähig und revolutionär im besten Sinne des Wortes gemacht werden! (Beifall.)

Singer: Soeben ist folgender Antrag (121) eingegangen, den ich hiermit zur Debatte stelle:

Der Parteitag wolle beschließen:

Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen. Denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigenthums in Aussicht und trägt

dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigenthums-Fanatismus; es erklärt das Interesse der Landeskultur in der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariats, und doch ist das Interesse der Landeskultur ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigenthums an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf des Agrarprogramms dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats, und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur ein Staatswesen erspießlich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat.

Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirthschaft ihre eigenthümlichen von denen der Industrie verschiedenen Gesetze hat, die zu studiren und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem flachen Land eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll. Er beauftragt daher den Partei-Vorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen veröffentlichen, als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands".

Der Partei-Vorstand erhält Vollmacht, die nöthigen Geldaufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

K. Kautsky. C. Zetkin. Arons. Fischer-Dresden. Wetzker-Dresden. Schippel. Fischer-Berlin. Pfannkuch. Eichhorn-Dresden. Kölle-Hamburg. Ludwig Kimmel-Hamburg 3. Gerlach-Wanzleben. Simon Deppe. Michels. Hans Block-Dortmund. Otto Hue. Rieger. Reil. Singer. J. Auer. A. Gerisch. Haug. Max König. Carl Kloß. Stadthagen.

Es folgt die Wahl der Neunerkommission. 210 Stimmzettel sind abgegeben worden, davon sind 2 ungültig, 13 zersplittert. Gewählt sind: Kloß, Herbert, Dahlen, Buchwald, Fülle, Förster, Antrick, Koenen, Rauch. Die Neunerkommission konstituirt sich.

Als Korreferent zum Agrarprogramm erhält das Wort

Schippel: Auf einen Theil der persönlichen Vorwürfe Quarck's komme ich später zurück. Was dann die Behauptung des Referenten anbelangt: die Bedeutung der Agrarkommissionsthätigkeit könne man am besten daraus ersehen, daß die Gegner alle Schritte der Kommission aufmerksam verfolgt hätten, so führte Quarck nur einen Beleg dafür an, den deutschen Landwirthschaftsrath, in dem die Sache allerdings erwähnt worden ist, aber vor der Veröffentlichung des Programms. Nach der letzteren dürften die Gegner eher aufgeathmet haben, denn in dem ganzen sozialdemokratischen Entwurf findet sich kaum eine Forderung, die nicht übernommen ist aus bauernbündlerischen, junkerlich-agrarischen und antisemitischen Programmen, zum Theil schlechtester Art. Hier ist das sozialistische geistige Eigenthum Diebstahl.

Dann ist im Referat die Befürchtung von neuem ausgesprochen worden, wir, die Gegner des Entwurfs, unterschätzten die Bedeutung der Agrarfrage. Wie wunderbar jedoch, daß meist gerade unsere besten Landagitatoren, die ganze Distrikte und Provinzen unserer Partei neuerschlossen haben, am wenigsten von dem neuen Programm wissen wollen — daß Theoretiker wie Kautsky, die am frühesten die Bauernbewegung studirten, Gegner der Vorschläge sind. Auch ich selber bin der Frage nicht erst seit dem vorigen Parteitag näher getreten; als Schüler von Rodbertus war ich Agrarier, ehe ich Sozialdemokrat wurde.

Der Referent wünschte auch, man solle mit der Kommission ein menschliches Rühren fühlen und sie nicht in Grund und Boden hinein verurtheilen. Ich habe

in der Parteikritik nicht die Härte herausfühlen können, über die man sich beklagt. Aber allerdings, einem Gefühl will ich Ausdruck geben: dem des Bedauerns, daß eine Reihe der bewährtesten alten Parteigenossen sich so leicht beeinflussen ließen und staatssozialistischen und agrarischen Lockungen folgten, weil sie der Sachkunde und Erfahrung der jüngeren Genossen vertrauten, die hier die Führung übernahmen.

Ich sagte, fast alle Forderungen sind gegnerischen Programmen entnommen. Doch selbst die Gegner haben bei einzelnen schon einsehen müssen, daß sie zu weit gehen, zu weit gehen selbst vom einseitigen Interessenstandpunkt der Bauern aus. Nehmen wir die „unbeschränkte Aufrechterhaltung der Wald- und Weiderechte". Jedermann wird zweifellos dem Gebirgsbauer, der kein Getreide bauen kann und doch Streu braucht, die Streu aus dem Walde gönnen. Doch auf der anderen Seite steht das Interesse des Waldbesitzers, des Staates, daß die Ausnutzung des Rechtes nicht bis zur offenbaren Schädigung des Baumwuchses führe. Wo Bauholzrechte schwerer ins Gewicht fallen, ist die Forstwirthschaft im Uebergang zu vielleicht rentablerem Anbau, etwa von Kiefern, gebunden. Das Harzscharrrecht war lange der Ruin der werthvolleren Hölzer. Ueberall haben wir also einen Konflikt der Interessen von Wald- und Landwirthschaft, in dem wir uns unmöglich einfach immer auf Seite des Bauern stellen können. Oft hat der Bauer, der Wäldler auch selber ein Interesse an der Ablösung des Rechtes. Wie mancher ist froh, sein Harzscharrrecht zur rechten Zeit abgelöst erhalten zu haben, da heute Pech und Terpentin vom Auslande hereinkommen. Die Weide würde ihm wenig nützen, seitdem Klee- und Kartoffelbau und Stallfütterung vielleicht seine ganze Viehzucht auf andere Grundlage gestellt haben. Aehnlich mit der Waldmast. Für das Recht auf Bauholz — „zur Erhaltung der bestehenden Baulichkeiten", wie es in Bayern heißt — nimmt er in hunderten von Fällen lieber baar Geld, den einmaligen Kapitalswerth seines dauernden Rechtes, um massive Ställe, steinerne Böden, feuersichere Dächer anzulegen. In der bayrischen Kammer hoben der Finanzminister Riedel und der Regierungskommissar Dr. Ganghofer hervor, daß die „Aufrechterhaltung" der Waldrechte oft wider das Interesse der Berechtigten selber und daß die Ablösung vielen eine wahre Rettung gewesen sei — so überzeugend, daß selbst der Genosse Vollmar damals (1893) erklärte: „Ich muß gestehen, daß ich den Antrag (Dr. Jäger, die Holz-, Streu- und Weiderechte betreffend) so verstanden hatte, wie ihn der Herr Referent und der Herr Minister verstanden haben. Man mußte meinen, es wäre ein Verbot künftiger Ablösung beabsichtigt. . . . Nun erklären aber die Herren selbst, kein solches Verbot zu wollen. Und auch ich stehe auf diesem Standpunkt. (Rufe: hört! hört!) Für ein solches Verbot ist kein öffentliches Interesse vorhanden. . . . Außerdem bemerke ich, daß die Ablösung der Waldrechte zu einem Theil auch sehr nützlich ist. Ich kenne ja vollkommen die Stimmung der Landwirthschaft, obwohl ihr Interesse an der Waldstreu großentheils ein mehr eingebildetes ist, da deren wirklicher Werth für die Landwirthschaft nicht so groß ist. Allein nicht minder berechtigt als das Interesse der Landwirthschaft ist auch das des Waldes, der Forstwirthschaft, und dieses Interesse ist sogar ein ganz allgemeines, das ganze Land betreffendes. Nach dem heutigen Stande der Forstwissenschaft muß angenommen werden, daß eine Einschränkung der Streu- und Weiderechte dem Walde förderlich ist, und es ist darum nicht einzusehen, weshalb der Staat an der Erreichung dieses Zieles durch legitimen Ankauf von Rechten gehindert werden sollte." Das ist eine durchaus korrekte Auffassung, die uns verbieten muß, eine Forderung aufzustellen, die selbst die verbissensten bayrischen Bauernbündler damals preisgaben.

Vielfach, z. B. bei vielen Gemeinweiden verbietet sich die ungemessene Fortdauer der Rechte schon durch die Bevölkerungsentwicklung, die den Vieh-

stand in ein immer grösseres Mißverhältniß bringt zu der gleichbleibenden vielleicht sogar zurückgehenden Weide. Ferner wird mit der fortschreitenden Differenzirung des Besitzes das Weiderecht mehr und mehr zu einem Zankapfel; der große Viehbesitzer nutzt die Weide maßlos, der kleine Mann hat nichts mehr aufzutreiben; im Innern der Gemeinde selber entstehen die Konflikte, welche die alte Ordnung auseinandertreiben. Und da sollen wir eintreten für „unbeschränkte Aufrechterhaltung" der alten Rechte, die längst schon vielfach zu Vorrechten Einzelner, gerade der Reicheren entartet sind? Wir fordern hier in unzähligen Fällen geradezu die Aufrechterhaltung von Privilegien. (Sehr richtig!) Redner bespricht dann nach den badischen Enqueten den Ruin der Schwarzwaldweiden durch den unbegrenzten Viehauftrieb, nachdem die Bevölkerung durch die Hausindustrie rasch angewachsen war. Aehnliche Erfahrungen liegen vielfach aus der Schweiz vor, in der gerade die Gemeindealpen die verwahrlostesten sind. Wenn man unter solchen Umständen nothgedrungen die Gemeinweiden „stuht", das heißt die Zahl des aufzutreibenden Viehes einschränkt und kontingentirt, da sollten wir „unbeschränkte Aufrechterhaltung der bestehenden Weiderechte" verlangen können?

Kommen wir zu einem anderen Punkt: Erhaltung und Vermehrung der Allmenden. Man hat in unseren Kreisen zuweilen eine vage gefühlsmäßige Neigung für alles, was Gemeindeeigenthum heißt, weil es an sich wie ein Stück Sozialismus scheint. Ich brauche hier eine solche Anschauung nicht zu widerlegen. Man kann gerade als Sozialist für Auflösung der Reste des alten Agrarkommunismus sein, wie gerade die gebildetsten russischen Gesinnungsgenossen heute für die Auflösung des Mirverbandes eintreten; erst nachdem das Gemeindeland durch die kapitalistische Bewirthschaftung hindurchgetrieben ist, hoffen sie, die Betriebsorganisationen und die Menschen zu finden, an welche ein moderner Sozialismus anknüpfen kann. Ob bei uns der Landarbeiter oder der kleine Mann ein Stück Land von der Gemeinde oder vom Privatbesitzer pachtet, ist für uns und die sozialistische Entwicklung absolut gleichgültig. Wie steht es nun mit der Allmendennutzung, die entweder unentgeltlich ist oder doch sehr niedrig bezahlt wird? Meist ist der Antheil der Einzelnen ganz minimal. In der Schweiz reicht er im Thale im Durchschnitt etwa zur Gewinnung des Kartoffel- und Gemüsebedarfes. In Baden kam 1854 auf den Kopf an Acker und Wiese durchschnittlich 1,1 Morgen. In Württemberg hatten von 1629 Gemeinden mit Nichtwald-Allmenden 567 einen Besitz von 1—10 Morgen, 315 einen solchen von 11—30 Morgen. Welchen Einfluß sollen solche Liliputanerbesitze auf die soziale Lage der Bewohner haben? Wo aber die Allmendnutzungen mehr ins Gewicht fallen, da begünstigen sie gerade die Schollenkleberei, sodaß Wörishoffer es für einzelne Gemeinden als Segen bezeichnet, daß wegen der steigenden Bevölkerung der Zeitpunkt des Eintritts des Allmendgenusses immer weiter hinausgeschoben wird, weil „sonst der Hang, am Orte zu bleiben, unter den jungen Leuten noch mehr zunehmen würde". Der Gemeindezuschuß zum Lebensunterhalt des Arbeiters führt natürlich, etwa wie früher das Kirchspielalmosen in England, zur Herabsetzung des Geldlohnes, das heißt zur Subventionirung des Besitzes. Bücher, ein Freund des Allmendwesens, stellt die Allmenden als Stütze des Fabriksystems im Kanton Glarus, der Hausindustrie in St. Gallen und Aargau hin; das Kapital erhalte so einen Stamm seßhafter Arbeiter, die Konkurrenz fremder Arbeiter werde unmöglich. Ja, unmöglich doch nur, weil der Fremde den Allmendzuschuß seitens der Gemeinde nicht erhält und daher höheren Lohn vom Unternehmer verlangen muß. Gerade in gegnerischen Kreisen wächst darum neuerdings das Verlangen nach Allmenden, z. B. auch in Ostelbien, weil es hier dem Großgrundbesitz selbstverständlich bequemer ist, von Gemeindewegen dem Arbeiter Land zuzuweisen, wie es ihm selber zu geben. „Nächst der Ansässigmachung von Landarbeitern — meint v. d. Goltz — giebt es kein

wirksameres Mittel, diese von der Fortwanderung abzuhalten, als das Vorhandensein von Allmenden. Indirekt haben namentlich die Großgrundbesitzer davon einen Vortheil, weil ihnen eine größere Zahl seßhafter Arbeiter zur Verfügung gestellt wird, die einen Theil ihres Unterhaltsbedarfs aus den Allmenden ziehen, also nicht das ganze Jahr hindurch mit Lohnarbeit beschäftigt zu werden brauchen." Sollen wir als Arbeiterpartei auch noch dafür eintreten? Wir können das nicht, darum können wir nicht in so allgemeiner Weise, wie es durch eine Programmforderung geschieht, die Erhaltung und Vermehrung der Allmenden als Ziel hinstellen. Die Forderung ist mehr und mehr eine solche der agrarischen und industriellen Interessenten geworden.

Ich komme nun zur Verstaatlichung der Grundschulden. Wer die agrarische Literatur und die agrarischen Programme seit 20 Jahren kennt, wird wissen, daß diese Forderung hier beständig wiederkehrt. Sie ist noch viel älter. Immer, wenn man die Bauern mobil machen wollte, kam man auf diese Gedanken zurück; so die bürgerliche Revolution im Süden und Westen in den vierziger Jahren. Der Beginn der großen mitteleuropäischen Agrarkrisis erhob die Forderung zu einer immer allgemeineren. Die Billigkeit des amerikanischen Getreides führte man auf die Billigkeit und Nichtbelastung des amerikanischen Farmlandes zurück; man wollte den europäischen Grund und Boden entlasten, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Wörtlich wie bei uns steht das Verlangen im Programm der Deutsch-Sozialen. Herr v. Kardorff ging eben in Oels-Wartenberg damit hausiren, fügte aber nicht nur die Herabsetzung des Zinsfußes hinzu, sondern auch noch zinsfreie Vorschüsse bei unverschuldeten Gelegenheiten. (Heiterkeit.) Alle Agrarier sind heute einig in dieser Forderung, und da wäre es ein Wunder, wenn nicht auch in unserer Partei einzelne darauf verfallen wären (Heiterkeit). Doch unsere Gegner sind hier radikaler nnd weitsichtiger wie wir. Mit der bloßen augenblicklichen Zinserleichterung ist die Schuldenlast dauernd noch nicht gehoben; beim nächsten Kaufsfall, beim nächsten Erbgang ist selbst eine etwaige Schuldenermäßigung oder Schuldenfreiheit wieder verloren. (Sehr richtig.) Die Gegner drängen daher zu weiteren Maßnahmen, zur Kürzung der Erbportionen der Miterben durch das Anerbenrecht, zur Schaffung einer Verschuldungsgrenze, zur Schließung der Hypothekenbücher. Die bloße Kreditreform geißeln sie mit Recht bereits als ganz unzulänglich; wir, die Zielbewußten dagegen sollen uns und die Bauern in unhaltbaren Illusionen wiegen. Wir bleiben auf halbem Wege stehen und müssen dann die viel weiter blickende Kritik der Gegner fürchten. Freilich, die Verstaatlichung der Schulden würden sie sich sehr gern gefallen lassen. Können sie auch die niedrigeren Zinsen nicht mehr aufbringen, so wird heute der Staat ihnen zweifellos nochmals helfen und aus den Taschen der Arbeiter zulegen, was er an Zinsen seitens der Bauern nicht fordert und einbüßt. (Sehr richtig.) Wenn wir durch unser Eintreten für die Verstaatlichung die Forderung vielleicht rascher zur Annahme gebracht haben, so haben nicht wir, sondern die Gegner die Ausführung der Maßnahme in der Hand. Und die Gegner sagen doch heute schon gerade heraus, daß sie für sich Zinsermäßigung auf Kosten Anderer, der Steuerzahler, der Arbeiter, verlangen. Ahlwardt will Geld zu zwei Prozent, Ratzinger spricht von Bodenscheinen mit Zwangskurs; die Verzinsung mit $2^1/_2$—3 pCt. soll nur eine nominelle sein, sie dient lediglich der raschen Amortisation; der „Reinertrag" der Landwirthschaft habe die Verzinsung der Darlehen zu bestimmen und der gestatte keine höhere Vergütung. Was wird, wenn es durch unsere Unterstützung mit der Forderung der Grundschulden-Verstaatlichung rascher wie sonst Ernst werden sollte, im realen politischen Leben schwerer wiegen, unser papierner Programmprotest gegen zu niedrige Zinsen oder das Drängen der Bauern und Junker nach Subventionirung aus den Taschen der Arbeiter? Die Antwort kann nicht

zweifelhaft sein und darum verbietet sich für uns die Aufstellung des bezeichneten Programmpunktes ganz von selber.

Ich verweile nun ein paar Augenblicke bei den Besonderheiten des süddeutschen Entwurfs. Ich habe seinerzeit die Veröffentlichung desselben gewünscht, nicht um die betheiligten süddeutschen Genossen zu kränken, sondern weil sich hier am deutlichsten zeigt, „wie angenehm es sich abwärts rutscht" und in welcher gemischten Gesellschaft man schließlich ankommt. Als ich den süddeutschen Entwurf zuerst kennen lernte, ging es mir so durch den Sinn: wo hast du denn das alles schon einmal gelesen? Ist das nicht dieselbe Organisaton und dieselbe Art der agrarischen Hilfe, wie sie vor ein paar Jahren in einem großen Reiche seitens eines regierenden Ministeriums selbst zum Vorschlag kamen? In der That, nimmt man den österreichischen Gesetzentwurf von 1893 über die bäuerlichen Berufsgenossenschaften und die Rentengüter zur Hand, so ergeben sich ganz merkwürdige Uebereinstimmungen. Der Urheber des Plans ist bekanntlich der erzreaktionäre Graf v. Falkenhayn (Heiterkeit), kein Arbeiterfreund: als Bergbauminister trägt er ein gut Theil der Verantwortung für die Niederhaltung unserer Brüder in den österreichischen Bergbaubezirken und an seinen Fingern klebt das Blut der Erschossenen aus den letzten Jahren. Der Falkenhayn'sche Entwurf, dieser Abschaum aller agrarischen Gelüste, will Genossenschaften der Bauern. Kommt ein Gut zur Zwangsversteigerung, so soll die Genossenschaft es aufkaufen, und zwar bis zum Taxwerth. Das Verfahren kann durch den Schuldner selber beantragt werden. Die Genossenschaft ist in beiden Fällen verpflichtet, die Liegenschaft dem früheren Eigenthümer auf sein Verlangen als Lehngut — um Verzeihung: als Rentengut zu übergeben. Sie hat den Absatz der landwirthschaftlichen Produkte, insbesondere auch für den Heeresbedarf, zu vermitteln. Sie hat Kredit zu geben auf Grund der erfolgten Ablieferung landwirthschaftlicher Produkte. Setzen Sie statt Genossenschaft Gemeinde, statt Rentengut Lehngut, statt Armee öffentliche Anstalten — so finden Sie das ganze System Falkenhayn übernommen in den süddeutschen Entwurf. Wie gut, daß Graf Falkenhayn kein deutscher Minister ist, sonst hätte am Ende unsere Partei mit dreimaligem Hurrah in die Reihe seiner Anhänger einschwenken müssen. (Heiterkeit.) Der süddeutsche Entwurf geht in einzelnen Stücken sogar noch weiter wie der Falkenhayn'sche Plan. So in der Zulassung des Naturalzinses; in Oesterreich soll der Finanzminister so klug gewesen sein, dagegen zu protestiren. (Heiterkeit.) Aber für diese Naturalabgaben schwärmen unsere Agrarier schon lange — Redner zitirt Aeußerungen von Dr. Jäger und Below-Saleske — und selbst die planmäßige Organisation der „Volksernährung" findet sich wieder in dem Gutachten Dr. Jäger's an die bayerische Kammer („Die Versorgung der Nation mit Brodfrucht muß organisirt werden"). Die Gegner wissen hier ganz genau, was sie wollen, wir, die wir von außen, ohne engeres Verwachsensein mit den Interessen des Landbesitzes, an diese Dinge herantreten, werden hier immer die Düpirten sein. Wenn nun die Leute, die hier an der Partei herumdoktern wollen (Heiterkeit), so wenig Ueberlegung und Gewissenhaftigkeit haben, daß sie so tiefeinschneidende Forderungen der Gegner ohne näheres Besehen sich aneignen — vielleicht sogar nicht einmal wissen, wessen Geschäfte sie in ihrer geringen Vertrautheit mit der Sache besorgen — dann glaube ich, ist es doch am Platze, der Katze die Schelle anzuhängen, um zu zeigen, wohin wir treiben. (Sehr richtig.)

Zum Schlusse ein paar Worte über die unglückselige politische Stellung, in die wir uns bringen würden, wenn wir den Entwurf annehmen. Wir verklausuliren allerdings im Programmentwurf, um die Arbeiter nicht zu schädigen, unsere Zugeständnisse an die Bauern. Aber draußen in der Agitation würden unsere Genossen die Wenn und Aber bald in der Tasche behalten müssen, weil andere konkurrirende Parteien die Forderungen ohne Einschränkung vertreten können und immer mehr vertreten: wir fördern dann durch unsere Agitation die

Erfüllung der Pläne unserer Gegner; ihre Ausführung jedoch wird dann nicht in unserem, sondern im arbeiterfeindlichen Sinne der Gegner erfolgen. Oder wir betonen ehrlich und offen von Anfang an unsere Wenn und Aber: dann haben die Forderungen keinerlei Bedeutung für die Gewinnung der Landbevölkerung, denn dann bleiben wir im Wettlauf mit den gegnerischen Parteien hülflos und athemlos zurück. Und in welche zweifelhafte Bundesbrüderschaft würden wir mit einer derartigen Agitation gerathen? Freilich, wenn wir die Grenzen unserer Parteibestrebungen weit und unklar genug abstecken, so hätte vielleicht ein großer Theil derjenigen Leute bei uns Unterschlupf finden können, die heute, als Gefolgschaft oder als Führer, Antisemiten und Bauernbündler sind. Vielleicht wären dann eine Reihe ihrer Führer in ihrem Sinne bei uns thätig und heute unter uns. Wären wir dadurch als Arbeiterpartei stärker oder schwächer? Seien wir doch froh, daß diese Leute ihre eigenen Wege gehen und unsere Wege nicht kreuzen. Wir hoffen, ihre Erben zu sein, wenn sie die kleinbesitzende Landbevölkerung erst in Gährung gebracht haben, aber wir wollen sie heute nicht unter uns haben. Gerade die jüngeren Genossen, die in kleinbäuerlichen Bezirken wirken und den Anschluß der Kleinbesitzenden an unsere Bewegung nicht erwarten können, möchte ich warnen, den Teufel der antisemitisch-agrarischen Bewegung mit dem Beelzebub eigener agrarischer Forderungen austreiben zu wollen. Wir wollen keine politische Charlatanerie, wir wollen nicht mit ausgeheckten Wundermitteln die erkrankte Menschheit von allen Gebrechen kuriren. Und gerade weil die Aermsten und Gedrücktesten der Menschen am stärksten das Bedürfniß haben, an rasche Erlösung zu glauben und auf jede Rettungsbotschaft zu hören, darum sollten wir ihnen gegenüber doppelt vorsichtig sein, leere Hoffnungen zu säen und später um so bitterere Enttäuschungen zu ernten. Das Agrarprogramm, das mit einer plötzlichen Wendung den Anschluß an die Bewegung unter den Bauern herzustellen sucht, ist ein Stück dieser politischen Charlatanerie, welche die stetige Entwicklung durch zweifelhafte und unzweifelhafte Projektenmacherei ersetzen will. Wollen die jüngeren Genossen, welche auf diesen Weg führten, auch nach der einstimmig ablehnenden Kritik in der Partei von ihrer falschen Richtung nicht ablassen, so werden die Arbeiter sich auf sich selbst besinnen und ihnen die Wege weisen müssen. (Beifall.)

Deshalb bitte ich Sie, lehnen Sie den Entwurf ab. Wir sind eine Partei der besitzlosen Arbeiter. Wir wollen freilich auch den Kleinbesitzer gewinnen, jedoch nur, indem wir ihn überzeugen, daß er als Besitzender keine Zukunft hat, sondern daß seine Zukunft die des Proletariats ist. Wir wollen auch das Land erobern, aber wir wollen das Pferd nicht beim Schwanze aufzäumen. Lehnen Sie das Programm ab und ersparen Sie uns damit die Beschämung, daß wir unseren Einzug auf dem Lande halten wie der Bürger'sche Abt: „verkehrt, statt des Zaumes den Schwanz in der Hand". (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Braun-Königsberg (Pr.) stellt folgenden Antrag (122):

Der Parteitag wolle beschließen:

1. Der Entwurf der Argrarkommission ist in allen seinen Punkten zu verwerfen; 2. Sodann ist eine Kommission zu wählen, in der möglichst alle Provinzen vertreten sind, insbesondere die östlichen; die Kommission hat die Aufgabe, durch ihre Mitglieder in allen Landestheilen Erhebungen über die wirthschaftliche Lage der Landarbeiter anzustellen, das gewonnene Material zu sichten und zu veröffentlichen, um für die Genossen eine Richtschnur der Landagitation zu schaffen.

Singer schlägt vor, die Anträge 92, 18—32, 103, 110 und 122 zusammen zu behandeln.

Ferner theilt Singer mit, daß noch verschiedene Begrüßungsschreiben eingetroffen sind.

Schluß 6¾ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 9. Oktober 1895.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

(Das Mitglied der Agrarkommission, **Katzenstein**, ist zur Theilnahme an den Verhandlungen erschienen.)

Singer verliest eine Reihe Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Generaldiskussion zu Punkt 4 und die Debatte über die Anträge der Agrarkommission und alle sonst zu dem Punkte gestellten Anträge wird eröffnet.

Erster Redner gegen den Entwurf ist

Müller=München: Wenn ich als einer der „reaktionären Süddeutschen" das Wort gegen den Entwurf ergreife, so thue ich es, um den Standpunkt der beiden Münchener Wahlkreise und Passaus hier zu vertreten. Dieser Standpunkt ist im Antrag 31 niedergelegt. Die Frankfurter Resolution verlangt von der Agrarkommission eingehende Kenntniß der agrarischen Zustände. Diese eingehende Kenntniß scheint mir nicht vorhanden zu sein. Die Agrarkommission mit ihren geheimen Tagungen, mit ihrer Handbibliothek hat eine Klärung der schwebenden Fragen nicht gebracht. Nur der süddeutsche Ausschuß hat etwas mehr als die andern Ausschüsse gethan, eine Enquete veranstaltet. Ihr Resultat lag aber erst vor, als die Ansichten der Ausschüsse schon programmatisch festlagen. Der umgekehrte Weg wäre der richtige gewesen. Als ich den Fragebogen der Kommission in die Hand bekam, da war mein Glaube an die agrarpolitische Kenntniß der Kommission geschwunden. Aber selbst wenn der Fragebogen gut gewesen wäre, so hätte es sich doch gefragt, ob eine soche Privatenquete von Nutzen sei. Der neu vorgelegte Entwurf ist im Wesentlichen dem alten gleich; auch er bietet zahlreiche Angriffspunkte. Bei der ersten Forderung hat man z. B. garnicht auf die Verhältnisse in Süddeutschland Rücksicht genommen. Man hat z. B. nicht an die Bodenzinse gedacht, welche den landwirthschaftlichen Besitz in Bayern mit ca. 20 Millionen belasten. Redner giebt eine kurze Skizze der Herkunft dieser noch aus dem früheren Feudalverhältniß stammenden und durch die sogenannte Bauernbefreiung entstandenen Lasten. Eine Verstaatlichung der Hypotheken würde in der heutigen Gesellschaft nicht für den kleinen Bauer, sondern für den Mittel- und Großbauer von Vortheil sein. Die Monopolisirung des Grundes und Bodens wird dadurch steigen; damit ist aber dem Kleinbauer nicht geholfen, denn ihm fehlt in erster Linie Land. Die Erleichterung durch Herabsetzung der Schuldzinsen für sein geringes Eigenthum, für seine paar Lappen Land wird ihn nicht merklich fördern können. Geht man aber von der Ansicht der Rentabilität eines in abstracto konstruirten bäuerlichen Kleinbetriebs aus, dann muß man sich beeilen, die von David vorgeschlagene Thierethik zu treiben und Viehpavillons einzurichten.

Mit dem Stolz und der besseren Lage der süddeutschen Kleinbauern ist es nicht so, wie Quarck meinte; auch dort sind die Wohnungsverhältnisse sehr schlecht, und Fleisch kommt dort nur alle Jahre einmal auf den Tisch. Nicht einmal propagandistische Wirkung werden die Programmpunkte haben: er versteht sie garnicht. Freilich kann und muß etwas für den Kleinbauern geschehen. Und vor Allem deshalb, weil die Heimath für den verelendeten Kleinbauern in Süddeutschland, am Rhein, in Elsaß=Lothringen, der Eifel zumeist auch die Domäne der reaktionärsten aller bürgerlichen Parteien, des Zentrums, ist. Die diesbezügliche Agitation und die entsprechenden Maßnahmen können aber nur dann wirklich nützlich sein, wenn sie auf eingehender Detailkenntniß der Verhältnisse begründet sind.

Was Genosse Schippel über das Waldrecht ausgeführt hat, ist unrichtig, das Waldstreusammeln z. B. schadet den Bäumen nicht, sondern nutzt dem Walde. Das fußhohe Lagern der Streu in den Forsten hat den bayerischen

Wäldern die Nonnenkrankheit gebracht und durch sie Schaden im Betrage von vielen Millionen Mark. Mit der Verweigerung der Waldstreu sind z. B. die Bauern in der Oberpfalz &c. dem Hungertode preisgegeben. Die bayerische Regierung ist infolge der Landtagsverhandlungen anläßlich der Interpellation bezüglich der Fuchsmühler Vorgänge auch bezüglich der Zwangsablösung dieser Waldrechte zu anderen Ansichten gelangt und eine Abänderung dieses Artikels des Forstgesetzes, dahingehend, daß eine Zwangsablösung nicht gestattet wird, dürfte eine Frage kurzer Zeit sein. Die Zwangsablösung kann auch insofern nicht erwünscht sein, als unser Forstgesetz aus der Zeit der Reaktion, aus dem Jahre 1850 stammt und das Ergebniß eines Kompromisses der Abgeordnetenkammer mit der feudalen Reichsrathskammer ist. Daher mußten ja auch unsere Genossen im bayerischen Landtage für die Aufrechterhaltung der bestehenden Waldrechte im Interesse der schon proletarisirten Kleinbauern eintreten.

Das in dem Programmentwurf Fixirte treibt uns in staatssozialistische Bahnen und ist kaum durchführbar. Einen wirklichen Gemeindesozialismus halte ich heutzutage für nutzlos und für unmöglich. Redner exemplifizirt hier auf die Artelle in Südrußland. Ich resumire mich also dahin: In der Ansicht, daß die Kenntniß der ländlichen Verhältnisse noch nicht diejenige ist, die uns dazu befähigt, ein vom sozialdemokratischen Standpunkt aus richtiges und detaillirtes Programm zur Gewinnung der Kleinbauern und der ländlichen Proletarier aufzustellen, bitte ich Sie, Entwurf III. abzulehnen und nur den Schluß-Antrag der Agrarkommission anzunehmen. Den Antrag 21 ziehe ich zurück.

Bebel: Die Ausführungen des Vorredners haben mich angenehm berührt. Er sprach nicht davon, daß die Genossen, die Ihnen die neuen Vorschläge machten, Quacksalber, Charlatane seien, Leute mit einem Mangel an Gewissen, wie wir das gestern von Schippel hören mußten. Genosse Müller ging von der Anschauung aus, daß die Kommissionsmitglieder von der ehrlichen Ueberzeugung durchdrungen sind, daß sie nach bestem Wissen gearbeitet haben. In der Kommission saßen Genossen, die sich bereits die Rittersporen für die Thätigkeit in der Partei verdient haben, als Schippel als Student noch tief im Rodbertianismus steckte. (Sehr richtig.) Wenn solche unqualifizierbaren Angriffe auf Genossen vorkommen können, wie sie gestern Schippel machte, dann hört nicht allein jede Diskussion mit solchen Genossen, sondern auch jedes Zusammengehen auf. (Sehr richtig!) Stehen die Dinge so, daß wir Charlatane in der Partei haben, Leute, die wider besseres Wissen handeln, Schwindler sind, dann haben Sie sich mit diesen Leuten auseinanderzusetzen, ob sie noch fähig sind, auch nur einen Tag noch in der Partei zu sein. (Zustimmung.) Ich verwahre uns dagegen, daß auch nur einer unter uns bei unserer Arbeit gewesen ist, der die Beschimpfung, ein Charlatan zu sein, verdient. Wenn aber Einer Ursache hatte, sich zu hüten vor Vorwürfen, wie sie Schippel machte, dann war es gerade er. (Sehr wahr!) Das werde ich Ihnen beweisen, sowohl aus Schippel's Haltung in der Kommission, wie aus seiner Rede hier, auf die ich noch näher eingehen werde.

Ferner sagte der Vorredner, daß sowohl die Kommissionsmitglieder, als auch der gestern gehörte Schippel von der Agrarfrage nicht viel verstünden. Das zu hören hat mich amüsirt. Wer Schippel gestern hörte und seine Ausführungen im „Sozialdemokrat" kennt, der mußte den Eindruck bekommen, daß Schippel in dieser Frage mit einer an Größenwahn grenzenden Anmaßung aufgetreten ist. (Oho, oho! Sehr richtig!) Er hat es deutlich genug gesagt, daß wir alle nur Dummköpfe seien. Er hat weiter davon gesprochen, daß es Wunderdoktoren unter uns giebt, die dem Kleinbauer mit Wundersalben helfen wollten, Genossen, die für jede Quacksalberei zu haben seien, Leute, die am Leibe der Partei herumzudoktern versuchten. Ist das wahr, dann hat Schippel dies alles mitgethan. (Sehr richtig.)

Genossen! Ich bin schon lange in der Partei, aber niemals ist eine wichtige Frage so ruhig und sachlich erörtert worden, wie diesmal die Agrarprogrammfrage. Das ist erst in der allerletzten Zeit anders geworden und wesentlich mit durch Schippel. Wenn aber Jemand allen Grund hatte, der Kommission mit Objektivität entgegenzutreten, dann war es gerade das Kommissionsmitglied Schippel, denn er hat als ihr Mitglied einen großen Theil von dem gutgeheißen, was im Entwurf steht, den er gestern so heftig bekämpfte. (Hört, hört!) Schippel hat als Kommissionsmitglied nicht entfernt das gesagt, was er gestern aussprach. Er ist ein Schüler von Rodbertus; er hat als solcher besonders in der Agrarfrage seit vielen Jahren Studien gemacht. Man hätte also erwarten müssen, daß er nicht nur seine abweichenden Anschauungen aussprach und begründete, sondern auch namentlich in der Abstimmung zur Geltung brachte. Das ist gar nicht oder nur ausnahmsweise geschehen. (Hört, hört!)

Ich werde Ihnen das sofort nachweisen. Zuvor aber noch eine kurze allgemeine Bemerkung. Der unter III Ihnen vorliegende Entwurf ist nicht so gedacht, daß er dritter Absatz im Parteiprogramm werden soll, sondern er soll nur eine Art Resolution sein. Die Zerlegung in I, II, III soll Ihnen nur den Gang der Entwicklung darstellen, den die Beschlußfassung in der Kommission über den Entwurf genommen hat. Die Formulirung der Vorschläge unter III soll nichts weiter als die Grenzlinie anzeigen, auf der sich auch ernsten Falles die agitatorische und parlamentarische Thätigkeit der Genossen zu bewegen hat. Es ist eine richtige Lebensfrage für die Partei, daß sie sich in der gründlichsten Weise in der Agrarfrage ausspricht und zu den Vorschlägen Stellung nimmt. Die Fragen, die der Entwurf behandelt, sind heute mehr oder weniger Tagesfragen, sie bewegen einen sehr großen Theil der Bevölkerung Deutschlands. Als praktische Politiker im Reichstage, in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen, als Agitatoren auf dem Lande und in der Presse sind wir gezwungen, zu diesen Fragen klare Stellung zu nehmen. Es darf nicht vorkommen, daß die Genossen da so, dort so darüber sprechen und handeln. Wir bekommen sonst schwere Differenzen in der Partei, und die Unklarheiten in derselben nehmen statt ab zu. Nehmen Sie den Antrag Kautsky an, so erklären Sie, daß alle diese Fragen für Sie nicht existiren, die Folgen dieser Stellungnahme werden Sie zu tragen haben. So leicht, wie viele unter uns sich die Sache machen möchten, ist sie denn doch nicht. (Sehr wahr!)

Ich werde Ihnen nun zunächst beweisen aus Schippel's praktischer Mitarbeit in der Kommission, daß er dort ganz anders sprach und handelte als gestern; er hat dort durchaus nicht auf seinem Ihnen gestern dargelegten Standpunkt gestanden. Schippel hat seit ca. 15 Jahren die Agrarfragen studirt, sollte er da erst in den letzten Tagen zu ganz anderen Anschauungen gekommen sein, als er sie in der Kommission vertrat?

Am Absatz 3 werde ich Ihnen zeigen, daß Schippel bei der Berathung, wo er zugegen war, laut Protokoll für eine ganze Reihe Punkte gestimmt hat. (Hört, hört!) Den Punkten 2, 3, 4, 5 des Entwurfs, gegen die er gestern so scharf sprach, hat er zugestimmt. (Hört, hört!) Bei der ersten Generaldebatte war er allerdings nicht dabei, aber bei dem größten Theil der Spezialdebatte, wo es zur Abstimmung kam. Auch ist es in der Kommission durchaus nicht so glatt gegangen, wie man nach seiner Darstellung im „Sozialdemokrat“ angenommen hat. Und wenn ein großer Theil der früheren, namentlich der süddeutschen Vorschläge, abgelehnt oder stets abgeändert wurden, dann war es nicht die Kritik Schippel's, sondern, ich darf das ohne Anmaßung sagen, wesentlich meine Kritik, die das herbeiführte. (Hört, hört!) Schippel hat zwei Sitzungen des nordostdeutschen Ausschusses beigewohnt, nach seiner

gestrigen Rede hätte er damals auch nicht einem einzigen Vorschlage zustimmen können, er hat aber mit Ausnahme von ein oder zwei Punkten allen zugestimmt. (Hört, hört!) Am zweiten Tage der Sitzung der Zentralkommission war Schippel durch ein Referat nach auswärts von der Theilnahme abgehalten, wie er erklärte. Nach seinem ganzen späteren Verhalten, war es Mangel an Muth, daß er zeigte, denn ich muß annehmen, daß er absichtlich den Verhandlungen aus dem Wege gegangen ist.

Und wie war es am letzten Sonnabend? Schippel erschien nicht, weil er angeblich krank war. Aber in einem Briefe an Liebknecht entwickelte er seine Ansichten über die vorzunehmenden Aenderungen am Programm; er schlug vor, die Agrarforderungen vom Programm loszulösen und als selbstständige Resolution aufzustellen. Nach seinen Ausführungen im „Sozialdemokrat" und seiner gestrigen Haltung, konnte er aber auch diesen Vorschlag nicht machen. Starke Widersprüche dieser Art sind nun schon früher ebenfalls bei Schippel vorgekommen, aber alles hat seine Grenze. Nachdem, was jetzt passirt ist, ist das Maß voll. Wir beide sind miteinander als Menschen fertig. (Bewegung. Vereinzelte Rufe: Sehr richtig!)

Genossen! Es ist wichtig, daß ich Ihnen noch einmal in einigen Zügen vergegenwärtige, was Schippel zuerst im „Sozialdemokrat" über diese Frage sagte, und daß Sie damit seine gestrigen Ausführungen vergleichen. In der Nr. 29 des „Sozialdemokrat" sagt er in bezug auf den damals bereits veröffentlichten Programmentwurf: Der Entwurf spreche für die ruhige Ueberlegung und das kühle Verständniß der Kommission, die Kommission habe sich von utopistischen und sentimentalen Regungen im allgemeinen freigehalten, wenn man auch ihren Beschlüssen noch immer die unerquickliche Zwangslage anmerke, in die sie durch den kritiklosen Frankfurter Beschluß gebracht war. Von der plötzlichen Begeisterung für den bäuerlichen Betrieb sei in den neuen Programmeinschiebseln nichts mehr zu spüren. Ferner heißt es: Ist also der in Frankfurt gepredigte sozialistische Bauernschutz als Agitationsmittel von vornherein eine Todtgeburt, so war es doch verdienstlich, einmal die agrarischen Forderungen auszuwählen die wir unbeschadet der Klasseninteressen der Arbeiterklasse glauben unterstützen zu können. (Hört, hört!) Auf einige Bedenken gegen Einzelheiten kommen wir noch zurück. Halten Sie nun, Genossen, diese Ausführungen zusammen mit dem, was Sie gestern gehört haben, und bei objektiver Betrachtung wird Ihr Urtheil über die moralische Qualität einer solchen Haltung fertig sein. (Sehr richtig.) Aber Schippel ist noch weiter gegangen, er hat den garnicht mehr in Frage kommenden süddeutschen Entwurf sehr scharf und in höchst beleidigender Form für seine Urheber kritisirt. Wäre diese Kritik in der Presse geübt worden, nachdem die Entwürfe veröffentlicht waren, wie es z. B. Parvus in einer Reihe von Artikeln thut, so wäre nicht nur nichts dagegen einzuwenden, es wäre am Ende sogar nützlich gewesen. Jetzt aber, wo wir uns nur noch mit dem Entwurf der Kommission zu beschäftigen haben, wo der süddeutsche Entwurf abgethan ist, jetzt die billige Gelegenheit zu einer Kritik an etwas zu benutzen, was garnicht mehr vorhanden ist und dieser Kritik die denkbar beleidigendste Form zu geben, das ist ebenfalls eine Handlung, die ich entschieden zurückweise. Gerechtfertigt wäre eine Kritik wieder in dem Augenblick, wo ein Parteigenosse den süddeutschen Entwurf hier wieder aufnähme, oder wenn in der Zukunft wieder einmal ähnliche Forderungen aufgestellt würden, wie sie in dem abgethanen Entwurf enthalten sind. Hier an dieser Stelle lag eben kein Grund zu einer Kritik vor. Schippel glaubte eben billige Lorbeeren ernten zu können, vielleicht fehlte es ihm auch an sachlichen Gründen, das noch weiter anzugreifen, was er früher selbst gebilligt hat. Immerhin, sich Charlatan

nennen lassen zu müssen, sich Mangel an Gewissenhaftigkeit vorwerfen lassen zu müssen, sich sagen lassen zu müssen, man wüßte nicht, was man thut — wessen Geschäfte man besorge — das geht denn doch viel zu weit. Ich habe mit Vollmar manchen Strauß gehabt, und werde wahrscheinlich noch manchen mit ihm auszufechten haben, denn unsere Ansichten sind allmälig so weit auseinandergehende geworden, daß wir noch oft gegen einander fechten werden. Ich habe ihn auch scharf angegriffen, aber ich rufe Sie alle zum Zeugen auf, ob ich mich nicht redlich bemüht habe, zu erkennen, warum Vollmar zu Ansichten wie seine gegenwärtigen gekommen ist. Ich habe sachliche Gründe dafür angeführt, seinen körperlichen Zustand, der ihn zwingt, den Verkehr mit den Genossen auf das geringste Maß zu beschränken, weiter das soziale Milieu, in dem er sich bewegt, die Umgebung, in der er hauptsächlich auf dem Lande lebt, aus dem heraus sich allmälig ein Gedankengang und eine Lebensauffassung bei ihm entwickelt hat, den ich für äußerst bedenklich halte. Aber ihm Charlatanerie vorzuwerfen oder Mangel an Gewissenhaftigkeit, das ist mir nie eingefallen und würde mir am allerwenigsten dann einfallen, wenn mein Gegner nicht zugegen ist und sich nicht vertheidigen kann (sehr richtig!), und Schippel weiß ebenso gut wie ich, daß Vollmar der Urheber des süddeutschen Entwurfs ist.

Man hat uns nun heftig angegriffen, weil unsere Vorschläge Anfangs mit dem alten Programm verwebt worden waren. Ich bin nun jederzeit bereit, das zu verantworten, was ich selbst und in erster Linie verschuldet habe, aber auch offen einzugestehen, wenn ich einen Fehler gemacht habe. Genossen, ich bin es hauptsächlich gewesen, der zuerst den Vorschlag machte, unseren Entwurf in das Programm einzuarbeiten. Es ist mir im Anfang ebensowenig wie irgend einem andern eingefallen, zu glauben, man solle das, was aus der Kommission hervorgeht, in das alte Programm verweben, aber als der Entwurf fertig war, zeigte es sich, daß eine Reihe selbstverständlicher Forderungen, die wir bei der Abfassung des Erfurter Programms übersehen hatten, jetzt eingefügt werden müßten, da sie eng mit dem alten Programm zusammenhingen. Ich stellte deshalb in der Kommission den Antrag auf Einsetzung einer Redaktionskommission, die die geeignete Form zu finden hätte, und bei dieser Gelegenheit wurden denn auch Punkte mit hineinverwoben, von denen man sehr rasch erkannte, daß sie nicht drin bleiben konnten. Darüber waren wir schon einig, ehe wir hierher kamen.

Nun hat man sich über das Wort „Demokratisirung" in den einleitenden Worten entsetzt. Ja, wer denkend den zweiten Theil unseres Programms liest, der muß doch bestätigen, daß die Demokratisirung aller öffentlichen Einrichtungen das Hauptziel desselben ist. Die Demokratisirung, nicht die Sozialisirung ist darin ausgesprochen, wer es anders auffäßt, der versteht das Programm nicht. Und weiter denn: die Verbesserung der Verhältnisse. Verschlechtern wir etwa die Zustände, wenn wir die Forderungen des zweiten Theils unseres Programms zu verwirklichen trachten, die bestehenden Staats- und Gesellschaftseinrichtungen oder die Lage der betreffenden Schichten? Ich habe bisher immer geglaubt, wir verbesserten sie. (Sehr richtig!) Soweit auf dem Boden der heutigen Gesellschaft Verbesserungen möglich sind, sind wir bisher jederzeit bereit gewesen, sie zu erstreben. Das haben wir stets unseren Gegnern gesagt, wenn sie behaupteten, wir wollten nichts bessern, sondern nur zu Grunde richten. Unsere ganze parlamentarische und außerparlamentarische Thätigkeit beruhte bisher auf dieser Auffassung. (Sehr richtig.) Ich begreife die Voreingenommenheit, mit dem man alle Vorschläge in Bezug auf die Agrarverhältnisse aufnimmt und mit einem gewissen Recht und ich theile selbst dieses Mißtrauen. Aber man gehe nicht zu weit und kämpfe schließlich nicht auch gegen Windmühlen. Es war von vornherein wahrscheinlich, daß alle Vor-

schläge, die aus der Agrarkommission kommen, auf Widerstand stoßen würden deshalb, weil eine Strömung in der Partei durch ihre Vorschläge den Glauben hat aufkommen lassen, daß es möglich wäre, bestimmte Einrichtungen und Schichten durch bestimmte Mittel auf die Dauer konserviren zu können. Dadurch hat sich von vornherein eine äußerst kritische Stimmung geltend gemacht. Dazu kommt, daß ein großer Theil der Genossen ihrer Lebensstellung und ihrer Bildung nach von den Dingen, die hier in Frage stehen, wenig weiß. Das soll kein Vorwurf sein, das ist die Folge der sozialen Verhältnisse, in denen sich die meisten Genossen befinden. Es fehlt ihnen an Zeit, die Dinge zu studiren; an Mitteln, sich die Materialien anzuschaffen, die zu ihrer Ausbildung nöthig sind. Das schließt freilich nicht aus, daß Mancher, der einmal auf dem Lande war und dort Versammlungen abgehalten und mit einigen Bauern gesprochen hat, nun glaubt, ein großes Stück Agrarfrage zu verstehen. Daß dem so ist, dafür spricht auch die Haltung eines großen Theils der Genossen, die auf dem Frankfurter Parteitag waren und auf diesem wieder sind. Ein großer Theil der Genossen, und zwar sogar älterer und alter Genossen, hat vor einem Jahre in Frankfurt a. M. die Kameele, die ihnen die Referenten zu schlucken gaben, mit lebhaftem Beifall verschluckt, aber ist entsetzt über die Mücken, welche die Agrarkommissionen seigte. Vollmar fand damals donnernden Beifall. (Reißhaus: leider!) Ja, dieses „leider" ändert nichts. Ich fand das damals natürlich, aber weniger natürlich kam es mir vor, daß gestern eine große Reihe Parteigenossen dem Genossen Schippel so großen Beifall spenden konnten, nachdem sie voriges Jahr den ganz entgegengesetzten Ausführungen Vollmar's eben solchen Beifall gezollt hatten. (Sehr richtig!) Das beweist, wie schlimm es noch mit der Klarheit aussieht, und daß Viele mit einem fertigen Urtheil hierher kommen über Dinge, von denen sie nichts verstehen.

Nun hat man mir speziell vorgeworfen, ich hätte früher in dieser Frage ebenfalls eine andere Stellung eingenommen, als heute. (Sehr richtig!) Man hat insbesondere gesagt, daß die Ausführungen gelegentlich meines Referates über den Antisemitismus auf dem Kölner Parteitage, wo ich mich gegen die Verstaatlichung des Hypothekenwesens aussprach, in Widerspruch ständen mit meiner gegenwärtigen Haltung. Ich wundere mich, daß jetzt Niemand „sehr richtig" ruft (Heiterkeit); es wäre aber auch nicht richtig. (Zuruf: deshalb sagt es ja auch Niemand. Heiterkeit.) Redner weist nach, daß er in Köln von irrigen Voraussetzungen in Bezug auf den Antrag auf Hypothekenverstaatlichung der bayerischen Genossen im Landtag ausging und seine Anklagen zurücknahm, nachdem er sich von seinem Irrthum überzeugt.

Man hat ferner eine widerspruchsvolle Haltung bei mir darin gefunden, daß ich auf dem Kölner Parteitag mich gegen Katzenstein*) gewendet und gewarnt habe, den Bauern Versprechungen zu machen, wie sie ihnen die antisemitische Agitation mache. Wir können dem Kleinbauern nicht seine Konservirung versprechen. Das würde nicht nur unserer ganzen bisherigen Parteithätigkeit, sondern auch unserm Programm widersprechen. Und doch haben Parteigenossen uns solche Absicht zugetraut. Ich muß gestehen, ich habe noch nie mit so gutem Humor Vorwürfe entgegengenommen, wie jene, die wir in den letzten drei Monaten zu hören bekommen haben. Aber diese Vorwürfe waren doch das Aergste, was man sich denken konnte. Die Mitglieder der

*) Hierzu hat Genosse Katzenstein nachträglich folgende Erklärung zu Protokoll gegeben: Genosse Bebel hat in seiner Rede vom 9. Oktober bemerkt: Er habe auf dem Parteitag zu Köln gegen meinen Rath, den Antisemiten im Punkte der Versprechungen zu folgen, Einspruch erhoben. Diese Auffassung ist irrig. Ich hatte in einer Ergänzung der Ausführungen des Genossen Cohn-Marburg ausgeführt, wir müßten in der Kenntnißnahme der ländlichen Verhältnisse und der intensiven Agitation dem Beispiel der Antisemiten folgen.

Agrarkommission wurden hingestellt als die elendesten, dümmsten, unwissendsten Menschen, die es in der Partei giebt. Wären wir das, als was wir hingestellt wurden, dann müßten Sie nothwendiger Weise auf die Ehre verzichten, uns noch Genossen zu nennen. (Rufe: Na! Na!) Es ist ein großer Irrthum, bei der Agrarkommission zu vermuthen, daß sie durch ihre Vorschläge in die natürliche Entwicklung der Gesellschaft, die zur Vernichtung der unteren Schichten der Eigenthümer führt, eingreifen würden.

Wenn Ihnen Jemand sagen würde, wir beabsichtigen mit dem zweiten Theil unseres Programms die bürgerliche Gesellschaft länger am Leben zu erhalten, Ihr würdet ihn auslachen. Wenn der ganze zweite Theil des Programms verwirklicht wird, ist die bürgerliche Gesellschaft immer noch da. Auch die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft auf dem Gebiet der ländlichen Verhältnisse werden durch die Vorschläge der Agrarkommission nicht geändert oder in ihrer Entwicklung aufgehalten. Ich habe unsere Vorschläge daraufhin geprüft, daß erstens die kapitalistische Entwicklung der Gesellschaft durch sie nicht gestört wird, daß zweitens sie nicht den Prinzipien unserer Partei widersprechen und daß drittens der Arbeiterklasse keine Lasten auferlegt werden zu Gunsten der Besitzer von Grund und Boden. Hält der Entwurf diese Prüfung aus, dann kann man an sich nichts gegen ihn einwenden, dann können nur die Einzelheiten desselben in Frage kommen.

Nach den Angriffen, die man gegen uns richtete, hätte man glauben sollen, Parteigenossen, daß unsere Gegner, die Agrarier, eine besondere Freude an der Arbeit der Agrarkommission haben müßten. Sie hätten darnach in unseren Vorschlägen die intensivste Unterstützung ihrer Bestrebungen, die von einer ganz unerwarteten Seite kämen. Ich habe daraufhin die agrarische Presse genau verfolgt, weil ich in Fragen, wo mir selbst Zweifel ankommen, ob ich wirklich richtig gehandelt, immer viel Gewicht auf das Urtheil meiner Gegner lege. Und was fand sich? Das Hauptorgan der Agrarier hat nicht einmal gewagt, unsern Entwurf zu veröffentlichen. Die „Kreuzzeitung" hat zwar einige Artikel gebracht, aber sie waren so lendenlahm wie nie. Und das ist erklärlich. Unter unseren Vorschlägen befindet sich eine Reihe von Punkten, die den Großgrundbesitzern und dem Feudaladel scharf an die Nieren gehen. Auf der andern Seite können und wollen wir den Kleinbauern nicht konserviren, aber es sind Verbesserungen möglich in den ländlichen Verhältnissen, die wir bewilligen können und müssen, weil sie in einem beschränkten Maße Erleichterungen gewähren, ohne die Gesammtheit zu belasten oder ihr zu schaden. Man hat gesagt, wir könnten in der Agrarfrage keinen anderen Standpunkt einnehmen als in der Handwerkerfrage. Da freut es mich, daß Kautsky in seiner Resolution ausdrücklich sagt, die Handwerkerfrage und die Agrarfrage seien verschieden.

Bereits vor 25 Jahren schlug ich als Referent auf dem Stuttgarter Parteitag der Eisenacher eine Resolution vor, die im Wesentlichen dasselbe enthält, was ich heute vertrete. Wir können uns das ganze Handwerk hinwegdenken, aber nicht die Landwirthschaft. Wer den Grund und Boden in der Hand hat, hat die Gesellschaft in der Hand. Daher die Macht der preußischen Junker. Im Grund und Boden sind die Wurzeln ihrer Macht. Sie zu durchschneiden, heißt die Macht der Junker brechen. Ich will nicht leugnen, auch die großen Grundbesitzer würden gewisse Vortheile bei Durchführung unserer Vorschläge haben. Müller sagte: die Verstaatlichung der Hypotheken würde nicht nur den kleinen Bauern, sondern hauptsächlich auch dem Großgrundbesitzer nützen. Das mag in gewissem Grade richtig sein. Es hieße uns (der Kommission) ein Armuthszeugniß ausstellen, wollte man annehmen, wir hätten uns die Wirkung unserer Vorschläge nicht klar gemacht. Das haben wir im vollen Umfange gethan. Die Verstaatlichung der Hypotheken ist mit besonderem Eifer von Genossen

Kautsky bekämpft worden. Ich muß aber gestehen: er entwickelte Anschauungen bei dieser Bekämpfung, wie der reinste Manchestermann. Es hat ausgeführt, mit der Verstaatlichung der Hypotheken thäten wir dem Großkapital, der Börse den größten Gefallen. Aber Parteigenossen! Wenn die Börse und das Großkapital solchen Vortheil von der Verstaatlichung der Hypotheken hätten, dann hätten sie wirklich nicht auf uns gewartet! (Sehr gut! sehr richtig!) Warum findet denn unser Vorschlag kein Echo bei ihnen, warum schweigt Alles? Weil bei einer Finanzoperation, wie die Verstaatlichung der Hypotheken, das Kapital nicht gewinnen kann, sondern verlieren muß! Das werde ich nachweisen. Was den feudalen Großgrundbesitz in Preußen betrifft, so bleibt dieser bei unserem Vorschlage von vornherein außer Frage, denn dieser hat bereits, was wir den Uebrigen schaffen wollen. Die Landschaften sind die Institute, die unter dem Schutz des Staates gegründet sind, um den Großgrundbesitz zu unterstützen. Von diesen Instituten hat der kleine und mittlere Bauer nichts. Während der kleine und der mittlere Besitz beim Geldverleiher oder beim Wucherer seine Hypotheken mit 5, $5^1/_2$ und 6 pCt. verzinsen muß, ist der große Grundbesitz in der Lage, seine Hypotheken nur noch mit 3 oder wenig über 3 pCt. verzinsen zu können. Das ermöglichen dem großen Grundbesitz die Landschaften, wie erst wieder die große Finanzoperation beweist, welche die Landschafter vornahmen, indem sie im Laufe dieses Frühjahrs ihre 4- und $3^1/_2$-prozentigen Hypothekenbriefe und Pfandbriefe in 3-prozentige konvertirten. Herr Miquel und Graf Posadowsky haben sich bisher geweigert, die gewaltige Zinsenlast, die in Preußen und im Reich vorzugsweise die Massen für die Verzinsung der 4- und $3^1/_2$-prozentigen Reichs- und Staatsschulden aufzubringen haben, dadurch zu erleichtern, daß sie die Konvertirung vornehmen. Sie überließen den Landschaften den Vortritt und so hat der große Grundbesitz einen Vortheil erlangt, von dem der kleine arme Mann ausgeschlossen ist. Sollen wir ihm diesen verweigern? Genossen, wer wird denn durch die Herabsetzung des Zinsfußes geschädigt? Die Arbeiter? Habt Ihr Geld auf Grund und Boden? Nein! Hat einer wirklich ein bischen Kapital, dann wird er freilich gerupft, wenn der Zins herabgesetzt wird. Aber nicht der Arbeiter, die Geldleute haben einen gewaltigen Nachtheil, wenn z. B. durch die Zinsenherabsetzung einer Hypothekenschuld von 20 000 Millionen Mark um durchschnittlich nur 1 pCt. eine Summe von 200 Millionen Mark Zinsen erspart wird. Diese Herabsetzung des Zinsfußes wirkt nicht konservativ, sondern revolutionär, weil sie die Kapitalkonzentration weiter befördert, indem sie die mittleren und kleinen Kapitalisten schwerer trifft. Der kleine Bauer gewinnt unter Umständen eine Ersparniß von 60—100 Mk. pro Jahr, aber diese retten ihn nicht; der größere gewinnt mehr, aber die kapitalistische Entwicklung hemmt sie auch bei ihm nicht, weil alle die Umstände weiter wirken, welche die Agrarkrise erzeugten.

Wie ist es nun, wenn dadurch der Staat neue Macht in die Hand bekommt? Der ganze Grundbesitz kommt in Abhängigkeit vom Staate, sagt man. Sind denn nun die Junker wirklich vom Staate abhängig? Nein, das läßt sich nach der frechen Art ihres Auftretens nicht annehmen.

Die Abhängigkeit der Bauern vom Staat als Hypothekengläubiger ist etwa genau so groß wie die des Arbeiters, der in der Invaliditäts- und Altersversicherung versichert ist, und dieser Abhängkeit besteht nicht. Vor allen Dingen wäre doch die Art der Vergebung der Hypotheken gesetzlich zu ordnen.

Wie müßte nun aber ein Gesetz dieser Art lauten? Der Staat übernimmt die Verstaatlichung der Hypotheken, aber nicht ins Ungemessene, sonst müßte er auch alle bankerotten Betriebe übernehmen, und die Allgemeinheit hätte den Schaden. Durch ein Gesetz wird also eine Grenze festgestellt werden müssen, bis zu der die Beleihung geht, sagen wir bis zu 50 pCt. oder 60 pCt.

des Ertragswerthes. Jeder hat also ein gesetzliches **Recht**, diesen Kredit zu erhalten, und die Art, wie der Ertragswerth festgestellt wird, wäre ebenfalls genau durch Gesetz vorzuschreiben, damit Parteilichkeiten ausgeschlossen sind.

Wir dürfen uns nicht dadurch abschrecken lassen, daß angeblich eine Abhängigkeit der Bauern vom Staat geschaffen würde. Diese Abhängigkeit besteht für zahlreiche Arbeiter und Beamten schon heute in viel höherem Grade, als ihr jemals der Bauer als Besitzer einer staatlichen Hypothek verfallen könnte. Ich erinnere nur an die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens, und diese geht immer weiter. Sogar mit unserer Zustimmung. Nach der neuesten Statistik haben wir in Preußen augenblicklich rund 110000 Beamte und 172000 Arbeiter im Eisenbahnbetrieb, einschließlich der Familienangehörigen nahezu eine Million Menschen. In Sachsen, Bayern, überall liegt es ähnlich. Wenn eine neue Bahnbauvorlage kommt, so begrüßen wir sie jedesmal mit Freude; denn neue Bahnbauten dienen nicht nur der Allgemeinheit, sie dienen sogar auch der Sozialdemokratie. Wo eine Bahn besteht, kommt auch die Sozialdemokratie hin. Also alle diese zahllosen Arbeiter und Beamten in den Staatsbetrieben stehen in direkter Abhängigkeit vom Staate. Wollte aber einer unter Ihnen denjenigen Genossen der Quacksalberei beschuldigen, der einträte für neue Bahnen? Je mehr Bahnen, desto besser; gegen die dadurch erzeugte Abhängigkeit vieler Arbeiter vom Staate müssen wir auf anderen Gebieten die Hilfe suchen. Aehnlich wie im Eisenbahnwesen liegt es im Forstwesen; haben wir etwas dagegen, daß die Staatsforsten vermehrt werden und damit die dabei beschäftigten Arbeiter und Beamten? Das Gleiche gilt für den Bergbau, das Salinenwesen, den Straßenbau, das Post- und Telegraphenwesen; in allen diesen Betrieben haben wir Hunderttausende abhängiger Leute und doch treten wir nicht für ihre Abschaffung, wohl aber für ihre Erweiterung ein. (Sehr richtig!) Wir müssen in dieser Richtung mit einem alten Vorurtheil brechen. Wir sollen nur da den Staatsbetrieb bekämpfen, wo er **kulturfeindlich** wird und die Entwicklung hemmt, wie das z. B. im Militärwesen geschieht. Nach anderen Richtungen können wir nichts dagegen haben, wenn die Staatsbetriebe nach Zahl und Umfang erweitert werden. Wir müssen sogar den Staat zwingen, immer mehr Kulturaufgaben zu übernehmen; dadurch bringen wir schließlich den heutigen Staat mit aus den Fugen. Es liegt hier ähnlich wie beim Militarismus; je mehr Soldaten er schafft, desto mehr Sozialdemokraten schafft er und bekommt er in seine Armeen. Zuletzt versagt auch die stärkste Staatsmacht in dem Maße, wie der Staat seine Arbeiter und Beamten gegen sich selbst in die Opposition treibt, wie das bei der Post geschieht. Der Standpunkt: die Staatsmacht nicht zu stärken, indem man ihr die Lösung von Kulturaufgaben überträgt, ist manchesterlich. Wir müssen diese manchesterlichen Eierschalen abstreifen. (Zwischenbemerkung: Tabakmonopol!) Beim Tabakmonopol würden zahlreiche Existenzen vernichtet, und die Einnahmen daraus würden dem Militarismus zufallen, deshalb sind wir dagegen.

Wenn man sich nun auf das kommunistische Manifest beruft, weil dies gewisse Forderungen, wie die Verstaatlichung des Hypothekenwesens erst fordert, wenn wir entscheidenden Einfluß auf die Staatsmacht haben, so hat man Unrecht. Ich gehöre zu den aufrichtigen Bewunderern des Manifestes. Aber so sehr ich seine theoretischen und kritischen Auseinandersetzungen als unübertreffbar schätze, so versagt dasselbe, wo es **positive** Forderungen aufstellt, denn diese müssen sich nach den **Verhältnissen** richten, wie sie sich entwickeln. Die praktischen Forderungen des kommunistischen Manifestes sind heute zu einem erheblichen Theil veraltet. Nun sagt man uns weiter: Ihr gebt Euren Forderungen eine Ausführung, die aus dem Wortlaut Eurer Forderungen nicht hervorgeht. Man übersieht hierbei, daß der Entwurf naturgemäß nur knappe Sätze, nicht aber Leitartikel enthalten kann. Das will ich

noch speziell für diejenigen bemerken, die mit dem Einwand kommen: Was Ihr hineinlegt, steht nicht darin. Das kann nicht darin stehen. Wir sind schon jetzt öfter in die Lage gekommen und werden noch mehr in die Lage kommen, obgleich scheinbar eine Forderung von uns verwirklicht wurde, wir doch dagegen stimmten, weil die Art ihrer Verwirklichung nicht unseren Beifall finden konnte. Wir wollen z. B. alle eine Vereinheitlichung der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung; wenn aber die Reichsregierung mit einem Entwurf endlich kommt, so wette ich hundert gegen eins, daß wir dagegen stimmen, weil wir mit der Art der Durchführung nicht einverstanden sind. Dessenungeachtet können wir getrosten Muthes vor unsere Wähler treten und unser Verhalten rechtfertigen.

Nun hat Schippel gestern bei seinen Anhängern große Heiterkeit dadurch erregt, daß er sagte: Was wollen wir Sozialdemokraten denn mit der Hypothekenverstaatlichung? Die Antisemiten gehen viel weiter als wir, sie übertrumpfen uns. Hindert das uns, dasselbe zu fordern, weil jene die Ausführung anders, in einer unserer Meinung nach unmöglichen Weise fordern? Wir fordern, der Hypothekennehmer muß die Selbstkosten tragen, d. h. den Zins, den der Staat für das Kapital giebt, plus Verwaltungsausgaben. Hat der Staat das Geld zu 3 pCt. und betragen die Verwaltungskosten $^{1}/_{10}$ pCt., so beträgt der wirkliche Zins $3^{1}/_{10}$ pCt. Das ist selbstverständlich. Daß der Staat billiger Geld geben soll, als es ihn selbst kostet, ist unmöglich, und wer das verlangt, verlangt es auf Kosten der Gesammtheit, also auch der Arbeiter, und das haben wir mit aller Macht als die größte Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Beginge der Staat dennoch diese Ungerechtigkeit, er lieferte uns eine der schärfsten Waffen, die wir erhalten können.

Natürlich würden bei geringeren Selbstkosten des Staats die Hypothekarschuldner eine weitere Herabsetzung der Zinslast verlangen; die kann ihnen gewährt werden, ohne daß sie die Gesammtheit einen Heller kostet; retten würden sie keinen, der schon aus allgemeinen Ursachen dem Untergang entgegen geht. Aber etwas anderes würde erreicht. Wir erhielten mit einer Verwirklichung unserer Forderung eine genaue Inventarisirung des gesammten Grundes und Bodens. Haben wir dann eines Tags die Macht, unsere Forderungen weiter durchzusetzen, so machen wir mit den bisherigen Eigenthümern in Bezug auf ihren Bodenbesitz kurzen Prozeß, wir kauften ihnen dann den unverschuldeten Rest durch eine Rente ab. Nach dem Maße von Macht und Gewalt, die wir haben, müssen sich unsere Maßregeln richten. Damit sind Sie natürlich alle einverstanden! (Sehr richtig! Heiterkeit.) Wir haben aber wahrscheinlich ein gewisses Uebergangsstadium durchzumachen. Täuschen wir uns nicht darüber, daß wir zwar einen sehr großen Anhang im Volke haben — für uns stimmen ca. 1 800 000 Wähler —, daß wir aber im Falle der Verwirklichung unserer sozialistischen Forderungen eine große Zahl bisheriger Anhänger verlieren. (Sehr richtig!) Wir haben immer mit einem mehr oder weniger großen Schwanz von Leuten zu rechnen, die zwar mit uns sympathisiren, denen aber doch unsere letzten Forderungen zu weit gehen. Da brauchen wir also Uebergangsmaßregeln, und ich kann mir nichts Großartigeres vorstellen, als wenn wir einmal, zur Herrschaft gelangt, sofort den Werth und die Verschuldung des gesammten Grund und Bodens schwarz auf weiß in Händen hätten und danach operiren könnten. Haben die Eigenthümer, wie schon angedeutet, den Grund und Boden etwa zu $^{2}/_{3}$ verschuldet, so könnten wir das letzte Drittel einfach durch Rentenscheine kaufen. Hat doch selbst Marx nach Engels zu diesem mehr als einmal gesagt: am besten kämen wir weg, wir könnten die ganze Bande auskaufen. (Sehr richtig!) Es wäre in der That am besten, wir könnten die Besitzer auskaufen, ich würde ihnen den Boden gern noch etwas theurer bezahlen, als er Werth hat (Heiterkeit), denn

dann sind wir das Agrarierthum los und könnten reinen Tisch machen. Dieser Weg wird aber durch die von uns geforderte Verstaatlichung der Hypotheken in erheblicher Weise geebnet. Wenn Leute wie Ratzinger noch weiter gehen und sagen, man brauche sogar weniger Zinsen zu zahlen als der Staat giebt, so treten wir gegen diesen Schwindel, oder, um einen Schippel'schen Ausdruck zu brauchen, gegen diese Charlatanerie auf und sagen: Wollt Ihr das, so thut es auf Eure eigene Verantwortlichkeit; auf Euch eines Tages die Folgen. Diese Versprechungen der Antisemiten gehen uns nichts an und geniren uns nicht, wir haben nichts weiter zu thun, als den Humbug aufzudecken. Außerdem liegt darin eine greifbare Ungerechtigkeit, die sich die große Masse nicht gefallen lassen wird. Würde sie dennoch durchgeführt, so würde dies für uns ein ebenso gutes Agitationsmittel, wie die Existenz der indirekten Steuern.

Weiter wird gesagt, die Zentralisation des Kredits in der Hand des Staates sei bedenklich. Nun, diese Forderung stellt auch das Kommunistische Manifest und sie ist wider unsern Willen bis zu einem gewissen Grade heute verwirklicht. Eine Nationalbank, die Reichsbank, haben wir heute schon. Aber diese Reichsbank ist doch eine Pseudo-Reichsbank, an der das Privatkapital betheiligt ist, und deshalb haben wir auch seiner Zeit gegen den Gesetzentwurf, der sie ins Leben rief, gestimmt. Sollte die Reichsbank in eine wirkliche Reichsbank verwandelt und die Privatbanken gänzlich aufgehoben werden, so werden wir unbedenklich dafür stimmen, und ich möchte den Genossen sehen, der anderer Ansicht in dieser Frage ist. Auch das Verkehrswesen ist heute bereits verstaatlicht, und wir wollen es immer mehr verstaatlichen. Daher sind wir für Erweiterung der Kanalbauten, für Verstaatlichung des Straßenwesens u. s. w. Dadurch wird die Kulturentwicklung nicht gehemmt, sondern erheblich gefördert. Wer das Gegentheil sagt, vermag sich in den Gang der Dinge nicht hineinzudenken. Das nicht zu wollen, widerspricht auch unserer ganzen bisherigen Thätigkeit in den Einzellandtagen. Es scheint, als ob alle die Dinge, die wir bisher schon gethan haben, dadurch, daß wir sie erweitern und verallgemeinern, plötzlich ein anderes Gesicht bekommen. Ich habe bereits in einigen Volksversammlungen in Berlin nachgewiesen, daß der Bauer im Allgemeinen für bestimmte Forderungen des 2. Theils unseres alten Programms zu haben ist, für andere hingegen nicht. Fast alle Programmpunkte des 2. Theils werden, wenn sie entsprechend vertreten werden, von dem Kleinbauern angenommen. Hingegen ist der Bauer nicht zu haben für Aufhebung der Dienstbotenordnung, für eine Verbesserung und Verallgemeinerung des Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherungswesens, für Einführung eines Normalarbeitstages auf dem Lande, für das Verbot der Kinderarbeit u. dgl. (Sehr richtig!) Darin ist er einseitig interessirt, darin ist er zugleich auch bornirt. Hingegen habe ich bereits vor Konstituirung der Agrarkommission in einer Volksversammlung ausgeführt, daß wir dem Bauern ohne Schaden für die Allgemeinheit über unsere Programmpunkte hinaus Verschiedenes gewähren können, so z. B. eine Hypothekenversicherung, Verbilligung der Frachtsätze für landwirthschaftliche Produkte, Förderung des landwirthschaftlichen Meliorationswesens, landwirthschaftliche Schulen u. dergl. Alle diese Forderungen vertrete ich heute noch mit Entschiedenheit und wir kommen auf die Dauer nicht darum herum.

Was sodann die von Schippel erörterte Frage der Aufrechterhaltung und Erweiterung des bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechts betrifft, so haben wir doch nicht verlangt, daß diese Forderung aufrecht erhalten werden soll auf Kosten eines rationellen Waldbetriebes. Die Ansicht von Schippel, daß dadurch eine durch und durch verkehrte Waldwirthschaft erzeugt wird, ist ein alter Glaubenssatz namentlich der liberalen bürgerlichen Oekonomen, sowie der Forstbeamten und Großgrundherren, die am liebsten den ganzen Wald zu

einer guten Stube machten, wo außer ihnen nur noch die Herren Rehe und Hirsche Zutritt haben, von der aber das Volk ausgeschlossen ist Das Waldstreurecht schädigt an sich den Wald nicht, im Gegentheil, es verhindert, daß sich Ungeziefer entwickelt und kein Grashalm mehr gedeiht.

Ich bestreite, daß, abgesehen von verkehrter Wirthschaft, durch eine Aufrechterhaltung von Waldrechten das Interesse der Gesellschaft geschädigt wird. Umgekehrt. Schippel hat freilich auseinandergesetzt, daß wir gar kein Interesse daran hätten, die arme Bevölkerung, die Kleinbauern, unter ihren jetzigen Lebensbedingungen zu erhalten. Wäre das richtig, was Schippel ausgeführt hat, so hätte ja auch der Zoller gegen die Fuchsmühler Recht gehabt. Bisher sind noch alle Kleinbauern von den Herren über's Ohr gehauen worden. Auch in Bezug auf die Allmenden hat Schippel Unrecht. Die Allmend ist nützlich; aber bisher sind die Allmenden mit Absicht diskreditirt worden. Erst haben die Großen in den Gemeinden die Allmenden mit allen Mitteln ruinirt und verwirthschaftet und nachher haben sie das Land für einen Pappenstiel an sich gebracht. (Sehr richtig.) Wenn z. B. von Zoller den Fuchsmühlern für ein geringes Geld die alten Rechte abkauft, zerrinnt ihnen in Kurzem das Geld unter den Fingern und die Basis ihrer Existenz ist vernichtet. Sollen wir dafür eintreten, daß die Hunderttausende in Thüringen, im Spessart u. s. w. dem Kapitalismus zu Liebe mir nichts dir nichts zu Grunde gerichtet werden, oder sollen wir das Gemeindeeigenthum zum Schutze des Kleinen jetzt und für eine bessere Verwerthung in Zukunft zu halten suchen? Das Allmendenwesen ist in der Schweiz noch stark vertreten. Da hörten vor Jahrzehnten viele Gemeinden auf den Sirenengesang, daß man die Allmendrechte ablösen, das Land verkaufen solle. Die Folgen waren, daß die Verarmung mächtig zunahm und die großen Bauern zum Theil selbst darunter litten. Die Verarmung der großen Menge der Gemeindemitglieder stieg von Jahr zu Jahr, sie kamen massenhaft in die Städte und wurden Lohndrücker, nicht selten Lumpenproletarier; durch die Aufhebung der Allmenden waren sie Bettler und existenzlos geworden. Wir haben heute ein Interesse, daß diese Leute auf dem Lande bleiben. Dort müssen sie zu Sozialdemokraten gemacht werden, sie müssen dort unsere Pioniere, unsere Cadres werden, ohne sie bekommen wir auf dem Lande keinen Boden unter die Füße.

Man hat weiter gesagt: Wenn wir für das Land ein Programm machen, müssen wir ein solches auch für die Stadt haben. Ich bin nicht dagegen, ich glaube sogar, daß es nothwendig wird, je mehr Gemeindevertreter wir in den Städten haben. Jetzt hat es noch keine Gefahr, weil uns das Wahlrecht fehlt. Wenn wir aber morgen überall das allgemeine Wahlrecht bekämen, da würden wir schon übermorgen einen Parteitag einberufen müssen, um die Grundsätze festzustellen, nach denen wir in den Gemeinden wirthschaften wollen. (Sehr richtig!)

Freilich mit all den Forderungen, die wir heute stellen, wird die Grund- und Bodenfrage nicht gelöst; sie sind Palliativmittelchen wie der sogenannte Arbeiterschutz. Aber trotzdem verlangen wir, daß Gasanstalten, Pferdebahnen 2c. in Gemeindebesitz kommen, und über jeden Hektar Land, den wir in Gemeinbesitz verwandeln, müssen wir uns freuen, weil er uns später die Expropriation erspart und die Verstaatlichung des gesammten Grund und Bodens erleichtert. Die Erhaltung des Gemeindebesitzes und seine Erweiterung mit allen angängigen Mitteln liegt also in unserm Interesse. Gemeindebesitz ist nicht mehr Privateigenthum und erweist sich sein Nutzen oft gering, so liegt das nicht am Besitz, sondern an der schlechten Verwaltung.

Der Kautsky'sche Antrag sagt: „Dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigenthums in Aussicht und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigenthumsfanatismus". Das ist durchaus falsch, was ich glaube nachgewiesen zu haben.

Nun noch eine kurze Bemerkung über einen andern Punkt. Wir verlangen in unserm Vorschlag die Beseitigung aller Realsteuern. In dieser Frage steht einer der Hauptgegner unseres Entwurfs, der viel genannte Parvus auf unserer Seite, der alle übrigen Forderungen in einer Unzahl von Artikeln vermöbelte. Ein anderer Theoretiker, Kautsky, sagt, er halte für angebracht, die Frage nach Aufhebung der Grundsteuer jetzt nicht zu erörtern, sondern diese Erörterung zu verschieben, bis wir einmal über die Steuern überhaupt sprechen. Ihm erscheint die Frage noch streitig. Anders der dritte Theoretiker, Schippel. Er ist der grimmigste Gegner der Aufhebung der Grundsteuer. Nun, Parteigenossen, wir müssen unser Programm gerade in den Steuerfragen klar und zweifelsohne gestalten. Wird die Grundsteuer abgeschafft, so muß durch eine entsprechende Quotisirung der progressiven Vermögenssteuer das wieder herausgeholt werden, was der Boden dem Staate heute bringt. Die progressive Einkommensteuer genügt dazu nicht. Ich kann mich jetzt über die Frage nicht weiter verbreiten, sie ist außerordentlich wichtig und sie muß in der Spezialdebatte gründlich erörtert werden.

Man hat weiter gesagt, ein Agrarprogramm sei überhaupt nicht nöthig. Ich halte es im Gegentheil für durchaus erforderlich. Auch unser verstorbener Freund Engels war, wie Quarck gestern nachgewiesen hat, über die Nothwendigkeit, dem kleinen Bauern, soweit möglich, unter die Arme zu greifen, auf unserer Seite. In seinem Buche über das Erfurter Programm macht auch Kautsky Vorschläge für das Uebergangsstadium in den sozialistischen Staat inbezug auf die Erhaltung des Kleinbauern, die nach meiner Ansicht sogar zu weit gehen. Uebrigens hat Parvus in einer der letzten Nummern der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" einen Vorschlag gemacht, der in direktem Widerspruch zu dem steht, was er bisher gesagt hat. Damit stößt er die 30 oder noch mehr Leitartikel, die er gegen den Entwurf veröffentlicht hat, selbst über den Haufen. (Sehr gut!) Parvus hat schließlich entdeckt, daß es ohne Agraprogramm nicht abgeht. Er nennt das Agrarprogramm, das er will vorgeschlagen haben, ein sozialrevolutionäres, vielleicht, weil er weiß, daß durch diese Bezeichnung schon viele gewonnen werden. (Heiterkeit.)

Bebel geht nun zu einer Kritik des letzten Vorschlages von Parvus über; er findet, daß indem sogar Parvus ein Programm will, er ebenfalls einsieht, daß es ohne ein solches nicht abgeht. Er wolle aber konstatiren, daß, wenn man zur Aufstellung praktischer Fragen komme, etwas Besseres als die Kommission vorschlage, nicht zu haben sei. (Lebhaftes sehr richtig.) Das müßten also sogar die Gegner eingestehen. Dafür spreche ferner, daß in der ganzen Debatte auch nicht ein neuer annehmbarer Vorschlag gemacht worden sei. Und wenn Ihr heute sagt, fährt Redner fort, es muß etwas anderes geschaffen werden, und Ihr setzt Euch drei Jahre lang hin und arbeitet, dann kriegt Ihr doch nichts anderes fertig, als wir fertig machten! (Sehr richtig!) Schaffen müssen wir etwas. Unsere Abgeordneten in den Landtagen, in den Gemeinden müssen wissen, wie sie sich den brennenden Fragen gegenüber zu verhalten, welche Grenzlinie sie einzuhalten haben. Lehnen Sie das ab, so rufen Sie Verwirrung, Streit und Zank hervor.

Parteigenossen! Ich habe nie in meinem Leben etwas versprochen, von dem ich wußte, daß ich es nicht halten könne. Ich habe auch niemals an die schwieligen Fäuste der Arbeiter gegen die sogenannten Intelligenzen appellirt. Das that einst Herr von Schweitzer, wenn er nicht weiter kam. Dann spielte er die Arbeiter, das „Volk" gegen die Opposition, die Achtels- und Viertelsintelligenzen, wie er sie nannte, aus. Wie Schweitzer machte es später Hasselmann. Jetzt kommt Schippel und macht es nach. (Ohorufe. Sehr richtig!) Und mit einem gewissen Erfolg, das bewies der Beifall, der gerade diese Stelle seiner Rede fand. Die Agrarkommission hat alles aufs Gründlichste erwogen.

Es ist nicht wahr, wenn gesagt wird, wir hätten uns überstürzt. Was wir Ihnen mit unserm Entwurfe bieten, reicht nicht im Entferntesten heran an das, was Ihre Frankfurter Resolution forderte. (Sehr richtig! Sehr wahr!) Sie haben sich von der Frankfurter Resolution überrumpeln lassen. Ich habe mir das Wort gegeben, so viel an mir liegt, nie mehr eine wichtige Resolution so zu Stande kommen zu lassen. Sie ist in der Eile, über Hals und Kopf zusammengebraut worden.

Parteigenossen! Ihr habt alle Ursache, Euch genau zu überlegen, was Ihr thut, wenn Ihr unsere Vorschläge ablehnt. Nehmen Sie den Kautsky'schen Antrag an, so würde eine Spezialdebatte Zeitverschwendung sein, denn es wird damit ausgesprochen, daß praktische Forderungen in der Agrarfrage gegenwärtig unmöglich sind. Sie glauben heute die Frage abthun zu können, aber seien Sie sicher, sie kommt wieder und immer wieder. Und Sie werden zu ihr auf die Dauer keine andere Stellung nehmen können, als wir sie bereits eingenommen haben! (Lebhafter Beifall.)

Kautsky-Stuttgart: Der Anfang der Bebel'schen Rede hat auf mich einen niederschlagenden Eindruck gemacht, denn ich hatte die Empfindung, daß er von der Mehrheit des Parteitages voraussetzt, sie verstünde nichts von der Agrarfrage. Dann begreife ich nicht, wie man diesen Parteitag für berufen hält, der Partei ein Agrarprogramm zu geben. (Sehr richtig!) Dann hätte Bebel doch Alles aufbieten müssen, um die Beschlußfassung zu vermeiden; dann hätte er besser gethan, den Antrag Parvus anzunehmen. Man hat Parvus mißverstanden; er hatte sich das Programm ähnlich gedacht, wie etwa das Kommunistische Manifest; man kann ihm den Vorwurf des Widerspruchs nicht machen. — Ich bin mit Bebel darin einverstanden, daß eine große Unklarheit in vielen Organisationen und an vielen Orten über die Agrarfrage herrscht; ich gehe indeß nicht so weit, daß ich dem ganzen Parteitage Unklarheit vorwerfe. Es wäre sicher an der Zeit, Klarheit zu schaffen, es frägt sich aber, ob der vorliegende Entwurf dazu geeignet ist. Das ist nach meiner Ansicht nicht der Fall; denn dieser Entwurf ist so, daß er nur die Quelle neuer Konfusion und Zwietracht in der Partei sein würde. Ich lege einem Programm an und für sich keinen übermäßigen Werth bei. Ein Programm ist sehr schön und gut, wenn es ein Zeugniß ist der Klarheit, die in der Partei herrscht. Aber ein Programm kann nicht Klarheit schaffen dort, wo man sich selbst unklar ist. Wir haben die Sache verkehrt angefangen; zuerst haben wir in Frankfurt die Grundsätze aufgestellt, heute wollen wir uns das Programm schaffen, und dann wollen wir anfangen, die Agrarfrage zu studiren. Das Umgekehrte wäre wohl besser gewesen. Unser Antrag fordert keineswegs heute schon Stellungnahme zu der Agrarfrage. Wenn Unklarheit vorherrscht, so muß man sich doch zunächst zurückhalten und so vorsichtig wie möglich sein.

Die Hauptfrage, die wir jetzt zu entscheiden haben, ist die, welches überhaupt unsere Aufgabe auf dem Lande ist. Haben wir die Aufgabe, die kleine Bauernschaft zu erhalten oder nicht? Genosse Quarck hat gesagt, wir hätten überall die Sache des Fortschritts zu vertreten. Ich habe einmal behauptet, die Sache des Proletariats sei die Sache des Fortschritts. Aber Quarck hat das umgedreht und gesagt: Wenn wir für den Fortschritt eintreten, treten wir für das Proletariat ein. Das ist zu unbestimmt. Wir müssen zunächst einen festen Maßstab für unser Ziel gewinnen, und das nächste Ziel ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Deshalb müssen wir für alle Reformen eintreten, die die Widerstandsfähigkeit des Proletariats vermehren, aber die entgegengesetzten bekämpfen. Ferner müssen wir den Klassencharakter unserer Bewegung in Betracht ziehen und bedenken, daß wir als Vertreter des Proletariats einer Reihe von Klassen feindlich gegenüberstehen. Wo die politischen Interessen mit denen der anderen Klassen nicht übereinstimmen, da werden wir diese nicht

gewinnen und wenn wir mit Engelszungen redeten. Wir müssen also zunächst sehen, mit welchen Schichten wir auf dem Lande zu thun haben.

Auf das Gesinde und die von den Unternehmern ausgebeuteten Arbeiter brauche ich wohl nicht einzugehen. Dann kommt eine Reihe von Besitzern, die auf Nebenerwerb angewiesen ist. Hierzu kann man wohl diejenigen rechnen, die unter 2 Hektar haben. Die uns gestern von Quarck vorgelegte Statistik der Kleinbauern läßt sich wohl dahin anfechten, daß unter den Leuten, die bis zu 5 Hektar Grund und Boden haben, eine ganze Anzahl von Arbeitern einbegriffen ist, die ein Stückchen Land nebenbei bebauen und die eher zum Landproletariat, als zur Kleinbauernschaft zu rechnen sind. Wenn wir diese als Landwirthe „packen" wollten, so würden wir sie bei der unrichtigen Stelle packen; die Interessen als Lohnarbeiter sind identisch mit den Interessen des Proletariats und sie müssen deshalb in den großen Kampf des Proletariats aufgehen. (Sehr richtig!) Haben wir aber erst einmal auf diese Weise jene Schichten gewonnen, dann haben wir auch die Hauptschichten der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande gewonnen; denn sie bilden die große Mehrheit der landwirthschaftlichen Bevölkerung. Man hat von den nägelbeschlagenen Schuhen der Bauern gesprochen, vor denen man sich zu fürchten hat. Vor den nägelbeschlagenen Schuhen **dieser** Schichten brauchen **wir** uns nicht zu fürchten; sie werden ausgebeutet von unseren Gegnern, und wenn wirklich einmal die nägelbeschlagenen Schuhe eine Waffe im politischen Kampfe werden sollten, werden diese sich gegen unsere Gegner wenden, nicht gegen uns. (Sehr richtig!)

Die nächste Schicht sind die Kleinbauern, die, ohne regelmäßige Lohnarbeiter zu beschäftigen, doch auch nicht gezwungen sind, regelmäßig Lohnarbeit zu leisten und im Großen und Ganzen vom Ertrage ihres Landes leben. Bei diesen finden wir zunächst die Eigenthümlichkeit, daß der Kleinbetrieb in der Landwirthschaft den Drang nach Privateigenthum erzeugt. Das wissen auch unsere Gegner ganz gut; sie wissen, daß der Kleinbauer das festeste Bollwerk des heutigen Privateigenthums ist, und darum suchen sie auf alle mögliche Weise dessen Position zu stützen. Aber hoffnungslos ist dort unsere Sache doch nicht. Wir in Deutschland stehen günstiger als unsere Bruderparteien in anderen Ländern, weil bei uns der Kleinbauer eine geringere Rolle spielt.

Die Zahl der Besitzer von 2 bis 5 Hektaren beträgt nicht ganz eine Million. Die Bevölkerung dieser Güter beläuft sich auf etwa 4 Millionen, also etwa ein Fünftel der landwirthschaftlichen Bevölkerung Deutschlands. Wir können die Bauern nicht gewinnen, so lange sie im Vollbesitz ihres Eigenthums sind und sich wirklich als Bauern fühlen. Aber alles drängt darauf hin, daß auch auf dem Lande der Kleinbesitz dem Untergange verfallen ist, wenn auch der Entwicklungsgang dort anders ist als in der Industrie. Gegen Bebel's Ansicht, ich wolle dem Kleinbauern gegenüber eine andere Haltung einnehmen als zum Kleinhandwerker, muß ich protestiren. Ich stehe in dieser Beziehung mit Engels auf gleichem Boden. Ich gebe zu, daß in Einzelheiten der Entwicklungsgang in der Landwirthschaft ein anderer ist als in der Industrie, daß z. B. der Großbetrieb in der Landwirthschaft nicht die Uebermacht besitzt wie in der Industrie, aber die eigenthümlichen Vortheile des Kleinbetriebs in der Landwirthschaft werden durch eigenartige Nachtheile aufgewogen, so daß wir wohl eine Analogie zwischen Kleinhandwerkern und Bauern ziehen können. Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten haben wir keinen Grund, denn das könnte nur geschehen, indem wir sie in ihrem Besitze befestigen, also ganz entgegengesetzt verfahren wie sonst. Wir müssen zu dem verzweifelnden Bauern gehen und ihm anknüpfend an seine Lage nachweisen, daß sie keine vorübergehende ist, sondern naturnothwendig aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringt, und daß ihm nur die Verwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische helfen könne. Ich gebe zu, daß

diese Taktik schwer ist, aber unsere Partei ist dadurch groß geworden, daß sie den Muth gehabt hat, den Leuten unangenehme Wahrheiten zu sagen. (Beifall.) Ich erinnere nur an unsere Haltung in der Sedanfrage, wo wir uns nicht darum gekümmert haben, ob wir uns die Sympathie mancher Volksschichten verscherzten. (Beifall.) Wenn wir dem Bauer mit dem Agrarprogramm kommen, so würden wir uns in unser eigenes Fleisch schneiden. Zuerst setzen wir ihnen den ersten Theil des Erfurter Programms auseinander. Wir sagen, ihre Lage ist hoffnungslos, ihnen ist nicht zu helfen. Und dann sagen wir, mit dem Agrarprogramm wollen wir euch helfen. (Heiterkeit.) Die Bauern werden verwundert den Kopf schütteln. Oder aber wir setzen ihnen nur den zweiten Theil auseinander, dann gewinnen wir wohl hier und da eine Stimme, aber die Leute bleiben im Unklaren.

Die zwischen dem Arbeiterschutz und dem Bauernschutz gezogene Parallele muß ich bekämpfen. Beim Arbeiterschutz erklären wir ausdrücklich, daß es nicht möglich ist, die wirthschaftliche Lage der Arbeiter durch Eingriffe des Staates zu heben, und deshalb haben wir ja auch den Muth gehabt, allen Anträgen auf Einführung des Rechts auf Arbeit und des Minimallohns zu widerstehen, obgleich wir dadurch agitatorisch viel gewonnen hätten. Wir wissen, daß wir den Entwicklungsgang des Kapitalismus nicht hemmen können, daß wir nur dafür sorgen können, daß der Arbeiter körperlich und geistig widerstandsfähiger wird. Dasselbe Ziel müssen wir uns auch gegenüber der landwirthschaftlichen Bevölkerung setzen, auch die dürfen wir nicht verkommen lassen. Unser Programm hat ja aber heute schon Forderungen in dieser Hinsicht; ich erinnere an die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts und die Verstaatlichung der ärztlichen Hilfe. Das Agrarprogramm hingegen verlangt, daß wir dem Bauer auf dem Lande das gewähren, was wir dem Industriearbeiter in der Stadt nicht gewähren: die Sicherung der wirthschaftlichen Existenz. Das können wir nicht. Und wenn wir es könnten, würden wir das Gegentheil dessen erreichen, was wir durch den Arbeiterschutz bezwecken. Denn der Bauer fristet heute seine Existenz nur noch dadurch, daß er Weib und Kind aufs Aeußerste schindet, ihnen die Mittel raubt, sich zu bilden, und sie körperlich herabdrückt. Die Aufrechterhaltung des Kleinbetriebes in der Landwirthschaft ist das beste Mittel, um die Bevölkerung zu degeneriren; deshalb haben wir gar keinen Grund, diese elenden Existenzen zu fristen. (Sehr richtig.)

Bebel und Quarck haben sich auf Engels berufen. Ich freue mich darüber, daß Quarck so gute gymnastische Kunststücke zu machen versteht. (Heiterkeit.) Er erklärt sich in demselben Athemzuge für den Artikel von Engels und für das französische Programm, das Engels in diesem Artikel zerzaust. Mir ist es unbegreiflich, wie Jemand, der für dieses Programm eintritt, behaupten kann, er stehe auf dem Boden von Engels.

Im Programm ist von der Landeskultur die Rede. Landeskultur ist aber doch Landwirthschaft; für die Landwirthschaft einzutreten, bedeutet heute unter der Herrschaft des Privateigenthums aber nichts anderes als für die Interessen der Grundbesitzer eintreten. Und dem entspricht das ganze Programm. Ist das aber unsere Aufgabe? Man sagt weiter: Wir müssen doch dafür sorgen, daß unser Grund und Boden so ertragfähig wie möglich bleibt. Aber das Gegentheil davon wird durch die Stützung des heutigen landwirthschaftlichen Systems erreicht. Das heutige Grundbesitzsystem führt zur Devastirung und zum Raubbau. Jede Verbesserung der landwirthschaftlichen Produktion in der heutigen Gesellschaft ist eine Verbesserung der Mittel, die den Boden aussaugen. Und um alle diese Resultate zu erreichen, deren Nutzen ein so problematischer, sollen wir uns auf die schiefe Ebene des Staatssozialismus begeben.

Bebel meint, wir müßten soviel wie möglich verstaatlichen. Er hat bei

dieser Gelegenheit gegen mich polemisirt und meine Behauptung bestritten, daß die Verstaatlichung der Hypotheken ein gutes Geschäft für die Hochfinanz bilde. Es ist nicht richtig, daß der Staat die Macht hat, den Zinsfuß festzusetzen. Wonach richtet sich der Zinsfuß? Nach der Profitrate, und diese hängt nicht vom Belieben des Staates ab. Die Kleingrundbesitzer bekommen ihre Hypotheken nicht von den großen Kapitalisten, sondern von kleinen Wucherern auf dem Dorf. Verstaatlichen wir die Hypotheken, so nehmen wir den kleinen Ausbeutern ihr Geschäft und schaffen ein neues Ausbeutungsgebiet für die großen Ausbeuter der Hochfinanz. Uebrigens möchte ich hierbei die Agrarkommission fragen, ob der Selbstkosten-Zinsfuß des Staates für alle Hypotheken gelten soll, auch für zweite und dritte? Dann würde doch der Staat sehr schlechte Geschäfte machen. Er würde bei den schlechten Geschäften ausfallen, und dieser Ausfall wäre zu decken von der Masse des Volkes. Den Vortheil hätten die Großkapitalisten, denen der Staat ihre Zinsen garantirt. Die Berufung von Bebel auf die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist nicht angebracht, denn hier handelt es sich um ein Monopol, das ganz eigenthümlichen Gesetzen unterliegt und das man unter Umständen ganz ruhig dem Staate überlassen kann, denn die Abhängigkeit der Arbeiter ist bei den Staatsbahnen kaum größer als bei den Privatbahnen. Etwas anderes ist es beim Bauern, der heute nicht vom Staate abhängig ist, oder beim Arbeiter in den meisten Privatbetrieben. Auch in Köln wurde ja seiner Zeit gegen die Forderung, daß jeder Parteigenosse einer Gewerkschaft angehören sollte, geltend gemacht, daß das bei den Arbeitern in Staatswerkstätten nicht möglich wäre.

Die Ausführungen Bebel's beweisen, auf welche schiefe Ebene wir gerathen. Wenn wir das Bedürfniß haben, „positiv" für den Bauernschutz zu wirken, dann bleibt uns nur der Staatssozialismus übrig, und diese Konsequenz hat die Agrarkommission gezogen. Ich mache ihr keinen Vorwurf daraus, daß sie den Ehrgeiz gehabt hat, eine Aufgabe zu lösen, die nicht zu lösen ist. Wir brauchen sie nicht zu verurtheilen, aber wir dürfen ihr auch nicht folgen. (Lebhafter Beifall.) Nehmen Sie deshalb unsere Resolution an. Es ist möglich, daß wir durch Ablehnung des Agrarprogramms das Gewinnen von Stimmen auf dem Lande erschweren, aber es ist nicht unsere Aufgabe, Mitläufer heranzuziehen, die über unsere Prinzipien unklar sind, die von uns etwas verlangen und, damit sie es bekommen, eine Zeit lang mit uns gehen, aber im entscheidenden Moment uns verlassen. Wir gehen großen und schweren Kämpfen entgegen und müssen Mitkämpfer erziehen, die entschlossen sind, Alles mit uns zu theilen und den großen Kampf zu kämpfen bis ans Ende! (Lebhafter Beifall.)

Stücklen-Hof: Die Wichtigkeit der Agrarfrage steht außer Zweifel, und gerade die Genossen auf dem Lande verlangen eine Marschroute für die Agitation. Für uns Süddeutsche kommt vor allem der Bauer, der kleine wie der mittlere. in Betracht. Man muß doch zugeben, daß wir „im Rahmen der bestehenden Gesellschaft", sowie auch für die Landarbeiter und Bauern Forderungen nicht nur aufstellen, sondern auch durchdrücken müssen. Kümmern wir uns um diese gar nicht, dann verelenden sie immer weiter, wie man das in Schlesien besonders beobachten kann.

Die Leute vom Lande verlangen von uns etwas; ich habe in Versammlungen vor wirklichen Bauern geredet und bin mit dem bisherigen Programm ganz gut ausgekommen. (Heiterkeit.) Ja, warten Sie nur auf den Nachsatz — ich kam deshalb mit dem Programm aus, weil ich eben das, was aus dem Programm hervorgeht, aber nicht direkt betont ist, den Bauern gesagt habe. Wir müssen die Bauern heranziehen. Wenn aber Jedem, der den Bauern die Hand reicht, sofort die Finger geklopft werden, dann schreckt man den Bauern ab. Schippel wies mit besonderem Nachdruck auf die Uebereinstimmung

des süddeutschen Entwurfes mit dem Gesetzentwurf des österreichischen Ministers v. Falkenhayn hin. Seit wann ist denn etwas nur deshalb schlecht, weil es vom Gegner stammt? Dann könnten wir getrost einen großen Theil unseres Programms verwerfen, das alte Forderungen der Liberalen enthält. Warum hat Schippel denn nicht in der Kommission auf den Falkenhayn'schen Gesetzentwurf hingewiesen? Grillenberger schrieb kürzlich von der Bosheit Schippel's. Als ich das las, hielt ich das Urtheil für zu scharf. Durch seine gestrige Rede hat mich Schippel überzeugt, daß Grillenberger mit seinem Urtheil über ihn recht hat. Die Agrarfrage läßt sich nicht beseitigen, wenn Sie auch diesmal den Entwurf ablehnen. Die Fragen drängen sich an uns heran und schließlich werden Sie gezwungen sein, ein Landprogramm zu machen; hoffentlich ist es dann nicht zu spät! (Beifall.)

Oertel-Nürnberg: Der springende Punkt in der Sache ist der: sind wir in der Lage, neue Forderungen aufstellen zu können, und können wir es thun, ohne mit unseren bisherigen Grundsätzen in Widerspruch zu gerathen. Bei Bebel's Ausführungen konnte man glauben, daß das ginge; und doch geht es nicht. Viele von uns haben angenommen, daß wir überhaupt keine Ursache haben, uns darum zu bekümmern, ob wir auf dem Lande die bisherige Produktionsweise erhalten oder ihre Aenderung beschleunigen können. Bebel sagte, die verlangten Maßregeln dienen nicht zur Konservirung, sondern nur zur Erleichterung der Existenz. Aber das Gefährliche ist: wenn man erst einmal anfängt, solche Forderungen aufzustellen, so läßt sich gar nicht absehen, wie weit wir noch gehen werden müssen mit ähnlichen und neuen Forderungen. Die ganze Frage läuft auf die Konkurrenzfähigkeit des Bauernthums hinaus, und da wissen wir doch ganz genau, daß wir ihm die Konkurrenzfähigkeit durch alle möglichen Reformen nicht retten oder verschaffen können.

Eine Forderung ist besonders herausgehoben worden: die Verstaatlichung der Hypothekenschulden. Bebel von 1893 war darüber ganz anderer Meinung als Bebel von 1895 es ist. Da erklärte er in Köln, daß die Verstaatlichung der Hypothekenschulden konservativ sei, und er war es, der da sagte: „Ich kann diejenigen Genossen, die in Landtage kommen, nur warnen, durch die Zustimmung zu solchen Forderungen in Kreisen zu agitiren, von denen wir nichts gewinnen können." Heute ist Bebel einer der glühendsten Verehrer der Hypothekenschuldenverstaatlichung.

Wenn man zu fränkischen Kleinbauern kommt und ihnen die Verstaatlichung der Hypotheken verspricht, dann sind die Bauern damit einverstanden, aber sie wollen dann immer mehr; vor allem wollen sie höhere Preise für ihre Produkte; denn ohne Preiserhöhung kann der Bauernstand nicht existiren. Können wir aber für eine solche Erhöhung sprechen, die den Arbeitern schadet?

Der süddeutsche Entwurf war ungeschminkt. Er versprach den Bauern eine Regelung der Volksernährung, eigentlich eine sozialistische Kanitzerei. (Sehr richtig.) Und diese Offenheit ist ein Vorzug. Die Verstaatlichung der Hypotheken erscheint mir sehr bedenklich. Eine Reihe praktischer Bedenken sprechen, von allem andern einmal abgesehen, dagegen. Wie soll die Abschätzung erfolgen? Bebel meint, der Staat solle nur die guten Hypotheken übernehmen. Dann ist es klar, daß das Wucherkapital, das nicht mehr die Hypotheken an erster und zweiter Stelle erhält, sich die Hypotheken an dritter und vierter Stelle für seine Wirksamkeit aussucht. (Sehr richtig.) Was der Bauer also bei den verstaatlichten Hypotheken an Zinsen spart, das muß er bei den letzten wieder zulegen. Unter 3 pCt. wird der Staat das Geld auch nicht hergeben können. Schon jetzt zahlen viele Bauern, die Geld aus Stiftungen haben, nicht mehr wie $3^1/_2$ und 4 pCt. Und wie hoch ist das Kapital, das der Kleinbauer aufnimmt, im höchsten Falle? 5000 Mk. Jetzt zahlt er sagen wir 5 pCt. dafür; macht 250 Mk., dem Staat hätte er bei

3 pCt. 150 Mk. zu zahlen. Macht eine Ersparniß von rund 100 Mk. jährlich. Kann ihm das helfen? Nicht die Hypothekenschuld veranlaßt seine schlechte Lage, sondern seine schlechte Lage die Hypothekenschuld. Der Zinsfuß hat keine steigende Tendenz. Die Konkurrenz auf dem Geldmarkt treibt die großen Bankinstitute zur Herabsetzung der Zinsen. Das ist ein ganz natürlicher Prozeß. Was wir also dem Bauern bieten, ist heute schon durchgeführt. Die Werbekraft des Agrarprogramms würde also nicht bedeutend sein. (Sehr richtig.) Besser ist es zunächst, das Material zu untersuchen und dann aus dem Studium allgemeine Gesichtspunkte zu gewinnen, die sich zu einem Programm verdichten können. Lehnen Sie also den Entwurf der Agrarkommission ab mit Ausnahme des letzten Vorschlages, der die Einsetzung einer Kommission will. — Zum Schluß noch ein Wort an Schippel. Ich habe keine Veranlassung, mich zum Vertheidiger Vollmar's aufzuwerfen. Aber das Wort Schippel's von seiner Charlatanerie, seiner Gewissenlosigkeit ist nur geeignet, neue persönliche Kämpfe heraufzuführen. Das geht zu weit. Dagegen muß ich namens der bayerischen Genossen Verfahrung einlegen. (Beifall.)

Molkenbuhr stellt fest, daß er nicht so weit gehe, wie der Frankfurter Parteitag gegangen ist; er habe nicht für die Frankfurter Resolution gestimmt und würde auch heute nicht für dieselbe stimmen, weil diese unerfüllbare Forderungen stelle. Anders liege es mit den Forderungen der Agrarkommission. Wenn Genosse Schippel mit einem großen Aufwand von Kraft sich gegen die reaktionäre Einrichtung der Einzelbewirthschaftung der Allmenden gewendet habe, so hätte man erwarten müssen, daß er als Konsequenz seiner Ausführungen die Annahme der Forderung verlangt hätte, daß Gemeindeland in eigener Regie der Gemeinde oder durch Genossenschaften bewirthschaftet werden soll. Statt die Konsequenzen seiner eigenen Ausführungen zu ziehen, läßt er die Frage offen und sucht dadurch den Anschein zu erwecken, als habe die Agrarkommission sich zur Vertheidigerin der von ihm verurtheilten reaktionären Einrichtungen aufgeworfen. Aehnlich verhalte es sich mit seinen weiteren Ausführungen. Er bekämpft etwas, was von jedem Sozialisten bekämpft wird. Wenn ich für die Forderungen der Agrarkommission eintrete, dann geschieht es nicht, weil ich glaube daß unser Programm für die Agitation nicht ausreicht, sondern weil ich der Ueberzeugung bin, daß eine politische Partei, wie die Sozialdemokratie, zu allen Tagesfragen Stellung nehmen muß. Dem Agitator wie dem Theoretiker steht die Wahl offen, welche Fragen er behandeln will, dem Politiker nicht. Als politische Partei müssen wir zu allen Fragen Stellung nehmen und können uns nicht, wenn uns die Nuß zu hart erscheint, mit vornehm philosophisch klingenden Reden über die Schwierigkeiten des täglichen Lebens hinwegsetzen. Die Agrarfrage beherrscht heute das öffentliche Leben, weil die Landwirthschaft sich in einer schweren Krisis befindet. Die Krisis wird von keiner Seite geleugnet, aber von vielen Seiten wird die Meinung verbreitet, daß jeder Zusammenbruch den Sozialismus fördert; das ist aber nicht richtig. 1867 brach in Ostpreußen die bis dahin betriebene Wirthschaft zusammen. Tausende Arbeiter verelendeten und verhungerten; aber Sozialisten haben wir an ihnen nicht gewonnen. Ein Zusammenbruch wird erst dann unsere Sache fördern, wenn vorher alle Hülfsmittel der kapitalistischen Produktion erschöpft sind. Die gegenwärtige Krise geht tiefer, sie ist allgemeiner, und daher suchen fast alle Parteien Abhilfsmittel vorzuschlagen. Fast sämmtliche gesetzgebende Körperschaften werden sich mit der Agrarfrage zu beschäftigen haben, und deshalb muß der Parteitag die Richtung angeben, in welcher sich unsere Genossen zu bewegen haben.

Zwei Richtungen lassen sich bis jetzt in den alten Parteien feststellen, die preußischen Junker, sowie der von diesen geleitete Bund der Landwirthe, wollen die Massen durch höhere Zölle, Geldverschlechterung, den Antrag Kanitz

und ähnliche Mittel ausbeuten und die Landarbeiter durch Heimstätten, Rentengüter u. s. w. in tiefere Versklavung herabdrücken. Diese Richtung müssen wir unter allen Umständen bekämpfen. Demgegenüber giebt es hervorragende Landwirthe, wie z. B. der freikonservative Schulz-Lupitz, welche die Mittel der Junker und des Bauernbundes verschmähen; sie wollen weniger die Massen und die Arbeiter, als den Grund und Boden stärker ausbeuten. Sie behaupten, durch rationelle Bearbeitung und intensivere Wirthschaft können dem Boden viel höhere Erträge abgerungen und die Noth der Landwirthe verringert werden. Unter den von der letztgenannten Richtung vorgeschlagenen Mitteln giebt es solche, die wir unterstützen können, weil durch diese die Entwicklung gefördert und beschleunigt wird und schneller zur Erschöpfung der Hilfsmittel der heutigen Gesellschaft führt. Die Gegner der Vorschläge sagen aber: durch die vorgeschlagenen Mittel würden den Unternehmern besondere Vortheile bewilligt und deren Privateigenthum gestärkt; es ist ungerecht, Einzelnen Nutzen zu bringen, und reaktionär, den Kampf der Kleinbesitzer um die Existenz zu verlängern. Die Ungerechtigkeit, welche in diesen Vorschlägen liegen soll, wird jetzt schon oft begangen. Wird nicht durch alle Kulturunternehmungen, denen wir bis jetzt zugestimmt haben, vielen Grundbesitzern und ganzen Unternehmerkreisen ein großer Profit in die Taschen gespielt? Der Bau von Eisenbahnen erhöht die Bodenwerthe in Nähe der Bahnhöfe; der Bau des Nord-Ostsee-Kanals hat die Grundstückspreise in Brunsbüttel und Holtenau mehr als verdoppelt, und die Unternehmer sind es, welche durch Verbesserung der Verkehrsmittel den höchsten Profit einheimsen. Obwohl diese Wirkung jedem Genossen bekannt ist, treten wir stets für Vermehrung der Verkehrsmittel ein, weil auch die ganze Bevölkerung mit an dem Nutzen dieser Einrichtungen theilnimmt.

Aehnlich verhält es sich mit den von der Kommission vorgeschlagenen Mitteln. Hebung der Ausbildung der Landleute durch Fachschulen, Musterwirthschaften, Versuchsstationen, Steigerung der Ertragsfähigkeit des Bodens durch Meliorationen, Ausdehnung des Jagdrechts u. s. w. sind Forderungen, die zunächst einzelnen Grundbesitzern großen Nutzen bringen; aber das vermehrte Angebot von Ackerbauprodukten drückt die Preise und nützt also der ganzen Bevölkerung. Die Meliorationen fördern das Genossenschaftswesen und dadurch den Großbetrieb. In der Landwirthschaft können Großbetriebe nicht so leicht wie in der Industrie gebildet werden, weil der Großunternehmer den bereits in festen Händen befindlichen Boden haben muß. Gilt es aber Vortheile auszunützen, welche den Großbetrieb bedingen, dann entschließt sich der Bauer leicht zur Genossenschaft, wie dieses die zahlreich vorhandenen Genossenschaftsmeiereien beweisen. Die Redensarten vom antikollektivistischen Bauernschädel und von der bäuerlichen Einsichtslosigkeit sind Verlegenheitsphrasen, deren Haltlosigkeit aus tausenden Beispielen des praktischen Lebens leicht nachgewiesen werden kann. Unser Programm hat bisher hauptsächlich den Industrie-Arbeiter ins Auge gefaßt, das zeigen unsere „Forderungen". Den Bauer zu schmeicheln ist mir widerlich; aber es ist auch unklug, wenn man ihn nutzlos insultirt, wenn man von bäuerlicher Einsichtslosigkeit und Besitzfanatismus spricht. Mit dem bloßen Beiseiteschieben der Agrarfrage erreicht man nichts; sie tritt im Leben an uns heran, und wir können uns nicht aus dem Leben heraus drängen lassen. Dann wären wir schlechte Kämpfer. (Lebhafter Beifall.)

Grünwaldt-Hamburg: Wer wollte bestreiten, daß Molkenbuhr mit seiner Taktik große Erfolge in Schleswig-Holstein erreicht hat. In dieser Provinz liegen die Verhältnisse aber auch eigenartig. Das Genossenschaftswesen ist dort außerordentlich verbreitet, aber es ist auch nicht zu verkennen, daß zum Theil die Verhältnisse der Arbeiter durch das Genossenschaftswesen verschlechtert worden sind. Was den Entwurf der Agrarkommission betrifft, so erscheinen mir die Fragen, in denen er bereits eine bindende Direktive geben

will, noch nicht spruchreif. Wir wollen ruhig noch 3, 4 Jahre debattiren und dann sehen, was wir zu thun haben. Vor Stegmüllereien werden wir dadurch doch nicht geschützt. Im Gegentheil; was würden nicht Leute, die zur Stegmüllerei neigen und Landtagsabgeordnete sind, anfangen, wenn sie das so erweiterte Programm in die Hand bekämen. — Die eigentlichen Bauern werden nach wie vor unsere Feinde bleiben. Ein wirkliches Aktionsprogramm werden wir erst nach Jahren bekommen. Deshalb bitte ich, die Kautsky'sche Resolution anzunehmen.

Die Debatte wird auf morgen vertagt.

Persönlich bemerkt

Quarck, daß die Aeußerung von Kautsky, er (Redner) habe sowohl den Engels'schen Ausführungen, als auch dem entgegengesetzten, von Engels verurtheilten Gedanken des französischen Programms zugestimmt, auf einer irrthümlichen Auffassung beruhe.

Schippel: Nach den Ausführungen von Bebel müssen die Genossen glauben, der Gipfel meiner Perfidie gegen die Agrarkommission sei durch den Brief erreicht, in dem ich mein Fehlen in den letzten Tagen zu entschuldigen bitte. Ich werde, um Klarheit zu schaffen, den Brief verlesen. (Geschieht.) Sie sehen also, daß darin vorgeschlagen ist, statt des Programmentwurfs nur die Punkte desselben als Gerippe und Unterlage für eine Diskussion vorzulegen.

Bebel: Ich habe Schippel wegen des Briefes nicht den Vorwurf der Perfidie gemacht, sondern nur auf seine fortwährend wechselnde Gesinnung hingewiesen und betont, daß er in den Brief wieder denselben Standpunkt eingenommen hat, den er in seinem ersten Artikel im „Sozialdemokrat" vertrat. Eine wiederspruchsvollere Haltung ist mir bisher nicht vorgekommen. Mir ist freilich dieser seltsame Widerspruch nicht unerklärlich.

Schippel: Ich hatte nur die Absicht, durchzusetzen, daß aus dem Programm die agrarischen Forderungen entfernt werden sollten.

Singer: Mir ist die Mittheilung geworden, daß seitens des hiesigen Polizeipräsidiums (Rufe: Aha!) eine Verfügung an die Exekutivbeamten ergangen ist, jede Ansammlung sowohl Abends hier vor dem Lokal als auch bei dem beabsichtigten Besuch der Friedhöfe mit aller Schärfe zu verhindern. (Hört, hört!) Was mit der Ansammlung vor dem Lokal gemeint ist, ist mir unerfindlich, da wir ja auf den Kommers verzichtet haben und die Delegirten keine Veranlassung haben, sich heute Abend hier anzusammeln. Vielleicht handelt es sich um eine Ansammlung der Polizei. (Heiterkeit.) Was über die Verfügung inbezug auf den Besuch der Gräber anbelangt, so seien Sie sich bewußt, daß wir beschlossen haben, in zwanglosen Gruppen den Gräbern unserer verstorbenen Vorkämpfer einen Besuch abzustatten. Wir werden abwarten, ob man versuchen wird, uns an der Erfüllung einer Pflicht der Pietät zu verhindern. (Beifall.)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 2 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 10. Oktober 1895. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Mehrere Begrüßungsschreiben sind eingegangen; das von „einigen Mitgliedern der Ferienkolonie" gesandte wird mit großem Beifall aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt Antrick namens der Mandatprüfungskommission mit, daß nachträglich Proteste gegen die Giltigkeit der Mandate von Röhrle-Heilbronn und Gehr-Bremerhafen eingelaufen seien. Da beide Mandate für giltig erklärt und die Proteste verspätet eingelaufen sind, beantragt die Kommission, über dieselben zur Tagesordnung überzugehen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage ohne Debatte bei.

Hierauf wird in die Tagesordnung (Fortsetzung der Berathung des Agrarprogramms) eingetreten.

David-Gießen: Parteigenossen! Die Vorschläge der Kommission sind von dem Korreferenten Schippel unter der Devise „nichts als Diebstahl" eingeführt worden. Zu diesem Vorwurfe des Diebstahls muß ich einige Bemerkungen machen. Der der Agrarkommission mitgegebene Auftrag erforderte natürlich Kenntnißnahme auch der Forderungen und Wünsche, welche aus den Kreisen der an der Agrarfrage unmittelbar mit dem eigenen Leibe Betheiligten in Presse und Parlamenten zu Tage getreten sind. Unsere Vorschläge sollten nichts anderes sein als Vorschläge für die Stellung, die die Partei zu den agrarpolitischen Tagesforderungen nehmen solle; Tagesfragen erfindet man nicht. Wir mußten da natürlich auch die Forderungen kennen lernen, die heute bereits von anderen Parteien geltend gemacht werden. Soweit diese Forderungen dem Interesse landwirthschaftlicher Kapitalisten und Unternehmer dienen, mußten wir sie von vornherein ausscheiden. Was übrig blieb mußten wir prüfen daraufhin, ob es nicht nur der Landwirthschaft in ihrer Gesammtheit, sondern auch der gesammten Bevölkerung zugute kommt. Diesen Forderungen mußten denn auch wir positiv näher treten.

Wenn Sie also erwartet haben, die Agrarkommission werde Ihnen das Produkt einer ganz neuen agrarpolitischen Phantasie vorlegen, dann allerdings haben wir Ihre Erwartungen getäuscht. Aber zu dieser Erwartung waren Sie der Natur des uns gegebenen Auftrages nach nicht berechtigt.

Sodann habe ich noch die Mitglieder des süddeutschen Unterausschusses gegen einen besonders schweren Vorwurf des Diebstahls und der Hehlerei zu verwahren. Der Genosse Schippel hat behauptet, wir hätten unsere Vorschläge dem Grafen Falkenhayn gestohlen und er hat dessen Name ganz geschickt dazu benutzt, die Vorschläge zu verdächtigen. Aber zunächst ist nicht, wie Schippel es dargestellt hat, fast das ganze Programm von Falkenhayn entlehnt: Unser Entwurf enthielt 15 Punkte. Es handelt sich um einen Punkt desselben; ja nicht einmal um einen ganzen Punkt, sondern um einen Passus in einem Punkte, nämlich um das Eintreten der Gemeinde bei Vergantungen. Schippel hat zwar behauptet, daß noch weitere Forderungen dem Falkenhayn'schen Gesetz entnommen seien, nämlich der staatliche Ankauf von Getreide direkt von den Produzenten und die Beleihung landwirthschaftlicher Produkte. Aber Schippel wird doch wohl nicht im Ernst behaupten wollen, daß das Dinge sind, die man an den Namen Falkenhayn anknüpfen kann. Das sind Dinge, die in fast allen agrarpolitischen Programmen vorkommen. Genosse Schippel hat uns der beabsichtigten Verheimlichung geziehen. Die Falkenhayn'sche Forderung ist seit Jahren in der Presse behandelt worden, sie ist jedem bekannt, der sich überhaupt mit diesen Dingen beschäftigt. Wir sind doch nicht so einfältig, Dinge, die seit Jahren diskutirt werden, als unser Eigenthum reklamiren zu wollen.

Nicht nur in der bürgerlichen Presse, auch in der Parteipresse hat der Falkenhayn'sche Vorschlag längst vor unserem Entwurf Beachtung gefunden. Das heißt, ich setze bei dem allem zunächst einmal voraus, unsere Forderung sei identisch mit der Forderung Falkenhayn's, was aber keineswegs der Fall ist, worauf ich nachher komme. Genosse Vollmar hat in seiner bekannten Agrarrede im bayrischen Landtag auch dieses Vorschlags Erwähnung gethan. Diese Rede ist als Sonderabdruck aus unserem Würzburger Parteiorgan in Tausenden von Exemplaren als Bauernagitationsbroschüre verbreitet worden. Es handelt sich also durchaus nicht um Dinge, die im Schoße der Kommission geheimnißvoll behandelt worden wären. Der Genosse Schippel hat dann in sehr dramatischer Weise die Person des Grafen Falkenhayn, „an dessen Händen das Blut der Bergarbeiter klebt", dazu benutzt, um gegen den Vorschlag Stimmung zu machen. Ja, wenn wir alle die Dinge verurtheilen wollten, die

von unseren Gegnern stammen, dann hätten wir noch manches andere zu verurtheilen, z. B. auch das allgemeine Wahlrecht, weil es von dem „Blut- und Eisenmann" stammt. Schippel selbst hat sich ja nicht gescheut, für seine Auffassung über die Wald- und Weiderechte Männer als Autoritäten heranzuziehen, die unsere schärfsten Gegner sind. Wollte ich mich in ähnlich dramatischer Weise ausdrücken, so würde ich sagen, er hat sich auf die Autorität der Männer gestützt, „an deren Händen das Blut der Bauern von Fuchsmühl klebt". Ein derartige Kritik ist werthlos; nicht die Person, sondern die Sache haben wir zu prüfen.

Was nun die Sache anlangt, so unterscheidet sich unser Vorschlag ganz wesentlich von dem Vorschlag Falkenhayn's. Ja, in seinem Endziel ist er das Gegentheil desselben. Man hat uns untergeschoben, wir wollten damit das Privateigenthum des zur Vergantung kommenden Bauern retten. Falkenhayn's Vorschlag läuft allerdings darauf hinaus, indem er Rentengütrr schafft. Davon ist in unserem Vorschlag keine Rede, er spricht nicht von Renten-, sondern von Lehengütern. Wir sagen, der Ankauf durch die Gemeinde und die Uebertragung des Gutes an den früheren Besitzer als Nutznießer soll dem Nutznießer durchaus nicht neuen Privatbesitz verschaffen. Aus taktischen Gründen wollten wir nicht von Pacht sprechen, denn Pachtverträge sind heute anrüchig, und wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn man einem Landwirth die Nutznießung giebt, doch die Pachtfrist so stellen muß, daß genügende Zeit bleibt, Verbesserungen zu machen und sie vergolten zu erhalten. Also die Pacht soll über das Maß der heutigen Pachtzeiten hinausgehen; aber vor dem Schritt zum Privateigenthum, das verkauft und vererbt werden kann, haben wir durch das Wort Lehen, welches von „leihen" kommt, scharf Halt gemacht. Und so paßt sich unser Vorschlag in die Forderung, das Gemeineigenthum zu vermehren, hinein. Falkenhayn wollte mit seiner Politik die Landwirthe, auch eine breitere Masse von Kleinen, hinter sich bekommen als Bollwerk gegen die Arbeiterbewegung. Eine solche Absicht läuft den unseren natürlich schnurstracks entgegen. Von dem in unserem Entwurf enthaltenen Vorschlag ist in der von der Gesammtkommission gemachten Vorlage nur noch ein Gedanke festgehalten, nämlich das Vorkaufsrecht der Gemeinde bei Vergantungen von Grundstücken. Er entspricht dem Ziel, das Gemeindeeigenthum zu vermehren und die heutige blos politische Gemeinde allmälig in eine Wirthschaftsgemeinde überzuleiten. Die ganze Darstellung Schippel's war also falsch und seine Vorwürfe ungerecht. Ich will nicht in denselben Fehler wie er verfallen und Vorwürfe wie Unverstand und Gewissenlosigkeit gegen ihn erheben. Ich überlasse es dem Urtheil der Genossen, auf wessen Seite hier der Mangel an Verstand und Gewissen zu suchen war.

Bezüglich des Waldstreurechts haben wir uns nach Schippel nicht von wissenschaftlichen Grundsätzen leiten lassen. Wäre Schippel in der Kommission dabei gewesen, so hätte er außer seinen Gesichtspunkten noch manches Andere und Bessere hören können. Etwas Neues hat er uns nicht gesagt. Schippel hat die Interessen der rationellen Forstkultur mit dem Interesse der Gesammtheit, das Interesse des Fiskus mit dem des Volkes zusammen geworfen, obgleich das heute zwei ganz verschiedene Dinge sind. Die Forstverwaltung ist eine staatskapitalistische Verwaltung. Die Holzkultur ist ihr die Hauptsache. Deshalb ist es ihr angenehm, wenn der Bauer mit seinem Vieh ganz aus dem Walde fernbleibt. Die Darstellung vieler Forstbeamten über die Wirkung der Wald- und Weiderechte ist also einseitig, und kann nicht für uns maßgebend sein. — Uebrigens wenn es sich um die Erhaltung und Vermehrung des Wildstandes handelt, wenn das Jagdvergnügen der Herren in Betracht kommt, dann muß die „rationelle Forstkultur" hintanstehen. Da können Tausende und aber Tausende von jungen Stämmchen jährlich geschält werden, ohne daß

das „fiskalische Interesse" dagegen aufgeführt wird. Wohl aber tritt es sofort den Bauern gegenüber in Kraft, dessen Existenz an die Benutzung des Waldes gebunden ist.

Genosse Schippel hat sodann die Frage der Allmende ausführlich erörtert. Er zitirte aus Buchenberger und Anderen. Der Haupteinwurf war, daß die Allmenden zur Schollenkleberei führten. Ich sage hierzu: die Allmendtheilhaber sind einsichtig genug, um zu wissen, ob es für sie sich lohnt zu bleiben oder auszuwandern. Es soll durch Zurückhalten der Allmendberechtigten Uebervölkerung und Lohndrückerei in den betreffenden Dörfern entstehen. Betreffs der Lohndrückerei hat aber die Sache noch eine ganz andere Seite. Ich meine die Lohndrückerei, die in den Städten entsteht dadurch, daß die ländliche Bevölkerung in die Städte getrieben wird. Sie wird um so schlimmer, je mehr durch Aufhebung der Allmenden und des Waldstreurechtes so und soviel bäuerliche Elemente vernichtet und aus ihrem Eigenthum getrieben nach der Stadt kommen. (Beifall, Zuruf.)

Es wird mir zugerufen: „Das heißt also revolutioniren!" Ja, wenn die Lohndrückerei revolutioniren würde, dann wäre doch die ganze Thätigkeit unserer Gewerkschaften eine antirevolutionäre. (Sehr gut!) Sind denn die Gegenden, wo Hungerpreise gezahlt werden, der Boden, auf dem wir Gelegenheit zum Revolutioniren haben? (Zuruf: An die Scholle gefesselt!) Ja, bei dieser „Fessel" hat es der Kleinbauer doch jederzeit in der Hand, sie zu lösen, sobald er eingesehen hat, daß dies seinem Interesse entspricht. Was man jederzeit von sich schütteln kann, ist nach meiner Meinung keine Fessel.

Was nun die Verstaatlichung der Hypotheken betrifft, so hat nach Kautsky die Börse den Vortheil davon. Dem gegenüber frage ich, wo werden denn die Dividenden hinkommen, die heute die privaten Bodenkreditbanken in so reichem Maße ziehen. Heute haben die Kapitalisten den Vortheil des Hypothekengeschäfts und der soll ihnen gerade genommen werden. Das wissen die Herren auch und deshalb sind sie erbitterte Gegner der Hypothekenverstaatlichung. Dem Genossen Oertel gegenüber bemerke ich, daß technische Schwierigkeiten sich hier wie allerwärts finden, aber auch überwinden lassen. Auf seinen Einwurf will ich nur bemerken, daß man ja für Grenztaxen die erste, zweite und höhere Hypotheken festsetzen kann. So gut wie Private kann auch der Staat eine Risikoprämie in die Selbstkosten aufnehmen. Die Endgrenze wird da liegen, wo der eigentliche Werth des Gutes aufhört. Will man über den Werth des Gutes hinaus noch ein Geldleihen ermöglichen, so kann nur Personalbeleihung erfolgen. Auch hier ist man ja schon auf dem Wege, Organisationen zu schaffen. Das dem Privatkapitalisten durch die staatliche Organisation des Realkredits schon eingeschränkte Gebiet für Zinsziehung und Wucher wird dann noch weiter eingeschränkt.

Genosse Kautsky ließ dabei das Gespenst der Staatssklaverei des Bauern aufmarschiren. Jetzt haben wir die Sklaverei des Privatkapitals, die unter Umständen ganz offen politischen Druck auf den Bauern ausübt. Diese Privatsklaverei, die durchaus nicht zu unterschätzen ist (ich erinnere an die Eschweger Stichwahl), würde doch zunächst beseitigt. Und ferner: Der Bauer ist eine viel demokratischere, widerstandsfähigere Natur als etwa der ostelbische Landarbeiter. Sollte es dem Staat einfallen, den Bauern mit den Hypotheken zu kujoniren, so würde es wohl bald lebensgefährlich für den Landrath werden, in die Dörfer zu kommen. Der Staat würde dadurch die Bauern selber gegen sich revolutioniren.

Nun zur geforderten Vermehrung des Gemeindelandes und zum Verbot des Verkaufs öffentlicher Ländereien. Diese Forderung bezeichnet Schippel als Charlatanerie, deren sich kein westeuropäischer Sozialist mehr schuldig machen dürfte. Nun, auch westeuropäische Sozialisten, die wir bisher nicht gewohnt

sind, als Charlatane zu bezeichnen, stimmen in der Forderung der Vermehrung des Gemeindelandes mit uns überein. Das Programm unserer französischen Genossen enthält diese Forderung und unser Genosse Vandervelde hat dies ebenfalls in seiner Rede im belgischen Parlament als eine agrarsozialistische Forderung aufgestellt. Unserem Prinzip entspricht ja diese Forderung auch voll und ganz, es könnte sich nur darum handeln, ob es jetzt schon an der Zeit ist, diese Forderung praktisch geltend zu machen. Wir wollen das Gemeindeeigenthum doch prinzipiell vermehren. Und da kann schon heute manches geschehen. So können wir dafür bereits überall da eintreten, wo Grundbesitz zwangsweise den Eigenthümer wechseln soll. Ein Bauer, der zum Pächter von Land geworden ist, ist für uns infolge der veränderten wirthschaftlichen Existenzunterlage viel leichter zu gewinnen, als wenn er noch Eigenthümer wäre. — Nebenbei bemerkt: Wenn Kautsky sagt, der Kleinbetrieb bedingt das Privateigenthum an Boden, so ist das nicht richtig. Wo wollten Sie denn theoretisch den kleinen Pächter unterbringen?

Die Forderung des Naturalzinses im süddeutschen Programm ist als etwas ganz Ungeheuerliches hingestellt worden. Wir wollten dadurch dem Bauern das Aufgeben seines Privateigenthums bei der Vergantung erleichtern; ihm den Gedanken des freiwilligen Uebergangs zum Lehnsinhaber nahelegen. Wir boten ihm dadurch die Möglichkeit, aus der heutigen Zwangslage: auf der einen Seite zu festen Ausgaben gezwungen und auf der andern Seite auf schwankende Einnahmen angewiesen zu sein, herauszukommen. Wir Süddeutschen sind mit dieser Forderung in der Kommission nicht durchgedrungen; viel gewichtigere Erwägungen wurden uns entgegengehalten als die Schippel's.

Die Frage: ist der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen, ist eine theoretische, und ich halte, trotz der freundlichen Anmerkung des Genossen Kautsky, den Parteitag nicht für den Ort, sie zu erörtern. Sie zu entscheiden ist nicht Sache einer politischen Partei, sondern der landwirthschaftlichen Fachleute und vor allem der praktischen Landwirthe selbst. Hier heißt es auch: Probiren geht über Studiren. Die Frage ist übrigens eine unter den Fachleuten durchaus unentschiedene Streitfrage. Ein „fester Boden der Wissenschaft“ existirt nicht; es giebt nicht zwei Professoren, die in einer Frage das gleiche denken. Die Wissenschaft hat den Muth, sich beständig zu mausern.

Wir haben in dem Sinne auf dem Boden der Wissenschaft zu stehen, daß wir ihr Fortschreiten wahrnehmen und uns zu nutze machen. Darum haben wir uns auch mit unseren Vorschlägen betreffs der Bewirthschaftung des öffentlichen Grundeigenthums nicht auf eine Theorie festgenagelt. Gerade die Freilassung verschiedener Bewirthschaftungsformen hat man so als ein leuchtendes Beispiel dafür angeführt, daß wir selbst noch nicht wüßten, was wir wollen. Wenn wir Forderungen für die Gegenwart aufstellen, so müssen wir doch den heute gegebenen thatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Wir verlangen, die Gemeinde soll Grundeigenthum erwerben. Sie hat oder erwirbt heute ein Stück Wald, morgen eine Wiese, übermorgen ein großes angrenzendes Gut und demnächst vielleicht einige Ackerparzellen. Wald, Wiese oder Obstland kann und soll sie heute schon in eigene Regie nehmen. Für ein großes Gut ist eine Genossenschaft nicht unmöglich. Für wenige zerstreute Ackerparzellen wäre sie ein Unsinn. In solchen Fällen müssen wir es eben an Selbstbewirthschafter vergeben. Unter keinen Umständen aber dürfen wir zugeben, daß das Gemeindeland einem kapitalistischen Bewirthschafter überlassen wird. Denn das Prinzip verlangt Beseitigung der Ausbeutung, Verhinderung jeder Ausbeutungsmöglichkeit.

Nun sagt Kautsky, durch Ausschluß der kapitalistischen Bewirthschaftung bewirken wir, daß der betreffende Boden nicht rationell bewirthschaftet werden kann. Das ist eine Streitfrage; lassen wir sie dahingestellt. Aber eine

Aeußerung vom Genossen Kautsky hat mich doch verblüfft. Kautsky meinte, je mehr die kapitalistische Landwirthschaft sich entwickle, desto mehr werde der Boden ausgeraubt, da die erhöhte Ausbeutung des Bodens mehr Lebensmittel in die Städte bringe, dort mehr Dünger erzeugt werde und dieser kostbare Stoff dann in die Flüsse und ins Meer geschwemmt werde. Ja, wenn das wahr wäre, dann müßte man ja gerade den Bauern ihre „rückständige Betriebsweise" im Interesse unseres heimischen Bodens lassen.

Es sind immer noch falsche Auffassungen im Gange über den Begriff Kleinbauer. So wurde wieder von Kleinbauern mit Dienstboten gesprochen. Der Bauer mit Dienstboten ist nicht in Masse für uns zu gewinnen. Darüber ist auch die Kommission einig.

Kautsky hat Quarck gegenüber, der Engels zitirte, von Seiltänzerei gegesprochen. Ich habe Engels ebenso verstanden und habe ich mich also auch der Seiltänzerei schuldig gemacht. Ich glaube ihn aber richtig verstanden zu haben. Engels kommt in dem Artikel trotz seiner Ansicht, daß es mit dem Bauern zu Ende gehe, doch zu der Meinung, es müsse für den Bauern in der Gegenwart etwas geschehen. Er spricht ausdrücklich davon, daß der Absturz der Bauern ins Proletariat gehindert werden müsse im Parteiinteresse. Das kann sich nicht auf die „revolutionäre Uebergangsperiode" beziehen.

Kautsky sagt in seiner Resolution, das Interesse der Landeskultur sei das Interesse der Besitzer. Wenn Sie dieses Prinzip der Resolution annehmen, so legen Sie sich in dem Sinne fest, daß Ausgaben für Landeskultur in Zukunft nicht mehr bewilligt werden dürfen. Das würde uns ungeheuer schaden. Ueberall werden für Landeskulturzwecke jährlich von unseren Genossen Mittel bewilligt; so in Bayern, Württemberg, Baden und auch in Sachsen. In Hessen ist vor einigen Jahren eine Landeskreditbank ins Leben gerufen worden, für die unverzinsbare Darlehen aus Staatsmitteln bewilligt sind, und dafür sind unsere Genossen eingetreten. Aehnliche Beispiele lassen sich in großer Menge nicht nur aus Hessen, sondern auch aus anderen Einzelstaaten anführen. Durch die Resolution Kautsky's aber wird diese bisher geübte Praxis unmöglich gemacht. Dasselbe gilt für Summen, die man für Gewerbeausstellungen, Gewerbeschulen und dergl. bewilligt. Wir dürfen uns nicht blos verneinend verhalten. Für uns ist vielmehr die politisch gebotene Stellung in diesen Fragen die, daß wir in die Forderungen der Agrarier unser demokratisches Oel hineingießen. Wir dürfen nicht einfach sagen, wir lehnen es ab, sondern wir treten auch dafür ein, aber wir zwingen Euch, es so zu gestalten, daß es nicht den Großbesitzern allein, sondern der Gesammtheit der Kleinen zu gute kommt. Von dem Standpunkte aus müssen Sie unsere Forderungen betrachten. Thun wir für die Landeskultur nichts, so leisten wir den Großagrariern einen Dienst, die uns dafür beim Bauern verklagen können. Wir treiben ihnen die Bauern in die Arme.

Ich will noch auf ein Beispiel aus der Wirklichkeit verweisen. Wir in Hessen hatten Ende vorigen Monats eine Jahresversammlung der zentralisirten landwirthschaftlichen Vereine, Genossenschaften 2c. Da wurde beschlossen, die Viehzucht im ganzen Lande einheitlich zu gestalten. Dazu sind staatliche Hilfsmittel nöthig, also unsere Genossen werden demnächst im Landtage mit dieser Frage zu thun bekommen. Zugleich wurde beschlossen, den Getreideverkauf über das ganze Land einheitlich zu organisiren und den Staat um Beihilfe anzugehen zur Errichtung von Bezirkslagerhäusern. Auch dazu werden unsere Vertreter Stellung nehmen müssen. Außerdem liegt der hessischen Kammer ein Antrag des Bauernvereinlers Köhler vor, die Bodenmeliorationen und Bewässerungen nach einem einheitlichen Plane mit Staatshilfe zu organisiren. Wenn wir da nach der Resolution Kautsky's alle Hilfe verweigern, dann jagen wir ja vollends die Bauern ins Elend. Wir wollen Landeskultur im Interesse der kleinen

Bauern treiben, nicht im Interesse der Großen. Kautsky hat weiterhin gemeint, es wäre leicht, über die Frankfurter Resolution zur Tagesordnung überzugehen. Wir beanspruchen, eine zielbewußte Partei zu sein, und spotten über den Zickzackkurs unserer Gegner. Dann dürfen wir doch selbst keinen Zickzackkurs einschlagen. Hüten Sie sich, den Gegnern durch solche rasche Aenderungen Ihrer Beschlüsse eine Waffe in die Hand zu geben und das Vertrauen auf unsere Zielbewußtheit zu erschüttern.

Wenn Sie meinen, daß die Fragen noch nicht spruchreif seien, so ist hiergegen nichts zu sagen. Aber nehmen Sie nicht die Kautsky'sche Resolution an, die dem Beschluß des Frankfurter Parteitages eine Ohrfeige giebt. Nicht dadurch haben wir, wie Kautsky sagt, die Massen gewonnen, daß wir die Köpfe revolutionirten. Durch die praktische, an die Gegenwart anknüpfende Thätigkeit haben wir die Massen gewonnen. Mit dem Revolutioniren der Köpfe können wir einige Studenten gewinnen. Mit Zukunftshoffnungen, mit Ideen, die keineswegs leicht zu begreifen sind, gewinnen wir die Massen nicht. Die Revolutionirung der Massen geht nicht vom Kopfe, sondern vom Magen aus. Mit der Revolutionirung der Köpfe wären wir eine kleine Sekte wissenschaftlicher Sozialisten geblieben, hätten aber keine Massenbewegung. Das ist nicht meine Ansicht, die Ansicht eines jungen Mannes, allein. Die erfahrensten, ältesten Genossen stimmen mit mir überein. Redner zitirt eine Stelle aus einer Rede Bebel's auf dem Halleschen Kongreß.

Sie haben dem Genossen Stücklen Beifall gegeben, als er betonte, die gemachten Vorschläge ließen sich schon auf Grund des prinzipiellen Programms vertreten. Dann sprechen Sie dies durch eine Resolution aus, damit sind wir ganz einverstanden. Unser Prinzip fordert Gemeineigenthum, Beseitigung des privaten Geld- und Kreditwesens, höchste Entfaltung der Landeskultur u. s. w. Alles das billigen wir im Prinzip. Es handelt sich also hier nur um die Frage, ob wir schon jetzt für derartiges praktisch eintreten dürfen. Wenn wir aber mit der Resolution Kautsky zu dem Bauern kommen, so müßten wir ihm sagen, heute stimmen wir gegen alles, was wir selbst für die Zukunft fordern, weil es nicht der Gemeinheit zu gute kommt, erst muß der Zukunftsstaat eintreten. Damit erreichen wir aber nichts. Kautsky sprach von der Diktatur des Proletariats, aber darauf können wir lange warten; wenn wir 4—5 Millionen Menschen für garnichts halten und dem Bauern sagen, ihr müßt erst zu Grunde gehen. Wenn wir den Uebergangszustand haben wollen, so müssen wir praktische Politik treiben. Ich weiß aus persönlicher Anschauung, daß der Bauer im Allgemeinen ein einsichtsfähiger und praktisch denkender Mensch ist. Man darf des Bauern Eigenart nicht als Rückständigkeit betrachten.

In der Frage des kleinbäuerlichen Privateigenthums läßt sich auch mit dem prinzipiellen Programm ganz gut auskommen. Wenn die Bauern danach fragten, so verwies ich sie zunächst auf den prinzipiellen Satz, daß wir nur den kapitalistischen Besitz an Grund und Boden, also den Besitz, der groß genug ist, um als Mittel zur Ausbeutung von Lohnarbeitern zu dienen, angreifen. Wollten sie etwas über unsere zukünftige Haltung wissen, so las ich ihnen den Satz vor, der sich in unserer offiziellen Erläuterungsbroschüre zum Erfurter Programm Seite 25 findet und von Kautsky geschrieben ist. Es lautet: „Für die Kleinbetriebe wird wohl auch nach dem Siege des Proletariats das Privateigenthum an den Produktionsmitteln fortdauern — von einer Konfiskation der kleinen Bauerngüter und Handwerksstellen phantasieren blos unsere Gegner." (Zuruf.)

Sie meinen, ich hätte dann auch die nächsten Sätze vorlesen sollen. Ist auch geschehen; sie betonen ausdrücklich, daß es in die freie Hand der Bauern gestellt wird, zum Gemeinbetrieb überzugehen. Es also seiner eigenen Einsicht von dem, was ihm zum Besten dient, überlassen bleibt. Das sagt unser

Programm zur Zeit über das kleinbäuerliche Eigenthum. Und dasselbe wird schon in Liebknecht's „Grund- und Bodenfrage" sowie von Engels erklärt.

Der Genosse Oertel hat die erste Forderung des süddeutschen Entwurfs ins Lächerliche gezogen. Er wird seinen Scherz selbst nicht für Ernst nehmen wollen. So war die Sache nicht gemeint. Wir wollten vielmehr, indem wir von der Ernährungsfrage ausgingen, von vorn herein sagen: Die ganze Frage ist nicht nur eine Bauernfrage. Sie ist in höchster Linie die Ernährungs-, die Brotfrage, also eine Volksfrage! Das war der Grundgedanke. Nicht aus theoretischer Spielerei sprechen wir ihn aus, sondern aus praktischen und taktischen Gründen. Er legt am schärfsten unseren Gegensatz zu den eigentlichen Agrariern dar, welche als höchstes Ziel die Erhaltung der Landwirthschaft, der „Bauern", der „festesten Stütze der Monarchie" durch Zölle, Kanitzpreise, Liebesgaben u. s. w. hinstellen. Uns steht das Interesse der Gesammtheit am höchsten, nicht das Interesse eines Berufsstandes. Wir gingen nicht von dem Recht, sondern von der Pflicht der Landwirthschaft aus.

Die Agrarfrage ist eine politische Frage ersten Ranges. Daß sie in den Reihen der Genossen noch nicht volles Verständniß findet, liegt nicht an einem intellektuellen Mangel. Die Schwäche des Standes der Kommission liegt darin, daß hinter ihr nicht eine Masse steht, die die ländlichen Verhältnisse am eigenen Leibe empfindet, die Agrarfrage nicht als ihre eigene Existenzfrage fühlt. Diese Masse soll ja erst gewonnen werden. Die Kommission befindet sich in derselben Lage, wie die ersten Sozialisten aus der Bourgeoisie. Aber diese Schwierigkeit muß überwunden werden, sonst gefährden wir den Fortschritt der Partei. Die Ablehnung der Vorschläge der Kommission wird von unseren Feinden als feindselige Stellung gegen die Bauern, als Gleichgiltigkeit gegenüber ihrer Nothlage ausgebeutet werden.

Wenn Sie den Vorschlägen der Kommission nicht zustimmen wollen, so lassen Sie sich wenigstens Zeit. Wir sind in den Bauern nicht verliebt, das ist Unsinn. Aber wir halten es im Parteiinteresse und ich scheue mich nicht zu sagen, auch aus humanen Gesichtspunkten für geboten, einer großen Arbeiterschicht in der Noth des Lebens zu helfen. (Beifall.)

Singer theilt mit, daß Genosse Rauch aus Hannover durch die Verhaftung seines Kollegen an der „Volksstimme" zur Abreise gezwungen worden ist. An seine Stelle tritt Fülle in die Neuner-Kommission.

Ein Antrag, die Redezeit auf eine halbe Stunde zu beschränken, wird von Hoffmann-Bielefeld begründet, von Liebknecht bekämpft und vom Parteitag abgelehnt.

Zetkin-Stuttgart: Ich drücke zunächst mein Bedauern darüber aus, daß ich nicht zu Ihnen sprechen kann in der Rolle der „Stubengelehrten", von denen man hier verschiedentlich so wegwerfend gesprochen hat, aber ich will betonen, daß unsere Theoretiker nicht auf eine Stufe mit Stubengelehrten zu stellen sind, welche einen engen Ausschnitt des Lebens im engen Lichtkreis ihrer Studirlampe betrachten. Den Theoretikern unserer Partei ist die eingehende Kenntniß der Wirklichkeit eigenthümlich, die genaue Kenntniß der verschiedenen sozialen Erscheinungen und ihrer tiefen Zusammenhänge. Wir haben den Theoretikern ebenso viel zu verdanken wie den Männern der Praxis. Uebrigens kommt der Widerstand gegen die Vorschläge der Agrarkommission durchaus nicht lediglich aus den Kreisen der Theoretiker. Umgekehrt, die Masse der Genossen ist es, welche sich in schärfster Kritik gegen diese Vorschläge gewendet hat. Und dies nicht zufällig, sondern naturnothwendig, geleitet vom klaren Klassenbewußtsein, geleitet vom gesunden revolutionären Klasseninstinkt.

Nun zur Sache! Die Befürworter der Vorschläge der Agrarkommission meinen, dieselben seien nun annehmbar, weil sie in veränderter Form vorgelegt werden. Durch diese formale Aenderung ist meines Erachtens die

Situation nicht verändert worden. Die Kritik rügte an den Vorschlägen nicht blos, daß dem Programm Forderungen eingefügt werden sollten, die nicht in dasselbe gehören. Sie richtet sich vor allem dagegen, daß ein großer Theil der erhobenen Forderungen, die wichtigsten derselben, nicht dem Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie entsprechen. Charakteristisch für das Wesen dieser Vorschläge war der ursprünglich vorgeschlagene Einleitungspassus, daß wir im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung demokratisiren und sozialisiren wollen. Damit wurden der Sozialdemokratie Aufgaben gestellt, die sie im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht erfüllen kann. Jede Demokratisirung zertrümmert einen Theil des Rahmens der heutigen Staatsordnung. Den Rahmen der bestehenden Staatsordnung demokratisiren wollen, läuft auf die bekannte „Republik mit dem Großherzog an der Spitze“ hinaus. Dieser Geist des Widerspruchs, das Findenwollen der Quadratur des Zirkels beherrscht die Vorschläge der Kommission nach wie vor. Man hat gesagt, wir müßten ebenso für den Bauernschutz wie für den Arbeiterschutz eintreten. Andernfalls würden wir die Nothwendigkeit praktischer Reformarbeit leugnen, uns in Widerspruch mit uns selbst setzen. Auch vor den Vorschlägen der Agrarkommission ist die Sozialdemokratie für Reformen eingetreten. Aber diese Reformen, der Arbeiterschutz, bezweckten, die Arbeiterklasse körperlich, geistig und sittlich zu heben, sie damit wehrtüchtiger zu machen für den proletarischen Klassenkampf, ihn mit größerer Energie führen zu lassen. (Sehr richtig!) Mochten die von uns angestrebten Reformen noch so friedliche sein, sie wirkten dadurch eminent revolutionär. Außerdem bewegten sie sich in der Richtung der wirthschaftlichen Entwicklung und nicht gegen sie. Wir lehnten es — in Erkenntniß der Gesetze der bestehenden Wirthschaftsordnung — ab, die wirthschaftliche Existenz des Arbeiters zu sichern. Die Rücksicht auf die vom Referenten betonte Internationalität bestimmte uns nicht, dem Beispiele der Franzosen folgend die Forderung eines Maximallohnes in unser Programm aufzunehmen. Wir wiesen die Forderung des Rechts auf Arbeit als eine utopistische ab, wir hoben hervor, daß in der heutigen Gesellschaft für den Arbeiter nicht blos das Recht auf Arbeit besteht, sondern der Zwang zur Arbeit, so daß man eher das Recht auf Muße fordern könnte. Ganz anders liegen die Dinge bezüglich des Bauernschutzes. Wenn wir den Vorschlägen der Kommission zustimmen, so treten wir ein für den Schutz des Bauern als Privatbesitzer. (Sehr richtig.) Es kann nicht die Aufgabe der Partei sein, welche die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel erstrebt, das Privateigenthum gegen die Eventualitäten sichern zu wollen, welche die wirthschaftliche Entwicklung für den Privatbesitz zeitigte. (Sehr richtig.) Und obendrein in dem Augenblicke, wo Dank der wirthschaftlichen Entwicklung beim Bauer der Glaube an die Vorzüge und an den ewigen Bestand des Privateigenthums langsam ins Wanken geräth. Der antikollektivistische Bauernschädel ist trotz Molkenbuhr's gegentheiliger Behauptung keine fromme Sage. Und wenn er jetzt allmälig anfängt, sich unserem Werke der Aufklärung zugänglicher zu erweisen, so, weil ihm seine Verhältnisse zeigen, wie richtig wir die sozialen Zustände erfassen, weil er beginnt einzusehen, daß er als Arbeiter in der sozialistischen Gesellschaft kulturwürdiger zu leben vermag, wie als „Besitzer“ in der bürgerlichen Gesellschaft. (Beifall.) Genosse Quarck hat nun allerdings behauptet, die Vorschläge bezweckten nicht in erster Linie, etliche Tausende von Bauern für uns zu gewinnen, sie geschähen vielmehr mit Rücksicht auf die Aufgaben, welche die Sozialdemokratie im Interesse der Gesammtheit und der Zukunft auf dem Gebiete der Landeskultur zu lösen hätte. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist meines Erachtens, den proletarischen Klassenkampf zu führen und zu organisiren. Für die Hebung der Landeskultur kann sie sich im Rahmen der heutigen Gesell-

schaftsordnung nicht programmatisch verpflichten. Da führt die Hebung der Landeskultur zu einer Hebung der wirthschaftlichen Lage von Privatbesitzern. Genosse Quarck befindet sich mit seiner Auffassung in Uebereinstimmung mit Professor Schmoller, der der nothleidenden Landwirthschaft eine Milliarde von Staatswegen zugewendet wissen wollte, und diese Forderung dem Sinne nach, ja fast wörtlich wie Genosse Quarck begründete. Wenn ich jene Ausführung lese, so ist es mir, als höre ich Dr. Quarck. Aber Schmoller's Vorschlag ist mir noch lieber als die Vorschläge, welche Dr. Quarck befürwortet. Ihm ist gleich die Rechnung beigefügt, welche das Volk begleichen muß und die auf eine Milliarde lautet.

Aber nicht nur mit Rücksicht auf den programmatisch festgelegten Bauernschutz sind die Vorschläge der Kommission entschieden zu verwerfen, auch mit Rücksicht darauf, daß sie die Sozialdemokratie in das staatssozialistische Fahrwasser lenken. Wir leben in einem kapitalistischen Staate, der durch Militarismus und Bureaukratismus verbösert ist. Und die Machtmittel dieses Staates sollten wir vermehren, indem wir für die staatliche Monopolisirung des Hypothekenkredits eintreten, für Vermehrung der Staatsländereien und Staatsbetriebe, für landwirthschaftliche Genossenschaften mit Staatshilfe ꝛc.? Kurz für Maßregeln, welche weite Schichten der Bevölkerung wirthschaftlich und damit politisch vom heutigen Staat abhängig machen? Es ist zwar betont worden, wir stimmten auch ohne Furcht vor der Abhängigkeit der Eisenbahnbeamten für die Errichtung von Staatsbahnen. Aber es ist ein Anderes, für eine Maßregel stimmen, und eine Maßregel im Programm festlegen. Und die politische Unfreiheit der Eisenbahnbeamten ist nicht gerade ein ermuthigendes Beispiel, die gleiche Vormundschaft für weitere Schichten der Bevölkerung herbeizuführen. Gedenken Sie der Ausführungen über die Postbeamten, welche unser Postetatredner, Genosse Schoenlank, in jeder Session des Reichstags mit eingehender Sachkenntniß und gewohnter Schneidigkeit kritisirt. (Sehr gut.) Wieder und wieder hat er nachgewiesen, welches Uebermaß der politischen Bevormundung die Postbeamten erleiden, wie Maßregelung auf jede Aeußerung einer politisch mißliebigen Meinung folgt, wie der Staat in das Privatleben seiner Angestellten eingreift, darüber wacht, daß nicht ein grüner Junge an dem ersten besten Frauenzimmer hängen bleibt. Nun sagt man, Stumm's Arbeiter sind nicht weniger unfrei. Aber Neunkirchen ist doch nicht überall und die Bevormundung des Staates braucht nicht größer zu sein als bei Stumm.

Bebel meinte gestern, die Junker benützten den Kredit der Landschaftskassen und sie seien trotzdem nicht abhängig vom Staat. Meines Wissens sind die Landschaftskassen keineswegs gleichbedeutend mit einer staatlichen Monopolisirung des Hypothekarkredits. Aber auch wenn dem so wäre, würden die Junker in der Folge allerdings nicht in Abhängigkeit vom Staate gerathen. Der Staat hat nicht die Junker. Die Krautjunker, zusammen mit den Schlotjunkern haben den Staat. (Sehr gut.) Könnte das Proletariat erst sagen: „Die Staatsgewalt bin ich!“ so lägen die Dinge wesentlich anders. Wir würden dann die Maßregeln, welche die Kommission fordert, unbedenklich durchführen können; mehr noch, wir würden sie durchführen müssen; wir würden in den einschlägigen Reformen viel weiter gehen müssen. Aber wir müssen mit der Wirklichkeit rechnen, mit dem heutigen Staat. Bebel äußerte sich dem Sinne nach genau so auf dem Parteitage zu Köln gelegentlich der Frage des Antisemitismus. Er erklärte die Verstaatlichung der Hypotheken und ähnliche positive Maßnahmen für bedenklich und will sie nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen gelten lassen, unter der Herrschaft einer revolutionären Regierung. Genosse Liebknecht, der bereits vor 1868 in weitgehender Voraussicht auf die Bedeutung der Grund- und Bodenfrage hingewiesen hat, sprach sich auf dem Berliner Parteitage in der entschiedensten Weise gegen den Staatssozialismus

aus. Nachdem er das Wesen des heutigen Staats gekennzeichnet hatte, führte er aus: „Wenn in Deutschland den Großgrundbesitzern, die immer klagen, nicht bestehen zu können, vom Staat ihre Grundstücke nominell genommen, dafür aber angemessene „Liebesgaben" und das Recht verliehen würde, gewissermaßen als Satrapen des Staats, wie die Satrapen des alten Perserreichs, als Obersklavenhalter über die kleinen Leute und die Landarbeiter den Landbau zu leiten — wäre das nicht eine große Verbesserung für die Herren Junker, und glauben Sie nicht, daß dieser Gedanke oft schon in den Köpfen der gescheidteren Junker aufgestiegen ist? Selbstverständlich würden sie nur dann einwilligen, wenn sie sowohl an Einkünften als an Einfluß gewinnen würden, allein, das wäre auf dem Boden des Staatssozialismus leicht zu machen. Der Gedanke ist also durchaus nicht als völlig in der Luft stehend abzulehnen. Und sicher ist, daß diejenigen, welche in den oberen Klassen dem Staatssozialismus huldigen, keineswegs sich auf die Industrie beschränken wollen, sondern auch die Verstaatlichung des Grund und Bodens im Auge haben, aber immer selbstverständlich im Sinne des heutigen Junker- und Polizeistaats. Je stärker der Gegensatz wird zwischen Sozialismus und Kapitalismus, je mehr der Kapitalismus unter den Konsequenzen seines eigenen Wesens, unter den Wirkungen seiner eigenen Entwicklungsgesetze leidet, je mehr ihn die Furcht vor der anwachsenden Sozialdemokratie quält, desto näher rücken wir der Möglichkeit zur Verwirklichung dieses Gedankens." Bebel bestritt damals, daß in größeren kapitalistischen Kreisen die Neigung zur Verstaatlichung vorhanden sei. Liebknecht hielt seine Ausführungen aufrecht, aber das konnte auch er nicht voraussehen, daß wenige Jahre später eine staatssozialistische Meinung sich geltend machen würde im Lager der Sozialdemokratie, zwar nicht in weiten Kreisen derselben, dafür aber in einflußreichen Kreisen. Und das ist erklärlich genug: der Staatssozialismus steht in so schroffem Widerspruch zu dem Charakter der deutschen Sozialdemokratie, er verträgt sich so wenig mit den geschichtlichen Bedingungen, unter denen diese sich entwickelt und kämpft, daß Niemand das Auftauchen einer Strömung voraussehen konnte, welche die Sozialdemokratie zu staatssozialistischen Experimenten drängen wollte. (Sehr wahr und Heiterkeit.)

Im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung würden wir den staatlich monopolisirten Hypothekarkredit als Unteroffizierprämie bekommen. Die landwirthschaftlichen Genossenschaften mit Staatshilfe würden treffliche Stellen liefern für das Heer der Militäranwärter. (Beifall.)

Aber auch als praktische Agitatorin wende ich mich gegen die Vorschläge der Agrarkommission. Ich gehöre auch zu denen, „welche ein paar Versammlungen auf dem Lande abgehalten und einmal mit ein paar Bauern gesprochen haben". Mit Bauern, die nicht aus einem Roman genommen waren, deren Bekanntschaft ich auch nicht auf der Bühne gemacht hatte. Ich habe vor ihnen unser Programm mit dem größten Erfolge entwickelt. Nicht, daß ich diese Erfolge überschätze. Aber ich unterschätze auch nicht, was durch diese Agitation ausgerichtet wird. Ich meine, wir haben schon sehr viel gewonnen, wenn die nämlichen Bauern uns hören, die uns bisher mit Hunden aus dem Dorfe hetzten. (Sehr gut.) Wenn ich dabei auf meine persönlichen Erfahrungen verweise, so aus einem bestimmten Grunde.

In meiner Eigenschaft als Frau und als Sozialdemokratin hatte ich ein zweifaches Vorurtheil der ländlichen Bevölkerung gegen mich. Wenn sie meinen Ausführungen Beifall zollte, so beweist dies, daß auch die Bauern unserer aufklärenden Agitation auf Grund des jetzigen Programms zugänglich sind. Bieten wir überhaupt dem Bauer garnichts, wenn wir ohne die schönen Geschenke der Agrarkommission aufs Land kommen? Keineswegs. Wir bieten ihm schon jetzt viel in unserem Reformprogramm. In Sachen der Steuer-

fragen, des Militarismus, der Bildung bieten wir der bäuerlichen Bevölkerung viel mehr, als irgend eine bürgerliche Partei bieten kann. Deren miserable Haltung den Volksinteressen gegenüber bietet unserer Kritik die Breitseite dar. (Sehr wahr.) Gerade umgekehrt würde die Sache liegen bezüglich der Vorschläge der Kommission. Da werden wir von den Versprechungen der demagogischen Antisemiten und nicht minder demagogischen Konservativen um mehr als Nasenlänge geschlagen. (Sehr richtig.) Wir sind bei unseren Versprechungen gebunden durch die Rücksicht auf das Interesse des Proletariats. Die bürgerlichen Parteien kennen diese Fesseln nicht. Unsere Haltung gegenüber den Bauern wäre also beständig eine verklausulirte. Der Bauer würde demgegenüber erklären: Verklausulirung hin, Verklausulirung her. Mir ist der bürgerliche Politiker ohne Verklausulirung lieber. (Bravo!) Er wird den bürgerlichen Reformer uns vorziehen. Dieser verspricht ihm wirthschaftlich mehr und paßt sich außerdem den politischen, religiösen und sozialen rückständigen Anschauungen des Bauern an. (Sehr richtig!) Wir werden durch die Vorschläge der Kommission seine Sympathien nicht gewinnen, vor allem nicht auf die Dauer! Von heute auf morgen würde er es vielleicht mit uns versuchen, nach dem Sprichwort: Neue Besen kehren gut. Von morgen auf übermorgen würde er uns hassen, hassen mit der ganzen Wuth der enttäuschten Hoffnung! (Beifall.)

Daß die angeschnittene Frage eine brennende ist, bestreite ich durchaus nicht. Aber sie gehört meines Erachtens zu jenen Fragen, die wir im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht lösen können. Es giebt eine Reihe solcher Fragen, so die der Krisen. Solche Fragen haben wir kritisch zu untersuchen, unsere Haltung ihnen gegenüber in Theorie und Praxis festzulegen. Wir dürfen uns aber nicht zum Zwecke ihrer Lösung in Experimente einlassen. Mit dem guten Willen allein ist's hier nicht gethan. Genosse David hat zwar erklärt, die Sozialdemokratie ist nicht die Partei des Wissens, sondern des Willens. Ich bin der Ansicht, daß die Sozialdemokratie die Partei des zielklaren Willens ist, weil sie die Partei des zielklaren Wissens ist. (Beifall.) Bequemen wir uns der Auffassung des Genossen David an, daß Probiren über Studiren geht, so treten wir in die Fußstapfen des Zickzackkurses. Er ist bis jetzt der sozialen Frage gegenüber vor lauter Probiren — mit dem Zuckerbrot, mit der Peitsche, mit allen möglichen Mitteln — nicht zum Studiren gekommen. (Sehr gut!)

Ueberraschen muß uns, daß von den Befürwortern der Kommissionsvorschläge wieder und wieder betont werden muß, daß dies oder jenes nicht gemeint war, daß die oder jene Konsequenz nicht beabsichtigt wurde. Ein Programm soll klipp und klar sagen, was wir wollen. Was ist das für ein Programm, das zu jedem Punkt einer Exegese bedarf, was damit eigentlich gemeint ist? Außerdem können wir nicht mit dem rechnen, was die Kommission gemeint hat. Nicht ihr gutes Herz ist maßgebend für den Werth ihrer Vorschläge, vielmehr die Einwirkung derselben auf den revolutionären Klassenkampf des Proletariats. Die Wirklichkeit ist so rücksichtslos, daß sie nicht blos über die guten Absichten der Agrarkommission zur Tagesordnung übergeht, sondern über die Auffassung der ganzen Sozialdemokratie, sobald diese sich vom Boden der thatsächlichen Verhältnisse entfernt. Die Gegner würden sich beeilen, die Konsequenzen aus den zu Beschlüssen und Programmpunkten erhobenen Vorschlägen der Kommission zu ziehen. Und dies mit um so größerem Eifer, je fehlerhafter die Prämissen sind, von denen wir ausgehen. Wir müssen die Vorschläge der Kommission um so entschiedener zurückweisen, als sie nur eine Lokalisirung jener Strömung in unserer Partei ist, welche vor allem positiv, praktisch sein will und über dem Reformeifer den Charakter unserer Partei vergißt, den Charakter der heutigen Staats- und Gesellschafts-

ordnung übersieht, die scharfe Zuspitzung des Klassenkampfes in Deutschland. Wir haben gerade gegenwärtig um so mehr Ursache, diese Richtung zurückzuweisen, als sich Genosse Bebel in Sachen der Agrarfrage für sie mit aller Wärme ins Zeug legt. Ich bitte, die folgenden Ausführungen durchaus nicht persönlich aufzufassen. Unter den Vertretern jener Richtung befinden sich Leute, die als Parteigenossen meine höchste Achtung besitzen, Leute, die mir als Freunde persönlich sehr nahe stehen. Nichtsdestoweniger sind sie mir als Richtung greulich. (Heiterkeit.) Und wenn ich Bebel unter ihnen sehe, so drängt sich mir unwillkürlich die Stelle aus „Faust“ auf die Lippen: „Es thut mir in der Seele weh, daß ich Dich in der Gesellschaft seh’“. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir erleben, daß der Genosse, der noch wochenlang nach dem Frankfurter Parteitag als Saulus gegen die gekennzeichnete Richtung zu Felde gezogen ist, in der Agrarkommission sein Damaskus gefunden hat, so können wir nicht entschieden genug erklären: Die Sozialdemokratie geht nicht nach Soiensaß. Halten wir an dem revolutionären Charakter unserer Partei fest. Seien wir Reformer, seien wir Praktiker, allzeit und überall, wo wir es sein können, ohne den revolutionären Charakter der Partei preiszugeben. Aber sein und bleiben wir zum ersten Male revolutionär, zum zweiten Male revolutionär, zum dritten Male revolutionär! (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Liebknecht: Ich bin in der angenehmen Lage, allen theoretischen und prinzipiellen Ausführungen der Vorrednerin volle Zustimmung zu geben. Meine Worte über den Staatssozialismus, die sie zitirte, decken sich auch heute noch mit meiner Ansicht. Und wenn sie weiter zitirt hätte, würde sie sogar festgestellt haben, daß ich damals schon, im Gegensatz zu allen übrigen Rednern, die Kanitzerei voraussagte. Aber hier handelt es sich doch gar nicht um unsere theoretischen Grundsätze. Hier handelt es sich um eine Frage der Praxis.

Allein zunächst habe ich einige Worte über Wesen und Gang der gegenwärtigen Debatte zu sagen. Eine solche Debatte, in der mit solcher Sachlichkeit für und wider gesprochen wurde, ist bei keiner andern Partei möglich. Und so lange die Partei besteht, hat niemals eine Diskussion gründlicher und tiefer geführt werden können, als die über die Agrarfrage. Die Objektivität der Debatte hat in der Presse wochenlang gedauert; erst zuletzt kamen Vorwürfe und Angriffe unsachlicher Natur. Der erste, etwas merkwürdige Vorwurf war, daß sich die Mitglieder der Kommission in die Diskussion nicht hineingemischt hätten: man warf ihnen deshalb sogar Feigheit vor. Ich dächte aber, daß es positiv ein Beweis von Muth war, das Programm ohne jegliche Kaptivirung den Genossen vorzulegen, und, ohne sich einzumischen, es ihrer freiesten Kritik zu überlassen. Auch das persönliche Moment hat sich hineingemischt: Bebel ist angegriffen worden, weil er entsprechend dem Ruf, der durch die Wahl auf dem Parteitag in Frankfurt an ihn erging, sich nicht auf den rein negativen Standpunkt stellte wie früher, sondern in die Kommission ging und dort arbeitete. Statt ihn zu tadeln, sollte man das als Erfüllung einer Parteipflicht anerkennen. (Sehr richtig!) — Dann warf man den Kommissionsmitgliedern vor, sie hätten mit den drei Entwürfen der Unterkommissionen hinter dem Berge gehalten. Nun, sobald wir merkten, daß die Veröffentlichung gewünscht wurde, haben wir sie freudig und einstimmig beschlossen. — Wirklich, diese Vorwürfe hätte man der Kommission nicht machen sollen, sie waren recht häßlich. (Sehr wahr!)

Die Diskussion hier auf dem Parteitage ist nur durch einen Mißklang gestört worden. Nur von einer Seite ist der sachliche Boden verlassen und das persönliche Gebiet betreten worden. Das geschah von Seiten des Korreferenten Schippel. (Sehr richtig!) Er hat um sich geworfen mit Ausdrücken wie: Bosheit, Charlatanismus und Gewissenlosigkeit! Er hat die Kommissionsmitglieder als Kinder hingestellt, die sich an eine Aufgabe herangemacht haben, von der sie nichts verstehen. Jedes Kommissionsmitglied muß darüber doppelt empört

gewesen sein, daß dieser Vorwurf von Schippel kam. Jedes Mitglied konnte diese Vorwürfe in viel schärferer Form und mit viel mehr Recht gegen Schippel erheben. Hat er das, was er vorgestern sagte, erst gelernt, seit er in der Kommission war, so kann man vor seinem Wissen sehr wenig Respekt haben. Hat er es aber schon vorher gewußt, so hat er zum Mindesten sehr wenig loyal gehandelt, mit seiner Weisheit in der Kommission hinter dem Berg zu halten und seine Kollegen hernach hinterrücks zu überfallen. In keinem Fall hat er eine beneidenswerthe Rolle gespielt.

Ueber die Geschichte des Programmentwurfes brauche ich weiter nichts zu sagen. Aber wie stehen die Dinge? In Frankfurt auf dem vorigen Parteitag wird fast einstimmig ein Beschluß gefaßt, dahingehend, ein agrarpolitisches Programm durch eine Kommission ausarbeiten zu lassen, das den „Bauernschutz" enthalten soll. Die Mitglieder der Kommission mußten da entweder ihr Mandat zurückgeben, wenn sie sich von der Nutzlosigkeit des Bauernschutzes überzeugt hatten, oder sie mußten, wenn sie an die Möglichkeit und Nützlichkeit des Bauernschutzes oder richtiger besonderer Maßnahmen zum Vortheil gewisser Schichten der Landbevölkerung glauben, sich ihrer Aufgabe unterziehen und in der Kommission arbeiten. Ich gestehe, daß mir die Hast, mit der man nach dem Falle des Sozialistengesetzes in die Agrarfrage wie in ein neues Amerika hineinstürzte, sehr wenig gefiel. Ich war der Meinung, daß wir mit dem vorhandenen Programm ganz gut auskommen könnten. Wäre in Frankfurt Zeit geblieben, dann würde ich mich gegen die Motivirung und den Wortlaut der Resolution gewandt haben, wie es auch Bebel beabsichtigt hat.

Es muß aber zugegeben werden, seit den letzten Jahren haben sich die Verhältnisse geändert: die Agrarfrage ist brennend geworden. Und wir waren vor die Frage gestellt, ob wir die ökonomische Revolution, die in der Landwirthschaft ausgebrochen war und die ganze Landbevölkerung in ihren Lebensinteressen berührt, ignoriren wollten oder nicht. Die Bedeutung der Agrarfrage ist von allen Parteien, vom Junker herab bis zum bürgerlichen Demokraten, erfaßt worden, und sie alle wissen die Gelegenheit zu benutzen, um die Landbevölkerung für sich zu gewinnen. Müssen wir jetzt, da alle Parteien Forderungen im Interesse der Landbevölkerung stellen, nicht auch Forderungen aufstellen, die den Genossen bei der Agitation auf dem Lande als Richtschnur dienen? Ich für meine Person war von vornherein dagegen, daß ein neues, besonderes Programm gemacht werde. Ich war, wie ich es nannte, gegen alle Doppelwährung, denn es giebt nur eine Wissenschaft, nur eine Wahrheit, nur ein Prinzip. Indeß die vor uns liegende Frage ist keine Frage der Theorie, es ist eine Frage der Praxis und Taktik. Es giebt kein einziges Mitglied der Kommission, das nicht alle theoretischen Ausführungen Kautsky's und der Frau Zetkin unterschriebe. Seit die Partei konstituirt ist, haben wir auf den Parteitagen wenig theoretische Diskussionen gehabt. Die Feststellung des Programms ist rasch vor sich gegangen, nachdem das Sozialistengesetz vorüber war. Und die Einstimmigkeit der Annahme unseres Programms beweist, daß inbezug auf theoretische und prinzipielle Dinge Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen. Aber was uns auf allen Kongressen beschäftigt und uns in unserer ganzen Thätigkeit die meiste Zeit und Arbeit kostet, das sind die praktischen Fragen. Die Partei ist, wenn sie nicht ihre Existenz aufgeben will, gezwungen, alle uns angehenden Tagesfragen von der praktischen Seite aufzufassen; und alles praktische Handeln ist mehr oder weniger ein Kompromiß zwischen Theorie und Thatsachen. Und in praktischer Hinsicht hat man die Vorschläge der Kommission ganz falsch aufgefaßt. Das Gespenst der Stärkung des Klassenstaats geht um. Aber es handelt sich ja bei den vorgeschlagenen Forderungen zunächst um die Stärkung der Staatsgewalt. In allen ähnlichen Fällen haben wir uns für die praktische Thätigkeit entschieden. Wir haben für den Nordostseekanal Geld be-

willigt; wir haben für den Arbeiterschutz gestimmt, obgleich die betreffenden Gesetze auch die Staatsmacht bedeutend ausdehnen. Wir sind für Staatseisenbahnen, obgleich wir dadurch gerade das hervorbringen, was Kautsky und Frau Zetkin als das verwerflichste und gefährlichste hingestellt haben: nämlich die Abhängigkeit zahlreicher Existenzen von dem Staat.

Wenn die Vorschläge der Agrarkommission angenommen und verwirklicht werden, dann wird allerdings die Macht des Staates ausgedehnt, aber sie wird nicht gestärkt; es ist hier wie mit dem Heere: je größer das Heer wird, desto mehr Elemente des Volkes kommen hinein, desto schwächer wird es Bollwerk gegen das Volk; und je mehr Existenzen vom Staat abhängen, desto weitere Verpflichtungen werden dem Staat aufgezwungen, desto weniger kann der Junker den Staat beherrschen. Es ist nicht zu befürchten, daß bei Verwirklichung unserer Vorschläge der Staat diese Machtmittel ausbeuten kann gegen die Sozialdemokratie; im Gegentheil: während er jetzt von den paar Junkern monopolisirt wird, mit denen die Millionäre der Großindustrie verbündet sind, werden wir nach und nach die gegenwärtige Hauptstütze des Staates, die Masse der Landbevölkerung gewinnen. Der Staat selbst wird verpflichtet sein, für die Kleinbauern zu sorgen, und der Staat wird dadurch mehr und mehr demokratisirt.

Ich komme bei dieser Gelegenheit auf die sogenannte Demokratisirung der Staatseinrichtungen und auf das, was Frau Zetkin sagte inbezug auf die Einleitungsworte: „im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung". Wir wollen keine Republik mit dem Großherzog an der Spitze. Was da gesagt ist, deckt sich mit der durchaus korrekten Fassung früherer Parteiprogramme und widerspricht unseren Prinzipien nicht im Mindesten. Die Dinge stehen doch etwas anders als Frau Zetkin sagte. Im zweiten Theile unseres Programms haben wir ausschließlich Forderungen aufgestellt, welche die „Demokratisirung der Gesellschaft" herbeiführen sollen, und sie bewegen sich sämmtlich „im Rahmen der heutigen Gesellschaft". Wer also von der Demokratisirung im Rahmen der bestehenden Verhältnisse nichts wissen will, muß **den ganzen zweiten Theil unseres Programms** streichen. (Sehr richtig!)

Es handelt sich überhaupt nicht um prinzipielle, sondern lediglich um **praktische** Fragen. Daran glaubt doch niemand mehr unter uns, daß der Kleinbetrieb gegenüber dem kapitalistischen Großbetriebe auf die Dauer bestehen und gedeihen könne. Um solche Wahrheiten, die in unser aller Fleisch und Blut übergegangen sind, auszusprechen, dazu braucht man keinen Parteitag. Die Frage ist: ist es **praktisch**, liegt es im Interesse der Partei, derartige Forderungen aufzustellen, wie es die Kommission gethan hat? Früher hat man öfter gesagt: das einzige Mittel, die Massen für den Sozialismus zu gewinnen, sei, sie völlig verelenden zu lassen; die Verzweiflung werde sie uns dann zutreiben. Diesen Aberwitz glaubt heute niemand mehr, jedenfalls kein kein Mitglied der Kommission. Und gerade, weil diese die Anschauung für Aberwitz hält, hat sie geglaubt, Ihnen die Vorschläge machen zu müssen, die sie Ihnen gemacht hat.

Arbeiterschutz und Bauernschutz sind allerdings zwei sehr verschiedene Dinge — darin hat Kautsky vollkommen recht; die Arbeiter stehen im Klassenkampf, die Bauern nicht, sie sind Opfer des Kapitalismus, aber wir haben noch Gruppen in der Bauernschaft, die mit den Arbeitern sehr wohl auf eine Stufe und in eine Schlachtordnung gestellt werden können.

Wir müssen bei der Landbevölkerung unterscheiden: 1. die Landarbeiter, über sie sind wir uns klar; 2. die Großbauern und Großgrundbesitzer, auch über sie sind wir uns klar; jetzt hat sogar Vollmar eingesehen, daß wir diese Gruppe nicht gewinnen können; 3. die Kleinbauern. Sind sie für uns auch nicht so wichtig wie die Landarbeiter, so bilden sie doch einen bedeutsamen Faktor, und sie sind für uns zu gewinnen — nicht durch Bauernfang, aber

durch Belehrung über ihre wirthschaftliche Lage. Ueber die Agitation unter den Kleinbauern haben wir verschiedene Urtheile gehört. Frau Zetkin sagte nur, daß sie keine nennenswerthen Erfolge gehabt hat, während Molkenbuhr mit seiner Agitation unter den holsteinischen Kleinbauern recht zufrieden ist und sein kann. Ja, wenn Frau Zetkin vor den Bauern so gesprochen hat, wie heute hier, dann wundert es mich nicht, daß sie wenig ausgerichtet hat. Mit theoretischen Reden und radikalen Schlagworten ist da nichts auszurichten. Man muß zu den Bauern, die genau so intelligent sind wie die Städter, die aber ihren eigenen Wirkungs- und Ideenkreis und ihre eigene Sprache haben, in ihrer eigenen Sprache reden, man muß an ihre Verhältnisse anknüpfen und ihnen sagen, weshalb sie verelenden. Ich habe die Landagitation nie anders betrieben; ich habe sehr lange halb ländliche Wahlkreise vertreten, und in Oberhessen, meiner Heimath, wo die agrarische Bewegung besonders lebhaft ist, habe ich mit gutem Erfolg Landagitation getrieben. Ich habe gefunden, daß man den Bauern, ohne daß wir unsere Ziele zu verschleiern brauchen, den Sozialismus beibringen kann. (Sehr richtig!) Wir müssen ihnen die *ganze* Wahrheit sagen, und nichts als die Wahrheit, aber so, daß sie die Wahrheit durch die greifbare Wirklichkeit verstehen. Wenn man ihnen sagt: der Staat übernimmt alle Eure Hypotheken, wir wollen Euch die alten Rechte erhalten und vermehren, das Gemeineigenthum nicht verzetteln lassen — so wird das den Bauern sehr wohl einleuchten. Freilich, wollte man dann hinzufügen: wenn dies durchgeführt wird, so ist Eurer Nothlage abgeholfen, so werdet Ihr reich und unabhängig, so wäre das Charlatanerie; aber so kann doch kein Sozialdemokrat reden. Kein Mitglied der Agrarkommission hat behauptet, daß das Kleinbauernthum im Besitz erhalten werden kann durch derartige Vorschläge, wie wir sie machen. Wir wollen nur den Bauern die Existenz *erleichtern*, sie ihnen nicht *sichern* als Besitzer. Wenn Manche die thatsächlichen Verhältnisse von der Warte der Theorie herab vornehm ignoriren wollen, so ändern sie damit nichts an den Thatsachen. Wenn man in Thüringen sieht, welche Bedeutung das Beerenlesen, Streuholen für die Bewohner hat, dann kann man diese Sachen nicht als Kleinigkeit betrachten. Von einer Verderbung der Wälder kann übrigens dabei nicht die Rede sein; an Wegnahme alles Streulaubs denkt kein Mensch. Es handelt sich da beiläufig um die Rechte aus dem Mittelalter, und die Leute, denen diese unsere Forderungen zu gut kommen, sind Proletarier, sind zum Theil schon jetzt sozialistisch gesinnt. Wenn man sagt, man soll die Kleinen je eher, desto besser zu Grunde gehen lassen, so verweise ich Sie auf Fuchsmühl: Aus Furcht vor kapitalistischer Verwässerung des Programms dem Kapitalismus freien Lauf lassen, das heißt den Teufel mit Beelzebub austreiben und den Kapitalismus stärken. Wenn man schon nach dem alten Programm unter der Landbevölkerung Ersprießliches leisten kann, dann doch erst recht mit den neuen Forderungen, die das Programm nicht abändern und gegen unsere Prinzipien nicht im geringsten verstoßen. Man muß den Bauern klar machen, daß wir sie als Einzelne unterstützen, als *Klasse* aber sie nicht retten können.

Man thut vielfach, als ob unsere Vorschläge etwas ganz Neues wären. Aber haben denn diejenigen von uns, die auf das Land hinausgegangen sind, dort *nur* prinzipielle Theorien entwickelt? Nein, wir sind dem Landvolk mit praktischen Forderungen gekommen. Ich z. B. habe — wie jedenfalls die meisten von uns — auf die Bedeutung der Demokratisirung der Gemeinde durch das allgemeine Wahlrecht, auf die Ungerechtigkeiten unseres Steuersystems, auf die Uebel des Militarismus hingewiesen und nachgewiesen, daß die Gemeinde gewissermaßen eine natürliche Genossenschaft ist, daß das Genossenschaftswesen, von dem man lange geglaubt hat, es sei wesentlich auf die Stadt beschränkt, auf dem Lande schon vor langer Zeit bestanden hat und daß die Gemeinde

auch heute noch den natürlichen Rahmen für genossenschaftliche Produktion bildet. In allen Gegenden Deutschlands sind unsere Genossen mit einem bestimmten, den örtlichen Verhältnissen angepaßten Programm vor die Landbevölkerung getreten. Wir könnten Ihnen fast aus allen ländlichen oder halbländlichen Wahlkreisen Deutschlands Agrarprogramme vorführen, in denen zum Theil weit, weit mehr als Parteiforderung formulirt ist, als in dem vorliegenden Entwurf. (Sehr richtig!) Die Agrarfrage liegt in der Luft, wir können uns ihr nicht entziehen, wir müssen ebenso wie alle übrigen Parteien Stellung nehmen. Wenn wir je nach Art, Zeit und Gelegenheit ein Gelegenheits- und Lokal-Programm aufstellen, so lockern wir die Einheitlichkeit der Partei und schwächen damit die Partei. Wir haben jetzt zwar kein Agrarprogramm, aber wir haben Dutzende von Agrarprogrammen. Das ist die reinste Anarchie. Wir müssen diesen anarchistischen Zuständen ein Ende machen und einen Entwurf aufstellen, an den die Genossen überall sich halten können und über den hinauszugehen Niemanden gestattet ist. Ob wir mit unseren Vorschlägen das Richtige getroffen haben, darüber läßt sich streiten, und darüber läßt sich reden, wenn wir in eine Spezialdebatte treten.

Der erste Entwurf ging von dem Grundgedanken aus, die aufzustellenden Forderungen in das Programm hineinzuflechten, um nicht den Verdacht einer prinzipiellen Doppelwährung zu erwecken. Wir in dem norddeutschen Unterausschuß haben uns nach Möglichkeit bemüht, unserem Standpunkt gerecht zu werden, es wurde jedoch die weit ausführlichere Fassung des mitteldeutschen Ausschusses dem Programmentwurf zu Grunde gelegt, und dadurch erlangten die einzelnen Punkte eine so große Ausdehnung, daß diese sich mit der Einverleibung in das Programm nicht recht vertrug. Da wir nach dem Verlauf der Diskussion in der Presse bezweifeln mußten, daß unsere Fassung vom Parteitag angenommen werde, so hat die Kommission in ihrer letzten Sitzung den Entwurf revidirt und getheilt. Sie hat diejenigen Punkte, von denen sie glaubte, daß sie in das Programm nothwendig gehören, in den zweiten Theil des Programms eingefügt und die übrigen Punkte als Agitations-Direktive für die Genossen in die Form einer Resolution gekleidet. Daß dieser oder jener Punkt auch in der revidirten Fassung einer Verbesserung fähig ist, bestreiten wir nicht, aber wir leugnen, daß irgendwie Forderungen aufgestellt sind, die unserem Prinzip zuwiderlaufen und den reaktionären Bestrebungen unserer Gegner Vorschub leisten. Es handelt sich nicht um „ein reformatorisches Pfuschwerk", nicht um ein Abweichen von unseren revolutionären Zielen, sondern um eine praktische Thätigkeit, wie wir sie auch im Reichstage und in unserer ganzen Parteipolitik üben. Ich muß die Kommission entschieden dagegen verwahren, daß sie irgendwie eine Verwässerung der Prinzipien beabsichtigt habe.

Man hat sich hüben und drüben auf Engels berufen. Den kenne ich doch auch, und ich kenne auch die zitirten Stellen. Mit Engels' Aeußerungen betreffs der Bauern verhält es sich genau so wie mit der Bibel; es sind Stellen da, die sich so auslegen lassen, und andere, die man anders auslegen kann. Außerdem stand ja Engels, als er jene Aufsätze schrieb, gar nicht vor einer so brennenden und scharf zugespitzten Frage wie wir heute. Hier noch ein Wort. Genosse David hat die Worte Privatkapitalist, privatkapitalistisch gebraucht. Ich habe bereits auf dem Erfurter Parteitage dargelegt, daß in diesem Ausdruck die Anschauung versteckt sei, als ob es einen Kapitalismus gäbe, der nicht kapitalistisch, d. h. nicht ausbeuterisch sei. Einen solchen Kapitalismus giebt es nicht. Wohl giebt es aber einen Kapitalismus, der nicht privatkapitalistisch ist — es ist das der Staatskapitalismus, den andere fälschlich als Staatssozialismus bezeichnet haben. Der Anschauung, daß durch die Stärkung der Macht des Staates die Arbeiter mehr geknebelt werden, halte ich entgegen, daß die immer intensivere Knebelung der Arbeiter überhaupt in der

10*

kapitalistischen Entwicklung liegt. König Stumm als Privatindustrieller knechtet die Arbeiter genau so wie der Staatsbetrieb. Durch die Konzentrirung des Kapitalismus wird die Möglichkeit der Arbeiterorganisation nicht zerstört — auch die Arbeiter gewinnen dadurch an Machtmitteln. In Bezug auf die kapitalistische Entwicklung ist England weiter voran als Deutschland, und trotzdem haben wir dort so gewaltige Arbeiterorganisationen in Gestalt der Trades Unions gegen den Kapitalismus, daß dieser neuerdings in großen Klassenkämpfen hat erliegen müssen. Allerdings kann durch solche Rückzugsgefechte — denn Rückzugsgefechte sind es — der Sieg des Kapitalismus, so weit er lebensfähig ist, nicht aufgehalten werden, aber zugleich entwickelt sich immer mehr das organisirte Proletariat, und die Macht des Staates sinkt dementsprechend.

Dieser Entwurf kann umgearbeitet werden, Sie dürfen sich aber nicht in den Aether der Theorie verlieren. Die Praxis fordert ihr Recht. Sie müssen entscheiden, was unsere Partei in der Landfrage thun soll. Wenn wir, wie es in einer Resolution beantragt ist, alles verwerfen, so bereiten wir unseren Gegnern ohne Ausnahme einen großen Triumph. (Sehr richtig!) Sie werden einen solchen negativen Beschluß für sich ausbeuten und dem Landvolk sagen: die Sozialdemokratie, die Euch durch ihre Agitation auf Grund lokaler Programme so viel versprochen hat, hat durch den Parteitag erklärt, daß jeder Versuch, der ländlichen Bevölkerung innerhalb des heutigen Staates zu helfen, gegen ihr eigenes Prinzip und Programm verstoße. (Sehr richtig!) Damit arbeiten wir allen diesen sozialen Kurpfuschern in die Hand und leiten Wasser auf die Mühlen der Reaktion. In diesen Fehler dürfen wir nicht verfallen.

Es liegt der weitere Vorschlag vor, daß die Agrarkommission als solche ihr Mandat für erloschen hält und daß der Partei-Vorstand beauftragt wird, unter Benutzung der Kommissionsarbeiten durch geeignete Personen die Landfrage erforschen zu lassen und als Ergebniß in geeigneter Form der Partei vorzulegen. Diesen Antrag werden Sie ja wohl einstimmig annehmen, aber Sie nehmen ihm seine ganze Bedeutung, wenn Sie nicht mindestens eine Resolution fassen, welche die Stellung der Partei zu der ländlichen Bevölkerung präzisirt.

Ich weiß, daß die Einigkeit der Partei nicht gestört wird, wie auch die Entscheidung fallen möge; ich weiß, daß diese Diskussion zur Klärung beigetragen hat und beitragen wird, und ich bin sogar überzeugt, wenn der Beschluß des vorigen Parteitages nichts weiter als diese Diskussion zur Folge gehabt hätte, so brauchten wir ihn nicht zu bedauern. (Sehr richtig!)

Sie haben die Frage geprüft, und Sie haben zu entscheiden, wie Sie stimmen. Ich weiß, daß die Partei in guten Händen ist, in den Händen dieses Parteitages. Die hier versammelten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie werden nichts thun, was nicht der Würde, den Interessen und den Prinzipien der Partei entspricht. Und so wie das Wohl der Partei es erheischt, fordere ich Sie auf, zu stimmen! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nachstehender Antrag (124) ist eingelaufen und wird mit zur Debatte gestellt:

> In Anbetracht des Umstandes, daß die erst in letzter Stunde vor Zusammentritt des Parteitages von der Agrarkommission in mehreren Punkten umgeänderte Vorlage einer absolut nothwendigen öffentlichen Debatte in der gesammten Partei nicht unterstellt werden konnte und der Vorschlag der Kommission, die Agrarforderungen nicht dem Parteiprogramm direkt einzuverleiben, denselben einen völlig veränderten Charakter verleiht, den unter anderen Voraussetzungen zum Parteitag gekommenen Delegirten jedoch unbedingt die Möglichkeit gelassen werden muß, mit ihren Mandatgebern eine Verständigung darüber zu suchen; — in fernerer Erwägung, daß die Agrarfrage von so eminenter, von keiner Seite bestrittenen Bedeutung für die Entwicklung der Partei ist, daß in dieser Sache die größte Vorsicht geboten

erscheint bei für die Gesammt-Partei maßgebend sein sollenden Beschlüssen, vertagt der Parteitag die heute als noch nicht spruchreif erkannte Frage und beschließt:

Den Partei-Vorstand zu beauftragen, den abgeänderten Entwurf mit ausreichender Begründung seitens der Agrarkommission versehen und unter Beifügung des dafür hauptsächlich maßgebend gewesenen Materials der Parteipresse und den Vertrauenspersonen gedruckt zuzustellen und letztere zu beauftragen, denselben in allerorts einzuberufenden Versammlungen zur öffentlichen Debatte zu stellen.

A. v. Elm. Baudert-Apolda. Theodor Schwartz-Lübeck. Bruno Schumann. Otto Stolten-Hamburg. Julius Bruhns. Frohme. A. Walter-Stützenbach. L. Emmel. M. Heinrich. A. Göbel-Mainz. Reichert. Joh. Heine-Ottensen. S. Deppe-Langenfelde. Schaal-Solingen. W. Haselbauer. H. Steinbach. Bérard. Förster. Martikke. Garbe.

Herbert-Stettin: Ich bin gegen die Vorschläge der Kommission. In der Provinz Pommern, wo große Erfolge in der Landagitation erzielt worden sind, ist auch nicht eine Stimme für den Entwurf laut geworden. Wir betrachten den Entwurf als ein Danaergeschenk, das uns gefährlich werden kann. Im Jahre 1893 schlug ich als Kontrolleur bei der Festsetzung der Tagesordnung des nächsten Kongresses vor, die Landagitation zu berücksichtigen. Ich dachte dabei aber nur, daß die praktischen Erfahrungen über die Landagitation ausgetauscht werden sollten. — Der Entwurf widerspricht dem Denken und Fühlen der Landbevölkerung, soweit ich sie kennen gelernt habe. Wir würden höchstens Mitläufer gewinnen, die Konservative und Antisemiten werden, wenn diese ihnen mehr versprechen. Was nützt uns der große Schwarm, der uns im entscheidenen Moment in Stich läßt. Die Verstaatlichung der Hypotheken nützt dem Bauer gar nichts. Bis zur Beleihungsgrenze bekommt er bei dem heutigen Geldüberfluß zu billigem Zinsfuße Geld. Und über die Beleihungsgrenze hinaus kann ihm der Staat, ohne die Gesammtheit zu schädigen, auch nicht Geld geben. Warum schlägt man nicht gleich die Verstaatlichung aller Schulden vor? Dann wäre es wenigstens ein Glück, Schulden zu haben. Der Bauer ist sehr mißtrauisch; er hält uns für Schwindler; er ist in gereizte Stimmung gegen uns gerathen, seit der Entwurf bekannt ist. Die Aufhebung der Grundsteuern wäre den Junkern sehr angenehm. Ein Schauspiel für Götter: Sozialdemokraten Arm in Arm mit den Kanitz' und Kardorff's. Deshalb muß der Entwurf definitiv begraben werden. Man darf den Gegnern des Entwurfs nicht vorwerfen, sie wollten, daß nichts geschehe. Im Gegentheil: wir wollen, daß etwas geschehe, nur in anderer Richtung. Das unentgeltliche Vertheilen von Druckschriften auf dem Lande halte ich für ein geeignetes Mittel. Aber dazu gehört Geld. Auch auf dem Lande wird durch das Eindringen der Maschinen die Wirthschaftsweise revolutionirt. Ueberstürzen wir nichts, der Landmann kommt zu uns, langsam aber sicher. Unsere Stellung zur Agrarkommission ist nicht durch persönliche, sondern durch sachliche Gegnerschaft bestimmt. Aber um so entschiedener rufen wir: Laßt Euch von der Agrarkommission nicht umgarnen! (Beifall.)

Die Debatte wird abgebrochen.

In persönlicher Bemerkung Kautsky: Genosse David hat behauptet, ich hätte mich dahin ausgesprochen, als seien von jetzt ab alle Ausgaben im Interesse der Landeskultur zu verwerfen. Ich habe das nicht gesagt. Ich habe nur dagegen protestirt, daß das Agrarprogramm und der Referent das Interesse der Landeskultur für gleichbedeutend erklären mit dem Interesse des Proletariats. In ein Parteiprogramm gehört das Interesse der Landeskultur nicht.

In persönlicher Bemerkung David: Ich habe mich gegen die Kautsky'sche Resolution, nicht gegen eine Aeußerung Kautsky's gewandt. In dieser Resolution wird das Prinzip ausgesprochen, daß die Ausgaben für Landeskultur nur den

Besitzenden nützten. Durch die Annahme dieses Prinzips würde der Praxis, die unsere Genossen in den Landtagen bei Aufwendungen für die Zwecke der Landeskultur bisher immer befolgt haben, der Todesstoß versetzt werden. Noch ein Wort gegen Frau Zetkin. Ich habe nicht, wie sie behauptet, gesagt: Unsere Partei ist eine Partei des Willens, nicht des Wissens. Im Gegentheil, ich bin ganz ihrer Meinung: unsere Partei ist eine Partei des Wissens und des Willens. Nur in Bezug auf die betriebstechnische Frage in der Landwirthschaft habe ich gesagt: das ist eine Frage der landwirthschaftlichen Theorie und Praxis. Binden wir uns nicht und machen wir diese Frage des Wissens nicht zu einer des Willens.

In Rücksicht auf die Erledigung der Geschäfte macht **Singer** dem Parteitage den Vorschlag, die Debatte über die Agrarfrage in der heutigen Nachmittagssitzung auf jeden Fall zu beendigen.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird deshalb festgesetzt, daß für den Rest der Diskussion die Bestimmungen der Geschäftsordnung (10 Minuten Redezeit) wieder gelten sollen. Eingeschrieben sind noch 14 Redner für, 37 gegen den Entwurf der Agrarkommission.

Singer: Ich habe dem Parteitage noch eine Mittheilung zu machen. Vor mir liegt die Nummer 470 der „Braunschweigischen Landeszeitung“ vom 8. Oktober d. J. Das Blatt ist vermuthlich nationalliberal. Es heißt in seinem Spitzartikel:

„Der sozialdemokratische Parteitag in Breslau hat sich wieder einmal mit den Parteigehältern zu beschäftigen gehabt. Es giebt nämlich unter den Sozialdemokraten immer noch sonderbare Schwärmer, welche mit zäher Hartnäckigkeit an den Grundsatz festhalten, niemand habe ein Recht auf Ueberfluß, so lange es einem Mitmenschen, in specie einem Parteigenossen noch am Nöthigsten fehle und die in Konsequenz dieser Anschauung die Parteigehälter für viel zu hoch halten. Herr Liebknecht erhält bekanntlich 7200 Mark als Chefredakteur vom „Vorwärts“ und außerdem noch mehrere tausend Mark an Diäten als Reichstags-Abgeordneter, trotzdem ihn diese parlamentarische Thätigkeit keinen Pfennig kostet. Denn er ist ja ohnehin in Berlin seßhaft und die Zeit, die er im Parlamente verbringt, geht seiner redaktionellen Thätigkeit im „Vorwärts“ verloren, in dessen Bureau er sich überhaupt nur selten, höchstens honoris causa einmal sehen lassen soll. Er läßt sich also für seine Arbeitskraft, die nie groß gewesen, doppelt bezahlen. Wie er, so machen es aber auch alle Parteibeamte, die zugleich Abgeordnetenmandate besitzen, und das ist die Mehrzahl. Als deren Wortführer warf sich gestern Parteisekretär Fischer ins Zeug, der ein Gehalt von 5000 Mk. bezieht und auch nicht gern auf die Extradiäten verzichten möchte, wie man ihm ansinnt. Herr Fischer ist vierzig Jahre alt und von Hause aus Schriftsetzer. Er hat es somit schon recht weit gebracht. Im Jahre 1880 war er noch in so bedrängten Verhältnissen, daß er Mein und Dein nicht gehörig unterschied und in Altona wegen Diebstahls zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt wurde. Er ist aber nichts destoweniger sehr stolz und vollkommen davon überzeugt, daß er sein Proletariergehalt redlich verdiene. „Wenn ich ihn nicht verdiene, dann ist es Ihre Pflicht, mich zum Teufel zu jagen“, hat er gestern stolz ausgerufen. Danach scheint es ja, daß sich sein Schaffenstrieb seit der Zeit, da er wegen Arbeitsscheu und Landstreicherei drei Monate im Arbeitshause gesessen, etwas gestärkt hat, aber unsozialdemokratisch ist sein Ansinnen an die Partei, ihn und seine Fraktionsfreunde im Genuß ihrer Doppeleinkünfte zu lassen, ohne Zweifel. Bemerkenswerth ist übrigens, was bei der Diskussion über die unterschiedliche Bewerthung der körperlichen und geistigen Arbeit richtiges gesagt worden ist. Ausdrücklich wurde der Qualifikationswerth der geistigen Arbeit anerkannt und damit das Grundprinzip der sozialdemokratischen Doktrin über den Haufen geworfen. Stimmt die Versammlung diesen Anschauungen bei, so beweist sie damit, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitage zwar viele Menschen, aber wenige Sozialdemokraten anwesend sind.“

Da es sich hier um ein Mitglied des Parteitages handelt, über das derartige Dinge gesagt sind, so habe ich zu erklären, daß Alles, was diese Notiz über Fischer enthält, Wort für Wort niederträchtige, infame, gemeine Lüge ist! (Lebhafter Beifall.) Dieser Ehrabschneiderei, mit der sich in letzter Zeit gewisse Preßorgane an Mitglieder unserer Partei heranwagen, muß ein Ende gemacht werden. So sehr wir das Preßgesindel, das seine Feder zu solchen Verleumdungen hergiebt, verachten, so halten wir es doch mit Rücksicht auf unsere Partei und mit Rücksicht darauf, daß diesem Volke endlich einmal zur Warnung der Mund geklopft werden muß, für geboten, daß Fischer in diesem Falle den verantwortlichen Redakteur verklagt. (Beifall.) Für die Parteigenossen aber möchte sich vielleicht aus diesem Vorfall eine Mahnung ergeben. Die Genossen, die solche Dinge zur Sprache bringen, sehen, welche Freunde und Kampfgenossen sie sich damit erwerben. Vielleicht ziehen sie daraus die Lehre, diese Fragen in Zukunft mit mehr Rücksicht und Delikatesse zu behandeln, als es bisher manchmal geschehen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Mittagspause tritt ein.

Schluß 1¼ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt Singer mit, daß an Stelle von Rauch Genosse Wiehle aus Hannover eingetroffen sei. In die Neunerkommission trete an Stelle Rauch's Genosse Fülle, der nach Rauch die höchste Zahl der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Ferner bemerkte Singer, es seien ihm von verschiedenen Seiten Vorhaltungen gemacht worden, daß er nur die gegen Fischer, nicht aber die gegen Liebknecht erhobenen Angriffe der „Braunschweiger Landeszeitung" zurückgewiesen habe. Der Parteitag sei wohl einstimmig in der Anschauung, daß Liebknecht zu hoch stehe, als daß ihm irgend jemand den Vorwurf der Faulheit machen könne. (Beifall.) Um aber keinen Zweifel aufkommen zu lassen, betone er ausdrücklich, daß die gegen Liebknecht erhobenen Beschuldigungen mit Ausnahme der Angaben über die Höhe seines Gehaltes als Redakteur genau so aus der Luft gegriffene Verleumdungen sind, wie die gegen Fischer erhobenen Beleidigungen. (Lebhafter Beifall).

Beim Büreau ist folgende Erklärung eingegangen:

„Die unterzeichneten Delegierten von Berlin und Umgegend protestiren dagegen, daß die von ihnen vertretenen Anträge mit den Verleumdungen der Braunschweiger Landeszeitung in Verbindung gebracht worden sind." (Folgen die Unterschriften sämmtlicher Berliner Delegirten.)

Seitens der Parteigenossen aus Oderau (Oesterr. Schlesien) ist der Genosse Marck zum Parteitage entsandt worden, der das Wort zu folgender Ansprache ergreift: Ich bin beauftragt worden, Ihnen die besten Wünsche zu Ihrem Parteitage zu überbringen. (Beifall.) Leider habe ich gestern die Nachricht von der Ausweisung des Genossen Ellenbogen bekommen. Ich hätte nicht geglaubt, daß in Deutschland die Redefreiheit und das Versammlungsrecht so sehr beschränkt wären, bisher dachte ich, Oesterreich allein liegt an der russischen Grenze, aber jetzt bin ich anderer Meinung geworden. (Heiterkeit.) Ich bin gestern und heute den Verhandlungen über das Agrarprogramm gefolgt. Diese Frage ist so wichtig, daß sie mit aller Energie und Kraft zu Ende geführt werden muß. Sie ist um so schwieriger, als wir meistens aus Industriezentren stammen und die Landwirthschaft aus eigener Anschauung wenig kennen. Es handelt sich hier lediglich um eine Frage der Taktik, und ich bin überzeugt, daß Sie, wie immer, den richtigen Weg finden. Hier herrschen zwei Richtungen vor, die eine will den Bauer erst frei machen und dann gewinnen, die andere schlägt den umgekehrten Weg ein. Aehnlich stand es ja vor Jahren in Oesterreich,

als wir die Frage erörterten, durch Freiheit zur Bildung oder: durch Bildung zu Freiheit. Wird man in der Agrarfrage heute nicht einig, so vertage man den Beschluß auf das nächste Jahr, bis man einig ist. Mögen die Berathungen, die Sie führen wollen, zum Wohle der Partei sein! (Bravo!)

Zur Geschäftsordnung beantragt von Elm, dem Genossen Schoenlank eine halbstündige Redezeit zu gewähren. Schoenlank war Referent auf dem Frankfurter Parteitag; es ist ihm unmöglich, in zehn Minuten auf die zahlreichen Angriffe zu antworten.

Börner spricht gegen den Antrag. Es dürfe keine Ausnahme gemacht werden. Was Schoenlank antworten könne, hätten andere schon gesagt.

Der Antrag wird abgelehnt. In der wieder eröffneten Diskussion über das Agrarprogramm erhält das Wort

Dr. Schoenlank: Es ist mir leider nicht möglich, in dem kurzen Zeitraum von 10 Minuten auf alle die Einwände auch nur skizzenhaft einzugehen, die gegen den Entwurf und die Arbeit der Kommission geltend gemacht wurden.

Was ich als Eindruck gewonnen habe von den Verhandlungen, und was ich unverhohlen ausspreche, besteht darin, daß ich mich sehr freue, in Köln den Stein ins Rollen gebracht zu haben. Es ist von der höchsten Bedeutung, daß endlich einmal die Sozialdemokratie gezwungen worden ist, in der Agrarfrage Farbe zu bekennen. Es ist charakteristisch und für mich war es selbstverständlich, daß durch solche Differenzen der Meinungen eine solche Spaltung in zwei Lager eingetreten ist. Für den Psychologen, für den Historiker wird es sehr lehrreich sein, zu sehen, wie sich diese Gruppen gebildet haben und was für Leute auf der einen oder auf der andern Seite stehen. Es ist ein Symptom der Umbildung der Begriffe in der Partei, und blos die, die nicht sehen wollen, werden glauben, daß es im alten Schlendrian weiter geht. Es geht eine Revision der Vorstellungsweise in der Partei vor; wir haben aufgehört, die Partei allein des Industrieproletariats zu sein. Die Sozialdemokratie ist die Partei aller proletarischen Unterdrückten, der Nothleidenden aller Schichten, und die Politik, die die Gegner des Entwurfs treiben wollen, ist reine Industriearbeiterpolitik (Gelächter). Das Gelächter ist keine Widerlegung; Thatsachen beweisen. Die Revision unserer Vorstellungen geht unaufhaltsam weiter, und der verbissene Fanatismus der Parteidogmatiker in der Partei fängt bereits an zu bröckeln. Das Klassenbewußtsein erwacht schon in breiten Schichten des Landproletariats, und große Gruppen sind noch kraft ihrer Lage zu gewinnen. Sie werden noch einsehen, daß wir jetzt mit der Agrarfrage auf das Ernsthafteste zu rechnen haben werden, mit neuen Begriffen, mit neuen Zielen. Das Agrarwesen läßt sich nicht nach der alten Schablone behandeln, die bisher so oft an die Stelle der Forschung und der Erkenntniß getreten ist. Der Dogmenfanatismus ist viel schlimmer als der Eigenthumsfanatismus der Parzellenbauern. Außerdem ist der Parteidogmatismus durchaus nicht die Konsequenz der materialistischen Geschichtsauffassung. Marx und Engels würden sich schön dafür bedanken, daß man ihre Anschauung so, wie es geschieht, als Schablone behandelt. Engels hat erst in einem kürzlich veröffentlichten Briefe davon gesprochen, daß gerade die Marxisten Marx oft falsch verstanden und die Methode der materialistischen Geschichtsauffassung falsch angewendet hätten. Wir müssen nach den veränderten Verhältnissen auch unsere Taktik ändern. Jener Theil der Partei, der von Neuerungen nichts wissen will, ist konservativ, der andere Theil ist revolutionär. (Sehr wahr! Gelächter.) Sie lachen heute, in einigen Jahren vielleicht schon werden sie traurig sein. Sie kennen doch die Parteigeschichte, oder wenigstens es wäre gut, wenn Sie sie kennten; im Jahre 1869 hat das „Demokratische Wochenblatt“ erklärt, die Schweitzerianer lieferten durch ihre Arbeiterschutzanträge die Arbeiter in die Hände Bismarck's, und jüngst ist von

einer Genossin erklärt worden, die Agrarkommission hätte Neigung, sich an den Tisch der Könige zu setzen. Allerdings wurde diese Aeußerung revozirt.

Kautsky hat von ehernen Thatsachen und von der Naturnothwendigkeit gesprochen; aber mit Naturnothwendigkeit beweisen die ehernen Thatsachen, daß wir es zu thun haben mit einer Umbildung in der Landwirthschaft und und mit einer Umbildung im Gebiete unserer Auffassungen von der Landwirthschaft, die uns entscheidend beeinflussen wird im Gange der Politik. Die „nägelbeschlagenen Schuhe der Bauern" sind doch auch eherne Thatsachen. Wir werden es merken, daß, wenn wir nicht rechtzeitig richtige Agrarpolitik treiben, wir zu spät kommen. Wenn das Landvolk den Ausschlag geben wird bei dem großen sozialen Entscheidungskampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat, dann wird sich zeigen, wer im Rechte war. Diese Entscheidung dadurch herbeizuführen, daß man deduzirt, man müsse die Bauern erst fertig werden lassen, beim großen Kladderadatsch würden wir sie schon bekommen, heißt, die Bauern der Verelendung und Verlumpung zu überlassen. Wir haben die Pflicht, jetzt hier einzugreifen.

Wenn man uns den Vorwurf macht, daß wir ja Forderungen aufstellen, die verwandt oder ähnlich seien mit den Forderungen anderer politischer Parteien, so ist das ein schwächlicher Einwurf. Unser Programm hat ja in seinem zweiten Theil eine ganze Reihe solcher Forderungen; aber was wir wollen und was die Gegner wollen, ist grundverschieden; es kommt auf den Zusammenhang an, in dem die Forderungen gemacht werden, auf die grundlegenden prinzipiellen Absichten. Wollte man auf alle praktischen Forderungen verzichten, dann müßten wir auf alle politische Thätigkeit verzichten; dann hätten die englischen Arbeiter auch auf den 10-Stundentag verzichten müssen, weil die Konservativen, die Tories, ihn beschlossen haben. Wir müssen versuchen, auf die Kleinbauern und Landleute Einfluß zu bekommen, und dann für sie dasselbe thun und erreichen, was wir für die Industriearbeiter erreicht haben.

Der Zusammenhang der Forderungen mit den programmatischen Forderungen der Partei ist auch deshalb angefochten worden, weil die Arbeiterklasse dadurch abgehalten würde, auf den Bahnen, die sie bis jetzt beschritten hat, weiter zu gehen! Ich aber behaupte, die Forderungen des Agrarprogrammentwurfs sind geradezu ein Hebel, um den Klassenkampf zu verallgemeinern; hierin liegt gerade das eminent Revolutionäre des Entwurfs.

Die Stimmung hat sich innerhalb des letzten Jahres bedeutend geändert. In Frankfurt a. M. rief man zu den Referenten über die Agrarfrage Hosiannah, jetzt aber: Kreuziget sie. Nicht blos ich, sondern auch meine Freunde haben sich im Laufe der Zeit eine ziemlich dichte moralische Hornhaut angeschafft, uns werden Sie nicht so leicht unterkriegen, und wenn Sie uns heute noch in die Minderheit zu bringen vermögen, so werden Sie bei uns dasselbe erleben, was unsere Gegner nach der Zukunftsstaatsdebatte erlebt haben, die uns todtgeschlagen zu haben glaubten, während wir zu neuen Siegen eilten. Wir kommen wieder; Sie haben einmal vom Baume der Erkenntniß gegessen; Sie haben die Frankfurter Resolution gefaßt, die Frankfurter Referate gehört, die Agrarkommission gewählt und da wird sich das Sprichwort erfüllen: „Wer vom Papst ißt, stirbt daran." Wir müssen praktische Agrarpolitik treiben, oder wir werden scheitern. (Beifall.)

Lesche-Altona: Wenn der Frankfurter Parteitag der Agrarresolution zustimmte, so lag dies daran, daß verschiedene Leute, die Verschiedenes wollten, sich in dieser Resolution zusammenfanden. Dasselbe war in der Agrarkommission der Fall. Die Einen wollten nur den Landproletarier gewinnen, die Andern schwärmten für Bauernschutz, die Dritten, wie Bebel und Liebknecht, sahen revolutionäre Tendenzen in unseren agrarischen Forderungen. Ihr Weg führt

aber direkt in den Staatssozialismus hinein und Vollmar wird sagen: Bebel hat mir ein Schnippchen geschlagen; er ist mir im Staatssozialismus über. Auf diesen Weg folge ich ihm nicht. Ich halte die Hoffnung auf eine langsame demokratische Umgestaltung unseres Staates für eine Utopie. Man braucht sich da nur den heutigen Junkerstaat ansehen. Erst aber muß eine wirkliche Demokratisirung der öffentlichen Einrichtungen erfolgen, bevor wir mit staatssozialistischen Forderungen kommen. Näher als die Sorge um die Landeskultur steht uns die Sorge um den Arbeiterschutz und die Erringung des freien Koalitionsrechtes. Lassen wir uns nicht auf sozialistische Experimente ein, halten wir den propagandistischen Charakter unserer Partei hoch.

Stolten-Hamburg: Wenn ich auch nicht mit allen Einzelheiten der Vorschläge einverstanden bin, so gehöre ich doch zu denen, die auf dem großen Scheiterhaufen des Parteiprinzips verbrannt werden sollen, zu dem schon seit Monaten die Scheite zusammengeschleppt sind. Die Diskussion hat mich belehrt, daß es aussichtslos ist, die Vorschläge der Kommission in diesem Jahre durchzuführen, es kann also nur noch darauf ankommen, zu verhindern, daß auf einmal der ganzen Frage Kopf und Kragen abgeschnitten wird. Die Mehrzahl der Genossen ist mit einem Vorurtheil gegen die Vorschläge hergekommen, weil den Genossen die ganze Materie neu ist. Die Partei war bisher wesentlich eine solche von Industriearbeitern und seit $2^1/_2$ Jahrzehnten haben wir uns daher hauptsächlich mit den Interessen der Industriearbeiter beschäftigt; aber diese Zeit ist vorbei; heute müssen wir uns auch mit anderen Fragen befassen, nicht weil sie uns Agitationsstoff liefern, sondern weil sie sich uns naturnothwendig aufdrängen. Dazu gehört die vorliegende Frage. Wir müssen dazu Stellung nehmen, wenn wir nicht als politische Partei abdanken wollen. Man ist gegen die Vorschläge der Kommission mit vielen sehr schön, sehr radikal klingenden Phrasen vorgegangen, die ja immer sehr viel Anklang finden. Man hat gesagt, daß dieselben den Klassenkampf nicht fördern, sondern hindern, und daß Alles, was wir innerhalb der heutigen Gesellschaft thun, nur dann berechtigt sei, wenn es den Klassenkampf fördert. Nach meiner Meinung aber darf der Begriff des Klassenkampfes nicht so eng aufgefaßt werden, sondern wir müssen unser Augenmerk auch richten auf die Klassen, die noch nicht proletarisirt sind, aber nothwendiger Weise der Proletarisirung verfallen. Wenn vielleicht einmal der Augenblick gekommen ist, wo die allerdringendste Nothwendigkeit dazu zwingt, im Interesse der Industriearbeiter grundlegende Aenderungen vorzunehmen, und wenn dann die Bauern noch so weit zurück sind, dann werden wir bereuen, daß wir nicht zeitig genug das gethan haben, was wir hätten thun müssen. (Sehr richtig!) Stellt man sich auf den Standpunkt der Kautsky'schen Resolution, so müßte man die Konsequenz ziehen und den ganzen zweiten Theil unseres Programms streichen. Ich gehe in einem Punkte noch weiter als die Agrarkommission und sage, wir müssen die Bauern an ihrem Eigenthumsinteresse packen und sie allmälig auf die genossenschaftliche Organisation hinzulenken suchen. Dadurch wird der starre Eigenthumsbegriff, den wir heute nicht allein auf dem Lande, sondern auch noch in unseren eigenen Kreisen finden, nicht neubelebt, sondern erschüttert.

Wenn andererseits die Kautsky'sche Resolution sagt, der Entwurf stellt dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur gelöst werden können, wenn das Proletariat die Macht hat, so frage ich, ob ich in einem kapitalistischen Staat, wo das Proletariat die Macht noch nicht hat, etwa die direkte Gesetzgebung, die Umwandlung der stehenden Heere in Volksheere, die stufenweis steigende Einkommensteuer, die Abschaffung der indirekten Steuern, die freie Richterwahl und andere unserer Forderungen durchgeführt werden können? (Sehr gut!) Ich ersuche Sie vor allen Dingen, daß Sie nicht der ganzen Sache auf einmal ein Ende machen; die Folge davon würde eine ganz ungeheure Blamage

für unsere Partei sein. (Oho!) Rufen Sie noch so sehr oho! Bei Philippi sehen wir uns wieder. Die Verhältnisse drängen dahin, daß wir uns in allerkürzester Zeit von neuem mit diesen Fragen beschäftigen müssen. Nachdem die Kommission ein Jahr lang gearbeitet und Vorschläge gemacht hat, können wir nicht mehr zurück. Nicht nur, weil die Gegner das gegen uns ausnutzen würden; das wäre nicht das Schlimmste. Aber wir würden dadurch einen Zwiespalt in unsere Partei tragen. (Widerspruch.) Bedenken Sie doch, daß Genossen in den Einzellandtagen für viele dieser Forderungen bereits seit langem eingetreten sind. Diesen Genossen wird es nach Annahme der Kautsky'schen Resolution nicht mehr erlaubt sein, so zu stimmen wie früher.

Es ist ferner darauf hingewiesen, daß ein Theil der Forderungen des Entwurfs bereits in unserem Programm steht, und man hat gelacht und gerufen, das genüge ja dann. Das genügt aber nicht. Sie sind zwar für den, der sich in das Programm vertiefen kann, erkennbar, aber für die meisten Agitatoren ist es nöthig, die Forderungen gut zu spezialisiren. Das gilt noch mehr für die gewöhnlichen Leser des Programms. Unser Programm würde dadurch eminent verbessert. Weisen Sie deshalb entschieden die Kautsky'sche Resolution zurück. Dieselbe bindet uns einen Klotz ans Bein, mit dem wir uns dann Jahre lang schleppen müssen. Wenn Sie sich nicht entschließen können, die Frage zu lösen, so lassen Sie sie wenigstens in der Schwebe. Ich bin überzeugt, daß wir doch noch zu einer Verständigung kommen, die Verhältnisse werden schließlich lehren, was in dieser Frage zu thun ist. (Lebhafter Beifall.)

Beims-Goslar: Die Agrarleute hätten uns beweisen müssen, daß wir den Bauernschutz haben können. Ich möchte den Mitgliedern der Agrarkommission rathen, sich einmal die Verhältnisse in Deutschland genau anzusehen. Der Bauer, den Sie retten wollen, der existirt nicht mehr (Widerspruch) oder nur in verschwindendem Maße. Wir wollen Landarbeiterpolitik treiben und nichts anderes. Es ist bedauerlich, daß so viel Theoretiker und so wenig Praktiker zum Wort gekommen sind. Ihre grauen Theorien helfen nichts. Agitiren Sie für die Aufhebung der Gesindeordnung, das ist werthvoller. (Sehr richtig!) Der ländliche Proletarier hat vom Gemeindeeigenthum gar nichts. Auch der Kleinbauer ist durchaus abhängig vom Großbauern. Wir können mit der Entwicklung zufrieden sein, wie sie geht. Die Agrarkommission hat nur Arbeitszeit verschwendet. Es wäre agitatorisch viel werthvoller gewesen, wenn Bebel die Zeit, die er dort zugebracht, dazu angewandt hätte, Versammlungen auf dem Lande abzuhalten. (Sehr wahr!) Wenn Sie jetzt dem Kleinbauern besondere Programmsätze widmen, dann kommen die Kleinhandwerker im nächsten Jahre und fordern auch für ihren Schutz ein besonderes Programm. (Sehr richtig!) Ehrlichkeit ist die beste Politik. (Beifall.)

Bock-Gotha: In meiner 25jährigen Thätigkeit in Thüringen habe ich zahlreiche Versammlungen auf dem Lande abgehalten. Ich habe ganz andere Erfahrungen als der Vorredner gemacht. Nicht den Gutsbesitzer, nicht den Großbauern, den Kleinbauern hat die Agrarkommission im Auge gehabt, der mit seinen Familienmitgliedern die Scholle bebaut und viel elender lebt, als hunderttausende von Industriearbeitern. (Sehr wahr!) Ich habe immer einen sehr großen Respekt vor der Wissenschaft gehabt, und ich habe nicht erwartet, daß Schippel so oberflächlich über die Wald- und Weiderechte sprechen würde. Diese Waldrechte kommen dem ärmsten Landproletariat vom Thüringer Wald, von der Röhn und vom Riesengebirge zu Gute. Eine armselige Bevölkerung, unter der häufig genug Hungersnoth herrscht. Die Waldkultur wird durch dies Recht gar nicht gestört. — Ich bin als gothaischer Landtagsabgeordneter schon seit Jahren für die Forderungen des Agrarprogramms eingetreten. Wird dies Programm jetzt abgelehnt, dann muß ich mich entweder desavouiren

oder ich lege mein Mandat nieder. Der Tagelöhner, der Knecht ist viel abhängiger als der Kleinbauer. Unter diesen haben wir Vertrauensleute. Nicht um die Rettung des Kleinbauern um jeden Preis war es der Agrarkommission zu thun, sondern um die Verhinderung seiner Verlumpung. Hundert Mark, von denen Oertel so geringschätzig sprach, bedeuten sehr viel für den Kleinbauern. — Gegen den ganzen zweiten Theil des Programms verstoßen die Agrarforderungen nicht. In welche Lage bringen Sie bei einer Ablehnung des Agrarprogramms die Vertreter unserer Partei in den Landtagen und Gemeindevertretungen? (Beifall.)

Fischer-Dresden: Um die Annahme der Vorschläge der Agrarkommission kann es sich nicht mehr handeln. Das wird die Agrarkommission selbst nicht mehr wünschen. Zu beschäftigen haben wir uns nur noch mit der Kautsky'schen Resolution und mit dem Antrag 124. Dieser Antrag sucht der Agrarkommission noch ein möglichst günstiges Herauskommen zu ermöglichen. Die Resolution verlangt deshalb von Ihnen, Sie sollen Ihre Unfähigkeit erklären, heute schon eine Entscheidung zu treffen. Wir können aber sehr wohl ein definitives Urtheil abgeben. Eine Vertagung der Entscheidung würde unerquickliche Zustände in die Partei bringen. Aus der Debatte gewann ich den Eindruck, daß die Mitglieder der Agrarkommission unter sich selber nicht klar sind. Bebel denkt über entscheidende Punkte anders wie Quarck, David wieder anders wie Bebel. Quarck will den Kleinbauern vor der Proletarisirung schützen. Es wird immer so gethan, als ob Proletarisirung und Verelendung dasselbe sei. Das ist nicht wahr. Wenn wir sagen, daß wir den Bauern erst gewinnen können, wenn er proletarisirt ist, so meinen wir gar nicht, daß er verelendet, sondern daß er von seinem Eigenthum losgelöst sein muß. Aufhaltung der Proletarisirung ist Befestigung des Privatbesitzes. Da aber die Proletarisirung, d. h. die Loslösung von dem Privatbesitz die Grundlage der sozialistischen Bewegung schafft, so bedeutet die Befestigung des Privatbesitzes, die Erweiterung der Grundlage zur sozialistischen Bewegung zu verhindern, ist daher reaktionär und nicht revolutionär. Bebel giebt die Proletarisirung der Bauern durch die Entwicklung zu, will ihn aber nicht als Lohnarbeiter haben, sondern ihn als Pächter, als Genossenschaftsmitglied auf seinem früheren Felde erhalten. Damit greifen die, die sich als wahre Revolutionäre bezeichnen, zu dem alten Lassalle'schen Vorschlag zurück, mit dem wir längst fertig sind. Die vorgeschlagene Verstaatlichung führt dazu, daß die Stumm'sche Wirthschaft im ganzen Reiche herrscht. Wo sind die vielen Bauern, die wir nach Schoenlank für den Entscheidungskampf erst gewinnen müssen? Sie sind nach der Statistik gar nicht vorhanden. — Ermöglichen Sie der Kommission nicht den Rückzug durch Annahme der Resolution 124, sondern wahren Sie unsere Grundsätze durch Annahme der Kautsky'schen Resolution! (Beifall.)

Katzenstein-Leipzig: Ich bin mir bewußt, daß ich wenig Erfolg haben werde. Auf eine Niederlage mehr oder weniger kommt es nicht an. Aber jedenfalls muß ich Sie warnen, die Sache heute bereits zu entscheiden. Wir haben alles zu vertreten, was die kulturelle Entwicklung fordert, also auch die Landeskultur. Von Seiten der Gegner ist fast durchgehends der Fehler gemacht worden, daß man die Agrarfrage als Agitationsfrage aufgefaßt hat. Das haben wir nicht gethan, auf dieses Niveau haben wir unsere Darlegungen und Forderungen nicht herabgedrückt. Es ist falsch, zu sagen, daß die Entwicklung des Agrarwesens dieselbe sei wie in der Industrie; nicht einmal in der Industrie stimmen unsere Ansichten überall. Die Forderungen der Kommission werden genau so wie früher die Arbeiterschutzgesetze bekämpft; wie mit diesen wird es mit den Agrarforderungen gehen. Wir haben bei unseren Forderungen allerdings nicht bereits an die Zeit der Diktatur des Proletariats gedacht; so weit sind wir noch nicht. Die Proletarisirung der Massen bedeutet

allerdings Verelendung; mit verelendeten Bauern aber werden wir nicht den siegreichen Entscheidungskampf ausfechten. — Sie sind in den vorliegenden Fragen noch nicht einig; verzichten Sie einstweilen darauf, heute schon einen bestimmten Beschluß zu fassen. Thun Sie das aber auch: das Agrarprogramm wird doch eine fröhliche Auferstehung feiern. (Beifall.)

Lux-Langenbielau: Ich ergreife nur das Wort, um Ihnen die Stimmung der Genossen wiederzugeben, die in Kreisen wohnen, die an ländliche Bezirke grenzen, und die mit Bauern in Berührung kommen. Liebknecht betonte, daß wir ebenso wie für den Arbeiterschutz auch für den Bauernschutz eintreten müssen, aber wir müssen als Sozialdemokraten einen anderen Standpunkt einnehmen. Versuchen wir doch erst, die 60—70 pCt. der Bauern zu gewinnen, die heute schon im Untergang begriffen sind. Das ist möglich mit Hilfe des Erfurter Programms. Wenn wir Bauernschutz treiben wollen, so heißt das unter den heutigen Verhältnissen nichts anderes, als Bauernfang treiben. Aus diesem Grunde denke ich mir, ist auch der süddeutsche Entwurf verworfen worden. Den Bauer können wir damit nicht gewinnen, weil der Pfaffe uns in die Quere kommt.

Geck-Offenburg: Ich glaube auf Grund meiner eigenen Erfahrungen über die ländliche Frage mir ein Urtheil erlauben zu dürfen. Ich bin im steten Verkehr mit dem kleinen Bauernstand und überzeugt, daß wir uns klar werden müssen, wen wir unter Bauer verstehen dürfen und mit welchen Punkten wir ihm kommen können. Es ist sehr gut möglich, dem Bauer, der auf der Grenze zwischen Proletarier und Besitzer steht, seine Affenliebe zum Privateigenthum zu nehmen. Durch eine Vermehrung und rationelle Bewirthschaftung des Gemeindeeigenthums können wir zeigen, was schon heute mit dem Kollektivismus geleistet werden kann. Der Bauer kann belehrt werden, daß er sich abmüht und es auf seinem Privatbesitz zu nichts bringt, während nebenan auf dem Gemeindeeigenthum, wo doch dieselbe Sonne scheint und derselbe Regen herniederfällt, mit einer höheren, kollektivistischen Betriebsform sich bessere Erträge erzielen lassen. Wir können ihn auf die Lage der Arbeiter im Gemeindebetrieb hinweisen, denen es oft besser geht als ihm; die Bauern gehen darauf auch ein und begreifen es. Gerade deshalb finden Sie gerade unter den badischen Genossen (siehe Antrag aus dem I. Wahlkreis) viele, die den Agrarprogrammentwurf entweder für gut halten oder doch wenigstens ihm sympathisch gegenüberstehen. Wir brauchen in der Agitation und als Gemeinde- oder Volksvertreter eine gewisse Direktive, die uns zeigt, wie weit wir gehen dürfen. Wir sind in Baden trotz des elenden Wahlsystems im Begriffe, in vielen Orten in die Gemeindevertretung mitzuwirken oder bald einzuziehen; ich habe selbst von der Landeskonferenz den Auftrag erhalten, eine Anleitung zu schreiben für solche, die in Gemeindevertretungen sitzen. Sogenannte „Stegmüllereien“ sind oft nur deshalb vorgekommen, weil die betreffenden Genossen ohne gewisse Richtschnur handelten und stimmten. In dem Landtage kommen wir auch vor agrarische Forderungen. In Baden werden wir nächstens über Kornkammern zu verhandeln haben, für die die Regierung bereits, ohne die Volksvertretung gefragt zu haben, Geld gegeben hat. Ebenso müssen wir uns bei der Vorlage über den Rheinkanal über unsere Stellung schlüssig machen, wenn, wie ich hoffe, wieder eine Parteivertretung in den Landtag einzieht.

Sie sehen also, die Partei ist bereits mannigfach in Fragen engagirt, wie sie im Entwurf angedeutet sind. Sie hat einen Theil derselben sogar im Landtagswahlprogramm vertreten. Da ist doch nöthig, daß der deutsche Parteitag ein ernstes Wort redet und unseren Genossen die Richtung angiebt, in der sie zu gehen haben. Nicht darum handelt es sich, der Kommission einen schönen Abgang zu verschaffen; es ist gleich, ob wir in der Versenkung verschwinden oder durch die Hinterthür; sondern darum, daß die Ehre der Partei auf dem

Spiele steht. Bereits sind manche Genossen von dem richtigen Wege abgegangen; pflichten Sie diese zurück. Jedenfalls müssen Sie zu einem positiven Resultat kommen, und sei es auch nur dazu, daß Sie eine endgültige Beschlußfassung aufschieben, um den Genossen Gelegenheit zu geben, über die Ausscheidung der agrarischen Spezialpunkte aus dem Programm, wie sie die Agrarkommission jetzt vornahm, in Versammlungen sich zu äußern.

Kimmel-Hamburg: Wir leiden heut an den Mängeln der Frankfurter Resolution. Die Kommission konnte nicht anders handeln, als sie gehandelt hat. Sie hatte die Direktive, Vorschläge für den Bauernschutz zu machen. Diese haben wir nun zur Entscheidung vor uns. Der Entwurf verlangt nach David praktische Politik, d. h. wir sollen uns auf dem Boden des Experimentirens stellen. Darin widerspricht sich schon die Frankfurter Resolution mit dem prinzipiellen Theil unseres Programms. Man kann aber als guter Praktiker nur gar zu leicht den Boden des Klassenkampfes verlassen. Schoenlank verlangt bereits geradezu eine Revision unserer Prinzipien. Dem kleinen Bauern ist überhaupt nicht mehr zu helfen, er ist auch nicht für die Sozialdemokratie zu gewinnen, die Agrarier würden uns darauf festnageln, daß wir u. A. auch die völlige Aufhebung der Getreidezölle wollen. Wie stände es aber mit dem praktischen Nutzen der Vorlage? Niemals würde eine sozialistische Bauerngemeinde in der heutigen Gesellschaft Staatskredit bekommen. Würde ein Kleinbauer sozialistischer Agitator, so würde ihm der Staat die Hypothek kündigen. Der Klotz, der uns an den Beinen hängt, ist die Frankfurter Resolution. Sie müssen wir durch Annahme der Resolution Kautsky abschütteln. Daß die Sache noch nicht spruchreif sei, wie die Resolution v. Elm ausführt, bestreite ich. Wir wollen auch durchaus nicht unsere Thätigkeit einstellen. Auch die Kautsky'sche Resolution verlangt Sammlung des Materials durch eine Kommission. Die Stimmung in den deutschen Parteikreisen ist gegen die Agrarvorlage. Selbst aus Süddeutschland wurde erst eine Stimme für die Vorlage laut.

Frohme-Hamburg: Ich gehöre zwar nicht der Agrarkommission an, aber ich fühle mich trotzdem verpflichtet, zu konstatiren, daß ihre Vorschläge vollkommen dem ihr gewordenen Auftrage entsprechen. Man hätte wohl erwarten können, daß die Gegner gerechter gewesen wären. Statt dessen hat man sich die Kritik sehr leicht gemacht und sich in Redensarten wie Charlatanerie ergangen. Die Ausführungen von Schippel haben auf mich den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht; mir ist in den 27 Jahren, wo ich zur Partei gehöre, schon vieles passirt, aber etwas so Demagogisches, wie die Worte von Schippel, habe ich noch nicht vernommen.

Singer: Ich bitte dringend, die persönlichen Angriffe zu unterlassen.

Frohme: Das war aber bei Schippel nicht der Fall.

Singer: Ich habe den Mitgliedern der Agrarkommission den weitesten Spielraum gelassen, ich kann aber nicht dulden, daß Redner, die nicht angegriffen sind, in denselben Ton verfallen.

Frohme: Ich dachte, daß Jeder das Recht hat, in demselben Maße Kritik zu üben. — Es ist eine irrige Ansicht, daß es sich bei den Vorschlägen der Kommission um etwas ganz Neues handelt. Jeder, der agitatorisch thätig gewesen ist, wird bei der Wahlagitation schon den einen oder anderen dieser Vorschläge erörtert haben. Daß, wie Schoenlank meint, durch das Programm eine weitere Klärung der Grundsätze eintritt, ist nicht richtig. Nach dem sozialdemokratischen Prinzip haben wir Nothleidenden zu helfen, soweit wir dies mit unseren Grundsätzen, mit dem Rechte und der Vernunft in Einklang bringen können. Die Sache liegt gegenüber dem Bauer nicht anders, wie gegenüber der großen Masse der industriellen Proletarier. Kein Mensch denkt daran, die Bauern vor dem Untergange zu retten, es handelt sich nur darum, ihre Existenz nach Möglichkeit zu erleichtern, ebenso wie wir auch die Lebenshaltung der

Arbeiterklasse heben wollen. Mit elenden, degenerirten Massen läßt sich in einem Kampfe nichts machen. Es ist mir unbegreiflich, wie man sagen kann, wir machen damit den Antisemiten Konkurrenz, wenn wir vernünftige Dinge fordern. — Wenn jetzt der Parteitag den unglücklichen Beschluß faßt, die Vorschläge abzulehnen, bedenken Sie dann nicht, daß wir über kurz oder lang wieder vor Neuwahlen stehen, wo wir die große Masse der ländlichen Bevölkerung zu gewinnen haben? Wenn mich irgend etwas peinlich berührt hat, so ist es das Herumreiten auf der Phrase von der Diktatur des Proletariats gewesen. Was hat diese Redensart zu thun mit der Frage, um die es sich hier handelt? Aus unserer ganzen Litteratur können Sie immer wieder die Ueberzeugung gewinnen, daß die Sache der Sozialdemokratie die Sache der gesammten Menschheit ist. (Beifall.) Die materialistische Geschichtsauffassung schließt es aus, daß der Einzelne seinen persönlichen Wünschen und seinem Gefühl Rechnung trägt. Die Entwicklung geht ungestört durch solche Erörterungen ihren Weg. Die Worte von der Stärkung des Privateigenthums in der Kautsky'schen Resolution sind nicht stichhaltig. Es kann sich doch zunächst nicht um die Abschaffung des Privateigenthums handeln, sondern nur darum, daß jeder Arbeiter die Früchte seiner eigenen Thätigkeit bekommt und daß ihm sein Privateigenthum, natürlich unter anderen Voraussetzungen als heute, erhalten bleibt. Auf die Eroberung der politischen Macht werden wir hingewiesen, aber auf die Maßnahmen, die unentbehrlich sind, um die politische Macht zu erlangen, sollen wir verzichten. Im Anfange unserer Bewegung betrieben nicht Proletarier, sondern besser situirte Leute aus bürgerlichen Kreisen unsere Propaganda. Der Proletarier stand dermaleinst in Volksversammlungen mit gezücktem Messer und dem Knüppel uns gegenüber, und genau so wird es mit der ländlichen Bevölkerung gehen. Der beständige Hinweis auf die Richtigkeit unserer Prinzipien hat uns die Industriearbeiter nicht zugeführt, sondern sie sind gekommen, weil wir zunächst für ihre wichtigsten Interessen eintraten. Mit welchem Rechte macht man nun einen Unterschied zwischen dem Bauer, der von den Früchten seiner eigenen Thätigkeit leben muß, und dem Lohnproletarier in Industriezentren? Man kann diese Frage nicht einfach bei Seite schieben; mit aller Prinzipienreiterei kommen wir um die Agrarfrage nicht herum, wir müssen den Dingen ins Auge schauen, mit denen wir zu rechnen haben. Die Frage ist spruchreif, und ich würde deshalb unbedenklich für den zweiten Entwurf eintreten und für die allgemeinen Grundsätze stimmen, die die Agrarkommission als Richtschnur giebt. Sollten Sie aber dafür nicht eintreten wollen, so bleibt im Interesse der Ehre und des Ansehens der Partei nichts übrig, als daß wir die Angelegenheit vertagen. Ich bin überzeugt, daß eine ruhige, sachliche Erörterung uns dazu führen wird, so unerquickliche und wenig sachliche Debatten zu vermeiden, wie wir sie jetzt zwei Tage lang über diese Frage gehört haben. (Lebhafter Beifall.)

Braun-Königsberg: Der Entwurf ist im Sinne der Frankfurter Resolution umgearbeitet worden. Für die praktische Agitation bietet der Entwurf nichts. Um Doktorfragen hat man dort wie in der ganzen Debatte gestritten. Wir wären vielleicht etwas weiter, wenn man dem Entwurf auch bald seine Begründung mit auf den Weg gegeben hätte. Daß dem Landarbeiter auch etwas geboten werden soll, davon steht im Entwurfe nichts. Ganz Ost-, Westpreußen, Posen, Schlesien sind grundverschieden von West- und Süddeutschland süddeutsche Bauern giebt es bei uns nicht. Den Bauer, wie er in Ostdeutschland ist, können wir nie als Bauer, sondern höchstens als Mensch für unsere Prinzipien gewinnen. Wenn wir mit dem neuen Programm aufs Land kommen, so lacht man uns aus. Die Vertagung der Sache nützt nichts, wir würden beim nächsten Parteitage dieselbe Debatte haben wie heute. Ostelbien hat keine Vertreter in der Kommission gehabt, deshalb sind die Millionen ostelbischer Landproletarier im Entwurf unberücksichtigt geblieben. Wir brauchen kein neues

Programm, uns genügt das alte; höchstens dafür können Sie einige Normen regeln, wie wir mit den Landarbeitern verfahren sollen.

Frau Steinbach-Hamburg. Der Erfurter Parteitag hat zwar das Parteiprogramm einstimmig angenommen noch unter dem Einfluß des Drucks des Sozialistengesetzes — würde es aber heute in allen seinen Paragraphen zur Debatte gestellt, wir würden dieselbe skrupulöse Zersetzerei erleben, wie sie das Agrarprogramm gefunden hat. Die lebhafte Diskussion ist nicht gefährlich, sie hat uns mitten in die Materie hineingeführt. Verkennen wir doch nicht: die große Masse der Parteigenossen hatte vorher nicht den rechten Ueberblick über die Agrarfrage. Und auch wir haben in diesen Tagen viel gelernt. Ein Anderes ist es, wenn wir jetzt, wo die ganze Welt mit angehaltenem Athem auf die Beschlüsse dieses Parteitages harrt, wenn wir jetzt zurückkehren sollten, nur bekleidet mit dem Feigenblatt der Kautsky'schen Resolution. (Große Heiterkeit.) Mir ist es bitter Ernst, mit dem was ich sage. Heiterkeit ist hier nicht am Platze. Wir dürfen nicht vor die Kleinbauern — von den Großbauern redet Niemand, und zu den Kleinbauern rechne ich auch die, die am Tage industriell thätig sind und Abends nach Feierabend ihr Stückchen Feld bebauen — mit dem Odium treten, daß der Parteitag jetzt schon erklärt, wir können den Kleinbauern nicht helfen, die Diktatur des Proletariats muß erst kommen. (Rufe: Oh!) Die Gegner werden behaupten, daß wir dem Kleinbauer sein einziges Arbeitsmaterial, sein Stückchen Land nehmen wollen. (Rufe: Oh!) Im Munde unserer Gegner bedeutet die „Diktatur des Proletariats" nicht die ökonomische, nicht die wissenschaftliche, sondern die Mistgabelrevolution! (Widerspruch.) Doch! wir haben nicht Zeit und Gelegenheit, uns in Versammlungen dagegen zu verwahren. Wir werden in nächster Zeit auf dem Lande noch weniger Versammlungslokale erhalten und wenn wir in die Versammlungen der Gegner kommen mit nichts als der Kautsky'schen Resolution, so wird man uns dieselbe kräftig um die Ohren schlagen! Die Vorwürfe gegen die Agrarkommission richten sich in der Hauptsache gegen die Dinge, die die Agrarkommission selber schon beseitigt hat. Wo bleibt da die Logik? Wir, die wir die Partei der Bruderliebe sind, müssen in einer dem Landvolke sympathischen Weise uns auf seine Seite stellen. Es wird Ihnen eine vermittelnde Resolution vorgelegt werden, ich bitte Sie, durch deren Annahme die Partei vor einer Niederlage bewahren zu helfen. Lehnen Sie deshalb die Kautsky'sche Resolution ab. (Beifall.)

Arons-Berlin: Für die Aufstellung des Entwurfes durfte die Gewinnung neuer Parteigenossen nicht der Grund sein. Wir haben auch in der industriellen Bevölkerung ziemlich bedeutende Kreise noch nicht für uns gewonnen, und doch soll das Programm gerade für die Industriearbeiter passen. Die völlige Gewinnung des Industrieproletariats ist verhindert durch die mangelhafte Ausbildung und die uns ungünstige Gesetzgebung, die unsere Organisation hindert. Die Bildungs- und gesetzlichen Schranken sind doppelt und dreifach, wo es sich um das Landproletariat handelt. Diese Schranken müssen wir niederreißen, und dann werden wir auch die Mehrheit des ländlichen Proletariats gewinnen.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Sozialdemokratie als große Partei mit allen brennenden Tagesfragen energisch befassen muß, und da stimme ich allerdings z. B. mit Schoenlank überein, der da sagte, daß sich ein großer Doktrinarismus allzu breit mache, freilich nicht bei den Theoretikern. Man wird allzu leicht als schlaffer Reformer gebrandmarkt, wenn man einen Gegenstand behandelt, der im Programm nicht berührt ist, selbst wenn man dabei nicht im geringsten gegen die Grundsätze der Partei verstößt.

In Theil III des Entwurfes ist fast nichts zu brauchen. Die in II aufgestellten Arbeiterforderungen sind nicht übel. Ich gestehe, der Theil des Erfurter Programms, in dem vom Arbeiterschutz die Rede ist, erscheint mir mangelhaft, und ich bin dafür, daß man diesen Theil einmal gründlich revidirt. Ich

wünschte dann aber, daß man nicht scheidet Industrie- und Landarbeiter, sondern ich möchte, daß man alle Arbeiter einheitlich behandelt. David meinte, das Gemeindeeigenthum führt zum Sozialismus. Aus einer privaten Enquete der Bodenreformer über das Gemeineigenthum kann ich Ihnen das Gegentheil beweisen. Eine Gemeinde schrieb uns zurück, daß es ihr sehr gut gehe, daß sie aber eine genaue Darstellung des öffentlichen Eigenthums nicht geben wolle, weil sie nicht wünschte, daß viele andere ihr diese Einrichtungen nachmachen. Eine zweite schrieb unter anderem zurück, daß der größte Vortheil der Gemeindeeinrichtung darin bestünde, daß es in ihr keinen Sozialdemokraten gebe und geben könne. Durch die Hypothekenverstaatlichung, selbst wenn sie nur in dem von Bebel angedeuteten Maße durchgeführt würde, könnte nur eine ungeheuere Liquidation herbeigeführt werden. Den kleinen brauchbaren Rest in Absatz III erledigen wir dadurch, daß wir ihn der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen.

v. Elm: Für mich ist die Frage, die wir zu entscheiden haben, eine Frage der Taktik und der Praxis. Unsere Partei ist keine kleine Sekte mehr, sie muß zur Agrarfrage Stellung nehmen, die die Hälfte der deutschen Bevölkerung bewegt. Sie muß Stellung im Reichstage wie im Landtage zu ihr nehmen. Natürlich dürfen wir keine Experimente machen. Ist die Frage noch nicht spruchreif, so müssen wir die Entscheidung vertagen. Wollen wir die Erringung der politischen Macht nicht auf eine ferne Zukunft verschieben, so dürfen wir auf die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung nicht verzichten. Wir haben bereits Eingang gefunden, gerade bei Kleinbauern, die eine weit zuverlässigere Stütze in manchem Kreise sind als die verelendeten Landarbeiter. Wir müssen die Kleinbauern zur Demokratisirung unserer Gesellschaft heranziehen, und wir ziehen sie heran durch eingehende Beschäftigung mit ihrer materiellen Lage. Um dem Bauer unser Endziel begreiflich zu machen, müssen wir praktische Vorschläge machen; nur so kommen wir an ihn heran. Die Kautsky'sche Resolution ist die vollständigste Verwerfung und Abweisung der Agrarfrage. Wenn Schippel der Agrarkommission und erfahrenen Genossen Unwissenheit in der Agrarfrage vorwirft, so werden Sie es nicht für einen Schimpf betrachten, wenn Sie erklären, es ist noch nicht genügend Klarheit vorhanden, wir verschieben die Entscheidung um ein Jahr. Die meisten Delegirten haben sich in ihren Wahlversammlungen festgelegt. Jetzt ist der einleitende Passus, der am meisten Widerspruch im Lande fand, zurückgezogen. Ist es denn so gefährlich, wenn wir ans Volk appelliren? Wir sind doch eine demokratische Partei. Gerade daß die Gegensätze in der Partei sich bei der Agrarfrage so schroff gegenüberstehen, sollte uns veranlassen, im Interesse der Gesammtpartei kluger Weise die Entscheidung zu verschieben. (Beifall.)

Hoffmann-Bielefeld: Ich bin der erste Redner aus Westfalen, der hier zum Wort kommt. Von der Agrarkommission ist Westfalen leider nicht berücksichtigt worden. Wir Bielefelder haben in der Landagitation viele und gute Erfahrungen gemacht; wir haben besonderen Ansporn, Landagitation zu treiben, denn Bielefeld ist sozialistisch, das umliegende Land dagegen, von dem wir abhängen, ist gegnerisch. Und doch muß ich Ihnen sagen, daß wir mit dem Entwurfe der Kommission bei der Agitation lange nicht so gute Erfolge erzielen würden als nach unserer bisherigen Methode. Haben die Verfasser des Entwurfes recht, sind sie wirklich revolutionär, dann wird es trotz unseres Widerspruches wieder dazu kommen, daß wir uns mit der Agrarfrage beschäftigen müssen. Durch den Arbeiterschutz, der gut ist, stoßen wir den Bauern ab; Arbeiterschutz und Bauernschutz vertragen sich nicht. (Sehr richtig!) Nur die kleinsten Bauern sind zu gewinnen; denn sie sind keine Eigenthumsfanatiker. Den revolutionären Einfluß des Bauernschutzes und die Aufrechthaltung der alten Rechte bei den Bauern verstehe ich nicht; im Gegentheil, inbezug auf diese Rechte sage ich: „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort."

Harm-Elberfeld: Ich habe mir bereits gesagt: Auch Du rettest den Freund nicht mehr! (Heiterkeit.) Ich bitte Sie aber, wenn Sie die Vorlage nicht annehmen, auch die Resolution Kautsky abzulehnen. Geschehen muß in der Sache etwas. Die Parteigenossen, die den Vorschlag auf Einsetzung einer Kommission vor einem Jahre lebhaft begrüßt haben, wollen jetzt nichts mehr davon wissen. Wir würden nach meiner Ueberzeugung an dem ländlichen Bewohner ein Verbrechen begehen, wenn wir ihn von uns stoßen. Ich bin absolut nicht mit allen Punkten der Vorlage einverstanden, so z. B. mit der Verstaatlichung. Infolge der Alters- und Invalidenversicherung häuft die Reichsregierung soviel Geld auf, daß sie es zu billigen Zinsen abgeben wird. Auch das Versicherungswesen, wie es die Kommission vorschlägt, wird sich als überflüssig erweisen. In anderen Fragen können wir aber der Kommission zustimmen, und der Bauer wird uns dankbar dafür sein. Wir dürfen den Bauernstand nicht verkommen lassen, denn mit einem degenerirten Stande können wir nichts anfangen. Wir müssen die Bauern gewinnen, und deshalb bitte ich Sie, die Resolution Kautsky abzulehnen.

Singer theilt mit, daß v. Elm seinen Antrag zurückgezogen und statt dessen folgenden Antrag eingebracht hat:

1. Die wirthschaftliche und politische Entwicklung macht eine Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Agrarfrage nothwendig. Da aber der bisherige Verlauf der Diskussion gezeigt hat, daß die Frage einer weiteren Prüfung und Klärung bedarf, sieht der Parteitag von einer bindenden Beschlußfassung ab und macht es den Parteigenossen zur Pflicht, durch Studium und Berathung der ländlichen Frage eine endgiltige Stellungnahme vorzubereiten.

2. Der Antrag nimmt den Schlußantrag der Agrarkommission auf.

Leven-Reuß, Kiesel-Berlin, Mohs-Leipzig, Fleischmann-Frankfurt und Fischer-Posen verzichten aufs Wort.

Eberle-Barmen: Ich hätte auch verzichtet, wenn nicht gerade Harm, der Vertreter unseres Wahlkreises im Reichstage ist, vorher geredet hätte. Er hat nur seine persönliche Meinung vorgebracht. Nehmen wir die Vorschläge an, auch wenn sie nicht im Programm stehen, so ist das doch eben so, als ob sie darin ständen. Wenn wir den Bauer als Besitzer, als Steuerzahler beschützen sollen, so ist das doch etwas ganz Neues. Wenn man immer betont, daß man die Wahrheit deshalb wissen muß, weil man schon seit so vielen Jahren in der Partei sei, so sind das Redensarten.

In einer persönlichen Bemerkung spricht Schoenlank: Genosse Kimmel hat behauptet, ich hätte eine Revision unserer Prinzipien für nothwendig erklärt. Davon habe ich nicht gesprochen. Ich habe nur den Beweis zu erbringen versucht, daß wir unsere bisherigen Vorstellungen in der Agrarfrage einer Revision unterziehen. Gerade die agrarpolitischen Forderungen sind revolutionär, sie fügen sich in den Rahmen unserer Prinzipien hinein. Die revolutionäre Phrase mit dem dramatischen rrr.. bedeutet demgegenüber gar nichts.

Damit ist die Diskussion geschlossen.

Schluß 7¼ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 11. Oktober 1895. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer theilt mit, daß Müller-Darmstadt beantragt, der Kautsky'schen Resolution folgende Fassung zu geben:

„Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen. Der Parteitag erkennt an . . . (Der weitere Wortlaut stimmt mit der Resolution Kautsky überein).

Dieser Antrag will also jede Motivirung, warum der Entwurf abzulehnen ist, beseitigen, während Kautsky eine Motivirung vorschlägt.

Ferner ist zu der Kautsky'schen Resolution ein Amendement eingelaufen, welches wünscht, daß die Worte „und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigenthumsfanatismus" gestrichen werden. — Infolgedessen wird über die Resolution getrennt abgestimmt werden.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten. Das Schlußwort zu den Vorschlägen erhalten die Referenten.

Quarck: In den letzten Tagen ward uns öfters gesagt: „Zurück, Ihr rettet den Freund nicht mehr". Darauf kommt es garnicht an, ich habe vielmehr die weitgehende Hoffnung, daß durch die weitere Verbreitung unserer hiesigen Verhandlungen über die Agrarfrage das Urtheil der Genossen im Lande geklärt werden wird und zwar in unserem Sinne. Zu den bekannten Beschimpfungen, die von einer Seite gegen uns geschleudert worden sind, muß ich Stellung nehmen. Ich rege mich über diese Beschimpfungen nicht auf; ich erkläre sie mir psychologisch. Schippel hatte sich abseits von allen sachlichen Argumenten in eine so schiefe Lage gebracht, daß er entweder „pater peccavi" sagen oder das Frühere noch übertrumpfen mußte. Nach seinem Geschmack hat er sich für das Letztere entschieden. Ich meine, die Stellung Schippel's wird im Lande für die Arbeiten der Agrarkommission nicht ungünstig sein und die Sache wird dadurch nur gewinnen. Schippel hat sich übrigens gar nicht an den vorher besprochenen Gang der Debatte gehalten; er ist sofort in die Spezialdebatte eingetreten, hat sich aber über die agrarpolitischen Grundsätze nicht eingelassen, von denen wir uns leiten ließen. Er hat vom Harzscharren, von den Wald- und Weiderechten in Deutschland ꝛc. gesprochen. Er hat ferner eine Reihe von Mitteln auf dem Gebiete des Zitirens gebraucht, die, weil sie verwerflich sind, unserer Sache nur nützen können. Ich greife heraus, was er über die Entlehnung des süddeutschen Entwurfes aus dem Falkenhayn'schen Gesetzentwurf gesagt hat. Von einem Abschreiben und von einer Verheimlichung kann hier keine Rede sein. Vollmar hat in der Kommission nicht im geringsten ein Hehl daraus gemacht, daß einige Theile des Entwurfs ähnlich manchen Bestimmungen im Falkenhayn'schen Gesetzentwurf sind. Um den Effekt seiner Rede zu erhöhen — viele Redner haben ja auf den Effekt spekulirt — hat Schippel etwas verschwiegen, was sehr wesentlich ist. Er hat leise angedeutet, daß alle Forderungen, die so ähnlich sein sollen dem süddeutschen Entwurfe, in Oesterreich für Grundbesitzerberufsgenossenschaften geschaffen werden sollten. Wie aber diese Berufsgenossenschaften zusammengesetzt sein sollten, hat er nichts gesagt. In Wirklichkeit steht die Sache so, daß der Minister alle jene Kompetenzen den bäuerlichen Berufsgenossenschaften zuwies, die gewählt werden sollen auf Grund des verrotteten österreichischen Gemeindewahlsystems. Also wären, wenn jener Entwurf Gesetz geworden, jene Forderungen nichts weiter gewesen, als Werkzeuge in den Händen der größeren und mittleren Bauern gegen die kleinen.

Die Genossin Zetkin hat einen ähnlichen Fehler begangen: Sie hat ein Zitat aus Schmoller verlesen und hat nachweisen wollen, daß Schmoller bezüglich der Förderung der Landeskultur etwas Aehnliches gesagt haben soll wie ich. Aber sie hat Pech gehabt; sie hat als eine Aeußerung von mir etwas angegeben, was ich aus Engels zitirt habe. Wenn aber Engels und Schmoller einmal übereinstimmen, so weiß ich nicht, wie man das gegen mich ausspielen kann. In fortwährenden Widersprüchen haben sich diejenigen Genossen bewegt, die uns einerseits Bauernfang vorgeworfen haben, andererseits aber sagten: mit Euren Forderungen lockt Ihr keinen Hund vom Ofen. Entweder das eine oder das andere: entweder sind die Forderungen zugkräftig oder nicht. Die Stimmung unter den Bauern, von der Herbert gesprochen hat, die schon jetzt, seitdem sie unsern Entwurf kennen, gegen uns sehr erbittert sind, existirt wohl nur in der Phantasie Herbert's. Welcher Bauer weiß denn etwas von unserem Entwurf? Das ist ja das Unglück

bei unseren Verhandlungen, daß wir zu wenig wirkliche Bauern unter uns haben. Es ist ferner falsch, daß wir uns um die Landarbeiter nicht kümmern. Unsere Arbeiterforderungen haben wir vorgeschlagen, ins Erfurter Programm zu stellen.

Genosse Arons hat eine Reihe unrichtiger Auffassungen geäußert. Er sagte, wir müßten erst eine bessere Vereinsgesetzgebung haben, ehe wir die Bauern gewinnen. Diese Aeußerung war um so ungeschickter, als in diesem Augenblick der aus bäuerlichen Wählern hervorgegangene preußische Landtag dazu benutzt werden soll, uns durch eine neue Gesetzgebung zu stranguliren. Nein, man muß auf andere Weise dem Bauer beikommen. Eines haben wir durch die Debatte erreicht, daß allgemein zugegeben wird von den Genossen, man muß revolutioniren und reformiren. Selbst Schippel sagte, daß er sich mit auf die Seite des geprellten Bauern stellen will. Nun stellen sich aber alle unsere Forderungen auf die Seite der Kleinbauern gegen den ausbeutenden Kapitalisten. Das ist der maßgebende Gesichtspunkt gewesen, die Ausbeutung der ärmeren zu verhindern, und daher decken sich unsere Forderungen genau mit dem Standpunkt des so oft zitirten Engels.

Gegen die Forderung des Gemeindeeigenthums hat Schippel Argumente der liberalen Manchesterschule geltend gemacht, die da sagte: Gesammtgut — Verdammtgut. Bei seinem Zitiren nahm Schippel aus den Autoren das, was ihm paßte, und ließ die Gesammtanschauung des betreffenden Schriftstellers unberücksichtigt. So behauptet er, Bücher und Wörrishofer hätten auf die Schädlichkeit der Allmenden hingewiesen. Bücher hat allerdings hervorgehoben, daß sich einige Uebelstände bei den Allmenden herausstellten, sein Gesammturtheil aber ist günstig. Die Gefahr der „Schollenkleberei" ist nach ihm nicht vorhanden. Dasselbe meint auch Wörrishofer. Das Ergebniß seiner ganzen Schrift über die Zigarrenarbeiter ist, daß die reaktionäre Verquickung von Landwirthschaft und Hausindustrie sich allmählig auflöst trotz der Allmenden in Baden. Kautsky irrt, wenn er die Reste des Gemeindeeigenthums für sehr klein hält. In Württemberg haben 70 pCt. der Gemeinden Waldungsrechte, 85 pCt. sonstige Allmendenrechte. 735 000 Morgen Gemeindeland sind dort noch vorhanden mit einem Nutzungswerthe von 1½ Million Mk., das Holznutzungsrecht wird auf 2½ Million Mk. geschätzt. Von den 1582 Gemeinden Badens haben 1286 Allmenden in einem Umfange von 126 000 Morgen und einem Nutzungswerthe von 2½ Million Mk. In Hohenzollern befinden sich von den 84 000 Morgen grastragenden Bodens 50 000 in Gemeindeeigenthum. Von 27 Gemeinden ist nur 1 ohne Allmende. — Auch ist es nicht wahr, daß sich die Gemeindewirthschaft mit rationeller Bodenkultur nicht verträgt.

Die ganze Diskussion hat die Frage zugespitzt auf Erweiterung der Allmenden. An der einen Stelle kann die Allmende allerdings reaktionär wirken, an anderer wirkt sie eminent sozialistisch, und deshalb muß man eben differenziren. Kautsky schreibt in seinem „Erfurter Programm" ja auch, daß der Uebergang in die sozialistische Gesellschaft den Kleinbauern nichts nimmt, sondern ihnen das Parzelleneigenthum einstweilen läßt, und gestattet, daß sie ihre Abgaben in Naturalien zahlen. Lesen Sie diese Stelle und vergegenwärtigen Sie sich den Entrüstungssturm, der sich erhob, als Schippel darauf hinwies, daß die süddeutsche Kommission einen Naturalzins vorschlug. Entweder sollte sich Schippel schon längst gegen Kautsky gerichtet haben oder aber er sollte hier nicht hertreten und gegen die Süddeutschen losziehen, weil sie genau dasselbe wollen, was Kautsky in seinem grundlegenden Buche der Partei sogar für die Zeit, da wir schon die Macht haben, zur Richtschnur giebt.

Auch Genosse Arons hat früher einen ganz ähnlichen Standpunkt vertreten wie die Agrarkommission Redner verliest unter großer Heiterkeit der Versammlung die Agrarvorschläge, die Arons in einem Artikel im „Sozialpolitischen Zentralblatt" vor Jahren niedergelegt hat, und die dahin lauten, daß die Ge-

meinde bei Zwangsversteigerungen Grundstücke erwerben, diese wieder an den früheren Eigenthümer verpachten, Staatskredit dazu erhalten, die Hypothekenverstaatlichung anstreben soll u. s. w. Die Hypothekenverstaatlichung ist eine alte Forderung, die bereits im „Kommunistischen Manifest" ausgesprochen ist. Und wie gingen Marx und Engels bis Ausbruch der deutschen Revolution vor? Nicht mit dem „Kommunistischen Manifest" wandten sie sich in der praktischen Agitation an die Arbeiter, sondern mit einem Sonderprogramm — dies Verbrechen haben sie auch begangen —, das die Schlußfolgerungen für die Praxis aus der Theorie enthielt. Sie haben im Wesentlichen das gemacht, was wir auf agrarpolitischem Gebiet machen wollen. In der Vorrede zum „Bauernkrieg" hat Engels die Forderung der Verstaatlichung der Hypotheken wiederholt und zwar für die Gegenwart. Wir befinden uns also durchaus in guter revolutionärer Gesellschaft. Wer sagt denn, wenn wir die Verstaatlichung der Hypotheken verlangen, daß wir uns praktisch für die und die Methode der praktischen Durchführung festlegen? Unter diesen Umständen ist die Verstaatlichung der Hypotheken räthlich, unter jenen nicht. Es kommt dabei ganz auf die politischen Verhältnisse an. Wie kann man von uns verlangen, daß wir im Agrarprogramm Einzelheiten der Praxis, wie die Festsetzung einer Beleihungsgrenze, feststellen. Das gehört nicht dahin. Genosse Oertel will, wenn die Verstaatlichung der Hypotheken naht, vorerst „tüchtig Hypotheken draufpfeffern". Dazu gehören doch zwei; er muß erst die dummen Kapitalisten finden, die ihm das Geld dazu herleihen. (Heiterkeit.)

Wir können doch an die jetzigen Verhältnisse, wo der Staat in den 14 deutschen Landeskreditanstalten bereits ca. 500 Millionen Mark an Hypotheken in der Hand hat, anknüpfen und in diesem Sinne weiter wirken.

Was nun die Waldnutzung betrifft, an der Schippel zunächst seinen Witz ausgelassen hat, so ergiebt sich da wieder die merkwürdige Erscheinung, daß der Sozialdemokrat Schippel forsttechnisch kapitalistischer denkt und kapitalistischer spricht als die verranntesten Forstleute. (Sehr richtig!) Wir können uns zur Begründung unserer Ansicht auf Autoritäten berufen, die sogar anerkennen, daß der forsttechnische Standpunkt stets den agrarpolitischen Erwägungen untergeordnet werden muß. Redner verliest hier die diesbezüglichen Aeußerungen des Forsttechnikers Professor Dr. Endres in Karlsruhe. Weit sachlicher ist Kautsky vorgegangen, er hat nicht den Ton der Schippel'schen Selbstgefälligkeit angeschlagen, er ist neben Schippel wie ein bescheidener Predigtamtskandidat. (Heiterkeit.) Er vergißt aber, daß wir nicht die Aufgabe haben, den theoretischen Theil unseres Programms zu wiederholen, sondern festzustellen, was sich an praktischer Politik mit den theoretischen Gesichtspunkten verträgt. Darüber hätte sich Kautsky äußern müssen. Kautsky hat nur im Allgemeinen behauptet, daß das ganze Programm gegen den Entwurf sei; im Einzelnen hat er das nicht nachgewiesen. Die Größe unseres Programms besteht ja gerade darin, daß es mit dem theoretischen Theil einen praktischen verbindet; dadurch ist die Sozialdemokratie eine große Partei geworden. Wir wären eine kleine Schule wie die französischen Sozialisten, wenn wir keinen praktischen Theil im Programm hätten. Auch die Franzosen macht jetzt die praktische Arbeit groß. Und gegen deren praktische Thätigkeit sind wir reine Waisenknaben. Sie haben ein Agrarprogramm, sie haben jetzt ein neues Programm für die Seeleute aufgestellt; sie werden vielleicht weiter gehen und ein besonderes Programm für die Handelsangestellten, für die Eisenbahnarbeiter u. s. w. schaffen. Das ist doch kein Unglück; sondern das darf nur dann bekämpft werden, wenn das Sonderprogramm gegen das Hauptprogramm verstößt, und diesen Nachweis vermisse ich.

Kautsky hat eine praktische Wahrheit gesagt: Unsere Partei ist dadurch groß geworden, daß sie immer gewagt hat, unangenehme Wahrheiten zu sagen.

Nun, ich will ebenfalls einige unangenehme Wahrheiten sagen. Auch Frau Zetkin hat sich auf das theoretische Schaukelpferd begeben und eine große theoretische Rede gehalten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Frau Zetkin an etwas erinnern, was ihr sehr nahe liegt, an die Frauenbewegung. Was hat sie versucht in der praktischen Agitation? Sie ist z. B. hinter den deutschen Frauenvereinen bei den bekannten Petitionen an alle Bundesstaaten um weibliche Fabrikinspektoren zurückgeblieben. Die Gegner haben der Genossin leider die praktische Thätigkeit abgenommen und die gegnerische Agitation hat thatsächlich schon ganz hübsche Erfolge aufzuweisen. Mit drei Worten hat Kautsky die Folge des Theoretisirens gekennzeichnet: es bleibt nichts übrig in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen, als daß, wenn solche Fragen, die im Entwurf berührt sind, herankommen, diese Fragen „mit der größten Reserve" behandelt würden. Aber mit der größten Reserve ist den Genossen nicht gedient, es kommt darauf an, den Genossen zu erklären, wie weit sie in der Reserve gehen sollen. Wenn sie sich darauf beschränken wollen, Reden zu halten und zu sagen, die Sache sei ja ganz gut, aber man dürfe nicht praktische Stellung nehmen, so würde das allgemeine Heiterkeit über die sozialdemokratischen Redner erzeugen. Mit der größten Reserve macht man nichts; **handeln** muß man. Man kann als Partei auch an Uebertreibung der Theorie zu Grunde gehen; manche Parteien, die Sie alle genau kennen, beweisen das. Und was wird die praktische Folge davon sein, wenn die Resolution Kautsky angenommen wird? Die Fortsetzung der literarischen Debatte wird sich auf einen verhältnißmäßig kleinen Kreis beschränken, auch wenn die Resolution Kautsky das nicht zu wollen scheint. In den großen Kreisen unserer praktisch arbeitenden Parteigenossen, auf deren Mitarbeit großer Werth zu legen ist, wird aber die Diskussion ganz naturgemäß weniger fortgeführt werden, wenn Sie jetzt die Frage hier so kurzer Hand erledigen. Was wollen die Landtags-Abgeordneten und Gemeindevertreter der Partei machen, wenn die Resolution Kautsky angenommen wird? Ihnen bleibt nichts weiter übrig, als ihre Mandate niederzulegen oder ohne Rücksicht auf den Beschluß ihre alte Thätigkeit fortzusetzen. Das soll keine Drohung sein, sondern das einfache Fazit der Annahme der Resolution Kautsky. Die Broschüre über die hessischen Landtagswahlen z. B. befindet sich in den Händen aller Gegner. Darin stehen viele Sätze, die auch im Entwurfe stehen. Was sollen da die hessischen, ebenso die bayerischen, badischen und württembergischen Genossen machen, wenn wir uns auf die Resolution Kautsky festlegen? Die Folgen wären also Einschlafen der theoretischen und praktischen Arbeit und Uneinigkeit in der Partei.

Singer: Der Referent hat bereits die ihm zustehende Redezeit überschritten. Da für uns jetzt wieder die Bestimmungen der Geschäftsordnung in Kraft sind, so kann ich eine Ausnahme nur dann machen und den Referenten nur dann eine unbeschränkte Redezeit gewähren, wenn der Parteitag damit einverstanden ist. Ich lasse also darüber abstimmen.

Der Parteitag beschließt, die Redezeit der Referenten nicht zu begrenzen.

Quarck (fortfahrend): Ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung, denn ich komme gerade zu einer Sache, die unserem Genossen Singer sehr nahe angeht. Täuschen Sie sich nicht darüber, daß der Beschluß seine Rückwirkung auf die städtische Agitation ausüben wird. Es ist bereits darauf hingewiesen, daß uns in Halle die Unabhängigen dasselbe erwidert haben, was gegen das Agrarprogramm eingewandt wird. Wenn der Parteitag diesen Beschluß faßt, dann werden sich in kurzer Zeit in der Großstadt Stimmen erheben, die sagen: Was hat sich Singer um die Vorgänge in der Stadtverordnetensitzung, um die Anlage neuer Pferdebahnen, Elektrizitätswerke, Gewerbeschulen u. s. w. zu kümmern? Er hat nur Prinzipienagitation zu treiben. — Das wäre der logische Schluß, der sich aus der Annahme der Resolution Kautsky ergiebt.

Die Resolution Reichert trifft am besten das, was bei dem jetzigen Stand der Sache zu thun ist. Es ist richtig, daß wir über eine ganze Reihe von Punkten nicht im Klaren sind, und deshalb müssen wir die Frage vertagen. Damit sagen wir den Genossen im Lande, sie sollen sich intensiv weiter damit beschäftigen, damit eine größere Klärung eintritt. Ich kann Ihnen die Resolution Reichert um so eher empfehlen, als sie den zweiten Antrag der Kommission aufnimmt. Es ist nicht das erste Mal, daß die Partei vor einem Wendepunkt steht, wo sie zu entscheiden hat zwischen Theorie und Praxis. Als vor 20 Jahren in Gotha die Programmfrage zur Berathung stand, da hat Liebknecht, obwohl er wußte, welche vernichtende Kritik unserer größter Theoretiker Marx an dem Entwurf geübt hat, denselben doch zur Annahme empfohlen, weil er sich genau wie es heute der Fall ist, sagte, es kommt nicht darauf an, Prinzipienreiterei zu treiben, sondern die Sozialdemokratie zu vereinigen. Mit dem geeinigten Proletariat werden wir dann schon der Theorie zum Siege verhelfen. Genau so steht es heute, es handelt sich darum, zunächst gewisse Verständigungspunkte zu gewinnen und dann weiter zu arbeiten. Dann werden wir auch zusammen mit den Bauern, die uns heute gefehlt haben, das richtige Agrarprogramm zur Ergänzung des Erfurter Programms finden. Es ist kein Wunder, daß Liebknecht und Bebel auf unserer Seite stehen, sie handeln nach denselben Grundsätzen wie damals, und ich kann nur wünschen, daß wie damals die Taktik dieser Führer der Partei zum Siege verholfen hat, so auch jetzt ihr Rath uns zum Heile gereicht. (Lebhafter Beifall.)

Persönlich bemerkt

Kautsky: Der große praktische Bauernagitator Dr. Quarck hat mich, den reinen Theoretiker, vernichtet und als Beweis für meine Hilflosigkeit angeführt, ich hätte gerathen, daß wir uns in den Landtagen der Agrarfrage gegenüber die größte Reserve auferlegen und womöglich gar nichts darüber reden. Das ist nicht richtig; ich habe nur gesagt, wenn das richtig ist, was die Anhänger des Entwurfs vorbringen, daß unter unseren Genossen die größte Unklarheit in Agrarfragen herrscht, so haben wir alle Ursache, unsern Reformeifer in der Agrarfrage zu zügeln und so vorsichtig wie möglich bei der Stellung von positiven Anträgen zu sein, bevor wir uns selbst über die Sache klar sind. Nun hat Quarck, der das Zitiren so haßt, aus meiner Schrift über das Erfurter Programm Zitate gebracht, die so, wie er sie sagt, falsch sind. Er behauptete, ich sei für den Naturalzins der Bauern eingetreten. Ich habe aber ausdrücklich ausgeführt, daß unter der Herrschaft der Waarenproduktion die Durchführung des Naturalzinses ein Unsinn ist. Auch die andere Aeußerung, die Quarck mir in den Mund legt, von der Erhaltung der Parzellenbauern, ist nicht richtig. Ich habe ausdrücklich erklärt, der Kleinbetrieb sei unhaltbar in der sozialistischen wie in der heutigen Gesellschaft. Aber die kapitalistische Methode, ihn zu beseitigen, sei die Expropriirung, die sozialistische die Anziehungskraft der höher stehenden sozialistischen Betriebsform. Angesichts dieser Art zu zitiren, frage ich den Parteitag, ob Quarck Ursache hat, anderen Leuten Vorlesungen darüber zu halten, wie man zitiren soll.

In persönlicher Bemerkung Dr. Arons: Es ist richtig, daß ich vor einigen Jahren im „Sozialpolitischen Zentralblatt" die agrarpolitischen Forderungen aufgestellt habe, die Dr. Quarck verlesen hat. Aber ich wollte nicht wie die Agrarkommission Erwerbung von Gemeindebesitz, sondern Erwerbung zur Rückgabe an den Privatbesitz. Ich halte aber meine Entwicklung vom Bodenreformer zum klaren Sozialdemokraten für richtig und das Umgekehrte für falsch. (Sehr richtig!)

Persönlich bemerkt

Frau Zetkin: Der Parteischulmeister Quarck hat auch mich geschulmeistert und mir Vorwürfe wegen meiner Haltung in der Frauenbewegung

gemacht. Ich halte diese Stellungnahme für richtig, wir haben seit 1885 erreicht, daß in den Köpfen von Tausenden von Arbeiterinnen die Nothwendigkeit weiblicher Fabrikinspektoren klar feststeht und wenn die Regierung diese Forderung noch nicht erfüllt hat, so ist das sehr erklärlich . . .

Singer (die Rednerin unterbrechend): Wir haben keine Veranlassung, in eine Diskussion über Fabrikinspektoren einzutreten. (Heiterkeit.)

Frau Zetkin (fortfahrend): Wir haben keinen Grund, uns petitionirend und bettelnd einer Regierung zu nahen, die den Umsturz gegen uns gemacht hat . . .

Singer: Das ist nicht persönlich.

Frau Zetkin: Dann will ich mich nur dagegen verwahren, daß ich in der Frauenbewegung denselben Standpunkt einnehme, wie Dr. Quarck in der Handlungsgehilfenbewegung. (Heiterkeit und Beifall.)

Dr. Quarck (persönlich): Ich habe der Genossin Zetkin nur den Vorwurf gemacht, daß sie nicht früher praktisch vorgegangen ist, als der bürgerliche Petitionssturm stattfand. Was Dr. Arons betrifft, so habe ich ihn eigentlich zu glimpflich behandelt, denn das, was er jetzt gesagt hat, verschlimmert die Sache nur. Zum Beweis dafür, daß meine Ausführungen in Bezug auf Kautsky richtig waren, lege ich das „Erfurter Programm" auf den Tisch des Hauses nieder, so daß Jeder die zitirten Stellen nachlesen kann. (Zuruf: Kennen wir ja!)

Das Wort erhält nunmehr der Korreferent

Schippel: Die persönlichen Bemerkungen haben uns bereits auf das Gebiet geführt, das ich zunächst auch betreten muß. Genosse Bebel hat meine Haltung in der Kommission und hier in einer Weise angegriffen, wie sie unter Parteigenossen wohl selten stattgefunden hat. Er hat zum Schlusse erklärt, er sei mit mir als Mensch fertig. Ich bedaure, daß Genosse Bebel das Material zu seinen Anklagen so einseitig und leicht nimmt, denn auch ein Mann von seiner Stellung sollte mit dem Namen, mit dem Ansehen eines Anderen nicht spielen. Alles, was er Ihnen vorgeführt hat, sind Dinge, die nur zum Theil richtig sind, die in andere Beleuchtung gerückt, ganz anders erscheinen.

Lassen Sie mich erst den Hergang in der Kommission feststellen. Nach der Annahme der Frankfurter Resolution war die Stimmung in der Partei im Allgemeinen so, daß man sich sagte: die Frankfurter Resolution ist ein Ungeschick, ein Pech; niemand glaubte recht daran, daß man mit der Resolution Ernst machen würde. (Widerspruch.) Es wurde doch Ernst daraus, die Agrarkommission trat zusammen. An ihrer ersten Sitzung konnte ich nicht theilnehmen, weil ich im Gefängniß saß. Was da beschlossen worden ist, weiß ich nicht. Genosse Bebel wird mir aber vielleicht selber bestätigen können, daß man in Berliner Kreisen und auch innerhalb der Reichstagsfraktion über die Agrarkommission vielfach nur in spöttischem Tone sprach und nicht glaubte, daß etwas aus ihr herauskommen würde. (Bebel: Da hört aber doch alles auf.) Ich habe nicht gesagt, daß sich Bebel spöttisch über die Agrarkommission geäußert habe, wohl aber thaten es andere angesehene Genossen, deren Meinung ihm wohl auch nicht verborgen blieb. Dann traten der mitteldeutsche, der süddeutsche Ausschuß doch zusammen und endlich auch der norddeutsche Ausschuß. Er mußte dazu etwas geschoben werden (Widerspruch), der Sekretär der Kommission kam zu diesem Zwecke, glaube ich, besonders nach Berlin. Es ist richtig, daß ich für die Mehrzahl der Programmpunkte des norddeutschen Ausschusses gestimmt habe. Sie gehen aber alle nicht so weit, wie der schließliche Entwurf der Kommission. Die Verstaatlichung der Grundschulden wird nicht verlangt im norddeutschen Entwurfe, sondern nur die Organisation des Hypothekarkredits durch den Staat. Das ist doch etwas ganz anderes, sogut wie die Organisation der Arbeiterversicherung durch das Reich etwas ganz

anderes ist, wie die Gründung großer zentralisirter Reichsversicherungskassen, wie die „Verstaatlichung" der Arbeiterversicherung. Ob mein Standpunkt im norddeutschen Ausschuß richtig war, ob mein Entgegenkommen nicht zu weit ging, das will ich weiter nicht erörtern. Dagegen möchte ich darauf hinweisen, daß ich manche Punkte des ersten norddeutschen Entwurfes im norddeutschen Ausschuß ähnlich kritisirt habe, wie hier in meinem Korreferat. So ist auf meine Anregung das „Verbot" des Verkaufs von Gemeindeeigenthum gestrichen worden u. s. w. Bebel sagt nun, ich hätte auch in der Gesammtkommission für die meisten Punkte gestimmt. Ich habe an einer Sitzung der Gesammtkommission theilgenommen. An diesem Tage wurde zunächst lange darüber diskutirt, ob man die Beschlußfassung wegen Vollmar's Krankheit vertagen solle. Man behielt sich eine Rücksprache mit Vollmar vor; die Beschlüsse wurden also an diesem Tage nicht als definitive behandelt. Hieran schloß sich eine lange Debatte über einige Allgemeinheiten des süddeutschen Entwurfes. Dann wurden die drei ersten Punkte des mitteldeutschen Programmes erledigt. Ich habe, wie ich offen gestehen muß, die Dinge allzusehr mit leichter Hand behandelt, weil ich die Diskussion nicht ganz ernst nahm und die Beschlußfassung nicht für definitiv hielt. Ob die Zustimmung zu einer Reihe der mitteldeutschen Punkte irgendwie meiner heutigen Stellung widerspricht, lasse ich unerörtert. Bei der Bewirthschaftungsfrage z. B. ist es unzweifelhaft nicht der Fall. Ich soll nun aber auch für die „Verstaatlichung der Grundschulden" gestimmt haben. Wie verlief hier in der Gesammtkommission die Abstimmung? Ueber diesen wichtigsten Punkt hat — auch das Protokoll stimmt mit meiner Erinnerung hier vollständig überein — gar keine Debatte stattgefunden. Gewissermaßen zwischen Thür und Angel, im Aufstehen und Gehen wurde über diesen letzten Punkt des ersten Tages der Gesammtkommission abgestimmt. Daß die Abstimmung die einstimmige Annahme dieses Punktes ergeben hätte, darüber steht nichts im Protokoll; sonst ist die Einstimmigkeit ausdrücklich verzeichnet. Die Einen sagen, ich hätte dafür gestimmt. Ich sage: ich habe dagegen gestimmt. Ich muß es Ihnen überlassen, wem Sie glauben.

Ich muß ferner noch hinzufügen: weder der süddeutsche, noch der mitteldeutsche Entwurf waren mir bekannt, als ich in die Sitzung kam, in der es sofort auch ans Abstimmen ging. Der Sekretär der Kommission hatte keine Schuld daran, ich jedoch auch nicht. Er hatte rechtzeitig die Entwürfe an einen Berliner Parteigenossen geschickt, der sie vertheilen sollte. Der Genosse hielt es wohl für eine persönliche Liebenswürdigkeit, daß man ihm soviel Exemplare schickte und behielt sie für sich. Ich habe sie nicht erhalten, habe also nicht in der üblichen und nöthigen Weise vor der Abstimmung Kenntniß von den einzelnen Punkten nehmen können. Jetzt bedaure ich es, nachdem ich gesehen habe, wie ernst die Dinge geworden sind, damals war es mir gleichgiltig.

Nun zu einer weiteren Aeußerung Bebel's. Er hat mir vorgeworfen, ich sei auch nach der Veröffentlichung des Programms hin- und hergeschwankt. Zuerst hätte ich im Einführungsartikel des „Sozialdemokrat" den Agrar-Entwurf und die Kommission gelobt, dann hätte ich sie aufs schärfste angegriffen und sei schließlich in meinem Briefe an Liebknecht auf den korrekten Standpunkt zurückgekehrt. In den Parteizeitungen wurde das noch deutlicher ausgedrückt: da wurde behauptet, ich sei im „Sozialdemokrat" erst für das Programm eingetreten, als dann jedoch die Stimmung in der Partei mehr und mehr ablehnend wurde, hätte ich sie mir zu nutze gemacht und sei mit dem Sturme gesegelt. Man müßte eigentlich annehmen, daß, wenn Bebel Anklage auf Grund von Artikeln erhebt, er sie vorher gelesen hat. Was steht jedoch im ersten Artikel des „Sozialdemokrat", der am Tage der ersten Veröffentlichung des Programms, also vor jeder anderen Parteikritik geschrieben ist? Redner verliest eine Anzahl Stellen aus dem Artikel und beurtheilt sie wie folgt: Es

sind einige der üblichen, verbindlichen, höflichen Redensarten für die Kommission darin, sachlich werden ihre Vorschläge ganz im Sinne meines Referats strikt abgelehnt. Es heißt ausdrücklich in dem Artikel: Mit dem Landarbeiterschutz konnte die Kommission nichts anfangen und der Bauernschutz ist eine Todtgeburt. Das steht ausdrücklich darin, Bebel sollte den Artikel erst lesen, bevor er leichtfertig darüber urtheilt. (Bebel: Leichtfertig haben Sie gehandelt.)

Daß ich Bebel in seiner ersten Aeußerung über meinen Brief an die Kommission nicht mißverstanden hatte — wie er dann in einer persönlichen Bemerkung es darstellte — geht aus dem „Vorwärts-Bericht" hervor. (Redner verliest die Stelle.) Der Brief widerspricht in keinem Punkte meinem Referat und meiner Stellung in der Presse. Er ist auch frei von jeder Feindseligkeit gegen die Kommission, sucht ihr vielmehr einen allseitig befriedigenden Ausweg vorzuschlagen. (Der Brief ist auf Bebel's Anregung von Schippel zu Protokoll gegeben und folgt unten im Wortlaut.) *)

Dann machte mir Bebel, nachdem ich den süddeutschen Entwurf kritisirt hatte, den Vorwurf, ich hätte diesen Entwurf loyaler Weise überhaupt nicht heranziehen dürfen. Weiß denn Bebel nicht, daß ich es von vornherein zur Bedingung des Korreferates gemacht habe, daß der süddeutsche Entwurf veröffentlicht und besprochen würde? Die Agrarkommission selber hat darüber abgestimmt; niemand hat mir einen Verzicht auf die Kritik nahegelegt, auch Bebel nicht, dem durch die Presse und als Kommissionsmitglied meine Absicht bekannt war, der sie durch seine Abstimmung vielleicht ausdrücklich gebilligt hat. Und da stellt man es heute als eine Ueberraschung und Ueberrumpelung dar, daß ich meiner Ankündigung nachkam! (Bewegung.)

Bebel hat mir ferner Mangel an Muth vorgeworfen mit der Andeutung, daß ich den süddeutschen Entwurf gerade deshalb besonders bekämpfe, weil sein Verfasser, Vollmar, nicht da ist. Ich habe erst in der letzten Stunde, nach meinem Referat, davon gehört, daß Vollmar der Verfasser ist; ich habe — wie wohl aus meinem Referat hervorging — auf ganz andere Urheber gerathen und bin in meiner Vermuthung auch durch Aeußerungen der „Fränk. Tagespost"

---

*) Berlin NW., Thurmstr. 37, den 4. Oktober.

Sehr geehrter Genosse!

Ich bin noch immer derart vom Husten gepeinigt, daß ich, wenn ich heute fahre, riskiren muß, zum Kongreß keinen Laut aus der Kehle zu bringen. Ich muß deshalb, so peinlich es mir ist, nochmals mich zu entschuldigen bitten.

Aendern wird die Kommission an den einzelnen Programmpunkten ja nichts mehr wollen. Ich würde es für das Richtigste halten, wenn sie einfach die Verbindung mit dem Programm aufhebt; dann fallen natürlich die Uebergangsworte und die ganz unnöthigen und ziellosen Diskussionen darüber auch hinweg. Die Kommission würde sich nichts vergeben, wenn sie erklärte: nach dem Gang der Diskussion könne sie die einzelnen Forderungen **als verpflichtende Programmpunkte nicht mehr vorschlagen;** sie unterbreite sie aber dem Parteitag als **Gerippe für die Diskussion** in Breslau, weil die Aussprache darüber doch noch nicht zum Abschluß gekommen sei.

Eine **Resolution** kann die Kommission wohl **nicht** vorschlagen. Wahrt sie ihren alten Standpunkt darin, so lehnt der Kongreß wieder ab — sich selber zu desavouiren hat sie aber auch keinen Anlaß.

Um jede Weiterung kommt sie auch herum, wenn sie — was ich empfehlen würde — ihre Mandate dem Parteitag zurückgiebt, einfach mit der Begründung, daß ihre Zusammensetzung nicht mit der Stärke der verschiedenen Strömungen in der Partei harmonire, und daß daher eventuell eine Neuwahl nur recht und billig sei. Man kommt dadurch meines Erachtens um alle Empfindlichkeiten herum.

Das Alles wird Sie vielleicht sehr wenig interessiren; vielleicht hat es auch einigen Nutzen. Sonntag bin ich bestimmt da und hoffentlich nicht mehr als bellender Cerberus. Mit den ergebensten Grüßen Max Schippel.

bestätigt worden. Ich habe natürlich auch jetzt kein Wort von dem zurückzunehmen, was ich in der Kritik desjenigen Theiles des süddeutschen Entwurfs gesagt habe, der mit den Falkenhayn'schen Vorschlägen zusammenfällt.

Nun könnte man mir einwenden, daß ich nach meiner Haltung in der Kommission niemals das Korreferat hätte übernehmen sollen. Ich hatte auch das Gefühl, daß es besser und richtiger wäre, nicht gegen Kollegen hier zu polemisiren, die bei größerem Eifer meinerseits vielleicht zur rechten Zeit den Standpunkt des Entwurfs verlassen hätten. Aber habe ich mich denn zum Korreferat gedrängt? Nein, ich bin dazu mit Absicht und Ueberlegung gestellt worden durch Quarck und durch allerlei Zeitungsnotizen. (Bebel: Ja, wir wollten Sie festnageln.) Ja, Sie haben mich stellen wollen! Aber wenn ich nicht den Vorwurf der Feigheit auf mich laden wollte, dann blieb mir doch gar nichts anderes mehr übrig, als anzunehmen. Haben Sie, die Sie mich zur Annahme des Referats zwangen, Grund, mir die Annahme zum Vorwurf zu machen? Ich habe von Anfang an gewußt, daß Sie einen Skandal wollten; hätte ich mich zurückgezogen, so wäre der Skandal doch gekommen. Man hat ein Kesseltreiben gegen mich angestellt; aber war das parteigenössisch gegen einen Kollegen, dem Sie schließlich doch weiter nichts vorwerfen können, als daß er im Anfang die Sache zu sehr auf die leichte Achsel nahm? (Bewegung. Sehr richtig!)

Ferner hat man mir bewußte Demagogie vorgeworfen. Der Vorwurf trifft nicht zu. Ich bin die ganze Woche vor dem Parteitage arbeitsunfähig gewesen und war nicht in der Lage, auch nur ein Wort meines Referates vorher zu fixiren. Wenn diese oder jene Aeußerung vielleicht aggressiver ausgefallen ist, als es gut war, so war es nicht meine Absicht, jemanden dadurch zu beleidigen oder die agrarischen Führer in Gegensatz zu stellen zu den handarbeitenden Genossen. Wenn mir aber gerade Bebel den Vorwurf macht, daß mir der Ausdruck Charlatanerie entschlüpft ist, wenn er mir einen Vorwurf daraus macht, daß ich gesagt habe, die Arbeiter müßten den agrarisch angekränkelten Genossen den Weg weisen, wenn diese selber von der falschen Richtung nicht umkehren wollten — so ist er am wenigsten zur Schulmeisterei berechtigt. Wer sprach voriges Jahr von Bauernfängerei? Bauernfängerei ist zweifellos schlimmer als Charlatanerie. Wenn Bebel vor der Wahl stände, Bauernfänger oder Charlatan geheißen zu werden, so würde er zweifellos den Charlatan für die geringere Beleidigung halten. (Bebel: Ich hätte Ihnen einen besseren Geschmack zugetraut.) Ich verweise Sie weiter auf die Rede auf dem Kölner Parteitag, wo Bebel zum Schlusse sagte: „Haben die Konsuln Acht, daß dem Gemeinwesen kein Schaden geschieht! Und wenn die Konsuln nicht fähig sind, das zu verhüten, dann mögen die Parteigenossen Gericht über sie halten." Das ist genau dasselbe, worüber man bei mir Zeter schreit wegen unzulässiger Demagogie. Etwas vom Demagogen steckt ja in uns allen, aber mußte gerade Bebel das als unerhört bezeichnen, was er selber oft genug gethan hat? (Beifall.)

Ein nochmaliges Eingehen auf die sachlichen Differenzen, um welche sich die Diskussion bewegt hat, scheint mir im Augenblick deplazirt; Sie alle sind sich über Ihre Stellung klar, und weder ein Freund noch ein Gegner des Entwurfs kann das Ergebniß der Abstimmung in seinem Sinne noch zu verändern hoffen. Ich berichtige daher im Wesentlichen nur einige Mißverständnisse, wie sie besonders in den Reden der Genossen Bock, Bebel und Müller-München hervortraten. Wenn ich dagegen auftrat, daß sich die Partei unter allen Umständen für unbeschränkte Aufrechterhaltung der Wald- und Weiderechte verpflichten solle, wie das durch eine Programmforderung geschieht . . . (Zwischenruf: Nicht unbeschränkt.) Ja, unbeschränkt steht jetzt nicht mehr ausdrücklich da; aber eine Aufrechterhaltung mit Einschränkungen ist gar nichts,

sie stellt alles in das Belieben und die Willkür . . . Ich sage, wenn ich dagegen auftrat, so habe ich mich nicht einseitig auf die Seite der Forstverwaltungen gestellt; nichts liegt mir ferner, wie die häufigen Uebergriffe der letzteren, die Prellereien und Härten gegen die bisher Berechtigten zu verkennen. Aber ebensowenig können wir uns in den tausendfältigen Interessenkonflikten zwischen Forst- und Landwirthschaft einseitig und unter allen Umständen auf die Seite der Bauern stellen, blos weil letztere vielleicht arm und unter Umständen unsere Wähler sind. Von einer allgemeinen Zwangsablösung, wie Müller meinte, habe ich vollends nie gesprochen; ich führte nur aus, daß die Ablösung oft sogar im Interesse des Bauern sei; und nicht ich war es, der hier dem bayerischen Finanzminister Riedel beistimmte, sondern der Genosse Vollmar.

Man hat, besonders seitens David's, darauf hingewiesen, daß in der Landtagsagitation einzelner Staaten die Grundschuldenverstaatlichung schon häufiger eine Rolle gespielt habe. (Sehr richtig!) Doch gerade diese Art von Agitation zeigt, daß man die nöthige politische Vorsicht öfter aus dem Auge verliert. Ein Genosse händigte mir vorgestern eine hessische Landtagswahlbroschüre ein. Da wird zum Schluß die Verstaatlichung des Hypothekenwesens unter Herabsetzung des Zinsfußes in Aussicht gestellt. Zur Begründung gelangt eine Statistik über die Zwangsversteigerungen in Hessen zum Abdruck. Was sehen wir da? Von 513, 409, 374, 387 Zwangsversteigerungen fielen immer nur 135, 97, 87, 87 auf die Landwirthschaft, dagegen 341, 273, 256, 277, also immer etwa dreimal soviel auf Gewerbetreibende. Sollte das in denen nicht auch den Wunsch erwecken, ihre Schulden übernommen zu sehen und etwa gar nach dem Plane des Dr. David zu verfahren, bei jeder Vergantung von der Gemeinde gerettet und in den alten Betrieb wieder eingesetzt zu werden? Welch' ein unglaublicher Gedanke überhaupt, dem Sozialismus dadurch vorarbeiten und Anhänger gewinnen zu wollen, daß man gerade alle verkrachten, lebensunfähigen Betriebe auf die Gemeinde übernimmt! Wenn man den Sozialismus vor aller Welt diskreditiren wollte, ließe sich kein besserer Weg dazu denken.

Was die Verstaatlichung der Grundschulden anbelangt, so weiß ich wohl, daß die Anhänger des Agrarprogramms keine Entlastung der Schuldner aus den Taschen der Arbeiter wollen. Ich habe nur gesagt, daß die wirkliche Schuldenverstaatlichung in der heutigen realen politischen Welt garnicht anders aussehen würde. Dr. David scheint zu glauben, wir fürchteten, der Staat werde die von ihm abhängigen Schuldner kujoniren, und er tröstet uns damit, daß die Bauern dann eine derartige Opposition treiben würden, daß der Staat wohl oder übel nachgeben müsse. Nein, so sehen unsere Befürchtungen wahrhaftig nicht aus; wir fürchten vielmehr, der Staat werde die Bauern um so leichter politisch poussiren können, sie für sich gewinnen und gegen die Arbeiter mobil machen, wenn er Zinsentlastung verspricht und die Arbeiter diesem Aderlaß widerstreben, widerstreben müssen. Auch Bebel hat vor noch gar nicht langer Zeit denselben Standpunkt eingenommen. Er äußerte da über die Hypothekenverstaatlichung:

„Diese letztere Forderung wird auch im Kommunistischen Manifest erhoben und sie ist ähnlich in einer deutschen Kammer gegenwärtig von unseren Genossen gefordert worden. Wunderbar, daß Antisemiten, Bauernbündler und wir scheinbar dieselbe Forderung aufstellen! Aber diese Forderungen haben im Grunde mit einander gar nichts gemein. Das Kommunistische Manifest fordert die Verstaatlichung der Hypotheken unter der Voraussetzung, daß eine sozialistische Staatsleitung bereits vorhanden ist. Wir fordern bekanntlich Verstaatlichung des gesammten Grund- und Bodeneigenthums und nur als Uebergangsstadium fordert das Kommunistische Manifest Verstaatlichung der Hypotheken. Das heißt also, können wir nicht ohne Weiteres die Kapitalistenklasse expropriiren, so sind wir bereit, dem

Hund den Schwanz stückweise abzuschneiden (Heiterkeit), indem wir das Kapital durch Reduzirung des Zinsfußes allmälig zu Grunde richten. Die Männer, die das Kommunistische Manifest verfaßten, wußten sehr gut, daß diese Forderung im Grunde wenig Bedeutung habe, aber vielen Anklang finde und in der Uebergangszeit vielleicht nöthig sei. Wenn aber heute gegenüber einer bürgerlichen Regierung, gegenüber einem mächtigen Großgrundbesitz und Agrarierthum diese Verstaatlichung des Hypothekenwesens angeregt wird, damit die Herren Agrarier niedrigere Zinsen bezahlen, so ist das **eine durchaus konservative Maßregel, auch wenn Sozialdemokraten sie fordern;** sie bedeutet die Bevorzugung einer Klasse auf Kosten der Gesammtheit, auf Kosten der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Beschafft der Staat die Verzinsung der Grundschuld billiger, dann haben nicht blos die Kleinbauern, sondern auch der Großgrundbesitz einen Vortheil davon. Würde die Verzinsung durch den Staat z. B. gar mit 3 pCt. bewirkt, während der Staat, um Geld aufzunehmen, $3^1/_2$ pCt. zahlen muß, so müßte das $^1/_2$ pCt. Zins für Milliarden Hypothekenschulden aus Steuerquellen aufgebracht werden; nicht die Kapitalisten, sondern die große Masse müßte diese Belastung auf sich nehmen. Es ist also bedenklich, aus Eifer für praktische Thätigkeit ein so verkehrtes Mittel vorzuschlagen. Ich kann diejenigen Genossen, die in die Landtage kommen, nur davor warnen, in ihrem Eifer, in Kreisen propagandistisch zu wirken, die vorläufig doch nicht und theilweise gar nicht zu gewinnen sind, an der künstlichen Aufrechterhaltung von Gesellschaftszuständen mitzuarbeiten, an deren Aufrechterhaltung wir am allerwenigsten mitarbeiten dürfen. Das Wort der Unabhängigen von der Versumpfung unserer Partei halte ich nicht für berechtigt, aber wir müssen ein wachsames Auge haben."

Ganz unsere Meinung! Aber wenn man so im Zickzackkurs geht, wie hier Bebel, soll man gegen Andere auch tolerant sein. Jedenfalls hat man doppelten Anlaß, andere Meinungen ruhig anhören und Widerspruch ertragen zu lernen. Der schlimmste Feind, den Bebel heute hat, ist er sich selber mit seiner Rechthaberei (Beifall), die ihn sich immer tiefer auch in eine ganz unhaltbare Stellung verrennen läßt. Niemandes Wort wiegt heute schwerer in der Partei wie das Bebel's; um so mehr sollte er sich Ruhe und Objektivität des Urtheils zur Pflicht machen, als sein Wort rasch an Gewicht verlieren muß, wenn die Genossen immer häufiger sich außer Stande sehen, alle diese Schwankungen mitzumachen.

Damit bin ich am Ende. Werfe ich nochmals einen Blick zurück über den Gesammtverlauf unserer Debatte, so war mir das Auffälligste daran, daß in den drei Tagen der Verhandlungen eine Bevölkerungsklasse ganz unbemerkt und unbeachtet im Hintergrund stand: der Landarbeiter. Wer wollte behaupten, daß wir seine Lage etwa genügend schon kennen, daß wir ihn in unseren Detailforderungen genügend schon berücksichtigen? Dennoch war er für uns nicht da, während der Bauer uns mehr wie zu viel beschäftigte. Sollte uns das nicht auch eine Warnung sein, den Weg dieses Programmentwurfs zu beschreiten? Ich wünschte, wir wären erst so weit, zehn oder zwölf handfeste Knechte auf unseren Kongressen unter uns zu haben, das Urtheil über die hier vorgeschlagene Landagitation würde ein viel vernichtenderes sein, als Sie es während der letzten Wochen und Tage je gehört haben. Und selbst der Parzellenbauer müßte sich vor dem hier gewünschten Bauernschutz bedanken: Grundrente, Profit und mehr noch opfert er bis zur Grenze des kümmerlichsten Lebensunterhaltes stets seinen Vorbesitzern und Gläubigern; jede Erleichterung der Zinslast erhöht hier nur wie nach einem ehernen Gesetz den allgemeinen Schuldenstand. Sie schützen und heben hier nicht den Menschen wie beim Arbeiterschutz, sondern konserviren nur die Parzelle, den Zwergbetrieb. Kann das unsere Absicht sein? Die Klein-

besitzer werden nicht als Eigenthümer, sondern als künftige Proletarier zu uns kommen. Heißt es doch schon im Kommunistischen Manifest ganz richtig: „Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie Alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Uebergang in's Proletariat, so vertheidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen." Sie von ihren zukünftigen Interessen zu überzeugen, ihnen die Hoffnungslosigkeit ihrer Gegenwart zu lehren, das muß unsere Aufgabe sein. So haben wir auch unter den Kleingewerbetreibenden unsere Erfolge errungen, und sie haben uns doch wahrlich keinen Grund zu dem Kleinmuth gegeben, der, wenn wir das landwirthschaftliche Gebiet betreten, viele unserer besten Genossen plötzlich befällt. Verlieren wir uns selbst nicht, so werden wir auch hier nicht verloren sein. (Beifall.)

Redner hebt dann noch kurz hervor, daß die Kautsky'sche Resolution nicht ein für alle Mal jedes Agrarprogramm verwirft, sondern nur die Ablehnung dieses vorliegenden Entwurfes ausspricht und näher motivirt; sie verwirft auch nicht jedes praktische Eintreten für jede der Einzelforderungen, sondern sie sagt z. B. von den Meliorationen nur, daß sie keine Klassenforderung des Proletariats sind und darum in ein Arbeiterprogramm nicht gehören. Nehmen Sie die Resolution Kautsky möglichst einstimmig an! (Beifall.)

Bebel (persönlich): Schippel hat behauptet, die Kommission sei innerhalb der Fraktion als spöttische Einrichtung aufgefaßt worden. Soweit sich diese Behauptung auf meine Person bezieht, muß ich dem aufs Entschiedenste entgegentreten, und ich glaube, daß auch kein anderes Mitglied der Fraktion außer vielleicht Schippel eine ähnliche Auffassung gehabt hat. Er hat weiter gesagt, er habe für eine Reihe von Forderungen im norddeutschen Entwurf, darunter auch für die Verstaatlichung der Grundschulden, gestimmt, sich aber nichts Böses dabei gedacht, denn was könne man alles darunter verstehen. Aber das Wort „Grundschulden" kommt im norddeutschen Entwurf garnicht vor. Es liegt hier also eine Verwechslung vor, ob nun absichtlich, lasse ich dahingestellt, zwischen dem Zentralentwurf und den einzelnen Entwürfen. Die Fassung des norddeutschen Entwurfs stammt von mir und hat unter Schippel's Assistenz in der Plenarsitzung der Kommission eine andere Fassung erhalten, die dem Sinne nach mit meinem Vorschlage übereinstimmt; Schippel hat dafür gestimmt. (Hört, hört.) Die ganze Art und Weise, wie er selbst heute seine Mitwirkung charakterisirte, ist für ihm die denkbar blamabelste. (Sehr richtig.) Ich weise ferner nochmals darauf hin, daß in der ersten Zentralsitzung, in der Schippel zugegen war, die fünf ersten Punkte des Entwurfs ausführlich debattirt wurden, und Schippel laut Protokoll dafür stimmte. (Hört, hört!) In der zweiten Sitzung, in der er nicht erschien, obgleich er erst am Tage darauf seine Reise antrat, wurden die übrigen Punkte erledigt. Schippel hat dann zum Beweise dafür, daß ein Widerspruch in seiner Haltung nicht vorhanden war, den bekannten Brief an Liebknecht verlesen. Ich hoffe, er wird denselben zu Protokoll geben, damit jeder sieht, wie es ihm nur darauf ankommt, Silbenstecherei zu treiben. Wenn Schippel behauptet, ich hätte ihm mit Bezug auf diesen Brief den Vorwurf der Perfidie gemacht, so erkläre ich dem gegenüber, daß ich nichts gesagt habe, was dem gleichkommt, sondern nur auf die neue Schwenkung hingewiesen habe, die Schippel mit diesen Brief genommen hat. Er hat ferner gesagt, er habe sich, als man ihm das Referat antrug, zur Bedingung gemacht, daß er auch über den süddeutschen Entwurf reden dürfe, und dann dieser veröffentlicht werden müßte. Ich war zu jener Zeit in der Schweiz bei meiner Tochter zum Besuch und wurde von Quarck angefragt, ob ich damit einverstanden

sei, daß Schippel zweiter Referent werde und zwar gegen den Entwurf. Ich antwortete, daß ich selbstverständlich mit Vergnügen dafür sei, daß Schippel referire, und zwar schon aus dem Grunde, um zu hören, wie er seine jetzige Opposition gegen den Entwurf mit seiner Haltung in der Kommission in Einklang bringen wolle. Sie darauf hin anzunageln, war natürlich, Sie würden an unserer Stelle nicht anders gehandelt haben. Im weiteren antwortete ich, daß ich aber auf die Bedingung nicht eingehen könne, sondern die Veröffenlichung sämmtlicher Entwürfe beantrage. Das ist denn auch geschehen. Schippel bezieht sich zum Beweise dafür, daß der jetzige Entwurf wesentlich der süddeutsche sei, auf Grillenberger, dieser hat aber garnicht den süddeutschen, sondern den Zentralentwurf gemeint.

Singer (ihn unterbrechend): Was Grillenberger gemeint hat, gehört nicht zur persönlichen Bemerkung.

Bebel (fortfahrend): Weiter hat Schippel die Frage aufgeworfen, wie ich mich stellen würde zu den Vorwürfen der Bauernfängerei und der Charlatanerie. Ich habe einen viel zu guten Geschmack, um überhaupt zwischen diesen beiden Ausdrücken zu wählen. Wenn ich aber das Wort Bauernfängere, gebraucht habe, so liegt darin keine Beleidigung, sondern es hat denselben Sinn wie Stimmenfängerei. Ich kann mir denken, daß Leute unter uns sind die darauf ausgehen, zunächst die Bauern bei einer Wahl zu gewinnen, in der Hoffnung, sie dann auch zu Sozialdemokraten machen zu können. Auch die mir unterstellte Absicht, ich hätte auf dem Kölner Parteitag an die Arbeiter gegen die Nichtarbeiter appellirt, ist nicht richtig, ich habe dort keinen künstlichen Gegensatz konstruirt zwischen Arbeiter und Nichtarbeiter. In den Fehler Hasselmann's und Schweitzer's bin ich nicht verfallen, ich habe in Köln an die Genossen insgesammt appellirt, falls die Konsuln, das heißt in jenem Fall die Leiter und Vertreter der Partei, ihre Schuldigkeit nicht thäten. Das war ein durchaus erlaubter und der einzig mögliche Appell. Schippel hat ferner einen Gegensatz zwischen meiner Haltung in Köln und meiner späteren Haltung konstruirt und zum Beweise dafür einen langen Passus aus meiner Kölner Rede vorgetragen. An einer bestimmten Stelle fing er an sehr schnell zu lesen, aber das waren gerade die entscheidenden Sätze, die einen ganz anderen Sinn hatten, als er ihnen unterstellte. (Heiterkeit.) Wenn Schippel weiter meinte, mein Wort wiege am schwersten in der Partei, daß es aber sein Gewicht verlieren werde, wenn ich weiter heute rechts, morgen links marschire, so stellt er damit der ganzen Partei ein Armuthszeugniß aus, die mich so lange trotz meiner angeblichen Widersprüche an solcher Stelle geduldet hat.

David bemerkt persönlich, es sei ihm durch die Geschäftsordnung unmöglich gemacht, das alles richtig zu stellen, was der Korreferent in seiner Schlußrede über das Zustandekommen des süddeutschen Entwurfs gesagt habe, er müsse sich mit der Erklärung begnügen, daß die Darstellung Schippel's durchaus falsch sei. Auch werde ihm durch die Geschäftsordnung die Möglichkeit geraubt, im Namen der anwesenden Mitglieder des süddeutschen Unterausschusses Protest zu erheben gegen die Angriffe in der Schlußrede Schippels. Für sich persönlich erkläre er, daß er den Vorwurf der „wissenschaftlichen und politischen Unreife" lächelnd hinnehme und den Genossen Schippel nicht beneide wegen der „wissenschaftlichen und politischen Ueberreife", die er in der ganzen Sache gezeigt habe.

Quarck bemerkt persönlich, daß die Mittheilungen Schippel's über den Verkehr mit ihm unvollständig und tendenziös seien. Das Referat sei zuerst einem anderen übertragen, erst auf Veranlassung einer Frankfurter Versammlung sei ohne sein Zuthun Schippel zum Referenten gewählt. Bezüglich der Abstimmung habe er am Tage nach der betreffenden Sitzung an Schippel geschrieben, daß er allen fünf Punkten des Entwurfs zugestimmt habe und daß er ihn für

so loyal halte, daß er seine Behauptung im „Sozialdemokrat" berichtigen würde. Das sei nicht geschehen.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erschöpft.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Singer schlägt folgenden Abstimmungsmodus vor: Zunächst wird über die Kautsky'sche Resolution (Antrag 121) abgestimmt. Es liegt hierzu ein genügend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung vor. Dieser Abstimmung müßte die Abstimmung über das Amendement Antrick, das einige Worte in der Resolution gestrichen wissen will, vorangehen. Wird die Resolution angenommen, so sind alle übrigen Anträge erledigt, wird sie abgelehnt, so muß zunächst über den Antrag 128 abgestimmt werden, der dasselbe wie die Kautsky'sche Resolution will, nur mit Fortlassung der Motive. Wird dieser Antrag abgelehnt, so kommt Antrag 127 an die Reihe, der die Beschlußfassung vertagen will. Wird er abgelehnt, so kommt es zur Abstimmung über die Anträge der Agrarkommission. — Durch die Beschlußfassung werden meines Erachtens sämmtliche zu diesem Punkte sonst noch gestellten Anträge erledigt.

Zunächst beschließt der Parteitag, in eine Spezialdiskussion der Vorschläge der Agrarkommission nicht einzutreten.

Bebel regt an, die Abstimmung über die Kautsky'sche Resolution in zwei Theilen vorzunehmen. Während über den ersten, prinzipiellen Theil der Resolution die Meinungen differenziren, ist man sich über den zweiten Theil, der die Schlußresolution der Agrarkommission aufnimmt, einig.

Der Parteitag ist mit diesem Abstimmungsmodus einverstanden.

Zunächst wird das Antrick'sche Amendement, das in der Kautsky'schen Resolution die Worte:

„und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigenthums-Fanatismus"

streichen will, angenommen.

Hierauf wird in namentlicher Abstimmung über den so veränderten ersten prinzipiellen Theil der Kautsky'schen Resolution abgestimmt.

Für die Kautsky'sche Resolution stimmten: Altermann, Althaus, Antrick, Arons, Auer, Bamberger, Baerer, Beck-Lauenburg, Beims, Berger, Block, Blos, Böhmer, Braun, Brand, Börner, Brecour, Breslauer, Brey, Brühne, Dahlen, Demmler, Delor, Dreßler, Eberle, Eichhorn, Enders, Erbe, Ernst, Feldmann, Fischer-Berlin, Fischer-Dresden, Fleischmann, Frantzen, Fricke, Fülle, Gärtner, Galke, Garbe, Gehr, Geiser Alice, Geiser Bruno, Gerlach, Gerisch, Gewehr, Geyer, Gießmann, Görke, Grünwaldt, Hartmann, Haselbauer, Haubold, Haug, Heinrich-Neurode, Heinrich-Potsdam, Henker, Herbert, Hering, Herzog, Hirschmeier, Hoch-Hanau, Hoch-Berlin, Höpfner, Hofer, Hoffmann-Bielefeld, Huber, Hué, Hülle, Janiszewski, Joest-Mannheim, Kaden, Kähler, Kautsky, Kern, Kiesel, Kimmel, Klees, Kloß, Knoop, Koenen, Koblenzer, Kölle, König, Kräcker, Kraudt, Kühn-Langenbielau, Kühn-Breslau, Kunitzky, Kutsche, Landé, Landgraf, Lehmann, Leonhardt, Leopoldt, Lesche, Leven, Lipinsky, Löwy, Lutz, Lux-Langenbielau, Martikke, Meist, Meister, Metzger, Metzner, Meyer, Michaelis, Michels, Möller, Mohs, Müller-Wiklau, Noske, Peters, Pischel, Pfannkuch, Pohlitz, Postelt, Pusch, Reißhaus, Rieger, Rietz, Rocker, Rohrlack Hermann, Rohrlack Martha, Schaal, Schilling, Schippel, Schmidt-Düsseldorf, Schneider, Schöne, Schreck, Schütz, Schultze-Königsberg, Schwerike, Singer, Sonnenburg, Stadthagen, Starke, Stolpe, Stubenreich, Teichmann, Thiele, Thierbach, Thomas, Tietze, Timm, Trautewein, Unglaube, Vetter, Vogel, Wurm, Werner, Wiehle, Wolny, Wetzker, Zabel, Zetkin, Zubeil.

Gegen die Kautsky'sche Resolution stimmten: Albrecht, Baudert, Bebel, Beck-Lüneburg, Bérard, Birk, Böhle, Bock, Bothe, Bott, Bruhns, Brunke, Buchwald, David, Deppe, Emmel, v. Elm, Förster, Frohme, Galm, Geck, Goebel, Groth, Harm, Heine, Hofmann-Saalfeld, Hug, Johannes, Iserloh, Katzenstein,

Keil, Kirsch, Kleemann, Liebknecht, Molkenbuhr, Müller-München, Müller-Darmstadt, Nitzschke, Oertel, Orb, Orbig, Paul, Peus, Quarck, Reichert, Röhrle, Schepe, Schiemann, Schmidt-München, Schoenlank, Schulze-Cossebaude, Schumann, Schwartz, Segitz, Simon, Sosna, Steinbach Helene, Steinweg, Stolten, Stücklen, Vogenitz, Walther, Wehder.

Der erste Theil ist also mit 158 gegen 63 Stimmen angenommen.

Der zweite Theil wird hierauf gegen eine Stimme angenommen.

Zur namentlichen Abstimmung geben Müller-Darmstadt, Galm-Seligenstadt und Simon-Offenbach nachstehende Motivirung zu Protokoll:

„Wir haben gegen den ersten Theil der Resolution Kautsky und Genossen gestimmt, weil durch die Annahme desselben die Thätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter in den Einzellandtagen bedenklich, eventuell lahmgelegt wird und aus diesem Grunde in logischer Folgerung Wahlen zu diesen Landtagen zu unterbleiben hätten.

Wir stimmten für den zweiten und dritten Theil der obengenannten Resolution, weil wir überzeugt sind, daß das eingehende Studium der „eigenthümlichen, von denen der Industrie verschiedenen Gesetze der Landwirthschaft" unsere prinzipielle Stellung zur Agrarfrage klärt und festigt."

Damit sind alle übrigen Resolutionen und auch die Vorschläge der Agrarkommission erledigt.

Die Anträge 18—31, 110, 122, die bestimmte Vorschläge für die weitere Verfolgung der Angelegenheit machen, werden dem Partei-Vorstand als Material für die von ihm einzuberufende Studienkommission für die Agrarfrage überwiesen.

Damit ist Punkt IV der Tagesordnung erledigt.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

$3^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Segitz.

Der Vorsitzende theilt mit, daß von 23 jüdischen Gewerkschaften Rußlands ein Begrüßungsschreiben an den Kongreß eingetroffen sei. (Beifall.)

Vor der Tagesordnung protestirt Gewehr gegen die Behauptungen eines Artikels der „Rheinischen Zeitung", der sich gegen ihn wegen seiner Aeußerungen über dies Parteiblatt wendet. Was er gesagt habe, habe er gesagt in Uebereinstimmung mit den übrigen rheinischen Parteigenossen und im Auftrage seiner Mandatgeber. Insbesondere müsse er sich dagegen erklären, daß seine Bemerkungen irgendwie aus geschäftlichen Rücksichten für den Drucker der „Freien Presse" herzuleiten seien und daß man seine schon seit 1889 abgebrochenen Verbindungen mit dem ominösen Zeup dazu benutzt, ihn selbst jetzt anzuklagen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung steht Punkt 5 der Tagesordnung: **Die Maifeier 1896.**

Berichterstatter Bebel: Nach mehrjährigen sehr lebhaften Kämpfen über die Art und Weise, wie die Maifeier in Deutschland begangen werden soll, sind wir endlich durch die Beschlüsse des Berliner Parteitages zu einer festen Regelung dieser Frage gekommen. Seitdem sind ernstliche Differenzen darüber nicht mehr ausgebrochen. Die beiden folgenden Parteitage haben in verhältnißmäßig sehr kurzer Zeit die Frage abgethan und in demselben Sinne entschieden, wie der Berliner Parteitag. Ich darf wohl annehmen, daß auch heute in ähnlicher Weise beschlossen wird. Ueber die Bedeutung der Maifeier heute noch ein Wort zu sagen, hieße in der That Wasser ins Meer tragen, denn wir können mit Genugthuung konstatiren, daß im Laufe der Jahre in den weitesten Kreisen unserer Genossen das Verständniß für die Maifeier immer mehr gewachsen ist und dieselbe als eine Nothwendigkeit für die Partei und als eine Kundgebung

des Solidaritätsgefühls der internationalen Arbeiterschaft betrachtet wird. Es kann also heute nicht mehr die Rede davon sein, von einer Feier abzusehen. Die Resolution, die ich Ihnen Namens des Parteivorstandes vorzuschlagen habe, unterscheidet sich von der vorjährigen dadurch, daß der Hinweis auf die mißliche geschäftliche Lage, die es uns unmöglich macht, eine allgemeine Arbeitsruhe eintreten zu lassen, fortgefallen ist. Obgleich die Thatsache, daß ungünstige wirthschaftliche Verhältnisse für die Arbeiterklasse vorhanden sind, auch heute noch besteht, erscheint es doch überflüssig, immer wieder darauf hinzuweisen.

In Berlin sind die Genossen übereingekommen, die Ausführung der Maifeier in erster Linie den Gewerkschaften zu überlassen, und ich glaube, daß dies am besten ist. Dieser Weg kann auch an anderen Orten beschritten werden, er regelt die Angelegenheit in einer für Alle befriedigenden Weise. Ich könnte mich nun auf diese wenigen Worte beschränken, wenn Ihnen nicht mehrere Anträge zugegangen wären, die ich kurz erörtern muß, obgleich die Antragsteller sie noch nicht begründet haben. Was ich darüber sage, ist selbstverständlich meine persönliche Ansicht.

Nach Antrag 45 wollen die Genossen in Halle die Maifeier als eine Demonstration für den Achtstundentag, und nicht, wie sie von den Buchdruckern ausgelegt wird, als einen tarifmäßigen Feiertag betrachten. Eine rechtmäßige Bezahlung auf Grund des Buchdruckertarifs soll hiernach nicht gefordert werden können. Ich empfehle Ihnen, sich nicht auf diesen Antrag einzulassen, der verlangt, daß der Parteitag sich zum Schiedsrichter zwischen Inhabern einer Buchdruckerei und der Buchdruckergewerkschaft aufwirft. Ob die Forderung der Buchdrucker gerechtfertigt ist oder nicht, haben nicht wir zu entscheiden. Wenn wir den Antrag annehmen, so ist die Folge, daß auf einer der nächsten Generalversammlungen der Buchdrucker die Frage ebenfalls zur Erörterung kommt und möglicherweise im entgegengesetzten Sinne entschieden wird. Wir kommen dadurch in einen Konflikt, dessen Lösung nicht abzusehen ist.

Antrag 87 will, daß sämmtliche Referenten am 1. Mai unentgeltlich zu referiren haben. Das geschieht wohl schon jetzt, aber mit einem solchen Beschluß ist nichts erreicht, denn ein Referent kann einfach sagen, er sei durch Gründe verhindert, ein Referat zu übernehmen.

Weit wichtiger ist der Antrag 86, den Zusatzabsatz des Züricher Kongreßbeschlusses betreffend die Maifeier in die Resolution einzuschalten. Dieser Antrag ist geeignet, die Frage in ihrem ganzen Umfange wieder aufzurollen, wie sie auf dem Züricher Kongreß bereits aufgerollt war und dort entschieden wurde. Die Genossen, die als Delegirte der deutschen Partei in Zürich waren, werden wissen, daß wir uns mit überwältigender Majorität gegen den hier beantragten Zusatz ausgesprochen haben. Nur wenige deutsche Delegirte, ich glaube neun, haben dafür gestimmt. Wir kommen durch Annahme dieses Antrages in große Schwierigkeiten, denn dann würde in dem Falle, daß z. B. die Mehrheit einer kleinen Gewerkschaft beschließt, um jeden Preis in die Arbeitsruhe einzutreten, die gesammte Partei in der betreffenden Stadt oder in dem betreffenden Bezirk, auch wenn es gegen ihre Ueberzeugung ist, verpflichtet, diesen von ihr mißbilligten Beschluß zu unterstützen (sehr richtig!) und natürlich auch die Konsequenzen zu tragen. Wenn also infolge eines solch unbesonnenen Vorgehens Maßregelungen in großem Umfange vorkämen, so hätten die Genossen an dem Orte für die Gemaßregelten einzutreten. Wir müssen in dieser Beziehung den bisher beschrittenen Weg innehalten und dürfen keinen Zwang und keine Verpflichtung aussprechen. Im Allgemeinen sind in dieser Frage am besten die Gewerkschaften maßgebend. Entscheidet sich eine Gewerkschaft, in die Arbeitsruhe einzutreten, so kann man in 99 von 100 Fällen annehmen, daß auch alle Bedingungen zur Durchführung eines solchen Beschlusses vorhanden sind. Tritt dann dennoch eine kleine Maßregelung ein, so wird kein großes

Geschrei erhoben, man wird die Opfer tragen. Das ist doch etwas anderes, als wenn einer Mehrheit zugemuthet wird, den Beschluß einer Minderheit mit allen Kräften aufrecht zu erhalten. Nun ist es erfreulich, konstatiren zu können, daß die Zahl derer, die am 1. Mai in die Arbeitsruhe eintreten, sich von Jahr zu Jahr vergrößert. Lassen wir sich das so weiter entwickeln. Kommt dann einmal wieder statt einer gedrückten Geschäftsperiode eine Periode der Prosperität, so daß die Arbeiter im Stande sind, den Unternehmern ihre Bedingungen zu stellen, dann kann man auch die Frage einer allgemeinen Arbeitsruhe erörtern. Vorläufig sind wir noch nicht so weit, und so bitte ich Sie, unsere Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Die vorgeschlagene Resolution lautet:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891 und Zürich 1893 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden.

Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe, daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben den anderen Kundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe eintreten zu lassen.

Von den zu diesem Punkte der Tagesordnung vorliegenden Anträgen wird nur Antrag 87 unterstützt.

Mohs-Leipzig: Ich habe von Leipzig aus den Auftrag, für Antrag 86 zu sprechen, der leider nicht genügend unterstützt worden ist. Ich ersuche die Parteigenossen, einen Beschluß dahingehend anzunehmen, daß man überall, wo es angeht, den Gewerkschaften das Arrangement der Maifeier überläßt.

Schilling-Niederbarnim meint, wenn die Referenten zur Maifeier ihre Arbeit auch unentgeltlich machen sollen, so kann man doch nicht von ihnen verlangen, daß sie aus ihrer eigenen Tasche die Unkosten für Fahrten und dergleichen bestreiten. Diese Auslagen müssen sie doch ersetzt erhalten.

Kölle-Hamburg ist der Ansicht, daß die Redner bei der Maifeier ihre Arbeit doch unentgeltlich leisten sollen, so viel Opfermuth muß man schon von ihnen verlangen.

Timm begründet folgendes Amendement:

„Die Maidemonstration durch Arbeitsruhe den Gewerkschaften zu überlassen."

Schreck-Bielefeld: Dadurch, daß Sie den Antrag 86 haben fallen lassen, sind wir gezwungen, uns nicht weiter in der Maifeierfrage als Partei zu engagiren. So lange wir in den gegenwärtigen Verhältnissen leben, müssen wir uns auf die Gewerkschaften beschränken. Antrag 87 ist unannehmbar, weil er nicht korrekt genug gefaßt worden ist.

Brécour-Kiel: Auf die Durchführung der Arbeitsruhe muß mehr Werth gelegt werden. Wir haben in Kiel sehr gute Erfahrungen mit der Durchführung der Arbeitsruhe gemacht. Wir haben den Gewerkschaften die Regelung überlassen; als Partei dürfen wir uns nicht engagiren. Redner empfiehlt außerdem auch den Antrag 87.

Braun-Königsberg ersucht, den letzten Passus der Bebel'schen Resolution zu streichen. Die Hinterthür müsse geschlossen und unsere Haltung in dieser wichtigen Frage präziser werden.

Schoenlank: Ich muß die Ausführungen des Genossen Mohs richtig stellen. Der Antrag 86 der 17 Leipziger Genossen ist in der Leipziger Volksversammlung mit erdrückender Majorität abgelehnt worden. Bei der Maifeier 1895 haben sich die Leipziger Schneider in ihrer Gewerkschaft eine Extrawurst braten lassen; sie haben ihre Versammlung Vormittags abgehalten, während

doch verabredet war, die Versammlungen Abends abzuhalten. Das Leipziger Parteiorgan hat natürlich gegen diese Sonderstellung der Schneidergewerkschaft energisch Stellung genommen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird von Schaal begründet, von Altermann bekämpft und angenommen.

Mohs berichtigt, daß die Schneider im Jahre 1895 vor dem Festzuge eine Versammlung abgehalten hätten.

In seinem Schlußwort hebt Bebel hervor, daß der Antrag Timm nur dann annehmbar sei, wenn das Wort „möglichst" aufgenommen wird (Timm: Ist geschehen). Redner wendet sich gegen die Ausführungen Braun's. Wenn der Satz gestrichen wird, dann müssen wir Alle feiern. Sonst begehen wir ja alle nach Braun's Ansicht die Maifeier nicht würdig. Der Antrag Braun ist unannehmbar.

Das Amendement Mohs-Timm wird abgelehnt.

Die Resolution Bebel wird gegen 2 Stimmen angenommen.

Der Antrag 87 wird abgelehnt.

Es folgt Punkt 6: **Der internationale Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongreß in London 1896.**

Berichterstatter Bebel: Parteigenossen! Sie werden vielleicht verwundert darüber gewesen sein, daß ich für 2 aufeinander folgende Punkte als Berichterstatter auftrete. Ihre Verwunderung ist berechtigt. Ich selbst sträubte mich dagegen, das Referat zu übernehmen, aber da die Parteileitung es nun einmal wünschte, habe ich als fügsamer Mensch (große Heiterkeit) doch das Referat übernommen. Nach dem Beschlusse des Züricher Kongresses von 1893 wird 1896 der internationale Arbeiterkongreß in London abgehalten werden. Die Tagesordnung des Kongresses läßt sich leider noch nicht angeben, da die Arrangeure bisher noch nichts hierüber veröffentlicht haben. Nach einem Beschlusse von Zürich wird allerdings unter anderem die Agrarfrage verhandelt werden. Hier scheint es freilich ausgeschlossen, daß bei der großen Verschiedenheit der in Betracht kommenden Länder es zu einer Diskussion eines agrarischen Spezialprogramms kommen wird. Es wird sich wahrscheinlich nur darum handeln, was die prinzipielle Stellung der Arbeiter der Kulturwelt in Bezug auf die Agrarfrage sein soll.

Die Beschickung des Londoner Kongresses wird nur dadurch ein neues Gesicht bekommen, daß die Gewerkschaften, insbesondere die älteren englischen Gewerkschaften, mehr als bisher werden vertreten sein, und zwar haben sie selbst den Antrag, sie als Gewerkschafter zuzulassen, gestellt. Wie sich die deutschen Gewerkschaften dazu stellen werden, muß man ihnen selbst überlassen. Unsere Vereinsgesetzgebung wird auf die Art der Beschickung bestimmend sein. Infolge der wahrscheinlich starken Betheiligung der englischen Gewerkschaften kommen vielleicht Fragen auf die Tagesordnung, die die Gewerkschaften im Allgemeinen mehr als bisher interessiren und sie zwingen werden, dazu Stellung zu nehmen. Die Beschickung des Londoner Kongresses wird allerdings wesentlich kostspieliger werden, als die Beschickung der bisherigen Kongresse. Es empfiehlt sich daher, sich nach Bezirken oder Provinzen zusammenzuschließen. Ich bitte, die vorgeschlagene Resolution anzunehmen.

Dieselbe lautet:

> Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, in Anbetracht der Wichtigkeit, die der nächste in London stattfindende internationale Arbeiterkongreß für die gesammten klassenbewußten Arbeiter und namentlich für die weitere Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung haben wird, denselben durch Vertreter möglichst zahlreich zu beschicken.

Zu dieser Resolution spricht Grothe-Rostock: Angesichts der Wichtigkeit und gefährlichen Konkurrenz, welche die ostasiatischen, japanischen und chinesischen

Arbeiter, sei es bei uns selbst, sei es durch die in Ostasien selbst betriebene Industrie, auf unsere Arbeiter ausüben werden, ist es vielleicht angebracht, darauf hinzuweisen, daß die deutschen Delegirten die Frage der ostasiatischen Konkurrenz auf dem Londoner Kongreß zur Besprechung bringen.

Die Debatte wird geschlossen.

Antrag 111 wird einstimmig angenommen.

Es folgt Punkt 7: **Schwitzsystem, Hausindustrie und Arbeiterschutz.**

Referent Timm. Der Gang der Entwicklung der Dinge in Deutschland zeigt, daß die herrschenden Klassen gegenwärtig für alles Interesse haben, nur nicht für den Arbeiterschutz. Der Reichskanzler Hohenlohe hielt es für nöthig, in seiner Programmrede zu bemerken, es läge im Interesse der Arbeiter selber, daß auf dem Gebiete der Sozialreform ein Stillstand eintritt. Der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes, Bödiker, hat jüngst ein Werk über die Arbeiterversicherung in den europäischen Staaten veröffentlicht, worin er die Sozialreform in Deutschland über das Bohnenlied lobt. Von allen Seiten tönt es uns entgegen: Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollten zufrieden sein; auf dem Gebiet der Sozialreform ist genügend für sie geschaffen.

Da ist es nothwendig, die sozialen Erscheinungen der Hausindustrie in das Licht der Oeffentlichkeit zu ziehen. Die entsetzlichen Zustände, die in ihr herrschen, können nicht verkleistert werden durch Demonstrationen wie am Sedantage. Ich vermag der beschränkten Zeit wegen nicht auf alle Einzelheiten der Hausindustrie einzugehen. Dann ist es auch schwer, über alle Momente genügend Material zu sammeln, da die am schlechtesten bezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen der Hausindustrie fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit leben. Also nur Bruchstücke kann ich bieten; aber vielleicht giebt gerade das Anlaß, tiefer als bisher in dies Gebiet einzudringen. Die historische Entwicklung der Hausindustrie ist allbekannt. Ich übergehe sie und komme sofort zur Gegenwart. Karl Marx nennt die moderne Hausindustrie die dezentralisirte Großindustrie. Bei ihr findet das Unternehmerthum die erwünschte Gelegenheit, aus außerordentlich billigen Arbeitskräften die größten Arbeitsquanten herauszupressen. Betrachten wir ihre verschiedenen Formen. Da haben wir zunächst den hausindustriellen Kleinmeister, der theils für Kunden, theils für die Unternehmer arbeitet. Weiter haben wir die Hausindustrie auf dem Lande. Hier sind die Arbeiter an die Scholle gefesselt und bieten bei ihrer Bedürfnißlosigkeit dem Unternehmer außerordentlich billiges Arbeitsmaterial. In der Hausindustrie finden überhaupt alle sozial rückständigen Schichten der Bevölkerung mit den niedrigsten Bedürfnissen ihre Zuflucht. Der Arbeiterzustrom vom Lande nach den Städten findet in der Hausindustrie hauptsächlich Unterkommen und Verwendung. Der Unternehmer sucht in der Hausindustrie alle die gesetzlichen Verpflichtungen abzuschütteln, die der großindustrielle Fabrikunternehmer hat. Der Unternehmer in der Hausindustrie erspart die Kosten des Arbeitsraumes, der Betriebsmittel und der Verpflichtungen der Sozialreform. Außerdem wälzt er erfolgreich das ganze Risiko der Krise größentheils auf die Schultern der Arbeiter ab. Der Unternehmer kümmert sich nicht darum, ob die Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind oder nicht.

Aus der Hausindustrie des Kleinmeisters hat sich nun eine andere Form entwickelt. In vielen Branchen bildet sich das Sweating- oder Schwitzsystem aus. Es ist folgendermaßen entstanden. Früher beschäftigten die Unternehmer einzelne hausindustrielle Arbeiter. Die Arbeit steigerte sich, und nun suchten die Unternehmer die fähigsten Arbeiter heraus und gaben ihnen die Arbeit in erster Linie. Die Arbeiter wurden allein nicht fertig. Sie engagirten wieder Arbeiter. Das lag in ihrem Interesse und in dem der Unternehmer. Die Betriebsunternehmer hatten den Vortheil, nur mit wenigen Arbeitern zu thun zu haben. Andererseits konnte in der Saison ein großes Arbeitsquantum fertig

gestellt werden. Der Lohn, den die Zwischenmeister erhielten, blieb der gleiche, wie bei den früheren einzelnen Hausindustriellen. Wollte der Zwischenmeister einen Gewinn herausschlagen, so mußte er auf die Löhne der von ihm beschäftigten Arbeiter drücken. Der wirkliche Arbeitslohn verkleinerte sich immer mehr und die Wirkungen verallgemeinerten sich. Die Arbeiter und Arbeiterinnen geriethen in eine sich stetig steigernde Abhängigkeit. Aus dem Zwischenmeister entstand der Schwitzmeister. Diejenige Form der Hausindustrie war erreicht, welche die Arbeiter zu ungeheuerer Ausdehnung der Arbeitszeit und außerordentlichster Anspannung ihrer Kräfte zwingt, sie den denkbar niedrigsten Lohn vom Zwischenmeister beziehen, in ungesunden Arbeitsräumen dahinsiechen läßt und das ganze Risiko der Krise auf ihre Schultern legt. Das ist die Ursache, weshalb das Schwitzsystem sich immer weiter verbreitet.

Ich will nur die wichtigsten Industrien durchgehen, wo diese Erscheinung hervortritt. In der Weberei, die heute sich im Uebergangsstadium von dem hausindustriellen Betrieb zum großkapitalistischen befindet, besteht noch der alte Grundsatz, daß der Hausweber wenigstens einen bestimmten Bruchtheil, etwa $^2/_3$ des Lohnes, den er bekommt, an seinen Arbeiter abführt. Das Zwischenmeistersystem findet sich hier in den Faktoren begründet, Personen, die die Arbeit zwischen den Großindustriellen und den Hauswebern vermitteln. Die Weber nennen das System Schlumpssystem. Der Umfang dieses Faktorwesens mit seinen verderblichen Wirkungen ist ganz beträchtlich. Nach dem Bericht des Bürgermeisters Dr. Ebeling wurden 1890—91 von Meeraner Firmen ca. 14 000 Handweber beschäftigt, derselbe Bericht besagt aber, daß in Meerane nur 1422 Handstühle gehen, demnach werden 12 678 Handweber durch Faktore außerhalb beschäftigt. Diese fürchterliche Konkurrenz haben die Meeraner Weber auszuhalten. Kein Wunder, daß die Verhältnisse dort höchst traurig sind. Gerade hier wird bei außerordentlich langer Arbeitszeit ein Lohn herausgeschlagen, der zum Existiren unzulänglich ist. Dr. Gustav Lange bemerkt in seinen Untersuchungen über die Hausindustrie Schlesiens, daß die große Mehrzahl der Weber Schlesiens nicht über einen wöchentlichen Verdienst von 6—$6^1/_2$ Mk. hinauskommen. Aehnlich steht es in der Portefeuille-, Leder- und Galanteriewaaren-Industrie, Branchen, in welchen in der Saison in der Hausindustrie vom frühen Morgen bis zum späten Abend gearbeitet wird, wo die Wohnräume unzulänglich sind, weil in denselben Räumen die Produkte getrocknet werden und die Arbeiter alle hier entströmenden Dünste einathmen. Die Löhne sind hier minimal, sie betrugen nach einer neueren Gewerkschafts-Statistik bei zwölfstündiger Arbeitszeit wöchentlich durchschnittlich 15 Mk., wovon noch eine Summe für Nebenausgaben abgeht. Auch hier berücksichtigt der Unternehmer möglichst die hausindustrielle Form, weil sie ihm weniger Scherereien macht. Charakteristisch ist die Stadt Offenbach, wo ein großes Geschäft 200 Arbeiter in Werkstätten und 400—450 außerhalb beschäftigt. Der Minimallohn betrug für Arbeiter 8—9, der Durchschnittslohn 15, der höchste Lohn 24 Mk., für Arbeiterinnen 4 Mk., 7,50 Mk. und 12 Mk. bei 10—14stündiger Arbeitszeit. Auch in der Sattlerei ist das Schwitzsystem sehr entwickelt, ebenso in der Schirmindustrie, wo die Löhne außerordentlich niedrig sind. Besonders schlimm steht es in der Thüringer Spielwaaren-Industrie. Eine Familie schlägt in einzelnen Branchen bei anspannender Arbeit wöchentlich nur 6—8 Mk. heraus. Die Wohnräume sind so schlecht wie möglich. In Schlesien haben die sozialen Zustände das niedrigste Niveau erreicht, besonders in der Konfektionsbranche. Die Unternehmer, die kürzlich in so außerordentlich patriotischer Weise das Sedanfest gefeiert haben, haben allen Grund dazu gehabt, da ihre Industrie infolge des Krieges einen großen Aufschwung nahm, aber die Arbeiter leben hier in Verhältnissen, die so schlimm sind wie nirgendswo.

Von Jahr zu Jahr wird es mit der Zwischenmeisterei schlimmer. Die Werkstätten werden von den Unternehmern mehr und mehr aufgehoben; sie verlegen die Produktion in die Hausindustrie. In der Konfektion ist gegenwärtig ein neues Ausbeutungssystem in der Entwicklung begriffen: das Kontraktorensystem; es besteht darin, daß der einzelne Betriebsunternehmer möglichst nur mit einer Person zu thun hat, mit dem Kontraktor. Dieser, eine kapitalkräftige Person, bekommt gegen Kontrakt ein bestimmtes Waarenquantum und sorgt für die Herstellung der Sachen. Der Kontraktor vergiebt die Waaren wiederum an den Zwischenmeister, welcher sie einrichtet, das nöthige Zubehör beilegt und die Sachen dann entweder in seinen Werkstätten oder in der Hausindustrie anfertigen läßt. Also jedes Stück durchläuft eine Reihe von Händen. Jeder berechnet sich seinen Gewinnantheil. Die wirklichen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten aber den niedrigsten Antheil; auf ihre Schultern wird der ganze Druck abgewälzt. So vermehrte sich mit der Entwicklung dieser Industrie die Zahl der Zwischenglieder, welche zwischen Unternehmer und Arbeiter treten. Der Fabrikant selbst kennt oft das Elend der Arbeiter gar nicht, und deshalb waren die offiziellen Erhebungen aus den Jahren 1885/87, obgleich sie ein schauerliches Bild ergaben, doch vollständig täuschend, weil sie sich stützten auf Nachfragen bei Fabrikanten, in deren Büchern allerdings bedeutend höhere Posten als Arbeitslöhne verzeichnet sind, als ihn die Arbeiter in der That erhalten. Die Fabrikinspektionsberichte sprechen sich über das Elend in der Konfektion mehrfach sehr deutlich aus. So berichtet der Elberfelder Beamte, daß die Beamtenfrauen und -Töchter auf den Lohn der Arbeiter drücken. Auch wurde konstatirt, daß, wo die Prostitution vorkommt, sie nur die Folge der elenden Lage der Arbeiterinnen ist. So ist es seit langer Zeit, und doch steht noch heute unsere Arbeiterschutzgesetzgebung auf dem Standpunkte, daß sie für die Hausindustrie nichts thun kann und darf. Mit den Arbeitern direkt hat der Unternehmer nichts zu thun. Die Arbeiter verlieren bei den oft selbst in elender Lage lebenden Zwischenmeistern oft den Lohn, und die Gerichtsverhandlungen zeigen, um welche Beträge und um was für Löhne es sich da handelt. 80 Pfennige, 1,50 Mk. sind da Streitobjekte; wie muß die Lage der Leute sein, die wegen solcher Beträge Prozesse anstrengen? Ein anderer Mißstand ist der, daß in der Stapelwaarenbranche Leute zu Zwischenmeistern geworden sind, die von der Schneiderei gar nichts verstehen, sondern meist lediglich durch die Heirath mit einer Schneiderin oder Konfektionsarbeiterin in diese Branche gekommen sind. Da sind alle Stände vertreten, die man sich denken kann.

Am meisten gedrückt sind natürlich die Arbeiterinnen. In den letzten fünf Jahren sind die Löhne um die Hälfte zurückgegangen, und wenn heute eine Konfektionsarbeiterin einen Durchschnittslohn von 10 Mk. hat, so ist er gut. Die Konfektionsgeschäfte machen oft einen recht elenden Eindruck, und doch ist ihr Verdienst gar nicht so gering. Die Arbeiterinnen wissen oft nicht einmal, was die Zwischenmeister als Lohn erhalten. Freilich ist mit der Zeit auch die Stellung der Zwischenmeister ungünstiger geworden. Unter den fortwährenden Lohnabzügen haben nämlich auch die Meister zu leiden, aber den Hauptschaden haben doch die Arbeiterinnen, die nicht selten am Ende der Woche viel weniger Lohn erhalten, als ihnen am Anfang versprochen wurde. Die Zahl der Konfektionsarbeiterinnen ist ganz bedeutend; so haben wir allein in der Berliner Ortskrankenkasse 19 000 Mitglieder. Meine Broschüre über das Schwitzsystem ist Ihnen übergeben worden; dort können Sie eine ganze Menge Beispiele zur Illustration der Lage der Konfektionsarbeiterinnen sammeln und sie nach Wunsch ergänzen.

Gegen die Beaufsichtigung der Werkstätten der Heimarbeiter ist oft eingewandt worden, dazu seien viele Beamte nöthig. Ich denke, daß man für

kulturelle Aufgaben doch wohl ebensoviele Tausende ausgeben kann als für kulturwidrige Zwecke, wie für den Militarismus Millionen. Freilich suchen sich manche Kleinmeister dagegen zu wehren, aber wir haben es gar nicht zu bedauern, daß die Kleinmeister mehr und mehr verschwinden; man kann seine Weiterexistenz nur durch die Schädigung der Arbeiter und Arbeiterinnen ermöglichen. Die sogenannte Freiheit des Heimarbeiters sieht in der Praxis anders aus, als man denkt. Es ist die Freiheit, Tag und Nacht arbeiten zu müssen. Wir können eine etwas günstigere Entwicklung nur dadurch ermöglichen, daß wir den Unternehmer zwingen, größere Betriebe und Arbeitsräume selbst einzurichten. Gegenwärtig nimmt die Hausindustrie im Allgemeinen zu, und das ist die Wirkung davon, daß die Kinder- und Frauenarbeit in Fabrikbetrieben etwas abnimmt. In dem Bericht des Gewerbeinspektors für Frankfurt a. M. heißt es darüber:

„Es steht zu befürchten, daß ein großer Theil der bisher in Fabriken beschäftigten Kinder der Hausindustrie zufällt, wo theilweise unter erheblich ungünstigeren Verhältnissen gearbeitet wird als in der Großindustrie."

Der Gewerbeinspektor des Regierungsbezirks Minden sagt in seinem Bericht darüber:

„Daß hier der Kinderschutz die Kinder aus den Fabriken in die Hausindustrie mit ihren oftmals unhaltbaren Verhältnissen gedrängt hat, ist schon wiederholt angeführt worden: nunmehr zeigt sich der Vorgang auch bei den erwachsenen Arbeiterinnen."

Diese Berichte konstatiren den Mangel der Arbeiterschutz-Bestimmungen; die scheußlichsten Mißstände bleiben unberührt. Besonders bedenklich ist die Verbreitung von ansteckenden Krankheiten durch die Kleidungsstücke, die in den elenden Werkstätten hergestellt sind. Ueberall, wo Untersuchungen stattgefunden haben, wird der gesundheitsschädliche Einfluß der Hausindustrie konstatirt. Ein großer Theil der hier beschäftigten Personen geht an Lungenkrankheiten zu Grunde. Emanuel Hans Sax konstatirt in seinen Untersuchungen über die Hausindustrie in Thüringen, daß in Sonneberg 44 pCt. der Hausindustriellen, welche über 15 Jahre alt sind, an Lungenkrankheiten zu Grunde gehen. Es ist deshalb durchaus nothwendig, daß wir uns endlich damit befassen und für eine Besserung auf diesem Gebiete einzutreten. Der Bundesrath kann schon jetzt auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung bessernd eingreifen. Er hat aber bisher keinen Gebrauch davon gemacht. Es ist Zeit, daß die Fraktion im Reichstage auf diesem Gebiete helfend eintritt. Die Arbeiter haben hier nichts mehr zu verlieren, es muß eine gemeinsame Agitation stattfinden, die Massen müssen aufgerüttelt werden, der Gesellschaft muß ihr Spiegel vorgehalten werden. Dazu brauchen wir nicht allein die Sympathie, sondern auch die thatkräftige Unterstützung aller Genossen. Andere Länder haben auf diesem Gebiete schon Erfolge aufzuweisen, z. B. England, bei uns in Deutschland aber besteht kein Verständniß dafür, obgleich die Hausindustrie bei uns sehr entwickelt ist. Die Kommunen, wo die liberalen Stadtväter herrschen, wollen nicht vorangehen. Wie schlimm es mit dem Schwitzsystem in der Hausindustrie steht, sieht man daraus, daß hier sogar noch billiger fabrizirt wird als in Zuchthäusern und Gefängnissen. Wir müssen den Staat zwingen, die Vorschriften zu erlassen, die nothwendig sind, eine Degeneration des Volkes zu verhindern. Jetzt wird durch die Hausindustrie ein Lumpenproletariat erzeugt, das den Kampf nicht bestehen kann. Ich bitte Sie deshalb, meine Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Die vom Referenten vorgeschlagene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die moderne Hausindustrie ist die dezentralisirte Form des kapitalistischen Großbetriebes. In der Hausindustrie vermag der kapitalistische Unternehmer die Ausgaben für die Betriebswerkstätten, die Hilfsstoffe, für Beheizung und

Beleuchtung auf die Arbeitskräfte abzuwälzen, die Ausgaben für die vorschriftsmäßige Beschaffenheit der Arbeitsräume und für die verschiedenen Arten der Arbeiterversicherung zu vermeiden, kann er die billigsten und widerstandsunfähigsten Arbeitskräfte — Frauen und Kinder — in weitestem Umfange der rücksichtslosesten Ausbeutung dienstbar machen und dadurch auf die Arbeitsbedingungen der übrigen Arbeiter einen Druck ausüben.

Bei längster Arbeitszeit, schlechtesten Arbeitsbedingungen und niedrigsten Löhnen preßt der Kapitalist den hausindustriellen Arbeitern die höchsten Leistungen ab.

Die durch den hausindustriellen Betrieb ermöglichte Stelle des Zwischenunternehmerthums, des Zwischenmeisters, Sweater, treibt die Ausbeutung der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen auf die Spitze und verschärft die Uebel der Hausindustrie aufs äußerste.

Die Hausindustrie überliefert ganze Schichten der arbeitenden Bevölkerung der Verelendung, dem körperlichen, geistigen und sittlichen Verkommen; insbesondere zwingt sie durch Hungerlöhne Tausende von Arbeiterinnen, in der Prostitution einen ständigen Nebenerwerb zu suchen.

Die den bescheidensten Anforderungen eines Kulturmenschen ins Gesicht schlagende Erbärmlichkeit der Erwerbs- und Lebensverhältnisse der Arbeiter in der Hausindustrie und der Umstand, daß dieselben meist isolirt schaffen, erschweren und hindern den gewerkschaftlichen Zusammenschluß, damit den Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen.

Der in Breslau versammelte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärt es deshalb für Pflicht der Arbeiterklasse, durch den politischen und gewerkschaftlichen Kampf mit aller Energie den Mißständen der Hausindustrie entgegenzutreten.

Der Parteitag beauftragt die Vertreter der Partei im Reichstage zu fordern:

1. Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie und Schaffung besonderer Vorschriften, wie solche heute für die Tabakindustrie bestehen.

2. Kontrolle aller hausindustriellen Betriebe durch männliche und weibliche Aufsichtsbeamte, welche Exekutivgewalt besitzen und mindestens zur Hälfte aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen entnommen werden.

Weiter erklärt es der Parteitag für Pflicht der Genossen, den planmäßigen Kampf der Gewerkschaften für die Beseitigung des Zwischenmeistersystems, für die Errichtung von Betriebswerkstätten und die Einführung fester Tarife zu unterstützen.

H. Rohrlack und Genossen stellen hierzu folgenden Antrag:

„Zur praktischen Durchführung der von unserer Partei verlangten gesetzlichen Bestimmungen gehört der Druck von unten. Daher ist es eine unerläßliche Nothwendigkeit, durch energische Agitation in den breitesten Schichten des Volkes Klarheit über die Fragen 1) der Erweiterung des Fabrikinspektorates im Sinne des Antrages 96, 2) im Sinne des Referates Timm zu schaffen, und der Parteitag verpflichtet deshalb den Partei-Vorstand, eine solche Agitation in der nächsten Zeit in Szene zu setzen.

Außerdem liegt von Timm folgender Antrag (129) vor:

Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten, sowie die Vertreter in den Kommunal-Verwaltungen, energisch einzutreten für die ausschließliche Vergebung aller Staats- und Kommunallieferungen an Unternehmer, welche Betriebswerkstellen unterhalten, die allen gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Reißhaus-Erfurt: Ich glaube in der zur Tagesordnung stehenden Frage Erfahrungen gemacht zu haben, da ich auch Zwischenmeister gewesen und

seit ca. 20 Jahren in der Konfektion thätig bin. Aber trotzdem kann ich alles unterschreiben, was Genosse Timm gesagt hat; ich will mir nur wenige Erläuterungen gestatten. In Erfurt haben mit Ausnahme von drei Konfektionsgeschäften alle anderen Betriebswerkstätten, die zum Theil von Zwischenmeistern geleitet werden. Die Werkstätten sind gut eingerichtet, dafür müssen die Zwischenmeister an den Geschäftsinhaber einen bestimmten Theil ihres Lohnes abgeben. Ein Geschäft hat eine Betriebswerkstätte, welche mit allen modernen technischen Hilfsmitteln ausgestattet ist, und werden in dieser unter Leitung von fest besoldeten Zuschneidern ca. 80 Arbeiterinnen beschäftigt. Die Konfektionsgeschäftsinhaber haben dadurch den eminenten Vortheil, daß sie die Arbeiter zur rechten Zeit zur Verfügung haben. Die Hausindustriellen haben den Gipfel ihrer Leistungsfähigkeit erreicht, sie können bei der Kürze der Saison nicht das liefern, was der Fabrikant braucht, und deshalb ist derselbe gezwungen, sich einen Stamm von Arbeitern zu halten. Die industrielle Entwicklung zwingt die Unternehmer wider ihren Willen zur Errichtung von Betriebswerkstätten. Die in der Resolution verlangte Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie haben wir jetzt schon bei denen, die über 10 Arbeiter beschäftigen. Diese werden als Fabrikunternehmungen betrachtet, wenigstens in einzelnen Gegenden. Das eigentliche Schwitzsystem besteht nur in der Herrenkonfektion, in der Damenmäntelbranche ist es noch nicht so weit gekommen, aber auch hier zwingt die Entwicklung die Unternehmer, die kleinen Zwischenmeister zu beseitigen. Wenn behauptet wird, die Zwischenmeister befänden sich immer in einer angenehmen wirthschaftlichen Lage, so trifft dieses nicht zu. Von einem kleinen Prozentsatz läßt sich dieses behaupten, aber die größere Zahl derselben ist in eine so elende Lage gerathen, daß es für sie ein Segen wäre, wenn sie gezwungen würden, in Werkstätten zu arbeiten. Sie konnten die Arbeitslöhne der Arbeiter nicht weiter herabdrücken, weil sie schon so niedrig wie möglich sind. Der Zwischenmeister mußte den Löwenantheil des Ausfalles der gesunkenen Arbeitslöhne und der Ausgaben für die sogenannte Sozialreform tragen. Es ist also falsch, wenn man annimmt, der Zwischenmeister befinde sich in einer glänzenden Lage. Es ist gut, wenn das System verschwindet, aber generalisirend können wir hier nicht vorgehen. Im Interesse der Gesellschaft hat der Staat die Pflicht, die Zustände zu untersuchen und helfend einzugreifen. Ich möchte noch hinzufügen, daß es nöthig ist, die Bestimmungen, die für die Tabakindustrie gelten, auch für die Hausindustrie einzuführen. Durch die Einführung dieser Bestimmungen würde einr ganze Anzahl kleiner Zwischenmeister verschwinden müssen, zu ihrem eigenen und zum Heile der Arbeiterinnen. Ich werde einen dahingehenden Zusatzantrag stellen und stimme im Uebrigen der Resolution Timm zu. (Beifall.)

Dr. Quarck: Ich begrüße es, daß wir auf einem Parteitag ein gewerkschaftliches Thema haben. Ich begrüße es ferner, daß die Vorredner sich so energisch gegen die Proletarisirung weiter Volksschichten gewendet haben. Das ist noch eine kleine Genugthuung für uns. Zur Sache selbst möchte ich drei Anregungen für die Praxis geben, statt auf betriebstechnische Einzelheiten einzugehen. Es müßte durch die Gewerkschaften vom Bundesrath verlangt werden, daß er erklärt, ob die Konfektionswerkstätten von den Fabrikinspektoren zu revidiren sind oder nicht. Jetzt wird die Sache beinahe in jedem Bundesstaat anders gehandhabt. Die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie wird große Schwierigkeiten zu überwinden haben. Die Gewerkschaften müßten spezielle Vorschläge machen, wie sie sich die Sache denken; wahrscheinlich wird die Kontrolle der Hausindustrie darauf hinauslaufen, daß durch Stichproben den Unternehmern die Sache so verleidet wird, daß sie zur Errichtung von Betriebswerkstätten übergehen. Drittens müßten die einzelnen Branchen mit Hausindustrie einmal der Reichskommission für Arbeiterstatistik einen sanften

Rippenstoß geben, damit sie die Enquete über die Hausindustrie, die seit langer Zeit bei ihr angeregt ist, endlich ausführt.

Den Schluß der Diskussion, den Altermann beantragt und Rohrlack bekämpft, wird angenommen.

Das Schlußwort zu seiner Resolution erhält

Timm: Die Zwischenbetriebe müssen schon aus dem Grunde möglichst beseitigt werden, um die soziale Entwicklung der Industrie zu fördern. Reißhaus gegenüber bemerke ich, daß die Zwischenmeister sich freilich nicht immer in einer guten Lage befinden, aber den Schaden haben schließlich doch die Arbeiter. Die Ausführungen von Quarck leiden daran, daß er sich um praktische Erfahrungen nicht gekümmert hat. Er irrt sich, wenn er glaubt, ich will den „kleinen Bauer" in der Hausindustrie erhalten, nein, ich will der Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen entgegentreten. Ich will nicht gern schulmeistern, aber wenn Quarck solche unangebrachten Beemrkungen macht, so rathe ich ihm, erst Erfahrungen zu sammeln, bevor er zu schulmeistern versucht. Im Uebrigen stimme ich Quarck zu (Heiterkeit), nur möchte ich noch betonen, daß es Zeit ist, endlich hier Besserung zu schaffen, und das kann nur durch eine Agitation von unten herauf geschehen.

Inzwischen ist das Amendement Reißhaus eingegangen, in Absatz I der Resolution Timm hinter „Hausindustrie" einzufügen

„und Schaffung besonderer Vorschriften, wie sie schon heute für die Tabaksindustrie bestehen".

Die Abstimmung ergiebt die Annahme der Resolution mit dem Amendement Reißhaus, sowie Annahme des Antrages 129; der Antrag Rohrlack wird abgelehnt.

Es wird zu Punkt 8: **Anträge zum Parteiprogramm und Organisation** geschritten. Zur Debatte stehen die Anträge 5, 10—17, 51—58.

Antrag 5 wird genügend unterstützt.

Zur Begründung spricht Timm: Der Antrag ist mit veranlaßt durch das Ergebniß des Frankfurter Parteitages. Bei wichtigen Abstimmungen müssen die Stimmen der Wählerzahl der Delegirten proportional zum Ausdruck kommen. Der Antrag wird diesmal schwerlich angenommen werden, aber die Delegirten können die Anregung in die Wahlkreise mitnehmen.

Stadthagen: Daß das Stimmrecht der Genossen, die bei einer Abstimmung persönlich betheiligt sind, ruht, ist selbstverständlich. Daß ferner darin eine Ungerechtigkeit liegt, wenn Vertreter kleiner und großer Wahlkreise dasselbe Stimmrecht haben, ist zwar richtig, und die Schwierigkeit ist bereits bei der Festsetzung des Organisationsstatuts erörtert worden. Aber der Weg, den Sie eingeschlagen, um dieser Schwierigkeit aus dem Wege zu gehen, ist nicht gangbar. Da ginge es schon eher zu bestimmen, daß Wahlkreise von der und der Größe so und so viel Delegirte entsenden dürfen.

Stolten-Hamburg: Es ist wunderbar, daß von Berlin so merkwürdige Anträge kommen. Dieser Antrag ist unannehmbar, denn die jetzt bestehende Ungerechtigkeit wird dadurch nicht verringert, sondern vergrößert. Die kleinen Kreise, die nicht vertreten sein können, kommen dadurch zu kurz. Es läßt sich kein Berechnungssystem durchführen, also bleiben wir vorläufig bei dem alten System. Wenn Sie wirklich gerecht sein wollten, so müßten Sie bestimmen, daß jeder Wahlkreis im Verhältniß zur Zahl der abgegebenen Stimmen Delegirte entsendet.

Emmel-Saarbrücken: Die Berliner haben am allerwenigsten Ursache, sich zu beklagen. 34 Berliner sind anwesend. (Unruhe.) Offenbar verstehen sie es sehr gut, sich aus den umliegenden Wahlkreisen Mandate zu verschaffen. (Widerspruch.) Die großen Wahlkreise sind immer gut vertreten.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag 5 wird in seinem ersten Theile angenommen, im zweiten abgelehnt.

Ueber Antrag 10 und 11 wird zusammen debattirt.

Antrag 10 begründet Hering-Flensburg: Es läßt sich nicht verkennen, daß über den Satz „Religion ist Privatsache“ verschiedene Auffassungen bestehen. Oft verbietet man mit diesem Satz überhaupt alle Diskussion über Religion innerhalb der Partei. Um alle Stegmüllereien in Volksversammlungen zu vermeiden, wünscht man nun eine Klärung der Frage. Ich würde vorschlagen, die Worte „Religion ist Privatsache“ einfach zu streichen. Darüber ist kein Zweifel, daß sich eine theologische Auffassung mit der sozialistisch-materialistischen nicht verträgt. Aber wir sind eine demokratische Partei und verlangen für Alle volle Gewissensfreiheit; da aber dieser Passas immer von Neuem zu Mißverständnissen Anlaß giebt, so muß man ihn einmal ändern; wir wollen auch für uns im Interesse der materialistischen Auffassung volle Freiheit, die uns jetzt verwehrt ist.

Metzger und Genossen beantragen, über Antrag 10 und 11 zur Tagesordnung überzugehen.

Nachdem Thierbach für diesen Antrag gesprochen hat, wird er angenommen.

Antrag 12 ist durch den Beschluß in der Agrarfrage erledigt, ebenso Antrag 15 und 17.

Deppe regt an, über alle Anträge auf Aenderung des Programms zur Tagesordnung überzugehen.

Singer widerspricht dieser Anregung.

Anträge 13 und 16 finden nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 14 wird zurückgezogen.

Zu Antrag 30 reicht die Unterstützung nicht aus.

Zur Diskussion gelangen die Anträge 51 bis 58.

Antrag 51 findet nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 52 begründet Hoch-Berlin: Der Antrag ist ein Zweckmäßigkeits-Antrag. Wenn der Partei-Vorstand einmal rasch zusammentreten muß, sollen die Kontrolleure in einem halben Tag Eisenbahnfahrt Berlin erreichen können. Auch Sparsamkeitsgründe sprechen dafür. Die Berliner wollen nicht, daß alle Kontrolleure aus Berlin genommen werden. Auch die nächstliegenden Wahlkreise sollen Kontrolleure stellen. Berlin ist übrigens nur durch 15 Delegirte vertreten, nicht durch 34, wie Emmel behauptete. Es ist auch nicht gesagt, daß Berlin immer Ort des Partei-Vorstandes sein muß.

Oertel-Nürnberg bekämpft den Antrag. Wenn die Kontrolleure nur die Quittungen zu kontrolliren hätten, so wäre der Antrag angebracht, weil dann unnöthige Reisekosten vermieden werden. Thatsächlich aber hätten die Kontrolleure auch viel mit Angelegenheiten aus und in der Provinz zu thun; die Kostenersparung sei also eine sehr geringe. Die Berliner bringen es durch ihre Anträge soweit, daß Niemand sie ernst nimmt. (Widerspruch.) Ein Berliner Antrag, der angenommen wird, sei als Rarität zu betrachten.

Schoenlank: Die Berliner Anträge gehen auf jedem Parteitag so zahlreich ein, daß ich nicht verstehe, wie die Berliner immerfort von Bescheidenheit reden können. (Zuruf: Sozialistische Agrarier!) Ja, die sozialistischen Agrarier haben sich allerdings einer großen Bescheidenheit befleißigt. Die Berliner Anträge haben fortgesetzt das Schicksal, Berliner Anträge zu bleiben. (Oho!) Arons hat seinen ersten Antrag, der so glänzend durchfiel, damit begründet, daß es doch ein sehr bescheidener Antrag sei, und doch beantragte er nichts weniger, als in der Partei das Zensuswahlsystem einzuführen. (Sehr richtig!) Jetzt wollen es die Berliner dahin bringen, daß die Kontrollkommission eine Nebenabtheilung der Berliner Preßkommission wird.

Es giebt aber doch neben Berlin auch noch einige Dörfer, die sogenannte Provinz. Freilich ist Berlin die Sonne der Intelligenz, selbstverständlich! Erst sollen die Berliner zeigen auf dem Parteitage, daß sie auch würdig sind, der ganzen Partei zu präsidiren; aber die Delegirten in der Provinz sagen doch, daß die Berliner noch viel zu lernen haben. Es genügt nicht, mit Bescheidenheit zu posiren, sondern sie auch zu üben.

Ein Antrag, über Antrag 52 zur Tagesordnung überzugehen, wird von Beims begründet, von Bebel unter Hinweis auf die Schoenlank'schen Angriffe bekämpft und abgelehnt.

Brécour-Kiel: Wenn die Berliner sich über die ungenügende Berücksichtigung ihrer Anträge beschweren, so dürfen sie den Grund hierfür doch nicht verkennen. Er liegt darin, daß die meisten Berliner Anträge darauf hinauslaufen, den Berlinern Vorrechte zu verschaffen. So auch hier. Die Kontrolleure haben wichtige Rechte; unter anderen auch das Recht, plötzlich eintretende Vakanzen im Vorstand zu besetzen. Dies Recht können wir nicht ausschließlich den Berlinern überlassen.

Kiesel-Berlin: Die Bescheidenheit der Berliner Parteigenossen reicht keineswegs an die Bescheidenheit des Genossen Schoenlank heran. Wenn ferner der Genosse Oertel mit dem Brustton der Ueberzeugung sagt, die Berliner wollen die Kontrolleure nur aus ihren Reihen gewählt sehen, so ersuche ich ihn, sich den Antrag genauer anzusehen. Derselbe will, daß die Kontrolleure möglichst von den Genossen der Umgegend gewählt werden. Die Behauptung, daß nur die Berliner Kontrolleure sein wollen, ist ungerecht. Derartige Vorschläge sind aus Halle und anderen Kreisen gemacht worden. Wir haben dies Recht nie beansprucht. Wir waren nur bestrebt, die Kosten zu verringern und wir werden uns durch Ihre Kritik nicht abschrecken lassen, Anträge zu stellen, die wir nach unserer Ueberzeugung für richtig halten. Wir nehmen für uns das Recht in Anspruch, genau so gut die Interessen der Partei zu vertreten wie Sie. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Antrag 52 wird abgelehnt.

Schluß $7^1/_4$ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 12. Oktober 1895.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Es sind mehrere Begrüßungsschreiben eingegangen. Mit großer Freude wird die telegraphisch an den Parteitag gelangte Mittheilung von dem glänzenden Sieg der Sozialdemokraten in Mannheim bei den Wahlen zum badischen Landtage aufgenommen.

Der Impfgegnerverein in Chemnitz wünscht die Forderung auf Aufhebung des Impfzwanges in das Programm aufzunehmen.

Zu der zirkulirenden Vorschlagsliste für die Neuwahl des Partei-Vorstandes bemerkt Hoch im Namen der Berliner Delegirten, daß diese sich nur auf zwei Kandidaten zum Amt der Kontrolleure geeinigt haben, nämlich auf die Namen Metzner und Börner; alle übrigen auf der Liste figurirenden Berliner rührten nicht von ihnen her.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten und die Berathung der **Anträge zum Programm und Organisation** fortgesetzt.

Antrag 53 wird begründet von

Dr. Arons: Auf dem Kölner Parteitag lag ein Antrag vor, daß kein Parteigenosse länger als zwei Jahre dem Vorstand ohne Unterbrechung angehören dürfe. Unser „bescheidener" Genosse Schoenlank bemerkte dazu, daß der Antrag

undurchführbar sei. Das Mißtrauen sei eine demokratische Tugend, und wir müßten daran denken, für den Nachwuchs zu sorgen. Jedenfalls seien wir mit der bisherigen Art der Besetzung sehr gut gefahren und wollen nichts daran ändern. Darin sind wir mit Schoenlank einig. Wir müssen für Nachwuchs sorgen und es ist nützlich, wenn in stetem Wechsel frisches Blut dem Vorstand zugeführt wird. Das will unser Antrag. Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß der Antrag heute angenommen wird. Wir verkennen die Bedenken gar nicht, die er hervorrufen kann. Einmal sind es die materiellen Konsequenzen, die bedenklich machen können, zweitens die Auswahl der Personen. Wir wollen Sie deshalb nicht vor ein Ja oder Nein stellen, sondern bitten Sie nur, folgender Resolution zuzustimmen:

„Der Breslauer Parteitag empfiehlt den Gedanken des Antrags 53 den Genossen im Lande zu reger Diskussion und überläßt die Beschlußfassung über diesen Gegenstand dem nächstjährigen Parteitag."

Frohme fragt, ob die Beisitzer aus dem Kreise der Berliner Genossen genommen werden sollen oder nicht.

Arons erwidert, daß die Antragsteller sich gedacht haben, daß die Beisitzer nicht aus Berlin zu sein brauchten. Wünschenswerth wäre dies allerdings im Interesse der Geschäftsführung.

Müller-Arheilgen: Die Berliner sind sicher, daß ihr Antrag abgelehnt wird. Um aber nicht so wie gestern hereinzufallen, wählen sie die Form der Resolution. Die Beisitzer müssen doch wohl in Berlin wohnen, sonst würden ja alle zwei Jahre sehr große Umzugskosten entstehen. Ich bitte, die Resolution abzulehnen.

Hiermit schließt die Debatte. Die Resolution wird angenommen.

Zu Antrag 54 liegt ein Amendement Galm vor, dem Antrage folgenden Satz hinzuzufügen:

„Die Delegirten werden in öffentlichen Versammlungen beziehungsweise Wahlkreiskonferenzen gewählt. Unzulässig ist, von einem besonderen Orte des Kreises aus Delegirte nachzuwählen."

Gegen Antrag 54 spricht Groth-Rostock: Ich bitte Sie, den Antrag in der Fassung, wie er vorliegt, abzulehnen. In „öffentlichen Parteiversammlungen" können die Mecklenburger weder Delegirte noch sonstige Vertreter wählen. Unser Vereinsgesetz enthält nämlich die Bestimmung, daß nur nach Genehmigung des Ministeriums eine öffentliche Versammlung abgehalten werden darf, wir aber erhalten niemals diese Erlaubniß. So oft die Gegner eine Versammlung abhielten, haben wir regelmäßig den Antrag beim Ministerium gestellt, auch eine öffentliche Versammlung abhalten zu wollen, regelmäßig ist aber unser Antrag abgelehnt worden. Mit der Annahme des beantragten Paragraphen in das Organisationsstatut würden Sie uns um die Vertretung am Parteitag bringen.

Galm-Seligenstadt: Es sind bisher bei der Wahl der Delegirten Fehler vorgekommen, das zeigt die Wahl des Mainzer Delegirten. Ein Mangel liegt darin, daß wir keine festen Bestimmungen für die Wahlen haben. Die vereinsgesetzlichen Bestimmungen sind allerdings dafür wenig günstig, einheitliche Vorschriften aufzustellen; im Allgemeinen aber dürfte es doch ganz gut möglich sein, in öffentlichen Versammlungen oder in Bezirkskonferenzen die Wahlen vorzunehmen.

Zu Antrag 54 wird beantragt:

Die Wahl der Vertrauensleute und Delegirten zum Parteitage darf weder in Vereins- noch in öffentlichen Versammlungen, die von Vereinen einberufen sind, erfolgen.

Altermann-Freiberg bittet, den Antrag anzunehmen; dadurch wäre es möglich, bei jeder Gelegenheit in einer Kreisversammlung einen Vertrauensmann auf ein Jahr zu wählen.

Göbel-Mainz bekämpft den Antrag.

Die Abstimmung ergiebt die **Ablehnung** des Amendements und des **Antrages** sowohl in der ursprünglichen als in der neu gewählten Form.

Antrag 55 wird nicht genügend unterstützt, ebensowenig Antrag 56.

Ueber Antrag 57 und 113:

Unterzeichnete beantragen, den Beschluß des Frankfurter Parteitages, wonach Reichstagsabgeordnete kein Mandat für den Parteitag annehmen dürfen, aufzuheben.

Carl Meist. Kaden. Oertel. Metzner. Geck. Hug. Schulze.

wird gemeinsam debattirt.

Gewehr-Elberfeld begründet Antrag 57: Die Abgeordneten, die an dem Parteitag theilnehmen, müßten ebensogut ein Mandat haben wie andere Genossen, damit nicht ein künstlicher Gegensatz erzeugt wird. Wenn besondere Umstände die Anwesenheit eines Abgeordneten nöthig machen, so stehe es nach dem Antrage dem Parteivorstande zu, dieselben zu berufen.

Antrag 113 wird von **Meist** begründet: Der Beschluß des Frankfurter Parteitages, wonach Reichstagsabgeordnete kein Mandat für den Parteitag annehmen dürfen, ist ohne Logik. Weshalb sollen die Abgeordneten gewissermaßen als Genossen zweiter Klasse behandelt werden? Nehmen Sie unsern Antrag an. Schaffen Sie den Zustand wieder, wie er vor dem Frankfurter Parteitag war.

Brühne-Frankfurt schließt sich diesen Ausführungen an. Der Frankfurter Antrag ist seiner Zeit nicht genügend diskutirt worden. Der Elberfelder Antrag ist dagegen abzulehnen.

Die Diskussion wird geschlossen. Der Antrag 113 wird **angenommen**, der Antrag 57 abgelehnt. Antrag 58 ist durch den vorigen Beschluß erledigt.

Die Verhandlungen werden unterbrochen, und der **Bericht der Neuner-Kommission** wird entgegengenommen. Berichterstatter ist

Blos: Die Kommission hat im ganzen mit nur 3 Angelegenheiten zu thun gehabt; die größte Arbeit machte uns die Danziger Angelegenheit. Wir haben dafür gesorgt, daß der Hauptangeklagte, Jochem aus Danzig, vor uns erschien, trotzdem er sich der Reise zu entziehen versuchte und gegen die ganze Prozedur protestirte. Die ganze Angelegenheit ist ein alter Streit, in dem Jochem seit lange die Hauptrolle spielt. Die Parteithätigkeit Jochem's ist nicht tadelnswerth, wohl aber die Art und Weise, wie er die inneren Parteiangelegenheiten zu erledigen trachtete.

Der Partei-Vorstand hat durch Gerisch eine Einigung versuchen lassen. Es giebt nämlich nur ein Lokal in Danzig, in dem sich die dortigen Genossen versammeln können, und das ist im Besitz Jochem's resp. seiner Frau. Daraus, daß nun auch seine Opposition dieses Lokal benutzen muß, ergeben sich mancherlei Unannehmlichkeiten. Ob es wahr ist, daß Jochem das Lokal auf unreelle Weise an sich gebracht hat oder nicht, haben wir nicht entscheiden können; schön mag er vielleicht nicht gehandelt haben. Die Hauptsache ist, daß sich Jochem zum westpreußischen Parteischulzen aufwirft und seine Gegner mit groben Worten nach Unteroffiziersmanier behandelt; sogar Parteigenossen hat er durch die Polizei aus seinem Lokal entfernen lassen. Jochem entschuldigte sich damit, daß auch die Gegner grob gewesen seien, und das stimmt allerdings. Um die Geschichte zu verstehen, muß man hinter die Koulissen blicken. Die Beschwerde der Danziger Genossen richtet sich nämlich mehr gegen die Frau Jochem, als gegen ihn selbst. Gerisch hat mit vieler Mühe eine Art Vergleich zu Stande gebracht; aber es war doch nur ein fauler Friede, und zwar deshalb, weil eine Kommission eingesetzt wurde, die das Lokal Jochem's beaufsichtigen sollte. Diese Kommission gab der Frau Jochem natürlich viel Anlaß zu bösen Redensarten. Die Streitigkeiten brachen also bald wieder aus. Man kann zwar durchaus nicht lediglich einer Seite die Schuld aufbürden, aber Genosse Jochem hat auch nicht ein Titelchen von dem zugegeben, was gegen ihn vorlag, selbst wenn sein Vergehen

noch so klar erweislich war. Wir sind zu der Meinung gekommen, daß zur Herstellung des Friedens in Danzig schärfere Mittel anzuwenden sind und schlagen Ihnen deshalb folgenden Antrag zur Annahme vor:

Die Parteidifferenzen in Danzig sind durch beide Theile verschuldet. In Anbetracht aber, daß die Person des Genossen Jochem hauptsächlich einer Einigung der streitenden Theile im Wege steht, erklärt der Parteitag, daß Genosse Jochem nicht geeignet ist, einen Vertrauensposten in der Partei zu bekleiden.

Der Antrag ist einstimmig in der Kommission angenommen. Wir haben das Zutrauen zu Jochem, daß er selbst einsehen wird, daß seine Person der Stein des allgemeinen Anstoßes ist, und daß es nicht möglich ist, das Interesse der Partei zu wahren, wenn er sich nicht zurückzieht. Wir haben ferner in Erwägung gezogen, daß Jochem später, wenn die Verhältnisse sich gebessert haben, das wiedergegeben werden kann, was ihm heute aberkannt wird.

Jochem-Danzig: Ich ersuche Sie, dem Beschluß der Kommission nicht zuzustimmen, da ich unvorbereitet hierhergekommen bin und garnichts von dem Antrage gewußt habe. Am Dienstag war eine Versammlung einberufen, um ein friedliches Verhältniß herzustellen, nicht aber um den Delegirten den Auftrag zur Stellung eines solchen Antrages zu geben. Wenn die Delegirten nach Danzig zurückkommen, so posaunen sie aus: Jetzt haben wir Jochem eins ausgewischt, jetzt ist er fertig; der Krieg geht dann wieder von Neuem los. Wir hatten die Absicht, jetzt bei der Neuwahl eine Person zu wählen, die durch ihre neutrale Stellung die Verhältnisse besorgt. Ich habe ja garnicht die Absicht, ein Amt wieder anzunehmen. Genosse Blos hat selbst gesagt, daß von beiden Seiten schwer gesündigt ist; weshalb soll denn ich gerade der Sündenbock sein? Möge der Partei-Vorstand einschreiten, wenn sich herausstellt, daß eine Beilegung der Zwistigkeiten nicht möglich ist! Gegenüber der Behauptung, daß eigentlich meine Frau dahinter steckt, appellire ich an die Versammlung, an die weiblichen Delegirten. (Aha!) Ich muß dagegen auftreten, daß meine Frau in der gemeinsten Weise angegriffen und ihre Ehre in den Schmutz gezogen wird. Ich ersuche Sie also, den Frieden in Danzig nicht zu stören. (Große, lang anhaltende Heiterkeit.) Das kann doch einem Jeden passiren, daß er sich mal verspricht. Stimmen Sie also, wenn Sie den Frieden wieder herstellen wollen, dem Entschluß der Kommission nicht zu!

Inzwischen ist ein Amendement Stadthagen eingelaufen, in dem Antrag der Kommission zwischen „Vertrauensposten“ und „zu bekleiden“ die Worte „in Danzig“ einzufügen.

Zur Begründung bemerkt Stadthagen: Wir können die Gründe der Kommission unterschreiben, aber ich vermag den Schluß nicht zu ziehen, daß Jochem überhaupt unfähig sein soll, einen Vertrauensposten in der Partei zu bekleiden. Es ist ausschließlich eine Danziger Angelegenheit. Ehrenrühriges liegt gegen Jochem nicht vor.

Berger-Danzig wendet sich gegen die Darstellung Jochem's. In der Versammlung, in der die Delegirten gewählt wurden, kam die Jochem'sche Angelegenheit nicht zur Sprache. Sofort nach der Wahl aber erklärte ich als Delegirter, daß ich in Breslau energisch auf Frieden dringen würde. Jochem hat sich über den letzten Versöhnungsversuch des Partei-Vorstandes in höhnischer Weise geäußert. Das Amendement Stadthagen ist unannehmbar. Wenn wir Jochem los sind, so geht er nach Elbing.

Ein Schlußantrag wird angenommen, das Amendement Stadthagen wird nach einigen Schlußworten Blos' abgelehnt und der Antrag der Neunerkommission angenommen.

Blos fährt in seinem Referate fort: Die zweite Beschwerde, die uns vorlag, kam aus Verden und richtete sich gegen den Partei-Vorstand. Sie ging dahin, daß der Vorstand Anträge der Verdener Genossen zum Parteitage

nicht veröffentlicht habe. Die Angelegenheit ist nur dann richtig zu beurtheilen, wenn man die Verdener Verhältnisse kennt. Mir ist bekannt, daß es unter den Verdener Parteigenossen philosophische Köpfe giebt, die in eigenartiger Weise für das Wohl der Partei sorgen. So schlugen sie diesmal eine von Fels zu Meer sich erstreckende Polizeikommission für die Partei vor. (Heiterkeit.) Sie sollte das private und politische Leben der Parteigenossen und die wirthschaftlichen Unternehmungen der Partei überwachen. Das sollte sehr vertraulich geschehen; den Vertrauensleuten war die Stelle des Distrikts-Polizeikommissars zugedacht. (Heiterkeit.) Der Vorstand lehnt es ab, diese Antrage zu veröffentlichen. Nur ein Abschnitt davon, der sich auf andere Angelegenheiten bezog, sollte veröffentlicht werden. Die Verdener haben die nächste Instanz, die Kontrolleure, nicht angerufen, sondern sich gleich an den Parteitag gewandt. Die Neuner-Kommission ist der Ansicht, daß der Vorstand gethan hat, was geboten war. Sie stellt folgenden Antrag:

In Bezug auf die Verdener Beschwerde erklärt der Parteitag: Der Partei-Vorstand ist im Allgemeinen verpflichtet, ordnungsgemäß eingegangene Anträge zu veröffentlichen. Diese Pflicht findet ihre Grenze, wo die Anträge unsinnig oder der Partei schädlich sind. Aus diesem Grunde sind die Beschwerden der Verdener Genossen zurückzuweisen.

Huber-Bremen spricht für die Verdener Beschwerde und ersucht den Parteitag, den Antrag der Kommission abzulehnen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Ueber eine dritte Beschwerde, die des ehemaligen Genossen Flöther-Stadthagen, referirt der Berichterstatter

Blos: Flöther hat beantragt, ihn wieder zu rehabilitiren. Er ist aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er sich in zwei Fällen der Denunziation von Parteigenossen schuldig gemacht hatte; in einem Falle hatte die Denunziation Erfolg gehabt. Die Neuner-Kommission beantragt:

Nach eingehender Prüfung des vorliegenden Materials empfiehlt die Kommission dem Parteitag, den Ausschluß Flöther's als zu Recht bestehend zu erklären.

Der Antrag wird angenommen.

Mit Bezug auf die Wahl der Parteileitung konstatirt der Vorsitzende Singer, daß kein Widerspruch dagegen erhoben wird, daß der Sitz der Parteileitung Berlin bleibt. Der Wahlakt wird geschlossen erklärt.

Zur Diskussion stehen die Anträge 32—42, mit Ausnahme von 36, die sich befassen mit dem Ort, an dem der nächste Parteitag abgehalten werden soll.

Ferner ist der Antrag von Gotha eingegangen, dahingehend, es dem Partei-Vorstande zu überlassen, den Ort zu wählen, daß es aber wünschenswerth sei, einen Ort in der Mitte des Reiches zu wählen.

In der Diskussion über den Ort des nächsten Parteitages spricht

Stolten-Hamburg: Früher haben immer die Hamburger deshalb nicht den Antrag gestellt, den Parteitag in Hamburg abzuhalten, weil Hamburg allzusehr an der Grenze des Reiches liegt. Aber da auch der Parteitag in Breslau, einer Stadt, die ebenfalls an der Grenze des Reiches liegt, so gut besucht ist, haben wir uns gesagt, daß nun auch einmal Hamburg berücksichtigt werden könne.

Haug-Freiburg bittet, Gotha zu wählen, damit nicht wieder wie heute die badischen und württembergischen Genossen von der Theilnahme nahezu ausgeschlossen sind.

Kleemann-Leipzig schlägt Leipzig vor, diese Stadt sei so günstig gelegen, daß der Parteitag dort sehr gut einmal stattfinden kann. Die Polizei sei dort auch nicht schlimmer als wo anders.

Kimmel-Hamburg tritt gegen Hamburg auf, da dort ein geeignetes Lokal nicht zur Verfügung steht. Gotha scheine ihm am günstigsten gelegen.

Dahlen-Halberstadt tritt für Halberstadt ein.

Keil-Mannheim ist der Meinung, daß ein von allen Genossen leicht zu erreichender Ort zu wählen sei und befürwortet Gotha, zumal da er in Erfahrung gebracht habe, daß die dortigen Genossen den Parteitag sehr wohl aufnehmen können.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Singer regt bei der Fülle der Vorschläge schriftliche Abstimmung vor.

Auf Antrag von Fischer-Berlin beschließt die Versammlung, zunächst darüber abzustimmen, ob Gotha gewählt wird.

Die Versammlung entscheidet sich mit großer Mehrheit dafür, daß der nächste Parteitag in Gotha stattfindet.

Von den weiteren zu dieser Frage vorliegenden Anträgen sind die Anträge 37, 38 und 41 durch die vorherigen Beschlüsse erledigt, die Anträge 35 und 42 finden nicht die genügende Unterstützung.

Es folgt die **Berathung der sonstigen Anträge.**

Antrag 1 findet nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 2 und in Verbindung damit Antrag 119:

> Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist ein Referat über die Frauenagitation zu setzen,

wird unterstützt und von Frau Rohrlack begründet. Sie schlägt vor, Frau Zetkin mit diesem Referat zu betrauen.

Antrag 119 wird angenommen und Frau Zetkin als Referentin bestimmt

Antrag 3 begründet Drescher-Berlin: Das Proportionalwahlsystem ist eine der wichtigsten Forderungen der Partei, die selbst von Gegnern als Mittel zur Vernichtung der Sozialdemokratie empfohlen wird. Es ist nöthig, über diesen Punkt Klarheit zu schaffen.

Ohne weitere Debatte wird der Antrag angenommen.

Antrag 6 wird als unzulässig nicht zur Debatte gestellt.

Es folgt die Berathung über die zum Punkt „**Presse**" gestellten Anträge.

Antrag 59 wird nicht unterstützt, Antrag 60 ist hinfällig, da der darin ausgesprochene Wunsch nach Mittheilung von Singer bereits erfüllt ist. Infolgedessen wird der Antrag zurückgezogen.

Antrag 61 begründet Görke-Charlottenburg: Bei dem großen Interesse, welches der Arbeiter an dem Material über die Alters- und Invaliditätsversicherung nimmt, ist es wohl eine bescheidene Forderung, daß uns das Material in Form einer Beilage zum „Vorwärts" zugänglich gemacht wird.

Stadthagen: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Das Material ist ein umfangreiches Aktenstück von 100 Seiten, das nicht gut in einer Beilage gebracht werden kann. Die wenigen Arbeiter, die Interesse daran nehmen, alle diese Zahlen zu lesen, können sich das amtliche Material verschaffen. Außerdem befaßt sich der „Vorwärts" ja auch mit dieser Frage und erstattet fortlaufend Bericht darüber.

Bebel: Auch ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Es ist der Tagespresse ganz unmöglich, die Berichte der Invaliditäts- und Altersversicherung abzudrucken. Thäte man das, so könnte man auch verlangen, die Berichte der Krankenkassen 2c. aufzunehmen. Die Berichte der Invaliditäts- und Altersversicherung füllen übrigens so dicke Bände, daß ein Abdruck ganz unmöglich ist. Die wichtigsten Zahlen des Berichts werden bereits jetzt in unserer Presse veröffentlicht. Wenn aber die vorliegende Anregung dazu dient, daß die Berichte vielleicht noch ausführlicher und sorgfältiger behandelt werden, dann ist es gut.

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 62 wird nicht genügend unterstützt.

Im Laufe der Verhandlungen ist eingegangen Antrag 109:

> Der Parteitag wolle beschließen, der Nettopreis des „Neuen Welt-Kalenders" ist, nachdem der Verkaufspreis von 50 Pf. auf 40 Pf. vermindert worden, entsprechend herabzusetzen.

Block-Dortmund bemerkt, daß die Herabsetzung des Preises den gewünschten Erfolg nicht gehabt hat, weil bei geringerem Preise die Kolporteure weniger verdienen und sich deshalb um die Verbreitung weniger bemühen. Werde von entscheidender Stelle erklärt, daß sich der Nettopreis nicht herabsetzen lasse, so sei er bereit, den Antrag fallen zu lassen.

Bérard-Hamburg: Auf dem vorigen Parteitag wurden die Gründe auseinandergesetzt, die die Herabsetzung des Verkaufspreises des „Neuen Welt-Kalenders" von 50 auf 40 Pf. nothwendig machten. Es geschah, um der Schleuderei der Großhändler entgegenzutreten. Der Preis läßt sich nicht weiter herabsetzen, sonst wird am „Neuen Welt-Kalender" geradezu Geld zugesetzt. In den Provinzialkalendern ist dem „Neuen Welt-Kalender" jetzt schon eine große Konkurrenz erwachsen.

Antrag 109 wird abgelehnt.

Antrag 123 wünscht das tägliche Erscheinen des Offenburger „Volksfreundes" und die Bewilligung der nöthigen Mittel vom Vorstand.

Hierzu ist das Amendement gestellt, die Angelegenheit dem Vorstand zur Prüfung zu überweisen.

Antrag und Amendement finden nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 120: Der Parteitag möge beschließen, den Partei-Vorstand zu beauftragen, eine Neuauflage der Broschüre „Die Lötzener Kettenaffäre" herauszugeben, begründet

Lesche-Altona damit, daß es für die jüngeren Genossen nothwendig ist, zu erfahren, wie man früher gegen Parteigenossen vorgegangen ist.

Fischer-Berlin: Der Zweck des Antrages wird damit erreicht, daß die Genossen sich den „Leipziger Hochverrathsprozeß" anschaffen, worin dasselbe Material behandelt und in ausführlicher Weise zusammengestellt ist. Wir haben uns schon letztes Jahr die Frage gestellt, ob es nicht zweckmäßig sei, im Anschluß an den „Leipziger Hochverrathsprozeß" die „Lötzener Kettenaffäre" folgen zu lassen; wir sind aber davon abgekommen, weil wir den Genossen nicht für dieselbe Sache zweimal Geld abnehmen können.

Der Antrag Kloß-Stuttgart (125): Auf Kosten der Parteikasse den sämmtlichen sozialdemokratischen Parteiblättern des Reiches alljährlich zweimal das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands als besondere Beilage beizulegen, und Antrag Diedrich-Bremen (126): „Der Partei-Vorstand hat für Herstellung eines Verzeichnisses der Vertrauensmänner und der Adressen sämmtlicher Parteiorganisationen Deutschlands zu sorgen und für die Parteigenossen zu veröffentlichen" finden nicht die genügende Unterstützung.

Antrag 64 ist durch einen Beschluß vom Frankfurter Parteitag erledigt.

Antrag 65 begründet Kloß-Stuttgart: Für die Frauen existirt keine geeignete Lektüre, deshalb ist es nöthig, die „Neue Welt" in diesem Sinne auszubilden.

Bérard-Hamburg: Lehnen Sie den Antrag ab, da uns seine Durchführung einen gewaltigen Kostenaufwand von ca. 100 000 Mark verursachen würde; so viel Geld bringen wir nicht auf. Sie haben einen Defizitmacher abgeschafft, den „Sozialdemokrat", schaffen Sie keinen neuen. Auch die bürgerlichen illustrirten Blätter gehen nicht. So hat der Besitzer von Schorer's Familienblatt ungeheure Summen in das Unternehmen gesteckt und vor der Konkurrenz doch die Segel streichen müssen.

Fischer-Berlin: Das im Antrage ausgedrückte Bedürfniß ist unzweifelhaft vorhanden; aber auf dem Wege, den Kloß angedeutet hat, geht es nicht. Die „Neue Welt" ist eine einfache Zeitungsbeilage, und für das Geld, das für diesen Zweck ausgegeben werden kann, können wir kein gutes illustrirtes Blatt schaffen. Neben anderen Schwierigkeiten spielt hier die Redakteurfrage eine große Rolle. Von heute auf morgen läßt sich so was auch nicht machen; aber

ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen, damit der Partei-Vorstand sich mit der Sache näher befassen kann.

Antrag 65 und 66 werden miteinander verbunden.

Bebel: Ich bin dafür, daß Sie Antrag 65 dem Partei-Vorstande zur Erwägung überweisen. Wir haben allerdings im Vorstande bereits darüber unterhandelt. Fischer hat uns auch einen ausführlichen Plan vorgelegt; nach diesem erfordert das eventuell zu schaffende neue Organ gewaltige Summen. Wir müssen das Blatt sehr gut ausstatten, damit es die Konkurrenz der bürgerlichen Blätter aushalten kann. Wir müssen gute Bilder geben, sehr hohe Honorare zahlen. Daß daneben die „Neue Welt" als Beilage bestehen soll, geht nicht an. Das neue Blatt muß Abonnementblatt werden, nicht Beilage. In Bezug auf Antrag 66 füge ich hinzu: wir haben bereits mehrmals im Vorstande darüber Erörterungen gepflogen, daß es mit der „Neuen Welt" kaum so weiter gehen kann. Wir brauchen entschieden bessere Bilder. Auch der Lesestoff muß erweitert werden, vielleicht in der Weise, daß wir eine naturwissenschaftliche Abtheilung einführen, in der die neuesten Entdeckungen und Erfindungen besprochen werden. Wenn Sie den Antrag annehmen, dann haben wir im Vorstande weniger Bedenken, die nöthigen Gelder zu bewilligen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Antrag 65 wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Antrag 66 wird in seinem ersten Theile **angenommen**, im zweiten Theile abgelehnt.

Bei Antrag 67 führt

Block-Dortmund die Gründe an, die die Antragsteller geleitet haben. Man ging von dem Gedanken aus, daß die Partei die moralische Verantwortlichkeit für diese Schundliteratur abschütteln solle. Die Minderheit — zu der auch ich gehörte — war aus praktischen Gründen dagegen, weil nämlich **nicht alle** zu verwerfenden Schriften im Antrage genannt seien und die Herstellung eines genauen Verzeichnisses sehr schwierig sein würde.

Der Antrag wird debattelos **angenommen**.

Antrag 68 findet nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 69 begründet **Sonnenburg**: Es muß möglichst allen im Parteiverlage erscheinenden Literatur ein einheitliches Format gegeben werden. Jetzt haben wir sogar das Protokoll des letzten Parteitages in anderem Format.

Fischer-Berlin: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Solche Anträge müssen bestimmt lauten. „Möglichst" heißt hier gar nichts. Bei den Broschüren unseres Verlages haben wir ja nur zweierlei Format. Das eine ist das herkömmliche, für Schriften mehr zur theoretischen Weiterbildung der Genossen, das andere ist für Agitationsschriften berechnet, die zur Massenverbreitung bestimmt sind. Da ist nothwendige Voraussetzung die Billigkeit; diese Wohlfeilheit kann nur erreicht werden durch Rotationsdruck. Dieser Druck bedingt das größere Format; dabei ersparen wir sowohl an Papier und Druck wie an der Buchbinderei ganz wesentlich. Was das Protokoll anbetrifft, so werden auch die künftigen im Format des letztjährigen erscheinen — aus Agitations- wie aus Billigkeits-Rücksichten.

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 70 wird nicht unterstützt.

Den Antrag 71 ersucht

Hoch-Berlin, dem Partei-Vorstande zur Erwägung zu überweisen.

Brühne-Frankfurt a. M. bittet um Ablehnung.

Auer: Wohin soll es führen, wenn die Parteigeschäfte ihre Verlagsrechte unter einander hin- und herschieben? Ueberlassen wir die Erledigung dieser Frage ruhig dem Genossen Dietz. Steckt etwas hinter dem Antrage, so können wir sicher sein, daß Dietz ihn ausführt.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Antrag 72 ist ein Amendement eingegangen, statt des Wortes unentgeltliche zu sagen „zum Selbstkostenpreise".

Der Antrag findet nicht die genügende Unterstützung.

Antrag 73 ist durch den Beschluß betr. die Veröffentlichung des Berichts über die parlamentarische Thätigkeit erledigt.

Antrag 74 wird zur Kenntniß des Parteitages genommen.

Antrag 75 und 76 sind erledigt.

Die Anträge 77, 80 und 81 werden, da sie infolge des Beschlusses in der Agrarfrage dem Partei-Vorstande überwiesen sind, nicht unterstützt.

Antrag 78 und 79 sind zurückgezogen, ersterer, wie Singer mittheilt, weil er aus Versehen gestellt ist.

Antrag 82 wird nicht unterstützt.

Unter großer Heiterkeit der Versammlung bemerkt **Singer**, daß der Parteitag damit die Ansicht ausgesprochen hat, daß der Vorstand auch so seine Schuldigkeit thut.

Antrag 83 wird nicht genügend unterstützt.

Antrag (117) **Hoch** und Genossen:

> Der Partei-Vorstand wird beauftragt, bei der nächsten passenden Gelegenheit, namentlich dann, wenn sich der preußische Landtag daran machen sollte, das preußische Vereinsrecht noch reaktionärer zu gestalten, eine Agitation für das allgemeine gleiche direkte Wahl- und Stimmrecht, sowie für unbeschränkte Rede-, Preß- und Versammlungsfreiheit in ganz Deutschland bezw. in ganz Preußen einzutreten,

begründet **Hoch-Hanau**: Wenn es der Regierung wirklich einfallen sollte, noch reaktionärer zu werden, dann haben wir alle Pflicht, uns energisch unserer Haut zu wehren. Man könnte sagen, das sei eine preußische Angelegenheit und gehöre deshalb nicht auf den Parteitag, aber das wäre nicht zutreffend, weil wir keinen preußischen Parteitag haben. Der Partei-Vorstand muß für den angedeuteten Fall eine bestimmte Marschroute erhalten.

Antrag 84 wird mit zur Diskussion gestellt. In der Begründung führt **Timm** aus: Der Berliner 1. Wahlkreis hat deshalb den Antrag gestellt, weil wir in der That in einer Zeit leben, in der den minimalen Rechten der Arbeiter ein Ende gemacht werden soll. Zwar hat Bebel in einer Broschüre auf das Wahlrecht hingewiesen, allein das genügt noch nicht. Der Antrag drückt die Meinung der großen Mehrheit der Berliner Genossen aus. Was gestern Schoenlank von den Berlinern sagte, ist unzutreffend. Wir haben zwar schon manchen Rippenstoß vertragen, aber Schoenlank's Angriff überstieg alles Maß. Wir sind uns bewußt, immer unsere Schuldigkeit gethan zu haben. Schoenlank's Tonart müssen wir entschieden zurückweisen.

Schoenlank: Ich habe keine Veranlassung, auf die Angriffe von Timm einzugehen. Ich habe genau gewußt, was ich gesagt habe und habe meine Ausführungen gegenüber dem bestimmten Verhalten bestimmter Personen gemacht. (Große Unruhe. Rufe: Namen nennen!) Es liegt kein Grund für mich vor, meine Worte zurückzunehmen.

Timm: Wenn Schoenlank uns Delegirte angreift, so machen wir uns nichts daraus. Wir können noch viel mehr vertragen und wollen sehen, wer es am längsten aushält. Wenn er aber seine Angriffe gegen die Berliner Parteigenossen richtet, so haben wir Grund, energisch dagegen zu protestiren. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Antrag 117 wird angenommen. Damit ist Antrag 84 erledigt.

Es folgt der von den Genossen des 3. Hamburger Wahlkreises gestellte Antrag (116):

> In Erwägung, daß infolge der wirthschaftlichen Nothlage der arbeitenden Klassen die **Frauen und Mädchen** in immer größerer Zahl in allen

Branchen des Erwerbslebens als Konkurrentinnen der Männer aufzutreten gezwungen sind; bei ihrer bisher so sehr vernachlässigten Aufklärung sowohl in politischem wie wirthschaftlichem Wissen aber leider noch als Hemmschuh anstatt als zielbewußte Mitstreiterinnen im Kampfe um die Existenz sowohl, als um die endliche Beseitigung der heutigen Wirthschaftsweise anzusehen sind, und da es gilt, eine Jahrhunderte lange Vernachlässigung und geistige Zurücksetzung des weiblichen Geschlechts wieder gut zu machen, so ist es nothwendig, daß in dieser Hinsicht mit Hochdruck gearbeitet wird.

Bisher kämpfte nur das halbe Volk gegen die kapitalistische Weltordnung an; die Sozialdemokratie hat vor allem die große Aufgabe zu erfüllen, auch die andere Hälfte der Menschheit in die Kampflinie einzureihen; das ist nicht leicht, sobald aber das Verständniß geweckt ist, wird das proletarische Weib mit um so größerer Energie und Kampfesfreudigkeit in Reih und Glied marschiren mit den sozialistischen Brüdern.

Um das nothwendige Verständniß für den Klassenkampf beim weiblichen Proletariat zu wecken, ist es aber dringend nöthig, daß die Männer der Arbeit mehr und energischer als bisher allüberall an die Pflicht gemahnt werden, alle in ihren Bereich kommenden Frauen und Mädchen auf eine vernünftige und würdige Weise in die politische sowohl wie namentlich auch in die gewerkschaftliche Organisation hereinzuziehen und sie bei jeder sich bietenden Gegenheit zur Theilnahme am öffentlichen Leben anzuregen.

In Anerkennung dieser Nothwendigkeit macht der Parteitag es den Delegirten, soweit dieselben als Referenten in Stadt und Land über die hier gepflogenen Verhandlungen Bericht zu erstatten haben, zur Pflicht, den in dieser Resolution niedergelegten Gedanken mit Nachdruck zu vertreten.

Frau Steinbach: Der Inhalt der Resolution wird bei keinem Delegirten Widerspruch finden angesichts der Thatsache, daß bald keine Branche vorhanden sein wird, in der nicht die Frauenarbeit den Männern Konkurrenz macht. Da nun die Polizei und Behörden bemüht sind, die Frauen von jeder öffentlichen agitatorischen Thätigkeit zur Gewinnung von Genossinnen fernzuhalten und ihre politische Bethätigung zu verhindern, so muß mehr als bisher ein praktischer Weg eingeschlagen werden, wie ihn die Resolution vorschlägt. Die Arbeiter in Fabrik und Werkstatt müssen auf die Nothwendigkeit hingewiesen werden, ihre Kolleginnen zur Organisation heranzuziehen. Besonders bei der Berichterstattung über den Parteitag muß darauf hingewiesen werden.

Die Resolution wird angenommen.

Es folgt der von Trautewein und Genossen gestellte Antrag (130):

In Anbetracht, daß es wohl der Wunsch eines jeden Genossen sein muß, daß die ländlichen Arbeiter von dem Ausnahmegesetz der Gesindeordnungen befreit werden, stellen Unterzeichnete hierdurch den Antrag: der Parteitag möge den Partei-Vorstand beauftragen, eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande gegen die Gesindeordnungen in Bewegung zu setzen, ähnlich wie bei der Umsturzvorlage.

Gleichfalls möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gesindeordnungen sowie der Handhabung derselben mehr Beachtung widmet wie bisher.

Beides würde ein wirklich durchgreifendes Mittel für die Landagitation sein.

Trautewein-Quedlinburg begründet den Antrag damit, daß durch eine planmäßige Agitation gegen die Gesindeordnung zugleich auch die Frauenbewegung ungemein gefördert und der Grund zu einer Landarbeiterbewegung gelegt wird.

Bebel: Absatz 2 des Antrages, der nur einen Wunsch ausspricht, wäre annehmbar, aber nicht Absatz 1. Derselbe verlangt, wir sollen heute kom-

mandiren, daß der neue Partei-Vorstand eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande gegen die Gesindeordnungen in Bewegung zu setzen, ähnlich wie bei der Umsturzvorlage. Ja, können wir denn auf Kommando eine Agitation ins Leben rufen? Denken Sie doch nur an die viel wichtigere Wahlrechtsfrage, in der ich ein Referat gehalten und über die ich eine Broschüre geschrieben habe, und doch ist die Agitation ausgeblieben. Wenn man einen bloßen Wunsch heute ausspricht, so hat es Sinn, aber durch einen bestimmten Auftrag blamiren wir uns nur. Dann ist es aber doch auch nöthig, daß zunächst unsere Genossen durch eine ausführliche Broschüre aufgeklärt worden. Erst dann können wir agitiren, aber auch nur da, wo wir die Gelegenheit dazu haben. Aus dem Nichts können wir keine Agitation stampfen. Ich bitte also, falls die Antragsteller sich nicht zu einer anderen Fassung bequemen können, den ersten Passus des Antrages abzulehnen.

Frau Rohrlack: Wir Frauen haben ein besonderes Interesse daran, die Arbeiter und Arbeiterinnen über die Gesindeordnung aufzuklären. Bebel hat darauf hingewiesen, daß auch vor einem Jahre der Antrag gestellt worden ist, eine diesbezügliche Broschüre zu schreiben, daß sie aber doch noch nicht erschienen ist, weil sich solche Dinge nicht kommandiren lassen. Nun wir haben auch ohne Broschüre gute Erfolge bei der Agitation gehabt. Der Partei-Vorstand muß beauftragt werden, auch in ländlichen Bezirken Versammlungen einzuberufen, mit dem Gesinderecht auf der Tagesordnung. Wir wollen zwar nicht den Vorstand korrigiren, aber unsere Forderung ist doch nur gerecht.

Bebel stellt das Amendement, im ersten Absatz hinter dem Worte „beauftragen" einzustellen: „bei passender Gelegenheit".

Beims-Goßlar: Wenn Sie wirklich noch etwas für die praktische Agitation auf dem Lande thun wollen, was Sie in der Debatte über die Agrarfrage nicht gethan haben, so nehmen Sie diesen Antrag an. Die Folgen der Gesindeordnung sind entsetzlich, große Mißhandlungen und Beleidigungen werden unter dem Schutze des Gesetzes verübt.

Gerlach-Wanzleben: Auch ich bin der Meinung, daß wir den Antrag in seiner vorliegenden Form annehmen können. Wir müßten schon längst die verlangte Broschüre haben. Gerade die Frauenbewegung würde durch eine Agitation inbezug auf die Gesindeordnung gefördert werden; denn gerade die Frauen und Mädchen leiden unter den Folgen der Gesindeordnung. Wir dürfen den Antrag dem Partei-Vorstande nicht blos zur Berücksichtigung überweisen, sondern der Partei-Vorstand muß einen bestimmten Auftrag erhalten. Wir müssen uns übrigens über diese Dinge genügend aussprechen, über die Bauern und Waldstreu ꝛc. haben wir stundenlang diskutirt, über das Gesinde nicht.

Nachdem Stadthagen gegen einen Antrag auf Schluß der Diskussion gesprochen hat, wird die Diskussion geschlossen.

In einer persönlichen Bemerkung verwahrt sich Bebel dagegen, als ob er gegen die Sache selbst, die Gesindeordnung bei der Agitation zu verwerthen, sei; er habe nur darauf aufmerksam machen wollen, daß die Sache in der beantragten Form unannehmbar sei, weil sich derartige Aufträge nie nach Kommando ausführen lassen.

Antrag 130 wird mit dem Amendement Bebel angenommen.

Lux-Langenbielau will den ersten Theil des erledigten Antrags 80 noch einmal behandelt wissen.

Der Antrag wird nicht unterstützt.

Ebenso findet Antrag 85 keine Unterstützung.

Es folgt der letzte Theil der Anträge: **Resolutionen.**

Zu 101 ist von Frau Rohrlack und Genossen der Antrag eingegangen:

Der Resolution Nr. 101 folgende Fassung zu geben:

„In Erwägung, daß die Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse der zur Erwerbsarbeit gezwungenen Mädchen und Frauen immer jämmerlicher werden,

daß die Zahl der weiblichen Arbeiterschaft beständigt wächst und durch die Konkurrenz der Frauen auch die Lohnverhältnisse der männlichen Arbeiter fortschreitend verschlechtert, sowie die Männer aus weiten Kreisen der Industrie immer mehr verdrängt werden, fordert der sozialdemokratische Parteitag die Genossen, insbesondere die Vertrauenspersonen und die Agitatoren der Partei auf, durch möglichst vielseitige statistische Feststellungen über die unausgesetzte Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit und über die für das kommende Geschlecht so verhängnißvolle Lage der Arbeiterinnen in den einzelnen Industriezweigen und Gewerbebetrieben die helle Beleuchtung und die scharfe Kritik allseitiger Oeffentlichkeit zu verbreiten. Das gesammte Material ist der Redaktion der „Gleichheit" zu übermitteln".

Frau Geiser führt zur Begründung aus: Die Lage der Frauen ist überall eine noch schlechtere als die der Männer, sie sind infolge ihrer geringeren Widerstandsfähigkeit gegen die kapitalistischen Ausbeuter die gefährlichste Konkurrenz der Männer. Die organisirten Arbeiter haben daher alle Veranlassung, die Frauen zu ihren Organisationen heranzuziehen und sie widerstandsfähiger zu machen. Eine Beleuchtung und Kritik dieser Zustände ist durchaus nothwendig. Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag anzunehmen.

Frau Rohrlack begründet ihr Amendement damit, daß eine Beleuchtung am besten durch statistische Feststellungen geschaffen werden kann. Wenn das so gesammelte Material der Redaktion der „Gleichheit" überliefert wird, so wird dadurch den Frauen guter Agitationsstoff geliefert.

Der Antrag wird mit dem Amendement Rohrlack angenommen.

Der Antrag Rohrlack (119)

„Auf die Tagesordnung des Parteitages für 1896 ist ein Referat über die Frauenagitation zu setzen"

wird angenommen.

Zu Antrag 102 ist folgendes Amendement Geck eingegangen:

„Es fehlt in unserer jetzigen sozialdemokratischen Literatur an Abhandlungen über Säuglingsernährung und Kindererziehung. Die vorhandenen Bücher über Frauen- und Kinderhygiene sind zu theuer, um in proletarischen Kreisen großen Eingang zu finden. Der Parteitag spricht den Wunsch aus, es möge dafür gesorgt werden, daß durch Vorträge und populäre Schriften auf diesem speziellen Gebiet der Hygiene den Wünschen der Arbeiterschaft entsprochen wird".

Der Antragsteller von 102 — Fricke — hat seinen Antrag zurückgezogen und durch den Vorschlag ersetzt, auf dem nächsten Parteitag ein Referat über „Kindererziehung in der Arbeiterfamilie" zu setzen.

Frau Rohrlack nimmt Antrag 102 wieder auf.

Frau Rohrlack erklärt sich gegen den Vorschlag, eine Broschüre über Kindererziehung zu verbreiten. Viel wirksamer als eine Broschüre wäre es, wenn die Männer den Frauen und Kindern größere Aufmerksamkeit schenken würden. Häufig genug verhindern selbst sogenannte gute Parteigenossen ihre Frauen durch ihr tyrannisches Machtwort, an Versammlungen theilzunehmen.

Thiele-Halle: Der Gedanke, der in der Resolution liegt, ist nicht gerade glücklich ausgedrückt, aber doch ist die Sache zu wichtig, als daß man über sie leicht weggehen könnte. Mit der Kindererziehungsfrage müssen wir uns nun einmal befassen. Bedenken Sie besonders die Mangelhaftigkeit unserer Literatur in dieser Beziehung. Wenn nicht bereits die Tagesordnung des nächsten Parteitages überladen ist, dann empfiehlt es sich, als Thema für denselben festzusetzen: Die sozialistischen Prinzipien der Kindererziehung.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen worden ist, wird das Amendement Geck abgelehnt. Ebenso werden abgelehnt die Resolution 102, sowie der Antrag, auf dem nächsten Parteitage ein Referat über die sozialistischen Prinzipien der Kindererziehung abzuhalten.

Antrag 103, 104 und 105 sind durch die Beschlüsse in der Agrarfrage erledigt.

Damit sind alle Anträge erledigt.

Singer verkündet hierauf das Resultat der Wahl der Parteileitung.

Für den Parteivorstand wurden 205 giltige Stimmen abgegeben. Es erhielten als Vorsitzende: Singer 202, Bebel 200, Schippel 2, David, Kunert, Vogtherr und Antrick je 1 Stimme.

Als Schriftführer: Pfannkuch 200, Auer 199, Stadthagen und Segitz je 2, v. Elm und Bruhns-Berlin 1 Stimme.

Als Kassirer: Gerisch 202 und Koenen 2 Stimmen.

Demnach sind gewählt: Bebel, Singer, Auer, Pfannkuch, Gerisch.

Bei der Wahl der Kontrolleure wurden 205 Stimmen abgegeben, darunter 21 ungiltige.

Es erhielten: Meister 134, Klees 123, Kaden 99, Metzner 92, Oertel 89, Koenen 78, Zetkin 67, Meist 64, Börner 44, Arons 34, Kleemann 33, Fleischmann 32, Timm 32, Antrick 26, Ewald 26, Groth 26, Schulze-Königsberg 26, Albrecht 25, Grünwaldt 25, Gerlach 21, Frau Ihrer 21, Kölle 21, Johannes 19, Feldmann 18, Brey 17, Thiele 15, Lesche 12, Gieshoit 12, Martikke 12, Frantzen 9, Knauf 5, Wengels 4, Herbert 4, Schoenlank 1 Stimme. (Heiterkeit.)

Demnach wurden als Kontrolleure gewählt: Meister, Klees, Kaden, Metzner, Oertel, Koenen und Frau Zetkin.

Nunmehr ergreift Singer das Schlußwort: Parteigenossen! Wir sind am Ende unserer Arbeiten angelangt. Ich erfülle zunächst eine Pflicht der Dankbarkeit, indem ich den Breslauer Genossen für die große Mühe und den Eifer, den sie an den Tag gelegt haben, den wärmsten Dank des Parteitages ausspreche. Ebenso danke ich den Kommissionen, die so fleißig für uns gearbeitet haben. (Zustimmung.) Der Breslauer Parteitag wird gleich seinen Vorgängern ein Markstein in der Geschichte der Parteibewegung sein. Die Anregungen, die durch ihn für die Agitation und die Propagirung der sozialdemokratischen Ideen und Forderungen in der Provinz Schlesien gegeben sind, werden reiche Früchte tragen. Aufklärung und Belehrung wird dadurch in weite Kreise des schlesischen Proletariats getragen werden und so können wir mit dem befriedigenden Bewußtsein auseinander gehen, daß unsere Thätigkeit in dieser Beziehung von reichem Erfolg gekrönt sein wird. (Zustimmung.) Hier in Breslau haben wir von Neuem die Ueberzeugung gewonnen, wie nothwendig es ist, die sozialdemokratischen Forderungen unablässig so lange zu propagiren, bis Einrichtungen geschaffen sind, wie wir sie im Interesse der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit aller Menschen fordern. Wie nothwendig unsere Bestrebungen sind, darüber sind wir in diesen acht Tagen auch durch die Stellungnahme der Polizeibehörde zu unserem Parteitag belehrt worden. Vielleicht ist es die Polizeibehörde in Breslau, die uns erleichterten Herzens scheiden sieht; ist sie doch nunmehr in der Lage, die Hauptwache, die sie während unserer Tagung in diesem Hause aufgeschlagen hat, aufgeben zu können. Wir gehen aus Breslau auch mit dem Gefühl einer gewissen Beschämung, daß es in Deutschland noch möglich ist, Männern, die aus dem Auslande zu uns kommen, um an unseren Berathungen theilzunehmen, diese Theilnahme zu verwehren. Fast scheint es, als ob dieser Parteitag auch Opfer aus unsren eigenen Reihen erfordern wird, denn unser Genosse Liebknecht ist in Untersuchung gezogen wegen der Rede, mit der er den Parteitag eröffnet hat. (In diesem Augenblick betritt Liebknecht, von der gerichtlichen Untersuchung zurückkehrend, den Saal.)

Parteigenossen, solche Zustände müssen uns zwingen, dafür zu sorgen, daß der Tag, an dem derartige Vorkommnisse in Deutschland nicht mehr möglich sind, recht bald erscheint. (Beifall.)

Die Arbeiten und Beschlüsse unseres Parteitages dürfen uns mit Befriedigung erfüllen. Hart war der Rede Kampf und heftig sind die Geister auf einandergeplatzt; aber Jeder, der gesprochen hat, hat es gethan aus dem Gefühle heraus, der Partei damit einen Dienst zu erweisen. Aber wenn wir unter einander uns auch streiten können, wenn wir unter einander über wichtige Fragen diesmal eine völlige Verständigung nicht erzielt haben — die Gegner mögen sich gesagt sein lassen, daß wir im Kampf gegen sie einig und geschlossen sind und bleiben. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Beschlüsse, die der Parteitag in der Hauptfrage gefaßt hat, sind getragen von dem unverbrüchlichen Entschlusse, von dem Boden des Klassenkampfes nicht um eines Haares Breite abzuweichen. Wir gehen jetzt in die Heimath zu neuer Arbeit, zu neuen Kämpfen. Wir wissen nicht, was die nächsten Wochen und Monate uns bringen werden. Schon wieder munkelt man überall von neuen Maßregeln gegen die Sozialdemokratie; als ob es neuer Machtmittel zur Drangsalirung der Sozialdemokratie bedürfte. Unsere Blätter werden konfiszirt, unsere Redakteure werden verhaftet, unsere Redner werden angeklagt und zu langen Gefängnißstrafen verurtheilt. Ist es da noch nöthig, neue Maßregeln zu schaffen! Aber mögen Maßregeln ergriffen werden, wie sie wollen, die deutsche Sozialdemokratie ist fest entschlossen, die ihr von den heutigen Machthabern auferlegten Opfer zu tragen, sie ist fest entschlossen, sich durch nichts hindern zu lassen in ihrem Kampfe für die Befreiuung der Arbeiterklasse aus politischer Rechtlosigkeit und ökonomischer Sklaverei. Je mehr Opfer, desto energischeren Kampf; je mehr Kämpfer in unseren Reihen fallen, desto mehr Streiter erwachsen uns, und so wollen wir uns durch die Maßregeln, die man uns androht, nicht schrecken und nicht abhalten lassen in dem Kampfe für die Organisation der sozialistischen Gesellschaft, in dem Kampfe für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Parteigenossen! Dieses Gelöbniß wollen wir bekräftigen, indem wir ausrufen:

Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch, hoch, hoch!

Begeistert erheben sich die Delegirten von ihren Plätzen, stimmen stürmisch dreimal in das Hoch ein und singen den ersten Vers der Arbeitermarseillaise.

Singer: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist geschlossen.

Schluß 1 Uhr.

Zusammenstellung
der
vom Parteitag angenommenen Anträge.

I. Geschäftsbericht, Bericht der Kontrolleure, Parteibeamte, Parteigeschäfte.

Diskussion Seite 71—87 und 97.

Antrag Meister im Namen der Kontrolleure (Seite 86):

Dem Partei-Vorstand und dem Parteikassirer ist Decharge zu ertheilen.

Antrag der Mandatsprüfungskommission (Seite 97):

Die Delegirten zum Parteitag sind künftig nirgends mehr in Vereins-Versammlungen zu wählen; der Partei-Vorstand hat bei Einberufung des Parteitages hierauf ausdrücklich aufmerksam zu machen.

Anträge der Vorlage: **36** (Veröffentlichung des Geschäftsberichts), **73** (Eingehen des „Sozialdemokrat") und **76** (Nichtlieferung des „Vorwärts" an die Vertrauenspersonen).

Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises, amendirt durch Fischer-Berlin (Seite 86):

Der Parteitag wolle die neuzuwählenden Kontrolleure beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und inwieweit die Druckarbeiten des „Vorwärts" und der sonstigen bei Bading gedruckten Parteiliteratur mit für die Partei größerem Nutzen als bisher hergestellt werden können. Die Kontrolleure haben eventl. dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten.

Parteigenossen des I. Hamburger Kreises (Seite 86):

Die Parteidrucksachen möglichst in einer Parteidruckerei anfertigen zu lassen.

Antrag Keil, Böhle, Emmel (Seite 87):

In Erwägung, daß Dr. Rüdt kurz nach dem Frankfurter Parteitag in gegnerischen Blättern seinen Austritt aus der Partei öffentlich ankündigte, mit der Motivirung, daß er sich den Beschlüssen des Frankfurter Parteitages nicht füge, daß zwar Dr. Rüdt später wieder in die Partei eintrat, diese widerspruchsvolle Handlungsweise aber eine Herabwürdigung der Partei ist, die sich diese nicht bieten lassen darf, erklärt der Parteitag: Dr. Rüdt hat aufgehört, Parteigenosse zu sein.

II. Parlamentarische Thätigkeit.

Diskussion Seite 87—96.

Antrag Wurm (Seite 92):

Spätestens 4 Wochen nach Schluß jeder Reichstags-Session ist ein Bericht über die parlamentarische Thätigkeit zu veröffentlichen.

Der Fraktion überwiesen:

Antrag **Stolten**-Hamburg (Seite 95):

Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, eine dem Sinne des Antrags Rohrlack (96 der Vorlage) möglichst gerecht werdende Reorganisation der Gewerbeaufsicht zu beantragen.

Antrag **Kimmel**-Hamburg (Seite 96):

Die sozialdemokratische Fraktion ist zu beauftragen, im Reichstag dahingehend zu wirken, daß alle in Gärtnereien beschäftigten Personen der Gewerbe-Ordnung und mithin auch dem Gewerbegericht unterstellt werden.

Anträge der **Vorlage**: **89** (obligatorische Einführung der Gewerbegerichte und Ausdehnung auf Dienstboten, ländliche Arbeiter), **90** (Einführung des Achtstundentages), **92** (Stellungnahme zum bürgerlichen Gesetzbuch), **93** (Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf Heimarbeiter), **94** (Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung), **97** (Abänderung des Reichstagswahlgesetzes, Aufhebung der Gesindeordnung u. s. w.), **99** (Abänderung des Krankenkassengesetzes), **106** (Statistik der Seemannsämter).

III. Agrarfrage.

Diskussion Seite 98—177.

Antrag **Kautsky** (Seite 104—105):

Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrar-Programms ist zu verwerfen. Denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigenthums in Aussicht; es erklärt das Interesse der Landeskultur in der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariats, und doch ist das Interesse der Landeskultur ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigenthums an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf des Agrarprogramms dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats; und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur ein Staatswesen ersprießlich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat.

Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirthschaft ihre eigenthümlichen von denen der Industrie verschiedenen Gesetze hat, die zu studiren und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem flachen Land eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll. Er beauftragt daher den Partei-Vorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen veröffentlichen, als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Der Partei-Vorstand erhält Vollmacht, die nöthigen Geldaufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

Dem Partei-Vorstand überwiesen:

Anträge der **Vorlage**: 20—31, 77, 80, 81, 103—105.

Ferner Antrag **Braun** (Seite 110).

IV. Maifeier.

Diskussion Seite 177—180.

Resolution (Seite 179):

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiter-Kongresse zu Paris (1889), Brüssel (1891) und Zürich (1893), feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben den anderen Kundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe eintreten zu lassen.

V. Internationaler Kongreß.

Debatte Seite 180—181.

Resolution (Seite 180):

Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, in Anbetracht der Wichtigkeit, die der nächste in London stattfindende internationale Arbeiterkongreß für die gesammten klassenbewußten Arbeiter und namentlich für die weitere Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung haben wird, denselben durch Vertreter möglichst zahlreich zu beschicken.

VI. Schwitzsystem.

Diskussion Seite 181—187.

Resolution Timm (Seite 184—185):

Die moderne Hausindustrie ist die dezentralisirte Form des kapitalistischen Großbetriebes. In der Hausindustrie vermag der kapitalistische Unternehmer die Ausgaben für die Betriebswerkstätten, die Hilfsstoffe, für Beheizung und Beleuchtung auf die Arbeitskräfte abzuwälzen, die Ausgaben für die vorschriftsmäßige Beschaffenheit der Arbeitsräume und für die verschiedenen Arten der Arbeiterversicherung zu vermeiden, kann er die billigsten und widerstandsunfähigsten Arbeitskräfte — Frauen und Kinder — in weitestem Umfange der rücksichtslosesten Ausbeutung dienstbar machen und dadurch auf die Arbeitsbedingungen der übrigen Arbeiter einen Druck ausüben.

Bei längster Arbeitszeit, schlechtesten Arbeitsbedingungen und niedrigsten Löhnen preßt der Kapitalist den hausindustriellen Arbeitern die höchsten Leistungen ab.

Die durch den hausindustriellen Betrieb ermöglichte Stelle des Zwischenunternehmerthums, des Zwischenmeisters, Sweater, treibt die Ausbeutung der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen auf die Spitze und verschärft die Uebel der Hausindustrie aufs äußerste.

Die Hausindustrie überliefert ganze Schichten der arbeitenden Bevölkerung der Verelendung, dem körperlichen, geistigen und sittlichen Verkommen; insbesondere zwingt sie durch Hungerlöhne Tausende von Arbeiterinnen, in der Prostitution einen ständigen Nebenerwerb zu suchen.

Die den bescheidensten Anforderungen eines Kulturmenschen ins Gesicht schlagende Erbärmlichkeit der Erwerbs- und Lebensverhältnisse der Arbeiter in der Hausindustrie und der Umstand, daß dieselben meist isolirt schaffen, erschweren und hindern den gewerkschaftlichen Zusammenschluß, damit den Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen.

Der in Breslau versammelte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärt es deshalb für Pflicht der Arbeiterklasse, durch den politischen und

gewerkschaftlichen Kampf mit aller Energie den Mißständen der Hausindustrie entgegenzutreten.

Der Parteitag beauftragt die Vertreter der Partei im Reichstage zu fordern:

1. Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie und Schaffung besonderer Vorschriften, wie sie schon heute für die Tabakindustrie bestehen.

2. Kontrolle aller hausindustriellen Betriebe durch männliche und weibliche Aufsichtsbeamte, welche Exekutivgewalt besitzen und mindestens zur Hälfte aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen entnommen werden.

Weiter erklärt es der Parteitag für Pflicht der Genossen, den planmäßigen Kampf der Gewerkschaften für die Beseitigung des Zwischenmeistersystems, für die Errichtung von Betriebswerkstätten und die Einführung fester Tarife zu unterstützen.

Antrag Timm (Seite 185):

Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten, sowie die Vertreter in den Kommunalverwaltungen, energisch einzutreten für die ausschließliche Vergebung aller Staats- und Kommunallieferungen an Unternehmer, welche Betriebswerkstellen unterhalten, die allen gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

VII. Programm, Organisation und Taktik.

Diskussion Seite 187—191 und 193—194.

Resolution Arons (Seite 190):

Der Breslauer Parteitag empfiehlt den Gedanken des Antrages 53 der Vorlage (Ergänzung des Partei-Vorstandes durch 2 Beisitzer) den Parteigenossen zu reger Diskussion und überläßt die Beschlußfassung über diesen Gegenstand dem nächsten Parteitag.

Antrag Meist (Seite 191):

Der Beschluß des Frankfurter Parteitages, wonach Reichstags-Abgeordnete kein Mandat für den Parteitag annehmen dürfen, wird aufgehoben.

Antrag Trautewein und Genossen (Seite 198):

In Anbetracht, daß es wohl der Wunsch eines jeden Genossen sein muß, daß die ländlichen Arbeiter von dem Ausnahmegesetz der Gesindeordnungen befreit werden, stellen Unterzeichnete hierdurch den Antrag: der Parteitag möge den Partei-Vorstand beauftragen, bei passender Gelegenheit eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande gegen die Gesindeordnungen in Bewegung zu setzen, ähnlich wie bei der Umsturzvorlage.

Gleichfalls möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gesindeordnungen sowie der Handhabung derselben mehr Beachtung widmet wie bisher.

Beides würde ein wirklich durchgreifendes Mittel für die Landagitation sein.

Antrag Rohrlack-Löwenherz (Seite 200):

Auf die Tagesordnung des Parteitages für 1896 ist ein Referat über die Frauenagitation zu setzen.

Anträge der Vorlage: **3** (Proportionalwahlen als Berathungsgegenstand des nächsten Parteitages), **65** (Herausgabe eines guten Familienblattes), **66** (Verbesserung und Erweiterung der „Neuen Welt"), **67** (Ablehnung der „Gekrönte Häupter" und der Wiest'schen „Jugenschriften").

Fernere Anträge: **101** (Statistische Erhebungen über Frauenarbeit S. 199), **116** (Förderung der Frauen-Organisation S. 197), **117** (Agitation für das allgemeine Wahlrecht S. 197).

VIII. Anträge der Neuner-Kommission.

Diskussion Seite 191—193.

Beschlüsse:

In Sachen Jochem-Danzig.

Der Parteitag beschließt:

Die Parteidifferenzen in Danzig sind durch beide Theile verschuldet. In Anbetracht aber, daß die Person des Genossen Jochem hauptsächlich einer Einigung der streitenden Theile im Wege steht, erklärt der Parteitag, daß Genosse Jochem nicht geeignet ist, einen Vertrauensposten in der Partei zu bekleiden.

In Sachen der Beschwerde aus Verden:

In Bezug auf die Beschwerde der Verdener Genossen erklärt der Parteitag:

Der Partei-Vorstand ist im Allgemeinen verpflichtet, die ordnungsgemäß eingesandten Anträge zu veröffentlichen. Diese Pflicht findet ihre Grenze da, wo die Anträge unsinnig oder der Partei schädlich sind. Aus diesem Grunde ist die Beschwerde der Verdener Genossen zurückzuweisen.

In Sachen Flöther-Stadthagen:

Nach eingehender Prüfung des vorliegenden Materials empfiehlt die Kommission dem Parteitag, den Ausschluß Flöther's in Stadthagen als zu Recht bestehend zu erklären.



Anhang.

Resolution des Frankfurter Parteitags zur Agrarfrage.

Die Agrarfrage ist das Erzeugniß der modernen Wirthschaftsweise. Je abhängiger die heimische Landwirthschaft vom Weltmarkte und dem internationalen Wettbewerbe aller Ackerbauländer wird, je mehr sie in den Bannkreis der kapitalistischen Waarenproduktion, des Bank- und Wucherkapitals geräth, um so rascher verschärft sich die Agrarfrage zur Agrarkrisis.

In Preußen-Deutschland kämpft die landwirthschaftliche Unternehmerklasse, die sich in ihrem Wesen von den großgewerblichen Kapitalisten nicht unterscheidet, mit dem Landadel. Dieser Landadel erhält sich nur noch künstlich durch Liebesgaben, Schutzzölle, Ausfuhrvergütungen, Steuervorrechte. Trotz alledem ist der Untergang des ostelbischen Junkerbetriebs, der zum großen Theil durch schlechte Wirthschaft, Erbantheile, Restkaufgelder überschuldet ist, schon besiegelt.

Dazu kommt der sich fortgesetzt zuspitzende Zwiespalt zwischen Großbesitz und kleinbäuerlicher Wirthschaft. Die kleine Bauernschaft, bedrückt durch Militärdienst und Steuerlasten, in Hypotheken- und Personalschulden verstrickt, bedrängt von innen und außen, kommt in Verfall. Die Schutzzölle sind für sie nur ein leeres Schaugericht. Und diese Zoll- und Steuer-Politik lähmt die Kaufkraft der arbeitenden Klasse und verengt beständig den Markt des Bauern. Der Bauer wird proletarisirt.

Auf der andern Seite entfaltet sich der Klassengegensatz zwischen ländlichen Unternehmern und ländlichen Arbeitern zu immer größerer Reinheit. Eine ländliche Arbeiterklasse ist entstanden. Sie ist gebunden durch feudale Gesetze, die ihr das Vereinigungsrecht versagen, die sie unter die Gesindeordnung stellen, sie ist losgelöst von den alten patriarchalischen Verhältnissen, die in der Hörigkeit eine bestimmte Existenzsicherheit einschlossen. Die Zwischenschichten, grundbesitzende Tagelöhner, Zwergbauern, die auf die Lohnarbeit als Zubuße angewiesen sind, sinken trotz aller Scheinreformen in die Klasse des ländlichen Proletariats. Mit der Erwerbs-Unsicherheit, dem Lohndruck und der schlechten Behandlung, mit der Zunahme der Wander-Arbeiter, wächst der Zwiespalt zwischen Grundkapital und Landarbeit, das Klassenbewußtsein des Landarbeiters erwacht.

So wird es zur Nothwendigkeit, daß die Sozialdemokratie sich auf das ernsteste mit der Agrarfrage befaßt. Die Vorbedingung dazu ist die eingehende Kenntniß der ländlichen Zustände. Da diese in Deutschland technisch, wirthschaftlich und sozial verschieden geartet sind, so muß sich die Propaganda ihnen anpassen und das Landvolk nach seiner Eigenart behandeln.

Die Agrarfrage als nothwendiger Bestandtheil der sozialen Frage wird endgiltig nur gelöst, wenn der Grund und Boden mit den Arbeitsmitteln den Produzenten wieder zurückgegeben ist, die heute als Lohnarbeiter oder Klein-

bauern im Dienste des Kapitals das Land bestellen. Jetzt aber muß die Nothlage der Bauern und Landarbeiter durch eine gründliche Reformthätigkeit gelindert werden. Die nächste Aufgabe der Partei ist es, ein besonderes agrarpolitisches Programm aufzustellen, das die dem Bauern wie dem Landarbeiter besonders nützlichen nächsten Forderungen des Erfurter Programms in einer dem Verständniß der ländlichen Bevölkerung angemessenen Darstellung erläutert und ergänzt.

Der Bauernschutz soll den Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirth vor Nachtheilen bewahren.

Der Landarbeiterschutz soll das Koalitions- und Vereinigungsrecht des ländlichen Arbeiters schaffen, ihn auf eine Stufe mit den gewerblichen Arbeitern stellen (Aufhebung der Gesindeordnung) und durch eigene sozialpolitische Schutzgesetze (Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Aufsichtsbeamte) ihn vor der zügellosen Ausbeutung bewahren.

Ein besonderer Agrar-Ausschuß hat dem nächsten Parteitag seine Vorschläge vorzulegen.

Schoenlank. Vollmar.

* * *

Die Entwürfe der Unterausschüsse der Agrarkommission.

I. Entwurf des Unterausschusses für Norddeutschland.*)

1. Organisation des Hypothekenkredits durch den Staat (das Reich). Gewährung des Kredits nach Höhe der Selbstkosten.
2. Organisation der Mobilien- und Immobilienversicherung (Feuer-, Hagel-, Wasserschäden- und Viehversicherung) durch den Staat (das Reich).
3. Bau und Instandhaltung der öffentlichen Straßen, Wege und Wasserläufe durch den Staat (das Reich).
4. Erhaltung des Gemeindeeigenthums (Allmenden) und der Gemeinderechte an Wasser, Wald und Weide.
5. Umwandlung des Besitzes der todten Hand, der Stiftungs- und Kirchengüter in öffentliches Eigenthum. Aufhebung der Fideikommisse.
6. Gründung obligatorischer Genossenschaften für Meliorationen, Be- und Entwässerungsanlagen und Unterstützung dieser Genossenschaften durch Staatskredite.
7. Errichtung öffentlicher landwirthschaftlicher Fachschulen und Versuchsstationen und Abhaltung regelmäßiger landwirthschaftlicher Unterrichtskurse. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung.
8. Verbilligung der Personen- und Frachttarife.
9. Ueberführung der Privatwälder in öffentlichen Besitz. Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Grund. Volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden.
10. Landwirthschaftskammern mit Gleichberechtigung aller landwirthschaftlichen Erwerbsthätigen.
11. Landwirthschaftliche Schiedsgerichte zur Schlichtung aller aus dem Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältniß entstehenden Streitigkeiten.
12. Obligatorische Krankenversicherung für Arbeits- und Dienstpersonal, sowie für Betriebsinhaber mit einem Jahreseinkommen bis zu 2000 Mk.
13. Unentgeltlichkeit der thierärztlichen Hilfeleistung und Heilmittel.

---

*) Diesem Ausschuß gehörten an: **Bebel, Liebknecht, Molkenbuhr, Schippel, Schoenlank.**

II. Entwurf des Unterausschusses für Mitteldeutschland.*)

Nach „5. Uebernahme — Verwaltung" des Erfurter Programms ist folgendes anzufügen:

Im Interesse der Kleinbauern und Landarbeiter, sowie zur Erhaltung und Fortbildung der landwirthschaftlichen Produktion:

1. Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigenthums (Staats- und Gemeindeeigenthum jeder Art, „Realgemeinde", „Allmend", „Interessentenwald" u. s. w.) unter Kontrolle der Volksvertretung, sowie Abschaffung aller auf Zerstückelung und Veräußerung desselben zielenden Gesetze und Verordnungen, Einführung eines Vorkaufsrechts der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

2. Bewirthschaftung der Staats- und Gemeindeländereien auf eigene Rechnung oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern bezw. selbstwirthschaftende Kleinbauern unter Aufsicht des Staates und der Gemeinde, Urbarmachung und Aufbesserung von Ländereien, Schaffung von Wässerungsanlagen, Hebung des Forst-, Feld-, Garten- und Wiesenbaues, Verbesserung des Viehstandes, Pflege des Wasserbauwesens und ländlichen Verkehrswesens, Errichtung und Unterstützung landwirthschaftlicher Lehranstalten, obligatorischer Fortbildungsschulen und Musteranstalten mit unentgeltlichem Unterricht und Lehrmitteln durch Staat und Gemeinde.

3. Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden.

4. Verstaatlichung des gesammten landwirthschaftlichen Versicherungswesens, möglichste Ausdehnung desselben auf alle Betriebszweige, unentgeltliche thierärztliche Hilfe, sowie staatliche Hilfeleistung bei Nothständen infolge verheerender Naturereignisse.

5. Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter gleicher Berechtigung aller Gemeinde-Angehörigen, Recht auf Erstehung von Laubstreu, Brenn- und Nutzholz aus Staats- und Gemeindewaldungen zum Taxpreise, Verhütung beziehungsweise vollständiger Ersatz des Wildschadens, Freigabe der Jagd, Abschuß des schädlichen Wildstandes.

6. Beschränkung und allmälige Beseitigung des Zwischenhandels mit landwirthschaftlichen Produkten durch Unterstützung des Genossenschaftswesens, Ankauf der für öffentliche Zwecke nöthigen Bodenprodukte vorzugsweise von den Produzenten.

7. Aufhebung der Grundsteuer.

8. Recht des Pächters, bei andauernder Verringerung des Reinertrages oder bei schweren Naturschäden die Herabsetzung der Pacht durch ein landwirthschaftliches Schiedsgericht zu verlangen.

9. Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und des Koalitionsrechtes auf die Landwirthschaft, staatliche Ueberwachung aller landwirthschaftlichen Betriebe, ländliche Schiedsgerichte, sowie Erforschung und Regelung der ländlichen Betriebs- und Arbeitsverhältnisse durch ein landwirthschaftliches Reichsamt, Bezirks-Landwirthschaftsämter und Landwirthschaftskammern.

10. Abschaffung aller mit dem Privatgrundbesitz verknüpften öffentlichen Vorrechte und Aufhebung der Gutsbezirke.

III. Entwurf des Unterausschusses für Süddeutschland.**)

In Bezug auf die Agrarfrage stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgende nächste Forderungen auf:

1. **Planmäßige Organisation der Volksernährung** durch fortschreitende

*) Mitglieder: Bock, Hug, Katzenstein, Schulze, Quarck.
**) Mitglieder: Baßler, Birk, David, Geck, Vollmar.

Einflußnahme des **Staates** auf die landwirthschaftliche **Produktion** und den **Vertrieb** ihrer Erzeugnisse.

2. **Verbot** des Verkaufs von **öffentlichem** Grundeigenthum (der Gemeinden, der Korporationen und des Staates).

3. **Entzignung des Riesenbesitzes** (Latifundien), Unterstellung des **größeren Grundbesitzes** unter die Bestimmungen des gewerblichen Arbeiterschutzes, sowie unter die **betriebstechnische Aufsicht des Staates**.

4. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und sonstiger Privilegien als selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte, Fideikommisse u. s. w.

5. Fortschreitende **Verstaatlichung** der **Grundschulden** und **des ganzen Kreditwesens**, unter Herabsetzung des **Zinsfußes**. Staatliche Beleihung der landwirthschaftlichen Erzeugnisse. **Ankauf** der zur **Zwangsversteigerung** kommenden bäuerlichen Güter bis zum Taxwerth durch die Gemeinden; das Verfahren kann durch den Schuldner selbst beantragt werden, welchem im Falle der Wirthschaftstüchtigkeit **das Gut zu Lehen** zu belassen ist.

6. Der landwirthschaftliche Grundbesitz des **Staates** wird zur Errichtung von Musterwirthschaften, zur **Vergrößerung** des **Gemeinde-Eigenthums**, sowie zur **Vergebung zu Lehen an Selbstbewirthschafter gegen Naturalzins** verwendet. Die Lehengüter sind so groß zu bemessen, daß die wirthschaftende **Familie** darauf ihren **ganzen Unterhalt** findet.

7. Errichtung ausreichender landwirthschaftlicher Lehranstalten in Verbindung mit den Musterwirthschaften zur unentgeltlichen fachmännischen Ausbildung.

8. Gewährung von **Staatskredit** an die Gemeinden zu Ankauf und Einrichtung von **Lehengütern**, zur Urbarmachung von Oedländereien, zur Verbesserung des Bodens, der Viehzucht und aller sonstigen Betriebseinrichtungen, sowie zur Förderung des Genossenschaftswesens — unter Staatsaufsicht.

9. Ankauf der für die **Verproviantirung** der öffentlichen Anstalten erforderlichen landwirthschaftlichen Erzeugnisse zweckentsprechender Qualität **unmittelbar** von den Produzenten.

10. Regelung der privaten **Pachtverträge** nach dem jeweiligen **Ertragswerth** und Entschädigung der von den Pächtern zur Bodenverbesserung gemachten Aufwendungen.

11. **Verstaatlichung** des gesammten landwirthschaftlichen **Versicherungswesens** und Eintreten des Staates bei Nothständen infolge verheerender Naturereignisse.

12. Unbeschränkte Aufrechterhaltung der bestehenden **Wald- und Weiderechte**. Verhütung bezw. vollständiger Ersatz des Wildschadens.

13. Vollkommene rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter mit den industriellen Lohnarbeitern. Schlichtung der aus dem Arbeitsverhältniß entstehenden Streitigkeiten durch Schiedsgerichte, welche zu gleichen Theilen aus Arbeitern und Arbeitgebern zu bilden sind.

14. Landwirthschaftsämter und Landwirthschaftskammern mit gleichberechtigter Betheiligung der Eigenthümer, Pächter und Arbeiter, zur Erforschung und Regelung der Arbeits-, Lohn-, Pacht- und Betriebsverhältnisse und zur Vertretung aller beruflichen Interessen.

* * *

Vorschläge der Agrarkommission zum Parteiprogramm.

I.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands **zur Demokratisirung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, für die Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen und für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirthschaft, Handel und Verkehr, im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung** zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheilgen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volks- und **Fortbildungsschulen, Errichtung ausreichender gewerblicher und landwirthschaftlicher Fachschulen, Musterwirthschaften und Versuchsstationen; Abhaltung regelmäßiger landwirthschaftlicher Unterrichtskurse.** Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung **in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten,** auch in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter, Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.

10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind, **und dementsprechende Beseitigung aller Ertrags- (Real-) Steuern (Gewerbe-, Haus-, Grundsteuern u. s. w.).**

Selbsteinschätzungspflicht, Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft.

Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

11. **Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Vertretungs-Körperschaften, Patronatsrechte, Fideikommisse, Steuervorrechte u. s. w.).**

Entschädigungslose Aufhebung jeglicher Art noch bestehender Erbunterthänigkeit und der aus derselben herstammenden Lasten und Pflichten.

12. **Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigenthums (Staats- und Gemeindeeigenthums jeder Art, Allmend 2c.), insbesondere Ueberführung des Besitzes der todten Hand (Korporations-, Stiftungs- und Kirchengüter), der Realgemeinden, der Wälder, der Wasserkräfte u. s. w. in öffentliches Eigenthum unter Kontrolle der Volksvertretung.**

Einführung eines Vorkaufsrechts der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

13. **Bewirthschaftung der Staats- und Gemeindeländereien auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, soweit sich Beides nicht als rationell erweist, Verpachtung an Selbstbewirthschafter unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.**

14. **Staatskredit an Genossenschaften, die alle Betheiligten umfassen, oder an einzelne Gemeinden für Feldbereinigung, Boden-Meliorationen aller Art, Entwässerung und Bewässerung.**

Uebernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege, Wasserläufe), sowie für Deiche und Dämme auf den Staat oder das Reich.

15. **Verstaatlichung der Hypotheken und Grundschulden unter Herabsetzung des Zinsfußes auf die Höhe der Selbstkosten.**

16. **Verstaatlichung der Mobilien- und Immobilien-Versicherung (Feuer-, Hagel-, Wasserschäden-, Vieh-Versicherung u. s. w.) und möglichste Ausdehnung der Versicherung auf alle versicherungsfähigen Betriebszweige.**

Staatliche Hilfeleistung bei Nothständen infolge verheerender Naturereignisse.

17. **Unbeschränkte Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter Gleichberechtigung aller Gemeindeangehörigen.**

18. **Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung, gegebenen Falls volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden.**

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgebung auf folgender Grundlage:

a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.
b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
e) Verbot des Trucksystems.

Sachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Landwirthschaft.

2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern **sowie durch ein landwirthschaftliches Reichsamt, Bezirks-Landwirthschaftsämter und Landwirthschaftskammern.**

Durchgreifende Fürsorge für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4. Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeiterverhältniß durch obligatorische Gewerbegerichte sowohl für gewerbliche als für landwirthschaftliche Arbeiter, Dienstboten und Heimarbeiter, sowie für Handlungsgehilfen.

5. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

6. Uebernahme **und Vereinheitlichung** der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung. **Reichsgesetzliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Lohn- oder Dienstverhältniß stehenden Personen.**

* * *

II.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen, ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volks- **und Fortbildungsschulen. Einrichtung ausreichender gewerblicher und landwirthschaftlicher Fachschulen, Wanderkurse, Musterwirthschaften und Versuchsstationen.** Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Ver-

pflegung **in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten,** auch in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. **Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege.**

Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.

10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind, **und dementsprechend Beseitigung aller Realsteuern (Gewerbe-, Haus- und Grundsteuern).** Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft.

Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.

Sachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf Landwirthschaft, Handel und Verkehr.

2. Ueberwachung aller Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern **für Gewerbe, Landwirthschaft, Handel und Verkehr.**

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4. **Obligatorische Gewerbegerichte zur Schlichtung aller aus dem Arbeits- und Dienstverhältniß hervorgehenden Streitigkeiten.**

5. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

6. Uebernahme und **Vereinheitlichung** der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung **Reichsgesetzliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Arbeits- und Dienstverhältniß stehenden Personen.**

* * *

III.

Im Interesse der Landeskultur und zur Hebung der Lage der Landarbeiter und Kleinbauern empfiehlt der Parteitag den Genossen folgende Forderungen für die Agitation und für die Thätigkeit in den öffentlichen Körperschaften:

1. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbständige Gutsbezirke, Vor-

rechte in Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte, Fideikommisse, Steuervorrechte u. s. w.).

Entschädigungslose Aufhebung jeglicher Art von Erbunterthänigkeit.

2. Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigenthums (Staats- und Gemeinde-Eigenthums jeder Art) insbesondere Ueberführung des Besitzes der todten Hand (Korporations-, Stiftungs- und Kirchengüter), der Realgemeinden, der Wälder, der Wasserkräfte in öffentliches Eigenthum unter Kontrolle der Volksvertretung.

Einführung eines Vorkaufsrechtes der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

3. Bewirthschaftung der Staats- und Gemeindeländereien auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, wo beides nicht möglich ist, Verpachtung an Selbstbewirthschafter unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.

4. Staatskredit an Gemeinden oder obligatorische Verbände zum Zwecke der Bodenverbesserung, der Feldbereinigung, des Baues und der Unterhaltung von Deichen und Dämmen.

Uebernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege und Wasserläufe) auf den Staat oder das Reich.

5. Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden mit Festsetzung des Zinsfußes nach Höhe der Selbstkosten.

6. Verstaatlichung der Mobilien- und Immobilien-Versicherung (Versicherung gegen Feuer, gegen Hagel-, Wasser- und sonstige Schäden in Folge von Naturereignissen, Viehversicherung u. s. w.) und Ausdehnung der Versicherung auf alle Betriebszweige.

7. Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter Gleichberechtigung aller Gemeindeangehörigen.

8. Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung von Wild- und Jagdschaden, gegebenen Falls volle Entschädigung.

Ferner schlägt die Agrarkommission dem Parteitag vor, folgenden **Antrag** anzunehmen:

„Der Parteitag wolle beschließen:

Nachdem das Mandat der Agrarkommission erloschen ist, beauftragt der Parteitag den Partei-Vorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits in der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen, und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen veröffentlichen als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands".

Der Parteivorstand erhält Vollmacht, die nöthigen Geldaufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Aufgabe zu ermöglichen."



Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Wahlkreis
Albrecht, Adolf	Halle a. S.	Delitzsch-Bitterfeld
Altermann, Heinrich	Freiberg	9. Sachsen
Althaus, Christian	Heddenheim	1. Nassauischer
Antrick, Otto	Berlin	Königsberg N.-M.
Arons, Leo	Berlin	2. Berlin
Auer, J.	Berlin	
Bamberger, Jacob	Berlin	9. Hannover
Bérard, Reinhard	Hamburg	Ahaus-Tecklenburg-Steinfurt
Baerer, Heinrich	Hamburg	17. Hannover
Baudert, August	Apolda	1. und 3. Weimar
Bebel, August	Berlin	
Beeck, August	Lauenburg	Altona-Stormarn
Beck, C.	Lüneburg	16. Hannover
Beims, Hermann	Goßlar	11. und 13. Hannover
Berger, Max	Danzig	Danzig, Stadt
Birk, Georg	München	Augsburg Wertingen - Mindelheim-Wörishofen
Block, Hans	Dortmund	Dortmund-Hörde
Blos, Wilhelm	Stuttgart	
Böhle, Bernhard	Straßburg i. E.	Ober- und Unter-Elsaß
Böhmer, Ernst	Löbau i. S.	1., 2. und 3. Sachsen
Bock, Wilhelm,	Gotha	Gotha
Bothe, Heinrich	Liegnitz	Liegnitz-Goldberg-Haynau
Bott, Joh. Hch.	Mainz	Bingen-Alzey
Braun, Otto	Königsberg i. Pr.	Königsberg, Stadt
Brand, Ignatz	Frankfurt a. M.	Alsfeld Lauterbach-Schotten
Bruhns, Julius	Breslau	Breslau-West
Boerner, Wilhelm	Berlin	3. Berlin
Brecour, W.	Kiel	3., 4. und 7. Schleswig-Holstein
Breslauer, Leopold	Dresden	4. Sachsen
Brey, August	Hannover	9. Hannover
Brühne, Friedrich	Frankfurt a. M.	
Brunke, Theodor	Braunschweig	1., 2. und 3. Braunschweig
Buchwald, Edmund	Altenburg S.-A.	Sachsen-Altenburg
Dahlen, Robert	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben
David, Eduard	Gießen	Friedberg-Büdingen
Demmler, Carl	Geyer	19. und 21. Sachsen
Deppe, Simon	Langenfelde	6. Schleswig Holstein
Delor, Carl	Berge b. Forst	Sorau-Forst
Drescher, Robert	Berlin	5. Berlin
Eberle, Carl	Barmen	Barmen-Elberfeld
Ebhardt, E.	Kommorowen	Oletzko-Lück

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Eichhorn, Hermann	Dresden	5. Sachsen
v. Elm, A.	Hamburg	
Emmel, Leopold	Saargemünd	Saargemünd-Forbach-Saarbrücken-Metz
Enders, Paul	Chemnitz	16. Sachsen
Erbe, Wilhelm	Berlin	4. Berlin
Ernst, Eugen	Berlin	6. Berlin
Feldmann, Franz	Langenbielau	Schweidnitz-Striegau-Freiburg
Fischer, Edmund	Dresden	5. Sachsen
Fischer, Karl	St. Lazarus	Posen
Fischer, Richard	Berlin	
Fleischmann, Emil	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Foerster, Hermann	Hamburg	
Frantzen, J. H.	Solingen	Solingen
Fricke, Ferdinand	Wurzen	11. Sachsen
Frohme, Carl	Hamburg	
Fülle, Albrecht	Würzburg	Würzburg
Gaertner, Hugo	Magdeburg	Magdeburg
Galm, Josef	Selingenstadt	Offenbach-Dieburg
Galke, Johannn	Guben	Guben-Lübben
Garbe, Gustav	Cassel	Cassel-Melsungen
Geck, Adolf	Offenburg	10. Baden
Gehr, H.	Bremerhafen	19. Hannover
Geiser, Alice,	Breslau	Breslau-Ost und -West
Geiser, Bruno	Breslau	Breslau-Ost
Gerlach, Ferdinand	Halberstadt	Wanzleben
Gerisch, Alwin	Berlin	
Gewehr. Wilhelm	Elberfeld	Elberfeld
Geyer, Fritz	Leipzig	
Gießmann, Josef	Breslau	Breslau-West
Gloger, Carl	Glatz	Glatz-Habelschwerdt
Göbel, Albert	Mainz	Mainz-Oppenheim
Görke, Otto	Charlottenburg	Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Groth, Emil	Rostock	2. und 5. Mecklenburg
Grünwaldt, L.	Hamburg	1. Hamburg
Harm, Friedrich	Elberfeld	
Haselbauer, F. W.	Adorf	23. Sachsen
Hartmann, Rudolf	Zeulenroda	Reuß ä. L.
Haubold, Emil	Chemnitz	16. Sachsen
Haug, Friedrich	Freiburg	5. und 7. Baden.
Heine, J.	Ottensen	6. Schleswig-Holstein
Heinrich, Albert	Neurode	Reichenbach-Neurode
Heinrich, Max	Potsdam	Potsdam-Osthavelland
Henker, Jean	Posen	Posen
Herbert, Fritz	Stettin	
Hering, August	Flensburg	Apenrade-Flensburg
Herzfeld	Berlin	5. Mecklenburg
Herzog, Emil	Langenbielau	Frankenstein-Münsterberg
Hirschmeier, Adolf	Neustadt O.-S.	Neisse Leobschütz Neustadt O.-S.
Hoch, Gustav	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
Hoch, Franz	Berlin	3. Berlin

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Höppner, F. W.	Cotta	6. Sachsen
Hofer	Skaisgirren	Tilsit-Niederung
Hoffmann, Carl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Hoffmann, Arthur	Saalfeld	2. Meiningen
Huber, Jacob	Hastedt	Bremen
Hue. Otto	Essen a. R.	Essen
Hülle, Gustav	Erfurt	Erfurt-Schleusingen
Hug, Paul	Bant	1. und 2. Oldenburg und 2. Hannover
Janiszewski, C.	Berlin	Ostrowo
Joest, Nicolaus	Mannheim	12. Baden
Johannes, Georg	Leipzig	12. und 13. Sachsen
Iserloh, Franz	Lüdenscheid	Altena-Iserlohn
Kaden, August	Dresden	
Kähler, Wilhelmine	Wandsbeck	Altona-Stormarn und Lauenburg
Katzenstein, Simon	Leipzig	
Kautsky, Carl	Stuttgart	2. Württemberg.
Keil, Wilhelm	Mannheim	11. Baden
Kern, R.	Würzburg	Schweinfurth-Haßfurth-Ebern
Kiesel, Max	Berlin	6. Berlin
Kimmel	Hamburg	3. Hamburg
Kirsch, Christian	Schmalkalden	Schmalkalden-Eschwege
Kleemann, Paul	Leipzig	12. und 13. Sachsen
Klees, Wilhelm	Magdeburg	
Kloß, Karl	Stuttgart	1., 10. und 14. Württemberg
Knoop, Fritz	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Koenen, Hch.	Hamburg	
Koblenzer, Karl	Berlin	2. Berlin
Kölle, Friedrich	Hamburg	2. Hamburg
König, Max	Witten (Ruhr)	Bochum-Witten-Gelsenkirchen
Kräker, Otto	Berlin	3. Berlin
Krandt, Paul	Görlitz	Görlitz-Lauban
Kühn, August	Langenbielau	Reichenbach-Neurode
Kühn, Paul	Breslau	Breslau-Land
Kunitzky, Karl	Beuthen O.-S.	Beuthen O.-S.
Kutsche, Carl	Hannover	8. und 15. Hannover
Landé, Hugo	Elberfeld	Hagen-Schwelm
Landgraf, Emil	Burgstädt	15. Sachsen
Lehmann, Adolf	Cottbus	Cottbus-Spremberg
Leonhardt, Friedrich	St. Micheln bei Glauchau	17. Sachsen
Leopold, Adolph	Zeitz	Naumburg-Zeitz-Weißenfels
Lesche, Friedrich	Altona	Altona-Stormarn und Lauenburg
Leven, Wilhelm	Gera	Reuß j. L.
Liebknecht, Wilhelm	Berlin	
Lipinski, Max	Danzig	Danzig-Stadt
Lövy, Max	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Lutz, Bertha	Berlin	Berlin
Lux, Heinrich	Langenbielau	Reichenbach-Neurode
Martikke, H.	Hamburg	3. Hamburg und 5. Schleswig-Holstein
Meist, Carl	Köln	
Meister, Heinrich	Hannover	

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Metzger, Wilhelm	Hamburg	
Metzner, Theodor	Berlin	
Meyer, Wilhelm	Magdeburg	Magdeburg
Michaelis, Emil	Waldenburg	Waldenburg i. Schlesien
Michels, Wilhelm	Kalk	Köln Land
Möller, Heinrich	Weitmar	
Mohs, Alwin,	Leipzig	12. und 13. Sachsen
Molkenbuhr, Herm.	Hamburg	
Müller, Adolf	München	1. München und Passau
Müller, H.	Berlin	Glatz-Habelschwerdt
Müller, Philipp	Arheilgen	Darmstadt-Großgerau
Müller, Ernst	Wilkau	22. Sachsen
Nitzschke, Ernst	Großenhain	7. Sachsen
Noske, Gustav	Brandenburg a. H.	Brandenburg-Westhavelland
Oertel, Carl	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Orb, Johannes	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Orbig, Carl	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda, 5. Nassau und Wetzlar-Altenkirchen
Paul, Albert	Hannover	14. Hannover
Peters, Clara	Forst N.-L.	Sorau
Peus, Heinrich	Dessau	1. und 2. Anhalt
Pischel, Admand	Blumenau	Waldenburg i. Schl.
Pfannkuch, Wilhelm	Berlin	
Politz, Arthur	Berlin	1. Berlin
Postelt, Reinhold	Trachau b. Dresd.	4. Sachsen
Pusch, Otto	Brieg i. Schl.	Brieg-Namslau.
Quarck, Max	Frankfurt a. M.	2. Nassau
Rauch, Friedrich	Limmer b. Hannov.	4. und 8. Hannover
Reichert, Peter	Finthen	Mainz Land
Reißhaus, Paul	Erfurt	
Rieger, A.	Köln	Köln Stadt und Kreuznach-Simmern
Rietz, Hermann	Berlin	6. Berlin, Westpriegnitz, Ruppin-Templin
Rocker, Karl	Mettmann	Lennep Remscheid-Mettmann
Röhrle, Peter	Heilbronn	3. Württemberg
Rohrlack, Hermann	Berlin	Duisburg-Mülheim
Rohrlack, Martha	Berlin	Berlin
Schaal, Hugo	Wald	Solingen
Schepe, Otto	Rawitsch	Rawitsch-Kröben-Gostyn
Schiemann, Paul	Leipzig	12. und 13. Sachsen
Schilling, Paul	Reinickendorf	Nieder-Barnim
Schippel, Max	Berlin	
Schmidt, Franz	München	2. München, Ingolstadt, Landshut, Rosenheim, Hausham
Schmidt, Ludwig	Düsseldorf	Düsseldorf
Schneider, Paul	Berlin	4. Berlin
Schöne, Gustav	Lohmen	8. Sachsen
Schoenlank, Bruno	Leipzig	
Schreck, Carl	Bielefeld	Rinteln-Hofgeismar
Schütz, Oscar	Breslau	Ohlau-Strehlen-Nimptsch

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Schultze, Carl	Königsberg i. Pr.	
Schulze, Ernst	Cossebaude	Cossebaude
Schumann, Bruno	Bielefeld	Lippe-Detmold
Schwartz, Theodor	Lübeck	Lübeck
Schwerike, Karl	Deetz	Zauch-Belzig-Jüterbogk
Segitz, Martin	Fürth	Fürth Erlangen
Simon, Josef	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Singer, Paul	Berlin	
Sonnenburg, Herm.	Friedrichshagen	Nieder-Barnim
Sosna, Sylvester	Zabrze	Zabrze-Kattowitz
Stadthagen, Arthur	Berlin	
Starke, Ernst	Bunzlau	Bunzlau-Lüben
Steinbach, Helma	Hamburg	3. Hamburg
Steinweg, August	Stettin	Stettin und Randow-Greifenhagen
Stolpe, Hermann	Glogau	Glogau und Sagan-Sprottau
Stolten, Otto	Hamburg	1. Hamburg
Stubenreich, Leonh.	Oggersheim	1. Pfalz und Kaiserslautern-Kirchheimbolanden
Stücklen, Daniel	Hof	Bayreuth-Berneck-Wunsiedel, Hof-Rehau-Selb u. Kronach-Lichtenfels
Teichmann, Robert	Pirna	8. Sachsen
Thiele, Adolph	Halle a. S.	Halle a. S. und Mansfeld
Thierbach, Otto	Berlin	Prenzlau-Angermünde
Thomas, Philipp	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Tietze, Carl	Breslau	Breslau-Ost
Timm, Johannes	Berlin	1. Berlin
Trautewein, August	Quedlinburg	Calbe-Aschersleben
Unglaube, Julius	Grünberg	Grünberg-Freistadt
Vetter, Hermann	Roßwein	10. Sachsen
Vogel, Albin	Marienthal bei Zwickau	18. Sachsen
Vogenitz, Adolf	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Walter, Anton	Stützerbach	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Wiehle, Richard	Hannover	Hannover
Wurm, Emanuel	Berlin	
Wehder, P. E.	Sonneberg	Coburg und 2. Meiningen
Werner, Hermann	Berlin	2. Berlin
Wolny, Thomas	Breslau	Breslau
Wetzker, Heinrich	Potschappel	6. Sachsen
Zabel, Otto	Berlin	4. Berlin
Zetkin, Clara	Stuttgart	5. u. 8. Württemberg und Leipzig
Zubeil, Fritz	Berlin	

Als Gäste anwesend:

Ellenbogen, Dr., Wien, für die österreichische Sozialdemokratie. (Am dritten Tage seiner Anwesenheit polizeilich ausgewiesen.)

Stinca, Dr., Bukarest, für die rumänische Sozialdemokratie.

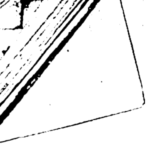
Marck, Odrau (Oesterreich-Schlesien), für die sozialdemokratische Organisation in Odrau.

Zuschriften und Telegramme.

Affoletern-Albis bei Zürich. Russischer Sozialdemokratenbund.
Amsterdam. Ein Genosse.
Berlin. Sozialistische Studenten.
Bernburg. Genossen.
Biebrich. Genossen.
Bochum. Genossen.
Bonn a. R. Sozialdemokratischer Verein „Neue Zeit“.
Bordeaux. Generalrath d. Federation Girondine der französischen Arbeiterpartei (Raymond Levigne).
Britz. Genossen.
Bukarest. Deutsche Genossen.
Bukarest. Rumänische Sozialdemokratie.
Crefeld. Genossen.
Christiania. Norwegische Arbeiterpartei.
Dahlen. Genossen.
Dasenau. Christian Franz.
Dresden. Mühlenarbeiter.
Eschwege. Genossen.
Flensburg. F. Raith.
Gießen. Die Genossen vom runden Tisch.
Grunau, Kreis Hirschberg. Genossen.
Hamburg. Die Genossen aus der bekannten „Bude“, Eimsbüttel, Bismarckstraße.
Haynau. Genossen.
Hirschberg. Genossen.
Innsdorf bei Römerstadt. Organisirte Arbeiterschaft.
Kalk. Genossen vom Landkreis Köln.
Kopenhagen. Sozialdemokratie Dänemarks.
Leimen (Baden). Genossen.
Leipzig. Zwei jugendliche Genossen des XIII. sächs. Reichstags-Wahlkreises.
London. Fr. Leßner.
London. Nationaler Verwaltungsrath der Unabhängigen Arbeiterpartei (Tom Mann).
London. Redaktion „Russky rabotschey“ (Russische Arbeiter).
London. Sozialdemokratische Federation.
London. Sozialistische Partei Polens durch den Vorstand des auswärtigen Verbandes.
London. Unabhängige Arbeiterpartei, Mitgliedschaft St. Pancras (W. Chamters).
Maastricht. Arbeiterpartei Hollands.
Madrid. National-Komité der Spanischen Arbeiterpartei (P. Iglesias).
Magdeburg. Arbeiter-Sängerbund.
Magdeburg-Neustadt. Frauen-Versammlung.
Mailand. Sozialdemokr. Partei Italiens.
Metz. Genossen.
Münster. Ein Genosse.
Oppeln. Genossen.
Paris. Deutscher Sozialdemokrat. Leseklub.
Pieschen bei Dresden. Genossen.
Pforzheim. Wähler-Versammlung vom 8. Oktober.
Posen. Genossen.
Posen. Polnische Sozialdemokraten.
Rawitsch. Genossen.
Rosenheim. Genossen.
Rußland. Vorsteher von dreiundzwanzig Gewerkschaften jüdischer Zunge.
Santos (Brasilien). Genossen.
Sofia. Junge bulgarische sozialdemokratische Partei.
Solingen. Genossen.
Stockholm. Schwedische Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Tilsit. Genossen.
Wiesbaden. Genossen.
Witkowitz. Genossen.
Zagreb. Sozialdemokratische Partei Kroatiens-Slavoniens.
Zürich. Deutsche Sozialisten.

Sprech-Register.

Druck von Max Bading, Berlin SW., Beuth-Straße 2.



Ende Oktober erscheint in unserem Verlage:

Buch der Jugend.

Für die

Kinder des Proletariats

herausgegeben
von

Emma Adler.

In Prachtband gebunden 2 Mark. — Porto 30 Pfg.
15 Bogen gr. Lexikonformat.

Auf allen Parteitagen, in der Presse wie aus den Reihen der Parteigenossen heraus ertönt seit Jahren der Ruf nach einem guten Buch für die heranwachsende Arbeiter-Jugend. Herausgeberin und Verlag haben sich bemüht, ein solches der jungen deutschen Proletarierwelt auf den Weihnachtstisch zu legen — ein Buch, das nicht nur den Durst nach Wissen und Unterhaltung stillen soll, sondern das in seinem ganzen Inhalt auch vom Geiste der Liebe und Freiheit durchtränkt ist, zu der wir unsere Jugend erziehen wollen.

Der Inhalt ist ungemein reichhaltig: Märchen, Gedichte, Erzählungen, Bilder aus dem Arbeiter- und Fabrikleben, gesellschafts- und naturwissenschaftliche Aufsätze, Biographien wirklich großer Männer (Goethe, Rafael u. s. w.) Unter den Mitarbeitern begegnen wir daher nicht blos Schriftstellernamen von gutem Klange, sondern selbstverständlich auch bekannten Sozialisten: Dr. Adler, Bebel, Liebknecht, Vandervelde, Henckell, Jacoby u. A. m. Und auch Arbeiter haben aus ihrem Leben und aus ihrer Erfahrung Beiträge geliefert, die mit zu den besten des Buches zählen.

Das **Buch der Jugend** — hoffen wir — wird sich die Herzen und Köpfe der deutschen Arbeiter-Jugend erobern, so daß wir nächstes Jahr einen zweiten Band folgen lassen können.

Buchhandlung des „Vorwärts."

Druck von Max Bading, Berlin SW.